

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Inhaltsverzeichnis

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

- Kapitel 81 – Europa als gemeinsamer und zugleich unterschiedlicher Transformationsraum**
- Kapitel 82 – Gesellschaftlicher Wandel in den europäischen Demokratien**
- Kapitel 83 – Migration und Integration im europäischen Vergleich**
- Kapitel 84 – Demografischer Wandel in Europa**
- Kapitel 85 – Wirtschaftliche Ungleichgewichte und regionale Disparitäten**
- Kapitel 86 – Transformation der europäischen Parteiensysteme**
- Kapitel 87 – Krise traditioneller Volks- und Mitteparteien**
- Kapitel 88 – Der Aufstieg populistischer Parteien**
- Kapitel 89 – Rechtsverschiebungen in europäischen Gesellschaften**
- Kapitel 90 – Nationalismus und europäische Integration**
- Kapitel 91 – Frankreich**
- Kapitel 92 – Italien**
- Kapitel 93 – Österreich**
- Kapitel 94 – Niederlande**
- Kapitel 95 – Polen**
- Kapitel 96 – Ungarn**
- Kapitel 97 – Tschechien und die Slowakei**
- Kapitel 98 – Skandinavische Demokratien**
- Kapitel 99 – Süd- und Südosteuropa**
- Kapitel 100 – Deutschland im europäischen Vergleich**
- Kapitel 101 – Gemeinsame und unterschiedliche europäische Transformationspfade**

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

- Kapitel 102 – Politische Institutionen in einer veränderten Gesellschaft**
- Kapitel 103 – Repräsentation und institutionelle Responsivität**
- Kapitel 104 – Parteien zwischen gesellschaftlicher Vermittlung und staatlicher Verantwortung**
- Kapitel 105 – Parlamente unter Bedingungen politischer Fragmentierung**
- Kapitel 106 – Regieren in Mehrparteienkoalitionen**
- Kapitel 107 – Politische Kompromisse und ihre gesellschaftliche Vermittlung**
- Kapitel 108 – Föderalismus und politische Koordination**
- Kapitel 109 – Kommunen als unmittelbarer demokratischer Erfahrungsraum**
- Kapitel 110 – Europäische Mehrebenenpolitik**
- Kapitel 111 – Nationale Demokratie und europäische Entscheidungsstrukturen**
- Kapitel 112 – Institutionelle Komplexität und politische Verantwortungszuschreibung**
- Kapitel 113 – Legitimität politischer Entscheidungen**
- Kapitel 114 – Repräsentationsdefizite und institutionelle Anpassung**
- Kapitel 115 – Demokratische Stabilität unter Bedingungen dauerhafter Transformation**

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter

Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

*Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung
Europas und Deutschlands?*

Band III

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im

- Kapitel 116 – Zusammenführung der empirischen Befunde**
- Kapitel 117 – Gesellschaftliche Transformation und politische Repräsentation**
- Kapitel 118 – Konfliktlinien und Parteiensystem als Rückkopplungssystem**
- Kapitel 119 – Vertrauen und Legitimität im Transformationsprozess**
- Kapitel 120 – Das Zusammenspiel gesellschaftlicher und institutioneller Veränderungen**
- Kapitel 121 – Ein Modell demokratischer Transformation**
- Kapitel 122 – Deutschland als besonderer oder typischer europäischer Fall?**
- Kapitel 123 – Stabilität ohne Stillstand: Demokratie als anpassungsfähige Ordnung**
- Kapitel 124 – Risiken einer dauerhaften politischen Fragmentierung**
- Kapitel 125 – Möglichkeiten demokratischer Regeneration**
- Kapitel 126 – Entwicklungsszenarien für Deutschland**
- Kapitel 127 – Entwicklungsszenarien für Europa**
- Kapitel 128 – Grenzen der Untersuchung und weiterer Forschungsbedarf**
- Kapitel 129 – Schlussbetrachtung: Demokratie im Zeitalter gesellschaftlicher Transformation**

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Kapitel 81 – Europa als gemeinsamer und zugleich unterschiedlicher Transformationsraum

Europa bildet keinen einheitlichen politischen Transformationsraum, in dem sich gesellschaftlicher Wandel überall nach denselben Mustern vollzieht. Die europäischen Demokratien sind durch unterschiedliche historische Erfahrungen, wirtschaftliche Strukturen, institutionelle Traditionen, Parteiensysteme und gesellschaftliche Konfliktlagen geprägt. Dennoch lassen sich gemeinsame Entwicklungslinien erkennen, die viele Staaten gleichzeitig erfassen. Demografischer Wandel, Migration, wirtschaftliche Umstrukturierung, Digitalisierung, kulturelle Pluralisierung, veränderte Arbeitswelten und die Schwächung traditioneller politischer Bindungen wirken in unterschiedlicher Intensität auf nahezu alle europäischen Gesellschaften ein.

Gerade diese Gleichzeitigkeit gemeinsamer Herausforderungen bei unterschiedlichen nationalen Voraussetzungen macht Europa zu einem besonders geeigneten Vergleichsraum. Die entscheidende Frage lautet nicht, ob überall dieselben Entwicklungen stattfinden, sondern wie ähnliche Transformationsprozesse unter unterschiedlichen institutionellen und gesellschaftlichen Bedingungen politisch verarbeitet werden. Damit wird sichtbar, welche Veränderungen tatsächlich europäischer Natur sind und welche vor allem aus nationalen Besonderheiten hervorgehen.

Europa ist ein gemeinsamer Transformationsraum, aber kein einheitlicher Entwicklungspfad. Ähnliche gesellschaftliche Veränderungen treffen auf unterschiedliche historische Erfahrungen, institutionelle Strukturen und politische Konfliktordnungen.

Gemeinsame strukturelle Veränderungen

Viele europäische Staaten stehen vor vergleichbaren langfristigen Veränderungen. Bevölkerungen altern, Erwerbsstrukturen verändern sich, traditionelle industrielle Beschäftigungsbereiche verlieren teilweise an Bedeutung und neue Dienstleistungs- sowie Wissenssektoren wachsen. Migration verändert gesellschaftliche Zusammensetzung, während Urbanisierung und regionale Ungleichgewichte unterschiedliche räumliche Entwicklungspfade hervorbringen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Hinzu kommen Digitalisierung, technologische Innovation und veränderte Kommunikationsstrukturen. Politische Öffentlichkeit wird zunehmend durch digitale Plattformen geprägt, klassische Medien verlieren Teile ihrer früheren Bündelungsfunktion und politische Mobilisierung kann schneller über nationale Grenzen hinweg stattfinden.

Diese Veränderungen unterscheiden sich in Umfang und Geschwindigkeit, erzeugen aber ähnliche politische Fragen: Wie werden soziale Sicherheit und wirtschaftliche Anpassung miteinander verbunden? Wie gelingt gesellschaftliche Integration unter Bedingungen größerer kultureller Vielfalt? Wie verändern sich politische Repräsentation und Parteiensysteme, wenn traditionelle Milieus und langfristige Bindungen schwächer werden?

Damit entsteht eine gemeinsame europäische Transformationsagenda, auch wenn die politischen Antworten national sehr verschieden ausfallen.

Historische Erfahrungen als unterschiedliche Ausgangspunkte

Die europäischen Demokratien gehen mit unterschiedlichen historischen Voraussetzungen in diesen Wandel. Westeuropäische Staaten verfügen vielfach über jahrzehntelang entwickelte demokratische Institutionen und stabile Parteiensysteme. Mittel- und osteuropäische Gesellschaften dagegen haben den Übergang von staatssozialistischen Systemen zu demokratischen und marktwirtschaftlichen Ordnungen erst seit den späten 1980er- und frühen 1990er-Jahren vollzogen.

Diese historischen Erfahrungen wirken fort. Politisches Vertrauen, Erwartungen an den Staat, wirtschaftliche Transformationsbiografien und nationale Identitätsdebatten unterscheiden sich teilweise erheblich. Auch die Bedeutung von Souveränität und europäischer Integration wird vor diesem Hintergrund unterschiedlich bewertet.

Deutschland besitzt dabei eine besondere Doppelstellung. Westdeutsche demokratische Kontinuität und ostdeutsche Transformationserfahrungen existieren innerhalb desselben politischen Systems. Dadurch enthält der deutsche Untersuchungsfall bereits einen Teil jener historischen Unterschiedlichkeit, die im europäischen Vergleich sichtbar wird.

Historische Pfadabhängigkeit bedeutet jedoch keine politische Vorbestimmung. Sie beeinflusst Wahrnehmungen und institutionelle Reaktionsmuster, ohne zukünftige Entwicklungen vollständig festzulegen.

Wirtschaftliche Unterschiede innerhalb Europas

Europa ist wirtschaftlich stark integriert, aber strukturell heterogen. Produktivität, Einkommen, Beschäftigungsstruktur, Staatsfinanzen und regionale Entwicklung

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

unterscheiden sich erheblich. Auch innerhalb einzelner Staaten bestehen große Unterschiede zwischen wirtschaftlich dynamischen Metropolregionen, traditionellen Industriestandorten und strukturschwächeren ländlichen Räumen.

Diese Ungleichheit beeinflusst politische Wahrnehmung. Europäische Integration kann in exportorientierten Regionen als wirtschaftliche Chance erscheinen, während andere Räume stärker Anpassungsdruck oder Konkurrenz wahrnehmen. Wirtschaftlicher Strukturwandel wird deshalb nicht überall als derselbe Prozess erlebt.

Politische Konflikte entstehen besonders dort, wo wirtschaftliche Unterschiede mit kulturellen oder territorialen Gegensätzen zusammenfallen. Regionen, die sich ökonomisch zurückgesetzt fühlen, können zugleich den Eindruck entwickeln, politisch und gesellschaftlich weniger anerkannt zu werden.

Damit wird wirtschaftliche Ungleichheit zu einem möglichen Verstärker politischer Fragmentierung, ohne allein deren Ursache zu sein.

Migration als gemeinsame Herausforderung mit unterschiedlichen Erfahrungen

Migration gehört zu den sichtbarsten europäischen Transformationsprozessen. Dennoch unterscheiden sich die nationalen Erfahrungen erheblich. Einige Staaten besitzen lange Einwanderungsgeschichten, andere wurden erst in jüngerer Zeit zu bedeutenden Zielländern. Wieder andere sind stärker von Auswanderung oder Transitmigration geprägt.

Auch die gesellschaftliche Zusammensetzung der Migration unterscheidet sich. Arbeitsmigration, Fluchtbewegungen, Familiennachzug und innereuropäische Mobilität besitzen unterschiedliche soziale und politische Wirkungen. Hinzu kommen Unterschiede bei kommunaler Infrastruktur, Arbeitsmarktintegration, Bildungssystemen und gesellschaftlichen Integrationskonzepten.

Die politische Bedeutung von Migration ergibt sich deshalb nicht allein aus absoluten Zuwanderungszahlen. Entscheidend sind historische Erfahrungen, staatliche Aufnahmefähigkeit, gesellschaftliche Wahrnehmung und die politische Deutung des Themas.

Dies erklärt, warum Migration in Staaten mit vergleichbaren objektiven Größenordnungen sehr unterschiedliche politische Konfliktintensität entwickeln kann.

Demografischer Wandel und unterschiedliche gesellschaftliche Folgen

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Fast alle europäischen Gesellschaften sind in unterschiedlichem Umfang vom demografischen Wandel betroffen. Niedrige Geburtenraten, steigende Lebenserwartung und Alterung verändern Arbeitsmärkte, Sozialversicherungssysteme und regionale Bevölkerungsstrukturen.

Die Auswirkungen unterscheiden sich jedoch erheblich. Während wirtschaftlich attraktive Regionen Zuwanderung anziehen und Bevölkerungsverluste teilweise ausgleichen können, verlieren andere Gebiete insbesondere jüngere und gut qualifizierte Einwohner. Dadurch verstärken sich regionale Unterschiede.

Demografischer Wandel verbindet damit Arbeitsmarkt-, Migrations-, Sozial- und Regionalpolitik. Er zeigt exemplarisch, wie ein gemeinsamer europäischer Strukturtrend unterschiedliche nationale und regionale Konflikte hervorbringen kann.

Politisch relevant wird insbesondere die Frage, wie Lasten zwischen Generationen verteilt werden und wie gesellschaftliche Zukunftssicherheit unter Bedingungen alternder Bevölkerungen aufrechterhalten werden kann.

Unterschiedliche Wohlfahrtsstaaten und soziale Sicherheitsordnungen

Europäische Staaten unterscheiden sich auch hinsichtlich ihrer sozialen Sicherungssysteme. Umfang, Finanzierung und institutionelle Organisation von Renten, Arbeitslosenversicherung, Gesundheitsversorgung und Familienpolitik variieren erheblich.

Diese Unterschiede beeinflussen die gesellschaftliche Verarbeitung von Transformation. Ein stärker ausgebauter Sozialstaat kann wirtschaftliche Anpassungsprozesse abfedern und individuelle Risiken begrenzen. Gleichzeitig können hohe Erwartungen an staatliche Absicherung entstehen, die unter demografischem und fiskalischem Druck schwieriger zu erfüllen sind.

In anderen Staaten übernehmen Familie, lokale Gemeinschaft oder private Vorsorge eine größere Rolle. Wirtschaftlicher Strukturwandel wird dort teilweise unmittelbarer als persönliches Risiko wahrgenommen.

Die politische Bedeutung wirtschaftlicher Veränderung hängt deshalb wesentlich davon ab, welche institutionellen Sicherungsmechanismen zwischen strukturellem Wandel und individueller Lebenslage liegen.

Nationalstaat und europäische Integration

Eine besondere Dimension europäischer Transformation entsteht aus dem Verhältnis zwischen nationaler Demokratie und europäischer Integration. Die Mitgliedstaaten haben

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

erhebliche politische Kompetenzen gemeinsam organisiert, während demokratische Öffentlichkeit und politische Identifikation weiterhin stark national geprägt bleiben.

Dadurch entsteht ein komplexer Mehrebenenraum. Entscheidungen werden teilweise europäisch vorbereitet, national umgesetzt und lokal erfahren. Verantwortung kann dadurch schwerer zuzuordnen sein.

Für manche Bürger erweitert europäische Integration politische Handlungsmöglichkeiten. Gemeinsame Märkte, offene Grenzen und koordinierte Politik werden als Ausdruck europäischer Kooperation verstanden. Andere erleben dieselben Strukturen stärker als Einschränkung nationaler Selbstbestimmung.

Damit wird die Europäische Union selbst zu einem politischen Konfliktfeld, in dem Fragen von Effizienz, Souveränität, Identität und demokratischer Legitimität miteinander verbunden werden.

Europäische Integration erweitert politische Handlungsmöglichkeiten und verteilt zugleich politische Verantwortung auf mehrere Ebenen. Gerade diese Doppelwirkung prägt einen wesentlichen Teil der europäischen Transformationskonflikte.

Parteienwandel als europäisches Muster

Die Veränderung traditioneller Parteiensysteme ist kein ausschließlich deutsches Phänomen. In zahlreichen europäischen Demokratien haben etablierte Volks- oder Mitteparteien langfristige Bindungen verloren. Neue Parteien sind entstanden, traditionelle politische Lager wurden schwächer und der Parteienwettbewerb fragmentierter.

Die konkreten Entwicklungen unterscheiden sich erheblich. In manchen Ländern entstanden starke rechts- oder linkspopulistische Parteien, in anderen ökologische oder liberale Kräfte. Teilweise zerfielen traditionelle Parteistrukturen sehr schnell, während sie andernorts vergleichsweise stabil blieben.

Gemeinsam ist jedoch die Herausforderung, gesellschaftliche Vielfalt politisch zu integrieren. Je stärker traditionelle Milieus schwinden und neue Konfliktlinien entstehen, desto schwieriger wird es für wenige große Parteien, breite gesellschaftliche Koalitionen dauerhaft zusammenzuhalten.

Der europäische Vergleich kann deshalb zeigen, ob die deutsche Fragmentierung ein Sonderfall oder Teil einer umfassenderen Veränderung demokratischer Repräsentation ist.

Rechtsverschiebungen und populistische Mobilisierung

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

In vielen europäischen Staaten haben Parteien rechts der traditionellen konservativen Mitte an Bedeutung gewonnen. Diese Entwicklung besitzt jedoch unterschiedliche Ursachen und politische Formen. Migration, nationale Identität, Kritik an europäischen Institutionen, wirtschaftliche Unsicherheit, regionale Konflikte und Misstrauen gegenüber etablierten Parteien können in jeweils unterschiedlicher Kombination mobilisierend wirken.

Ein einheitlicher europäischer Rechtsruck würde diese Unterschiede daher nur unzureichend beschreiben. Manche Parteien verbinden nationalkonservative Positionen mit wohlfahrtsstaatlichen Forderungen, andere mit wirtschaftsliberalen Konzepten. Einige agieren innerhalb klarer demokratischer Grenzen, andere entwickeln stärker illiberale oder institutionenkritische Positionen.

Die politische Wirkung hängt zudem vom jeweiligen Parteiensystem ab. Wo traditionelle konservative Parteien bestimmte Konflikte integrieren können, entwickeln neue rechte Parteien andere Chancen als in Systemen, in denen solche Repräsentationsräume offenbleiben.

Der Vergleich muss deshalb nicht nur Wahlergebnisse betrachten, sondern auch die Struktur politischer Konflikte und die Reaktionen etablierter Parteien.

Institutionelle Unterschiede als Transformationsfilter

Gesellschaftliche Veränderungen treffen in Europa auf unterschiedliche politische Institutionen. Verhältniswahlsysteme, Mehrheitswahlsysteme, föderale Strukturen, zentralisierte Staaten, starke oder schwache Präsidenten und unterschiedliche Formen parlamentarischer Regierung beeinflussen, wie neue politische Konflikte institutionell verarbeitet werden.

Dasselbe gesellschaftliche Konfliktpotenzial kann deshalb sehr unterschiedliche politische Ergebnisse hervorbringen. Ein Wahlsystem kann neue Parteien erleichtern oder erschweren. Institutionelle Hürden können Fragmentierung begrenzen, zugleich aber Repräsentationslücken verstärken. Föderale Systeme können regionale Konflikte institutionell auffangen, während zentralisierte Systeme andere Konfliktformen erzeugen.

Institutionen wirken damit als Transformationsfilter. Sie bestimmen nicht die gesellschaftlichen Ursachen politischer Veränderungen, beeinflussen aber erheblich, in welche politischen Strukturen diese übersetzt werden.

Gemeinsame Krisen und unterschiedliche nationale Reaktionen

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Europäische Gesellschaften sind wiederholt mit gemeinsamen Herausforderungen konfrontiert worden. Wirtschafts- und Finanzkrisen, Migration, Pandemieerfahrungen, Energie- und Sicherheitsfragen oder internationale Konflikte wirken über nationale Grenzen hinweg.

Dennoch unterscheiden sich politische Reaktionen deutlich. Nationale Institutionen, politische Kulturen, wirtschaftliche Ausgangslagen und öffentliche Deutungen bestimmen, wie dieselbe äußere Herausforderung verarbeitet wird.

Gerade Krisen machen deshalb europäische Gemeinsamkeit und nationale Unterschiedlichkeit gleichzeitig sichtbar. Sie können europäische Solidarität stärken, aber ebenso Konflikte über Verantwortung, Lastenverteilung und Souveränität verschärfen.

Die Analyse europäischer Transformation darf Krisen daher weder als alleinige Ursache langfristiger Entwicklungen behandeln noch ihre beschleunigende Wirkung unterschätzen. Häufig machen Krisen bereits vorhandene strukturelle Spannungen sichtbarer und beschleunigen politische Neuordnungen.

Deutschland im europäischen Vergleichsraum

Deutschland steht innerhalb dieses europäischen Transformationsraums nicht außerhalb gemeinsamer Entwicklungen. Die Schwächung traditioneller Parteibindungen, gesellschaftliche Fragmentierung, Migrationskonflikte, demografische Alterung, regionale Unterschiede und veränderte politische Öffentlichkeit finden Entsprechungen in anderen europäischen Demokratien.

Gleichzeitig besitzt Deutschland spezifische Strukturen. Föderalismus, die historische Entwicklung des Parteiensystems, die Erfahrung der deutschen Teilung und Wiedervereinigung sowie die besondere wirtschaftliche Stellung innerhalb Europas prägen den nationalen Transformationspfad.

Der europäische Vergleich ermöglicht deshalb zwei Formen von Erkenntnis. Einerseits zeigt er, welche deutschen Entwicklungen Teil eines allgemeinen europäischen Strukturwandels sind. Andererseits macht er jene Besonderheiten sichtbar, die sich aus deutscher Geschichte und institutioneller Ordnung ergeben.

Damit dient Europa nicht als bloßer Hintergrund der deutschen Analyse, sondern als systematischer Vergleichsraum.

Ein Modell europäischer Transformationsvielfalt

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die Verbindung gemeinsamer struktureller Veränderungen und unterschiedlicher nationaler Bedingungen lässt sich in einem vergleichenden Modell zusammenfassen:

Gemeinsame europäische Strukturveränderungen – Demografie, Migration, wirtschaftlicher Wandel, Digitalisierung, kulturelle Pluralisierung und europäische Integration → unterschiedliche nationale Ausgangsbedingungen – Geschichte, Wirtschaftsstruktur, Wohlfahrtsstaat, Parteiensystem, politische Kultur und Institutionen → unterschiedliche gesellschaftliche Wahrnehmungen und Konfliktlinien → nationale politische Deutungen und Mobilisierung → unterschiedliche Veränderungen von Parteien und Repräsentationsstrukturen → unterschiedliche institutionelle Verarbeitung → verschiedene nationale Transformationspfade bei weiterhin bestehenden europäischen Wechselwirkungen.

Damit lässt sich weder von vollständig unabhängigen nationalen Entwicklungen noch von einem einheitlichen europäischen Transformationsprozess sprechen. Beide Ebenen stehen miteinander in Wechselwirkung.

Europa bildet einen verbundenen politischen Raum, dessen Gesellschaften viele strukturelle Veränderungen teilen, diese jedoch durch unterschiedliche historische und institutionelle Filter verarbeiten.

Die zentrale Erkenntnis

Der europäische Vergleich erweitert die bisherige Deutschlandanalyse um eine entscheidende Perspektive. Viele der in Deutschland beobachteten Entwicklungen sind nicht ausschließlich nationale Besonderheiten, sondern Bestandteil eines breiteren gesellschaftlichen Strukturwandels europäischer Demokratien. Gleichzeitig zeigt sich bereits auf dieser allgemeinen Ebene, dass gemeinsame Ursachen keineswegs identische politische Ergebnisse hervorbringen.

Die zentrale Schlussfolgerung lautet:

Europa ist ein gemeinsamer Transformationsraum, weil seine Gesellschaften durch zahlreiche miteinander verbundene demografische, wirtschaftliche, soziale, kulturelle und kommunikative Veränderungen geprägt werden. Es ist zugleich ein Raum unterschiedlicher Transformationspfade, weil historische Erfahrungen, nationale Institutionen, gesellschaftliche Strukturen und politische Kulturen dieselben Herausforderungen unterschiedlich filtern und politisch verarbeiten.

Der europäische Vergleich muss deshalb genau zwischen **gemeinsamen Strukturtrends und nationalen Übersetzungsprozessen** unterscheiden. Erst dadurch kann beurteilt werden, ob

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Fragmentierung, Vertrauensverlust, populistische Mobilisierung oder Veränderungen der Parteiensysteme Ausdruck einer allgemeinen Transformation europäischer Demokratien sind oder sich aus spezifischen nationalen Bedingungen ergeben.

Im folgenden Kapitel wird diese vergleichende Perspektive zunächst auf die gesellschaftliche Ebene konzentriert. Untersucht wird, welche gemeinsamen Veränderungen die europäischen Gesellschaften prägen und an welchen Stellen ihre unterschiedlichen Entwicklungsbedingungen besonders sichtbar werden.

Kapitel 82 – Gesellschaftlicher Wandel in den europäischen Demokratien

Die europäischen Demokratien befinden sich in einem tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungsprozess, der weit über einzelne politische Krisen oder kurzfristige wirtschaftliche Entwicklungen hinausgeht. Demografische Verschiebungen, Migration, technologische Veränderungen, neue Arbeits- und Lebensformen, kulturelle Pluralisierung, Urbanisierung und regionale Ungleichheiten verändern die sozialen Grundlagen, auf denen demokratische Politik über Jahrzehnte beruhte. Gleichzeitig verlieren traditionelle gesellschaftliche Milieus, dauerhafte Organisationsbindungen und relativ stabile politische Identitäten an Bedeutung. Gesellschaftlicher Wandel verändert damit nicht nur die Lebenswirklichkeit der Menschen, sondern auch die Voraussetzungen politischer Repräsentation und demokratischer Steuerung.

Entscheidend ist, dass diese Veränderungen nicht überall gleichzeitig und in gleicher Intensität auftreten. Europas Gesellschaften unterscheiden sich hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Strukturen, ihrer demografischen Entwicklung, ihrer Migrationserfahrungen, ihrer sozialen Sicherungssysteme und ihrer historischen Konfliktlinien. Dennoch entstehen vergleichbare politische Herausforderungen. Gerade aus dem Zusammenspiel gemeinsamer Transformationskräfte und unterschiedlicher nationaler Verarbeitung entwickelt sich eine neue europäische politische Wirklichkeit.

Gesellschaftlicher Wandel verändert die europäischen Demokratien nicht allein durch neue soziale Strukturen. Er verändert zugleich Erwartungen, Zugehörigkeiten, Konfliktlinien und politische Bindungen – und damit die gesellschaftlichen Grundlagen demokratischer Stabilität.

Demografischer Wandel und alternde Gesellschaften

Eine der langfristigsten Veränderungen betrifft die Bevölkerungsstruktur. Viele europäische Gesellschaften sind durch niedrige Geburtenraten und eine steigende Lebenserwartung

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

geprägt. Dadurch verschiebt sich das Verhältnis zwischen jüngeren und älteren Bevölkerungsgruppen. Diese Entwicklung beeinflusst Arbeitsmärkte, soziale Sicherungssysteme, Gesundheitsversorgung, Pflege, Wohnungsmarkt und öffentliche Infrastruktur.

Demografischer Wandel besitzt zugleich eine politische Dimension. Unterschiedliche Generationen verfügen über unterschiedliche Lebenserfahrungen, Zukunftserwartungen und politische Prioritäten. Fragen der Rentensicherung, der Staatsverschuldung, des Klimaschutzes, der Bildungspolitik und der öffentlichen Investitionen können dadurch zunehmend zu Verteilungsfragen zwischen Generationen werden.

Gleichzeitig verlaufen demografische Entwicklungen räumlich ungleich. Während wirtschaftlich erfolgreiche Metropolregionen häufig Bevölkerung und jüngere Arbeitskräfte anziehen, verlieren strukturschwächere oder ländliche Regionen teilweise Einwohner. Alterung und Abwanderung können sich dort gegenseitig verstärken.

Damit entsteht innerhalb einzelner Staaten eine demografische Differenzierung, die politische Wahrnehmungen erheblich beeinflussen kann.

Migration und kulturelle Pluralisierung

Migration gehört zu den sichtbarsten gesellschaftlichen Veränderungen Europas. Arbeitsmigration, innereuropäische Mobilität, Fluchtbewegungen und Familienmigration haben insbesondere in vielen west- und nordeuropäischen Staaten zu einer stärkeren gesellschaftlichen Vielfalt geführt.

Diese Entwicklung besitzt mehrere Ebenen. Migration kann Arbeitsmärkte stabilisieren, demografische Engpässe reduzieren und wirtschaftliche Dynamik unterstützen. Gleichzeitig entstehen Anforderungen an Bildungssysteme, Wohnungsmarkt, kommunale Infrastruktur, Integrationspolitik und soziale Sicherungssysteme.

Politisch entscheidend ist dabei häufig nicht allein das tatsächliche Ausmaß von Migration, sondern ihre gesellschaftliche Wahrnehmung. Menschen beurteilen Veränderungen nicht ausschließlich anhand statistischer Größen. Erfahrungen im unmittelbaren Lebensumfeld, mediale Berichterstattung, politische Kommunikation und subjektive Vorstellungen gesellschaftlicher Ordnung beeinflussen, ob Migration als Normalität, Chance, Belastung oder Kontrollverlust wahrgenommen wird.

Damit wird Migration zu einem politischen Konfliktfeld, in dem materielle, kulturelle und symbolische Fragen miteinander verbunden sind.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Veränderung der Arbeitswelt

Auch die europäischen Arbeitsgesellschaften verändern sich grundlegend. Traditionelle industrielle Beschäftigung verliert in manchen Regionen an Bedeutung, während Dienstleistungen, wissensintensive Tätigkeiten, digitale Berufe und neue Formen selbstständiger Arbeit wachsen.

Diese Transformation erzeugt Gewinner und Verlierer nicht ausschließlich entlang klassischer Einkommensgrenzen. Auch Arbeitsplatzsicherheit, Qualifikationsanforderungen, berufliche Anerkennung und regionale Beschäftigungsmöglichkeiten beeinflussen die Wahrnehmung wirtschaftlicher Veränderung.

Besonders relevant ist dabei die Erfahrung von Unsicherheit. Selbst Menschen, deren gegenwärtige wirtschaftliche Situation stabil ist, können gesellschaftliche Transformation als Bedrohung wahrnehmen, wenn sie den Eindruck gewinnen, dass bisherige Qualifikationen, berufliche Positionen oder soziale Aufstiegsmöglichkeiten langfristig an Wert verlieren.

Politische Reaktionen entstehen deshalb nicht nur aus objektiver materieller Benachteiligung, sondern auch aus erwarteten Verlusten.

Digitalisierung und technologische Transformation

Digitalisierung verändert nahezu sämtliche gesellschaftlichen Bereiche. Arbeitsprozesse werden automatisiert, Dienstleistungen digitalisiert, Kommunikation beschleunigt und Informationen nahezu unbegrenzt verfügbar.

Mit der zunehmenden Nutzung künstlicher Intelligenz erweitert sich dieser Transformationsprozess nochmals. Tätigkeiten, die lange als wissens- oder qualifikationsintensiv galten, können teilweise automatisiert oder grundlegend verändert werden. Damit erreicht technologische Transformation zunehmend auch gesellschaftliche Gruppen, die sich bislang vergleichsweise sicher gegenüber Automatisierungsprozessen fühlten.

Gleichzeitig verändert Digitalisierung die politische Öffentlichkeit. Informationen verbreiten sich schneller, traditionelle journalistische Vermittlungsstrukturen verlieren einen Teil ihrer früheren Gatekeeper-Funktion und politische Akteure können Bürger unmittelbar erreichen.

Dadurch wächst die kommunikative Vielfalt, zugleich aber auch die Gefahr fragmentierter Öffentlichkeiten, in denen unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen zunehmend unterschiedliche Informationswelten entwickeln.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Individualisierung und die Auflösung traditioneller Milieus

Europäische Gesellschaften waren über lange Zeit durch relativ stabile soziale Milieus geprägt. Religion, soziale Klasse, Beruf, regionale Herkunft und familiäre Tradition beeinflussten gesellschaftliche Zugehörigkeit und politische Orientierung.

Diese Bindungen sind schwächer geworden. Lebensläufe werden individueller, Bildungs- und Berufswege vielfältiger und traditionelle gesellschaftliche Institutionen verlieren teilweise ihre frühere Bindungskraft.

Für den Einzelnen bedeutet diese Entwicklung größere Freiheit. Menschen können Lebensformen, berufliche Wege und politische Orientierungen stärker selbst bestimmen.

Doch Individualisierung besitzt eine zweite Seite. Wo traditionelle Zugehörigkeiten schwächer werden, wächst die individuelle Verantwortung für Orientierung und Lebensgestaltung. Gesellschaftliche Freiheit kann deshalb gleichzeitig mit größerer Unsicherheit verbunden sein.

Politisch führt dies zu volatileren Bindungen. Parteien können weniger selbstverständlich auf dauerhaft verbundene gesellschaftliche Milieus zurückgreifen.

Urbanisierung und regionale Differenzierung

Gesellschaftlicher Wandel besitzt eine ausgeprägte räumliche Dimension. Große Städte und wirtschaftlich dynamische Regionen ziehen häufig jüngere, besser qualifizierte und international mobile Bevölkerungsgruppen an. Gleichzeitig können ländliche Räume, ehemalige Industrieregionen und strukturschwächere Gebiete mit Abwanderung, Alterung und dem Verlust öffentlicher Infrastruktur konfrontiert sein.

Dadurch entstehen unterschiedliche gesellschaftliche Erfahrungsräume.

In wachsenden Metropolregionen werden kulturelle Vielfalt, internationale Mobilität und wirtschaftlicher Strukturwandel häufig als alltägliche Normalität erlebt. In Regionen mit Bevölkerungsverlust können dagegen Schließungen von Schulen, Geschäften, Arztpraxen, Banken oder Verkehrsanbindungen den Eindruck gesellschaftlichen Rückzugs verstärken.

Politische Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Räumen sind deshalb nicht ausschließlich kultureller Natur. Sie spiegeln teilweise unterschiedliche Erfahrungen gesellschaftlicher Entwicklung.

Soziale Ungleichheit und neue Unsicherheiten

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Europäische Wohlfahrtsstaaten unterscheiden sich erheblich, dennoch stehen viele vor ähnlichen Herausforderungen. Steigende Wohnkosten, unsichere Beschäftigungsverhältnisse, regionale Unterschiede, Vermögensungleichheit und unterschiedliche Bildungschancen können gesellschaftliche Ungleichheiten verstärken.

Dabei ist zwischen materieller Ungleichheit und wahrgenommener gesellschaftlicher Position zu unterscheiden.

Menschen vergleichen ihre Situation nicht ausschließlich mit absoluten Wohlstandsindikatoren. Sie beurteilen, ob gesellschaftliche Entwicklung als fair erscheint, ob Leistung anerkannt wird und ob sozialer Aufstieg weiterhin erreichbar erscheint.

Gerade der Eindruck einer blockierten Aufstiegsgesellschaft kann politische Unzufriedenheit verstärken. Demokratische Stabilität hängt deshalb nicht nur vom durchschnittlichen Wohlstand ab, sondern auch von der Wahrnehmung gesellschaftlicher Fairness und persönlicher Zukunftsmöglichkeiten.

Kultureller Wandel und gesellschaftliche Konfliktlinien

Neben wirtschaftlichen Veränderungen vollzieht sich ein kultureller Wandel. Vorstellungen über Familie, Geschlechterrollen, Religion, nationale Identität, Minderheitenrechte und gesellschaftliche Vielfalt haben sich in vielen europäischen Staaten verändert.

Dieser Wandel verläuft jedoch nicht gesellschaftlich einheitlich.

Während Teile der Bevölkerung größere kulturelle Offenheit als gesellschaftlichen Fortschritt verstehen, erleben andere dieselben Veränderungen als Verlust vertrauter Normen und sozialer Orientierung.

Damit entstehen Konflikte, die sich nicht vollständig durch klassische Links-Rechts- oder Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Gegensätze erklären lassen. Fragen kultureller Zugehörigkeit, nationaler Identität, gesellschaftlicher Anerkennung und persönlicher Lebensführung gewinnen an politischer Bedeutung.

Parteien müssen deshalb zunehmend gleichzeitig soziale und kulturelle Konfliktlinien bearbeiten.

Die Veränderung politischer Bindungen

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die gesellschaftlichen Veränderungen wirken unmittelbar auf die Parteiensysteme zurück. Wenn traditionelle Milieus schwächer werden, verlieren auch langfristige Parteibindungen an Stabilität.

Wähler entscheiden häufiger situationsbezogen. Wahlentscheidungen können stärker von einzelnen Themen, politischen Persönlichkeiten, kurzfristigen Krisen oder aktuellen gesellschaftlichen Konflikten geprägt werden.

Dadurch steigt die politische Volatilität.

Neue Parteien können schneller entstehen und etablierte Parteien schneller Unterstützung verlieren. Gleichzeitig wird Regierungsbildung schwieriger, weil Parteiensysteme fragmentierter werden und gesellschaftliche Interessen weniger eindeutig entlang traditioneller politischer Lager organisiert sind.

Diese Entwicklung ist kein vorübergehendes Kommunikationsproblem einzelner Parteien. Sie ist Ausdruck einer veränderten gesellschaftlichen Struktur.

Transformation als Erfahrung unterschiedlicher Geschwindigkeiten

Eine zentrale Konfliktlinie europäischer Gesellschaften entsteht schließlich aus der unterschiedlichen Geschwindigkeit gesellschaftlicher Veränderung.

Nicht alle Menschen, Regionen und Institutionen verändern sich im gleichen Tempo. Während bestimmte gesellschaftliche Gruppen technologische, kulturelle und wirtschaftliche Veränderungen aktiv gestalten und von ihnen profitieren, erleben andere dieselben Prozesse überwiegend als Anpassungsdruck.

Dadurch können unterschiedliche gesellschaftliche Zeitwahrnehmungen entstehen: Für die einen verändert sich Politik zu langsam, für andere verändert sich die Gesellschaft zu schnell.

Gerade diese Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Veränderungsgeschwindigkeiten erschwert demokratische Steuerung. Politik muss Modernisierung ermöglichen und zugleich gesellschaftliche Integrationsfähigkeit erhalten.

Europäische Gemeinsamkeiten und nationale Unterschiede

Der Vergleich zeigt damit ein charakteristisches Muster. Demografischer Wandel, Migration, Digitalisierung, Individualisierung, wirtschaftliche Transformation, Urbanisierung und kulturelle Pluralisierung wirken in zahlreichen europäischen Demokratien gleichzeitig. Ihre politischen Folgen unterscheiden sich jedoch erheblich.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Entscheidend sind institutionelle Strukturen, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Wohlfahrtsstaaten, historische Erfahrungen, politische Kommunikation und die Fähigkeit gesellschaftlicher Institutionen, Veränderungen zu vermitteln.

Damit entsteht keine einheitliche europäische Transformationsgesellschaft. Vielmehr entwickeln sich unterschiedliche nationale Varianten eines gemeinsamen strukturellen Wandels.

Deutschland ist Teil dieses europäischen Prozesses. Seine Besonderheiten lassen sich deshalb nur verstehen, wenn gleichzeitig berücksichtigt wird, welche Entwicklungen Deutschland mit anderen europäischen Demokratien teilt und an welchen Stellen spezifisch deutsche historische, institutionelle und gesellschaftliche Bedingungen wirksam werden.

Die zentrale Herausforderung europäischer Demokratien besteht nicht darin, gesellschaftlichen Wandel zu verhindern. Sie besteht darin, Veränderung politisch so zu verarbeiten, dass Modernisierung, soziale Sicherheit, kulturelle Vielfalt und demokratische Zugehörigkeit miteinander vereinbar bleiben.

Damit verschiebt sich die Analyse von den allgemeinen europäischen Transformationsprozessen zu einer ihrer politisch folgenreichsten Konsequenzen: **der Veränderung gesellschaftlicher Konfliktlinien und ihrer Übersetzung in neue politische Lager, Parteienbindungen und Wahlentscheidungen.**

Kapitel 83 – Migration und Integration im europäischen Vergleich

Migration gehört zu den prägendsten und zugleich politisch umstrittensten Transformationsprozessen der europäischen Demokratien. Sie verändert Bevölkerungsstrukturen, Arbeitsmärkte, Bildungssysteme, Städte und Kommunen ebenso wie gesellschaftliche Selbstbilder und politische Konfliktlinien. Dabei existiert jedoch kein einheitliches europäisches Migrations- und Integrationsmodell. Die europäischen Staaten unterscheiden sich erheblich hinsichtlich ihrer historischen Migrationserfahrungen, ihrer wirtschaftlichen Strukturen, ihrer kolonialen Vergangenheit, ihrer geografischen Lage, ihrer rechtlichen Regelungen und ihrer Vorstellungen von nationaler Zugehörigkeit.

Gerade deshalb ist der europäische Vergleich analytisch besonders aufschlussreich. Ähnliche Wanderungsbewegungen können unter unterschiedlichen institutionellen und gesellschaftlichen Bedingungen sehr verschiedene politische Wirkungen entfalten. Entscheidend ist nicht allein, wie viele Menschen zuwandern, sondern wie Migration politisch gesteuert, gesellschaftlich wahrgenommen und institutionell verarbeitet wird. Migration wird damit zu einem Prüfstein demokratischer Steuerungsfähigkeit.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Migration wird politisch nicht allein durch ihre Größenordnung wirksam. Entscheidend ist das Zusammenspiel von tatsächlicher Zuwanderung, staatlicher Steuerungsfähigkeit, gesellschaftlicher Integrationsleistung und öffentlicher Wahrnehmung.

Europa als Einwanderungsraum

Europa war historisch sowohl Auswanderungs- als auch Einwanderungsraum. Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelten sich insbesondere die wirtschaftlich prosperierenden Staaten West- und Nordeuropas zunehmend zu Zielländern internationaler Migration. Arbeitskräfte wurden angeworben, Menschen aus ehemaligen Kolonialgebieten wanderten ein, Flüchtlinge fanden Aufnahme und später verstärkten Familiennachzug und europäische Freizügigkeit die grenzüberschreitende Mobilität.

Die Erweiterung der Europäischen Union veränderte diese Wanderungsbewegungen zusätzlich. Arbeitsmigration zwischen den Mitgliedstaaten nahm erheblich zu. Staaten, die zuvor überwiegend Herkunftsländer gewesen waren, entwickelten sich teilweise selbst zu Einwanderungsgesellschaften.

Migration ist damit längst kein vorübergehendes Phänomen mehr. Sie gehört zur gesellschaftlichen Realität Europas.

Diese Realität wird politisch jedoch sehr unterschiedlich anerkannt. Während einige Staaten bereits über jahrzehntelange Erfahrungen mit Einwanderung verfügen, befinden sich andere erst seit vergleichsweise kurzer Zeit in einem Prozess zunehmender gesellschaftlicher Vielfalt.

Unterschiedliche nationale Migrationserfahrungen

Die europäischen Migrationsgesellschaften unterscheiden sich erheblich.

Frankreich und das Vereinigte Königreich wurden stark durch Migration aus ehemaligen Kolonialgebieten geprägt. Deutschland erlebte seit den 1950er- und 1960er-Jahren umfangreiche Arbeitsmigration und später Familiennachzug. Andere Staaten wie Spanien, Italien, Portugal oder Irland wandelten sich innerhalb weniger Jahrzehnte von klassischen Auswanderungs- zu Einwanderungsländern.

In Mittel- und Osteuropa verlief die Entwicklung teilweise anders. Viele Staaten waren nach dem Ende des Staatssozialismus zunächst von erheblicher Abwanderung geprägt. Größere außereuropäische Einwanderung spielte dort lange eine geringere Rolle als in Westeuropa.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Diese unterschiedlichen historischen Erfahrungen beeinflussen politische Debatten bis heute. Gesellschaften, in denen Migration seit Generationen Bestandteil des Alltags ist, verfügen über andere institutionelle Erfahrungen als Staaten, in denen größere Zuwanderung relativ neu ist.

Daraus folgt jedoch nicht automatisch eine höhere gesellschaftliche Akzeptanz. Langjährige Migrationserfahrung kann ebenso Konflikte sichtbar machen, die sich über Jahrzehnte entwickelt haben.

Arbeitsmigration und wirtschaftliche Integration

Eine zentrale Dimension europäischer Migration betrifft den Arbeitsmarkt. Alternde Gesellschaften und Fachkräftengaps erhöhen in vielen Staaten den Bedarf an Zuwanderung.

Arbeitsmarktintegration ist zugleich einer der wichtigsten Faktoren langfristiger gesellschaftlicher Integration. Erwerbstätigkeit schafft Einkommen, soziale Kontakte, Sprachpraxis, Anerkennung und gesellschaftliche Teilhabe.

Doch der Zugang zum Arbeitsmarkt verläuft keineswegs automatisch. Sprachkenntnisse, Qualifikationsanerkennung, Bildungsabschlüsse, Aufenthaltsstatus und bürokratische Verfahren können die Integration erheblich beeinflussen.

Besonders problematisch wird Migration dort, wo Menschen dauerhaft außerhalb regulärer Beschäftigung bleiben oder weit unterhalb ihrer Qualifikation arbeiten. Dann entstehen nicht nur wirtschaftliche Kosten, sondern auch individuelle Frustration und gesellschaftliche Distanz.

Erfolgreiche Migrationspolitik ist deshalb eng mit Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik verbunden.

Fluchtmigration als besondere Herausforderung

Fluchtmigration unterscheidet sich strukturell von gezielter Arbeitsmigration. Menschen verlassen ihre Herkunftsländer aufgrund von Krieg, Verfolgung, politischer Instabilität oder anderen existenziellen Gefährdungen. Zielländer können daher nur begrenzt nach Qualifikation, Alter oder Arbeitsmarktbedarf auswählen.

Dies stellt Integrationssysteme vor besondere Herausforderungen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Sprachförderung, Unterbringung, Schulbildung, Gesundheitsversorgung, Anerkennungsverfahren und Arbeitsmarktintegration müssen häufig gleichzeitig organisiert werden. Bei starken Fluchtbewegungen konzentrieren sich diese Aufgaben zudem innerhalb kurzer Zeit.

Gerade die Fluchtbewegungen seit 2015 sowie die Aufnahme von Menschen aus der Ukraine seit dem russischen Großangriff 2022 haben gezeigt, dass europäische Staaten erhebliche Aufnahmeleistungen erbringen können. Gleichzeitig wurden Unterschiede in Verwaltungsfähigkeit, gesellschaftlicher Aufnahmebereitschaft und europäischer Lastenteilung sichtbar.

Migration wird damit unmittelbar zu einer Frage institutioneller Kapazität.

Integration beginnt vor Ort

Ob Integration gelingt, entscheidet sich zu einem erheblichen Teil nicht auf nationaler oder europäischer Ebene, sondern im gesellschaftlichen Alltag.

Kommunen organisieren Unterbringung, Schulen integrieren Kinder, Kindertagesstätten vermitteln Sprache und soziale Kontakte, Unternehmen ermöglichen berufliche Teilhabe, Vereine schaffen Begegnung und Nachbarschaften werden zu unmittelbaren Integrationsräumen.

Dadurch entsteht eine grundlegende Spannung zwischen politischer Entscheidung und praktischer Umsetzung.

Nationale Regierungen können über Aufenthaltsrecht und Migrationspolitik entscheiden. Die konkreten Folgen müssen jedoch häufig von Städten und Gemeinden verarbeitet werden.

Wenn Zuwanderung schneller wächst als Wohnraum, Schulkapazitäten, Verwaltungsstrukturen oder soziale Infrastruktur, entsteht vor Ort der Eindruck staatlicher Überforderung. Selbst eine gesamtwirtschaftlich verkraftbare Migration kann deshalb lokal erhebliche Belastungen erzeugen.

Für die politische Wahrnehmung ist diese lokale Ebene von entscheidender Bedeutung.

Bildung als Schlüssel langfristiger Integration

Besonders langfristig entscheidet sich Integration im Bildungssystem.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Kinder und Jugendliche mit Migrationserfahrung benötigen Zugang zu Sprache, Bildung und gesellschaftlichen Aufstiegsmöglichkeiten. Gleichzeitig dürfen Schulen nicht dauerhaft mit Integrationsaufgaben überfordert werden, für die ihnen Personal und Ressourcen fehlen.

Die europäischen Staaten verfolgen hierbei unterschiedliche Modelle. Unterschiede bestehen hinsichtlich frühkindlicher Sprachförderung, Schulorganisation, Übergängen zwischen Bildungswegen und der Unterstützung neu zugewanderter Schülerinnen und Schüler.

Die entscheidende Frage lautet jedoch überall ähnlich: Gelingt es, soziale Herkunft und Migrationserfahrung von späteren Bildungs- und Lebenschancen zunehmend zu entkoppeln?

Wo dies gelingt, kann Migration innerhalb weniger Generationen Bestandteil gesellschaftlicher Normalität werden. Wo Bildungsbenachteiligung dauerhaft fortbesteht, können sich soziale und räumliche Ungleichheiten verfestigen.

Wohnraum, Segregation und soziale Räume

Integration besitzt auch eine räumliche Dimension.

Zuwanderer ziehen häufig in Regionen, in denen Arbeitsmöglichkeiten, bestehende soziale Netzwerke und bezahlbarer Wohnraum vorhanden sind. Dadurch können sich räumliche Konzentrationen entwickeln.

Eine solche Konzentration ist nicht automatisch problematisch. Soziale Netzwerke können Neuankömmlingen Orientierung und Unterstützung bieten.

Problematisch wird sie dort, wo ethnische Konzentration mit Armut, schlechter Infrastruktur, Bildungsbenachteiligung und geringen gesellschaftlichen Aufstiegsmöglichkeiten zusammenfällt.

Dann können sich soziale Räume entwickeln, in denen gesellschaftliche Integration schwieriger wird.

Integrationspolitik ist deshalb zugleich Stadtentwicklungs-, Wohnungs-, Bildungs- und Sozialpolitik.

Kulturelle Integration und gesellschaftliche Zugehörigkeit

Integration lässt sich nicht auf Arbeitsmarktteilnahme und Sprachkenntnisse reduzieren. Sie betrifft auch gesellschaftliche Zugehörigkeit.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Demokratische Gesellschaften müssen dabei zwei Anforderungen miteinander verbinden: kulturelle Vielfalt ermöglichen und gleichzeitig gemeinsame politische und rechtliche Grundlagen sichern.

Die entscheidende Integrationsfrage lautet deshalb nicht, ob Menschen ihre kulturelle Herkunft vollständig aufgeben. Entscheidend ist vielmehr, ob gemeinsame demokratische Regeln, Rechtsstaatlichkeit, individuelle Freiheitsrechte und gesellschaftliche Verantwortung anerkannt werden.

Damit unterscheidet sich demokratische Integration sowohl von vollständiger kultureller Assimilation als auch von einem gesellschaftlichen Nebeneinander ohne gemeinsame normative Grundlage.

Eine pluralistische Demokratie benötigt Vielfalt innerhalb eines gemeinsamen politischen Rahmens.

Migration zwischen Realität und Wahrnehmung

Politisch besonders bedeutsam ist die Differenz zwischen tatsächlicher Migration und ihrer gesellschaftlichen Wahrnehmung.

Migration wird häufig nicht anhand statistischer Gesamtentwicklungen beurteilt, sondern anhand konkreter Erfahrungen und medial vermittelter Ereignisse. Überlastete Schulen, Schwierigkeiten auf Wohnungsmärkten, sichtbare Integrationsprobleme oder einzelne schwere Straftaten können die Wahrnehmung stärker prägen als abstrakte Daten.

Umgekehrt können wirtschaftliche und gesellschaftliche Beiträge von Zuwanderern im Alltag selbstverständlich werden und dadurch politisch weniger sichtbar sein.

Es entsteht eine Wahrnehmungsasymmetrie: Probleme erzeugen häufig stärkere Aufmerksamkeit als gelingende Normalität.

Politische Kommunikation muss deshalb beides vermeiden: die Dramatisierung einzelner Probleme zu einer generellen Bedrohung ebenso wie die Verharmlosung realer Schwierigkeiten.

Gerade dort entscheidet sich politische Glaubwürdigkeit.

Kontrolle und Humanität als scheinbarer Gegensatz

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Europäische Migrationspolitik wird häufig entlang eines Gegensatzes zwischen Abschottung und Offenheit diskutiert. Diese Gegenüberstellung greift analytisch zu kurz.

Demokratische Staaten besitzen sowohl humanitäre Verpflichtungen als auch das Recht und die Pflicht, Migration zu regulieren. Ein funktionsfähiges Asylsystem benötigt Schutzmöglichkeiten für tatsächlich Verfolgte ebenso wie nachvollziehbare Verfahren und die Durchsetzung rechtskräftiger Entscheidungen.

Fehlende Steuerung kann gesellschaftliche Akzeptanz schwächen. Fehlende Humanität kann dagegen grundlegende demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien beschädigen.

Die politische Herausforderung besteht deshalb darin, Humanität und Steuerungsfähigkeit nicht als Gegensätze zu behandeln.

Eine dauerhaft tragfähige Migrationsordnung benötigt Schutz, Kontrolle und Integration gleichzeitig. Fällt eine dieser drei Dimensionen dauerhaft aus, geraten auch die beiden anderen unter politischen Druck.

Migration und der Aufstieg migrationskritischer Parteien

Migration hat die europäischen Parteiensysteme erheblich verändert.

Rechtspopulistische und rechtsradikale Parteien konnten das Thema in vielen Staaten nutzen, um Fragen von Grenzkontrolle, nationaler Identität, innerer Sicherheit und kultureller Zugehörigkeit miteinander zu verbinden.

Ihre Wahlerfolge lassen sich jedoch nicht allein durch die Zahl der Zugewanderten erklären. Teilweise erzielen migrationskritische Parteien auch dort hohe Zustimmung, wo der tatsächliche Anteil von Migranten vergleichsweise gering ist.

Dies verdeutlicht die Bedeutung politischer Wahrnehmung.

Migration kann zum Symbol für umfassendere Erfahrungen gesellschaftlicher Veränderung werden: Globalisierung, Kontrollverlust, kultureller Wandel, institutionelle Distanz oder mangelndes Vertrauen in staatliche Problemlösungsfähigkeit können sich in der Migrationsfrage bündeln.

Damit reicht die politische Bedeutung des Themas weit über Migrationspolitik im engeren Sinne hinaus.

Europäische Solidarität und nationale Interessen

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Migration stellt zugleich die Europäische Union vor ein strukturelles Problem.

Der europäische Binnenraum ermöglicht weitgehende Freizügigkeit, während die Kontrolle der Außengrenzen geografisch ungleich verteilt ist. Staaten an den südlichen und östlichen Außengrenzen tragen andere unmittelbare Belastungen als Staaten im Inneren Europas.

Gleichzeitig unterscheiden sich die Mitgliedstaaten hinsichtlich ihrer Aufnahmebereitschaft und ihrer politischen Vorstellungen über Verantwortungsteilung.

Dadurch entsteht ein klassisches europäisches Steuerungsproblem: Eine Herausforderung besitzt transnationalen Charakter, während politische Legitimation und ein großer Teil der praktischen Verantwortung weiterhin national organisiert sind.

Migration macht damit exemplarisch sichtbar, wie schwierig demokratische Steuerung in einem politischen Mehrebenensystem werden kann.

Integration als langfristiger Generationenprozess

Migration sollte schließlich nicht ausschließlich anhand der ersten Jahre nach der Zuwanderung bewertet werden.

Integration ist häufig ein Generationenprozess. Sprachkenntnisse, Bildungsabschlüsse, berufliche Positionen, soziale Netzwerke und gesellschaftliche Identitäten verändern sich über längere Zeiträume.

Dabei können Fortschritte und Probleme gleichzeitig auftreten. Eine wachsende gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte kann mit fortbestehender sozialer Ungleichheit oder neuen Identitätskonflikten verbunden sein.

Gerade deshalb ist eine kurzfristige Bewertung problematisch.

Erfolgreiche Integration bedeutet nicht Konfliktfreiheit. Sie bedeutet vielmehr, dass gesellschaftliche Konflikte innerhalb gemeinsamer demokratischer Institutionen ausgetragen werden und individuelle Herkunft zunehmend weniger über gesellschaftliche Chancen entscheidet.

Deutschland im europäischen Vergleich

Deutschland verbindet mehrere europäische Migrationserfahrungen miteinander. Die frühere Arbeitsmigration, der Familiennachzug, Fluchtbewegungen, innereuropäische Freizügigkeit

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

und zunehmende Fachkräftezuwanderung haben das Land langfristig zu einer Einwanderungsgesellschaft gemacht.

Gleichzeitig bestehen erhebliche regionale Unterschiede. Großstädte und wirtschaftlich dynamische Regionen verfügen teilweise über jahrzehntelange Migrationserfahrung, während andere Regionen erst vergleichsweise spät mit stärkerer gesellschaftlicher Vielfalt konfrontiert wurden.

Auch hier zeigt sich deshalb die zentrale Erkenntnis des europäischen Vergleichs: Nicht Migration allein erklärt politische Reaktionen. Entscheidend ist, wie schnell gesellschaftliche Veränderungen stattfinden, welche institutionellen Kapazitäten vorhanden sind und ob die Bevölkerung den Eindruck gewinnt, dass der Staat diese Entwicklung gestalten kann.

Die politische Stabilität europäischer Einwanderungsgesellschaften hängt langfristig weder von grenzenloser Offenheit noch von vollständiger Abschottung ab. Sie hängt von der Fähigkeit ab, Migration nachvollziehbar zu steuern, Integration praktisch zu ermöglichen und gemeinsame demokratische Zugehörigkeit zu erhalten.

Damit führt der europäische Vergleich zu einer weiterführenden Frage. Migration verändert nicht nur die Zusammensetzung europäischer Gesellschaften. Gemeinsam mit demografischem Wandel, wirtschaftlicher Transformation und regionalen Verschiebungen verändert sie auch **Arbeitsmärkte, soziale Sicherungssysteme und gesellschaftliche Verteilungskonflikte** – und damit einen weiteren zentralen Bereich demokratischer Steuerungsfähigkeit.

Kapitel 84 – Demografischer Wandel in Europa

Der demografische Wandel gehört zu den tiefgreifendsten und zugleich am langsamsten verlaufenden Transformationsprozessen Europas. Anders als wirtschaftliche Krisen, Migrationsbewegungen oder politische Konflikte vollzieht er sich über Jahrzehnte. Gerade diese Langfristigkeit kann jedoch dazu führen, dass seine politische Bedeutung unterschätzt wird. Veränderungen der Altersstruktur, niedrige Geburtenraten, steigende Lebenserwartung, regionale Bevölkerungsverschiebungen und internationale Migration verändern schrittweise die gesellschaftlichen Grundlagen europäischer Demokratien.

Demografie ist dabei keine isolierte Bevölkerungsfrage. Sie beeinflusst Arbeitsmärkte, soziale Sicherungssysteme, Gesundheitsversorgung, Pflege, Wohnungsbau, Bildung, öffentliche Infrastruktur und regionale Entwicklung. Gleichzeitig verändert sie politische Interessenstrukturen und gesellschaftliche Verteilungskonflikte. Wenn sich das Verhältnis

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

zwischen Generationen verschiebt, verändern sich auch die Anforderungen an demokratische Politik.

Der europäische Vergleich zeigt wiederum erhebliche Unterschiede. Während einige Regionen weiterhin wachsen, verlieren andere Bevölkerung. Während wirtschaftlich dynamische Metropolen junge Menschen anziehen, altern zahlreiche ländliche und strukturschwächere Räume besonders schnell. Migration kann bestimmte demografische Entwicklungen abschwächen, sie jedoch nicht automatisch aufheben.

Demografischer Wandel ist keine einzelne politische Herausforderung. Er verändert gleichzeitig Arbeitsmarkt, Sozialstaat, Infrastruktur, regionale Entwicklung und politische Interessen – und wirkt damit unmittelbar auf die langfristige Steuerungsfähigkeit europäischer Demokratien.

Alterung als europäische Strukturentwicklung

Die Alterung vieler europäischer Gesellschaften entsteht aus dem Zusammenwirken niedriger Geburtenraten und steigender Lebenserwartung. Wenn über längere Zeit weniger Kinder geboren werden, während Menschen zugleich länger leben, verändert sich schrittweise die Altersstruktur der Bevölkerung.

Diese Entwicklung ist zunächst Ausdruck gesellschaftlichen Fortschritts. Höhere Lebenserwartung verweist auf bessere medizinische Versorgung, höheren Wohlstand und verbesserte Lebensbedingungen.

Politisch problematisch wird nicht das längere Leben selbst, sondern die Veränderung des zahlenmäßigen Verhältnisses zwischen den Generationen.

Wenn kleinere jüngere Generationen größeren älteren Bevölkerungsgruppen gegenüberstehen, verändert dies die Finanzierung umlageorientierter Sicherungssysteme ebenso wie den Arbeitsmarkt und die Nachfrage nach öffentlichen Leistungen.

Demografische Alterung ist deshalb weniger eine Krise des Alters als eine Herausforderung gesellschaftlicher Strukturverhältnisse.

Niedrige Geburtenraten und veränderte Lebensentwürfe

Die niedrigen Geburtenraten vieler europäischer Staaten besitzen keine einzelne Ursache. Sie stehen im Zusammenhang mit veränderten Lebensentwürfen, längeren Bildungsphasen, späterem Berufseinstieg, Urbanisierung, Wohnkosten, beruflicher Unsicherheit und der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Hinzu kommen kulturelle Veränderungen. Partnerschaft, Ehe und Elternschaft folgen weniger verbindlichen gesellschaftlichen Mustern als früher. Individuelle Lebensplanung besitzt größere Bedeutung.

Diese Entwicklung sollte nicht als einfacher Werteverlust interpretiert werden. Sie ist Teil einer umfassenderen Individualisierung moderner Gesellschaften.

Für Politik entsteht daraus eine schwierige Aufgabe. Demokratische Staaten können private Lebensentscheidungen nicht steuern und sollten dies auch nicht versuchen. Sie können jedoch Rahmenbedingungen beeinflussen, unter denen Menschen ihre Familienwünsche verwirklichen können.

Kinderbetreuung, Wohnraum, Arbeitsbedingungen, finanzielle Sicherheit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden damit zu Bestandteilen langfristiger Demografiepolitik.

Europa altert unterschiedlich

Von einem einheitlichen europäischen demografischen Entwicklungspfad kann dennoch nicht gesprochen werden.

Einige Staaten und Regionen können Bevölkerungsverluste durch Zuwanderung teilweise ausgleichen. Andere erleben gleichzeitig niedrige Geburtenraten und Abwanderung jüngerer Menschen. Besonders ausgeprägt kann diese Entwicklung in strukturschwächeren Regionen Mittel-, Ost- und Südeuropas sein.

Innerhalb einzelner Staaten bestehen ebenfalls erhebliche Unterschiede.

Universitätsstädte, wirtschaftlich erfolgreiche Regionen und Metropolen ziehen jüngere Menschen an. Ländliche Räume und ehemalige Industrieregionen können dagegen Bevölkerung verlieren und überdurchschnittlich altern.

Demografischer Wandel erzeugt damit nicht nur Unterschiede zwischen europäischen Staaten, sondern zunehmend auch innerhalb nationaler Gesellschaften.

Abwanderung als regionale Transformationskraft

Eine besondere Herausforderung entsteht dort, wo junge und gut qualifizierte Menschen Regionen dauerhaft verlassen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Abwanderung reduziert nicht nur die Bevölkerungszahl. Sie verändert die gesamte gesellschaftliche Struktur. Arbeitskräfte fehlen, Unternehmensnachfolgen werden schwieriger, Schulen verlieren Schülerinnen und Schüler, Vereine Mitglieder und Kommunen langfristig Steuerkraft.

Gleichzeitig sinkt häufig die Attraktivität der Region für weitere Investitionen.

Dadurch kann ein selbstverstärkender Kreislauf entstehen:

Abwanderung → geringere Nachfrage → Rückgang von Infrastruktur → sinkende Standortattraktivität → weitere Abwanderung.

Diese Entwicklung besitzt erhebliche politische Bedeutung. Menschen erleben demografischen Wandel nicht als abstrakte Statistik, sondern durch konkrete Veränderungen ihres Alltags.

Wenn das Geschäft schließt, die Arztpraxis keinen Nachfolger findet, Busverbindungen reduziert werden oder Schulen zusammengelegt werden, wird Bevölkerungsentwicklung unmittelbar erfahrbar.

Demografie und Arbeitsmarkt

Die Alterung der Bevölkerung verändert den europäischen Arbeitsmarkt grundlegend.

Wenn geburtenstarke Jahrgänge aus dem Erwerbsleben ausscheiden und kleinere Generationen nachrücken, entstehen Arbeitskräfteengpässe. Diese betreffen nicht nur hochqualifizierte Berufe, sondern zunehmend Pflege, Handwerk, Verwaltung, Verkehr, Gastronomie, Bildung und andere grundlegende gesellschaftliche Bereiche.

Damit verändert sich auch das Verhältnis zwischen Kapital, Technologie und Arbeit.

Unternehmen können auf Arbeitskräftemangel durch Automatisierung, Digitalisierung, veränderte Produktionsprozesse, höhere Erwerbsbeteiligung oder Zuwanderung reagieren.

Keine dieser Strategien wird allein ausreichen.

Die demografische Transformation erzwingt deshalb eine Kombination aus Produktivitätssteigerung, Qualifizierung, längerer oder flexiblerer Erwerbsbeteiligung und gesteuerter Arbeitsmigration.

Die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Besonders deutlich wird der demografische Wandel bei Renten-, Gesundheits- und Pflegesystemen.

Wenn der Anteil älterer Menschen wächst, steigen tendenziell die Anforderungen an Alterssicherung, Gesundheitsversorgung und Pflege. Gleichzeitig wächst die Finanzierungsbasis nicht automatisch im gleichen Umfang.

Politik kann auf dieses Problem grundsätzlich über mehrere Stellschrauben reagieren: höhere Beiträge oder Steuern, veränderte Leistungen, höhere Erwerbsbeteiligung, Produktivitätssteigerungen, längere Lebensarbeitszeiten oder zusätzliche Zuwanderung in den Arbeitsmarkt.

Jede dieser Möglichkeiten erzeugt jedoch eigene politische Konflikte.

Demografie übersetzt sich damit unmittelbar in Verteilungsfragen.

Die entscheidende demokratische Herausforderung besteht darin, notwendige Anpassungen frühzeitig vorzunehmen, anstatt sie so lange aufzuschieben, bis nur noch kurzfristige und gesellschaftlich besonders belastende Maßnahmen möglich sind.

Pflege und die gesellschaftliche Organisation des Alters

Die Alterung europäischer Gesellschaften verändert nicht nur öffentliche Haushalte, sondern auch Familien und soziale Beziehungen.

Mit wachsender Lebenserwartung steigt die Zahl der Menschen, die über lange Zeit selbstständig leben können. Gleichzeitig wächst langfristig der Bedarf an Pflege und Unterstützung.

Traditionell wurde ein erheblicher Teil dieser Arbeit innerhalb von Familien geleistet. Doch kleinere Familien, höhere Erwerbstätigkeit, größere geografische Mobilität und veränderte Lebensformen reduzieren teilweise diese Möglichkeiten.

Damit wird Pflege zunehmend zu einer gesellschaftlichen Infrastrukturfrage.

Europa benötigt nicht nur mehr Pflegepersonal, sondern neue Formen ambulanten Wohnens, technologische Unterstützung, altersgerechte Stadtplanung und eine stärkere Verbindung professioneller und familiärer Versorgung.

Demografische Politik wird dadurch auch zur Frage gesellschaftlicher Organisation.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Migration als Bestandteil demografischer Entwicklung

Migration kann demografische Alterungsprozesse abschwächen, insbesondere wenn überwiegend jüngere Menschen zuwandern und in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Sie stellt jedoch keine einfache mathematische Lösung dar.

Auch zugewanderte Menschen altern. Zudem hängt ihr langfristiger Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Stabilität entscheidend davon ab, wie erfolgreich Bildung, Qualifikation und Arbeitsmarktintegration funktionieren.

Demografische und migrationspolitische Strategien müssen deshalb miteinander verbunden werden.

Eine Gesellschaft kann Arbeitskräfte nicht dauerhaft allein durch Zuwanderung gewinnen, ohne gleichzeitig Integrationskapazitäten, Wohnraum, Bildung und gesellschaftliche Teilhabe auszubauen.

Kapitel 83 und Kapitel 84 beschreiben damit zwei eng miteinander verbundene, aber analytisch unterschiedliche Prozesse: Migration verändert Demografie – und demografischer Wandel erhöht zugleich den migrationspolitischen Handlungsdruck.

Infrastruktur zwischen Wachstum und Schrumpfung

Demografische Veränderungen stellen öffentliche Infrastruktur vor gegensätzliche Anforderungen.

Wachsende Städte benötigen zusätzlichen Wohnraum, Schulen, Kindertagesstätten, Verkehrsinfrastruktur und soziale Dienstleistungen.

Schrumpfende Regionen stehen dagegen vor der Frage, wie Infrastruktur für eine kleiner werdende und ältere Bevölkerung erhalten werden kann.

Beide Situationen erzeugen Kosten.

Wachstum erfordert Investitionen in neue Kapazitäten. Schrumpfung führt dagegen dazu, dass bestehende Infrastruktur von weniger Menschen finanziert und genutzt wird.

Damit entsteht ein grundlegendes Problem territorialer Gleichwertigkeit.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Wie viel öffentliche Infrastruktur muss ein demokratischer Staat auch dort gewährleisten, wo Bevölkerungszahlen dauerhaft zurückgehen?

Diese Frage besitzt erhebliche Bedeutung für das Vertrauen in staatliche Institutionen.

Stadt und Land als unterschiedliche demografische Räume

Demografischer Wandel verstärkt bestehende Unterschiede zwischen Stadt und Land.

Metropolen können durch Hochschulen, Arbeitsplätze, kulturelle Angebote und internationale Zuwanderung vergleichsweise junge Bevölkerungsstrukturen aufweisen. Ländliche Räume können dagegen gleichzeitig von Alterung und Abwanderung betroffen sein.

Dadurch entstehen unterschiedliche politische Erfahrungswelten.

In wachsenden Städten wird Politik mit Wohnraummangel, Verkehr, Integration und steigenden Lebenshaltungskosten konfrontiert.

In schrumpfenden Regionen stehen dagegen Erreichbarkeit, medizinische Versorgung, öffentlicher Nahverkehr und der Erhalt lokaler Institutionen im Mittelpunkt.

Beide Gruppen können sich politisch vernachlässigt fühlen – allerdings aus entgegengesetzten Gründen.

Demografie und politische Repräsentation

Die Veränderung der Altersstruktur besitzt schließlich Auswirkungen auf demokratische Repräsentation.

Wenn ältere Bevölkerungsgruppen zahlenmäßig wachsen und zugleich eine hohe Wahlbeteiligung aufweisen, gewinnen ihre Interessen politisches Gewicht.

Das ist demokratisch legitim. Gleichzeitig entsteht jedoch die Herausforderung, langfristige Interessen jüngerer und zukünftiger Generationen angemessen zu berücksichtigen.

Investitionen in Bildung, Klimaschutz, Digitalisierung oder Infrastruktur entfalten ihre Wirkung häufig erst nach Jahren oder Jahrzehnten. Die damit verbundenen Kosten entstehen dagegen teilweise unmittelbar.

Demokratische Politik muss deshalb Interessen ausgleichen, die unterschiedliche Zeithorizonte besitzen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Hier zeigt sich eine grundlegende Spannung demokratischer Steuerungsfähigkeit: Wahlen organisieren politische Legitimation in vergleichsweise kurzen Zeiträumen, während demografische Entscheidungen über Generationen wirken.

Demografischer Wandel und politische Unzufriedenheit

Demografischer Wandel führt nicht automatisch zu politischem Protest. Seine indirekten Folgen können jedoch politische Unzufriedenheit verstärken.

Besonders relevant ist die Kombination aus Bevölkerungsverlust, wirtschaftlicher Schwäche und institutionellem Rückzug.

Wenn Menschen erleben, dass ihre Region Einwohner, Infrastruktur und politische Bedeutung verliert, kann daraus das Gefühl entstehen, gesellschaftliche Entwicklung finde anderswo statt.

Diese Wahrnehmung kann sich mit kulturellen und wirtschaftlichen Konflikten verbinden.

Demografischer Wandel wird dann zu einer Hintergrundvariable politischer Polarisierung.

Entscheidend ist wiederum weniger die Bevölkerungsentwicklung allein als ihre politische und institutionelle Verarbeitung.

Deutschland innerhalb der europäischen Demografie

Deutschland teilt zahlreiche demografische Herausforderungen mit anderen europäischen Staaten: niedrige Geburtenraten über lange Zeiträume, Alterung, Fachkräfteengpässe und wachsende Anforderungen an Renten-, Gesundheits- und Pflegesysteme.

Gleichzeitig besitzt Deutschland ausgeprägte regionale Unterschiede.

Wachsende Metropolregionen stehen schrumpfenden oder alternden Regionen gegenüber. Hinzu kommen historische Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, die durch Abwanderungsbewegungen nach der deutschen Wiedervereinigung teilweise verstärkt wurden.

Deutschland bildet damit erneut einen europäischen Transformationsprozess im Inneren ab: Wachstum und Schrumpfung, Zuwanderung und Abwanderung sowie jüngere und stark alternde Regionen existieren innerhalb desselben politischen Systems.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Gerade deshalb lässt sich am deutschen Beispiel besonders deutlich untersuchen, wie demografische Veränderungen in politische Wahrnehmungen, regionale Konfliktlinien und unterschiedliche Erwartungen an staatliches Handeln übersetzt werden.

Demografischer Wandel wird für Europas Demokratien nicht deshalb zur politischen Herausforderung, weil Gesellschaften älter werden. Entscheidend ist, ob politische Institutionen Arbeitsmarkt, Sozialstaat und Infrastruktur rechtzeitig an eine veränderte Bevölkerungsstruktur anpassen können, ohne Generationen und Regionen gegeneinander auszuspielen.

Damit führt die demografische Entwicklung unmittelbar zu einem weiteren zentralen Transformationsfeld. Wenn weniger Menschen im Erwerbsalter größere gesellschaftliche Aufgaben tragen müssen, wenn Arbeitskräfte knapper werden und technologische Veränderungen gleichzeitig traditionelle Tätigkeiten verändern, rücken **Arbeitsmarkt, wirtschaftlicher Strukturwandel und soziale Sicherheit** in den Mittelpunkt der europäischen Transformationsanalyse.

Kapitel 85 – Wirtschaftliche Ungleichgewichte und regionale Disparitäten

Europa gehört insgesamt zu den wohlhabendsten Wirtschaftsräumen der Welt. Hinter diesem Gesamtbild verbergen sich jedoch erhebliche wirtschaftliche Unterschiede zwischen Staaten, Regionen und sozialen Räumen. Produktivität, Einkommen, Beschäftigungsmöglichkeiten, industrielle Struktur, Innovationsfähigkeit, Infrastruktur und öffentliche Finanzkraft sind innerhalb Europas sehr unterschiedlich verteilt. Diese Unterschiede bestehen nicht nur zwischen Nord und Süd oder West und Ost. Auch innerhalb wirtschaftlich erfolgreicher Staaten liegen dynamische Metropolregionen, industrielle Transformationsräume und strukturschwache ländliche Gebiete teilweise unmittelbar nebeneinander.

Wirtschaftliche Ungleichgewichte sind deshalb nicht ausschließlich eine Frage unterschiedlicher Einkommen. Sie bestimmen gesellschaftliche Zukunftserwartungen, beeinflussen Wanderungsbewegungen und verändern die Fähigkeit von Regionen, öffentliche Infrastruktur und wirtschaftliche Entwicklung aufrechtzuerhalten. Wo wirtschaftliche Unterschiede dauerhaft mit dem Eindruck politischer Vernachlässigung verbunden werden, können regionale Disparitäten schließlich zu demokratischen Konfliktlinien werden.

Damit erhält die räumliche Verteilung wirtschaftlicher Entwicklung eine besondere Bedeutung für die Analyse gesellschaftlicher Transformation. Menschen beurteilen

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

wirtschaftlichen Wandel nicht allein anhand nationaler Wachstumsraten. Entscheidend ist häufig, ob Entwicklung im eigenen Lebensumfeld sichtbar und erfahrbar wird.

Wirtschaftlicher Erfolg stabilisiert demokratische Gesellschaften nicht automatisch. Entscheidend ist, ob Menschen und Regionen den Eindruck besitzen, an gesellschaftlicher Entwicklung teilhaben und realistische Zukunftsperspektiven behalten zu können.

Europa als wirtschaftlich ungleicher Raum

Die wirtschaftliche Entwicklung Europas ist historisch durch unterschiedliche Industrialisierungsprozesse, politische Systeme, geografische Bedingungen und institutionelle Strukturen geprägt worden. Diese Unterschiede wirken bis heute fort.

Westeuropäische Staaten verfügten bereits früh über hochentwickelte Industrie- und Dienstleistungsstrukturen. Mittel- und osteuropäische Staaten durchliefen nach dem Ende staatssozialistischer Wirtschaftsordnungen einen tiefgreifenden Transformationsprozess. Südeuropäische Volkswirtschaften wiederum weisen teilweise andere Wirtschaftsstrukturen, Arbeitsmarktbedingungen und Produktivitätsentwicklungen auf.

Die europäische Integration hat zahlreiche Unterschiede reduziert. Binnenmarkt, Investitionen, Freizügigkeit und europäische Strukturförderung ermöglichten wirtschaftliche Konvergenz und Modernisierung.

Gleichzeitig verschwanden die Unterschiede nicht.

Integration kann wirtschaftliche Annäherung ermöglichen, aber auch Konzentrationsprozesse verstärken. Kapital, hochqualifizierte Arbeitskräfte und innovative Unternehmen orientieren sich häufig an bereits erfolgreichen Standorten.

Damit können wirtschaftliche Zentren zusätzliche Vorteile gewinnen.

Metropolen und wirtschaftliche Zentren

Besonders sichtbar wird diese Entwicklung in europäischen Metropolregionen.

Große Städte konzentrieren Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Unternehmenszentralen, kulturelle Einrichtungen, Finanzdienstleistungen und internationale Netzwerke. Sie ziehen qualifizierte Arbeitskräfte und Investitionen an und entwickeln dadurch häufig eine hohe Innovationsdynamik.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Diese Konzentration kann sich selbst verstärken.

Wo bereits Wissen, Kapital und Arbeitskräfte vorhanden sind, entstehen weitere Unternehmen und Beschäftigungsmöglichkeiten. Neue Arbeitskräfte ziehen hinzu, wodurch Nachfrage, Infrastruktur und wirtschaftliche Attraktivität weiter wachsen.

Gleichzeitig erzeugt wirtschaftlicher Erfolg neue Probleme. Wohnraum wird knapp, Immobilienpreise steigen, Verkehrsnetze geraten unter Druck und einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen können aus zentralen Stadtgebieten verdrängt werden.

Wirtschaftliche Dynamik beseitigt soziale Konflikte deshalb nicht. Sie verändert ihre Form.

Strukturschwache Regionen und der Verlust wirtschaftlicher Funktionen

Auf der anderen Seite stehen Regionen, deren traditionelle wirtschaftliche Grundlage geschwächt wurde.

Ehemalige Industriegebiete können durch technologischen Wandel, internationalen Wettbewerb und Produktionsverlagerungen Beschäftigung verlieren. Ländliche Regionen können zusätzlich unter demografischer Alterung und Abwanderung leiden.

Dabei ist der Verlust einzelner Arbeitsplätze nur ein Teil des Problems.

Wenn größere Unternehmen schließen oder wirtschaftliche Branchen schrumpfen, gehen häufig auch Ausbildungsplätze, lokale Dienstleistungen, kommunale Einnahmen und gesellschaftliche Institutionen verloren.

Dadurch kann wirtschaftlicher Strukturwandel weit über den Arbeitsmarkt hinausreichen.

Eine Region verliert dann nicht nur wirtschaftliche Leistung, sondern Teile ihrer gesellschaftlichen Infrastruktur und ihres Selbstverständnisses.

Deindustrialisierung und industrielle Transformation

Industrie besitzt in Europa weiterhin erhebliche wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung. Gleichzeitig verändert sich industrielle Produktion grundlegend.

Digitalisierung, Automatisierung, Energiewende, Klimapolitik, internationale Konkurrenz und geopolitische Veränderungen erhöhen den Anpassungsdruck.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Dabei muss zwischen Deindustrialisierung und industrieller Transformation unterschieden werden.

Produktionsprozesse können sich verändern, ohne dass industrielle Wertschöpfung grundsätzlich verschwindet. Neue Technologien können traditionelle Tätigkeiten ersetzen und gleichzeitig neue hochqualifizierte Beschäftigung schaffen.

Problematisch wird Transformation dort, wo alte wirtschaftliche Strukturen schneller verschwinden als neue entstehen.

Dann entstehen Übergangsphasen, in denen Regionen erhebliche wirtschaftliche und soziale Belastungen tragen.

Gerade diese zeitliche Differenz zwischen Verlust und Neuaufbau besitzt politische Bedeutung.

Globalisierung und unterschiedliche regionale Verwundbarkeit

Europäische Regionen sind unterschiedlich stark in globale Wertschöpfungsketten eingebunden.

Exportorientierte Industrieregionen können erheblich von internationalem Handel profitieren. Gleichzeitig sind sie besonders anfällig für geopolitische Konflikte, Lieferkettenprobleme, Energiepreisschwankungen oder Veränderungen internationaler Nachfrage.

Andere Regionen sind stärker von Tourismus, Landwirtschaft oder einzelnen Dienstleistungsbereichen abhängig.

Wirtschaftliche Krisen wirken deshalb räumlich unterschiedlich.

Eine europaweite oder nationale Krise kann bestimmte Regionen wesentlich stärker treffen als andere.

Damit reicht die Betrachtung nationaler Durchschnittswerte nicht aus, um wirtschaftliche Verwundbarkeit zu verstehen.

Arbeitsmarkt und räumliche Chancenungleichheit

Regionale wirtschaftliche Unterschiede bestimmen unmittelbar die individuellen Lebensmöglichkeiten.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Menschen in wirtschaftlich starken Regionen verfügen häufig über größere Auswahlmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt. Ausbildungsplätze, Hochschulen und unterschiedliche berufliche Karrierewege sind leichter erreichbar.

In strukturschwachen Regionen kann dagegen bereits die Wahl eines bestimmten Berufes Abwanderung erforderlich machen.

Dadurch entsteht ein grundlegender Unterschied gesellschaftlicher Erfahrung.

Für den einen bedeutet Mobilität Freiheit und berufliche Entwicklung. Für den anderen wird sie zur Voraussetzung dafür, überhaupt eine angemessene Beschäftigung zu finden.

Wenn insbesondere jüngere und qualifizierte Menschen abwandern, verstärkt dies wiederum die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Herkunftsregion.

Demografische und wirtschaftliche Transformation bilden damit einen Rückkopplungskreislauf.

Infrastruktur als Voraussetzung wirtschaftlicher Teilhabe

Regionale Entwicklung hängt nicht allein von Unternehmen und Arbeitsplätzen ab. Infrastruktur entscheidet zunehmend darüber, ob wirtschaftliche Entwicklung überhaupt möglich ist.

Verkehrsanbindungen, digitale Netze, Energieversorgung, Schulen, Hochschulen, Gesundheitsversorgung und leistungsfähige Verwaltungen bestimmen die Attraktivität eines Standortes.

Besonders die Digitalisierung verändert die Bedeutung räumlicher Entfernung.

Theoretisch können digitale Arbeitsformen wirtschaftliche Aktivitäten stärker dezentralisieren. Praktisch setzt dies jedoch leistungsfähige digitale Infrastruktur voraus.

Fehlt sie, kann Digitalisierung bestehende Unterschiede sogar vergrößern.

Infrastrukturpolitik ist deshalb nicht lediglich öffentliche Daseinsvorsorge. Sie ist Bestandteil regionaler Wirtschafts- und Demokratiep politik.

Kommunale Finanzkraft und ungleiche Handlungsmöglichkeiten

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Regionale Ungleichheit zeigt sich auch in der finanziellen Leistungsfähigkeit von Kommunen.

Wirtschaftlich starke Städte und Gemeinden verfügen häufig über höhere Steuereinnahmen und können stärker in Infrastruktur, Schulen, Kultur, Digitalisierung und Stadtentwicklung investieren.

Finanzschwache Kommunen stehen dagegen vor einem strukturellen Dilemma.

Gerade dort, wo wirtschaftliche und soziale Probleme besonders groß sind, können die finanziellen Handlungsmöglichkeiten besonders begrenzt sein.

Damit entsteht ein möglicher negativer Kreislauf:

Wirtschaftliche Schwäche → geringere kommunale Einnahmen → geringere Investitionsmöglichkeiten → Verschlechterung von Infrastruktur und Standortqualität → weitere wirtschaftliche Schwäche.

Ohne überregionale Ausgleichsmechanismen können sich territoriale Ungleichheiten dadurch langfristig verfestigen.

Ungleichheit zwischen Regionen und Ungleichheit innerhalb von Regionen

Regionale Disparitäten dürfen nicht mit sozialer Ungleichheit gleichgesetzt werden.

Eine wohlhabende Metropole kann erhebliche soziale Ungleichheiten aufweisen. Umgekehrt können strukturschwächere Regionen relativ geringe Einkommensunterschiede besitzen, obwohl das allgemeine Einkommensniveau niedriger ist.

Für politische Wahrnehmungen sind beide Dimensionen relevant.

Menschen vergleichen sich mit ihrem unmittelbaren sozialen Umfeld, aber auch mit anderen Regionen.

Digitale Medien verstärken diese Vergleichsmöglichkeiten. Lebensbedingungen, Einkommen, Infrastruktur und Konsummöglichkeiten anderer Regionen werden permanent sichtbar.

Dadurch kann relative Benachteiligung politisch bedeutsamer werden, selbst wenn sich die eigene materielle Situation langfristig verbessert hat.

Die Wahrnehmung regionaler Zurücksetzung

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Besonders folgenreich wird wirtschaftliche Ungleichheit, wenn sie mit dem Gefühl politischer Zurücksetzung verbunden ist.

Menschen können akzeptieren, dass nicht jede Region dieselbe Wirtschaftsstruktur besitzt. Schwieriger wird es, wenn der Eindruck entsteht, politische Entscheidungen orientierten sich dauerhaft an den Interessen erfolgreicher Metropolen und wirtschaftlicher Zentren.

Schließungen öffentlicher Einrichtungen können dann symbolische Bedeutung erhalten.

Der Verlust einer Bahnverbindung, einer Schule, eines Krankenhauses oder einer Verwaltungsstelle wird nicht ausschließlich als organisatorische Veränderung wahrgenommen. Er kann als Signal interpretiert werden, dass der eigene Lebensraum politisch an Bedeutung verliert.

Aus wirtschaftlicher Peripherisierung kann dadurch politische Peripherisierung entstehen.

Regionale Disparitäten und populistische Mobilisierung

In zahlreichen europäischen Demokratien zeigen Wahlergebnisse erhebliche regionale Unterschiede.

Protestparteien, populistische Bewegungen und Parteien an den politischen Rändern erzielen teilweise besonders hohe Zustimmung in Regionen, die von wirtschaftlicher Stagnation, Deindustrialisierung, Abwanderung oder demografischem Rückgang geprägt sind.

Eine einfache ökonomische Erklärung wäre dennoch unzureichend.

Nicht jeder wirtschaftlich schwache Raum entwickelt politische Radikalisierung, und nicht jeder Wähler populistischer Parteien ist wirtschaftlich benachteiligt.

Entscheidend ist häufig das Zusammenspiel materieller Entwicklung mit Anerkennung, Identität, Vertrauen und Zukunftserwartungen.

Wirtschaftliche Unsicherheit kann kulturelle Konflikte verstärken, wenn Menschen gesellschaftliche Veränderungen als zusätzliche Bedrohung einer ohnehin unsicheren Position wahrnehmen.

Damit verbinden sich ökonomische und kulturelle Transformationsprozesse.

Europäische Integration und wirtschaftliche Konvergenz

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die Europäische Union versucht seit Jahrzehnten, regionale Unterschiede durch Struktur- und Kohäsionspolitik zu reduzieren.

Diese Politik besitzt nicht nur wirtschaftliche Bedeutung.

Wenn europäische Integration dauerhaft große Gewinner- und Verliererräume hervorbringen würde, könnte dies ihre politische Legitimation untergraben.

Konvergenz ist deshalb zugleich ein demokratisches Integrationsziel.

Allerdings kann öffentliche Förderung allein strukturelle Unterschiede nicht beseitigen. Entscheidend ist, ob Investitionen langfristige wirtschaftliche Eigenständigkeit ermöglichen.

Infrastruktur, Bildung, Forschung, Unternehmensgründungen und institutionelle Leistungsfähigkeit besitzen deshalb größere strategische Bedeutung als kurzfristige Transferwirkungen.

Die neue Bedeutung wirtschaftlicher Sicherheit

Die wirtschaftliche Transformation Europas wird zunehmend durch geopolitische Entwicklungen beeinflusst.

Energieversorgung, Rohstoffe, Halbleiter, digitale Infrastruktur, Verteidigungsindustrie und strategische Lieferketten werden nicht mehr ausschließlich unter Effizienzgesichtspunkten betrachtet.

Wirtschaftliche Resilienz gewinnt an Bedeutung.

Dies kann neue Chancen für Regionen eröffnen, wenn industrielle Produktion stärker innerhalb Europas angesiedelt oder strategische Infrastruktur ausgebaut wird.

Gleichzeitig entstehen neue Kosten und Verteilungskonflikte.

Die europäische Regionalpolitik wird deshalb künftig stärker mit Sicherheits-, Energie-, Technologie- und Industriepolitik verbunden sein.

Deutschland als Raum regionaler Gegensätze

Deutschland weist trotz seiner insgesamt hohen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erhebliche regionale Unterschiede auf.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Wirtschaftsstarke süddeutsche Regionen, internationale Metropolen und erfolgreiche industrielle Standorte stehen Regionen gegenüber, die unter Strukturwandel, demografischer Alterung oder geringerer Investitionsdynamik leiden.

Hinzu kommen weiterhin Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, die sich nicht auf Einkommen oder Wirtschaftsleistung reduzieren lassen. Unterschiedliche Transformationsbiografien, Eigentumsstrukturen, Unternehmenslandschaften und demografische Entwicklungen wirken teilweise bis heute fort.

Gleichzeitig existieren erhebliche Unterschiede innerhalb Ost- und Westdeutschlands selbst.

Eine einfache Ost-West-Erklärung greift deshalb zunehmend zu kurz.

Deutschland ist vielmehr durch ein komplexes räumliches Muster aus Wachstumszentren, stabilen Mittelregionen und strukturell belasteten Räumen geprägt.

Regionale Gleichwertigkeit als demokratische Aufgabe

Demokratische Politik kann wirtschaftliche Unterschiede zwischen Regionen nicht vollständig beseitigen. Eine solche Erwartung wäre weder realistisch noch ökonomisch sinnvoll.

Sie muss jedoch verhindern, dass regionale Unterschiede zu dauerhafter gesellschaftlicher Abkopplung führen.

Gleichwertige Lebensverhältnisse bedeuten deshalb nicht identische Lebensverhältnisse.

Entscheidend ist vielmehr, ob Menschen unabhängig von ihrem Wohnort Zugang zu grundlegender Infrastruktur, Bildung, medizinischer Versorgung, digitaler Teilhabe, Mobilität und realistischen wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten besitzen.

Damit erhält Regionalpolitik eine demokratische Dimension.

Regionale Ungleichheit wird für Demokratien dann gefährlich, wenn aus wirtschaftlicher Distanz gesellschaftliche Distanz und aus gesellschaftlicher Distanz politische Entfremdung entsteht. Demokratische Regionalpolitik muss deshalb nicht überall Gleichheit herstellen, sondern überall Zugehörigkeit und Entwicklungsmöglichkeiten erhalten.

Im europäischen Transformationsraum verbinden sich damit die bisher untersuchten Prozesse immer deutlicher: **Demografischer Wandel, Migration, wirtschaftliche Transformation**

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

und regionale Ungleichheit wirken nicht unabhängig voneinander, sondern verstärken oder begrenzen sich gegenseitig. Ihre politische Wirkung entscheidet sich jedoch letztlich daran, wie Menschen diese Veränderungen wahrnehmen und ob sie darauf vertrauen, dass demokratische Institutionen sie gestalten können.

Damit rückt im nächsten Schritt die Frage in den Mittelpunkt, wie sich diese unterschiedlichen gesellschaftlichen Erfahrungen in **politischem Vertrauen, gesellschaftlicher Unzufriedenheit und veränderten Erwartungen an demokratische Politik** niederschlagen.

Kapitel 86 – Transformation der europäischen Parteiensysteme

Die europäischen Parteiensysteme befinden sich seit mehreren Jahrzehnten in einem tiefgreifenden Veränderungsprozess. Parteien, die über lange Zeit stabile gesellschaftliche Milieus repräsentierten und politische Mehrheiten organisieren konnten, verlieren in vielen Demokratien einen Teil ihrer früheren Bindungskraft. Gleichzeitig entstehen neue Parteien und Bewegungen, etablierte politische Lager fragmentieren sich und Wahlentscheidungen werden volatiler. Rechtspopulistische und rechtsradikale Parteien gewinnen ebenso an Bedeutung wie grüne, regionalistische, linkspopulistische oder andere neue politische Formationen.

Diese Entwicklung ist nicht als bloße Krise einzelner Parteien zu verstehen. Sie ist eng mit den gesellschaftlichen Veränderungen verbunden, die in den vorhergehenden Kapiteln untersucht wurden. Migration, demografischer Wandel, wirtschaftliche Transformation, regionale Disparitäten, kulturelle Pluralisierung, Individualisierung und Digitalisierung verändern die sozialen Grundlagen politischer Repräsentation. Wo sich Gesellschaft verändert, verändert sich langfristig auch die Struktur politischer Interessen und damit das Parteiensystem.

Der europäische Vergleich zeigt dabei unterschiedliche nationale Entwicklungen, aber eine gemeinsame Grundtendenz: Die ehemals relativ stabilen Parteiensysteme vieler Demokratien werden offener, fragmentierter und schwerer vorhersehbar.

Die Transformation europäischer Parteiensysteme ist nicht in erster Linie eine Parteienkrise. Sie ist Ausdruck einer tiefer liegenden Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen, Konfliktlinien und politischen Bindungen, auf denen die Parteienordnungen des 20. Jahrhunderts beruhten.

Die historische Stabilität der europäischen Parteiensysteme

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die Parteiensysteme vieler europäischer Demokratien entstanden entlang relativ stabiler gesellschaftlicher Konfliktlinien. Soziale Klasse, Religion, regionale Zugehörigkeit und wirtschaftliche Interessen bestimmten über lange Zeit politische Orientierung.

Sozialdemokratische Parteien waren eng mit Arbeiterschaft und Gewerkschaften verbunden. Christdemokratische und konservative Parteien integrierten religiöse, bürgerliche und ländliche Milieus. Liberale Parteien repräsentierten unterschiedliche Teile des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bürgertums.

Parteien waren dabei mehr als Wahlorganisationen.

Parteizeitungen, Gewerkschaften, Kirchen, Verbände, Vereine und andere gesellschaftliche Organisationen bildeten teilweise umfassende soziale Milieus. Politische Zugehörigkeit war häufig Bestandteil einer langfristigen gesellschaftlichen Identität.

Diese Strukturen haben erheblich an Bedeutung verloren.

Die Erosion traditioneller Milieus

Individualisierung, Bildungsexpansion, Säkularisierung, wirtschaftlicher Strukturwandel und veränderte Arbeitswelten haben traditionelle gesellschaftliche Milieus geschwächt.

Die klassische Industriearbeiterschaft besitzt nicht mehr dieselbe gesellschaftliche Struktur wie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Kirchliche Bindungen haben in vielen europäischen Gesellschaften abgenommen. Berufsbiografien und Lebensformen sind vielfältiger geworden.

Dadurch verlieren Parteien ihre traditionellen sozialen Anker.

Dieser Prozess bedeutet nicht, dass gesellschaftliche Interessen verschwinden. Sie werden jedoch heterogener und lassen sich weniger eindeutig einzelnen Parteien zuordnen.

Ein Arbeitnehmer kann beispielsweise wirtschaftspolitisch sozialstaatliche Positionen vertreten, gesellschaftspolitisch konservativ eingestellt sein und gleichzeitig eine restriktive Migrationspolitik bevorzugen.

Die klassische Zuordnung gesellschaftlicher Gruppen zu politischen Lagern wird dadurch schwieriger.

Vom Klassenkonflikt zu multidimensionalen Konfliktlinien

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die europäischen Parteiensysteme wurden lange stark durch wirtschaftliche Verteilungskonflikte geprägt.

Diese Konflikte bestehen weiterhin. Fragen von Einkommen, sozialer Sicherheit, Besteuerung und wirtschaftlicher Regulierung bleiben politisch zentral.

Daneben haben jedoch kulturelle Konfliktlinien erheblich an Bedeutung gewonnen.

Migration, nationale Identität, europäische Integration, Klimapolitik, gesellschaftliche Vielfalt, Geschlechterrollen und kulturelle Modernisierung erzeugen neue politische Gegensätze.

Damit entsteht ein multidimensionaler politischer Raum.

Wähler lassen sich nicht mehr ohne Weiteres entlang einer einzigen Links-Rechts-Achse einordnen.

Gerade diese Mehrdimensionalität eröffnet neuen Parteien politische Möglichkeiten.

Der Niedergang der klassischen Volksparteien

Besonders sichtbar wird die Transformation beim Bedeutungsverlust großer Volksparteien.

Volksparteien konnten historisch unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen innerhalb einer politischen Organisation integrieren. Ihre Stärke beruhte gerade darauf, Konflikte zwischen verschiedenen Interessen intern auszugleichen.

Mit der zunehmenden gesellschaftlichen Differenzierung wird diese Integrationsleistung schwieriger.

Positioniert sich eine Volkspartei beispielsweise migrationspolitisch liberal, kann sie konservativ orientierte Wähler verlieren. Positioniert sie sich restriktiver, riskiert sie Verluste in urbanen und gesellschaftlich liberalen Milieus.

Ähnliche Spannungen entstehen bei Klima-, Wirtschafts-, Sozial- und Europapolitik.

Die Schwäche der Volksparteien ist deshalb teilweise das Ergebnis ihrer früheren Stärke: Sie versuchen weiterhin breite gesellschaftliche Koalitionen zu bilden, obwohl die Interessen dieser Gruppen zunehmend auseinanderlaufen.

Die Entstehung neuer Parteien

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die Fragmentierung gesellschaftlicher Interessen schafft Raum für neue politische Angebote.

Grüne Parteien konnten ökologische Fragen und gesellschaftsliberale Werte politisch bündeln. Rechtspopulistische Parteien verbinden häufig Migration, nationale Identität, Souveränität und Kritik an etablierten Institutionen. Linkspopulistische Bewegungen greifen soziale Ungleichheit, Globalisierungskritik und politische Entfremdung auf.

Daneben entstehen regionalistische, libertäre, europakritische und thematisch spezialisierte Parteien.

Nicht jede neue Partei etabliert sich dauerhaft.

Doch die Eintrittsbarrieren in Parteiensysteme sind gesunken. Digitale Kommunikation ermöglicht politische Mobilisierung auch ohne jahrzehntelang aufgebaute Parteiorganisationen.

Damit steigt die Dynamik politischer Konkurrenz.

Rechtspopulismus als europäische Strukturentwicklung

Eine besonders folgenreiche Entwicklung ist der Aufstieg rechtspopulistischer und teilweise rechtsradikaler Parteien.

Diese Parteien unterscheiden sich erheblich hinsichtlich ihrer historischen Herkunft, organisatorischen Struktur und ideologischen Radikalität. Dennoch existieren wiederkehrende Themen: Migration, nationale Souveränität, Kritik an politischen Eliten, Skepsis gegenüber europäischer Integration und Ablehnung bestimmter gesellschaftlicher Liberalisierungsprozesse.

Ihr Aufstieg lässt sich nicht auf eine einzelne Ursache reduzieren.

Migration kann eine wichtige Rolle spielen, ebenso wirtschaftliche Unsicherheit, regionale Benachteiligung, kulturelle Veränderung oder sinkendes institutionelles Vertrauen.

Entscheidend ist häufig die politische Bündelung unterschiedlicher Unzufriedenheiten.

Rechtspopulistische Parteien können dadurch Wählergruppen zusammenführen, deren wirtschaftliche Interessen teilweise sehr unterschiedlich sind, die jedoch eine gemeinsame Wahrnehmung gesellschaftlichen Kontrollverlusts verbindet.

Die Transformation der Sozialdemokratie

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Sozialdemokratische Parteien stehen in nahezu allen europäischen Demokratien vor einer besonderen Herausforderung.

Ihre historische Kernwählerschaft hat sich gesellschaftlich verändert. Die klassische industrielle Arbeiterschaft ist kleiner geworden, während neue Beschäftigungsformen, Dienstleistungsberufe und akademisch geprägte urbane Milieus entstanden sind.

Dadurch müssen sozialdemokratische Parteien unterschiedliche Wählergruppen miteinander verbinden.

Teile ihrer traditionellen Arbeitnehmerschaft können gesellschaftspolitisch konservativer eingestellt sein, während neue urbane Wähler stärker gesellschaftsliberale und ökologische Positionen vertreten.

Die Herausforderung besteht deshalb nicht nur darin, eine zeitgemäße Sozialpolitik zu entwickeln.

Sie besteht darin, eine neue gesellschaftliche Koalition zu bilden, die wirtschaftliche Sicherheit und kulturelle Offenheit miteinander verbindet.

Konservative Parteien zwischen Mitte und rechter Konkurrenz

Auch konservative und christdemokratische Parteien stehen vor strukturellen Spannungen.

Sie müssen wirtschaftsliberale, christlich-soziale, gesellschaftlich konservative und moderne urbane Wählergruppen miteinander verbinden.

Der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien verschärft diese Herausforderung.

Eine Annäherung an migrations- oder kulturpolitisch restriktive Positionen kann Wähler am rechten Rand zurückgewinnen, zugleich aber gemäßigte Wähler der politischen Mitte entfremden.

Eine klare Abgrenzung kann dagegen dazu führen, dass sich rechts von den traditionellen konservativen Parteien dauerhaft ein eigenständiges politisches Lager etabliert.

Damit wird die strategische Positionierung konservativer Parteien zu einer zentralen Frage der europäischen Parteiensysteme.

Liberalen und grünen Parteien in veränderten Gesellschaften

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Libérale Parteien profitieren grundsätzlich von gesellschaftlicher Individualisierung, wirtschaftlicher Modernisierung und dem Wunsch nach persönlicher Freiheit.

Gleichzeitig müssen sie sehr unterschiedliche liberale Traditionen miteinander verbinden: wirtschaftliche Freiheit, gesellschaftliche Liberalität und individuelle Bürgerrechte führen nicht automatisch zu identischen politischen Positionen.

Grüne Parteien wiederum haben sich in zahlreichen Staaten von ursprünglich stark ökologisch orientierten Bewegungen zu umfassenderen politischen Parteien entwickelt.

Sie verbinden Klimapolitik häufig mit gesellschaftlicher Liberalität, europäischer Integration und bestimmten sozialpolitischen Vorstellungen.

Damit repräsentieren sie besonders stark urbane, höher gebildete und gesellschaftlich modernisierte Milieus.

Dies kann jedoch neue gesellschaftliche Gegensätze verstärken, wenn ökologische Transformation in strukturschwächeren Regionen als zusätzliche wirtschaftliche Belastung wahrgenommen wird.

Wachsende Wählervolatilität

Mit der Schwächung traditioneller Parteibindungen steigt die Bereitschaft, zwischen Wahlen die Partei zu wechseln.

Wähler entscheiden stärker anhand aktueller Themen, politischer Führungspersonen oder wahrgenommener Regierungsleistungen.

Dadurch können Parteien innerhalb kurzer Zeit erhebliche Gewinne oder Verluste erleben.

Politische Volatilität besitzt eine demokratisch positive Seite. Parteien können sich nicht dauerhaft auf traditionelle Stammwähler verlassen und müssen gesellschaftliche Veränderungen stärker berücksichtigen.

Gleichzeitig erschwert hohe Volatilität langfristige politische Strategie.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Regierungen müssen zunehmend mit kurzfristigen Stimmungsverschiebungen umgehen, während viele Transformationsaufgaben langfristige Entscheidungen erfordern.

Fragmentierung und Regierungsbildung

Je mehr relevante Parteien in ein Parlament einziehen, desto komplexer wird die Regierungsbildung.

Zweiparteien- oder klassische Zweilagerkonstellationen werden seltener. Koalitionen aus drei oder mehr Parteien gewinnen an Bedeutung.

Damit wächst der politische Abstimmungsbedarf.

Koalitionen müssen unterschiedliche Programme miteinander verbinden. Kompromisse werden notwendiger, zugleich aber für Wähler schwieriger nachvollziehbar.

Dies kann ein demokratisches Kommunikationsproblem erzeugen.

Parteien versprechen im Wahlkampf bestimmte Maßnahmen, müssen diese nach der Wahl jedoch im Koalitionsprozess verändern oder aufgeben.

Was institutionell notwendiger demokratischer Kompromiss ist, kann gesellschaftlich als gebrochenes Versprechen wahrgenommen werden.

Polarisierung und politische Lagerbildung

Fragmentierung bedeutet nicht automatisch Polarisierung.

Ein Parteiensystem kann viele Parteien besitzen und dennoch kompromissfähig bleiben.

Problematisch wird Fragmentierung dann, wenn politische Konkurrenz zunehmend als grundlegender Konflikt zwischen unvereinbaren gesellschaftlichen Lagern verstanden wird.

Besonders digitale Kommunikationsräume können solche Dynamiken verstärken.

Politische Gegner werden dann nicht mehr nur als Vertreter anderer Interessen wahrgenommen, sondern als Bedrohung der eigenen gesellschaftlichen Ordnung.

Damit verändert sich die Funktion politischer Konkurrenz.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Demokratische Auseinandersetzung lebt von Konflikt. Sie benötigt jedoch gleichzeitig die Anerkennung gemeinsamer institutioneller Regeln.

Digitalisierung der Parteienkonkurrenz

Digitale Plattformen haben die politischen Kommunikationsbedingungen grundlegend verändert.

Parteien benötigen klassische Medien weniger stark als früher, um ihre Anhänger zu erreichen. Politiker können unmittelbar kommunizieren, Kampagnen können kurzfristig organisiert und politische Botschaften zielgruppenspezifisch verbreitet werden.

Davon profitieren insbesondere Akteure, die sich gegen etablierte Institutionen positionieren.

Empörung, Zuspitzung und emotionale Botschaften besitzen in digitalen Kommunikationsräumen häufig größere Mobilisierungskraft als komplexe politische Erklärungen.

Damit verändert Digitalisierung nicht zwingend politische Überzeugungen, wohl aber die Bedingungen, unter denen politische Aufmerksamkeit entsteht.

Europäische Integration als neue Konfliktlinie

Auch die Europäische Union selbst ist Bestandteil der Transformation der Parteiensysteme.

Über Jahrzehnte wurde europäische Integration von großen Teilen der politischen Mitte grundsätzlich getragen.

Mit zunehmender Integration entstanden jedoch stärkere Konflikte über Souveränität, wirtschaftliche Verantwortung, Migration und nationale Entscheidungsspielräume.

Dadurch entwickelte sich neben klassischen wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Konflikten eine zusätzliche europapolitische Konfliktlinie.

Proeuropäische und europaskeptische Positionen verlaufen dabei teilweise quer zu traditionellen Links-Rechts-Gegensätzen.

Dies erhöht die Mehrdimensionalität politischer Konkurrenz weiter.

Parteien zwischen Repräsentation und Steuerungsverantwortung

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die Transformation der Parteiensysteme verweist auf ein grundlegendes demokratisches Spannungsverhältnis.

Parteien müssen gesellschaftliche Interessen repräsentieren. Gleichzeitig müssen sie nach Regierungsübernahme Entscheidungen treffen, die häufig komplexe Kompromisse erfordern.

Je stärker Gesellschaften fragmentiert sind, desto schwieriger wird es, beide Funktionen gleichzeitig zu erfüllen.

Eine Partei kann ihre eigene Wählergruppe maximal mobilisieren, indem sie deren Interessen besonders deutlich hervorhebt.

Regierungsfähigkeit erfordert dagegen die Integration unterschiedlicher Interessen.

Damit entsteht ein strukturelles Spannungsverhältnis zwischen politischer Mobilisierung und demokratischer Steuerung.

Deutschland als Teil der europäischen Parteientransformation

Auch das deutsche Parteiensystem hat sich von einer vergleichsweise konzentrierten Parteienordnung zu einem deutlich fragmentierteren System entwickelt.

Die traditionellen Volksparteien CDU/CSU und SPD besitzen nicht mehr die frühere dominierende Stellung. Grüne, FDP, Linke, AfD und weitere politische Formationen haben das Parteiensystem erweitert und neue Konfliktlinien sichtbar gemacht.

Gleichzeitig bestehen erhebliche regionale Unterschiede.

Insbesondere zwischen Ost- und Westdeutschland unterscheiden sich teilweise Parteibindungen, Wahlverhalten und die Stärke einzelner politischer Kräfte. Auch Stadt-Land-Unterschiede und regionale wirtschaftliche Entwicklungen gewinnen an Bedeutung.

Deutschland stellt damit keinen Sonderfall außerhalb der europäischen Entwicklung dar.

Viele Veränderungen entsprechen europäischen Trends. Die konkrete Ausprägung wird jedoch durch die deutsche Geschichte, Wiedervereinigung, föderale Struktur und spezifische Entwicklung des Parteiensystems geprägt.

Vom stabilen Parteiensystem zur beweglichen Parteienordnung

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die europäischen Parteiensysteme kehren wahrscheinlich nicht einfach zu den relativ stabilen Strukturen der Nachkriegsjahrzehnte zurück.

Gesellschaftliche Individualisierung, vielfältigere Lebensformen, multidimensionale Konfliktlinien und digitale Öffentlichkeit haben die Voraussetzungen politischer Bindung dauerhaft verändert.

Die entscheidende Frage lautet deshalb nicht, wie die frühere Parteienordnung wiederhergestellt werden kann.

Entscheidend ist, ob unter den Bedingungen größerer Fragmentierung weiterhin stabile demokratische Repräsentation und Regierungsfähigkeit möglich bleiben.

Die Zukunft europäischer Parteiensysteme entscheidet sich nicht daran, ob alte Parteibindungen wiederhergestellt werden. Sie entscheidet sich daran, ob Parteien unter Bedingungen gesellschaftlicher Vielfalt neue politische Integrationsleistungen entwickeln können, ohne Konflikte zu verdrängen und ohne demokratische Kompromissfähigkeit zu verlieren.

Damit wird eine Entwicklung besonders wichtig, die in zahlreichen europäischen Demokratien inzwischen weit über einzelne Wahlerfolge hinausreicht. **Rechtspopulistische und rechtsradikale Parteien haben sich in vielen Parteiensystemen dauerhaft etabliert und verändern politische Themen, Koalitionsmöglichkeiten und die strategische Positionierung der übrigen Parteien.** Ihre Entwicklung und ihre unterschiedlichen nationalen Erscheinungsformen bilden deshalb einen zentralen Bestandteil des weiteren europäischen Vergleichs.

Kapitel 87 – Krise traditioneller Volks- und Mitteparteien

Die Krise traditioneller Volks- und Mitteparteien gehört zu den sichtbarsten politischen Folgen der gesellschaftlichen Transformation Europas. Parteien, die über Jahrzehnte große Teile der Bevölkerung integrierten, Regierungen bildeten und politische Stabilität gewährleisteten, haben in zahlreichen europäischen Demokratien erhebliche Teile ihrer früheren Bindungs- und Mobilisierungskraft verloren. Dieser Prozess betrifft sozialdemokratische ebenso wie christdemokratische, konservative und teilweise liberale Parteien. Er verläuft national unterschiedlich, weist jedoch gemeinsame strukturelle Ursachen auf.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Dabei wäre es verkürzt, die Entwicklung ausschließlich auf politische Fehler einzelner Parteien, Führungspersonen oder Wahlkampagnen zurückzuführen. Solche Faktoren können Wahlergebnisse erheblich beeinflussen, erklären jedoch nicht den langfristigen Trend. Die Krise der traditionellen Mitteparteien steht in engem Zusammenhang mit der Auflösung gesellschaftlicher Milieus, der Individualisierung, dem wirtschaftlichen Strukturwandel, der kulturellen Pluralisierung, neuen Konfliktlinien und einer veränderten politischen Öffentlichkeit.

Die traditionelle Volkspartei war eine politische Organisationsform einer bestimmten gesellschaftlichen Epoche. Ihre Krise verweist deshalb zugleich auf die Transformation jener Gesellschaft, die sie hervorgebracht hat.

Die Krise der Volksparteien ist nicht allein eine Krise politischer Organisationen. Sie ist Ausdruck der Tatsache, dass die gesellschaftlichen Großmilieus, auf denen ihre Integrationskraft beruhte, ihre frühere Geschlossenheit verloren haben.

Die historische Funktion der Volksparteien

Volksparteien erfüllten in den europäischen Nachkriegsdemokratien eine besondere Integrationsfunktion. Sie versuchten nicht, lediglich eine einzelne soziale Gruppe zu vertreten, sondern unterschiedliche gesellschaftliche Interessen innerhalb einer politischen Organisation zusammenzuführen.

Christdemokratische und konservative Parteien verbanden beispielsweise Unternehmer, Arbeitnehmer, ländliche Bevölkerung, religiöse Milieus und Teile des Bürgertums. Sozialdemokratische Parteien entwickelten sich von klassischen Arbeiterparteien zu breiteren politischen Formationen, die Arbeitnehmer, Angestellte, öffentliche Beschäftigte und Teile akademischer Mittelschichten integrierten.

Diese Parteien waren deshalb gesellschaftliche Koalitionen.

Viele Interessenkonflikte, die heute zwischen verschiedenen Parteien ausgetragen werden, wurden früher teilweise innerhalb der großen Parteien verhandelt.

Volksparteien waren damit nicht nur Wahlorganisationen. Sie waren politische Integrationsinstitutionen.

Die Auflösung gesellschaftlicher Großmilieus

Die Grundlage dieser Integrationsleistung hat sich verändert.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Industriearbeiterschaft, kirchlich gebundene Bevölkerungsgruppen, traditionelle Berufsstrukturen und stabile regionale Milieus besitzen nicht mehr dieselbe gesellschaftliche Geschlossenheit.

Menschen wechseln häufiger Berufe und Wohnorte. Bildungswege sind vielfältiger geworden. Religiöse Bindungen haben in vielen Staaten abgenommen. Familien- und Lebensformen differenzieren sich.

Damit werden auch politische Identitäten beweglicher.

Die frühere Verbindung

soziales Milieu → gesellschaftliche Organisation → politische Identität → Partei

wird schwächer.

Parteien verlieren dadurch nicht zwangsläufig sämtliche Wähler dieser Gruppen. Sie können jedoch nicht mehr selbstverständlich mit deren dauerhafter Loyalität rechnen.

Vom Stammwähler zum Wechselwähler

Eine unmittelbare Folge ist der Rückgang langfristiger Parteibindungen.

Wähler beurteilen Parteien zunehmend anhand aktueller Themen, politischer Führung, Regierungsleistung oder konkreter Konflikte.

Dadurch steigt die Zahl potenzieller Wechselwähler.

Diese Entwicklung stärkt grundsätzlich die demokratische Konkurrenz. Parteien müssen stärker um Zustimmung werben und können sich weniger auf historische Loyalitäten verlassen.

Gleichzeitig macht sie Wahlergebnisse volatiler.

Eine Partei kann innerhalb kurzer Zeit erhebliche Zustimmung gewinnen und ebenso schnell wieder verlieren.

Für Volksparteien ist dies besonders problematisch, weil ihr Organisations- und Politikmodell ursprünglich auf langfristiger gesellschaftlicher Bindung beruhte.

Die Schwierigkeit gesellschaftlicher Breite

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die zentrale Stärke der Volksparteien wird unter veränderten Bedingungen zu einem strukturellen Problem.

Eine Partei, die möglichst viele gesellschaftliche Gruppen ansprechen möchte, muss zunehmend Positionen miteinander verbinden, die schwer vereinbar sind.

Dies zeigt sich beispielsweise in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Arbeitnehmer können stärkere soziale Absicherung erwarten, während wirtschaftsliberale Wähler geringere staatliche Belastungen fordern.

Ähnliche Konflikte entstehen bei Migration, Klimapolitik, gesellschaftlicher Liberalität oder europäischer Integration.

Je vielfältiger die gesellschaftlichen Interessen werden, desto schwieriger wird es, eine politische Position zu entwickeln, die von allen Teilen einer breiten Wählerkoalition akzeptiert wird.

Die programmatische Zentrumsbewegung

Ein weiterer Faktor ist die programmatische Annäherung großer Parteien in bestimmten Politikfeldern.

Wo Parteien um die politische Mitte konkurrieren, können Unterschiede zwischen ihnen weniger sichtbar werden.

Dies kann aus demokratischer Perspektive Ausdruck gesellschaftlichen Konsenses sein. Für die politische Wahrnehmung entsteht jedoch ein Problem, wenn Wähler nicht mehr erkennen, welche grundsätzlichen Alternativen zwischen den großen Parteien bestehen.

Die politische Mitte kann dadurch paradoxerweise ihre eigene Konkurrenz schwächen.

Wenn große Parteien in zentralen Fragen ähnlich wahrgenommen werden, gewinnen Parteien außerhalb der traditionellen Mitte die Möglichkeit, sich als deutlich unterscheidbare Alternative zu präsentieren.

Regierungsverantwortung als Belastung

Volks- und Mitteparteien tragen besonders häufig Regierungsverantwortung.

Damit werden sie stärker als kleinere Oppositionsparteien mit den Widersprüchen politischer Steuerung konfrontiert.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Regierungen müssen Haushaltsgrenzen beachten, internationale Verpflichtungen berücksichtigen, Koalitionskompromisse schließen und rechtliche Vorgaben einhalten.

Politische Forderungen werden dadurch in der praktischen Umsetzung verändert.

Oppositionsparteien besitzen größere Freiheit, einfache oder maximalistische Positionen zu vertreten.

So entsteht eine strukturelle Asymmetrie: Parteien der Mitte werden häufig an realen Ergebnissen gemessen, während Protestparteien stärker von der Artikulation gesellschaftlicher Unzufriedenheit profitieren können.

Große Koalitionen und verschwimmende politische Alternativen

In fragmentierten Parteiensystemen können traditionelle politische Konkurrenten gezwungen sein, gemeinsam zu regieren.

Solche Koalitionen können institutionelle Stabilität sichern. Gleichzeitig können sie politische Alternativen weniger sichtbar machen.

Wenn die beiden größten traditionellen Parteien gemeinsam regieren, entsteht außerhalb der Regierung zusätzlicher politischer Raum.

Oppositionsparteien können sich dann als einzige grundsätzliche Alternative darstellen.

Wiederholt sich eine solche Konstellation über längere Zeit, kann sich die Wahrnehmung verstärken, die etablierten Mitteparteien gehörten trotz programmatischer Unterschiede zu einem gemeinsamen politischen System, gegen das sich Protest richtet.

Die Herausforderung der Migration

Migration hat die Krise traditioneller Volksparteien in zahlreichen europäischen Staaten besonders sichtbar gemacht.

Die Schwierigkeit liegt darin, dass ihre Wählerkoalitionen häufig sehr unterschiedliche Erwartungen besitzen.

Urbane, akademische und gesellschaftsliberale Wähler können eine offene Migrationspolitik unterstützen. Andere traditionelle Wählergruppen legen möglicherweise größeren Wert auf Begrenzung, Kontrolle und kulturelle Integration.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Eine Volkspartei kann deshalb durch nahezu jede Position Teile ihrer bisherigen Anhängerschaft verlieren.

Rechtspopulistische Parteien nutzen diesen Konflikt, indem sie migrationspolitische Fragen mit nationaler Identität, Sicherheit und Kritik an politischen Eliten verbinden.

Klimapolitik und neue Verteilungskonflikte

Ähnliche Spannungen entstehen bei der ökologischen Transformation.

Grundsätzliche Zustimmung zu Klimaschutz bedeutet nicht automatisch Zustimmung zu jeder konkreten Maßnahme.

Kosten für Energie, Mobilität, Wohnen oder industrielle Umstellung werden von unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen verschieden getragen.

Volksparteien müssen deshalb ökologische Ziele mit sozialer und wirtschaftlicher Absicherung verbinden.

Gelingt dies nicht, kann Klimapolitik als Konflikt zwischen gesellschaftlichen Milieus wahrgenommen werden: zwischen urbanen und ländlichen Räumen, höheren und niedrigeren Einkommen oder akademischen und industriell geprägten Berufsgruppen.

Auch hier wird die klassische Integrationsfunktion der Mitteparteien auf eine neue Probe gestellt.

Vertrauensverlust und politische Glaubwürdigkeit

Die Krise der Mitteparteien ist zugleich eine Vertrauenskrise.

Politische Glaubwürdigkeit hängt nicht ausschließlich davon ab, ob Regierungen objektiv erfolgreich handeln. Entscheidend ist auch, ob politische Entscheidungen nachvollziehbar erscheinen.

Komplexe Koalitionsentscheidungen, wechselnde Positionen und kommunikative Vereinfachungen können den Eindruck mangelnder Verlässlichkeit erzeugen.

Besonders problematisch wird dies, wenn Parteien Erwartungen wecken, die unter realen politischen Bedingungen kaum erfüllt werden können.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Enttäuschung richtet sich dann nicht nur gegen einzelne Entscheidungen, sondern kann langfristig die Bindung an die Partei selbst schwächen.

Professionalisierung und gesellschaftliche Distanz

Moderne Parteien benötigen professionelle Organisationen, Fachwissen und spezialisierte politische Kommunikation.

Diese Professionalisierung ist angesichts komplexer Regierungsaufgaben notwendig.

Gleichzeitig kann sie Distanz erzeugen.

Wenn politische Karrieren überwiegend innerhalb von Parteien, Parlamenten, Ministerien und politischen Organisationen verlaufen, kann bei Teilen der Bevölkerung der Eindruck einer eigenständigen politischen Berufswelt entstehen.

Die entscheidende Frage ist dabei nicht, ob Berufspolitik grundsätzlich problematisch wäre. Moderne Demokratien benötigen professionelle politische Arbeit.

Problematisch wird vielmehr die Wahrnehmung, politische Organisationen seien gesellschaftlich weniger verankert als früher.

Der Rückgang der Parteimitgliedschaft

In vielen traditionellen Parteien hat sich auch die organisatorische Basis verändert.

Parteimitgliedschaft war früher stärker mit gesellschaftlicher Zugehörigkeit verbunden. Ortsvereine, Jugendorganisationen und parteinahe Verbände bildeten lokale politische Netzwerke.

Mit dem Rückgang langfristiger Mitgliedschaften schwächt sich diese Verbindung teilweise ab.

Dadurch verlieren Parteien nicht nur Mitglieder.

Sie verlieren gesellschaftliche Sensoren.

Parteimitglieder vermitteln Erfahrungen aus Betrieben, Vereinen, Nachbarschaften und lokalen Institutionen in politische Organisationen hinein. Wenn diese Verbindung schwächer wird, kann sich die Distanz zwischen professioneller Politik und gesellschaftlichem Alltag vergrößern.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Digitale Kommunikation und der Verlust der Vermittlungsfunktion

Die digitale Öffentlichkeit verändert zusätzlich die Rolle traditioneller Parteien.

Politische Kommunikation wird unmittelbarer. Einzelne Politiker, Bewegungen und Influencer können große Reichweiten erreichen, ohne auf klassische Parteistrukturen angewiesen zu sein.

Damit verlieren Parteien einen Teil ihrer früheren Vermittlungsfunktion zwischen Gesellschaft und Staat.

Gleichzeitig steigt der Druck zur schnellen Reaktion.

Komplexe politische Entscheidungen konkurrieren mit emotionalen, zugespitzten und leicht verbreitbaren Botschaften.

Volksparteien, deren zentrale Funktion gerade im Ausgleich widersprüchlicher Interessen besteht, besitzen unter diesen Kommunikationsbedingungen einen strukturellen Nachteil: Kompromisse lassen sich schwieriger mobilisieren als eindeutige Forderungen.

Die Konkurrenz an mehreren politischen Rändern

Traditionelle Mitteparteien stehen inzwischen häufig nicht nur einem politischen Konkurrenten gegenüber.

Sozialdemokratische Parteien konkurrieren gleichzeitig mit grünen, linken, liberalen und rechtspopulistischen Parteien um unterschiedliche Teile ihrer früheren Wählerschaft.

Konservative Parteien stehen unter Konkurrenz liberaler, grüner, zentristischer und rechter Parteien.

Dadurch können Verluste in mehrere Richtungen gleichzeitig auftreten.

Eine einfache programmatische Verschiebung reicht deshalb häufig nicht aus, um verlorene Wähler zurückzugewinnen.

Bewegt sich eine Partei in eine Richtung, kann sie an anderer Stelle zusätzliche Unterstützung verlieren.

Die strategische Versuchung der Polarisierung

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Unter diesen Bedingungen kann es für Mitteparteien attraktiv erscheinen, sich stärker zu profilieren und politische Konflikte bewusst zuzuspitzen.

Eine klarere Positionierung kann Mobilisierung erleichtern.

Sie birgt jedoch Risiken.

Wenn traditionelle Integrationsparteien selbst zunehmend polarisierend auftreten, können sie kurzfristig Wähler mobilisieren, gleichzeitig aber ihre Fähigkeit verlieren, unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen zusammenzuführen.

Damit stellt sich eine grundsätzliche strategische Frage: Sollen Volksparteien versuchen, möglichst breite gesellschaftliche Koalitionen zu erhalten, oder sich stärker als profilierte Milieuparteien positionieren?

Eine einfache Antwort existiert nicht.

Von der Volkspartei zur Koalitionspartei

Möglicherweise verändert sich deshalb die Funktion großer Mitteparteien.

Die klassische Volkspartei versuchte, gesellschaftliche Vielfalt innerhalb einer einzigen Organisation zu integrieren.

In fragmentierten Parteiensystemen könnte diese Integrationsleistung zunehmend zwischen mehreren Parteien stattfinden.

Die politische Koalition übernimmt dann teilweise jene Funktion, die früher die Volkspartei selbst erfüllte.

Dies verändert demokratische Politik grundlegend.

Gesellschaftliche Kompromisse werden weniger vor der Wahl innerhalb großer Parteien und stärker nach der Wahl zwischen mehreren Parteien ausgehandelt.

Damit steigt allerdings die Bedeutung transparenter Koalitionsbildung und verständlicher politischer Kommunikation.

Die deutsche Entwicklung im europäischen Zusammenhang

Deutschland bildet diese europäische Entwicklung besonders deutlich ab.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

CDU/CSU und SPD konnten über Jahrzehnte einen sehr großen Teil der Wählerschaft integrieren. Diese Dominanz ist erheblich zurückgegangen.

Die Ursachen entsprechen teilweise den europäischen Strukturveränderungen: Säkularisierung, Wandel der Arbeitsgesellschaft, Individualisierung, neue kulturelle Konfliktlinien, Migration, ökologische Transformation und sinkende langfristige Parteibindungen.

Hinzu kommen spezifisch deutsche Faktoren.

Die Wiedervereinigung brachte unterschiedliche politische Erfahrungen und Parteitraditionen innerhalb eines gemeinsamen Parteiensystems zusammen. Regionale Unterschiede, insbesondere zwischen Teilen Ost- und Westdeutschlands, beeinflussen die Parteienkonkurrenz weiterhin.

Der Aufstieg der AfD hat darüber hinaus die strategische Situation insbesondere für die Union, aber auch für die übrigen Parteien grundlegend verändert.

Deutschland ist damit zugleich Teil einer europäischen Entwicklung und ein eigenständiger nationaler Transformationsfall.

Keine einfache Rückkehr zur alten Volkspartei

Die Krise traditioneller Volks- und Mitteparteien bedeutet nicht zwangsläufig deren Verschwinden.

Sie können weiterhin zentrale Akteure demokratischer Politik bleiben.

Eine Rückkehr zu den gesellschaftlichen Bedingungen der Nachkriegsjahrzehnte ist jedoch unwahrscheinlich.

Die Aufgabe besteht deshalb nicht darin, die frühere Volkspartei organisatorisch zu rekonstruieren.

Vielmehr müssen neue Formen politischer Integration entwickelt werden.

Dazu gehören glaubwürdige programmatische Orientierung, gesellschaftliche Verankerung, nachvollziehbare Prioritäten und die Fähigkeit, Zielkonflikte offen zu benennen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Gerade in fragmentierten Gesellschaften könnte die Fähigkeit zum Ausgleich wieder zu einem entscheidenden politischen Wettbewerbsvorteil werden – allerdings nur dann, wenn Kompromiss nicht als Orientierungslosigkeit erscheint.

Die Zukunft der politischen Mitte hängt nicht davon ab, ob sie die gesellschaftlichen Milieus des 20. Jahrhunderts zurückgewinnen kann. Sie hängt davon ab, ob sie unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts neue gesellschaftliche Bündnisse bildet, Konflikte sichtbar macht und dennoch politische Kompromissfähigkeit organisiert.

Damit zeigt sich zugleich die andere Seite der Krise traditioneller Mitteparteien. Der von ihnen verlorene politische Raum bleibt nicht leer. Er wird von neuen Parteien und Bewegungen besetzt, die gesellschaftliche Konflikte anders bündeln und politische Zugehörigkeit neu definieren. Besonders folgenreich ist dabei der europaweite Aufstieg **rechtspopulistischer und rechtsradikaler Parteien**, der im nächsten Schritt als eigenständiger Bestandteil der Transformation europäischer Demokratien untersucht werden muss.

Kapitel 88 – Der Aufstieg populistischer Parteien

Der Aufstieg populistischer Parteien gehört zu den sichtbarsten Veränderungen der europäischen Parteienlandschaft seit dem ausgehenden 20. Jahrhundert. In zahlreichen Demokratien konnten politische Kräfte erhebliche Wahlerfolge erzielen, die sich ausdrücklich gegen etablierte Parteien, politische Eliten oder bestehende institutionelle Ordnungen positionieren. Besonders erfolgreich waren dabei rechtspopulistische Parteien, doch populistische Mobilisierung findet sich auch in linken, regionalen und ideologisch weniger eindeutig einzuordnenden politischen Bewegungen.

Populismus sollte deshalb zunächst nicht mit einer bestimmten politischen Ideologie gleichgesetzt werden. Sein charakteristisches Merkmal liegt vielmehr in einer spezifischen politischen Deutung gesellschaftlicher Konflikte. Komplexe politische Auseinandersetzungen werden häufig als Gegensatz zwischen einem vermeintlich homogenen „Volk“ und einer ebenso homogen dargestellten „Elite“ interpretiert. Politische Legitimität wird dabei besonders stark aus dem Anspruch abgeleitet, den unmittelbaren und authentischen Volkswillen zu vertreten.

Diese politische Logik kann unterschiedliche ideologische Inhalte aufnehmen. Rechte populistische Parteien verbinden sie häufig mit Migration, nationaler Identität und Souveränität. Linke populistische Bewegungen können wirtschaftliche Ungleichheit, Finanzmacht oder soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellen. Gemeinsam ist ihnen

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

häufig die Vorstellung, etablierte politische Vermittlungsstrukturen hätten sich von wesentlichen Teilen der Bevölkerung entfernt.

Populismus entsteht nicht allein aus gesellschaftlicher Unzufriedenheit. Politisch wirksam wird er dort, wo unterschiedliche Erfahrungen von Unsicherheit, Kontrollverlust und mangelnder Repräsentation zu einem einfachen Gegensatz zwischen „Volk“ und „Elite“ verdichtet werden können.

Populismus als politische Logik

Populismus besitzt eine besondere Attraktivität, weil er komplexe gesellschaftliche Wirklichkeit in eine leicht verständliche politische Erzählung übersetzt.

Demokratische Politik ist zwangsläufig kompliziert. Unterschiedliche Interessen müssen berücksichtigt, rechtliche Grenzen eingehalten, internationale Verpflichtungen beachtet und langfristige Folgen abgeschätzt werden.

Populistische Kommunikation reduziert diese Komplexität.

Politische Probleme erscheinen weniger als Ergebnis widersprüchlicher Interessen und institutioneller Zwänge, sondern als Folge falscher Entscheidungen oder des Versagens bestimmter Eliten.

Damit verändert sich die Interpretation politischer Schwierigkeiten.

Aus einem komplexen Steuerungsproblem wird ein Verantwortungsproblem: Wenn die „richtigen“ politischen Akteure handeln würden, so die populistische Logik, ließen sich viele Probleme vergleichsweise einfach lösen.

Gesellschaftliche Transformation als Nährboden

Der Erfolg populistischer Parteien lässt sich nicht durch einen einzelnen Faktor erklären.

Wirtschaftlicher Strukturwandel, Migration, demografische Veränderungen, regionale Disparitäten, kulturelle Pluralisierung und Digitalisierung erzeugen unterschiedliche Formen gesellschaftlicher Unsicherheit.

Dabei müssen Menschen nicht objektiv zu den wirtschaftlichen Verlierern gehören, um Transformation als Bedrohung wahrzunehmen.

Auch erwartete Statusverluste können politisch wirksam werden.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Wer den Eindruck gewinnt, die eigene berufliche Position, kulturelle Orientierung oder gesellschaftliche Anerkennung werde langfristig schwächer, kann politischen Wandel als Verlustprozess erleben.

Populistische Parteien bieten für solche Erfahrungen häufig eine zusammenhängende politische Interpretation.

Repräsentationslücken im Parteiensystem

Der Aufstieg populistischer Parteien hängt eng mit der Transformation traditioneller Volksparteien zusammen.

Wenn große Parteien versuchen, breite gesellschaftliche Koalitionen zusammenzuhalten, können bestimmte Positionen innerhalb des etablierten Parteiensystems weniger deutlich vertreten erscheinen.

Dadurch entstehen politische Repräsentationslücken.

Wähler, die sich beispielsweise eine deutlich restriktivere Migrationspolitik wünschen, können den Eindruck gewinnen, zwischen den traditionellen Parteien bestehe kein ausreichender Unterschied.

Ähnliche Entwicklungen können bei europäischer Integration, wirtschaftlicher Umverteilung oder kulturellen Fragen auftreten.

Populistische Parteien können solche Lücken besetzen, indem sie Positionen anbieten, die etablierte Parteien nicht oder nur eingeschränkt vertreten.

Migration als Mobilisierungsthema

Migration besitzt für rechtspopulistische Parteien eine besondere Bedeutung.

Das Thema verbindet mehrere politische Dimensionen: staatliche Kontrolle, nationale Identität, kulturelle Veränderung, soziale Verteilung und innere Sicherheit.

Dadurch kann Migration zum Symbol umfassender gesellschaftlicher Transformation werden.

Politisch entscheidend ist wiederum nicht allein die tatsächliche Zahl zugewanderter Menschen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Auch Regionen mit vergleichsweise geringer Migration können hohe Unterstützung für migrationskritische Parteien aufweisen.

Dies zeigt, dass politische Wahrnehmung nicht unmittelbar aus persönlicher Erfahrung hervorgehen muss.

Medien, politische Kommunikation und gesellschaftliche Erwartungen beeinflussen die Wahrnehmung erheblich.

Nationale Identität und kulturelle Unsicherheit

Rechtspopulistische Parteien verbinden Migration häufig mit einer umfassenderen Debatte über nationale Identität.

Gesellschaftliche Modernisierung verändert Vorstellungen von Familie, Religion, Geschlechterrollen, kultureller Vielfalt und nationaler Zugehörigkeit.

Für Teile der Bevölkerung bedeutet dies größere individuelle Freiheit.

Andere erleben dieselben Veränderungen als Verlust vertrauter gesellschaftlicher Ordnung.

Populistische Parteien können diese unterschiedlichen Wahrnehmungen politisch bündeln, indem sie kulturelle Veränderung als Konflikt zwischen traditionellen gesellschaftlichen Vorstellungen und einer vermeintlich von Eliten betriebenen Modernisierung interpretieren.

Dadurch wird kulturelle Identität zu einem politischen Mobilisierungsfaktor.

Wirtschaftliche Unsicherheit und Statusverlust

Populistische Mobilisierung besitzt zugleich eine wirtschaftliche Dimension.

Deindustrialisierung, prekäre Beschäftigung, steigende Wohnkosten oder regionale Stagnation können Unsicherheit erzeugen.

Doch materielle Benachteiligung allein erklärt populistische Wahlerfolge nicht.

Von besonderer Bedeutung ist relative Position.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Menschen beurteilen ihre Situation danach, wie sie sich im Vergleich zu anderen Gruppen und zu früheren Erwartungen entwickelt.

Ein stabiler Lebensstandard kann deshalb trotzdem mit Abstiegsangst verbunden sein, wenn zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten unsicher erscheinen.

Aus wirtschaftlicher Unsicherheit kann so politische Statusunsicherheit entstehen.

Regionale Disparitäten und politische Peripherisierung

Populistische Parteien erzielen in vielen europäischen Staaten überdurchschnittliche Ergebnisse in bestimmten ländlichen, postindustriellen oder demografisch belasteten Regionen.

Diese Muster dürfen nicht pauschalisiert werden. Dennoch verweist ihre Wiederholung auf die politische Bedeutung räumlicher Entwicklung.

Wenn Regionen Bevölkerung verlieren, Infrastruktur zurückgeht und wirtschaftliche Zentren immer stärker wachsen, kann der Eindruck entstehen, gesellschaftliche Modernisierung finde hauptsächlich anderswo statt.

Populistische Parteien können diese Wahrnehmung in eine politische Zentrum-Peripherie-Erzählung übersetzen.

Metropolen, nationale Regierungen oder europäische Institutionen erscheinen dann als Vertreter einer Entwicklung, von der die eigene Region nicht ausreichend profitiert.

Europäische Integration und Souveränität

Die Europäische Union bietet populistischen Parteien ein besonders geeignetes Konfliktfeld.

Europäische Politik ist institutionell komplex. Entscheidungen entstehen durch das Zusammenwirken nationaler Regierungen, Europäischer Kommission, Europäischem Parlament, Rat, Gerichten und weiteren Institutionen.

Politische Verantwortung ist dadurch für Bürger teilweise schwer zuzuordnen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Populistische Parteien können diese Komplexität auf einen Konflikt zwischen nationaler Selbstbestimmung und europäischer Fremdbestimmung reduzieren.

Dabei werden reale Fragen demokratischer Legitimation mit einer vereinfachenden politischen Erzählung verbunden.

Europakritik kann deshalb sowohl Ausdruck legitimer institutioneller Kritik als auch Bestandteil populistischer Mobilisierung sein.

Krise, Unsicherheit und politische Beschleunigung

Krisen schaffen günstige Bedingungen für populistische Mobilisierung.

Finanzkrisen, Migrationsbewegungen, Pandemien, Energiekrisen, Kriege oder starke wirtschaftliche Veränderungen erzeugen Unsicherheit und erhöhen den politischen Entscheidungsdruck.

In solchen Situationen müssen Regierungen häufig schnell handeln.

Entscheidungen können komplex, widersprüchlich oder fehlerhaft sein.

Populistische Parteien profitieren davon, wenn sie diese Fehler in eine umfassendere Erzählung institutionellen Versagens einordnen können.

Mehrere aufeinanderfolgende Krisen können diesen Effekt verstärken.

Es entsteht eine dauerhafte gesellschaftliche Erwartung politischer Unsicherheit.

Digitale Öffentlichkeit und populistische Kommunikation

Digitale Plattformen haben die Kommunikationsbedingungen populistischer Politik erheblich verändert.

Populistische Botschaften sind häufig emotional, konfliktorientiert und personalisiert.

Diese Eigenschaften passen besonders gut zu digitalen Aufmerksamkeitsmechanismen.

Empörung erzeugt Interaktion. Zuspitzung erleichtert Verbreitung. Personalisierte Konflikte lassen sich leichter vermitteln als komplexe institutionelle Zusammenhänge.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Dadurch besitzen populistische Akteure nicht automatisch einen technologischen Vorteil, aber ihre Kommunikationsweise kann besonders gut mit der Logik digitaler Plattformen harmonieren.

Gleichzeitig können sie klassische journalistische Vermittlung umgehen und unmittelbar mit Anhängern kommunizieren.

Der Wandel politischer Sprache

Populistische Mobilisierung verändert häufig die politische Sprache insgesamt.

Begriffe, Themen und Konfliktdeutungen, die zunächst außerhalb des politischen Mainstreams standen, können schrittweise in die allgemeine politische Debatte gelangen.

Etablierte Parteien reagieren darauf unterschiedlich.

Sie können populistische Positionen zurückweisen, bestimmte Themen aufnehmen oder versuchen, Wähler durch programmatische Annäherung zurückzugewinnen.

In jedem Fall verändert populistische Konkurrenz den politischen Wettbewerb.

Ihr Einfluss lässt sich deshalb nicht allein an Wahlergebnissen messen.

Eine populistische Partei kann politische Agenda und Sprache bereits erheblich verändern, bevor sie Regierungsverantwortung übernimmt.

Populismus und demokratische Repräsentation

Populismus besitzt ein ambivalentes Verhältnis zur Demokratie.

Einerseits können populistische Parteien reale Repräsentationsdefizite sichtbar machen. Sie können Themen aufgreifen, die etablierte Parteien unterschätzt haben, und Bürger mobilisieren, die sich politisch nicht mehr vertreten fühlen.

In diesem Sinne kann populistische Konkurrenz eine Korrekturfunktion besitzen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Andererseits entsteht ein grundlegendes demokratisches Problem, wenn nur noch eine politische Gruppe beansprucht, das „wahre Volk“ zu vertreten.

Demokratie beruht gerade darauf, dass Gesellschaft pluralistisch ist.

Es existiert nicht ein einziger gesellschaftlicher Wille, sondern unterschiedliche Interessen, Überzeugungen und Identitäten.

Wer politische Gegner nicht mehr als legitime Konkurrenten, sondern als Gegner des Volkes betrachtet, verändert deshalb die Grundlage demokratischer Konkurrenz.

Vom Populismus zum Illiberalismus

Nicht jede populistische Partei ist antidemokratisch.

Eine kritische Grenze wird jedoch erreicht, wenn Mehrheitslegitimation gegen rechtsstaatliche und pluralistische Institutionen ausgespielt wird.

Unabhängige Gerichte, freie Medien, wissenschaftliche Institutionen, Minderheitenrechte und Gewaltenteilung können dann als Hindernisse eines vermeintlich unmittelbaren Volkswillens dargestellt werden.

Damit kann populistische Politik in illiberale Politik übergehen.

Die entscheidende Frage lautet deshalb nicht nur, ob eine Partei populistische Kommunikation verwendet.

Entscheidend ist, wie sie mit institutioneller Begrenzung politischer Macht umgeht.

Populistische Parteien in Regierungsverantwortung

Der Eintritt populistischer Parteien in Regierungen verändert ihre politische Situation.

Opposition ermöglicht eindeutige Kritik. Regierungsverantwortung erzwingt dagegen Kompromisse, institutionelle Verfahren und praktische Entscheidungen.

Einige populistische Parteien werden dadurch pragmatischer.

Andere versuchen, institutionelle Rahmenbedingungen selbst zu verändern, um politische Macht stärker zu konzentrieren.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Damit entstehen unterschiedliche Entwicklungspfade.

Populismus kann sich institutionell normalisieren, programmatisch verändern oder in eine umfassendere illiberale Transformation übergehen.

Der europäische Vergleich zeigt deshalb nicht einen einheitlichen populistischen Regierungsweg.

Die Reaktionen etablierter Parteien

Traditionelle Parteien stehen gegenüber populistischer Konkurrenz vor einem strategischen Dilemma.

Ignorieren sie Themen, die populistische Parteien erfolgreich mobilisieren, können sie den Eindruck gesellschaftlicher Distanz verstärken.

Übernehmen sie deren politische Sprache vollständig, können sie zugleich populistische Deutungsmuster legitimieren.

Eine demokratisch tragfähige Antwort erfordert deshalb eine schwierigere Strategie.

Reale Probleme müssen anerkannt und bearbeitet werden, ohne vereinfachende Feindbilder zu übernehmen.

Gerade bei Migration, regionaler Ungleichheit, sozialer Sicherheit und staatlicher Leistungsfähigkeit entscheidet sich, ob etablierte Parteien verlorenes Vertrauen zurückgewinnen können.

Deutschland im europäischen Populismusvergleich

Deutschland war im Vergleich zu einigen anderen europäischen Demokratien lange durch eine relativ hohe Stabilität seines Parteiensystems gekennzeichnet.

Auch hier haben sich die Bedingungen jedoch verändert.

Mit dem Aufstieg der AfD hat sich rechts von CDU und CSU eine dauerhaft relevante politische Kraft etabliert. Ihre Entwicklung verbindet europäische Muster mit spezifisch deutschen Faktoren.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Migration, Kritik an politischen Institutionen, europapolitische Fragen, kulturelle Konflikte und regionale Unterschiede spielen dabei eine wichtige Rolle.

Besonders ausgeprägt sind die regionalen Unterschiede zwischen Teilen Ost- und Westdeutschlands.

Diese lassen sich nicht auf einen einzelnen Faktor reduzieren. Transformationsbiografien seit 1990, demografische Entwicklung, regionale Wirtschaftsstrukturen, politische Repräsentation und unterschiedliche gesellschaftliche Erfahrungen wirken miteinander.

Deutschland bildet damit erneut einen spezifischen nationalen Fall innerhalb eines breiteren europäischen Transformationsprozesses.

Populismus als Symptom und Verstärker

Für die Gesamtanalyse ist entscheidend, Populismus weder ausschließlich als Ursache noch ausschließlich als Folge demokratischer Probleme zu verstehen.

Populistische Parteien entstehen teilweise aus gesellschaftlichen Spannungen, Repräsentationsdefiziten und Vertrauensverlust.

Sobald sie politisch erfolgreich werden, verändern sie jedoch selbst die politische Umwelt.

Sie beeinflussen Sprache, Themenprioritäten, Koalitionsmöglichkeiten und gesellschaftliche Konfliktwahrnehmung.

Damit entsteht eine Rückkopplung:

Gesellschaftliche Transformation → Unsicherheit und Repräsentationsdefizite → populistische Mobilisierung → Veränderung politischer Kommunikation und Konkurrenz → stärkere Polarisierung → neue gesellschaftliche Unsicherheit.

Populismus kann deshalb zugleich **Symptom und Verstärker** politischer Transformation sein.

Die demokratische Herausforderung des Populismus besteht nicht darin, gesellschaftlichen Protest zum Verschwinden zu bringen. Demokratie benötigt Widerspruch und politische Alternativen. Entscheidend ist, ob Protest innerhalb einer pluralistischen Ordnung bleibt oder in den Anspruch übergeht, nur eine politische Kraft vertrete das legitime Volk und dürfe deshalb institutionelle Begrenzungen überwinden.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Damit führt die Analyse über populistische Parteien hinaus. Nicht jede populistische Bewegung ist rechtsradikal, und nicht jede radikale Rechte arbeitet ausschließlich populistisch. Für die europäische Transformationsanalyse muss deshalb im nächsten Schritt genauer untersucht werden, **unter welchen Bedingungen aus populistischer Mobilisierung rechtsradikale beziehungsweise extrem rechte politische Dynamiken entstehen und wie sich deren Bedeutung innerhalb Europas unterscheidet.**

Kapitel 89 – Rechtsverschiebungen in europäischen Gesellschaften

Die politische Entwicklung zahlreicher europäischer Gesellschaften wird seit mehreren Jahren durch eine stärkere Sichtbarkeit konservativer, nationaler, rechtspopulistischer und teilweise rechtsradikaler Positionen geprägt. Diese Entwicklung wird häufig zusammenfassend als „Rechtsruck“ bezeichnet. Der Begriff beschreibt jedoch unterschiedliche Prozesse, die analytisch voneinander getrennt werden müssen. Wahlerfolge rechter Parteien, veränderte Einstellungen innerhalb der Bevölkerung, Verschiebungen politischer Debatten, eine stärkere Thematisierung von Migration und nationaler Identität sowie programmatische Veränderungen etablierter Parteien sind nicht dasselbe.

Für die Untersuchung europäischer Transformationsprozesse ist deshalb der Begriff der **Rechtsverschiebung** präziser. Er bezeichnet keine einheitliche ideologische Bewegung der gesamten Gesellschaft, sondern eine Veränderung politischer Kräfteverhältnisse, Konfliktlinien und Diskursräume. Gesellschaften können gleichzeitig in bestimmten Fragen liberaler und in anderen konservativer werden. Eine wachsende Akzeptanz gesellschaftlicher Vielfalt kann beispielsweise mit einer restriktiveren Haltung gegenüber irregulärer Migration verbunden sein. Ebenso kann die Unterstützung demokratischer Institutionen fortbestehen, während das Vertrauen in konkrete Regierungen oder Parteien sinkt.

Die entscheidende analytische Frage lautet daher nicht, ob Europa insgesamt „nach rechts“ rückt. Untersucht werden muss vielmehr, **welche gesellschaftlichen Gruppen sich in welchen Politikfeldern aus welchen Gründen politisch neu orientieren und wie diese Veränderungen von Parteien in politische Macht übersetzt werden.**

Rechtsverschiebungen sind kein einheitlicher gesellschaftlicher Richtungswechsel. Sie entstehen aus der Neuordnung politischer Konflikte, in denen Migration, Sicherheit, nationale Zugehörigkeit, kultureller Wandel, soziale Unsicherheit und Vertrauen in staatliche Steuerungsfähigkeit zunehmend miteinander verbunden werden.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Konservativ, rechtspopulistisch, rechtsradikal und extrem rechts

Eine wissenschaftliche Analyse benötigt zunächst begriffliche Differenzierung.

Konservative Politik gehört zum legitimen demokratischen Meinungsspektrum. Sie kann gesellschaftliche Kontinuität, nationale Tradition, Sicherheit, Eigenverantwortung oder eine begrenztere Rolle des Staates betonen, ohne demokratische Grundprinzipien infrage zu stellen.

Rechtspopulismus verbindet rechte politische Inhalte häufig mit der Vorstellung eines grundlegenden Gegensatzes zwischen „Volk“ und „Elite“.

Rechtsradikale Positionen gehen darüber hinaus, indem sie zentrale Elemente liberaler Demokratie, pluralistischer Gesellschaft oder universalistischer Gleichheitsvorstellungen grundsätzlich infrage stellen können.

Extrem rechte beziehungsweise rechtsextreme Positionen überschreiten schließlich die Grenze demokratischer Konkurrenz, wenn sie Menschenwürde, politische Gleichheit, pluralistische Demokratie oder die demokratische Verfassungsordnung ablehnen.

Diese Unterschiede sind wesentlich.

Eine undifferenzierte Verwendung des Begriffs „rechts“ kann legitime konservative Positionen mit antidemokratischen Ideologien vermischen und dadurch die Analyse eher erschweren als verbessern.

Migration als zentrale neue Konfliktachse

Migration gehört zu den wichtigsten Themen der europäischen Rechtsverschiebung.

Dabei verbinden sich mehrere Fragen: Wer darf einwandern? Wer erhält Schutz? Wie werden Grenzen kontrolliert? Welche Integrationsleistungen können Gesellschaften erbringen? Welche kulturellen Veränderungen entstehen durch Migration?

In vielen europäischen Staaten gelang es rechten Parteien, diese Fragen zu einer umfassenderen Erzählung gesellschaftlicher Kontrolle zu verbinden.

Migration wird dabei nicht ausschließlich als einzelnes Politikfeld behandelt, sondern mit innerer Sicherheit, Sozialstaat, nationaler Identität und staatlicher Handlungsfähigkeit verknüpft.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Dadurch besitzt das Thema eine außergewöhnlich hohe politische Anschlussfähigkeit.

Kontrollverlust als politische Wahrnehmung

Besonders wirksam wird Migration dort, wo sie mit der Wahrnehmung staatlichen Kontrollverlusts verbunden wird.

Für demokratische Legitimation ist nicht allein entscheidend, welche Entscheidungen ein Staat trifft. Bürger müssen zugleich den Eindruck besitzen, dass Regeln tatsächlich durchgesetzt werden können.

Wenn Asylverfahren lange dauern, Zuständigkeiten unklar erscheinen oder rechtskräftige Entscheidungen nicht umgesetzt werden, kann daraus eine Wahrnehmung institutioneller Schwäche entstehen.

Diese Wahrnehmung kann politisch weit über das eigentliche Migrationsproblem hinausreichen.

Die Frage lautet dann nicht mehr nur: Wie viele Menschen kommen?

Sie lautet: **Kann der Staat überhaupt noch steuern?**

Damit wird Migration zu einem Symbol demokratischer Handlungsfähigkeit.

Kultureller Wandel und gesellschaftliche Gegenbewegungen

Rechtsverschiebungen stehen zugleich im Zusammenhang mit langfristiger kultureller Liberalisierung.

Europäische Gesellschaften haben sich hinsichtlich Lebensformen, Geschlechterrollen, Religion, sexueller Selbstbestimmung und kultureller Vielfalt erheblich verändert.

Für große Teile der Bevölkerung bedeutet dies gesellschaftlichen Fortschritt.

Andere erleben die Geschwindigkeit oder Richtung dieser Veränderungen kritischer.

Politische Gegenbewegungen sind deshalb teilweise als Reaktion auf kulturelle Modernisierung zu verstehen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Je stärker bestimmte gesellschaftliche Veränderungen als selbstverständlich oder unumkehrbar dargestellt werden, desto stärker kann bei anderen Gruppen der Eindruck entstehen, ihre eigenen kulturellen Vorstellungen würden politisch nicht mehr berücksichtigt.

Rechte Parteien können diese Wahrnehmung aufnehmen und zu einer umfassenderen Identitätspolitik verdichten.

Nationale Identität und Zugehörigkeit

Globalisierung und europäische Integration haben nationale Identität nicht verschwinden lassen.

Im Gegenteil kann zunehmende internationale Verflechtung die politische Bedeutung nationaler Zugehörigkeit sogar verstärken.

Menschen besitzen mehrere Identitäten gleichzeitig: lokal, regional, national, europäisch, religiös, kulturell oder beruflich.

Problematisch wird Identitätspolitik nicht durch nationale Zugehörigkeit an sich.

Die demokratische Grenze wird dort berührt, wo nationale Zugehörigkeit ethnisch exklusiv definiert und bestimmten Bevölkerungsgruppen trotz rechtlicher Gleichheit dauerhafte Fremdheit zugeschrieben wird.

Damit wird die Frage zentral, ob nationale Identität inklusiv oder exklusiv verstanden wird.

Wirtschaftliche Unsicherheit und kulturelle Konflikte

Rechtsverschiebungen lassen sich nicht allein kulturell erklären.

Wirtschaftliche Transformation, Arbeitsplatzunsicherheit, steigende Lebenshaltungskosten und regionale Disparitäten können kulturelle Konflikte verstärken.

Dabei wirken wirtschaftliche und kulturelle Unsicherheit häufig zusammen.

Wer wirtschaftliche Zukunft als unsicher wahrnimmt, kann gesellschaftliche Veränderungen stärker als zusätzliche Belastung erleben.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Umgekehrt können kulturelle Konflikte wirtschaftliche Unzufriedenheit politisch interpretierbar machen.

Die Trennung zwischen „ökonomischen“ und „kulturellen“ Ursachen greift deshalb häufig zu kurz.

Entscheidend ist ihr Zusammenspiel.

Regionale Unterschiede

Rechtsverschiebungen sind innerhalb europäischer Staaten räumlich sehr unterschiedlich ausgeprägt.

In manchen Ländern erzielen rechte Parteien besonders hohe Ergebnisse in ländlichen Regionen, ehemaligen Industriegebieten oder strukturschwächeren Räumen.

Andere rechte Parteien besitzen zugleich erhebliche Unterstützung in wohlhabenden Regionen oder Teilen der Mittelschicht.

Damit verbietet sich eine einfache Gleichsetzung von Rechtsorientierung und wirtschaftlicher Benachteiligung.

Von besonderer Bedeutung ist vielmehr die Wahrnehmung regionaler Entwicklung.

Menschen können wirtschaftlich relativ stabil leben und dennoch den Eindruck besitzen, ihre Region verliere langfristig Bevölkerung, Infrastruktur, gesellschaftliche Anerkennung oder politische Bedeutung.

Die Rolle der politischen Mitte

Rechtsverschiebungen entstehen nicht ausschließlich durch das Wachstum neuer rechter Parteien.

Auch etablierte Parteien können politische Positionen verändern.

Wenn konservative oder sozialdemokratische Parteien restriktivere migrationspolitische Positionen übernehmen, verändert sich der politische Schwerpunkt des gesamten Parteiensystems.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Dabei existieren zwei unterschiedliche Interpretationen.

Einerseits können etablierte Parteien damit auf veränderte gesellschaftliche Präferenzen reagieren.

Andererseits können sie durch die Übernahme bestimmter Deutungsmuster Positionen normalisieren, die zuvor außerhalb des politischen Mainstreams lagen.

Welche Wirkung überwiegt, hängt von Thema, Sprache und politischem Kontext ab.

Die Verschiebung des politischen Diskurses

Politische Macht besteht nicht nur darin, Wahlen zu gewinnen.

Sie besteht auch darin, festzulegen, über welche Themen gesprochen wird und welche Begriffe zur Interpretation gesellschaftlicher Wirklichkeit verwendet werden.

Rechte Parteien können deshalb politischen Einfluss gewinnen, ohne selbst Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Wenn andere Parteien ihre Agenda zunehmend an Themen wie Migration, Grenzkontrolle, nationale Identität oder innere Sicherheit ausrichten, hat sich der politische Diskurs bereits verändert.

Dieser Agendaeffekt gehört zu den wichtigsten indirekten Wirkungen politischer Rechtsverschiebung.

Digitale Kommunikationsräume

Digitale Plattformen beschleunigen diese Entwicklung.

Identitätsbezogene und konfliktorientierte Themen besitzen hohe emotionale Mobilisierungskraft. Einzelne Ereignisse können innerhalb kürzester Zeit europaweit verbreitet und politisch interpretiert werden.

Dadurch verändert sich das Verhältnis zwischen Einzelereignis und gesellschaftlicher Wahrnehmung.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Ein lokales Ereignis kann symbolische Bedeutung für eine gesamte nationale Debatte erhalten.

Digitale Kommunikation erleichtert außerdem transnationale Lernprozesse.

Parteien und Bewegungen beobachten erfolgreiche Narrative anderer Länder, übernehmen Begriffe, Kampagnenformen und politische Strategien.

Damit entwickeln Rechtsverschiebungen zunehmend eine europäische und transnationale Dimension.

Normalisierung politischer Positionen

Politische Diskurse besitzen bewegliche Grenzen.

Positionen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt gesellschaftlich marginal erscheinen, können durch wiederholte öffentliche Diskussion schrittweise normalisiert werden.

Dieser Prozess ist nicht automatisch problematisch. Demokratien müssen politische Positionen verändern können.

Entscheidend ist jedoch, welche Inhalte normalisiert werden.

Eine restriktivere Einwanderungspolitik kann vollständig innerhalb demokratischer Legitimität liegen.

Die Abwertung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder die Infragestellung ihrer politischen Gleichheit überschreitet dagegen demokratische Grenzen.

Die Analyse von Rechtsverschiebungen muss deshalb stets zwischen politischer Richtungsänderung und demokratischer Grenzverschiebung unterscheiden.

Rechtsverschiebung und demokratischer Protest

Ein Teil rechter Wahlerfolge kann als Protest gegen etablierte politische Institutionen verstanden werden.

Nicht jeder Wähler einer rechtspopulistischen Partei teilt sämtliche ideologischen Positionen dieser Partei.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Wahlentscheidungen können auch Ausdruck von Unzufriedenheit, Enttäuschung oder dem Wunsch nach politischer Veränderung sein.

Dies darf problematische Parteipositionen nicht relativieren.

Für die Analyse ist die Unterscheidung dennoch entscheidend.

Wer sämtliche Wähler einer radikalen Partei mit deren ideologischem Kern gleichsetzt, übersieht die unterschiedlichen Motive politischer Unterstützung und erschwert damit das Verständnis möglicher Wählerbewegungen.

Die Gefahr gegenseitiger Radikalisierung

Polarisierte politische Systeme können Rückkopplungsprozesse entwickeln.

Je stärker rechte Bewegungen gesellschaftliche Konflikte zuspitzen, desto stärker können ihre politischen Gegner mit moralischer Abgrenzung reagieren.

Je stärker sich deren Anhänger pauschal ausgegrenzt fühlen, desto leichter können populistische Akteure diese Reaktion wiederum als Beleg gesellschaftlicher Ausgrenzung darstellen.

Es entsteht ein Kreislauf:

Radikale Zuspitzung → gesellschaftliche Gegenreaktion → Wahrnehmung politischer Ausgrenzung → stärkere Gruppenidentität → weitere Radikalisierung.

Demokratische Abgrenzung gegenüber extremistischen Positionen bleibt notwendig.

Sie sollte jedoch möglichst präzise zwischen antidemokratischen Akteuren, radikalen Positionen und Bürgern mit unterschiedlichen politischen Motiven unterscheiden.

Europäische Unterschiede

Die europäischen Rechtsverschiebungen folgen keinem einheitlichen Modell.

In einigen Staaten sind rechte Parteien aus älteren nationalistischen oder rechtsradikalen Bewegungen hervorgegangen. In anderen entstanden sie aus Steuerprotest, EU-Kritik, regionalen Bewegungen oder migrationspolitischen Konflikten.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Auch ihr Verhältnis zu Demokratie, Europäischer Union, Russland, Sozialstaat und Wirtschaftspolitik unterscheidet sich teilweise erheblich.

Von einer einheitlichen europäischen Rechten kann deshalb nur eingeschränkt gesprochen werden.

Gleichzeitig bestehen zunehmende transnationale Verbindungen und gemeinsame politische Narrative.

Nationale Unterschiede und europäische Vernetzung existieren nebeneinander.

Deutschland und die besondere historische Sensibilität

Deutschland besitzt aufgrund seiner Geschichte eine besondere Sensibilität gegenüber rechtsradikalen und rechtsextremen Entwicklungen.

Diese historische Verantwortung bleibt zentral.

Gleichzeitig darf sie die vergleichende Analyse gegenwärtiger Entwicklungen nicht ersetzen.

Der Aufstieg der AfD muss sowohl innerhalb der deutschen historischen und gesellschaftlichen Besonderheiten als auch im Zusammenhang mit europäischen Entwicklungen untersucht werden.

Migration, Vertrauensverlust, regionale Unterschiede, kulturelle Konflikte und die Krise traditioneller Parteien finden sich in ähnlicher Form auch in anderen europäischen Staaten.

Besonders ausgeprägte Unterschiede innerhalb Deutschlands, vor allem zwischen Teilen Ost- und Westdeutschlands, erfordern jedoch zusätzliche Erklärungen.

Die deutsche Rechtsverschiebung ist damit weder vollständig einzigartig noch lediglich eine Kopie europäischer Entwicklungen.

Von der Rechtsverschiebung zur möglichen demokratischen Erosion

Eine politische Rechtsverschiebung ist nicht mit demokratischer Erosion gleichzusetzen.

Demokratische Systeme müssen politische Richtungswechsel ermöglichen. Konservative oder migrationskritische Mehrheiten sind Bestandteil legitimer demokratischer Konkurrenz.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Eine andere Qualität entsteht erst, wenn politische Akteure beginnen, grundlegende institutionelle Sicherungen liberaler Demokratie infrage zu stellen.

Dazu gehören die Unabhängigkeit der Justiz, Medienfreiheit, politische Gleichheit, Minderheitenrechte, Gewaltenteilung und die Legitimität politischer Opposition.

Damit verläuft die entscheidende Grenze nicht zwischen links und rechts.

Sie verläuft zwischen **demokratischer Konkurrenz und der Infragestellung demokratischer Pluralität**.

Nicht jede Bewegung nach rechts gefährdet Demokratie. Demokratisch problematisch wird eine Rechtsverschiebung dort, wo aus dem legitimen Streit über Migration, Sicherheit, nationale Identität oder gesellschaftliche Werte ein Angriff auf politische Gleichheit, Pluralismus und institutionelle Machtbegrenzung entsteht.

Für die weitere Untersuchung reicht es deshalb nicht aus, Wahlergebnisse und Parteipositionen miteinander zu vergleichen. Entscheidend wird nun, wie gesellschaftliche Transformation, populistische Mobilisierung und politische Rechtsverschiebung die **Stabilität demokratischer Institutionen selbst** beeinflussen. Damit führt die Analyse zur Frage, warum einige europäische Demokratien diese Konflikte innerhalb ihrer bestehenden Ordnung verarbeiten können, während in anderen Staaten Prozesse **demokratischer Erosion und illiberaler Transformation** sichtbar werden.

Kapitel 90 – Nationalismus und europäische Integration

Nationalismus und europäische Integration werden in politischen Debatten häufig als Gegensätze dargestellt. Auf der einen Seite steht die Nation als historisch gewachsene politische, kulturelle und gesellschaftliche Gemeinschaft, auf der anderen Seite die Europäische Union als supranationale Ordnung, die staatliche Souveränität teilweise gemeinsam organisiert. Diese Gegenüberstellung greift jedoch zu kurz. Die europäischen Nationalstaaten sind nicht durch die europäische Integration verschwunden, und europäische Integration setzt nationale politische Gemeinschaften nicht zwangsläufig außer Kraft. Vielmehr ist Europa durch ein dauerhaftes Spannungsverhältnis zwischen nationaler Zugehörigkeit, staatlicher Souveränität und gemeinsamer europäischer Handlungsfähigkeit geprägt.

Dieses Spannungsverhältnis gewinnt unter den Bedingungen gesellschaftlicher Transformation erneut an Bedeutung. Migration, Globalisierung, geopolitische Konflikte,

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

wirtschaftliche Unsicherheit und kultureller Wandel erhöhen bei Teilen der Bevölkerung das Bedürfnis nach politischer Kontrolle und gesellschaftlicher Zugehörigkeit. Gleichzeitig können zahlreiche Herausforderungen von einzelnen europäischen Staaten immer weniger allein bewältigt werden. Sicherheit, Handel, Klima, Energieversorgung, Migration, Technologie und internationale Wettbewerbsfähigkeit besitzen zunehmend grenzüberschreitenden Charakter.

Damit entsteht ein grundlegendes politisches Paradox: **Je stärker globale Verflechtungen gemeinsame europäische Handlungsfähigkeit erforderlich machen, desto stärker kann gleichzeitig das gesellschaftliche Bedürfnis nach nationaler Kontrolle wachsen.**

Die zentrale europäische Konfliktlinie verläuft nicht zwangsläufig zwischen Nation und Europa. Sie entsteht dort, wo nationale demokratische Zugehörigkeit und europäische politische Handlungsfähigkeit nicht mehr als miteinander vereinbar wahrgenommen werden.

Die Nation als politische Gemeinschaft

Der moderne demokratische Staat entwickelte sich historisch überwiegend innerhalb nationalstaatlicher Strukturen. Parlamente, Parteien, Sozialstaaten, Rechtsordnungen und politische Öffentlichkeit sind bis heute weitgehend national organisiert.

Damit besitzt die Nation nicht nur kulturelle, sondern auch demokratische Bedeutung.

Bürger wählen nationale Parlamente, zahlen überwiegend nationale Steuern und erwarten von nationalen Regierungen politische Verantwortung. Soziale Sicherungssysteme beruhen wesentlich auf Solidarität innerhalb staatlich definierter Gemeinschaften.

Nationale Zugehörigkeit kann deshalb demokratische Solidarität ermöglichen.

Problematisch wird Nationalismus nicht bereits dort, wo Menschen nationale Identität besitzen oder nationale Interessen vertreten. Eine demokratische Nation kann offen, pluralistisch und rechtsstaatlich organisiert sein.

Eine andere Qualität entsteht, wenn nationale Zugehörigkeit exklusiv definiert und politische Gleichheit von ethnischer, religiöser oder kultureller Herkunft abhängig gemacht wird.

Europäische Integration als Antwort auf nationale Konflikte

Die europäische Integration entstand wesentlich aus der historischen Erfahrung, dass ungezügelter nationalstaatlicher Konkurrenz Europa in katastrophale Konflikte geführt hatte.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die wirtschaftliche und politische Verflechtung europäischer Staaten sollte deshalb nicht lediglich Wohlstand schaffen, sondern Frieden institutionell absichern.

Dieser Prozess war außerordentlich erfolgreich.

Aus zunächst begrenzter wirtschaftlicher Zusammenarbeit entwickelte sich schrittweise ein gemeinsamer Binnenmarkt, eine gemeinsame Rechtsordnung und schließlich eine politische Union mit weitreichenden Kompetenzen.

Damit veränderte sich jedoch auch die ursprüngliche Integrationslogik.

Je stärker europäische Institutionen politische Entscheidungen beeinflussen, desto wichtiger wird die Frage ihrer demokratischen Legitimation.

Geteilte Souveränität

Europäische Integration bedeutet nicht einfach den Verlust nationaler Souveränität.

Sie verändert deren Ausübung.

Ein einzelner europäischer Staat besitzt formal vollständige Entscheidungsfreiheit in bestimmten Bereichen, kann aber gegenüber globalen Wirtschaftsunternehmen, Großmächten oder internationalen Finanzmärkten faktisch nur begrenzte Gestaltungskraft besitzen.

Gemeinsames europäisches Handeln kann deshalb reale politische Handlungsfähigkeit erhöhen.

Souveränität wird damit teilweise gemeinsam ausgeübt.

Diese Logik ist institutionell nachvollziehbar, politisch jedoch schwer vermittelbar.

Bürger können europäische Regelungen als Einschränkung nationaler Entscheidungsfreiheit wahrnehmen, obwohl dieselben Regelungen möglicherweise erst gemeinsame politische Gestaltung ermöglichen.

Das demokratische Distanzproblem

Europäische Politik besitzt ein besonderes Vermittlungsproblem.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Nationale politische Systeme sind historisch vertraut. Bürger kennen Regierung, Parlament und Parteien ihres Landes und können politische Verantwortung vergleichsweise leicht zuordnen.

Die Europäische Union ist institutionell komplexer.

Europäische Kommission, Europäisches Parlament, Europäischer Rat, Rat der Europäischen Union, nationale Regierungen und Europäischer Gerichtshof wirken in unterschiedlichen Bereichen zusammen.

Diese institutionelle Verflechtung erschwert politische Verantwortungszuweisung.

Erfolge können national beansprucht und unpopuläre Entscheidungen „Brüssel“ zugeschrieben werden.

Dadurch kann eine Wahrnehmung entstehen, europäische Politik werde von einer entfernten politischen Ebene bestimmt, obwohl nationale Regierungen an vielen Entscheidungen unmittelbar beteiligt sind.

Nationalismus als Reaktion auf Kontrollverlust

Nationalistische Mobilisierung gewinnt besonders dort an Bedeutung, wo Menschen politische Kontrolle als geschwächt wahrnehmen.

Globalisierung verändert Wirtschaftsstrukturen. Migration überschreitet nationale Grenzen. Internationale Krisen beeinflussen Energiepreise und Sicherheit. Europäische Regelungen begrenzen bestimmte nationale Handlungsmöglichkeiten.

In einer solchen Situation bietet die Nation eine politisch leicht verständliche Bezugsgröße.

Die Forderung nach „Rückgewinnung von Kontrolle“ besitzt deshalb hohe Mobilisierungskraft.

Sie verspricht eine eindeutige Verbindung zwischen politischer Gemeinschaft, territorialer Grenze und staatlicher Entscheidung.

Ob diese Kontrolle unter Bedingungen globaler Verflechtung tatsächlich vollständig zurückgewonnen werden kann, ist eine andere Frage.

Migration, Grenzen und nationale Zugehörigkeit

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Besonders sichtbar wird das Spannungsverhältnis zwischen nationaler und europäischer Politik in der Migration.

Der europäische Binnenraum ermöglicht weitgehende Freizügigkeit. Gleichzeitig besitzt die Europäische Union gemeinsame Außengrenzen.

Damit wird Grenzkontrolle teilweise zu einer europäischen Aufgabe.

Die politischen Folgen von Migration werden jedoch stark national und lokal wahrgenommen.

So entsteht ein strukturelles Problem: Außengrenzen sind europäisch, gesellschaftliche Integrationsprozesse finden jedoch überwiegend innerhalb nationaler und kommunaler Strukturen statt.

Wenn europäische und nationale Verantwortlichkeiten nicht klar zusammenwirken, kann der Eindruck entstehen, nationale Regierungen hätten die Kontrolle über zentrale staatliche Aufgaben verloren.

Nationalistische Parteien können genau diese Wahrnehmung politisch nutzen.

Wirtschaftliche Integration und nationale Verteilungskonflikte

Auch wirtschaftlich erzeugt europäische Integration ein Spannungsverhältnis.

Der Binnenmarkt ermöglicht Handel, Investitionen, Wettbewerb und Freizügigkeit. Davon profitieren europäische Volkswirtschaften in erheblichem Umfang.

Die Vorteile verteilen sich jedoch nicht überall gleich.

Bestimmte Branchen, Regionen und Beschäftigtengruppen profitieren stärker als andere.

Dadurch können europäische wirtschaftliche Veränderungen national als Verteilungskonflikte wahrgenommen werden.

In wirtschaftlichen Krisen wird dieses Problem besonders sichtbar.

Finanzielle Unterstützung zwischen Mitgliedstaaten kann in Geberländern als Belastung und in Empfängerländern als Fremdbestimmung wahrgenommen werden.

Dies zeigt, dass wirtschaftliche Integration politische Solidarität voraussetzt.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Nationalstaatliche Demokratie und europäische Mehrebenenpolitik

Die Europäische Union besitzt ein strukturelles Demokratieproblem besonderer Art.

Sie ist weder klassischer Nationalstaat noch bloße internationale Organisation.

Politische Legitimation entsteht auf mehreren Ebenen gleichzeitig.

Bürger wählen nationale Parlamente und das Europäische Parlament. Nationale Regierungen wirken im europäischen Entscheidungsprozess mit. Europäische Institutionen besitzen eigenständige Kompetenzen.

Damit entsteht eine Mehrebenenendemokratie.

Ihre Stärke liegt darin, nationale und gemeinsame Interessen miteinander verbinden zu können.

Ihre Schwäche liegt in der schwierigen politischen Verständlichkeit.

Je weniger Bürger nachvollziehen können, wer für welche Entscheidung verantwortlich ist, desto leichter entsteht der Eindruck demokratischer Distanz.

Europaskepsis als unterschiedliche politische Haltung

Nicht jede Kritik an der Europäischen Union ist nationalistisch oder antieuropäisch.

Europaskepsis kann unterschiedliche Ursachen besitzen.

Sie kann sich gegen bestimmte institutionelle Kompetenzen richten, stärkere Subsidiarität verlangen oder konkrete wirtschaftliche und migrationspolitische Entscheidungen kritisieren.

Solche Auseinandersetzungen gehören zu demokratischer Politik.

Eine andere Qualität entsteht, wenn europäische Integration grundsätzlich als fremde Herrschaft interpretiert und nationale Souveränität als vollständig unvereinbar mit gemeinsamer europäischer Politik dargestellt wird.

Die analytische Trennung zwischen **EU-Kritik, Euroskepsis und nationalistischem Rückzug** ist deshalb wesentlich.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Brexit als Ausdruck des Souveränitätskonflikts

Der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union verdeutlichte die politische Kraft der Souveränitätsfrage.

Die Brexit-Debatte verband Migration, nationale Selbstbestimmung, wirtschaftliche Erwartungen und Kritik an europäischen Institutionen.

Das zentrale Versprechen bestand in der Wiedergewinnung politischer Kontrolle.

Der Brexit zeigte zugleich, wie eng nationale und europäische Strukturen inzwischen miteinander verflochten sind.

Der formale Rückgewinn nationaler Entscheidungskompetenzen beseitigt nicht automatisch wirtschaftliche Abhängigkeiten, internationale Verpflichtungen oder die Notwendigkeit grenzüberschreitender Kooperation.

Damit wurde der Brexit zu einem europäischen Realexperiment über Möglichkeiten und Grenzen nationaler Souveränität unter Bedingungen intensiver Verflechtung.

Mittel- und Osteuropa und die Bedeutung nationaler Souveränität

In Teilen Mittel- und Osteuropas besitzt nationale Souveränität eine besondere historische Bedeutung.

Viele Staaten erlangten oder erneuerten ihre volle politische Selbstbestimmung erst nach dem Ende der staatssozialistischen Systeme und der sowjetischen Dominanz.

Europäische Integration wurde dort zunächst häufig als Rückkehr nach Europa und als Absicherung nationaler Unabhängigkeit verstanden.

Gerade deshalb kann eine weitreichende Übertragung politischer Kompetenzen auf europäische Institutionen teilweise ambivalent wahrgenommen werden.

Was in Westeuropa als gemeinsame Souveränität interpretiert wird, kann in Gesellschaften mit jüngerer Erfahrung fremder politischer Dominanz sensibler beurteilt werden.

Diese historische Dimension muss im europäischen Vergleich berücksichtigt werden.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Rechtspopulistische Parteien und Europa

Rechtspopulistische Parteien haben ihre Haltung zur Europäischen Union im Laufe der Zeit teilweise verändert.

Während früher häufiger ein vollständiger Austritt aus europäischen Strukturen gefordert wurde, verfolgen manche Parteien inzwischen eine andere Strategie.

Sie wollen weniger Europa verlassen als Europa politisch verändern.

Das Ziel besteht dann in einer Union souveräner Nationalstaaten mit geringeren supranationalen Kompetenzen und stärkerem Gewicht nationaler Regierungen.

Damit verlagert sich der Konflikt.

Die Frage lautet nicht mehr ausschließlich **Europa oder Nationalstaat**, sondern zunehmend: **Welche Art von Europa soll entstehen?**

Diese Auseinandersetzung könnte die europäische Politik langfristig stärker prägen als klassische Austrittsdebatten.

Geopolitik und die neue Bedeutung Europas

Gleichzeitig verändern internationale Machtverschiebungen die europäische Integrationsdebatte.

Der strategische Wettbewerb zwischen den USA und China, Russlands Krieg gegen die Ukraine, technologische Abhängigkeiten, Energieversorgung und globale Handelskonflikte verdeutlichen die begrenzte internationale Gestaltungsmacht einzelner europäischer Staaten.

Dadurch gewinnt europäische Handlungsfähigkeit eine neue sicherheitspolitische Bedeutung.

Verteidigung, Rüstungsproduktion, Energiepolitik, digitale Infrastruktur und technologische Souveränität können zunehmend nur durch europäische Kooperation wirksam gestaltet werden.

Damit entsteht ein neuer Integrationsdruck, der weniger aus idealistischen Vorstellungen als aus geopolitischer Notwendigkeit hervorgeht.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Identität muss nicht exklusiv sein

Eine zentrale Frage lautet, ob nationale und europäische Identität miteinander konkurrieren müssen.

Menschen besitzen bereits heute mehrere Zugehörigkeiten gleichzeitig.

Ein Bürger kann sich mit seiner Stadt, seiner Region, seinem Nationalstaat und Europa verbunden fühlen.

Diese Identitäten müssen sich nicht gegenseitig ausschließen.

Politisch problematisch wird es erst, wenn Zugehörigkeit als Nullsummenspiel interpretiert wird: Mehr Europa müsse zwangsläufig weniger nationale Identität bedeuten oder stärkere nationale Zugehörigkeit müsse notwendigerweise gegen Europa gerichtet sein.

Eine stabile europäische Ordnung könnte gerade darauf beruhen, unterschiedliche Ebenen politischer Zugehörigkeit miteinander zu verbinden.

Subsidiarität als mögliche Integrationslogik

Eine solche Verbindung setzt voraus, dass politische Entscheidungen möglichst auf der Ebene getroffen werden, auf der sie sinnvoll und demokratisch nachvollziehbar bearbeitet werden können.

Damit gewinnt das Subsidiaritätsprinzip besondere Bedeutung.

Nicht jede politische Aufgabe benötigt europäische Vereinheitlichung.

Kommunale, regionale und nationale Unterschiede können demokratische Vielfalt ermöglichen.

Umgekehrt gibt es Herausforderungen, die einzelne Staaten faktisch nicht mehr wirksam allein bewältigen können.

Eine tragfähige europäische Ordnung benötigt deshalb keine maximale Zentralisierung, sondern eine nachvollziehbare Verteilung politischer Verantwortung.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Deutschland zwischen nationaler Verantwortung und europäischer Integration

Deutschland besitzt innerhalb dieses Spannungsverhältnisses eine besondere Stellung.

Aufgrund seiner Geschichte entwickelte die Bundesrepublik eine besonders starke Orientierung auf europäische Integration.

Die Einbindung Deutschlands in europäische und transatlantische Strukturen wurde zu einem zentralen Bestandteil der politischen Nachkriegsordnung.

Gleichzeitig ist Deutschland aufgrund seiner Bevölkerungsgröße und Wirtschaftskraft einer der wichtigsten politischen Akteure Europas.

Damit entsteht eine besondere Verantwortung.

Deutschland muss nationale Interessen vertreten und gleichzeitig berücksichtigen, dass seine Entscheidungen erhebliche Auswirkungen auf andere europäische Staaten besitzen.

Die deutsche Europapolitik ist deshalb selbst ein Beispiel für die schwierige Verbindung nationaler demokratischer Legitimation und europäischer Verantwortung.

Nation und Europa als doppelte demokratische Ordnung

Die langfristige Stabilität Europas wird vermutlich weder durch die Auflösung der Nationalstaaten noch durch eine vollständige Rückkehr zu voneinander unabhängigen nationalen Ordnungen erreicht.

Die europäischen Gesellschaften sind wirtschaftlich, politisch und sicherheitspolitisch zu stark miteinander verbunden.

Gleichzeitig bleiben nationale Demokratien zentrale Räume politischer Zugehörigkeit und Legitimation.

Die entscheidende Herausforderung besteht deshalb darin, beide Ebenen miteinander zu verbinden.

Ein stabiles Europa benötigt keine Entscheidung zwischen Nation und europäischer Integration. Es benötigt eine politische Ordnung, in der nationale demokratische Zugehörigkeit erhalten bleibt und gemeinsame europäische Handlungsfähigkeit dort

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

entsteht, wo einzelne Staaten ihre Interessen allein nicht mehr wirksam schützen können.

Damit erreicht die Analyse einen entscheidenden Punkt des europäischen Vergleichs. Die gesellschaftlichen Transformationsprozesse der vorhergehenden Kapitel – **Migration, Demografie, regionale Ungleichheit, Parteienfragmentierung, Populismus, Rechtsverschiebungen und Nationalismus** – treten in allen europäischen Demokratien in unterschiedlichen Kombinationen auf. Dennoch führen sie keineswegs überall zu denselben politischen Ergebnissen.

Die entscheidende Frage lautet deshalb nun, **warum einige europäische Demokratien diese Veränderungen innerhalb stabiler pluralistischer Institutionen verarbeiten, während andere stärkere Polarisierung, institutionelle Konflikte oder Prozesse demokratischer Erosion entwickeln.**

Kapitel 91 – Frankreich

Frankreich gehört zu den politisch und gesellschaftlich besonders aufschlussreichen Fällen innerhalb des europäischen Transformationsraums. Kaum ein anderes Land verbindet einen stark zentralisierten Staat, ein ausgeprägtes republikanisches Selbstverständnis, einen umfangreichen Sozialstaat, eine lange Tradition gesellschaftlicher Protestmobilisierung und gleichzeitig eine tiefgreifende Transformation seines Parteiensystems. Migration, soziale und territoriale Ungleichheiten, Deindustrialisierung, kulturelle Konflikte, europäische Integration und ein wachsendes Misstrauen gegenüber politischen Institutionen überlagern sich und erzeugen eine zunehmend fragmentierte politische Landschaft.

Frankreich ist dabei weder als einfacher Niedergangsfall noch ausschließlich als Beispiel für den Aufstieg des Rechtspopulismus zu verstehen. Das Land verfügt weiterhin über leistungsfähige staatliche Institutionen, eine bedeutende Wirtschaft, eine aktive Zivilgesellschaft und eine tief verankerte republikanische Tradition. Gleichzeitig hat sich die politische Vermittlung zwischen Staat und Gesellschaft erheblich verändert. Die traditionellen Parteien der gemäßigten Linken und Rechten haben einen großen Teil ihrer früheren Integrationskraft verloren, während politische Kräfte an beiden Seiten des Parteiensystems an Bedeutung gewonnen haben.

Frankreich zeigt damit besonders deutlich, wie gesellschaftliche Transformation in eine Krise traditioneller politischer Repräsentation übergehen kann.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Der französische Transformationsprozess ist weniger durch das Verschwinden staatlicher Handlungsfähigkeit als durch eine wachsende Distanz zwischen einem weiterhin starken Staat und einer zunehmend fragmentierten Gesellschaft gekennzeichnet.

Die Republik und der starke Zentralstaat

Das französische politische Selbstverständnis ist stark durch die Republik geprägt. Staat, Staatsbürgerschaft, politische Gleichheit und Laizität bilden zentrale Bestandteile der nationalen politischen Identität.

Im Unterschied zu stärker föderal organisierten Staaten besitzt Frankreich eine ausgeprägte zentralstaatliche Tradition. Auch wenn Dezentralisierungsprozesse Kompetenzen auf Regionen und Kommunen übertragen haben, bleibt die nationale politische Ebene besonders bedeutsam.

Die Fünfte Republik verstärkt diese Konzentration durch die starke Stellung des Präsidenten.

Diese institutionelle Struktur ermöglicht grundsätzlich politische Entscheidungsfähigkeit. Gleichzeitig erhöht sie die Personalisierung politischer Verantwortung.

Wenn gesellschaftliche Unzufriedenheit wächst, richtet sie sich deshalb häufig unmittelbar gegen den Präsidenten und die nationale Regierung.

Staatliche Stärke und politische Verwundbarkeit können dadurch gleichzeitig zunehmen.

Die Erosion des traditionellen Parteiensystems

Über Jahrzehnte wurde die französische Politik durch einen relativ stabilen Wettbewerb zwischen gemäßigter Linker und gemäßigter Rechter geprägt.

Dieses System ist weitgehend zerfallen.

Die Sozialistische Partei verlor einen erheblichen Teil ihrer früheren gesellschaftlichen Basis. Auch die traditionelle republikanisch-konservative Rechte büßte ihre frühere dominierende Stellung ein.

Mit Emmanuel Macrons Aufstieg und der Gründung von En Marche entstand 2017 innerhalb kurzer Zeit eine neue politische Kraft im Zentrum, die große Teile des bisherigen Parteiensystems überlagerte.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Macrons Erfolg war zunächst Ausdruck politischer Erneuerung.

Gleichzeitig beschleunigte er jedoch die Erosion der traditionellen Parteien.

Damit entstand zunehmend ein Parteiensystem, dessen zentrale Konfliktstruktur nicht mehr der klassischen Konkurrenz zwischen gemäßigter Linker und gemäßigter Rechter entspricht.

Die politische Mitte und ihre gesellschaftliche Basis

Macrons politische Bewegung konnte proeuropäische, wirtschaftsliberale, sozialliberale und modernisierungsorientierte Wählergruppen zusammenführen.

Besonders erfolgreich war dieses politische Angebot in urbanen, höher qualifizierten und wirtschaftlich dynamischen Milieus.

Darin liegt jedoch zugleich eine strukturelle Begrenzung.

Wenn politische Modernisierung besonders stark mit urbanen, akademischen und wirtschaftlich erfolgreichen Gruppen verbunden wird, können andere Teile der Gesellschaft den Eindruck gewinnen, ihre Lebenswirklichkeit werde politisch weniger berücksichtigt.

Die politische Mitte kann dann trotz ihres Anspruchs auf gesellschaftliche Integration selbst als Milieu wahrgenommen werden.

Genau dieses Problem prägt einen Teil der französischen Transformationsdynamik.

Marine Le Pen und die Normalisierung des Rassemblement National

Der Aufstieg des Rassemblement National gehört zu den langfristigsten Veränderungen der französischen Politik.

Die Partei entwickelte sich aus dem früheren Front National, der unter Jean-Marie Le Pen deutlich außerhalb des etablierten politischen Mainstreams stand.

Unter Marine Le Pen wurde eine Strategie der politischen Entdämonisierung und Normalisierung verfolgt.

Sprache, öffentliches Auftreten und programmatische Schwerpunkte wurden teilweise verändert, ohne dass zentrale nationalistische und migrationskritische Positionen verschwanden.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Diese Strategie erweiterte die gesellschaftliche Anschlussfähigkeit der Partei.

Der Rassemblement National ist deshalb nicht mehr lediglich eine Protestpartei am Rand des Systems. Er ist zu einem zentralen Akteur des französischen Parteiensystems geworden.

Migration und das republikanische Integrationsmodell

Frankreich besitzt aufgrund seiner Kolonialgeschichte und langjähriger Einwanderung eine große Bevölkerung mit familiären Wurzeln außerhalb des europäischen Kontinents.

Das französische Integrationsmodell unterscheidet sich teilweise von stärker multikulturell orientierten Konzepten.

Im Mittelpunkt steht die republikanische Staatsbürgerschaft.

Der Staat betrachtet Bürger grundsätzlich als politische Individuen und weniger als Angehörige ethnischer oder religiöser Gemeinschaften.

Dieses Modell besitzt eine universalistische Stärke: Politische Gleichheit soll unabhängig von Herkunft gelten.

Gleichzeitig stößt es dort an Grenzen, wo soziale Ungleichheiten, Diskriminierung und räumliche Segregation fortbestehen.

Formale Gleichheit garantiert nicht automatisch gleiche gesellschaftliche Chancen.

Die Banlieues als soziale und politische Räume

Besonders sichtbar werden diese Spannungen in Teilen der französischen Vorstädte.

Der Begriff Banlieue bezeichnet zwar grundsätzlich lediglich Vorstadtgebiete und darf nicht pauschal mit sozialer Benachteiligung gleichgesetzt werden. Bestimmte Quartiere sind jedoch durch hohe Arbeitslosigkeit, soziale Segregation, Bildungsprobleme und einen hohen Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte geprägt.

Hier können sich mehrere Transformationsprobleme überlagern:

soziale Ungleichheit, räumliche Segregation, Integrationsprobleme, Konflikte mit staatlichen Institutionen und geringe gesellschaftliche Aufstiegsmöglichkeiten.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Wiederkehrende Unruhen zeigen, dass diese Konflikte nicht ausschließlich migrationspolitischer Natur sind.

Sie betreffen ebenso soziale Anerkennung, wirtschaftliche Teilhabe und das Verhältnis zwischen Bürgern und Staat.

Laizität, Religion und gesellschaftliche Identität

Eine besondere französische Konfliktlinie betrifft die Laizität.

Die Trennung von Religion und Staat besitzt in Frankreich eine zentrale republikanische Bedeutung.

Mit der wachsenden religiösen Vielfalt, insbesondere der gesellschaftlichen Sichtbarkeit des Islam, entstanden neue Konflikte darüber, wie dieses Prinzip im Alltag interpretiert werden soll.

Debatten über religiöse Symbole, Kleidung, Schule und öffentliche Einrichtungen verbinden rechtliche, kulturelle und identitätspolitische Fragen.

Dabei treffen unterschiedliche Vorstellungen von Freiheit aufeinander.

Für die eine Seite schützt Laizität den öffentlichen Raum vor religiösem Einfluss.

Für andere kann eine besonders restriktive Anwendung als Einschränkung individueller Religionsfreiheit erscheinen.

Diese Konflikte gehören inzwischen zu den zentralen kulturellen Auseinandersetzungen der französischen Gesellschaft.

Terrorismus und die Sicherheitsdimension

Frankreich wurde wiederholt von schweren islamistischen Terroranschlägen getroffen.

Diese Erfahrungen haben die gesellschaftliche Debatte über Sicherheit, Integration, Islamismus und staatliche Autorität nachhaltig beeinflusst.

Terrorismus besitzt dabei eine politische Wirkung, die weit über die unmittelbaren Opfer und Ereignisse hinausreicht.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Einzelne Anschläge können Wahrnehmungen ganzer gesellschaftlicher Gruppen beeinflussen und bestehende Konflikte verstärken.

Die demokratische Herausforderung besteht darin, Sicherheit wirksam zu gewährleisten und extremistische Netzwerke zu bekämpfen, ohne religiöse oder ethnische Bevölkerungsgruppen pauschal unter Verdacht zu stellen.

Gerade hier treffen Sicherheitsstaat und republikanischer Gleichheitsanspruch unmittelbar aufeinander.

Deindustrialisierung und wirtschaftlicher Strukturwandel

Frankreich hat wie andere westeuropäische Staaten einen tiefgreifenden industriellen Strukturwandel erlebt.

Bestimmte Regionen verloren traditionelle industrielle Arbeitsplätze, während wirtschaftliche Dynamik zunehmend in Metropolregionen und wissensintensiven Bereichen konzentriert wurde.

Diese Entwicklung besitzt erhebliche politische Auswirkungen.

Der Rassemblement National konnte besonders in Teilen ehemaliger Industriegebiete und wirtschaftlich schwächerer Regionen Unterstützung gewinnen.

Damit verbindet sich wirtschaftliche Transformation mit kultureller und politischer Neuorientierung.

Die frühere Bindung bestimmter Arbeitnehmermilieus an die politische Linke ist deutlich schwächer geworden.

Paris und die territoriale Ungleichheit

Frankreich besitzt mit Paris eine außergewöhnlich dominante Metropolregion.

Dort konzentrieren sich politische Institutionen, Unternehmenszentralen, Medien, Kultur und wirtschaftliche Netzwerke.

Diese Zentralisierung kann außerhalb der Hauptstadtregion das Gefühl territorialer Distanz verstärken.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Der Gegensatz zwischen metropolitanen Zentren und peripheren Räumen besitzt deshalb eine besondere politische Bedeutung.

Dabei geht es nicht nur um objektive Einkommensunterschiede.

Erreichbarkeit, öffentliche Dienstleistungen, Arbeitsmöglichkeiten und gesellschaftliche Anerkennung beeinflussen die Wahrnehmung regionaler Zugehörigkeit.

Die Gelbwesten als Ausdruck territorialer Entfremdung

Die Gelbwestenbewegung machte diese Konflikte besonders deutlich.

Ausgangspunkt waren Proteste gegen höhere Kraftstoffabgaben. Schnell entwickelte sich daraus jedoch eine umfassendere Bewegung gegen soziale Belastungen, politische Eliten und wahrgenommene territoriale Benachteiligung.

Besonders bemerkenswert war die räumliche Dimension.

Viele Teilnehmer kamen aus kleineren Städten, ländlichen Regionen und periurbanen Räumen, in denen das Auto für den Alltag unverzichtbar ist.

Eine klimapolitisch begründete Maßnahme wurde deshalb als sozial und territorial ungerecht wahrgenommen.

Die Gelbwesten verdeutlichten damit ein Grundproblem politischer Transformation:

Eine Maßnahme kann gesamtgesellschaftlich rational erscheinen und gleichzeitig im Alltag bestimmter Gruppen als ungerecht erlebt werden.

Protest als Bestandteil französischer politischer Kultur

Gesellschaftlicher Protest besitzt in Frankreich eine besondere historische Bedeutung.

Streiks, Demonstrationen und soziale Bewegungen sind etablierte Formen politischer Artikulation.

Dies kann einerseits demokratische Vitalität ausdrücken.

Andererseits verweist die hohe Bedeutung außerparlamentarischer Mobilisierung teilweise auf eine Schwäche institutioneller Vermittlung.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Wenn gesellschaftliche Interessen nicht ausreichend über Parteien und Verbände verarbeitet werden, verlagert sich Konflikt stärker auf die Straße.

Die französische Demokratie verbindet deshalb einen starken Staat mit einer ebenso starken Protestkultur.

Die radikale und populistische Linke

Die Transformation des französischen Parteiensystems betrifft nicht nur die politische Rechte.

Mit Jean-Luc Mélenchon und La France insoumise entstand auch links von der traditionellen Sozialdemokratie eine starke politische Kraft.

Sie verbindet soziale Umverteilung, Kritik wirtschaftlicher Eliten, institutionelle Reformforderungen und eine konfrontative politische Kommunikationsstrategie.

Damit hat sich das Parteiensystem zunehmend in mehrere große politische Lager aufgeteilt.

Die traditionelle politische Mitte wird sowohl von rechts als auch von links herausgefordert.

Dies unterscheidet Frankreich von politischen Systemen, in denen die Fragmentierung überwiegend durch den Aufstieg einer starken rechten Protestpartei geprägt wird.

Polarisierung ohne klassische Zweiteilung

Frankreich entwickelt damit eine besondere Form politischer Polarisierung.

Es existieren nicht lediglich zwei stabile politische Lager.

Vielmehr konkurrieren mehrere politische Blöcke mit sehr unterschiedlichen Vorstellungen von Wirtschaft, Migration, Europa, gesellschaftlicher Ordnung und staatlicher Rolle.

Dies erschwert parlamentarische Mehrheitsbildung.

Das institutionelle System der Fünften Republik wurde für politische Bedingungen entwickelt, in denen Präsident und Regierung häufig auf relativ stabile parlamentarische Mehrheiten zurückgreifen konnten.

Mit zunehmender Fragmentierung gerät diese Funktionslogik unter Druck.

Die Parlamentswahl 2024 als Ausdruck der Fragmentierung

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die vorgezogene Parlamentswahl 2024 verdeutlichte diese Entwicklung besonders eindrücklich.

Nach dem starken Abschneiden des Rassemblement National bei der Europawahl löste Präsident Macron die Nationalversammlung auf.

Die anschließende Wahl führte jedoch nicht zu einer eindeutigen parlamentarischen Mehrheit.

Stattdessen bestätigte sie die Existenz mehrerer konkurrierender politischer Blöcke.

Damit wurde sichtbar, dass die französische Transformation inzwischen nicht mehr allein eine Veränderung von Parteistärken darstellt.

Sie betrifft zunehmend die Fähigkeit des politischen Systems, stabile parlamentarische Mehrheiten hervorzubringen.

Präsidentalismus unter Fragmentierungsdruck

Die starke Stellung des Präsidenten kann politische Führung ermöglichen.

Sie kann aber gesellschaftliche Konflikte zugleich personalisieren.

Wenn parlamentarische Mehrheiten fehlen, wird dieses Problem verstärkt.

Der Präsident bleibt politisch außerordentlich sichtbar, während seine praktische Gestaltungsmacht durch parlamentarische Fragmentierung begrenzt wird.

Damit entsteht eine potenziell gefährliche Wahrnehmungslücke zwischen erwarteter und tatsächlicher Handlungsfähigkeit.

Ein politisches System, das starke Führung symbolisiert, kann besonders verwundbar werden, wenn diese Führung strukturell nur begrenzt durchsetzungsfähig ist.

Frankreich und Europa

Frankreich gehört gemeinsam mit Deutschland zu den zentralen Trägerstaaten der europäischen Integration.

Gleichzeitig ist Europaskepsis in Teilen der französischen Gesellschaft stark ausgeprägt.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Dies zeigt erneut, dass europäische Integration und nationale politische Wahrnehmung auseinanderfallen können.

Frankreich versteht sich traditionell als souveräne politische Nation und zugleich als gestaltende europäische Macht.

Daraus entsteht eine besondere Europavorstellung: Integration wird häufig dort unterstützt, wo sie französische und europäische Handlungsfähigkeit stärkt.

Europäische Politik wird damit nicht als Auflösung nationaler Souveränität, sondern teilweise als deren strategische Erweiterung verstanden.

Frankreich als europäischer Transformationsfall

Frankreich bündelt nahezu sämtliche Transformationsprozesse, die in den vorhergehenden Kapiteln untersucht wurden.

Migration und Integration treffen auf ein starkes republikanisches Identitätsmodell.

Wirtschaftlicher Strukturwandel verbindet sich mit territorialen Ungleichheiten.

Die Krise traditioneller Volksparteien führt zu einer grundlegenden Neuordnung des Parteiensystems.

Rechtspopulismus und linkspopulistische Mobilisierung wachsen gleichzeitig.

Europäische Integration trifft auf ein starkes nationales Souveränitätsverständnis.

Und ein institutionell starker Staat steht einer zunehmend fragmentierten politischen Gesellschaft gegenüber.

Gerade diese Kombination macht Frankreich zu einem besonders wichtigen Vergleichsfall für Deutschland.

Frankreich zeigt, dass ein starker Staat allein gesellschaftliche Integration nicht garantieren kann. Wenn territoriale, wirtschaftliche und kulturelle Konflikte nicht mehr ausreichend durch Parteien und gesellschaftliche Institutionen vermittelt werden, kann politische Zentralisierung sogar die Wahrnehmung von Distanz verstärken.

Für den europäischen Vergleich ergibt sich daraus eine zentrale Erkenntnis: **Demokratische Steuerungsfähigkeit hängt nicht allein von der Stärke staatlicher Institutionen ab. Sie**

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

hängt ebenso davon ab, ob gesellschaftliche Konflikte politisch repräsentiert, vermittelt und in tragfähige Mehrheiten übersetzt werden können.

Frankreich zeigt damit eine mögliche europäische Entwicklungslinie: **starke staatliche Institutionen bei gleichzeitig wachsender gesellschaftlicher und parteipolitischer Fragmentierung.** Andere europäische Demokratien verbinden dieselben Transformationskräfte jedoch mit unterschiedlichen institutionellen und historischen Voraussetzungen.

Kapitel 92 – Italien

Italien gehört zu den europäischen Demokratien, in denen politische Transformation besonders früh und besonders deutlich sichtbar wurde. Bereits seit den 1990er-Jahren hat sich das Parteiensystem mehrfach grundlegend verändert. Parteien, die über Jahrzehnte das politische System geprägt hatten, verschwanden oder verloren ihre frühere Bedeutung; neue politische Bewegungen entstanden teilweise innerhalb weniger Jahre und konnten bis in die Regierungsverantwortung aufsteigen. Gleichzeitig verbinden sich wirtschaftliche Stagnation, hohe Staatsverschuldung, regionale Ungleichgewichte, demografischer Wandel, Migration und ein ausgeprägtes Misstrauen gegenüber politischen Institutionen zu einer komplexen Transformationslage.

Italien ist deshalb für den europäischen Vergleich besonders aufschlussreich. Entwicklungen, die inzwischen auch andere Demokratien prägen – Erosion traditioneller Parteien, Personalisierung politischer Führung, populistische Mobilisierung, Fragmentierung und Neuordnung des rechten Parteienspektrums –, traten dort teilweise früher hervor.

Dabei wäre es falsch, Italien lediglich als permanenten politischen Krisenfall zu betrachten. Trotz häufiger Regierungswechsel besitzt die italienische Demokratie eine bemerkenswerte institutionelle Kontinuität. Gerade diese Gleichzeitigkeit von hoher parteipolitischer Instabilität und langfristiger demokratischer Beständigkeit macht Italien zu einem wichtigen Untersuchungsfall.

Italien zeigt, dass die Instabilität von Parteien und Regierungen nicht zwangsläufig die Instabilität der Demokratie bedeutet. Sie kann jedoch langfristig die Fähigkeit des politischen Systems schwächen, gesellschaftliche Interessen dauerhaft zu bündeln und strategische Reformen durchzusetzen.

Der Zusammenbruch der Ersten Republik

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die italienische Nachkriegsordnung wurde über Jahrzehnte insbesondere durch die Democrazia Cristiana geprägt. Daneben besaßen die Kommunistische Partei und weitere politische Kräfte stabile gesellschaftliche und organisatorische Milieus.

Dieses Parteiensystem geriet Anfang der 1990er-Jahre in eine fundamentale Krise.

Korruptionsermittlungen, die unter dem Begriff *Mani pulite* bekannt wurden, erschütterten das Vertrauen in die etablierten Parteien. Das bis dahin relativ stabile Parteiensystem zerfiel innerhalb kurzer Zeit.

Die sogenannte Erste Republik endete nicht durch einen formalen Verfassungsbruch. Vielmehr verschwanden wesentliche politische Organisationen, auf denen das bisherige System beruht hatte.

Damit erlebte Italien früh einen Prozess, der später auch in anderen europäischen Demokratien sichtbar wurde: **Die staatlichen Institutionen blieben bestehen, während das Parteiensystem grundlegend neu zusammengesetzt wurde.**

Berlusconi und die Personalisierung der Politik

In das entstandene politische Vakuum trat Silvio Berlusconi.

Mit Forza Italia schuf er innerhalb kurzer Zeit eine neue politische Organisation, die stark auf seine Person, seine wirtschaftliche Stellung und seine mediale Präsenz zugeschnitten war.

Damit veränderte sich die italienische Parteienkonkurrenz grundlegend.

Berlusconi verkörperte einen Politikstil, der traditionelle Parteiorganisation teilweise durch unmittelbare Kommunikation, mediale Inszenierung und starke politische Personalisierung ersetzte.

Diese Entwicklung war im europäischen Kontext bemerkenswert früh.

Politische Führung wurde stärker zur Marke, während traditionelle Parteimitgliedschaften und organisatorische Milieus an Bedeutung verloren.

Italien nahm damit Entwicklungen vorweg, die durch soziale Medien später in zahlreichen Demokratien weiter verstärkt wurden.

Das Nord-Süd-Gefälle

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Eine der dauerhaftesten Strukturfragen Italiens ist das wirtschaftliche Gefälle zwischen dem industriell stärkeren Norden und Teilen Mittelitaliens einerseits und dem strukturell schwächeren Süden andererseits.

Der *Mezzogiorno* weist seit Langem geringere Beschäftigungsmöglichkeiten, niedrigere Produktivität und teilweise schwächere institutionelle Strukturen auf.

Diese Unterschiede besitzen erhebliche politische Bedeutung.

Regionale Ungleichgewichte beeinflussen Migration innerhalb Italiens, wirtschaftliche Zukunftsperspektiven und politische Erwartungen an den Zentralstaat.

Sie zeigen zugleich, dass nationale Wirtschaftsdaten gesellschaftliche Wirklichkeit nur begrenzt abbilden.

Italien ist wirtschaftlich und gesellschaftlich kein einheitlicher Raum.

Abwanderung und demografische Alterung

Die demografische Entwicklung verschärft diese regionalen Unterschiede.

Italien gehört zu den europäischen Gesellschaften mit besonders niedrigen Geburtenraten und einer stark alternden Bevölkerung.

Gleichzeitig verlassen zahlreiche jüngere und gut qualifizierte Menschen Regionen mit begrenzten beruflichen Perspektiven oder wandern ins Ausland.

Dadurch können sich demografische und wirtschaftliche Schwäche gegenseitig verstärken.

Gerade im Süden und in kleineren Gemeinden kann ein Kreislauf entstehen:

geringe wirtschaftliche Chancen → Abwanderung jüngerer Menschen → Alterung → sinkende Nachfrage und geringere wirtschaftliche Dynamik → weitere Abwanderung.

Damit wird Demografie zu einem zentralen Bestandteil der italienischen Transformationsfrage.

Wirtschaftliche Stagnation und Reformdruck

Italiens wirtschaftliche Entwicklung ist seit Langem durch strukturelle Probleme belastet.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Geringes Produktivitätswachstum, hohe Staatsverschuldung, komplexe Verwaltungsverfahren und Unterschiede zwischen leistungsfähigen und schwächeren Wirtschaftsregionen begrenzen den politischen Handlungsspielraum.

Gleichzeitig besitzt Italien bedeutende industrielle Strukturen, erfolgreiche mittelständische Unternehmen, starke Exportbranchen und erhebliche private Vermögen.

Das Land lässt sich deshalb nicht einfach als wirtschaftlich schwach beschreiben.

Das eigentliche Problem liegt in der langfristigen Diskrepanz zwischen vorhandenen wirtschaftlichen Potenzialen und begrenzter gesamtwirtschaftlicher Dynamik.

Politisch entsteht daraus ein permanenter Reformdruck.

Die Eurokrise und die technokratische Regierungslogik

Die europäische Staatsschuldenkrise verschärfte die italienischen Spannungen.

2011 trat Berlusconi zurück, und Mario Monti übernahm die Führung einer technokratisch geprägten Regierung.

Dieser Vorgang verdeutlichte ein grundlegendes Spannungsverhältnis.

Einerseits musste Italien unter erheblichem wirtschaftlichem und finanziellem Druck handlungsfähig bleiben. Andererseits konnte der Eindruck entstehen, zentrale politische Entscheidungen würden zunehmend durch Finanzmärkte, europäische Institutionen und technokratische Sachzwänge bestimmt.

Damit wurde eine Wahrnehmung gestärkt, die später für populistische Mobilisierung besonders anschlussfähig war:

Demokratische Wahlen bestimmen Regierungen, aber wirtschaftliche und europäische Zwänge begrenzen deren tatsächlichen Handlungsspielraum.

Die Fünf-Sterne-Bewegung

Die Entstehung des Movimento 5 Stelle war eine direkte Herausforderung des etablierten Parteiensystems.

Die Bewegung verband Kritik an Korruption, politischen Eliten und traditionellen Parteien mit Forderungen nach stärkerer Bürgerbeteiligung und digitaler Demokratie.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Ihre ideologische Einordnung war zunächst schwierig.

Sie griff ökologische, soziale, europakritische und institutionenkritische Positionen auf und sprach sehr unterschiedliche Wählergruppen an.

Der schnelle Aufstieg der Bewegung zeigte, wie groß das Potenzial politischer Unzufriedenheit geworden war.

Eine Bewegung außerhalb der traditionellen Lager konnte innerhalb weniger Jahre zu einer der stärksten politischen Kräfte des Landes werden.

Von der Protestbewegung zur Regierungspartei

Der Eintritt der Fünf-Sterne-Bewegung in Regierungsverantwortung zeigte zugleich die Grenzen populistischer Mobilisierung.

Regierungsarbeit erfordert Kompromisse, institutionelle Verfahren und konkrete Entscheidungen.

Die Bewegung musste deshalb Positionen verändern und Koalitionen mit sehr unterschiedlichen politischen Partnern eingehen.

Damit verlor sie einen Teil ihrer ursprünglichen Anti-Establishment-Identität.

Der italienische Fall zeigt exemplarisch:

Populistische Parteien können vom Protest gegen das politische System profitieren – Regierungsverantwortung macht sie jedoch selbst zu einem Bestandteil dieses Systems.

Diese Transformation kann ihre gesellschaftliche Attraktivität erheblich verändern.

Die Lega und die Transformation des rechten Lagers

Auch die Lega durchlief einen tiefgreifenden Wandel.

Ursprünglich war sie stark regionalistisch geprägt und vertrat insbesondere Interessen des wirtschaftlich stärkeren Nordens.

Unter Matteo Salvini entwickelte sie sich zunehmend zu einer national ausgerichteten rechtspopulistischen Partei.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Migration, Grenzkontrolle, nationale Souveränität und Kritik an der Europäischen Union rückten stärker in den Mittelpunkt.

Damit wandelte sich eine regionalistische Partei zu einer politischen Kraft mit gesamtstaatlichem Anspruch.

Dieser Prozess verdeutlicht die Anpassungsfähigkeit populistischer Parteien an veränderte gesellschaftliche Konfliktlinien.

Migration über das Mittelmeer

Italien besitzt aufgrund seiner geografischen Lage eine besondere Stellung innerhalb der europäischen Migrationspolitik.

Flucht- und Migrationsbewegungen über das zentrale Mittelmeer erreichen häufig zunächst italienisches Territorium.

Damit erlebt Italien einen Teil der europäischen Außengrenzenproblematik unmittelbar.

Die Herausforderung besteht nicht allein in der Zahl ankommender Menschen.

Entscheidend ist auch die Wahrnehmung europäischer Verantwortungsverteilung.

Wenn italienische Regierungen den Eindruck vermitteln oder selbst gewinnen, andere europäische Staaten beteiligten sich nicht ausreichend an Aufnahme und Verantwortung, kann Migration zu einem Konflikt über europäische Solidarität werden.

Innenpolitisch verbindet sich diese Frage mit Sicherheit, nationaler Souveränität und Vertrauen in staatliche Kontrolle.

Giorgia Meloni und Fratelli d'Italia

Mit dem Aufstieg von Giorgia Meloni und Fratelli d'Italia erreichte die Neuordnung des italienischen rechten Parteienspektrums eine weitere Phase.

Bei der Parlamentswahl 2022 wurde Fratelli d'Italia stärkste Kraft des rechten Bündnisses, und Meloni übernahm das Amt der Ministerpräsidentin.

Die historische Herkunft der Partei und ihrer Vorgängerorganisationen aus dem postfaschistischen politischen Spektrum führte zu intensiven europäischen Debatten über die Bedeutung dieses Regierungswechsels.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Für die Transformationsanalyse ist jedoch entscheidend, zwischen historischer Herkunft, gegenwärtiger Programmatik und tatsächlicher Regierungspraxis zu unterscheiden.

Nur so lässt sich beurteilen, ob politische Rechtsverschiebung innerhalb demokratischer Konkurrenz bleibt oder institutionelle Grenzen liberaler Demokratie berührt.

Vom Protest zur institutionellen Verantwortung

Die bisherige Regierungspraxis unter Meloni zeigt zugleich einen wichtigen Mechanismus populistischer Transformation.

Opposition ermöglicht weitreichende Kritik an europäischen Institutionen und bestehenden politischen Ordnungen.

Regierungsverantwortung verändert die Anreize.

Italien ist wirtschaftlich, finanzpolitisch und sicherheitspolitisch eng in die Europäische Union und die NATO eingebunden. Eine Regierung muss deshalb nationale politische Forderungen mit internationalen Verpflichtungen verbinden.

Dadurch kann sich politische Rhetorik pragmatisieren.

Dies bedeutet nicht zwangsläufig eine Veränderung grundlegender politischer Überzeugungen.

Es zeigt jedoch, dass institutionelle Einbindung selbst eine moderierende Wirkung entfalten kann.

Italien und die Europäische Union

Das italienische Verhältnis zur europäischen Integration ist ambivalent.

Italien gehört zu den Gründungsstaaten der europäischen Integration und besitzt eine lange proeuropäische Tradition.

Gleichzeitig ist die Unzufriedenheit mit europäischer Wirtschafts-, Haushalts- und Migrationspolitik zeitweise erheblich gewachsen.

Europa wird dadurch gleichzeitig als notwendiger politischer Rahmen und als Einschränkung nationaler Handlungsmöglichkeiten wahrgenommen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Gerade diese Ambivalenz macht Italien zu einem wichtigen Beispiel für Kapitel 90:

Nationalstaatliche und europäische Handlungsfähigkeit stehen nicht einfach gegeneinander, sondern sind eng miteinander verflochten.

Politische Führung und Regierungsinstabilität

Italien ist für häufige Regierungswechsel bekannt.

Diese institutionelle Instabilität darf jedoch nicht mit einem vollständigen politischen Neubeginn bei jedem Regierungswechsel verwechselt werden.

Verwaltung, Parlament, Präsident der Republik und europäische Einbindung sorgen für erhebliche Kontinuität.

Der italienische Staatspräsident besitzt dabei eine wichtige stabilisierende Funktion, insbesondere bei Regierungsbildungen und politischen Krisen.

Das System verfügt somit über institutionelle Mechanismen, die parteipolitische Instabilität abfedern können.

Dies erklärt teilweise, warum Italien trotz zahlreicher Regierungskrisen eine bemerkenswerte demokratische Kontinuität bewahrt hat.

Die Schwäche langfristiger politischer Bindungen

Gleichzeitig hat die wiederholte Neuordnung des Parteiensystems Folgen.

Parteien entstehen, verändern Namen, bilden neue Bündnisse oder verlieren innerhalb weniger Jahre große Teile ihrer Wählerschaft.

Dadurch wird politische Zugehörigkeit zunehmend volatil.

Die italienische Entwicklung zeigt besonders deutlich den Übergang von einem milieubasierten zu einem beweglichen Parteiensystem.

Wähler können innerhalb relativ kurzer Zeit zwischen politischen Angeboten wechseln, die ideologisch teilweise weit auseinanderliegen.

Nicht dauerhafte Parteitreue, sondern aktuelle politische Erwartungen gewinnen an Bedeutung.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Personalisierung und mediale Politik

Von Berlusconi über Salvini bis Meloni zeigt die italienische Politik zugleich eine starke Personalisierung.

Politische Führungspersonen besitzen häufig eine größere öffentliche Bedeutung als langfristige Parteiorganisationen.

Digitale Medien verstärken diese Entwicklung.

Politische Kommunikation kann unmittelbar, emotional und stark auf einzelne Persönlichkeiten zugeschnitten werden.

Damit wird Italien erneut zu einem europäischen Frühindikator.

Die klassische Mitgliederpartei wird teilweise durch eine stärker führungs- und kommunikationsorientierte politische Organisation ersetzt.

Italien zwischen Populismus und demokratischer Normalisierung

Der italienische Fall zeigt, dass populistische Politik unterschiedliche Entwicklungspfade nehmen kann.

Neue Bewegungen können schnell aufsteigen und ebenso schnell wieder an Unterstützung verlieren.

Radikale Rhetorik kann sich unter Regierungsverantwortung verändern.

Parteien können sich institutionalisieren und dauerhaft Bestandteil des politischen Systems werden.

Dies spricht gegen lineare Erklärungsmodelle.

Populismus führt nicht automatisch zur Autoritarisierung.

Entscheidend ist das Zusammenspiel zwischen Parteien, Verfassungsinstitutionen, Zivilgesellschaft, Medien, europäischer Einbindung und politischer Konkurrenz.

Frankreich und Italien als unterschiedliche Transformationsmodelle

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Der Vergleich mit Frankreich macht die unterschiedlichen institutionellen Verarbeitungspfade besonders deutlich.

Frankreich besitzt ein stark präsidentielles System und eine ausgeprägte staatliche Zentralisierung. Politische Fragmentierung trifft dort auf eine Institutionenordnung, die traditionell auf starke politische Führung ausgerichtet ist.

Italien besitzt dagegen lange Erfahrungen mit wechselnden Koalitionen, parlamentarischer Fragmentierung und häufigen Regierungswechseln.

Damit können ähnliche gesellschaftliche Transformationsprozesse unterschiedliche institutionelle Folgen erzeugen.

Frankreich erlebt zunehmend den Konflikt zwischen starker Präsidentschaft und fragmentiertem Parlament.

Italien verfügt dagegen bereits über eine politische Kultur, in der Regierungskoalitionen und Parteienkonstellationen vergleichsweise beweglich sind.

Italien als europäisches Transformationslabor

Italien bündelt zahlreiche Entwicklungen, die für die europäische Demokratieforschung von zentraler Bedeutung sind: die Erosion traditioneller Parteien, den schnellen Aufstieg neuer Bewegungen, politische Personalisierung, Rechtspopulismus, regionale Ungleichheit, demografische Alterung, Migration und die Spannung zwischen nationaler Souveränität und europäischer Integration.

Besonders wichtig ist jedoch eine weitere Erkenntnis.

Das italienische politische System hat sich mehrfach tiefgreifend verändert, ohne dass die demokratische Ordnung selbst zusammengebrochen wäre.

Italien zeigt, dass Demokratien erhebliche Veränderungen ihrer Parteienlandschaft verkraften können. Entscheidend ist nicht die Stabilität einzelner Parteien oder Regierungen, sondern die Stabilität der demokratischen Regeln, die Machtwechsel, politische Konkurrenz und institutionelle Begrenzung weiterhin ermöglichen.

Damit ergänzt Italien den französischen Fall um einen zweiten europäischen Transformationspfad. **Frankreich zeigt die Spannung zwischen einem starken Staat und wachsender politischer Fragmentierung; Italien zeigt die Möglichkeit hoher parteipolitischer Volatilität bei vergleichsweise großer institutioneller Kontinuität.**

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Gerade dieser Unterschied wird für den weiteren europäischen Vergleich entscheidend. Denn gesellschaftliche Transformation erzeugt nicht automatisch dieselben politischen Folgen. Ihre Wirkung hängt wesentlich davon ab, **welche historischen Erfahrungen, institutionellen Strukturen und demokratischen Vermittlungsmechanismen in einem Land vorhanden sind.**

Kapitel 93 – Österreich

Österreich ist für den europäischen Vergleich ein besonders aufschlussreicher Transformationsfall. Das Land verbindet wirtschaftlichen Wohlstand, einen ausgebauten Sozialstaat, föderale Strukturen, eine lange Tradition sozialpartnerschaftlicher Konfliktregulierung und grundsätzlich stabile demokratische Institutionen mit einer Parteienentwicklung, in der rechtspopulistische Mobilisierung wesentlich früher dauerhaft politische Bedeutung erlangte als in vielen anderen westeuropäischen Demokratien.

Während in Deutschland die dauerhafte Etablierung einer starken Partei rechts der Union erst vergleichsweise spät erfolgte, entwickelte sich die Freiheitliche Partei Österreichs bereits seit den 1980er- und 1990er-Jahren zu einer bedeutenden politischen Kraft. Sie war mehrfach an Bundesregierungen beteiligt und konnte nach Phasen schwerer innerparteilicher Krisen wieder erhebliche gesellschaftliche Unterstützung gewinnen. Damit bietet Österreich einen langfristigen Beobachtungsraum für die Frage, wie sich ein demokratisches Parteiensystem verändert, wenn eine rechtspopulistische Partei nicht vorübergehend, sondern über Jahrzehnte Bestandteil des politischen Wettbewerbs bleibt.

Gleichzeitig lässt sich die österreichische Entwicklung nicht auf die FPÖ reduzieren. Auch die traditionellen Großparteien ÖVP und SPÖ haben ihre frühere gesellschaftliche Dominanz verloren. Neue politische Kräfte gewannen an Bedeutung, Koalitionsmöglichkeiten veränderten sich und die traditionellen politischen Lager wurden durchlässiger. Österreich zeigt damit einen Transformationsprozess, in dem die Erosion historischer Milieus, Migration, kulturelle Konflikte, politische Personalisierung und Vertrauensverluste ineinandergreifen.

Österreich zeigt besonders deutlich, dass Rechtspopulismus nicht ausschließlich aus akuten Krisen entsteht. Er kann sich dauerhaft institutionalisieren, wenn gesellschaftliche Konfliktlinien langfristig bestehen bleiben und eine Partei diese immer wieder erfolgreich politisch mobilisieren kann.

Die historische Stabilität der österreichischen Nachkriegsordnung

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die österreichische Politik der Nachkriegszeit wurde lange durch zwei große politische Lager geprägt.

Die Österreichische Volkspartei repräsentierte vor allem christlich-konservative, bürgerliche und ländliche Milieus, während die Sozialdemokratische Partei Österreichs stark in der Arbeiterschaft, den Gewerkschaften und urbanen gesellschaftlichen Strukturen verankert war.

Diese beiden Parteien besaßen nicht nur parlamentarische Bedeutung.

Sie waren über Verbände, Gewerkschaften, Kammern, Vereine und weitere gesellschaftliche Organisationen tief in die österreichische Gesellschaft eingebunden.

Politische Zugehörigkeit war deshalb häufig Bestandteil einer umfassenderen sozialen Identität.

Dieses System ermöglichte über lange Zeit eine bemerkenswerte politische Stabilität.

Sozialpartnerschaft als Konfliktregulierung

Eine besondere Bedeutung besaß die österreichische Sozialpartnerschaft.

Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen waren intensiv in wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungsprozesse eingebunden.

Konflikte wurden dadurch häufig bereits vor parlamentarischen Entscheidungen ausgehandelt.

Diese Struktur trug wesentlich zur sozialen und wirtschaftlichen Stabilität bei.

Sie hatte jedoch eine zweite Seite.

Wenn wesentliche politische Entscheidungen innerhalb etablierter institutioneller Netzwerke vorbereitet werden, kann bei gesellschaftlichen Außenseitern der Eindruck entstehen, politische Eliten regelten zentrale Fragen untereinander.

Gerade populistische Parteien können solche Strukturen als geschlossenes politisches Establishment interpretieren.

Die Erosion der politischen Lager

Wie in anderen europäischen Demokratien verloren die traditionellen gesellschaftlichen Milieus auch in Österreich an Geschlossenheit.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Kirchliche Bindungen wurden schwächer, klassische Arbeitermilieus veränderten sich, Bildungswege differenzierten sich und individuelle Lebensformen nahmen zu.

Damit verloren ÖVP und SPÖ einen Teil ihrer traditionellen gesellschaftlichen Verankerung.

Wähler wurden beweglicher.

Die frühere politische Lagerzugehörigkeit wurde zunehmend durch aktuelle Themen, Kandidaten und politische Stimmungen ersetzt.

Die österreichische Entwicklung entspricht damit dem europäischen Übergang vom stabilen Milieu- zum volatileren Wettbewerbsparteiensystem.

Der frühe Aufstieg der FPÖ

Die Freiheitliche Partei Österreichs besitzt eine längere Geschichte, doch ihr grundlegender politischer Aufstieg begann insbesondere unter Jörg Haider.

Haider veränderte die Partei organisatorisch und kommunikativ.

Sie entwickelte sich zunehmend zu einer populistischen Protestpartei, die Kritik an etablierten Parteien, Migration, nationale Identität und politische Eliten miteinander verband.

Damit konnte die FPÖ gesellschaftliche Gruppen erreichen, die sich von den traditionellen Parteien nicht mehr ausreichend repräsentiert fühlten.

Der österreichische Fall zeigte bereits früh, dass rechtspopulistische Parteien nicht ausschließlich aus wirtschaftlich benachteiligten Bevölkerungsschichten Unterstützung erhalten.

Auch Teile der Mittelschicht und wirtschaftlich relativ abgesicherte Wähler können populistische Parteien unterstützen, wenn kulturelle, migrationspolitische oder repräsentative Konflikte dominieren.

Jörg Haider und die Personalisierung des Rechtspopulismus

Haider wurde zu einer der ersten europaweit bekannten Persönlichkeiten des modernen Rechtspopulismus.

Seine politische Strategie verband provokative Kommunikation, unmittelbare Ansprache von Wählern und scharfe Kritik an etablierten politischen Strukturen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Damit nahm Österreich Entwicklungen vorweg, die später in zahlreichen europäischen Staaten sichtbar wurden.

Politische Kommunikation wurde stärker personalisiert.

Der Parteivorsitzende wurde selbst zum zentralen politischen Produkt.

Die mediale Aufmerksamkeit für kontroverse Aussagen verstärkte diese Entwicklung zusätzlich.

Die Regierungsbeteiligung der FPÖ im Jahr 2000

Die Regierungsbildung zwischen ÖVP und FPÖ im Jahr 2000 war ein europäischer Einschnitt.

Erstmals wurde eine rechtspopulistische Partei dieser Bedeutung an einer Regierung eines EU-Mitgliedstaates beteiligt.

Die Reaktion anderer europäischer Staaten war erheblich.

Damit stellte sich früh eine Frage, die später in vielen europäischen Demokratien wiederkehren sollte:

Wie sollen etablierte demokratische Parteien mit einer starken rechtspopulistischen Partei umgehen?

Ausgrenzung, politische Konkurrenz, programmatische Annäherung und Regierungsbeteiligung besitzen jeweils unterschiedliche Folgen.

Österreich wurde damit zu einem frühen europäischen Experimentierfeld im Umgang mit rechtspopulistischen Parteien.

Regierungsverantwortung und innerparteiliche Krise

Die Regierungsbeteiligung veränderte die FPÖ.

Wie bereits im italienischen Fall sichtbar wurde, unterscheidet sich Protestpolitik grundlegend von Regierungsverantwortung.

Eine Partei, die gegen politische Eliten mobilisiert, wird durch Regierungsbeteiligung selbst Teil des politischen Establishments.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Diese Spannung trug zu erheblichen innerparteilichen Konflikten bei.

Schließlich kam es zur Spaltung und zur Gründung des Bündnisses Zukunft Österreich.

Zeitweise entstand der Eindruck, die FPÖ könne dauerhaft geschwächt sein.

Doch diese Erwartung erwies sich als falsch.

Die Fähigkeit zur politischen Wiederkehr

Eine der bemerkenswertesten Eigenschaften der FPÖ ist ihre Fähigkeit, schwere politische Krisen zu überstehen.

Nach Wahlniederlagen, Parteispaltungen und Skandalen gelang es ihr mehrfach, erneut erhebliche Unterstützung zu gewinnen.

Dies verweist auf einen wichtigen strukturellen Zusammenhang.

Wenn die gesellschaftlichen Konflikte fortbestehen, die eine Partei ursprünglich mobilisiert hat, kann auch eine organisatorisch geschwächte Partei wieder an Bedeutung gewinnen.

Migration, EU-Skepsis, Misstrauen gegenüber politischen Institutionen und Kritik an gesellschaftlicher Modernisierung verschwanden nicht.

Damit blieb ein politischer Resonanzraum bestehen.

Migration als langfristige Konfliktlinie

Migration besitzt in Österreich seit Jahrzehnten hohe politische Bedeutung.

Das Land wurde durch Arbeitsmigration, die Kriege im ehemaligen Jugoslawien, europäische Freizügigkeit und spätere Fluchtmigration gesellschaftlich verändert.

Insbesondere die Fluchtbewegungen 2015 verstärkten die politische Polarisierung.

Österreich liegt geografisch an wichtigen europäischen Migrationsrouten und war deshalb besonders unmittelbar mit Fragen von Grenzkontrolle, Transit und Aufnahme konfrontiert.

Migration wurde dadurch nicht nur als gesellschaftliche Integrationsfrage wahrgenommen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Sie entwickelte sich zugleich zu einer Frage staatlicher Kontrolle und europäischer Handlungsfähigkeit.

Sebastian Kurz und die Transformation der ÖVP

Eine bemerkenswerte Reaktion auf den Aufstieg der FPÖ war die Veränderung der Österreichischen Volkspartei unter Sebastian Kurz.

Kurz positionierte die ÖVP insbesondere in der Migrationspolitik deutlich restriktiver und personalisierte zugleich den politischen Auftritt der Partei erheblich.

Die traditionelle Volkspartei wurde kommunikativ und organisatorisch stark auf ihren Vorsitzenden ausgerichtet.

Damit reagierte die ÖVP auf zwei Transformationsprozesse gleichzeitig:

auf die Konkurrenz der FPÖ und auf die zunehmende Personalisierung politischer Kommunikation.

Zeitweise gelang es ihr dadurch, Wähler aus dem rechtspopulistischen Spektrum zurückzugewinnen.

Die Verschiebung des politischen Zentrums

Die österreichische Entwicklung verdeutlicht damit einen Mechanismus, der für die Analyse europäischer Rechtsverschiebungen besonders wichtig ist.

Der Einfluss einer rechtspopulistischen Partei lässt sich nicht allein an ihren Wahlergebnissen messen.

Wenn etablierte Parteien ihre Positionen verändern, hat die populistische Konkurrenz bereits das Parteiensystem beeinflusst.

Insbesondere in der Migrations- und Integrationspolitik verschob sich der politische Diskurs.

Positionen, die früher stärker mit der FPÖ verbunden waren, wurden teilweise von anderen Parteien übernommen.

Damit veränderte sich das politische Zentrum selbst.

Die zweite Regierungsbeteiligung der FPÖ

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

2017 bildeten ÖVP und FPÖ erneut eine Bundesregierung.

Die erneute Koalition zeigte, dass die Beteiligung einer rechtspopulistischen Partei inzwischen deutlich weniger internationale Irritation auslöste als im Jahr 2000.

Auch dies ist Ausdruck einer europäischen Veränderung.

Rechtspopulistische Parteien waren inzwischen in mehreren Staaten zu etablierten politischen Akteuren geworden.

Die österreichische Entwicklung hatte damit einen Teil ihres früheren Ausnahmecharakters verloren.

Was 2000 als europäischer Sonderfall erschien, war knapp zwei Jahrzehnte später Teil einer breiteren politischen Entwicklung.

Ibiza und die Vertrauensfrage

2019 führte die sogenannte Ibiza-Affäre zum Zusammenbruch der Regierungskoalition.

Die veröffentlichten Videoaufnahmen lösten grundlegende Fragen über politisches Machtverständnis, Medien und mögliche Einflussnahme auf staatliche Strukturen aus.

Für die Transformationsanalyse ist dabei weniger der einzelne Skandal entscheidend als die Reaktion des politischen Systems.

Regierungen können scheitern, Parteien können schwere Krisen erleben und politische Führungspersonen können ihre Ämter verlieren.

Gerade darin zeigt sich eine Funktion demokratischer Institutionen.

Politische Krisen werden innerhalb verfassungsmäßiger Verfahren verarbeitet.

Die Krise der traditionellen Sozialdemokratie

Während die Aufmerksamkeit häufig auf ÖVP und FPÖ gerichtet ist, gehört auch die Entwicklung der SPÖ zum österreichischen Transformationsprozess.

Die Sozialdemokratie verlor einen erheblichen Teil ihrer früheren gesellschaftlichen Dominanz.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Wie andere europäische sozialdemokratische Parteien steht sie vor der Herausforderung, unterschiedliche Wählergruppen miteinander zu verbinden.

Traditionelle Arbeitnehmerschichten, urbane progressive Wähler, Menschen mit Migrationsgeschichte und sozialpolitisch orientierte Mittelschichten besitzen teilweise unterschiedliche politische Prioritäten.

Gerade Migration und kulturelle Fragen können diese Koalition belasten.

Damit zeigt Österreich erneut das grundlegende Problem moderner Volksparteien: gesellschaftliche Breite wird schwieriger zu organisieren.

Grüne, NEOS und die Fragmentierung des Parteiensystems

Die österreichische Parteienlandschaft wurde gleichzeitig pluraler.

Die Grünen konnten sich als dauerhafte politische Kraft etablieren und übernahmen Regierungsverantwortung.

Mit NEOS entstand eine weitere liberale politische Partei.

Damit vergrößerte sich die Zahl relevanter politischer Akteure.

Die frühere Dominanz von ÖVP und SPÖ wurde durch ein fragmentierteres Parteiensystem ersetzt.

Auch Österreich entwickelt sich damit von einer Ordnung großer politischer Lager zu einer beweglicheren Koalitionsdemokratie.

Stadt und Land

Österreich besitzt deutliche räumliche politische Unterschiede.

Wien unterscheidet sich gesellschaftlich, demografisch und politisch erheblich von vielen ländlichen Regionen.

Die Hauptstadt ist internationaler, kulturell vielfältiger und stärker durch urbane Dienstleistungs- und Wissensökonomien geprägt.

Andere Regionen besitzen stärker traditionelle gesellschaftliche Strukturen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Diese Unterschiede spiegeln sich teilweise im Wahlverhalten.

Damit bestätigt Österreich ein Muster, das auch in Frankreich, Italien und Deutschland sichtbar wird:

Räumliche Lebenswelten werden zunehmend zu politischen Konflikträumen.

Österreich und die Europäische Union

Österreich trat 1995 der Europäischen Union bei.

Die europäische Integration wurde wirtschaftlich und politisch bedeutend, gleichzeitig blieb EU-Skepsis in Teilen der Bevölkerung bestehen.

Die FPÖ konnte diese Skepsis regelmäßig politisch mobilisieren.

Dabei verbindet sich Europakritik häufig mit Fragen nationaler Souveränität, Migration und Grenzkontrolle.

Gleichzeitig ist Österreich wirtschaftlich tief in den europäischen Binnenmarkt eingebunden.

Damit besteht auch hier das bereits beschriebene Spannungsverhältnis:

Europäische Integration kann als Einschränkung nationaler Entscheidungsfreiheit wahrgenommen werden, obwohl wirtschaftliche und politische Handlungsfähigkeit gleichzeitig stark von europäischer Kooperation abhängt.

Neutralität und nationale politische Identität

Eine österreichische Besonderheit ist die politische Bedeutung der Neutralität.

Sie entwickelte sich nach 1955 zu einem wichtigen Bestandteil nationaler Identität.

Die veränderte europäische Sicherheitslage stellt dieses Selbstverständnis jedoch vor neue Fragen.

Russlands Krieg gegen die Ukraine und die zunehmende sicherheitspolitische Kooperation innerhalb Europas verdeutlichen, dass traditionelle Neutralitätsvorstellungen unter veränderten geopolitischen Bedingungen neu interpretiert werden müssen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Damit zeigt sich auch in Österreich, wie historische politische Identitäten durch internationale Transformation unter Anpassungsdruck geraten.

Die Nationalratswahl 2024 als politischer Einschnitt

Die Nationalratswahl 2024 markierte eine weitere wichtige Veränderung des österreichischen Parteiensystems.

Die FPÖ wurde erstmals bei einer Nationalratswahl stärkste Partei.

Damit erreichte eine Entwicklung, die über Jahrzehnte verlaufen war, eine neue Stufe.

Entscheidend ist jedoch die Unterscheidung zwischen Wahlerfolg und Regierungsfähigkeit.

In parlamentarischen Demokratien entscheidet nicht allein die relative Stärke einer Partei darüber, ob sie die Regierung führt. Entscheidend ist zugleich ihre Fähigkeit, Koalitionspartner zu finden und parlamentarische Mehrheiten zu organisieren.

Damit rückte die Koalitionsfrage selbst in das Zentrum der österreichischen Transformation.

Herbert Kickl und die Zuspitzung populistischer Opposition

Unter Herbert Kickl entwickelte die FPÖ einen besonders konfrontativen politischen Stil.

Kritik an Regierung, Migration, europäischen Institutionen und gesellschaftlichen Eliten wird mit einer ausgeprägten populistischen Gegenüberstellung verbunden.

Dadurch unterscheidet sich die gegenwärtige FPÖ in bestimmten Bereichen von Phasen stärkerer institutioneller Anpassung.

Für die demokratische Analyse ist deshalb nicht nur die Stärke der Partei relevant.

Entscheidend ist, wie politische Konkurrenz, institutionelle Begrenzungen und die Legitimität anderer demokratischer Akteure behandelt werden.

Politische Abgrenzung und demokratische Integration

Österreich verdeutlicht besonders deutlich das strategische Dilemma im Umgang mit dauerhaft starken rechtspopulistischen Parteien.

Eine vollständige politische Ausgrenzung kann deren Regierungsbeteiligung verhindern.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Sie beseitigt jedoch nicht automatisch die gesellschaftlichen Ursachen ihrer Unterstützung.

Regierungsbeteiligung kann umgekehrt institutionelle Anpassung fördern, birgt aber das Risiko, problematische Positionen zu normalisieren.

Es existiert deshalb keine einfache institutionelle Lösung.

Langfristig entscheidend bleibt, ob demokratische Parteien die gesellschaftlichen Konflikte bearbeiten können, aus denen populistische Mobilisierung entsteht.

Österreich und Deutschland im Vergleich

Für Deutschland ist Österreich besonders interessant.

Beide Länder besitzen kulturelle, sprachliche und wirtschaftliche Nähe sowie vergleichbare wohlfahrtsstaatliche Traditionen.

Die Entwicklung ihrer Parteiensysteme verlief jedoch lange unterschiedlich.

Österreich etablierte bereits früh eine starke Partei rechts der traditionellen konservativen Volkspartei und sammelte wiederholt Erfahrungen mit deren Regierungsbeteiligung.

Deutschland entwickelte eine vergleichbare dauerhafte parteipolitische Konkurrenz rechts der Union wesentlich später.

Damit bietet Österreich einen möglichen Vergleichsraum für langfristige Entwicklungen.

Allerdings dürfen österreichische Erfahrungen nicht unmittelbar auf Deutschland übertragen werden. Wahlsystem, politische Kultur, historische Erfahrungen, Föderalismus und gesellschaftliche Konfliktstrukturen unterscheiden sich.

Österreich als europäischer Langzeitfall des Rechtspopulismus

Die besondere Bedeutung Österreichs liegt schließlich in der Dauer der Entwicklung.

Während populistische Parteien in manchen europäischen Staaten schnell aufstiegen und wieder verschwanden, hat sich die FPÖ über Jahrzehnte als relevante politische Kraft behauptet.

Sie überstand Regierungsbeteiligungen, Parteispaltungen, Wahlniederlagen und Skandale.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Damit zeigt Österreich, dass Rechtspopulismus unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen dauerhaft Bestandteil eines demokratischen Parteiensystems werden kann.

Österreich zeigt, dass die dauerhafte Etablierung einer rechtspopulistischen Partei das Parteiensystem weit über deren eigene Wahlergebnisse hinaus verändert. Sie beeinflusst Themen, Sprache, Koalitionsstrategien und die programmatische Positionierung der übrigen Parteien und kann dadurch langfristig die gesamte politische Wettbewerbsordnung verschieben.

Im Vergleich der bisherigen Länder werden damit drei unterschiedliche europäische Transformationsmuster sichtbar. **Frankreich** verbindet einen starken Zentralstaat mit zunehmender gesellschaftlicher und parlamentarischer Fragmentierung. **Italien** zeigt hohe parteipolitische Volatilität bei bemerkenswerter institutioneller Kontinuität. **Österreich** verdeutlicht dagegen die langfristige Institutionalisierung rechtspopulistischer Konkurrenz innerhalb eines grundsätzlich stabilen demokratischen Systems.

Der nächste Vergleichsfall kann deshalb zeigen, wie dieselben europäischen Transformationskräfte unter wiederum anderen historischen und institutionellen Bedingungen verarbeitet werden.

Kapitel 94 – Niederlande

Die Niederlande gehören zu den europäischen Demokratien, in denen gesellschaftliche Modernisierung, wirtschaftliche Internationalisierung und politische Fragmentierung besonders deutlich nebeneinander sichtbar werden. Das Land verfügt über leistungsfähige staatliche Institutionen, eine hoch entwickelte Wirtschaft, eine lange Tradition gesellschaftlicher Toleranz und eine ausgeprägte Kultur politischer Kompromissbildung. Gleichzeitig haben Migration, kulturelle Identität, Wohnungsmarktp Probleme, ökologische Konflikte und ein wachsendes Misstrauen gegenüber politischen Institutionen das Parteiensystem tiefgreifend verändert.

Gerade deshalb sind die Niederlande für den europäischen Vergleich von besonderer Bedeutung. Der Aufstieg populistischer und migrationskritischer Parteien erfolgte nicht in einer wirtschaftlich schwachen oder institutionell instabilen Gesellschaft. Er entwickelte sich innerhalb einer wohlhabenden, international verflochtenen und demokratisch gefestigten Ordnung. Damit widerspricht der niederländische Fall einfachen Erklärungen, nach denen Rechtspopulismus vor allem aus wirtschaftlichem Niedergang oder schwachen demokratischen Institutionen hervorgehe.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die niederländische Entwicklung zeigt vielmehr, dass gesellschaftliche Transformation auch in erfolgreichen Demokratien erhebliche politische Spannungen erzeugen kann, wenn kulturelle Veränderungen, Migration, staatliche Steuerungsprobleme und die Erosion traditioneller politischer Bindungen zusammentreffen.

Die Niederlande zeigen, dass wirtschaftlicher Wohlstand und institutionelle Stabilität gesellschaftliche Polarisierung nicht verhindern. Auch erfolgreiche Demokratien können tiefgreifende politische Verschiebungen erleben, wenn gesellschaftliche Veränderungen schneller verlaufen als ihre politische Vermittlung.

Die Tradition der niederländischen Konsensdemokratie

Das niederländische politische System ist historisch durch eine ausgeprägte Kultur politischer Kompromissbildung gekennzeichnet.

Aufgrund des Verhältniswahlrechts konnten sich unterschiedliche gesellschaftliche und politische Gruppen parlamentarisch repräsentieren. Regierungen entstanden deshalb regelmäßig durch Koalitionen mehrerer Parteien.

Diese Struktur förderte Verhandlung und Kompromiss.

Politische Macht war weniger auf einzelne Parteien konzentriert als in stärker majoritär organisierten Demokratien.

Damit entwickelte sich eine politische Kultur, in der gesellschaftliche Unterschiede institutionell verarbeitet werden konnten.

Die historische Versäulung der Gesellschaft

Über lange Zeit war die niederländische Gesellschaft durch die sogenannte Versäulung geprägt.

Katholische, protestantische, sozialistische und liberale Bevölkerungsgruppen verfügten teilweise über eigene Parteien, Medien, Schulen, Verbände und gesellschaftliche Organisationen.

Menschen bewegten sich damit innerhalb relativ geschlossener gesellschaftlicher Milieus.

Politische Repräsentation war eng mit sozialer Zugehörigkeit verbunden.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Diese Struktur ähnelt in ihrer Integrationsfunktion den politischen Großmilieus anderer westeuropäischer Demokratien.

Mit gesellschaftlicher Modernisierung und Säkularisierung verlor die Versäulung jedoch zunehmend an Bedeutung.

Entsäulung und Individualisierung

Seit den 1960er- und 1970er-Jahren wurden traditionelle religiöse und gesellschaftliche Bindungen schwächer.

Die Niederlande entwickelten sich zu einer stark individualisierten und kulturell liberalisierten Gesellschaft.

Diese Entwicklung erweiterte individuelle Freiheit und gesellschaftliche Vielfalt.

Gleichzeitig verloren Parteien einen Teil ihrer traditionellen gesellschaftlichen Verankerung.

Wähler wurden beweglicher.

Parteipolitische Identität wurde zunehmend durch konkrete Themen, politische Führungspersonen und aktuelle Konflikte bestimmt.

Damit entstanden früh Voraussetzungen für ein stärker fragmentiertes Parteiensystem.

Die Transformation der traditionellen Parteien

Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberale prägten lange die niederländische Politik.

Ihre frühere gesellschaftliche Dominanz wurde jedoch schrittweise schwächer.

Besonders deutlich zeigt sich dies an der Entwicklung der christdemokratischen und sozialdemokratischen Parteien.

Die gesellschaftlichen Milieus, auf denen ihre frühere Stärke beruhte, existieren nicht mehr in derselben Geschlossenheit.

Damit bestätigt der niederländische Fall die in Kapitel 87 beschriebene Krise traditioneller Volks- und Mitteparteien.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Parteien müssen zunehmend heterogene Wählergruppen erreichen, deren politische Prioritäten sich teilweise erheblich unterscheiden.

Pim Fortuyn und der frühe populistische Einschnitt

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wurde die niederländische Politik durch Pim Fortuyn grundlegend verändert.

Fortuyn verband scharfe Kritik an Migration und insbesondere am Islam mit einer gleichzeitig gesellschaftlich liberalen Positionierung in anderen Fragen.

Damit entstand eine besondere Form populistischer Mobilisierung.

Migration wurde nicht ausschließlich aus traditionell konservativer Perspektive kritisiert.

Sie wurde teilweise als Bedrohung liberaler gesellschaftlicher Werte interpretiert.

Diese Kombination unterschied den niederländischen Populismus von klassischen nationalkonservativen Bewegungen.

Die Ermordung Fortuyns im Jahr 2002 verhinderte seine weitere politische Entwicklung, doch die von ihm sichtbar gemachten Konfliktlinien verschwanden nicht.

Migration und das Ende einer politischen Selbstverständlichkeit

Die Niederlande hatten lange den Ruf einer besonders offenen und toleranten Gesellschaft.

Arbeitsmigration, koloniale Vergangenheit und internationale Verflechtung hatten zu einer kulturell vielfältigen Bevölkerung beigetragen.

Mit zunehmender gesellschaftlicher Debatte über Integration veränderte sich jedoch die politische Wahrnehmung.

Fragen nach Sprache, gesellschaftlichen Normen, Religion, sozialer Integration und nationaler Identität gewannen an Bedeutung.

Damit wurde ein früheres Selbstbild herausgefordert.

Die politische Frage lautete zunehmend nicht mehr nur, ob gesellschaftliche Vielfalt akzeptiert wird, sondern welche gemeinsamen Voraussetzungen eine vielfältige Gesellschaft benötigt.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Islam, Integration und liberale Identität

Eine niederländische Besonderheit besteht darin, dass Kritik an Migration teilweise mit der Verteidigung liberaler gesellschaftlicher Werte verbunden wird.

Frauenrechte, sexuelle Selbstbestimmung, Meinungsfreiheit und die Trennung von Religion und Politik können dabei als Bestandteile nationaler beziehungsweise westlich-liberaler Identität interpretiert werden.

Dadurch entsteht eine ungewöhnliche politische Konstellation.

Positionen, die gesellschaftspolitisch liberal erscheinen, können mit restriktiver Migrationspolitik verbunden werden.

Der niederländische Fall zeigt damit, dass die europäische Rechtsverschiebung nicht einfach entlang der klassischen Achse konservativ gegen progressiv verläuft.

Neue Konfliktlinien können Elemente beider Seiten miteinander verbinden.

Geert Wilders und die dauerhafte Institutionalisierung der PVV

Mit Geert Wilders und der Partij voor de Vrijheid entwickelte sich diese politische Konfliktlinie zu einer dauerhaften Kraft des niederländischen Parteiensystems.

Wilders stellte insbesondere Migration, Islam, nationale Identität und Kritik an europäischer Integration in den Mittelpunkt seiner Politik.

Die PVV etablierte sich über viele Jahre als bedeutende parlamentarische Kraft.

Damit ähnelt ihre langfristige Bedeutung in gewisser Weise der FPÖ in Österreich.

Gleichzeitig unterscheidet sich ihre Organisationsstruktur deutlich von klassischen Mitgliederparteien.

Die starke Konzentration auf Wilders verdeutlicht erneut die zunehmende Personalisierung politischer Organisationen.

Der Mord an Theo van Gogh und die kulturelle Konfliktverschärfung

Der Mord am Filmemacher Theo van Gogh im Jahr 2004 durch einen islamistischen Täter hatte erhebliche gesellschaftliche Auswirkungen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Er verstärkte Debatten über Islamismus, Meinungsfreiheit, Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Wie bei den französischen Terroranschlägen zeigt sich hier die besondere politische Wirkung einzelner Gewaltereignisse.

Sie können bereits bestehende gesellschaftliche Konflikte symbolisch verdichten.

Aus einem konkreten Verbrechen kann eine umfassendere Debatte über kulturelle Zugehörigkeit entstehen.

Demokratische Politik steht dann vor der schwierigen Aufgabe, Sicherheitsprobleme und Extremismus klar zu benennen, ohne ganze Bevölkerungsgruppen kollektiv verantwortlich zu machen.

Mark Rutte und die lange Stabilität der politischen Mitte

Trotz zunehmender Fragmentierung wurde die niederländische Politik über viele Jahre durch Mark Rutte geprägt.

Von 2010 bis 2024 war er Ministerpräsident und führte unterschiedliche Koalitionsregierungen.

Diese lange Amtszeit zeigt eine bemerkenswerte institutionelle Kontinuität innerhalb eines zunehmend fragmentierten Parteiensystems.

Ruttes liberale VVD konnte unterschiedliche politische Konstellationen miteinander verbinden.

Damit entstand ein interessantes niederländisches Muster:

Das Parteiensystem wurde immer fragmentierter, während die politische Führung über einen langen Zeitraum erstaunlich konstant blieb.

Diese Gleichzeitigkeit unterscheidet die Niederlande deutlich von Italien.

Fragmentierung als Normalzustand

Das niederländische Verhältniswahlrecht erleichtert kleineren Parteien den Einzug ins Parlament.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Damit besitzt das Land traditionell eine größere Parteivielheit.

Die gesellschaftliche Individualisierung hat diese Tendenz weiter verstärkt.

Neben klassischen wirtschaftspolitischen Konflikten entstanden Parteien, die stärker ökologische, religiöse, migrationspolitische, agrarische oder generationelle Interessen vertreten.

Politische Fragmentierung bedeutet deshalb nicht automatisch demokratische Krise.

Sie kann Ausdruck gesellschaftlicher Vielfalt sein.

Problematisch wird sie dann, wenn stabile Mehrheiten immer schwieriger zu bilden sind und politische Verantwortlichkeit für Bürger weniger nachvollziehbar wird.

Lange Koalitionsverhandlungen und politische Vermittlung

Die Bildung niederländischer Regierungen kann aufgrund der Vielzahl relevanter Parteien lange dauern.

Dies entspricht grundsätzlich der Logik einer Konsensdemokratie.

Je stärker das Parteiensystem jedoch fragmentiert wird, desto komplexer werden Koalitionsverhandlungen.

Daraus entsteht ein demokratisches Spannungsverhältnis.

Einerseits ermöglicht die breite Beteiligung unterschiedlicher Parteien politische Kompromisse.

Andererseits können umfangreiche Koalitionsvereinbarungen den Eindruck erzeugen, wesentliche Entscheidungen würden erst nach der Wahl zwischen Parteiführungen ausgehandelt.

Damit kann parlamentarische Kompromissfähigkeit zugleich als politische Distanz wahrgenommen werden.

Die Stickstoffkrise und der Konflikt um Landwirtschaft

Eine besonders niederländische Transformationsfrage entwickelte sich aus der Umwelt- und Landwirtschaftspolitik.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die intensive Landwirtschaft des Landes steht in einem Spannungsverhältnis zu Umwelt- und Klimazielen sowie europäischen Vorgaben.

Maßnahmen zur Verringerung von Stickstoffemissionen führten zu erheblichen Protesten von Landwirten.

Dieser Konflikt besitzt weit über Landwirtschaftspolitik hinausgehende Bedeutung.

Er verbindet ökologische Transformation, wirtschaftliche Existenz, regionale Identität und Misstrauen gegenüber staatlicher Regulierung.

Damit zeigt sich erneut ein Muster europäischer Transformation:

Politische Modernisierungsziele können gesellschaftlichen Widerstand erzeugen, wenn ihre Kosten räumlich oder sozial ungleich verteilt wahrgenommen werden.

Die BoerBurgerBewegung und die politische Repräsentation des ländlichen Raums

Aus diesen Konflikten gewann die BoerBurgerBewegung erheblich an Bedeutung.

Die Partei konnte insbesondere Unzufriedenheit im ländlichen Raum politisch bündeln.

Damit wurde ein Konflikt sichtbar, der auch in anderen europäischen Gesellschaften an Bedeutung gewinnt:

der Gegensatz zwischen metropolitanen Zentren und ländlichen beziehungsweise peripheren Räumen.

Dieser Gegensatz ist nicht ausschließlich wirtschaftlich.

Er betrifft auch Lebensweise, gesellschaftliche Anerkennung und politische Wahrnehmung.

Menschen können sich materiell vergleichsweise gut gestellt fühlen und dennoch den Eindruck besitzen, ihre Lebensform werde von urban geprägter Politik nicht ausreichend berücksichtigt.

Wohnungsmarkt als gesellschaftliche Konfliktzone

Eine weitere zentrale Herausforderung ist der niederländische Wohnungsmarkt.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Hohe Nachfrage, begrenztes Angebot und steigende Preise erschweren insbesondere jüngeren Menschen und Haushalten mit niedrigeren oder mittleren Einkommen den Zugang zu bezahlbarem Wohnraum.

Wohnungspolitik verbindet sich dabei mit Migration, Raumplanung, Umweltpolitik und Bevölkerungsentwicklung.

Gerade diese Verbindung ist politisch bedeutsam.

Wenn mehrere gesellschaftliche Probleme um dieselbe knappe Ressource konkurrieren, können Verteilungskonflikte entstehen.

Migration kann dann beispielsweise mit Wohnraummangel verbunden werden, selbst wenn dessen Ursachen wesentlich breiter liegen.

Die Wahl 2023 und der Durchbruch der PVV

Die Parlamentswahl vom November 2023 markierte einen politischen Einschnitt.

Die PVV von Geert Wilders wurde mit deutlichem Abstand stärkste Kraft.

Dieser Erfolg war nicht das plötzliche Auftreten einer neuen Partei.

Er war vielmehr der vorläufige Höhepunkt einer Entwicklung, die sich über mehr als zwei Jahrzehnte aufgebaut hatte.

Migration und Asylpolitik spielten dabei eine zentrale Rolle, doch der Wahlerfolg lässt sich nicht auf ein einziges Thema reduzieren.

Unzufriedenheit mit Regierungspolitik, Wohnungsmarkt, Lebenshaltungskosten und Vertrauen in politische Steuerungsfähigkeit wirkten ebenfalls auf die politische Neuordnung ein.

Die Regierungsbildung 2024

Nach langwierigen Verhandlungen entstand 2024 eine Koalition aus PVV, VVD, NSC und BBB.

Da Wilders selbst nicht Ministerpräsident wurde, übernahm der parteilose Dick Schoof die Regierungsführung.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Diese Konstruktion war institutionell bemerkenswert.

Die stärkste Partei war zentraler Bestandteil der Regierungsmehrheit, während ihr Vorsitzender nicht selbst die Regierung führte.

Damit versuchte das politische System, Wahlergebnis, Koalitionsfähigkeit und institutionelle Vertrauensfragen miteinander zu verbinden.

Der niederländische Fall zeigte erneut, dass der Aufstieg populistischer Parteien nicht nur deren eigene Entwicklung verändert.

Er zwingt das gesamte Parteiensystem zur Anpassung.

Das Ende der Schoof-Regierung und die fortdauernde Instabilität

Die Koalition erwies sich jedoch als politisch fragil. Im Juni 2025 zog die PVV ihre Minister aus der Regierung zurück, nachdem innerhalb der Koalition keine Einigung über eine von Wilders geforderte weitere Verschärfung der Asyl- und Migrationspolitik erreicht worden war. Die Regierung verlor damit ihre parlamentarische Grundlage und wurde nur noch geschäftsführend weitergeführt.

Gerade dieser Vorgang ist für die Transformationsanalyse von besonderer Bedeutung.

Er zeigt die Spannung zwischen populistischer Programmatik und koalitionsdemokratischer Regierungslogik.

Eine Partei kann mit weitreichenden Forderungen erhebliche Wählerunterstützung mobilisieren. In einer fragmentierten parlamentarischen Demokratie muss sie diese Forderungen jedoch mit Koalitionspartnern vereinbaren.

Scheitert dieser Ausgleich, kann aus populistischer Stärke politische Instabilität entstehen.

Regierungsverantwortung als institutioneller Test

Damit wiederholt sich ein Mechanismus, der bereits in Italien und Österreich sichtbar wurde.

Opposition ermöglicht klare politische Forderungen und eindeutige Verantwortungszuweisungen.

Koalitionsregierungen erzwingen dagegen Kompromisse.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Für populistische Parteien entsteht daraus ein strukturelles Dilemma.

Je stärker sie Kompromisse eingehen, desto eher können sie ihr Profil als grundsätzliche politische Alternative verlieren.

Je stärker sie an maximalen Forderungen festhalten, desto schwieriger kann stabile Regierungszusammenarbeit werden.

Die Niederlande zeigen dieses Spannungsverhältnis besonders deutlich.

Europäische Integration und nationale Handlungsfähigkeit

Die Niederlande gehören zu den wirtschaftlich besonders stark internationalisierten europäischen Staaten.

Der Binnenmarkt ist für die niederländische Wirtschaft von erheblicher Bedeutung.

Gleichzeitig bestehen kritische Positionen gegenüber weiterer europäischer Zentralisierung und finanzieller Risikoteilung.

Damit verbindet das Land wirtschaftliche Offenheit mit einem teilweise ausgeprägten Bedürfnis nach nationaler Kontrolle.

Auch hier zeigt sich:

Europaskepsis bedeutet nicht zwangsläufig Ablehnung europäischer Zusammenarbeit.

Sie kann ebenso Ausdruck unterschiedlicher Vorstellungen darüber sein, welche politischen Aufgaben europäisch und welche national geregelt werden sollten.

Wohlstand schützt nicht vor politischer Entfremdung

Eine besonders wichtige Erkenntnis des niederländischen Falls liegt darin, dass populistische Mobilisierung nicht zwangsläufig aus gesamtwirtschaftlicher Krise hervorgeht.

Die Niederlande gehören zu den wohlhabenden und wirtschaftlich leistungsfähigen Staaten Europas.

Dennoch können erhebliche politische Unzufriedenheit und Vertrauensprobleme entstehen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Dies bestätigt die bereits entwickelte Unterscheidung zwischen objektiver wirtschaftlicher Lage und subjektiver gesellschaftlicher Zukunftserwartung.

Menschen bewerten Politik nicht allein anhand gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen.

Wohnraum, Migration, öffentliche Dienstleistungen, kulturelle Zugehörigkeit und das Gefühl politischer Kontrolle können ebenso entscheidend sein.

Die Niederlande als Transformationsfall einer liberalen Gesellschaft

Der niederländische Fall besitzt schließlich eine besondere Bedeutung, weil Rechtsverschiebung hier innerhalb einer historisch stark liberalisierten Gesellschaft stattfindet.

Dies zeigt, dass kulturelle Liberalisierung und politische Rechtsverschiebung gleichzeitig existieren können.

Gesellschaften bewegen sich nicht geschlossen entlang einer einzigen Links-Rechts-Achse.

Sie können in Fragen individueller Lebensführung liberal bleiben und gleichzeitig bei Migration, Integration oder staatlicher Kontrolle restriktivere Positionen entwickeln.

Gerade diese Kombination gehört zu den neuen Konfliktmustern europäischer Politik.

Die Niederlande zeigen, dass politische Rechtsverschiebung nicht notwendig eine umfassende Rückkehr zu traditionellen gesellschaftlichen Wertvorstellungen bedeutet. Sie kann innerhalb einer liberalen und individualisierten Gesellschaft entstehen, wenn Migration, kulturelle Zugehörigkeit, ökologische Transformation und staatliche Steuerungsfähigkeit zu neuen politischen Konfliktachsen werden.

Im Vergleich der bisherigen Länder erweitert sich damit das europäische Transformationsbild erneut. **Frankreich** steht für die Spannung zwischen starkem Zentralstaat und politischer Fragmentierung. **Italien** zeigt hohe parteipolitische Volatilität bei institutioneller Kontinuität. **Österreich** verdeutlicht die langfristige Institutionalisierung des Rechtspopulismus. Die **Niederlande** zeigen schließlich, wie eine wohlhabende, liberale Konsensdemokratie durch gesellschaftliche Individualisierung, Parteienfragmentierung und neue kulturelle sowie territoriale Konfliktlinien politisch neu geordnet werden kann.

Damit wird immer deutlicher: **Nicht das Vorhandensein gesellschaftlicher Transformation unterscheidet die europäischen Demokratien voneinander, sondern die Art, wie ihre**

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Institutionen, Parteien und politischen Kulturen diese Transformation aufnehmen, vermitteln und in regierungsfähige Mehrheiten übersetzen.

Kapitel 95 – Polen

Polen gehört zu den wichtigsten europäischen Fällen für das Verständnis politischer Transformation nach dem Ende des Staatssozialismus. Innerhalb weniger Jahrzehnte vollzog das Land gleichzeitig einen Übergang zur parlamentarischen Demokratie, den Aufbau einer marktwirtschaftlichen Ordnung, eine weitreichende gesellschaftliche Modernisierung, die Integration in NATO und Europäische Union sowie einen tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandel. Polen entwickelte sich dabei von einem Transformationsstaat zu einer der politisch und wirtschaftlich bedeutendsten Demokratien Mittel- und Osteuropas.

Gerade dieser Erfolg macht die politische Entwicklung seit den 2010er-Jahren analytisch besonders interessant. Die zunehmende Polarisierung zwischen nationalkonservativen und liberal-proeuropäischen Kräften, Konflikte über Justiz, Medien, gesellschaftliche Werte und europäische Integration sowie die langjährige Regierungsdominanz von Recht und Gerechtigkeit – Prawo i Sprawiedliwość, PiS – zeigten, dass wirtschaftliche Modernisierung und europäische Integration demokratische Konflikte nicht automatisch abschwächen.

Polen verdeutlicht zugleich, dass demokratische Erosion nicht zwangsläufig linear oder unumkehrbar verläuft. Der Regierungswechsel nach der Parlamentswahl 2023 zeigte die Fähigkeit demokratischer Wahlen, politische Machtverhältnisse grundlegend zu verändern. Die anschließenden Auseinandersetzungen um die Wiederherstellung rechtsstaatlicher Strukturen verdeutlichten jedoch, wie schwierig es ist, institutionelle Veränderungen rückgängig zu machen, sobald sie tief in staatliche Strukturen eingegriffen haben.

Polen zeigt die doppelte Dynamik demokratischer Transformation: Institutionen können innerhalb demokratischer Verfahren schrittweise verändert werden, zugleich können Wahlen politische Gegenbewegungen ermöglichen. Demokratische Resilienz entscheidet sich deshalb nicht allein am Fortbestand von Wahlen, sondern an der Widerstandsfähigkeit des gesamten institutionellen Systems.

Der Systemwechsel von 1989

Die polnische Transformation ist ohne die historische Bedeutung der Solidarność-Bewegung nicht zu verstehen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die Gewerkschafts- und Demokratiebewegung entwickelte sich in den 1980er-Jahren zu einer zentralen gesellschaftlichen Gegenkraft zum kommunistischen Regime.

Die Verhandlungen am Runden Tisch und die Wahlen von 1989 eröffneten schließlich den Übergang zur Demokratie.

Damit besaß die neue demokratische Ordnung eine besondere gesellschaftliche Legitimation.

Sie war nicht ausschließlich Ergebnis institutioneller Reformen von oben, sondern wesentlich durch gesellschaftliche Mobilisierung erkämpft worden.

Diese Erfahrung prägt das polnische politische Selbstverständnis bis heute.

Die wirtschaftliche Transformation

Der Übergang von der staatssozialistischen zur marktwirtschaftlichen Ordnung erfolgte in Polen besonders schnell.

Die wirtschaftlichen Reformen ermöglichten langfristig erhebliches Wachstum und eine zunehmende Integration in europäische Produktions- und Handelsstrukturen.

Polen entwickelte sich zu einem wichtigen Industriestandort und zu einer der dynamischeren Volkswirtschaften Europas.

Diese Entwicklung erzeugte jedoch unterschiedliche gesellschaftliche Erfahrungen.

Während neue wirtschaftliche Chancen entstanden, verloren andere Menschen berufliche Sicherheit und gesellschaftlichen Status.

Damit entstanden bereits in den 1990er-Jahren unterschiedliche Transformationsbiografien.

Gewinner und Verlierer der Modernisierung

Die wirtschaftliche Entwicklung Polens lässt sich deshalb nicht allein anhand nationaler Wachstumsdaten beurteilen.

Großstädte wie Warschau, Krakau, Breslau, Posen oder Danzig entwickelten sich zu dynamischen wirtschaftlichen Zentren.

Andere Regionen profitierten weniger stark.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Diese räumlichen Unterschiede wurden politisch bedeutsam.

Urbanere, jüngere und höher qualifizierte Bevölkerungsgruppen orientierten sich häufig stärker liberal und proeuropäisch.

Ländlichere, kleinere und teilweise wirtschaftlich schwächere Räume zeigten häufiger stärkere Unterstützung für nationalkonservative Parteien.

Diese Unterschiede sind nicht absolut, bilden aber eine wichtige räumliche Konfliktstruktur.

Der Beitritt zur Europäischen Union

Der EU-Beitritt 2004 markierte einen historischen Wendepunkt.

Für Polen bedeutete die Mitgliedschaft wirtschaftliche Integration, Zugang zum Binnenmarkt, Investitionen, Infrastrukturförderung und Freizügigkeit.

Gleichzeitig besaß der Beitritt eine geopolitische Bedeutung.

Nach Jahrzehnten sowjetischer Dominanz wurde die europäische Integration als institutionelle Verankerung Polens im demokratischen Westen verstanden.

Damit verband sich Europa zunächst stark mit nationaler Souveränität.

Die EU-Mitgliedschaft wurde nicht als Aufgabe polnischer Unabhängigkeit, sondern als deren Absicherung betrachtet.

Gerade deshalb entwickelten spätere Konflikte über europäische Kompetenzen eine besondere politische Dynamik.

Nationale Souveränität als historische Erfahrung

Polens Geschichte ist durch Teilungen, Fremdherrschaft, Krieg, deutsche Besatzung und sowjetische Dominanz geprägt.

Nationale Souveränität besitzt deshalb eine außergewöhnlich starke historische Bedeutung.

Diese Erfahrung wirkt in politischen Debatten fort.

Forderungen europäischer Institutionen können von Teilen der Bevölkerung schneller als Eingriff in nationale Selbstbestimmung interpretiert werden.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Dies bedeutet nicht zwangsläufig Ablehnung europäischer Integration.

Vielmehr entsteht ein besonderes Spannungsverhältnis zwischen europäischer Zugehörigkeit und dem Schutz nationaler Entscheidungshoheit.

Die katholische Kirche und gesellschaftliche Identität

Die katholische Kirche besaß während der kommunistischen Herrschaft eine besondere gesellschaftliche Stellung.

Sie war nicht nur religiöse Institution, sondern teilweise auch Schutzraum gesellschaftlicher Selbstorganisation und nationaler Identität.

Nach 1989 blieb ihr politischer und kultureller Einfluss erheblich.

Mit gesellschaftlicher Modernisierung veränderte sich dieses Verhältnis jedoch.

Insbesondere jüngere und urbanere Bevölkerungsteile entwickelten teilweise größere Distanz zur Kirche.

Konflikte über Abtreibung, Familienpolitik, sexuelle Selbstbestimmung und gesellschaftliche Werte wurden dadurch zu wichtigen politischen Auseinandersetzungen.

Polen zeigt damit besonders deutlich, wie Modernisierung traditionelle gesellschaftliche Institutionen unter Veränderungsdruck setzt.

Die Entstehung der heutigen politischen Lager

Das polnische Parteiensystem entwickelte sich nach 1989 zunächst sehr dynamisch.

Zahlreiche Parteien entstanden, verschwanden oder veränderten sich.

Im Laufe der Zeit bildete sich jedoch eine besonders prägende Konkurrenz zwischen der nationalkonservativen PiS und dem liberal-konservativen beziehungsweise proeuropäischen Lager um die Bürgerplattform – Platforma Obywatelska.

Bemerkenswert ist, dass beide politischen Lager teilweise aus demselben antikomunistischen historischen Umfeld hervorgingen.

Die zentrale politische Polarisierung entwickelte sich damit nicht primär aus dem früheren Gegensatz zwischen kommunistischer und antikomunistischer Politik.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Sie entstand zunehmend innerhalb des postkommunistischen demokratischen Systems selbst.

Prawo i Sprawiedliwość und der nationalkonservative Sozialstaat

Der Erfolg der PiS lässt sich nicht allein durch Nationalismus oder kulturellen Konservatismus erklären.

Die Partei verband gesellschaftspolitisch konservative Positionen mit einer ausgeprägten Sozialpolitik.

Familienleistungen und andere sozialpolitische Maßnahmen sprachen Bevölkerungsgruppen an, die sich von der wirtschaftsliberalen Transformation nicht ausreichend berücksichtigt fühlten.

Damit entstand eine politisch wirkungsvolle Verbindung:

kultureller Konservatismus + nationale Souveränität + soziale Umverteilung.

Diese Kombination unterscheidet die PiS von stärker wirtschaftsliberalen rechten Parteien anderer europäischer Staaten.

Soziale Anerkennung als politische Ressource

Ein wichtiger Bestandteil des Erfolgs der PiS lag in der Ansprache gesellschaftlicher Gruppen, die sich trotz wirtschaftlichen Wachstums kulturell oder politisch marginalisiert fühlten.

Damit wurde nicht nur materielle Umverteilung angeboten.

Es ging ebenso um gesellschaftliche Anerkennung.

Teile der ländlichen Bevölkerung, ältere Menschen und konservativ orientierte gesellschaftliche Gruppen konnten den Eindruck gewinnen, ihre Werte würden innerhalb einer zunehmend urbanen und liberalen Modernisierung weniger berücksichtigt.

Die PiS verband diese Wahrnehmung mit einer umfassenderen Kritik an liberalen Eliten.

Damit wurde kulturelle Anerkennung zu einer politischen Ressource.

Die Flüchtlingskrise von 2015

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Migration gewann während der europäischen Flüchtlingskrise 2015 erheblich an politischer Bedeutung.

Polen war damals deutlich weniger von unmittelbarer außereuropäischer Einwanderung betroffen als einige westeuropäische Staaten.

Dennoch entwickelte sich Migration zu einem wichtigen politischen Mobilisierungsthema.

Dies bestätigt erneut, dass politische Wahrnehmung nicht unmittelbar von der tatsächlichen Zahl zugewanderter Menschen abhängt.

Migration wurde mit nationaler Souveränität, kultureller Identität und der Frage europäischer Entscheidungsbefugnisse verbunden.

Der Widerstand gegen verpflichtende europäische Verteilungsmechanismen konnte deshalb als Verteidigung nationaler Selbstbestimmung dargestellt werden.

Die Machtübernahme der PiS 2015

Mit dem Wahlsieg der PiS 2015 begann eine neue Phase der polnischen Demokratie.

Die Partei verfügte über ausreichende parlamentarische Stärke, um weitreichende Veränderungen einzuleiten.

Dabei standen insbesondere Justiz, öffentlich-rechtliche Medien und staatliche Institutionen im Mittelpunkt.

Die Regierung argumentierte, bestehende Strukturen seien durch postkommunistische Eliten geprägt und benötigten demokratische Erneuerung.

Kritiker sahen dagegen einen systematischen Abbau institutioneller Machtbegrenzung.

Damit entstand ein grundlegender Konflikt darüber, was demokratische Legitimation bedeutet.

Der Konflikt um die Justiz

Besonders weitreichend waren die Auseinandersetzungen über das Verfassungsgericht, den Landesjustizrat, den Obersten Gerichtshof und die Disziplinierung von Richtern.

Hier zeigte sich ein zentrales Problem moderner Demokratie.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Eine gewählte parlamentarische Mehrheit besitzt demokratische Legitimation.

Liberales Demokratie begrenzt Mehrheitsmacht jedoch durch unabhängige Institutionen.

Gerichte sollen gerade auch dann unabhängig bleiben, wenn ihre Entscheidungen der Regierung widersprechen.

Wenn eine Regierung institutionelle Kontrolle als Behinderung demokratischer Mehrheitsentscheidungen interpretiert, entsteht deshalb ein grundlegender Konflikt zwischen majoritärer und rechtsstaatlicher Demokratieauffassung.

Medien und öffentliche Institutionen

Ähnliche Konflikte entwickelten sich um die öffentlich-rechtlichen Medien.

Die Regierung nahm weitreichende Veränderungen in Führungs- und Kontrollstrukturen vor.

Kritiker sahen darin eine politische Instrumentalisierung staatlicher Medien.

Die Regierung argumentierte wiederum, bestehende Medienstrukturen seien zuvor einseitig geprägt gewesen.

Der polnische Fall verdeutlicht damit ein allgemeines Problem demokratischer Transformation:

Institutionen können formal bestehen bleiben, während sich ihre tatsächliche politische Funktion verändert.

Demokratische Erosion erfolgt deshalb nicht zwangsläufig durch Abschaffung von Institutionen.

Sie kann durch ihre schrittweise parteipolitische Durchdringung entstehen.

Der Konflikt mit der Europäischen Union

Die Veränderungen des polnischen Justizsystems führten zu langjährigen Auseinandersetzungen mit europäischen Institutionen.

Im Mittelpunkt stand die Frage, wie weit die Europäische Union die Einhaltung rechtsstaatlicher Standards innerhalb ihrer Mitgliedstaaten kontrollieren darf.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Damit trafen zwei Legitimationsvorstellungen unmittelbar aufeinander.

Die polnische Regierung berief sich auf demokratisch legitimierte nationale Souveränität.

Europäische Institutionen verwiesen auf gemeinsame rechtsstaatliche Verpflichtungen, die Polen mit seinem Beitritt zur Union übernommen hatte.

Der Konflikt zeigte damit exemplarisch das in Kapitel 90 untersuchte Spannungsverhältnis zwischen nationaler Demokratie und supranationaler Rechtsordnung.

Polen blieb eine wettbewerbliche Demokratie

Trotz institutioneller Veränderungen blieb politische Konkurrenz bestehen.

Oppositionsparteien konnten sich organisieren, private Medien blieben aktiv, gesellschaftliche Proteste fanden statt und Wahlen blieben politisch relevant.

Diese Feststellung relativiert die institutionellen Konflikte nicht.

Sie ist für ihre analytische Einordnung jedoch entscheidend.

Polen entwickelte sich nicht zu einem vollständig autoritären System.

Vielmehr entstand eine umkämpfte demokratische Ordnung, in der bestimmte rechtsstaatliche Kontrollmechanismen geschwächt wurden, während andere demokratische Strukturen fortbestanden.

Gerade diese Zwischenlage macht den Fall besonders relevant.

Zivilgesellschaft und gesellschaftliche Gegenmobilisierung

Die polnische Gesellschaft blieb politisch hoch mobilisiert.

Proteste gegen Justizreformen, Auseinandersetzungen um Frauenrechte und gesellschaftliche Bewegungen zeigten, dass staatliche Veränderungen auf erheblichen gesellschaftlichen Widerstand trafen.

Dies verweist auf eine zentrale Dimension demokratischer Resilienz.

Demokratie besteht nicht ausschließlich aus staatlichen Institutionen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Zivilgesellschaft, Medien, politische Parteien, Gerichte und Bürger bilden gemeinsam ein demokratisches Schutzsystem.

Je mehr dieser Bereiche unabhängig voneinander handlungsfähig bleiben, desto schwieriger wird eine vollständige Konzentration politischer Macht.

Russlands Krieg gegen die Ukraine

Der russische Großangriff auf die Ukraine seit 2022 veränderte die geopolitische Bedeutung Polens erheblich.

Polen wurde zu einem zentralen Unterstützer der Ukraine und zu einem wichtigen sicherheitspolitischen Akteur an der östlichen Grenze von NATO und Europäischer Union.

Gleichzeitig nahm das Land eine sehr große Zahl ukrainischer Flüchtlinge auf.

Diese Entwicklung ist für die Migrationsanalyse besonders aufschlussreich.

Die hohe gesellschaftliche Aufnahmebereitschaft gegenüber Ukrainern zeigt, dass Einstellungen zu Migration stark von Herkunft, kultureller Nähe, Sicherheitslage und gesellschaftlicher Interpretation beeinflusst werden.

Migration ist deshalb niemals ausschließlich eine quantitative Frage.

Sicherheitspolitik und neue europäische Bedeutung

Die Bedrohungswahrnehmung gegenüber Russland besitzt in Polen historische Tiefe.

Der Ukrainekrieg bestätigte aus polnischer Perspektive viele frühere Warnungen vor russischer Machtpolitik.

Dadurch gewann Polen innerhalb der europäischen Sicherheitsarchitektur erheblich an Bedeutung.

Verteidigungsausgaben wurden stark erhöht, militärische Fähigkeiten ausgebaut und die transatlantische Bindung weiter gestärkt.

Damit verschiebt sich auch das europäische Machtgefüge.

Mittel- und osteuropäische Staaten sind nicht mehr lediglich Empfänger westeuropäischer Sicherheitsordnung.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Sie werden zunehmend selbst zu zentralen Akteuren ihrer Gestaltung.

Die Parlamentswahl 2023

Die Parlamentswahl vom Oktober 2023 wurde zu einem entscheidenden Test der polnischen Demokratie.

Die PiS blieb zwar stärkste Einzelpartei, verfügte mit ihren Verbündeten jedoch nicht über eine ausreichende Mehrheit zur Regierungsbildung.

Oppositionsparteien erreichten gemeinsam eine parlamentarische Mehrheit.

Die außergewöhnlich hohe Wahlbeteiligung zeigte die gesellschaftliche Bedeutung der Entscheidung.

Damit wurde sichtbar, dass politische Konkurrenz trotz der vorherigen institutionellen Veränderungen weiterhin einen tatsächlichen Machtwechsel ermöglichen konnte.

Donald Tusk und der politische Machtwechsel

Im Dezember 2023 übernahm Donald Tusk erneut das Amt des Ministerpräsidenten.

Die neue Regierungskoalition verband unterschiedliche politische Kräfte, die vor allem das Ziel teilten, Rechtsstaatlichkeit wiederherzustellen und das Verhältnis zur Europäischen Union zu normalisieren.

Damit begann jedoch eine neue und institutionell schwierige Transformationsphase.

Denn der Wiederaufbau rechtsstaatlicher Strukturen ist komplizierter als ein einfacher Regierungswechsel.

Richterliche Ernennungen, institutionelle Zuständigkeiten, Medienstrukturen und rechtliche Entscheidungen können nicht ohne Weiteres rückgängig gemacht werden.

Das Dilemma der demokratischen Wiederherstellung

Hier zeigt Polen ein besonders wichtiges Problem demokratischer Resilienz.

Wie kann eine neue demokratische Mehrheit institutionelle Veränderungen korrigieren, ohne selbst rechtsstaatliche Verfahren zu umgehen?

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Je stärker die vorherige Regierung Institutionen politisch verändert hat, desto größer kann der Druck sein, schnell gegenzusteuern.

Doch demokratische Wiederherstellung muss gerade jene rechtsstaatlichen Grenzen respektieren, deren Verletzung zuvor kritisiert wurde.

Es entsteht ein institutionelles Paradox:

Je tiefer demokratische Institutionen politisiert wurden, desto schwieriger ist ihre Entpolitisierung mit ausschließlich neutralen Verfahren.

Die Präsidentschaft als institutionelles Gegengewicht

Die polnische Verfassungsordnung verteilt politische Macht zwischen Regierung, Parlament und Präsident.

Während der ersten Phase der Regierung Tusk blieb Präsident Andrzej Duda aus dem PiS-Lager ein bedeutendes institutionelles Gegengewicht.

Dadurch wurden Reformen teilweise erschwert.

Dies zeigt zugleich die Bedeutung institutioneller Machtteilung.

Ein politischer Machtwechsel führt nicht automatisch zur vollständigen Kontrolle des Staates.

Unterschiedliche demokratische Mandate können nebeneinander bestehen und politische Kompromisse erzwingen.

Die Präsidentschaftswahl 2025 und die fortdauernde gesellschaftliche Spaltung

Die Präsidentschaftswahl 2025 bestätigte, dass die polnische Polarisierung keineswegs durch den Regierungswechsel von 2023 beendet worden war. Mit Karol Nawrocki gewann ein von der PiS unterstützter nationalkonservativer Kandidat das Präsidentenamt und trat im August 2025 die Nachfolge Andrzej Dudas an.

Damit blieb die politische Macht zwischen unterschiedlichen Lagern verteilt.

Die Regierung unter Donald Tusk verfolgt einen stärker liberalen und proeuropäischen Kurs, während der Präsident dem nationalkonservativen Lager nahesteht.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Diese Konstellation begrenzt die Möglichkeit einer schnellen institutionellen Neuordnung und macht politische Aushandlung weiterhin notwendig.

Für die Transformationsanalyse ist dies von erheblicher Bedeutung: Der Machtwechsel von 2023 bedeutete keine einfache Rückkehr zu einem früheren politischen Zustand. Vielmehr entwickelte sich eine neue Phase institutioneller Koexistenz und politischer Konkurrenz.

Polarisierung als langfristiges Strukturproblem

Die zentrale Herausforderung Polens liegt deshalb zunehmend in der tiefen gesellschaftlichen Lagerbildung.

Nationalkonservative und liberal-proeuropäische Milieus unterscheiden sich nicht nur in einzelnen Sachfragen.

Sie besitzen teilweise unterschiedliche Vorstellungen von Nation, Religion, Europa, gesellschaftlicher Modernisierung und der Rolle staatlicher Institutionen.

Dadurch können politische Gegner zunehmend als Bedrohung grundlegender gesellschaftlicher Ordnung wahrgenommen werden.

Wenn diese Wahrnehmung dauerhaft wird, verändert sich demokratische Konkurrenz.

Wahlen werden dann nicht mehr nur als Entscheidung zwischen unterschiedlichen politischen Programmen verstanden, sondern als existenzielle Auseinandersetzung über die Identität des Staates.

Polen zwischen nationaler und europäischer Identität

Trotz aller Konflikte wäre es falsch, Polen als grundsätzlich europaskeptische Gesellschaft zu beschreiben.

Europäische Zugehörigkeit und nationale Identität können gleichzeitig stark ausgeprägt sein.

Gerade darin liegt die Besonderheit.

Der politische Konflikt betrifft weniger die Frage, ob Polen zu Europa gehört.

Er betrifft vielmehr die Frage, **welche Kompetenzen europäische Institutionen besitzen sollen und welches Verhältnis zwischen nationaler Souveränität und europäischer Rechtsordnung bestehen soll.**

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Damit bestätigt Polen erneut, dass die zukünftige europäische Integrationsdebatte zunehmend innerhalb Europas und nicht zwischen „Europa“ und seinen Gegnern geführt wird.

Polen als Gegenmodell zu linearen Erosionstheorien

Der polnische Fall ist schließlich deshalb besonders wichtig, weil er einfache Modelle demokratischer Erosion infrage stellt.

Institutionelle Machtkonzentration kann demokratische Kontrollmechanismen schwächen.

Sie führt jedoch nicht zwangsläufig linear in ein autoritäres System.

Wahlen, Opposition, Zivilgesellschaft, unabhängige Medien, gesellschaftliche Mobilisierung und europäische Einbindung können Gegenkräfte bilden.

Damit entsteht ein dynamischer Prozess aus Erosion und Resilienz.

Polen zeigt, dass demokratische Erosion weder zwangsläufig noch unumkehrbar ist. Gleichzeitig zeigt der Fall, dass demokratische Regeneration nicht mit einem Regierungswechsel abgeschlossen ist. Institutionelle Beschädigungen können politische Mehrheiten überdauern und die nachfolgende Demokratie weiterhin prägen.

Im Vergleich der bisherigen Länder erweitert Polen das europäische Transformationsbild um eine entscheidende Dimension. **Frankreich** zeigt die Spannung zwischen starkem Zentralstaat und politischer Fragmentierung. **Italien** verdeutlicht hohe parteipolitische Volatilität bei institutioneller Kontinuität. **Österreich** steht für die langfristige Institutionalisierung rechtspopulistischer Konkurrenz. Die **Niederlande** zeigen die politische Neuordnung einer liberalen Konsensgesellschaft. **Polen** macht schließlich sichtbar, wie gesellschaftliche Polarisierung in institutionelle Konflikte über Rechtsstaat, Medien und Gewaltenteilung übergehen kann – und wie demokratische Gegenmobilisierung dennoch einen politischen Machtwechsel ermöglicht.

Damit rückt für den weiteren europäischen Vergleich eine entscheidende Frage stärker in den Mittelpunkt: **Unter welchen Bedingungen bleibt politische Rechtsverschiebung Bestandteil normaler demokratischer Konkurrenz, und unter welchen Bedingungen beginnt sie, die institutionellen Regeln dieser Konkurrenz selbst zu verändern?**

Kapitel 96 – Ungarn

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Ungarn gehört zu den zentralen europäischen Fällen für die Untersuchung demokratischer Transformation und institutioneller Erosion. Wie Polen vollzog das Land nach dem Ende des Staatssozialismus einen tiefgreifenden politischen und wirtschaftlichen Systemwechsel, etablierte eine parlamentarische Demokratie, integrierte sich in NATO und Europäische Union und entwickelte eine marktwirtschaftliche Ordnung. Seit der erneuten Regierungsübernahme durch Viktor Orbán und Fidesz im Jahr 2010 hat sich das politische System jedoch in einer Weise verändert, die weit über einen gewöhnlichen Regierungs- oder Richtungswechsel hinausgeht.

Der ungarische Fall ist deshalb besonders bedeutsam, weil die Transformation nicht durch einen klassischen Staatsstreich, die Abschaffung von Wahlen oder einen offenen Bruch mit der Verfassungsordnung erfolgte. Sie entwickelte sich schrittweise innerhalb formal fortbestehender demokratischer Institutionen. Verfassungsänderungen, Wahlrechtsreformen, Veränderungen der Medienordnung, institutionelle Neubesetzungen und eine zunehmende Konzentration politischer Macht veränderten die Wettbewerbsbedingungen des politischen Systems, ohne demokratische Verfahren vollständig zu beseitigen.

Ungarn verdeutlicht damit eine zentrale Entwicklung moderner Demokratiegefährdung: Demokratische Erosion kann aus demokratisch erworbenen Mehrheiten hervorgehen. Die entscheidende Frage lautet dann nicht mehr ausschließlich, ob Wahlen stattfinden, sondern unter welchen institutionellen Bedingungen politische Konkurrenz stattfindet und ob ein tatsächlicher Machtwechsel weiterhin unter vergleichbaren Bedingungen möglich bleibt.

Ungarn zeigt, dass demokratische Erosion nicht mit der Abschaffung demokratischer Institutionen beginnen muss. Sie kann dadurch entstehen, dass formal fortbestehende Institutionen schrittweise so verändert werden, dass politische Macht immer weniger wirksam begrenzt und demokratische Konkurrenz strukturell ungleicher wird.

Der Systemwechsel von 1989

Ungarn gehörte zu den Staaten Mittel- und Osteuropas, die den Übergang vom Staatssozialismus zur Demokratie vergleichsweise geordnet vollzogen.

Die neue politische Ordnung orientierte sich an parlamentarischer Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und marktwirtschaftlichen Strukturen.

Mehrere Parteien konkurrierten um politische Macht, Regierungswechsel fanden statt und demokratische Institutionen stabilisierten sich.

Wie in anderen Transformationsgesellschaften war dieser politische Wandel jedoch mit erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen verbunden.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Privatisierung, wirtschaftliche Neuordnung und internationale Öffnung schufen neue Chancen, erzeugten aber zugleich Unsicherheit und unterschiedliche Transformationserfahrungen.

Europäische Integration als Modernisierungsprojekt

Der Beitritt zur Europäischen Union im Jahr 2004 war ein zentraler Bestandteil der ungarischen Transformationsstrategie.

Europäische Integration bedeutete Zugang zum Binnenmarkt, Investitionen, Infrastrukturförderung und politische Verankerung im demokratischen Europa.

Wie in Polen wurde die EU-Mitgliedschaft zunächst nicht als Gegensatz zur nationalen Souveränität verstanden.

Nach jahrzehntelanger sowjetischer Dominanz konnte die Integration vielmehr als Rückkehr nationaler Selbstbestimmung innerhalb einer europäischen Ordnung interpretiert werden.

Gerade diese historische Ausgangslage macht die späteren Konflikte zwischen Budapest und europäischen Institutionen besonders bemerkenswert.

Die Krise der postkommunistischen Parteienordnung

In den 2000er-Jahren geriet das ungarische Parteiensystem zunehmend unter Druck.

Wirtschaftliche Schwierigkeiten, politische Skandale und Vertrauensverluste schwächten insbesondere die sozialliberalen Regierungsparteien.

Von besonderer Bedeutung war die sogenannte Öszöd-Rede des damaligen Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány aus dem Jahr 2006.

Die bekannt gewordenen Aussagen über die Darstellung der wirtschaftlichen Lage lösten massive Proteste und einen erheblichen Vertrauensverlust aus.

Damit entstand eine politische Wahrheits- und Glaubwürdigkeitskrise, die weit über einzelne Sachentscheidungen hinausging.

Fidesz konnte diese Entwicklung nutzen und sich zunehmend als grundlegende Alternative zum bestehenden politischen System positionieren.

Viktor Orbán und die Transformation von Fidesz

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Fidesz war ursprünglich aus einer liberalen antikommunistischen Jugendbewegung hervorgegangen.

Unter Viktor Orbán entwickelte sich die Partei jedoch schrittweise zu einer nationalkonservativen politischen Kraft.

Diese Entwicklung zeigt, dass politische Parteien keine unveränderlichen ideologischen Organisationen sind.

Sie können sich unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen grundlegend neu positionieren.

Orbán verband nationale Souveränität, gesellschaftlichen Konservatismus, Kritik an liberalen Eliten und zunehmend skeptische Positionen gegenüber supranationalen europäischen Institutionen.

Damit entstand eine politische Identität, die weit über klassische konservative Politik hinausging.

Die Wahl von 2010 als Wendepunkt

Die Parlamentswahl 2010 wurde zum entscheidenden Wendepunkt.

Fidesz und seine Verbündeten erreichten eine verfassungsändernde parlamentarische Mehrheit.

Diese Mehrheit ermöglichte weitreichende institutionelle Veränderungen.

Damit zeigt der ungarische Fall eine zentrale Besonderheit moderner demokratischer Erosion.

Die Ausgangslage war keine illegale Machtübernahme.

Die Regierung besaß ein starkes demokratisches Mandat.

Die entscheidende Frage entstand erst anschließend: **Welche Grenzen besitzt eine demokratisch gewählte Mehrheit bei der Veränderung jener Institutionen, die zukünftige Mehrheiten und Minderheiten schützen sollen?**

Mehrheitsherrschaft und liberale Demokratie

Orbáns politische Ordnung beruht auf einer stark majoritären Demokratievorstellung.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Eine gewählte Mehrheit besitzt danach einen weitreichenden Auftrag zur politischen Gestaltung.

Liberales Demokratie geht jedoch über Mehrheitsentscheidungen hinaus.

Sie verbindet Mehrheitsregierung mit institutioneller Machtbegrenzung, unabhängigen Gerichten, pluralistischen Medien, Minderheitenschutz und fairer politischer Konkurrenz.

Genau hier entstand der zentrale ungarische Konflikt.

Die Regierung interpretierte zahlreiche institutionelle Begrenzungen zunehmend als Hindernisse demokratisch legitimer politischer Gestaltung.

Kritiker sahen dagegen eine systematische Schwächung der Kontrollinstitutionen.

Die neue Verfassungsordnung

2011 verabschiedete das Parlament ein neues Grundgesetz, das 2012 in Kraft trat.

Die Regierung begründete die neue Verfassungsordnung mit dem demokratischen Mandat ihrer parlamentarischen Mehrheit und dem Ziel einer nationalen politischen Erneuerung.

Kritiker beanstandeten insbesondere die Geschwindigkeit des Prozesses, die begrenzte Einbindung der Opposition und die langfristigen Auswirkungen bestimmter institutioneller Regelungen.

Damit wurde die Verfassung selbst Bestandteil des politischen Transformationsprozesses.

Eine Verfassung soll normalerweise den politischen Wettbewerb strukturieren.

Wenn eine dominante politische Mehrheit die Verfassungsordnung weitreichend verändert, kann jedoch die Grenze zwischen demokratischer Gestaltung und langfristiger Absicherung politischer Macht berührt werden.

Das Wahlrecht und politische Wettbewerbsbedingungen

Auch das ungarische Wahlrecht wurde erheblich verändert.

Wahlkreise, Mandatsverteilung und weitere Regelungen wurden neu gestaltet.

Wahlrechtsreformen sind in Demokratien grundsätzlich legitim.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Problematisch können sie werden, wenn ihre Ausgestaltung dauerhaft eine politische Kraft strukturell begünstigt.

Damit wird eine entscheidende Unterscheidung sichtbar:

Freie Wahlen allein garantieren noch keinen vollständig fairen politischen Wettbewerb.

Demokratische Qualität hängt auch davon ab, ob Parteien vergleichbare Möglichkeiten besitzen, um gesellschaftliche Unterstützung in politische Macht zu übersetzen.

Die Justiz als institutioneller Konfliktraum

Wie später in Polen wurde auch in Ungarn die Justiz zu einem zentralen Konfliktfeld.

Veränderungen bei Zuständigkeiten, institutionellen Strukturen, Altersregelungen und Ernennungsverfahren führten zu Auseinandersetzungen über richterliche Unabhängigkeit.

Gerichte besitzen in liberalen Demokratien eine besondere Funktion.

Sie können politische Entscheidungen begrenzen, obwohl Richter selbst nicht unmittelbar gewählt werden.

Gerade deshalb werden sie von majoritär orientierten politischen Bewegungen teilweise als demokratisch problematische Machtzentren dargestellt.

Doch diese Begrenzungsfunktion ist kein Widerspruch zur Demokratie.

Sie soll verhindern, dass temporäre Mehrheiten grundlegende Rechte oder demokratische Spielregeln dauerhaft verändern können.

Medien und öffentliche Meinungsbildung

Besonders bedeutsam ist die Entwicklung der ungarischen Medienlandschaft.

Öffentlich-rechtliche Medien wurden stärker unter staatlichen beziehungsweise regierungsnahen Einfluss gebracht.

Gleichzeitig entstand ein erhebliches Netzwerk privater Medienunternehmen mit engen Verbindungen zum politischen Umfeld von Fidesz.

Unabhängige Medien existieren weiterhin, insbesondere im digitalen Bereich.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Dennoch haben sich die strukturellen Bedingungen politischer Öffentlichkeit deutlich verändert.

Damit zeigt Ungarn, dass Medienfreiheit nicht ausschließlich durch formale Zensur eingeschränkt werden kann.

Auch Eigentumsstrukturen, staatliche Werbung, regulatorische Entscheidungen und wirtschaftlicher Druck können die Vielfalt politischer Öffentlichkeit beeinflussen.

Wirtschaftliche Macht und politische Netzwerke

Ein weiterer Bestandteil der ungarischen Transformation betrifft die Verbindung zwischen politischer und wirtschaftlicher Macht.

Unternehmen und Unternehmer mit Nähe zum politischen Umfeld konnten in bestimmten Wirtschaftsbereichen erheblich an Bedeutung gewinnen.

Dadurch entsteht eine mögliche Rückkopplung:

politische Macht → wirtschaftliche Ressourcen → mediale und gesellschaftliche Einflussmöglichkeiten → Stabilisierung politischer Macht.

Solche Kreisläufe sind für demokratische Systeme besonders relevant.

Wenn politische und wirtschaftliche Macht zunehmend miteinander verbunden werden, kann formale politische Konkurrenz bestehen bleiben, während ihre tatsächlichen Bedingungen ungleicher werden.

Der Begriff der illiberalen Demokratie

Viktor Orbán bezeichnete sein politisches Projekt selbst als Aufbau eines „illiberalen Staates“.

Damit wurde ein Begriff politisch aufgewertet, der zuvor überwiegend kritisch verwendet worden war.

Die Vorstellung beruht darauf, demokratische Mehrheitslegitimation stärker von liberalen institutionellen Begrenzungen zu lösen.

Für die Demokratieforschung ist diese Unterscheidung zentral.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Demokratie und Liberalismus sind historisch miteinander verbunden, aber analytisch nicht identisch.

Wahlen können fortbestehen, während rechtsstaatliche, pluralistische und institutionelle Begrenzungen geschwächt werden.

Ungarn wurde dadurch zu einem europäischen Referenzfall für **illiberale Transformation**.

Migration und die politische Mobilisierung von 2015

Die europäische Flüchtlingskrise 2015 wurde zu einem entscheidenden Mobilisierungsthema für die ungarische Regierung.

Ungarn lag an einer wichtigen Migrationsroute Richtung Westeuropa.

Die Regierung reagierte mit Grenzbefestigungen und einer ausgesprochen restriktiven Migrationspolitik.

Migration wurde dabei mit nationaler Souveränität, Sicherheit und kultureller Identität verbunden.

Diese politische Strategie war innenpolitisch außerordentlich wirksam.

Sie ermöglichte es Fidesz, staatliche Schutzfunktion und nationale Identität miteinander zu verbinden.

Migration als europäischer Souveränitätskonflikt

Der Konflikt ging jedoch über ungarische Innenpolitik hinaus.

Die Regierung stellte europäische Verteilungsmechanismen für Schutzsuchende grundsätzlich infrage.

Damit wurde Migration zu einem Symbol des Konflikts zwischen nationaler und europäischer Entscheidungshoheit.

Ungarn argumentierte, die Zusammensetzung der eigenen Bevölkerung müsse eine zentrale nationale Entscheidung bleiben.

Europäische Institutionen verwiesen dagegen auf gemeinsame Verantwortung innerhalb eines gemeinsamen Grenz- und Asylraums.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Damit wurde Ungarn zu einem zentralen Fall des in Kapitel 90 beschriebenen europäischen Souveränitätskonflikts.

Nationale Identität und gesellschaftlicher Konservatismus

Die Regierung Orbán verbindet ihre Politik mit einem ausgeprägten nationalen und gesellschaftspolitisch konservativen Selbstverständnis.

Familienpolitik, Religion, nationale Geschichte und traditionelle Vorstellungen gesellschaftlicher Ordnung besitzen hohe symbolische Bedeutung.

Dabei wird Ungarn teilweise als Gegenmodell zu einer als liberal und kulturell homogenisierend dargestellten westeuropäischen Modernisierung präsentiert.

Damit entsteht eine umfassendere politische Konflikterzählung.

Es geht nicht mehr ausschließlich um einzelne politische Entscheidungen.

Es geht um unterschiedliche Vorstellungen davon, welche Gesellschaft Europa zukünftig sein soll.

Kulturpolitik und gesellschaftliche Institutionen

Dieser Konflikt betrifft auch Bildung, Wissenschaft, Kultur und Nichtregierungsorganisationen.

Auseinandersetzungen um Universitäten, Forschungsinstitutionen und zivilgesellschaftliche Organisationen zeigen, dass politische Transformation weit über Parlament und Regierung hinausreichen kann.

Institutionen gesellschaftlicher Wissensproduktion und öffentlicher Kritik besitzen demokratische Bedeutung, weil sie unabhängig von Regierungen gesellschaftliche Gegenpositionen entwickeln können.

Wenn solche Institutionen stärker politisch kontrolliert oder wirtschaftlich abhängig werden, verändert sich deshalb langfristig auch die gesellschaftliche Machtstruktur.

Orbáns politische Dauerhaftigkeit

Eine Besonderheit des ungarischen Falls liegt in der langen Dauer der Regierungsdominanz.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Seit 2010 konnte Fidesz mehrere nationale Wahlen gewinnen.

Damit unterscheidet sich Ungarn von Fällen kurzfristiger populistischer Regierungsbeteiligung.

Politische Dauer ermöglicht institutionelle Tiefe.

Je länger eine politische Kraft regiert, desto stärker kann sie Personalentscheidungen, institutionelle Regeln und gesellschaftliche Netzwerke beeinflussen.

Damit können Veränderungen entstehen, die einen späteren Regierungswechsel überdauern würden.

Warum Fidesz weiterhin Wahlen gewinnt

Eine rein institutionelle Erklärung des ungarischen Systems wäre dennoch unzureichend.

Fidesz verfügt über reale gesellschaftliche Unterstützung.

Die Regierung verbindet nationale Identität, Sozial- und Familienpolitik, wirtschaftspolitische Maßnahmen, Migrationspolitik und Kritik an europäischen Eliten zu einem konsistenten politischen Angebot.

Gerade außerhalb liberaler urbaner Milieus besitzt dieses Angebot erhebliche Resonanz.

Demokratische Erosion darf deshalb nicht ausschließlich als Manipulation von oben verstanden werden.

Sie kann gesellschaftlich getragen oder zumindest von bedeutenden Teilen der Bevölkerung akzeptiert werden.

Budapest und das übrige Ungarn

Auch Ungarn weist deutliche territoriale politische Unterschiede auf.

Budapest ist stärker urban, international orientiert und oppositionell geprägt.

In vielen kleineren Städten und ländlichen Regionen besitzt Fidesz deutlich stärkere Unterstützung.

Damit zeigt sich erneut die europäische Zentrum-Peripherie-Dimension.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Urbanisierung, Bildungsstruktur, wirtschaftliche Chancen und kulturelle Orientierung beeinflussen politische Einstellungen.

Die räumliche Polarisierung wird damit Teil der gesellschaftlichen Polarisierung.

Die Opposition und ihre strukturellen Probleme

Die ungarische Opposition blieb trotz der Dominanz von Fidesz politisch aktiv.

Ihre Fragmentierung erschwerte jedoch lange die Entwicklung einer glaubwürdigen Regierungsalternative.

Versuche, sehr unterschiedliche oppositionelle Parteien in gemeinsamen Bündnissen zusammenzuführen, erzeugten eigene programmatische Probleme.

Damit zeigt Ungarn einen wichtigen Mechanismus dominanter Parteiensysteme.

Je stärker eine Regierungspartei wird, desto größer wird der Druck auf heterogene Oppositionsparteien, sich zusammenzuschließen.

Je heterogener diese Bündnisse jedoch werden, desto schwieriger kann es sein, ein überzeugendes gemeinsames politisches Projekt zu entwickeln.

Péter Magyar und das Auftreten einer neuen Herausforderung

Seit 2024 veränderte der Aufstieg von Péter Magyar und der Tisza-Partei die oppositionelle Landschaft erheblich.

Anders als frühere oppositionelle Bündnisse versucht diese neue politische Kraft, Fidesz nicht ausschließlich aus dem traditionellen liberalen oder linken Lager heraus herauszufordern.

Sie spricht auch konservative und zuvor regierungsnahe Wähler an.

Damit entsteht eine neue Wettbewerbssituation.

Für die Transformationsanalyse ist dieser Vorgang besonders interessant, weil er zeigt, dass dominante Parteiensysteme nicht zwangsläufig nur durch bestehende Oppositionsparteien herausgefordert werden.

Neue politische Akteure können entstehen, wenn sich innerhalb des bisherigen Macht- oder Wählerlagers Repräsentationslücken öffnen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Ungarn und Russland

Das Verhältnis Ungarns zu Russland unterscheidet sich deutlich von dem Polens und vieler anderer mittel- und osteuropäischer Staaten.

Während Polen Russland als zentrale sicherheitspolitische Bedrohung betrachtet, verfolgt die Regierung Orbán gegenüber Moskau eine deutlich kooperationsorientiertere Politik.

Energiebeziehungen und politische Kontakte blieben auch nach dem russischen Angriff auf die Ukraine von Bedeutung.

Diese Position erzeugte erhebliche Konflikte innerhalb der Europäischen Union und der NATO.

Damit zeigt sich, dass gemeinsame historische Erfahrungen des Staatssozialismus keineswegs zu identischen geopolitischen Orientierungen führen.

Der Krieg gegen die Ukraine und europäische Konflikte

Russlands Krieg gegen die Ukraine verschärfte die Spannungen zwischen Ungarn und anderen europäischen Staaten.

Die ungarische Regierung unterstützte bestimmte gemeinsame europäische Maßnahmen, blockierte oder verzögerte jedoch wiederholt andere Entscheidungen und kritisierte Teile der europäischen Sanktions- und Unterstützungspolitik.

Damit gewann die institutionelle Struktur der Europäischen Union besondere Bedeutung.

In Politikfeldern, in denen Einstimmigkeit erforderlich ist, kann ein einzelner Mitgliedstaat erheblichen Einfluss ausüben.

Ungarn verdeutlicht damit ein grundlegendes Problem europäischer Integration:

Wie handlungsfähig kann eine Union bleiben, wenn Mitgliedstaaten strategisch unterschiedliche außenpolitische Interessen verfolgen?

Europäische Finanzmittel als politisches Instrument

Die Europäische Union reagierte auf rechtsstaatliche Konflikte zunehmend auch mit finanziellen Instrumenten.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Bestimmte europäische Mittel wurden aufgrund von Bedenken hinsichtlich Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung und institutioneller Kontrolle zurückgehalten beziehungsweise an Bedingungen geknüpft.

Damit veränderte sich das Verhältnis zwischen EU und Mitgliedstaat.

Europäische Rechtsstaatlichkeit wurde nicht mehr ausschließlich durch politische Dialoge und Gerichtsverfahren verteidigt.

Finanzielle Konditionalität wurde zu einem zusätzlichen Steuerungsinstrument.

Dies wirft zugleich eine grundlegende Legitimationsfrage auf: Wie weit darf eine supranationale Organisation in die institutionelle Ordnung demokratisch gewählter nationaler Regierungen eingreifen?

Der europäische Rechtsstaatskonflikt

Der ungarische Fall zeigt deshalb besonders deutlich die strukturelle Spannung der Europäischen Union.

Die EU beruht auf souveränen Mitgliedstaaten.

Gleichzeitig beruht sie auf gemeinsamen Rechtsprinzipien.

Wenn eine nationale Regierung demokratisch gewählt wurde, aber institutionelle Veränderungen vornimmt, die nach Auffassung europäischer Institutionen diese gemeinsamen Prinzipien verletzen, kollidieren unterschiedliche Legitimationsebenen.

Nationale Mehrheitsdemokratie und europäische Rechtsgemeinschaft stehen dann nicht automatisch miteinander im Einklang.

Die Europäische Union benötigt deshalb Verfahren, die beides berücksichtigen: nationale demokratische Selbstbestimmung und gemeinsame institutionelle Mindeststandards.

Ungarn und Polen – ähnliche Ausgangspunkte, unterschiedliche Entwicklungen

Der Vergleich mit Polen ist besonders aufschlussreich.

Beide Länder durchliefen den postsozialistischen Systemwechsel, traten 2004 der Europäischen Union bei und entwickelten starke nationalkonservative Parteien.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

In beiden Staaten entstanden Konflikte über Justiz, Medien, nationale Souveränität und europäische Integration.

Dennoch unterscheiden sich die Entwicklungspfade erheblich.

In Polen blieb die politische Konkurrenz stark genug, um 2023 einen Regierungswechsel herbeizuführen.

In Ungarn konnte Fidesz seine Regierungsdominanz seit 2010 kontinuierlich behaupten.

Damit zeigt sich, dass ähnliche gesellschaftliche und ideologische Entwicklungen unterschiedliche institutionelle Folgen haben können.

Von demokratischer Erosion zur Systemstabilisierung

Besonders wichtig ist die zeitliche Dimension.

Demokratische Erosion beginnt häufig mit einzelnen institutionellen Veränderungen.

Wenn diese Veränderungen jedoch über viele Jahre bestehen, können sie sich gegenseitig stabilisieren.

Wahlrecht, Medienstrukturen, wirtschaftliche Netzwerke, staatliche Institutionen und politische Kommunikation greifen zunehmend ineinander.

Damit entsteht eine Rückkopplung:

Wahlerfolg → institutionelle Veränderung → stärkere politische Kontrolle und Ressourcenmacht → verbesserte Voraussetzungen für weiteren Wahlerfolg → weitere institutionelle Veränderung.

Aus schrittweiser Erosion kann dadurch eine neue politische Systemlogik entstehen.

Ungarn als europäischer Grenzfall

Ungarn lässt sich deshalb nicht angemessen mit der einfachen Alternative Demokratie oder Diktatur beschreiben.

Wahlen finden statt, Opposition existiert, politische Mobilisierung ist möglich und gesellschaftliche Konflikte bleiben sichtbar.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Gleichzeitig sind zentrale Bedingungen liberaler demokratischer Konkurrenz deutlich verändert worden.

Gerade diese Zwischenform ist für die europäische Transformationsanalyse besonders wichtig.

Moderne demokratische Erosion führt nicht zwangsläufig unmittelbar zu klassischer autoritärer Herrschaft.

Sie kann zunächst eine Ordnung hervorbringen, in der demokratische Institutionen formal bestehen bleiben, ihre pluralistische und machtbegrenzende Wirkung jedoch zunehmend geschwächt wird.

Ungarn zeigt den Übergang von demokratischer Erosion zu institutioneller Verfestigung besonders deutlich. Je länger Veränderungen von Wahlrecht, Medien, Justiz und wirtschaftlichen Machtstrukturen ineinandergreifen, desto schwieriger wird es, politische Konkurrenz allein durch einen gewöhnlichen Regierungswechsel wieder unter frühere Bedingungen zurückzuführen.

Damit markiert Ungarn innerhalb des bisherigen europäischen Vergleichs einen besonders weitreichenden Transformationspfad. **Frankreich** zeigt institutionelle Stärke bei zunehmender Fragmentierung, **Italien** hohe Parteienvolatilität bei demokratischer Kontinuität, **Österreich** die langfristige Institutionalisierung rechtspopulistischer Konkurrenz, die **Niederlande** die Neuordnung einer liberalen Konsensdemokratie und **Polen** das Wechselspiel zwischen institutioneller Erosion und demokratischer Gegenmobilisierung. **Ungarn zeigt dagegen, wie eine langjährige demokratisch legitimierte Regierungsmehrheit die institutionellen Bedingungen politischer Konkurrenz selbst so weit verändern kann, dass daraus eine dauerhaft veränderte politische Ordnung entsteht.**

Der ungarische Fall verschärft damit die zentrale Frage dieses europäischen Vergleichs: **Wie widerstandsfähig sind demokratische Institutionen, wenn ihre Veränderung nicht gegen, sondern mit parlamentarischen Mehrheiten erfolgt – und an welchem Punkt wird aus einem legitimen politischen Richtungswechsel eine Veränderung der demokratischen Spielregeln selbst?**

Kapitel 97 – Tschechien und die Slowakei

Tschechien und die Slowakei bieten für den europäischen Transformationsvergleich eine besondere analytische Konstellation. Beide Staaten gingen aus der ehemaligen Tschechoslowakei hervor, teilten über Jahrzehnte dieselbe staatssozialistische Ordnung, vollzogen gemeinsam den demokratischen Systemwechsel von 1989 und trennten sich 1993

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

friedlich in zwei souveräne Staaten. Seitdem entwickelten sie sich innerhalb vergleichbarer geopolitischer Rahmenbedingungen weiter, traten 2004 gemeinsam der Europäischen Union bei und wurden Mitglieder der NATO. Dennoch zeigen ihre politischen Systeme inzwischen deutlich unterschiedliche Transformationsdynamiken.

Gerade deshalb ermöglicht der Vergleich eine besonders wertvolle analytische Perspektive. Wenn zwei Staaten über lange Zeit einen gemeinsamen institutionellen und historischen Ausgangspunkt besitzen und sich anschließend unterschiedlich entwickeln, lassen sich politische Veränderungen weniger leicht ausschließlich mit langfristiger Geschichte erklären. Parteienstrukturen, politische Führung, gesellschaftliche Konfliktlinien, Medienlandschaften, regionale Ungleichheiten und konkrete institutionelle Entscheidungen gewinnen als Erklärungsfaktoren an Bedeutung.

Tschechien zeigt trotz populistischer Mobilisierung und erheblicher Parteienvolatilität bislang eine vergleichsweise hohe institutionelle Widerstandsfähigkeit. Die Slowakei weist dagegen stärkere politische Polarisierung, instabilere Parteienstrukturen und intensivere Konflikte über Medien, Rechtsstaatlichkeit, Außenpolitik und gesellschaftliche Orientierung auf. Beide Fälle zeigen jedoch zugleich, dass die postsozialistische Transformation keineswegs abgeschlossen ist.

Tschechien und die Slowakei zeigen, dass gemeinsame historische Ausgangsbedingungen keine identischen demokratischen Entwicklungspfade hervorbringen. Politische Institutionen werden nicht allein durch Geschichte geprägt, sondern fortlaufend durch Parteien, Führungspersonen, gesellschaftliche Konflikte und konkrete politische Entscheidungen verändert.

Die gemeinsame tschechoslowakische Vergangenheit

Die Tschechoslowakei entstand nach dem Ersten Weltkrieg und entwickelte bereits in der Zwischenkriegszeit demokratische Traditionen, die sich von vielen anderen Staaten Mittel- und Osteuropas unterschieden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg geriet das Land jedoch zunehmend unter kommunistische Herrschaft.

Der Prager Frühling von 1968 und seine gewaltsame Niederschlagung durch Truppen des Warschauer Paktes wurden zu einem zentralen historischen Einschnitt.

Die Erfahrung zeigte die Grenzen politischer Reform innerhalb des sowjetischen Machtbereichs.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Diese Erinnerung beeinflusste später sowohl demokratische Opposition als auch die außenpolitische Orientierung der beiden Nachfolgestaaten.

Die Samtene Revolution von 1989

Der Zusammenbruch der kommunistischen Ordnung erfolgte 1989 weitgehend friedlich.

Die Samtene Revolution wurde zum Symbol des demokratischen Systemwechsels.

Mit Václav Havel gelangte eine Persönlichkeit an die Spitze des Staates, die zuvor zu den bekanntesten Dissidenten gehört hatte.

Damit besaß die demokratische Transformation eine starke normative Grundlage.

Menschenrechte, Zivilgesellschaft und politische Freiheit erhielten hohe symbolische Bedeutung.

Diese Tradition wirkt insbesondere im tschechischen politischen Selbstverständnis bis heute fort.

Die friedliche Teilung von 1993

Zum 1. Januar 1993 entstanden die Tschechische Republik und die Slowakische Republik als eigenständige Staaten.

Die sogenannte Samtene Scheidung verlief friedlich und ohne ethnische Gewalt.

Dies war im europäischen Kontext der frühen 1990er-Jahre keineswegs selbstverständlich.

Während der Zerfall Jugoslawiens zu schweren Kriegen führte, gelang die tschechoslowakische Trennung durch politische Verhandlungen.

Damit entstand ein bemerkenswertes Beispiel dafür, dass nationale Selbstbestimmung und staatliche Neuordnung innerhalb demokratischer Verfahren verarbeitet werden können.

Unterschiedliche Ausgangslagen nach der Trennung

Trotz gemeinsamer Vergangenheit bestanden strukturelle Unterschiede.

Die tschechischen Landesteile waren stärker industrialisiert und wirtschaftlich leistungsfähiger.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die Slowakei verfügte teilweise über andere industrielle Strukturen und stand nach der Unabhängigkeit vor größeren Anpassungsproblemen.

Auch die politische Entwicklung unterschied sich früh.

Während Tschechien vergleichsweise schnell eine stärker konsolidierte demokratische Ordnung entwickelte, entstanden in der Slowakei bereits in den 1990er-Jahren erhebliche Konflikte über Regierungsstil, Medien und institutionelle Machtbegrenzung.

Vladimír Mečiar und die frühe slowakische Demokratiekrise

Die Regierungszeit Vladimír Mečiar prägte die ersten Jahre der slowakischen Unabhängigkeit.

Seine Politik war durch starke Personalisierung, nationalistische Elemente und Konflikte mit demokratischen Kontrollinstitutionen gekennzeichnet.

Die Slowakei geriet dadurch zeitweise in eine politische Sonderstellung innerhalb Mittel- und Osteuropas.

Während andere Staaten der Region rasch in euro-atlantische Strukturen integriert wurden, entstanden Zweifel an der demokratischen Entwicklung des Landes.

Damit zeigt die Slowakei bereits früh, dass demokratische Institutionen nach einem Systemwechsel keineswegs automatisch konsolidiert sind.

Demokratische Gegenmobilisierung in der Slowakei

Die politische Entwicklung blieb jedoch nicht linear.

Gesellschaftliche Mobilisierung und oppositionelle Zusammenarbeit ermöglichten schließlich einen Machtwechsel.

Nach 1998 beschleunigte die Slowakei ihre demokratische und wirtschaftliche Integration in westliche Institutionen.

Dieser Vorgang ist für die Transformationsanalyse bedeutsam.

Bereits lange vor den späteren europäischen Debatten über demokratische Erosion zeigte die Slowakei, dass institutionelle Fehlentwicklungen durch gesellschaftliche und politische Gegenmobilisierung korrigiert werden können.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Damit besitzt das Land sowohl Erfahrungen demokratischer Gefährdung als auch demokratischer Regeneration.

Der gemeinsame EU-Beitritt

2004 traten Tschechien und die Slowakei gemeinsam der Europäischen Union bei.

Die Mitgliedschaft bedeutete wirtschaftliche Integration, Investitionen, Zugang zum Binnenmarkt und eine institutionelle Verankerung innerhalb der europäischen Ordnung.

Beide Länder profitierten erheblich von ihrer Einbindung in europäische Produktionsnetzwerke.

Insbesondere die industrielle Verflechtung mit Deutschland und anderen westeuropäischen Volkswirtschaften gewann große Bedeutung.

Damit wurden beide Staaten wirtschaftlich besonders stark in den europäischen Binnenmarkt integriert.

Industrialisierung als wirtschaftliche Stärke und Verwundbarkeit

Tschechien und die Slowakei gehören zu den stärker industrialisierten Volkswirtschaften Europas.

Die Automobilindustrie besitzt dabei eine herausragende Bedeutung.

Diese industrielle Basis ermöglichte Beschäftigung, Exporterfolge und wirtschaftliche Modernisierung.

Sie erzeugt jedoch zugleich strukturelle Abhängigkeiten.

Technologischer Wandel, Elektromobilität, internationale Konkurrenz und Veränderungen globaler Lieferketten können erhebliche Auswirkungen besitzen.

Damit wird industrielle Stärke gleichzeitig zu einer Transformationsaufgabe.

Die zukünftige politische Stabilität hängt teilweise davon ab, ob der industrielle Wandel ohne größere regionale und soziale Verwerfungen bewältigt werden kann.

Tschechien und die Erosion traditioneller Parteien

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Auch das tschechische Parteiensystem hat sich erheblich verändert.

Traditionelle Parteien verloren einen großen Teil ihrer früheren Bedeutung.

Neue politische Bewegungen konnten schnell aufsteigen.

Besonders deutlich wurde dies mit ANO unter Andrej Babiš.

Die Bewegung präsentierte sich zunächst stark als pragmatische Alternative zu etablierten Parteien und verband Kritik an politischer Ineffizienz mit dem Versprechen professioneller staatlicher Führung.

Damit entstand eine besondere Form populistischer Mobilisierung.

Andrej Babiš und unternehmerischer Populismus

Babiš verkörpert einen Politikstil, der in gewisser Weise an andere europäische Unternehmerpolitiker erinnert.

Seine politische Kommunikation betont Effizienz, Management und Distanz zu traditionellen Parteistrukturen.

Der Staat kann dabei rhetorisch teilweise wie eine Organisation erscheinen, die professioneller geführt werden müsse.

Diese Vorstellung besitzt populistische Elemente, weil etablierte politische Parteien als ineffiziente oder eigennützige politische Klasse dargestellt werden können.

Gleichzeitig entstehen besondere Fragen, wenn wirtschaftliche, mediale und politische Macht in derselben Person oder ihrem Umfeld zusammenkommen.

Interessenkonflikte und demokratische Kontrolle

Die unternehmerische Tätigkeit und wirtschaftlichen Verbindungen Babišs führten wiederholt zu Auseinandersetzungen über Interessenkonflikte.

Damit wird ein Problem sichtbar, das bereits im ungarischen Fall eine Rolle spielte.

Demokratische Machtbegrenzung betrifft nicht ausschließlich staatliche Institutionen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Auch die Konzentration wirtschaftlicher, medialer und politischer Ressourcen kann die Bedingungen politischer Konkurrenz beeinflussen.

Tschechien zeigt jedoch zugleich, dass unabhängige Institutionen, Medien, Parteien und gesellschaftliche Mobilisierung weiterhin erhebliche Gegenkräfte bilden können.

Die tschechische Parteienvolatilität

Das tschechische Parteiensystem ist inzwischen stark beweglich.

Parteien können innerhalb relativ kurzer Zeit erheblich an Bedeutung gewinnen oder verlieren.

Damit entspricht Tschechien dem allgemeinen europäischen Trend zur Schwächung langfristiger Parteibindungen.

Diese Volatilität bedeutet jedoch nicht zwangsläufig institutionelle Instabilität.

Regierungen wechseln, neue Parteien entstehen und Koalitionen verändern sich, während die grundlegenden demokratischen Verfahren vergleichsweise stabil bleiben.

Tschechien ähnelt damit in gewisser Weise dem italienischen Muster, allerdings innerhalb anderer institutioneller und historischer Bedingungen.

Petr Pavel und die symbolische Westorientierung

Die Wahl Petr Pavels zum tschechischen Präsidenten 2023 verdeutlichte eine starke gesellschaftliche Unterstützung für eine proeuropäische und transatlantische Orientierung.

Seine Präsidentschaft besitzt im parlamentarischen System keine mit Frankreich vergleichbare Regierungsfunktion.

Symbolisch ist sie dennoch bedeutsam.

Sie steht für eine politische Tradition, die demokratische Institutionen, westliche Bündnisse und Unterstützung der Ukraine eng miteinander verbindet.

Damit bleibt die außenpolitische Orientierung Tschechiens trotz innenpolitischer populistischer Konkurrenz vergleichsweise eindeutig.

Die Rückkehr von ANO in die Regierungsverantwortung

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die tschechische Parteienlandschaft blieb jedoch hochgradig beweglich. Bei der Parlamentswahl 2025 wurde ANO erneut stärkste politische Kraft, und Andrej Babiš kehrte im Dezember 2025 in das Amt des Ministerpräsidenten zurück.

Diese Entwicklung bestätigt die langfristige Etablierung von ANO als zentrale politische Kraft.

Der tschechische Populismus ist damit nicht lediglich eine vorübergehende Protesterscheinung. Er hat sich dauerhaft in den politischen Wettbewerb integriert.

Für die demokratische Analyse ist jedoch weiterhin entscheidend, zwischen populistischer Regierungsführung und institutioneller Erosion zu unterscheiden. Ein erneuter Regierungswechsel allein verändert noch nicht die demokratische Systemqualität. Maßgeblich bleibt, wie Regierung, Parlament, Justiz, Medien und gesellschaftliche Kontrollinstanzen miteinander umgehen.

Die Slowakei und Robert Fico

Die slowakische Politik wurde über viele Jahre stark durch Robert Fico und seine Partei Smer geprägt.

Fico verbindet sozialpolitische Positionen mit zunehmend nationalkonservativer und populistischer Kommunikation.

Damit lässt sich seine Partei nur begrenzt in klassische europäische Links-Rechts-Schemata einordnen.

Wirtschafts- und sozialpolitisch bestehen Elemente traditioneller Sozialdemokratie.

In gesellschaftspolitischen und außenpolitischen Fragen entwickelte sich jedoch eine deutlich souveränistischere und konservativere Orientierung.

Dieser ideologische Mischtyp ist charakteristisch für die Neuordnung europäischer Parteiensysteme.

Korruption und Vertrauen in politische Institutionen

Korruptionsvorwürfe und enge Verbindungen zwischen Politik, Wirtschaft und staatlichen Strukturen belasteten die slowakische Politik wiederholt.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Der Mord am Investigativjournalisten Ján Kuciak und seiner Verlobten Martina Kušnírová im Jahr 2018 wurde zu einem politischen Wendepunkt.

Kuciak hatte zu Verbindungen zwischen Politik und wirtschaftlichen Netzwerken recherchiert.

Die Tat löste massive gesellschaftliche Proteste aus.

Robert Fico trat daraufhin als Ministerpräsident zurück.

Der Vorgang zeigte die Bedeutung investigativen Journalismus und gesellschaftlicher Mobilisierung für demokratische Kontrolle.

Zuzana Čaputová und die liberale Gegenbewegung

Die Wahl Zuzana Čaputová zur Präsidentin 2019 symbolisierte eine politische Gegenbewegung.

Sie stand für Rechtsstaatlichkeit, gesellschaftliche Liberalität und eine klare europäische Orientierung.

Damit wurde sichtbar, dass die slowakische Gesellschaft keineswegs einheitlich nationalkonservativ geprägt ist.

Vielmehr existieren unterschiedliche gesellschaftliche Lager mit teilweise grundlegend verschiedenen Vorstellungen über politische Modernisierung, nationale Identität und europäische Integration.

Die Slowakei ist deshalb besonders stark durch politische Polarisierung gekennzeichnet.

Die Rückkehr Robert Ficos 2023

Bei der Parlamentswahl 2023 wurde Smer erneut stärkste Partei.

Robert Fico kehrte als Ministerpräsident an die Regierungsspitze zurück.

Seine Rückkehr zeigt, dass politische Akteure trotz früherer Krisen und Rücktritte erneut gesellschaftliche Unterstützung mobilisieren können.

Damit bestätigt die Slowakei einen Mechanismus, der bereits in Österreich sichtbar wurde:

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Politische Skandale oder Regierungsverluste beseitigen die gesellschaftlichen Konfliktlinien nicht, auf denen populistische Parteien und Führungspersonen aufbauen.

Medienpolitik und institutionelle Konflikte

Seit Ficos Rückkehr entstanden erneut intensive Auseinandersetzungen über die politische Richtung des Landes.

Veränderungen im Strafrecht, bei staatlichen Institutionen und insbesondere im öffentlich-rechtlichen Medienbereich führten zu Protesten und Kritik.

Die Regierung begründet Veränderungen mit notwendiger Reform und der Korrektur politischer Einseitigkeiten.

Kritiker sehen dagegen eine Schwächung unabhängiger Kontrollstrukturen.

Damit nähert sich die slowakische Transformationsfrage teilweise jenen Konflikten an, die bereits in Polen und Ungarn sichtbar wurden.

Entscheidend bleibt jedoch das Ausmaß institutioneller Veränderung.

Das Attentat auf Robert Fico

Im Mai 2024 wurde Robert Fico bei einem Attentat schwer verletzt.

Der Anschlag war ein dramatisches Ereignis für die slowakische Demokratie.

Politische Gewalt gegen gewählte Repräsentanten überschreitet unabhängig von deren politischer Position eine fundamentale demokratische Grenze.

Der Anschlag verdeutlichte zugleich die Gefahren einer hochgradig polarisierten politischen Öffentlichkeit.

Es wäre jedoch analytisch falsch, politische Polarisierung unmittelbar als Ursache einer individuellen Gewalttat zu behandeln.

Entscheidend ist vielmehr, dass Demokratien politische Konflikte auch unter extremer gesellschaftlicher Spannung innerhalb friedlicher institutioneller Verfahren halten müssen.

Polarisierung als gesellschaftliche Struktur

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die slowakische Polarisierung betrifft inzwischen mehrere politische Dimensionen gleichzeitig.

Liberalen und konservativen Wertvorstellungen, nationale Souveränität, europäische Integration, Medienvertrauen, Rechtsstaatlichkeit und Außenpolitik überlagern sich.

Dadurch entstehen politische Lager, die nicht lediglich unterschiedliche Sachpositionen vertreten.

Sie entwickeln teilweise unterschiedliche Vorstellungen davon, welche Institutionen und Informationsquellen überhaupt vertrauenswürdig sind.

Wenn politische Polarisierung diese Ebene erreicht, wird demokratische Verständigung schwieriger.

Der Konflikt betrifft dann zunehmend die gemeinsame Wahrnehmung politischer Wirklichkeit.

Russland, Ukraine und unterschiedliche Erinnerungspolitik

Besonders deutlich unterscheiden sich Tschechien und die Slowakei in Teilen ihrer gegenwärtigen politischen Debatte über Russland und die Ukraine.

Tschechien gehört zu den klareren Unterstützern der Ukraine und orientiert sich stark an NATO und Europäischer Union.

In der Slowakei ist die gesellschaftliche und politische Debatte stärker gespalten.

Robert Fico kritisiert Teile der europäischen Ukrainepolitik und betont stärker nationale Interessen und Verhandlungslösungen.

Damit zeigt sich erneut, dass ähnliche historische Erfahrungen nicht zwangsläufig zu identischen geopolitischen Wahrnehmungen führen.

Desinformation und alternative Öffentlichkeiten

In beiden Ländern, besonders jedoch in der Slowakei, spielen digitale Desinformation und alternative Medienräume eine wachsende Rolle.

Misstrauen gegenüber etablierten Medien und staatlichen Institutionen kann die Verbreitung alternativer politischer Narrative erleichtern.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Geopolitische Konflikte werden dadurch zugleich zu Informationskonflikten.

Unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen konsumieren teilweise unterschiedliche Medien und entwickeln daraus unterschiedliche Interpretationen derselben Ereignisse.

Dies verstärkt die bereits bestehende politische Polarisierung.

Migration als politisches Thema ohne massive Einwanderung

Tschechien und die Slowakei sind zugleich wichtige Beispiele dafür, dass migrationspolitische Konflikte nicht zwingend hohe tatsächliche Einwanderungszahlen voraussetzen.

Während der europäischen Flüchtlingskrise 2015 lehnten beide Staaten verpflichtende Verteilungsmechanismen weitgehend ab.

Migration wurde stark mit kultureller Identität, Sicherheit und nationaler Souveränität verbunden.

Damit bestätigt sich erneut ein zentraler Befund dieser Studie:

Politische Wirkung entsteht aus dem Verhältnis zwischen tatsächlicher Entwicklung, gesellschaftlicher Wahrnehmung und politischer Interpretation.

Die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge

Russlands Angriff auf die Ukraine führte jedoch zu einer völlig anderen Migrationssituation.

Beide Staaten nahmen zahlreiche ukrainische Flüchtlinge auf.

Wie bereits im polnischen Fall zeigt sich damit, dass gesellschaftliche Einstellungen gegenüber Migration stark kontextabhängig sind.

Geografische Nähe, kulturelle Gemeinsamkeiten, Sicherheitslage und die Wahrnehmung eindeutiger Fluchtursachen beeinflussen gesellschaftliche Aufnahmebereitschaft.

Migration ist deshalb politisch niemals nur eine Frage von Zahlen.

Sie ist immer auch eine Frage gesellschaftlicher Interpretation.

Stadt-Land-Unterschiede

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Auch Tschechien und die Slowakei weisen deutliche räumliche politische Unterschiede auf.

Prag und Bratislava sind wirtschaftlich dynamisch, international vernetzt und gesellschaftlich stärker liberal geprägt.

Ländliche und wirtschaftlich schwächere Regionen können andere politische Präferenzen entwickeln.

Damit wiederholt sich ein inzwischen europaweit sichtbares Muster.

Metropolitane Modernisierungsräume und periphere Regionen erleben gesellschaftliche Transformation unterschiedlich.

Diese unterschiedlichen Erfahrungen können zu unterschiedlichen politischen Weltbildern führen.

Tschechien als Beispiel institutioneller Widerstandsfähigkeit

Tschechien zeigt bislang, dass erhebliche Parteienvolatilität und populistische Mobilisierung innerhalb eines stabilen demokratischen Rahmens verarbeitet werden können.

Auch die Rückkehr eines populistisch geprägten politischen Akteurs in die Regierungsverantwortung bedeutet nicht automatisch einen Systemwechsel.

Entscheidend bleibt die Funktionsfähigkeit unabhängiger Institutionen und politischer Gegenkräfte.

Damit unterscheidet sich der tschechische Fall deutlich von Ungarn.

Politische Macht kann wechseln, ohne dass die grundlegenden Wettbewerbsbedingungen dauerhaft zugunsten einer Partei umgestaltet werden müssen.

Die Slowakei als offener Transformationsfall

Die Slowakei befindet sich dagegen in einer stärker offenen Entwicklung.

Demokratische Institutionen bestehen, Opposition und Zivilgesellschaft sind aktiv und politische Konkurrenz bleibt real.

Gleichzeitig nehmen Konflikte über institutionelle Kontrolle, Medien, Strafverfolgung und außenpolitische Orientierung zu.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Damit wäre es verfrüht, die Slowakei mit Ungarn gleichzusetzen.

Ebenso wäre es jedoch falsch, die gegenwärtigen institutionellen Konflikte lediglich als gewöhnliche parteipolitische Auseinandersetzungen abzutun.

Die weitere Entwicklung hängt davon ab, wie weit politische Mehrheiten institutionelle Kontrollmechanismen verändern und wie widerstandsfähig gesellschaftliche und staatliche Gegenkräfte bleiben.

Zwei Staaten als vergleichendes Transformationslabor

Gerade der direkte Vergleich macht Tschechien und die Slowakei wissenschaftlich besonders wertvoll.

Beide Staaten teilen erhebliche historische, kulturelle und wirtschaftliche Voraussetzungen.

Dennoch unterscheiden sich ihre gegenwärtigen politischen Entwicklungspfade.

Damit wird sichtbar, dass demokratische Transformation nicht durch historische Ausgangslagen determiniert ist.

Politische Führung, Parteienwettbewerb, gesellschaftliche Mobilisierung, institutionelle Regeln und Medienstrukturen können langfristig unterschiedliche Entwicklungen erzeugen.

Tschechien und die Slowakei zeigen, dass demokratische Entwicklung auch bei nahezu gemeinsamen historischen Ausgangspunkten auseinanderlaufen kann. Entscheidend ist nicht allein, welche Transformationskräfte auf eine Gesellschaft wirken, sondern wie Parteien, Institutionen, Medien und Zivilgesellschaft diese Kräfte politisch verarbeiten.

Im bisherigen europäischen Vergleich entsteht damit ein immer differenzierteres Bild. **Polen und Ungarn** haben gezeigt, wie nationalkonservative Mehrheiten institutionelle Konflikte über Rechtsstaatlichkeit und europäische Integration auslösen können. **Tschechien** zeigt demgegenüber, dass populistische Parteienkonkurrenz und hohe Wählervolatilität mit vergleichsweise stabiler institutioneller Begrenzung vereinbar bleiben können. Die **Slowakei** befindet sich zwischen diesen Entwicklungsmustern: Ihre demokratische Ordnung bleibt wettbewerbsfähig und gesellschaftlich mobilisiert, steht aber unter stärkerem Polarisierungs- und Institutionendruck.

Gerade der gemeinsame Ursprung beider Staaten macht deshalb eine zentrale Erkenntnis sichtbar: **Demokratische Stabilität ist kein dauerhaft erworbener Zustand. Sie wird durch politische Praxis immer wieder neu hergestellt – oder schrittweise geschwächt.**

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Kapitel 98 – Skandinavische Demokratien

Die skandinavischen Demokratien gehören zu den politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich stabilsten Ordnungen Europas. Dänemark, Schweden und Norwegen verbinden leistungsfähige staatliche Institutionen mit hohen Wohlstandsniveaus, ausgebauten Wohlfahrtsstaaten, vergleichsweise hohem gesellschaftlichem Vertrauen und einer langen Tradition parlamentarischer Demokratie. Gerade deshalb besitzen sie für die Untersuchung europäischer Transformationsprozesse besondere Bedeutung. Sie zeigen, dass gesellschaftliche Veränderungen, Migration, Individualisierung, Globalisierung und die Transformation traditioneller Parteiensysteme keineswegs nur politisch oder wirtschaftlich instabile Gesellschaften erfassen.

Über Jahrzehnte galten die skandinavischen Staaten als Beispiele einer besonders erfolgreichen Verbindung von Marktwirtschaft, sozialer Sicherheit und gesellschaftlicher Integration. Der Staat gewährleistete umfassende soziale Sicherung, während hohe Beschäftigung, organisierte Interessenvertretung und eine ausgeprägte Verhandlungskultur gesellschaftliche Konflikte begrenzte. Diese Ordnung verschwand nicht. Sie steht jedoch unter Anpassungsdruck. Alternde Bevölkerungen, Migration, kulturelle Pluralisierung, veränderte Arbeitsmärkte, technologische Transformation und eine stärkere Fragmentierung der politischen Öffentlichkeit verändern die Voraussetzungen, unter denen das skandinavische Modell entstanden ist.

Besonders aufschlussreich ist dabei die Entwicklung migrationskritischer und rechtspopulistischer Parteien. Ihre Erfolge zeigen, dass ein leistungsfähiger Wohlfahrtsstaat politische Konflikte über kulturelle Zugehörigkeit, nationale Identität und Migration nicht verhindert. Gleichzeitig zeigen die skandinavischen Demokratien, dass solche Konflikte innerhalb stabiler institutioneller Strukturen verarbeitet werden können und nicht zwangsläufig in demokratische Erosion übergehen müssen.

Die skandinavischen Demokratien zeigen, dass gesellschaftliche Transformation auch in wohlhabenden, institutionell stabilen und vertrauensbasierten Gesellschaften tiefgreifende politische Verschiebungen hervorbringen kann. Entscheidend ist jedoch, ob neue Konflikte in die demokratische Wettbewerbsordnung integriert werden oder beginnen, deren institutionelle Grundlagen infrage zu stellen.

Das skandinavische Modell unter veränderten Bedingungen

Die politische Stabilität Skandinaviens beruht auf einer besonderen historischen Verbindung gesellschaftlicher und institutioneller Faktoren. Relativ leistungsfähige Verwaltungen, starke

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

kommunale Strukturen, organisierte Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen, hohe Erwerbsbeteiligung und umfassende soziale Sicherung ermöglichten eine politische Ordnung, in der wirtschaftliche Modernisierung mit sozialer Absicherung verbunden wurde.

Der Wohlfahrtsstaat war dabei nicht ausschließlich ein System materieller Umverteilung. Er bildete zugleich einen gesellschaftlichen Integrationsmechanismus. Bürger akzeptierten vergleichsweise hohe Steuerbelastungen, weil staatliche Leistungen breit zugänglich waren und politische Institutionen grundsätzlich als leistungsfähig wahrgenommen wurden. Dadurch entstand eine Verbindung zwischen sozialer Sicherheit, institutionellem Vertrauen und demokratischer Stabilität.

Diese Ordnung beruhte jedoch auf Voraussetzungen, die sich verändern. Traditionelle Arbeiter- und Mittelschichtmilieus verlieren an Geschlossenheit. Erwerbsbiografien werden vielfältiger, internationale wirtschaftliche Verflechtungen nehmen zu und Gesellschaften werden kulturell heterogener. Gleichzeitig steigen durch demografische Alterung langfristig die Anforderungen an soziale Sicherungssysteme.

Der Wohlfahrtsstaat wird deshalb selbst zum Gegenstand politischer Transformation. Die zentrale Frage lautet nicht mehr nur, wie umfangreich soziale Sicherung sein soll, sondern zunehmend auch, unter welchen Bedingungen gesellschaftliche Solidarität in heterogener werdenden Gesellschaften erhalten werden kann.

Hier verbindet sich Sozialpolitik mit Migration und nationaler Zugehörigkeit. Wenn soziale Leistungen als Ergebnis gemeinsamer gesellschaftlicher Verpflichtung verstanden werden, gewinnt die Frage an Bedeutung, wer zu dieser Solidargemeinschaft gehört und welche Voraussetzungen für ihre Mitgliedschaft gelten.

Damit kann gerade ein starker Wohlfahrtsstaat neue politische Grenzziehungen hervorbringen.

Migration, Integration und die Veränderung gesellschaftlicher Konfliktlinien

Die skandinavischen Staaten haben unterschiedliche Migrationserfahrungen, doch in allen drei Ländern gewann das Thema langfristig an politischer Bedeutung. Arbeitsmigration, Fluchtmigration und Familiennachzug veränderten insbesondere größere Städte und führten zu kulturell vielfältigeren Gesellschaften.

Schweden verfolgte über längere Zeit eine im europäischen Vergleich relativ offene Flüchtlings- und Einwanderungspolitik. Besonders während der europäischen Flüchtlingsbewegungen 2015 nahm das Land im Verhältnis zu seiner Bevölkerungsgröße eine

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

große Zahl Schutzsuchender auf. Diese Entwicklung verstärkte eine bereits bestehende Debatte über Integrationsfähigkeit, Wohnraum, Schulen, Arbeitsmarkt und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Probleme sozialräumlicher Segregation und organisierter Kriminalität erhielten dabei erhebliche politische Aufmerksamkeit. Entscheidend ist analytisch, unterschiedliche Ursachen nicht miteinander gleichzusetzen. Migration, soziale Benachteiligung, Bildungsprobleme, räumliche Konzentration und Kriminalität sind unterschiedliche Phänomene. Politisch können sie jedoch miteinander verbunden werden, wenn bestimmte Stadtteile oder Gewaltereignisse zu Symbolen einer als gescheitert wahrgenommenen Integrationspolitik werden.

Damit entstand in Schweden ein deutlicher Wandel des politischen Diskurses. Positionen zu Migration und innerer Sicherheit, die früher stärker am Rand des politischen Spektrums vertreten wurden, wurden zunehmend auch von etablierten Parteien aufgegriffen. Die Veränderung des Parteiensystems erfolgte deshalb nicht allein durch den Aufstieg der Schwedendemokraten. Sie veränderte zugleich die programmatische Positionierung anderer Parteien.

Dänemark hatte diese Entwicklung bereits früher erlebt. Die Dänische Volkspartei konnte Migration, nationale Identität und Wohlfahrtsstaat zu einem politisch wirkungsvollen Angebot verbinden. Besonders bedeutsam war, dass migrationspolitische Restriktion nicht ausschließlich mit wirtschaftsliberalen oder sozialstaatlich reduzierenden Positionen verbunden wurde. Vielmehr konnte ein starker Sozialstaat verteidigt und gleichzeitig seine gesellschaftliche Zugänglichkeit stärker national definiert werden.

Diese Verbindung beeinflusste auch die dänische Sozialdemokratie. Sie entwickelte eine deutlich restriktivere Migrationspolitik, ohne ihren grundsätzlichen sozialstaatlichen Anspruch aufzugeben. Damit entstand eine politische Kombination, die für den europäischen Vergleich besonders relevant ist: sozialdemokratische Wohlfahrtsstaatlichkeit verbunden mit restriktiverer Migrations- und Integrationspolitik.

Norwegen weist wiederum eigene Entwicklungsmuster auf. Auch dort konnte sich mit der Fortschrittspartei eine migrationskritische und populistische Kraft langfristig etablieren und zeitweise Regierungsverantwortung übernehmen. Gleichzeitig blieb die politische Konkurrenz in eine stabile parlamentarische und rechtsstaatliche Ordnung eingebettet.

Die drei Länder zeigen damit unterschiedliche Varianten derselben grundlegenden Entwicklung: Migration wurde von einem spezialisierten Politikfeld zu einer übergeordneten Konfliktlinie, die Fragen sozialer Sicherheit, kultureller Zugehörigkeit, staatlicher Kontrolle und nationaler Identität miteinander verbindet.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Der skandinavische Fall zeigt besonders deutlich, dass Migration politisch dort besonders wirksam wird, wo sie mit der Frage verbunden wird, unter welchen Voraussetzungen gesellschaftliche Solidarität in einem umfassenden Wohlfahrtsstaat dauerhaft aufrechterhalten werden kann.

Die Transformation der Parteiensysteme

Die skandinavischen Parteiensysteme waren historisch stark durch soziale Klassenstrukturen geprägt. Sozialdemokratische Parteien verfügten über eine enge Verbindung zur organisierten Arbeitnehmerschaft, während konservative, liberale und agrarische Parteien andere gesellschaftliche Gruppen repräsentierten.

Mit Individualisierung, Bildungsexpansion und gesellschaftlicher Modernisierung wurden diese Bindungen schwächer.

Die Sozialdemokratie verlor insbesondere ihre frühere Stellung als nahezu selbstverständliche dominierende Kraft. Sie blieb in allen drei Ländern bedeutend, muss jedoch heute wesentlich heterogenere gesellschaftliche Gruppen miteinander verbinden.

Dabei entsteht ein Konflikt, der auch in anderen europäischen Staaten sichtbar ist. Urbane, höher gebildete und gesellschaftlich progressive Wähler besitzen teilweise andere Prioritäten als traditionell sozialdemokratische Arbeitnehmerschichten. Klima-, Identitäts- und Migrationspolitik können deshalb innerhalb derselben politischen Wählerkoalition Spannungen erzeugen.

Gleichzeitig entstanden oder verstärkten sich neue politische Kräfte. Grüne Parteien, linke Parteien und migrationskritische Parteien erweiterten den Wettbewerb. Die traditionellen Parteien verloren damit ihre frühere Fähigkeit, gesellschaftliche Konflikte innerhalb weniger großer politischer Organisationen zu bündeln.

Besonders interessant ist jedoch die Reaktion der etablierten Parteien auf populistische Konkurrenz.

In Teilen Skandinaviens entwickelte sich weniger eine vollständige politische Ausgrenzung als eine schrittweise Integration bestimmter Themen in den etablierten Wettbewerb. Migrationspolitik wurde restriktiver, Integrationsanforderungen wurden stärker betont und Sicherheitsfragen gewannen an Bedeutung.

Dadurch veränderte sich das politische Zentrum.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Dies bestätigt einen bereits in Österreich und den Niederlanden beobachteten Mechanismus: **Der politische Einfluss populistischer Parteien ist größer als ihr unmittelbarer Stimmenanteil, wenn ihre Themen und Problemdefinitionen von anderen Parteien übernommen werden.**

Gleichzeitig bedeutet programmatische Anpassung nicht automatisch demokratische Radikalisierung. Etablierte Parteien können migrationspolitische oder sicherheitspolitische Positionen verändern, ohne rechtsstaatliche und pluralistische Grundprinzipien aufzugeben.

Gerade darin liegt eine wichtige Besonderheit des skandinavischen Transformationspfades.

Neue gesellschaftliche Konflikte werden teilweise durch programmatische Verschiebungen innerhalb des demokratischen Parteiensystems aufgenommen, bevor sie zu einer grundlegenden institutionellen Systemkonfrontation werden.

Rechtspopulismus zwischen Protest und Normalisierung

Die Entwicklung der Schwedendemokraten ist hierfür besonders aufschlussreich. Die Partei besitzt historische Wurzeln in Milieus, von denen sie sich später organisatorisch und programmatisch zu distanzieren versuchte. Über einen längeren Zeitraum wurde sie von den etablierten Parteien weitgehend isoliert.

Mit steigenden Wahlergebnissen wurde diese Strategie zunehmend schwieriger.

Nach der schwedischen Reichstagswahl 2022 entstand schließlich eine bürgerliche Minderheitsregierung, die parlamentarisch auf die Unterstützung der Schwedendemokraten angewiesen war. Die Partei wurde damit nicht selbst regulärer Bestandteil der Regierung, erhielt aber erheblichen Einfluss auf politische Vereinbarungen.

Dieser Wandel zeigt einen grundlegenden demokratischen Mechanismus.

Je größer eine zunächst ausgegrenzte Partei wird, desto stärker verändert sie die parlamentarische Mehrheitsbildung. Eine dauerhafte politische Abgrenzung kann unter diesen Bedingungen dazu führen, dass immer komplexere Koalitionen erforderlich werden oder politische Mehrheiten ohne Einbeziehung beziehungsweise Unterstützung dieser Partei kaum noch möglich sind.

Dänemark entwickelte einen anderen Umgang. Dort wurden migrationskritische Positionen bereits früher stärker in den politischen Wettbewerb integriert. Dadurch verlor die Dänische Volkspartei zeitweise erheblich an Unterstützung, während andere migrationskritische beziehungsweise nationalkonservative Kräfte entstanden.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Dies zeigt, dass die Übernahme populistischer Themen durch etablierte Parteien populistische Konkurrenz nicht zwangsläufig dauerhaft beseitigt. Sie kann das Parteiensystem jedoch neu strukturieren.

Norwegen wiederum sammelte bereits früh Erfahrungen mit Regierungsbeteiligung der Fortschrittspartei. Die Einbindung in Regierungsverantwortung führte nicht zu einer grundlegenden Destabilisierung der demokratischen Ordnung.

Damit zeigen die skandinavischen Staaten unterschiedliche Wege des Umgangs mit populistischer Konkurrenz: Abgrenzung, parlamentarische Kooperation, programmatische Anpassung und Regierungsbeteiligung.

Keine dieser Strategien bietet eine universelle Lösung.

Entscheidend ist vielmehr, ob politische Konflikte weiterhin innerhalb eines gemeinsamen demokratischen Regelwerks ausgetragen werden.

Vertrauen, staatliche Leistungsfähigkeit und demokratische Resilienz

Eine wesentliche Besonderheit der skandinavischen Demokratien bleibt das vergleichsweise hohe institutionelle und gesellschaftliche Vertrauen. Bürger erwarten grundsätzlich, dass staatliche Institutionen funktionieren, öffentliche Leistungen erbracht werden und politische Entscheidungen innerhalb rechtsstaatlicher Verfahren getroffen werden.

Dieses Vertrauen bildet eine bedeutende demokratische Ressource.

Es darf jedoch nicht als unveränderliche kulturelle Eigenschaft verstanden werden.

Vertrauen entsteht aus Erfahrungen.

Wenn Verwaltung funktioniert, Korruption begrenzt bleibt, soziale Sicherung verlässlich ist und politische Institutionen auf gesellschaftliche Probleme reagieren, kann Vertrauen stabilisiert werden. Werden dagegen Probleme über längere Zeit als ungelöst wahrgenommen, kann auch in traditionell vertrauensstarken Gesellschaften politische Entfremdung entstehen.

Gerade die Debatten über Migration und Kriminalität in Schweden verdeutlichen diesen Zusammenhang. Wenn Teile der Bevölkerung den Eindruck gewinnen, staatliche Institutionen könnten Sicherheit oder Integration nicht ausreichend gewährleisten, betrifft die Kritik nicht nur einzelne politische Maßnahmen. Sie kann die Wahrnehmung staatlicher Steuerungsfähigkeit insgesamt verändern.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Dasselbe gilt für andere Transformationsbereiche.

Steigende Lebenshaltungskosten, Energiepolitik, Wohnungsmarkt, regionale Ungleichheiten und die ökologische Transformation können gesellschaftliche Akzeptanz belasten, wenn politische Entscheidungen als sozial unausgewogen wahrgenommen werden.

Die skandinavischen Demokratien verfügen jedoch über institutionelle Voraussetzungen, die Anpassung erleichtern: leistungsfähige Verwaltungen, kommunale Strukturen, organisierte Interessenvertretung, vergleichsweise hohe politische Beteiligung und etablierte Kompromisskulturen.

Demokratische Resilienz bedeutet deshalb nicht Abwesenheit politischer Konflikte.

Sie bedeutet die Fähigkeit, Konflikte aufzunehmen, politische Positionen anzupassen und gesellschaftliche Kompromisse neu auszuhandeln.

Ökologische Transformation, Regionen und wirtschaftlicher Strukturwandel

Auch die ökologische Transformation erzeugt in Skandinavien neue politische Spannungen.

Die Länder verfolgen ambitionierte Klima- und Energiepolitiken und verfügen zugleich über unterschiedliche wirtschaftliche Voraussetzungen. Norwegen besitzt aufgrund seiner Öl- und Gasindustrie eine besondere Stellung. Die Einnahmen aus fossilen Energieträgern haben erheblich zum Wohlstand des Landes beigetragen, während Norwegen gleichzeitig eine weitreichende ökologische Modernisierung anstrebt.

Damit entsteht ein strukturelles Spannungsverhältnis zwischen gegenwärtiger wirtschaftlicher Stärke und langfristiger Dekarbonisierung.

Schweden und Dänemark besitzen wiederum andere energie- und industriepolitische Strukturen, stehen aber ebenfalls vor der Herausforderung, Klimaschutz, industrielle Wettbewerbsfähigkeit und soziale Akzeptanz miteinander zu verbinden.

Gerade außerhalb großer Städte können Transformationskosten anders wahrgenommen werden.

Längere Verkehrswege, Abhängigkeit vom Individualverkehr, industrielle Beschäftigung und unterschiedliche Einkommensstrukturen beeinflussen die gesellschaftliche Wahrnehmung ökologischer Politik.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Damit entsteht auch in Skandinavien eine räumliche Transformationsdimension.

Metropolitane Regionen profitieren häufig stärker von Wissensökonomie, Hochschulen und internationalen Dienstleistungen, während kleinere Städte und ländliche Räume stärker von traditionellen Wirtschaftsstrukturen abhängig sein können.

Der politische Konflikt verläuft deshalb zunehmend nicht nur zwischen sozialen Klassen, sondern auch zwischen unterschiedlichen Lebensräumen.

Skandinavische Gesellschaften zwischen Liberalität und Begrenzung

Besonders interessant ist schließlich die Verbindung gesellschaftlicher Liberalität mit restriktiveren Positionen in einzelnen Politikfeldern.

Die skandinavischen Staaten gehören weiterhin zu den gesellschaftlich liberalsten Demokratien Europas. Gleichstellung, individuelle Lebensführung, säkulare Gesellschaftsordnung und soziale Rechte besitzen hohe Akzeptanz.

Gleichzeitig wurden migrations- und integrationspolitische Anforderungen teilweise deutlich verschärft.

Dies ist kein notwendiger Widerspruch.

Wie bereits im niederländischen Fall sichtbar wurde, kann eine Gesellschaft individuelle Liberalität mit einer stärkeren Betonung gemeinsamer gesellschaftlicher Regeln verbinden.

Damit verliert die klassische Vorstellung an Erklärungskraft, politische Entwicklung bewege sich geschlossen entweder nach links oder nach rechts.

Moderne Gesellschaften können gleichzeitig kulturell liberal, sozialstaatlich orientiert, migrationspolitisch restriktiver und sicherheitspolitisch stärker staatlich ausgerichtet sein.

Gerade diese Kombination könnte für die zukünftige Entwicklung europäischer Parteiensysteme zunehmend bedeutsam werden.

Skandinavien als Modell demokratischer Anpassungsfähigkeit

Die skandinavischen Demokratien widerlegen sowohl übermäßig optimistische als auch übermäßig pessimistische Interpretationen gesellschaftlicher Transformation.

Wohlstand, Sozialstaat und institutionelles Vertrauen verhindern politische Konflikte nicht.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Migration, Integration, Kriminalität, ökologische Transformation, regionale Unterschiede und kulturelle Veränderungen erzeugen auch hier erhebliche Spannungen.

Gleichzeitig führen diese Spannungen bislang nicht zu einer grundlegenden Schwächung demokratischer Institutionen.

Parteien verändern ihre Programme, neue politische Kräfte entstehen, Koalitionen werden neu zusammengesetzt und gesellschaftliche Konflikte werden teilweise schärfer ausgetragen.

Die grundlegende demokratische Wettbewerbsordnung bleibt jedoch stabil.

Damit lässt sich ein zentraler Unterschied zu Ungarn erkennen.

Während dort eine langjährige politische Mehrheit die institutionellen Bedingungen politischer Konkurrenz selbst erheblich verändert hat, findet die skandinavische Transformation bislang überwiegend **innerhalb stabiler institutioneller Regeln** statt.

Genau diese Unterscheidung ist für die Gesamtstudie entscheidend.

Gesellschaftliche Rechtsverschiebung, populistische Mobilisierung oder restriktivere Migrationspolitik sind nicht automatisch mit demokratischer Erosion gleichzusetzen.

Demokratische Erosion beginnt dort, wo politische Akteure versuchen, die institutionellen Möglichkeiten ihrer zukünftigen Konkurrenten dauerhaft zu beschränken, unabhängige Kontrollinstanzen zu schwächen oder politische Macht strukturell abzusichern.

Die skandinavischen Demokratien zeigen, dass tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen und deutliche politische Rechtsverschiebungen innerhalb einer stabilen demokratischen Ordnung verarbeitet werden können. Demokratische Resilienz besteht nicht darin, gesellschaftliche Konflikte zu vermeiden, sondern darin, neue Konflikte politisch aufzunehmen, ohne Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und fairen Machtwechsel infrage zu stellen.

Der europäische Vergleich gewinnt damit eine weitere wichtige Dimension. **Polen und Ungarn** haben gezeigt, wie gesellschaftliche Polarisierung in Konflikte über die institutionelle Ordnung übergehen kann. **Tschechien und die Slowakei** verdeutlichen, dass selbst bei gemeinsamen historischen Ausgangspunkten unterschiedliche demokratische Entwicklungspfade entstehen. Die **skandinavischen Demokratien** zeigen dagegen, dass selbst erhebliche Veränderungen von Migration, Parteienwettbewerb, Wohlfahrtsstaat und gesellschaftlichen Konfliktlinien nicht zwangsläufig zu institutioneller Erosion führen müssen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Damit tritt ein grundlegender Zusammenhang immer deutlicher hervor: **Nicht die Stärke gesellschaftlicher Transformation entscheidet allein über die Stabilität einer Demokratie. Entscheidend ist die Fähigkeit ihrer politischen Institutionen und Parteien, veränderte gesellschaftliche Interessen rechtzeitig aufzunehmen, Konflikte sichtbar zu machen und neue politische Kompromisse zu organisieren, bevor aus Repräsentationsproblemen grundlegende Zweifel an der demokratischen Ordnung selbst entstehen.**

Kapitel 99 – Süd- und Südosteuropa

Süd- und Südosteuropa bilden innerhalb des europäischen Transformationsraums eine besonders heterogene Region. Spanien, Portugal und Griechenland teilen Erfahrungen autoritärer Herrschaft und später Demokratisierung, während die Staaten des ehemaligen Jugoslawiens, Albanien und weitere Teile Südosteuropas zusätzlich durch den Zusammenbruch staatssozialistischer Ordnungen, staatliche Neuordnungen, Nationalitätenkonflikte und teilweise gewaltsame Transformationsprozesse geprägt wurden. Zugleich unterscheiden sich wirtschaftliche Entwicklung, institutionelle Stabilität und europäische Integration erheblich. Eine gemeinsame politische Entwicklungslinie lässt sich deshalb nicht unterstellen.

Dennoch verbindet die Region eine Reihe struktureller Erfahrungen. Demokratische Institutionen sind vielfach jünger als in Nord- und Teilen Westeuropas. Wirtschaftliche Modernisierung verlief teilweise unter erheblichen sozialen Belastungen. Finanz- und Staatsschuldenkrisen, hohe Jugendarbeitslosigkeit, regionale Ungleichgewichte, Abwanderung, demografische Schrumpfung und teilweise schwache staatliche Institutionen haben politische Systeme unter Druck gesetzt. Gleichzeitig ist die Europäische Union für große Teile der Region nicht nur Wirtschafts- und Rechtsraum, sondern ein zentraler äußerer Modernisierungs- und Stabilitätsrahmen.

Gerade der Vergleich zwischen Südeuropa und Südosteuropa zeigt jedoch, dass ähnliche Belastungen sehr unterschiedliche politische Folgen besitzen können. Spanien, Portugal und Griechenland haben schwere wirtschaftliche und politische Krisen innerhalb grundsätzlich stabiler demokratischer Ordnungen verarbeitet. In Teilen Südosteuropas bleibt dagegen die Konsolidierung rechtsstaatlicher Institutionen schwieriger, während Parteien, staatliche Ressourcen, Medien und wirtschaftliche Macht teilweise enger miteinander verbunden sind.

Süd- und Südosteuropa zeigen, dass demokratische Stabilität nicht allein vom Alter einer Demokratie oder vom wirtschaftlichen Wohlstand abhängt. Entscheidend ist, ob politische Institutionen gesellschaftliche Krisen verarbeiten, Machtwechsel ermöglichen

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

und staatliche Ressourcen so organisieren können, dass politische Konkurrenz nicht dauerhaft in institutionelle Abhängigkeit übergeht.

Südeuropa – Demokratisierung, Modernisierung und europäische Integration

Spanien, Portugal und Griechenland gehören zu jener europäischen Demokratisierungswelle, die bereits vor dem Zusammenbruch des Staatssozialismus in Mittel- und Osteuropa einsetzte. Portugal überwand 1974 die autoritäre Estado-Novo-Ordnung, Griechenland kehrte nach dem Ende der Militärdiktatur ebenfalls 1974 zur Demokratie zurück, und Spanien begann nach dem Tod Francisco Francos 1975 seinen demokratischen Übergang.

Diese Entwicklungen besaßen langfristig große europäische Bedeutung. Sie zeigten, dass ehemals autoritäre Staaten innerhalb relativ kurzer Zeit stabile demokratische Institutionen entwickeln konnten. Die spätere Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft beziehungsweise Europäischen Union unterstützte diesen Prozess durch wirtschaftliche Integration, institutionelle Einbindung und politische Modernisierung.

Europäische Integration wurde deshalb in Südeuropa lange besonders eng mit Demokratisierung verbunden. Europa stand nicht nur für einen gemeinsamen Markt, sondern auch für die endgültige Überwindung autoritärer Vergangenheit.

Gleichzeitig veränderte die Integration die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen erheblich. Infrastruktur wurde modernisiert, internationale Investitionen nahmen zu, Gesellschaften urbanisierten sich weiter und Bildungsniveaus stiegen.

Damit entstanden moderne europäische Demokratien, deren institutionelle Stabilität jedoch später durch erhebliche wirtschaftliche Krisen getestet wurde.

Die Finanz- und Staatsschuldenkrise als politischer Einschnitt

Die globale Finanzkrise von 2008 und die anschließende europäische Staatsschuldenkrise trafen Teile Südeuropas besonders stark.

Griechenland wurde zum sichtbarsten Krisenfall. Staatsschulden, strukturelle wirtschaftliche Probleme und ein dramatischer Vertrauensverlust auf den Finanzmärkten führten zu internationalen Hilfsprogrammen und weitreichenden Spar- und Reformauflagen.

Doch auch Spanien und Portugal erlebten erhebliche wirtschaftliche Belastungen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Arbeitslosigkeit stieg stark an, besonders unter jungen Menschen. Einkommen gerieten unter Druck, soziale Sicherheiten wurden infrage gestellt und viele Bürger gewannen den Eindruck, grundlegende wirtschaftspolitische Entscheidungen würden nicht mehr ausschließlich durch nationale demokratische Verfahren bestimmt.

Damit wurde die Wirtschaftskrise zugleich zu einer Demokratie- und Repräsentationsfrage.

Wenn Regierungen Maßnahmen umsetzen müssen, die sie gegenüber ihrer eigenen Bevölkerung nur begrenzt als selbstbestimmte Politik darstellen können, entsteht ein politisches Verantwortungsproblem.

Nationale Regierungen, europäische Institutionen, Europäische Zentralbank und internationale Gläubiger wurden Bestandteile eines komplexen Entscheidungsgefüges.

Für Bürger wurde dadurch schwieriger zu erkennen, wer tatsächlich politische Verantwortung trägt.

Griechenland und die Krise des traditionellen Parteiensystems

In Griechenland führte die Staatsschuldenkrise zu einer tiefgreifenden Neuordnung des Parteiensystems.

Die jahrzehntelange Konkurrenz zwischen der konservativen Nea Dimokratia und der sozialdemokratischen PASOK verlor ihre frühere Stabilität. Besonders die PASOK erlitt einen dramatischen Bedeutungsverlust.

Mit Syriza stieg eine zuvor kleinere Partei der radikalen Linken innerhalb weniger Jahre zur Regierungspartei auf.

Damit zeigt Griechenland besonders deutlich, wie wirtschaftliche Krisen traditionelle Parteibindungen aufbrechen können.

Die zentrale Konfliktlinie verlief zeitweise nicht mehr primär zwischen klassischer linker und rechter Politik, sondern zwischen Befürwortern und Gegnern der mit internationalen Institutionen vereinbarten Krisenpolitik.

Das Referendum von 2015 verdeutlichte diese Spannung in besonderer Weise. Die griechische Bevölkerung lehnte die vorgelegten Bedingungen mehrheitlich ab, während die

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Regierung anschließend dennoch eine Vereinbarung akzeptierte, die weitere weitreichende Anpassungsmaßnahmen beinhaltete.

Damit wurde ein grundlegendes Problem moderner demokratischer Steuerungsfähigkeit sichtbar:

Nationale demokratische Präferenzen können unter Bedingungen wirtschaftlicher und institutioneller Verflechtung auf begrenzte reale Handlungsspielräume treffen.

Trotz dieser außergewöhnlichen Belastung blieb die demokratische Ordnung Griechenlands bestehen. Regierungen wechselten, Parteien stiegen auf und verloren wieder an Bedeutung, und politische Konflikte wurden innerhalb parlamentarischer und elektoraler Verfahren verarbeitet.

Spanien – Wirtschaftskrise, neue Parteien und territoriale Konflikte

Auch Spanien erlebte infolge der Finanzkrise eine tiefgreifende politische Neuordnung.

Das lange durch Partido Popular und Partido Socialista Obrero Español dominierte Parteiensystem fragmentierte sich. Mit Podemos entstand eine neue linke Protestkraft, während Ciudadanos zunächst als liberale beziehungsweise zentristische Alternative erheblich an Bedeutung gewann. Später etablierte sich mit Vox eine nationalkonservative und rechtspopulistische Kraft.

Damit verlor das spanische Parteiensystem seine frühere bipolare Struktur.

Gleichzeitig verschärfte sich der Konflikt um die territoriale Ordnung des Staates.

Besonders die katalanische Unabhängigkeitsbewegung stellte das Verhältnis zwischen regionaler Selbstbestimmung und spanischer Verfassungsordnung infrage. Das Unabhängigkeitsreferendum von 2017 und die anschließenden politischen und juristischen Auseinandersetzungen zeigten, wie nationale Identität auch innerhalb etablierter westeuropäischer Demokratien erneut zu einer zentralen Konfliktlinie werden kann.

Spanien verdeutlicht damit, dass Nationalismus keineswegs ausschließlich als Abgrenzung eines Nationalstaates gegenüber der Europäischen Union auftritt.

Nationalistische Konflikte können ebenso **innerhalb bestehender Staaten** entstehen.

Regionale und nationale Identitäten überlagern sich und erzeugen unterschiedliche Vorstellungen politischer Souveränität.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Der spanische Fall verbindet deshalb wirtschaftliche Transformation, Parteienfragmentierung und territoriale Identitätskonflikte in besonderer Weise.

Portugal – Krisenverarbeitung mit geringerer Polarisierung

Portugal durchlief ebenfalls erhebliche wirtschaftliche Belastungen, entwickelte jedoch eine im Vergleich zu Griechenland und Spanien weniger disruptive parteipolitische Transformation.

Auch hier führten Sparmaßnahmen, Arbeitslosigkeit und soziale Belastungen zu Protesten.

Das bestehende Parteiensystem erwies sich jedoch als vergleichsweise widerstandsfähig.

Dies ist für den europäischen Vergleich besonders aufschlussreich.

Ähnliche wirtschaftliche Krisen erzeugen nicht automatisch dieselben politischen Folgen.

Institutionelle Traditionen, Parteienstrukturen, gesellschaftliche Konfliktlinien und politische Kommunikation beeinflussen, ob wirtschaftliche Unzufriedenheit zu grundlegender Parteienfragmentierung führt oder innerhalb bestehender politischer Strukturen verarbeitet werden kann.

Portugal bestätigt damit einen zentralen Befund dieser Studie: **Krisen besitzen keine politisch vorbestimmten Wirkungen. Ihre Folgen entstehen durch gesellschaftliche und institutionelle Verarbeitung.**

Migration, Demografie und die neue Lage Südeuropas

Südeuropa hat sich innerhalb weniger Jahrzehnte von einer klassischen Auswanderungsregion teilweise zu einer wichtigen europäischen Einwanderungs- und Transitregion entwickelt.

Spanien, Italien und Griechenland liegen an zentralen mediterranen Migrationsrouten.

Damit tragen sie aufgrund ihrer geografischen Lage besondere Verantwortung für die europäische Außengrenze.

Dies erzeugt ein strukturelles europäisches Problem.

Asyl- und Migrationspolitik ist europäisch verflochten, während die unmittelbaren geografischen Belastungen sehr ungleich verteilt sind.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Südeuropäische Staaten fordern deshalb seit Langem stärkere europäische Solidarität und gemeinsame Verantwortung.

Gleichzeitig benötigen alternde Gesellschaften langfristig zusätzliche Arbeitskräfte.

Damit entsteht erneut das bereits analysierte migrationspolitische Dreieck:

wirtschaftlicher und demografischer Bedarf – gesellschaftliche Integrationsfähigkeit – politische Steuerungs- und Kontrollanforderung.

Südeuropa zeigt besonders deutlich, dass diese drei Dimensionen nicht getrennt voneinander betrachtet werden können.

Südosteuropa – eine andere historische Transformation

Während Südeuropa bereits seit mehreren Jahrzehnten in demokratische und europäische Strukturen integriert ist, verlief die Transformation Südosteuropas unter wesentlich schwierigeren historischen Bedingungen.

Der Zerfall Jugoslawiens führte in den 1990er-Jahren zu Kriegen, ethnischer Gewalt, Vertreibung und staatlicher Neuordnung.

Damit verband sich demokratische Transformation mit der grundlegenden Frage staatlicher Existenz.

Neue Grenzen, nationale Identitäten und politische Institutionen mussten teilweise gleichzeitig entstehen.

Diese Ausgangslage unterscheidet die Region grundlegend von den meisten anderen europäischen Transformationsräumen.

Demokratie musste nicht lediglich nach einem autoritären System aufgebaut werden.

In mehreren Staaten musste zugleich ein neuer politischer Gemeinwesensrahmen entstehen.

Die Folgen dieser Entwicklung wirken bis heute fort.

Nationalismus, Erinnerung und staatliche Identität

In Teilen Südosteuropas besitzt Nationalismus deshalb eine andere politische Funktion als in Westeuropa.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Er ist nicht ausschließlich Reaktion auf Globalisierung oder europäische Integration.

Er war teilweise unmittelbar an Staatsbildung, Kriegserfahrung und ethnische Zugehörigkeit gebunden.

Historische Erinnerung besitzt entsprechend große politische Bedeutung.

Unterschiedliche Interpretationen der Jugoslawienkriege, Fragen von Opfer- und Täterrollen, Grenzkonflikte und Minderheitenrechte beeinflussen weiterhin politische Beziehungen.

Damit wird Vergangenheit zu einer politischen Ressource der Gegenwart.

Politische Akteure können historische Konflikte zur gesellschaftlichen Mobilisierung nutzen.

Dies erschwert langfristig die Entwicklung politischer Konfliktlinien, die stärker entlang sozialer, wirtschaftlicher oder ökologischer Fragen verlaufen.

Serbien als zentraler regionaler Transformationsfall

Serbien besitzt aufgrund seiner Größe und politischen Bedeutung eine Schlüsselrolle für Südosteuropa.

Nach der Ära Slobodan Milošević entwickelte sich eine formal pluralistische demokratische Ordnung und eine langfristige Perspektive auf eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

Gleichzeitig ist die politische Entwicklung durch eine starke Konzentration politischer Macht geprägt.

Unter Aleksandar Vučić und der Serbischen Fortschrittspartei entstand eine dominante politische Struktur, in der Regierung, staatliche Ressourcen und große Teile der Medienlandschaft eng miteinander verbunden sind.

Wahlen finden statt und Opposition existiert.

Die entscheidende Frage betrifft jedoch – ähnlich wie im ungarischen Fall – die tatsächliche Gleichheit politischer Wettbewerbsbedingungen.

Damit wird Serbien zu einem Beispiel für jene Zwischenformen, in denen demokratische Institutionen formal bestehen, während politische Macht zunehmend asymmetrisch verteilt ist.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Serbiens geopolitische Position verstärkt diese Besonderheit. Das Land verfolgt eine europäische Integrationsperspektive, unterhält zugleich enge historische und politische Beziehungen zu Russland und bedeutende wirtschaftliche Beziehungen zu China.

Damit versucht die serbische Politik, unterschiedliche geopolitische Räume miteinander zu verbinden.

Kosovo und die ungelöste staatliche Frage

Der Konflikt zwischen Serbien und Kosovo bleibt eine der zentralen ungelösten Fragen der europäischen Sicherheitsordnung.

Kosovo erklärte 2008 seine Unabhängigkeit, die von zahlreichen Staaten anerkannt wird, von Serbien und mehreren anderen Staaten jedoch nicht.

Damit bleibt die staatliche Ordnung der Region teilweise umstritten.

Der Konflikt beeinflusst sowohl die serbische Innenpolitik als auch die europäische Integrationsperspektive beider Seiten.

Er zeigt zugleich, dass die europäische Transformation nicht überall ausschließlich aus gesellschaftlicher Modernisierung besteht.

In Teilen Südosteuropas sind grundlegende Fragen staatlicher Souveränität und territorialer Ordnung weiterhin politisch offen.

Bosnien und Herzegowina und die Grenzen institutioneller Stabilisierung

Bosnien und Herzegowina stellt einen besonders komplexen Fall dar.

Die nach dem Dayton-Abkommen von 1995 entstandene staatliche Ordnung beendete den Krieg und schuf einen institutionellen Rahmen für das Zusammenleben unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen.

Gleichzeitig ist dieses System außerordentlich komplex.

Ethnische Repräsentation, territoriale Gliederung und internationale Aufsicht bilden ein institutionelles Gefüge, das Frieden sichern soll, politische Entscheidungsfähigkeit jedoch teilweise erschwert.

Damit zeigt Bosnien ein grundlegendes Dilemma postkonfliktärer Demokratien.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Institutionen können so gestaltet werden, dass sie Machtkonzentration und erneute ethnische Dominanz verhindern.

Dieselben institutionellen Sicherungen können jedoch politische Blockaden verstärken.

Stabilität und Steuerungsfähigkeit stehen dann teilweise in Spannung zueinander.

Albanien, Montenegro und Nordmazedonien

Auch Albanien, Montenegro und Nordmazedonien verfolgen langfristig eine europäische Integrationsperspektive.

In allen drei Staaten wurden erhebliche institutionelle Reformen durchgeführt.

Gleichzeitig bestehen Herausforderungen bei Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung, Verwaltung und politischer Polarisierung.

Die konkreten politischen Entwicklungen unterscheiden sich deutlich, doch ein gemeinsames Muster bleibt erkennbar:

Die Aussicht auf EU-Mitgliedschaft wirkt als äußerer Reformanreiz.

Je glaubwürdiger diese Perspektive erscheint, desto stärker kann sie innenpolitische Reformkoalitionen unterstützen.

Verliert der Beitrittsprozess dagegen an Glaubwürdigkeit oder zieht sich über sehr lange Zeiträume hin, sinkt diese transformative Wirkung.

Damit besitzt die Erweiterungspolitik der Europäischen Union unmittelbare demokratiepolitische Bedeutung.

Europäische Integration als Transformationsinstrument

In kaum einer anderen europäischen Region wird die politische Bedeutung der EU-Erweiterung so deutlich wie auf dem westlichen Balkan.

Mitgliedschaftsperspektiven können Reformen in Justiz, Verwaltung, Wirtschaft und Korruptionsbekämpfung unterstützen.

Gleichzeitig entsteht ein Problem der Glaubwürdigkeit.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Wenn Staaten über Jahre oder Jahrzehnte Reformen durchführen, ohne eine erkennbare Beitrittsperspektive zu erhalten, können gesellschaftliche Erwartungen enttäuscht werden.

Dadurch gewinnen alternative geopolitische Partner an Bedeutung.

Russland, China, die Türkei und andere Akteure können wirtschaftlichen oder politischen Einfluss ausbauen.

Die europäische Integration Südosteuropas ist deshalb nicht nur eine Frage wirtschaftlicher Zusammenarbeit.

Sie ist Teil einer geopolitischen Auseinandersetzung um die langfristige politische Ordnung des europäischen Kontinents.

Abwanderung und demografische Schrumpfung

Eine der tiefgreifendsten Herausforderungen Südosteuropas ist die demografische Entwicklung.

Niedrige Geburtenraten verbinden sich in mehreren Staaten mit erheblicher Abwanderung jüngerer und qualifizierter Menschen.

Die europäische Freizügigkeit beziehungsweise die Möglichkeit internationaler Arbeitsmigration eröffnet individuelle Chancen.

Für Herkunftsregionen kann sie jedoch erhebliche strukturelle Folgen besitzen.

Wenn junge und gut qualifizierte Menschen dauerhaft auswandern, sinkt nicht nur die Bevölkerungszahl.

Arbeitskräfte fehlen, soziale Sicherungssysteme geraten unter Druck und lokale Innovationspotenziale werden geschwächt.

Damit kann eine negative Rückkopplung entstehen:

geringe wirtschaftliche Perspektiven → Abwanderung → schwächere wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen → geringere Zukunftsperspektiven → weitere Abwanderung.

Demografische Entwicklung wird dadurch zu einer Frage demokratischer und staatlicher Handlungsfähigkeit.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Korruption, Patronage und institutionelles Vertrauen

In Teilen Südosteuropas besitzt die Verbindung zwischen Parteien, staatlicher Verwaltung und wirtschaftlichen Ressourcen weiterhin große Bedeutung.

Politische Loyalität kann Zugang zu Beschäftigung, öffentlichen Aufträgen oder staatlichen Ressourcen beeinflussen.

Wo solche Strukturen bestehen, verändert sich die Funktion demokratischer Wahlen.

Parteien konkurrieren dann nicht ausschließlich über Programme.

Sie können zugleich Netzwerke gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Abhängigkeit organisieren.

Dies erschwert politischen Machtwechsel und schwächt institutionelles Vertrauen.

Korruption ist deshalb nicht lediglich ein wirtschaftliches Problem.

Sie verändert die demokratische Wettbewerbsordnung.

Wenn Bürger staatliche Institutionen als Instrument parteipolitischer oder privater Interessen wahrnehmen, sinkt die Bereitschaft, ihnen allgemeine Legitimität zuzuschreiben.

Zivilgesellschaft und demokratische Gegenkräfte

Es wäre jedoch falsch, Südosteuropa ausschließlich durch institutionelle Schwächen zu beschreiben.

In zahlreichen Staaten existieren aktive zivilgesellschaftliche Organisationen, unabhängige Journalisten, Protestbewegungen, oppositionelle Parteien und jüngere Generationen mit starken europäischen Orientierungen.

Immer wieder entstehen gesellschaftliche Mobilisierungen gegen Korruption, Machtkonzentration oder institutionelle Missstände.

Damit bleibt politische Entwicklung offen.

Gerade die postsozialistischen und postkonfliktären Gesellschaften Südosteuropas zeigen, dass demokratische Konsolidierung kein einmaliger Übergang ist.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Sie ist ein langfristiger Prozess aus institutionellem Aufbau, gesellschaftlicher Auseinandersetzung, Rückschritten und erneuter Reform.

Süd- und Südosteuropa als unterschiedliche europäische Transformationsräume

Der Vergleich zwischen beiden Teilregionen macht schließlich sichtbar, wie unterschiedlich europäische Transformation verlaufen kann.

Spanien, Portugal und Griechenland mussten erhebliche wirtschaftliche und gesellschaftliche Krisen bewältigen. Ihre demokratischen Institutionen erwiesen sich dabei grundsätzlich als belastbar.

Parteien verloren Unterstützung, neue Bewegungen entstanden und Regierungen wechselten.

Die institutionelle Wettbewerbsordnung selbst blieb jedoch weitgehend erhalten.

In Teilen Südosteuropas besteht dagegen weiterhin eine engere Verbindung zwischen demokratischer Konsolidierung, Staatsbildung, Rechtsstaatlichkeit und geopolitischer Orientierung.

Dort geht es teilweise nicht nur darum, neue gesellschaftliche Konflikte innerhalb etablierter demokratischer Institutionen zu verarbeiten.

Es geht weiterhin um die Festigung dieser Institutionen selbst.

Diese Unterscheidung verhindert eine pauschale Betrachtung der Region.

Süd- und Südosteuropa bilden keinen einheitlichen politischen Krisenraum. Südeuropa zeigt überwiegend die Anpassungsfähigkeit konsolidierter Demokratien unter schweren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Belastungen. In Teilen Südosteuropas bleibt dagegen die institutionelle Konsolidierung selbst Bestandteil des Transformationsprozesses.

Mit diesem regionalen Vergleich erweitert sich das bisherige europäische Bild nochmals erheblich. Die zuvor untersuchten west-, mittel-, nord- und osteuropäischen Demokratien haben gezeigt, wie Migration, Parteienfragmentierung, Rechtspopulismus, nationale Souveränität und gesellschaftliche Modernisierung unterschiedliche politische Folgen erzeugen. **Süd- und Südosteuropa ergänzen diese Perspektive um die Bedeutung von Demokratisierungserfahrung, Wirtschaftskrisen, Staatsbildung, demografischer Abwanderung und europäischer Erweiterung.**

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Damit verdichtet sich am Ende dieses Vergleichs ein zentraler Befund: **Europa besitzt gemeinsame Transformationskräfte, aber keine gemeinsame Transformationsgeschwindigkeit. Während einige Staaten vor allem ihre bestehenden demokratischen Institutionen an neue gesellschaftliche Konflikte anpassen müssen, sind andere weiterhin damit beschäftigt, diese Institutionen dauerhaft zu konsolidieren. Gerade diese Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Entwicklungsstufen gehört zu den wichtigsten strukturellen Herausforderungen des europäischen Transformationsraums.**

Kapitel 100 – Deutschland im europäischen Vergleich

Deutschland nimmt innerhalb des europäischen Transformationsraums eine besondere Position ein. Viele Entwicklungen, die das deutsche politische System verändern, sind keineswegs spezifisch deutsch. Die Erosion traditioneller Parteibindungen, der Aufstieg populistischer Parteien, Migration und Integrationskonflikte, demografischer Wandel, regionale Ungleichgewichte, wirtschaftlicher Strukturwandel, Digitalisierung, kulturelle Polarisierung und ein wachsender Vertrauensverlust gegenüber politischen Institutionen lassen sich in unterschiedlicher Ausprägung in nahezu allen europäischen Demokratien beobachten.

Gerade der europäische Vergleich verhindert deshalb eine isolierte Interpretation der deutschen Entwicklung. Deutschland befindet sich weder in einer einzigartigen demokratischen Krise noch kann seine institutionelle Stabilität als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Vielmehr treffen gemeinsame europäische Transformationskräfte auf spezifisch deutsche historische Erfahrungen, institutionelle Strukturen und gesellschaftliche Konfliktlagen.

Besonders bedeutsam ist dabei die innere deutsche Doppelstruktur. Die Bundesrepublik verbindet die jahrzehntelange demokratische Kontinuität Westdeutschlands mit den Transformationserfahrungen Ostdeutschlands nach 1989. Damit existieren innerhalb eines Staates unterschiedliche historische Erfahrungshorizonte, die teilweise bis heute politische Einstellungen, Vertrauen, regionale Identitäten und Erwartungen an staatliches Handeln beeinflussen.

Deutschland ist deshalb zugleich Teil eines gesamteuropäischen Transformationsprozesses und ein besonderer Vergleichsraum innerhalb dieses Prozesses.

Der europäische Vergleich zeigt, dass Deutschlands politische Transformation weder als deutscher Sonderweg noch als bloße Übernahme allgemeiner europäischer Entwicklungen verstanden werden kann. Gemeinsame Transformationskräfte treffen

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

auf eine spezifische Verbindung aus historischer Erfahrung, föderaler Ordnung, wirtschaftlicher Struktur, regionaler Unterschiedlichkeit und demokratischer Institutionentradition.

Deutschland als Teil einer europäischen Parteienentwicklung

Die Transformation des deutschen Parteiensystems entspricht in wesentlichen Punkten einer Entwicklung, die in nahezu allen zuvor untersuchten europäischen Demokratien sichtbar geworden ist.

Die großen Volksparteien verlieren langfristig ihre frühere gesellschaftliche Bindungskraft. Traditionelle politische Milieus werden schwächer, Wählerentscheidungen beweglicher und gesellschaftliche Konfliktlinien vielfältiger. Neue Parteien können entstehen oder bestehende kleinere Parteien erheblich an Bedeutung gewinnen.

Diese Entwicklung ist weder auf Deutschland noch auf einzelne Parteien beschränkt.

Frankreich erlebte einen weitgehenden Zusammenbruch seiner traditionellen Parteienordnung. Italien hat seit den 1990er-Jahren mehrere grundlegende Neuordnungen seines Parteiensystems erfahren. Die Niederlande weisen eine weitreichende Fragmentierung auf. Österreich zeigt seit Jahrzehnten die dauerhafte Etablierung rechtspopulistischer Konkurrenz. In Skandinavien verloren sozialdemokratische Parteien Teile ihrer früheren Dominanz, während migrationskritische Parteien an Bedeutung gewannen.

Deutschland folgt damit einem europäischen Muster, allerdings zeitlich verzögert und institutionell abgefedert.

CDU/CSU und SPD konnten ihre frühere Stellung länger behaupten als manche vergleichbaren europäischen Parteien. Doch auch in Deutschland existieren die gesellschaftlichen Großmilieus, auf denen die klassische Volkspartei beruhte, nicht mehr in derselben Geschlossenheit.

Die zentrale Veränderung besteht deshalb nicht einfach im Verlust von Stimmenanteilen einzelner Parteien.

Sie betrifft die Integrationsfunktion des gesamten Parteiensystems.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Früher konnten große Parteien sehr unterschiedliche gesellschaftliche Interessen bereits innerhalb ihrer eigenen Organisation zusammenführen. Heute werden diese Interessen häufiger auf mehrere Parteien verteilt und müssen anschließend durch Koalitionen politisch zusammengeführt werden.

Damit verschiebt sich politische Integration zunehmend **von der Partei in das Regierungssystem.**

Fragmentierung ohne Zusammenbruch

Im europäischen Vergleich zeigt Deutschland bislang eine vergleichsweise geordnete Fragmentierung.

Neue politische Kräfte haben das Parteiensystem verändert, ohne die institutionelle Wettbewerbsordnung grundsätzlich aufzulösen.

Die Grünen entwickelten sich von einer gesellschaftlichen Protestbewegung zu einer etablierten Regierungspartei. Die Linke entstand aus unterschiedlichen ost- und westdeutschen politischen Traditionen. Die AfD etablierte sich als bedeutende Kraft rechts von CDU und CSU. Mit dem BSW entstand eine weitere Partei, die klassische wirtschafts-, gesellschafts- und außenpolitische Konfliktlinien teilweise neu kombiniert.

Damit wird auch das deutsche Parteiensystem multidimensionaler.

Die klassische Links-Rechts-Achse reicht zunehmend nicht mehr aus, um politische Konkurrenz vollständig zu erklären.

Wirtschaftspolitische, kulturelle, migrationspolitische, ökologische und geopolitische Konfliktlinien überlagern sich.

Dies ähnelt Entwicklungen in den Niederlanden, Italien, Österreich und Teilen Skandinaviens.

Deutschland befindet sich damit nicht außerhalb der europäischen Parteienfragmentierung, sondern mitten in ihr.

Der Unterschied liegt bislang vor allem darin, dass institutionelle Kontinuität und föderale Machtverteilung den Veränderungsprozess vergleichsweise stark abfedern.

Die AfD im europäischen Vergleich

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Der Aufstieg der AfD gehört zu den sichtbarsten Veränderungen des deutschen Parteiensystems.

Europäisch betrachtet ist die Existenz einer starken Partei rechts der traditionellen konservativen Parteien jedoch keineswegs ungewöhnlich.

Österreich verfügt seit Jahrzehnten über die FPÖ. Frankreich besitzt mit dem Rassemblement National eine starke nationalpopulistische Kraft. Die Niederlande erlebten den langfristigen Aufstieg der PVV. In Italien gelangte mit Fratelli d'Italia eine nationalkonservative Rechtspartei an die Regierung. Auch in Skandinavien haben migrationskritische Parteien erhebliche politische Bedeutung gewonnen.

Der deutsche Sonderfall liegt deshalb weniger in der Existenz einer solchen Partei als in ihrer historischen und politischen Einordnung.

Aufgrund der nationalsozialistischen Vergangenheit besitzt die Abgrenzung gegenüber rechtsradikalen und extremistischen Positionen in Deutschland eine besondere normative und politische Bedeutung.

Dadurch ist die Frage politischer Zusammenarbeit mit der AfD stärker historisch aufgeladen als in vielen anderen europäischen Staaten.

Gleichzeitig zeigt der europäische Vergleich, dass dauerhafte parlamentarische Ausgrenzung den gesellschaftlichen Resonanzraum einer Partei nicht automatisch beseitigt.

Österreich, die Niederlande und Schweden haben unterschiedliche Erfahrungen mit Abgrenzung, parlamentarischer Unterstützung und Regierungsbeteiligung gemacht.

Daraus lässt sich jedoch kein einfaches Modell auf Deutschland übertragen.

Die entscheidende Frage ist nicht allein, ob eine Partei politisch eingebunden oder ausgegrenzt wird. Entscheidend ist, welche demokratischen Positionen sie vertritt, wie sie sich entwickelt und welche Auswirkungen unterschiedliche politische Strategien auf ihre gesellschaftliche Unterstützung besitzen.

Migration als europäische und deutsche Konfliktlinie

Migration gehört zu den stärksten gemeinsamen Transformationsfaktoren Europas.

Deutschland nahm insbesondere seit 2015 eine große Zahl Schutzsuchender auf und wurde dadurch zu einem zentralen europäischen Einwanderungsland.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die politischen Konflikte, die daraus entstanden, ähneln Entwicklungen in anderen europäischen Staaten.

Schweden erlebte eine vergleichbare Debatte über Aufnahmefähigkeit, Integration und Sicherheit. Österreich und die Niederlande entwickelten migrationskritische Parteien bereits früher. Dänemark verschärfte seine Migrationspolitik über Parteigrenzen hinweg. Polen und Ungarn verbanden Migration stärker mit nationaler Souveränität und kultureller Identität, obwohl sie zunächst wesentlich weniger außereuropäische Einwanderung erlebten.

Damit bestätigt der europäische Vergleich einen grundlegenden Befund:

Die politische Bedeutung von Migration ergibt sich nicht ausschließlich aus der tatsächlichen Zahl zugewanderter Menschen.

Entscheidend ist das Zusammenspiel aus **Zuwanderung, staatlicher Steuerungsfähigkeit, Integrationsleistung und gesellschaftlicher Wahrnehmung**.

Für Deutschland bedeutet dies, dass weder eine rein quantitative noch eine ausschließlich moralische Betrachtung ausreicht.

Migration berührt gleichzeitig humanitäre Verpflichtungen, Arbeitsmarkt, Demografie, kommunale Infrastruktur, Bildung, Wohnungsmarkt, innere Sicherheit und gesellschaftliche Zugehörigkeit.

Die politische Herausforderung besteht deshalb darin, diese unterschiedlichen Dimensionen in einer nachvollziehbaren Gesamtordnung miteinander zu verbinden.

Deutschland und die skandinavische Erfahrung

Besonders aufschlussreich ist der Vergleich mit den skandinavischen Demokratien.

Deutschland verfügt wie diese über einen entwickelten Sozialstaat, leistungsfähige staatliche Institutionen und eine grundsätzlich hohe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.

Auch dort zeigte sich jedoch, dass sozialstaatliche Stabilität migrationspolitische und kulturelle Konflikte nicht verhindert.

Dänemark reagierte darauf mit einer parteiübergreifend restriktiveren Migrationspolitik. Schweden korrigierte Teile seiner früheren Politik und verstärkte die Betonung von Integration und innerer Sicherheit.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Für Deutschland ergibt sich daraus keine Verpflichtung zur Übernahme einzelner Maßnahmen.

Der Vergleich zeigt jedoch, dass demokratische Systeme politische Wahrnehmungsveränderungen nicht dauerhaft ignorieren können.

Wenn erhebliche Teile der Bevölkerung den Eindruck gewinnen, staatliche Steuerung funktioniere in einem zentralen Politikfeld nicht ausreichend, kann aus einem Sachproblem ein umfassenderes Vertrauensproblem entstehen.

Die wirtschaftliche Transformation Deutschlands

Deutschland unterscheidet sich von vielen europäischen Staaten durch die außergewöhnlich hohe Bedeutung industrieller Wertschöpfung.

Automobilindustrie, Maschinenbau, Chemie, Elektrotechnik und zahlreiche mittelständische Unternehmen bilden einen wesentlichen Bestandteil wirtschaftlicher Stärke.

Gerade deshalb trifft die gegenwärtige Transformation das deutsche Wirtschaftsmodell besonders stark.

Dekarbonisierung, Digitalisierung, Elektromobilität, Energiepreise, geopolitische Veränderungen und wachsende internationale Konkurrenz verändern zentrale Grundlagen industrieller Produktion.

Damit ähnelt Deutschland teilweise Tschechien und der Slowakei, deren Wirtschaft ebenfalls stark in industrielle europäische Wertschöpfungsketten eingebunden ist.

Gleichzeitig besitzt Deutschland aufgrund seiner Größe eine besondere europäische Verantwortung.

Eine langfristige Schwächung der deutschen Industrie hätte nicht nur nationale Folgen.

Sie würde zahlreiche europäische Produktionsnetzwerke beeinflussen.

Wirtschaftliche Transformation Deutschlands ist deshalb zugleich europäische Transformation.

Transformation und die Wahrnehmung staatlicher Steuerungsfähigkeit

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Für die politische Stabilität ist nicht allein entscheidend, ob wirtschaftlicher Strukturwandel objektiv bewältigt werden kann.

Ebenso wichtig ist die gesellschaftliche Wahrnehmung seiner Steuerung.

Wenn Energiepolitik, Klimapolitik, Infrastruktur, Digitalisierung und Industriepolitik als widersprüchlich oder kurzfristig wahrgenommen werden, kann daraus ein umfassender Eindruck politischer Orientierungslosigkeit entstehen.

Damit verbindet sich die wirtschaftliche Transformation unmittelbar mit demokratischer Steuerungsfähigkeit.

Gerade eine Gesellschaft, die über Jahrzehnte wirtschaftliche Stabilität und administrative Leistungsfähigkeit gewohnt war, kann auf wahrgenommene Funktionsverluste besonders sensibel reagieren.

Deutschland unterscheidet sich damit von Staaten, in denen politische und wirtschaftliche Instabilität historisch häufiger erlebt wurde.

Hohe Erwartungen an den Staat können selbst zu einem politischen Risikofaktor werden, wenn staatliche Realität dauerhaft hinter ihnen zurückbleibt.

Ostdeutschland als besonderer europäischer Transformationsraum

Die größte Besonderheit Deutschlands im europäischen Vergleich liegt in der inneren Verbindung zweier unterschiedlicher Transformationsgeschichten.

Westdeutschland entwickelte seine demokratische Ordnung seit 1949 über Jahrzehnte kontinuierlich.

Ostdeutschland durchlief dagegen nach 1989 innerhalb kürzester Zeit einen vollständigen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systemwechsel.

Diese Erfahrung ähnelt in Teilen den Transformationsprozessen Polens, Tschechiens, der Slowakei und Ungarns.

Institutionen wurden verändert, Betriebe geschlossen oder privatisiert, Berufsbiografien unterbrochen und gesellschaftliche Statusordnungen neu geordnet.

Für viele Menschen bedeutete die Wiedervereinigung Freiheit und neue Möglichkeiten.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Gleichzeitig erzeugte der wirtschaftliche Strukturbruch erhebliche individuelle und regionale Verlusterfahrungen.

Diese unterschiedlichen Erfahrungen schließen sich nicht gegenseitig aus.

Gerade ihre Gleichzeitigkeit erklärt einen Teil der bis heute bestehenden politischen Unterschiede.

Transformationserfahrung und politische Anerkennung

Die ostdeutsche Entwicklung zeigt, dass wirtschaftliche Angleichung allein gesellschaftliche Transformation nicht vollständig abschließt.

Auch Anerkennung, biografische Erfahrung und gesellschaftlicher Status spielen eine Rolle.

Menschen können objektive Verbesserungen ihrer Lebensbedingungen anerkennen und gleichzeitig bestimmte Erfahrungen des Systemwechsels als Verlust oder Fremdbestimmung erinnern.

Politisch bedeutsam wird dies, wenn daraus der Eindruck entsteht, die eigene gesellschaftliche Erfahrung werde im nationalen politischen Diskurs nicht ausreichend berücksichtigt.

Damit entsteht eine Verbindung zwischen Transformation und Repräsentation.

Der stärkere Erfolg populistischer Parteien in Teilen Ostdeutschlands kann deshalb nicht durch einen einzigen Faktor erklärt werden.

Wirtschaftliche Struktur, Demografie, Abwanderung, geringere Parteibindung, Transformationsbiografien, Vertrauen in Institutionen und kulturelle Konflikte wirken zusammen.

Die ostdeutsche Entwicklung ist damit zugleich ein deutscher und ein mittelosteuropäischer Transformationsfall.

Regionale Ungleichgewichte jenseits von Ost und West

Gleichzeitig wäre es falsch, Deutschlands regionale Konflikte ausschließlich als Ost-West-Gegensatz zu interpretieren.

Auch innerhalb Westdeutschlands bestehen erhebliche Unterschiede zwischen prosperierenden Metropolregionen und strukturschwächeren Räumen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Ehemalige Industrieregionen, ländliche Gebiete und Regionen mit demografischem Rückgang stehen teilweise vor ähnlichen Herausforderungen.

Damit nähert sich Deutschland einem europaweiten Zentrum-Peripherie-Muster.

Großstädte und Hochschulregionen profitieren häufig stärker von Wissensökonomie, internationaler Vernetzung und kultureller Vielfalt.

Andere Regionen erleben Transformation stärker als Verlust bestehender wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Strukturen.

Diese Unterschiede können politische Einstellungen beeinflussen.

Regionale Entwicklungspolitik ist deshalb zunehmend auch Demokratiep Politik.

Föderalismus als Stärke und Steuerungsproblem

Deutschland unterscheidet sich von zentralistischeren Staaten wie Frankreich durch seine ausgeprägte föderale Struktur.

Bund, Länder und Kommunen teilen politische Verantwortung.

Diese Ordnung besitzt erhebliche demokratische Vorteile.

Politische Macht wird verteilt, regionale Unterschiede können berücksichtigt und Entscheidungen näher an gesellschaftlichen Realitäten getroffen werden.

Der Föderalismus bildet damit einen wichtigen Schutz gegen politische Machtkonzentration.

Gleichzeitig kann dieselbe Struktur politische Steuerung verlangsamen.

Unterschiedliche Zuständigkeiten erschweren Reformen, Verantwortlichkeiten werden für Bürger teilweise unübersichtlich und Verwaltungsverfahren können komplex werden.

Damit zeigt Deutschland exemplarisch ein grundlegendes demokratisches Spannungsverhältnis:

Machtteilung erhöht demokratische Kontrolle, kann aber politische Geschwindigkeit reduzieren.

In Zeiten schneller gesellschaftlicher Transformation wird diese Spannung besonders sichtbar.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Kommunen als Ort politischer Wirklichkeit

Für Deutschland besitzt die kommunale Ebene besondere Bedeutung.

Migration, Wohnungsbau, Schulen, Verkehr, soziale Infrastruktur und wirtschaftlicher Strukturwandel werden für Bürger häufig zuerst vor Ort sichtbar.

Damit entscheidet sich die Wahrnehmung staatlicher Leistungsfähigkeit nicht allein in Berlin.

Sie entsteht in Rathäusern, Schulen, Ausländerbehörden, Bürgerämtern, Verkehrssystemen und öffentlichen Räumen.

Diese kommunale Dimension verbindet Deutschland mit vielen europäischen Staaten, wird jedoch durch den deutschen Föderalismus besonders deutlich.

Wenn nationale Politik Entscheidungen trifft, deren praktische Folgen überwiegend von Ländern und Kommunen bewältigt werden müssen, können politische Verantwortlichkeit und tatsächliche Handlungsmöglichkeiten auseinanderfallen.

Dies kann Vertrauen belasten.

Demokratische Steuerungsfähigkeit muss deshalb vertikal gedacht werden: **europäisch, national, regional und kommunal.**

Deutschland und die europäische Schulden- und Integrationsfrage

Deutschland besitzt aufgrund seiner wirtschaftlichen Größe eine besondere Rolle innerhalb der Europäischen Union.

Während Griechenland und andere südeuropäische Staaten während der Staatsschuldenkrise Anpassungsdruck von europäischen Institutionen und Gläubigern erlebten, wurde Deutschland vielfach als zentraler Vertreter fiskalischer Stabilitätsanforderungen wahrgenommen.

Damit kann dieselbe europäische Politik national völlig unterschiedlich interpretiert werden.

Aus deutscher Perspektive können Haushaltsregeln als Voraussetzung gemeinsamer Stabilität erscheinen.

Aus südeuropäischer Perspektive können dieselben Regeln als Einschränkung demokratischer und wirtschaftspolitischer Handlungsspielräume wahrgenommen werden.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Dieser Perspektivwechsel ist für die deutsche Europapolitik entscheidend.

Deutschland ist innerhalb Europas nicht nur Mitgliedstaat.

Aufgrund seiner Größe beeinflusst es die politischen Handlungsspielräume anderer Mitgliedstaaten stärker als kleinere Staaten.

Deutschland zwischen nationaler Zurückhaltung und europäischer Führungsverantwortung

Die deutsche Geschichte hat nach 1945 eine politische Kultur hervorgebracht, die nationaler Machtpolitik lange mit besonderer Zurückhaltung begegnete.

Europäische Integration wurde zu einem zentralen Bestandteil deutscher Staatsräson.

Mit der wachsenden wirtschaftlichen und politischen Bedeutung Deutschlands entstand jedoch ein neues Spannungsverhältnis.

Andere europäische Staaten erwarten teilweise stärkere deutsche Führung.

Gleichzeitig kann deutsche Dominanz selbst Misstrauen hervorrufen.

Deutschland steht deshalb vor einem strukturellen europäischen Dilemma:

Zu wenig deutsche Führung kann als mangelnde Verantwortung erscheinen; zu starke deutsche Führung kann als Dominanz wahrgenommen werden.

Dieses Problem besitzt keine endgültige institutionelle Lösung.

Es erfordert eine Politik, die nationale Interessen mit europäischer Kooperationsfähigkeit verbindet.

Der russische Angriff auf die Ukraine und die deutsche Sicherheitsordnung

Der russische Großangriff auf die Ukraine seit 2022 veränderte auch die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik grundlegend.

Die jahrzehntelang bestehende Annahme, wirtschaftliche Verflechtung könne langfristig politische Annäherung fördern, wurde erheblich erschüttert.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Energieabhängigkeit von Russland wurde rückblickend zu einer strategischen Verwundbarkeit.

Damit entstand ein tiefgreifender außenpolitischer Lernprozess.

Im Vergleich zu Polen und den baltischen sowie nordischen Staaten wurde sichtbar, dass Bedrohungswahrnehmungen innerhalb Europas sehr unterschiedlich gewesen waren.

Staaten mit unmittelbarer historischer Erfahrung russischer beziehungsweise sowjetischer Herrschaft hatten Russland häufig wesentlich skeptischer beurteilt.

Deutschland muss deshalb nicht nur seine Sicherheitspolitik verändern.

Es muss zugleich europäische Perspektiven stärker in die eigene strategische Wahrnehmung integrieren.

Demokratische Institutionen und deutsche Resilienz

Trotz erheblicher gesellschaftlicher Konflikte verfügt Deutschland weiterhin über starke demokratische Institutionen.

Föderalismus, Bundesverfassungsgericht, unabhängige Gerichte, pluralistische Medien, starke Verbände, zivilgesellschaftliche Organisationen und unterschiedliche politische Machtzentren erschweren eine schnelle Konzentration politischer Macht.

Der Vergleich mit Ungarn verdeutlicht die Bedeutung dieser institutionellen Vielfalt.

Eine einzelne parlamentarische Mehrheit kann die politische Ordnung Deutschlands nicht ohne Weiteres grundlegend umgestalten.

Verfassungsänderungen erfordern breite Mehrheiten, föderale Institutionen begrenzen Zentralmacht und Gerichte besitzen erhebliche Kontrollmöglichkeiten.

Diese institutionelle Architektur bildet eine wichtige demokratische Sicherheitsstruktur.

Sie garantiert jedoch nicht automatisch gesellschaftliches Vertrauen.

Demokratische Institutionen können formal stabil bleiben, während gesellschaftliche Akzeptanz abnimmt.

Vertrauen als zentrale deutsche Transformationsfrage

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Damit rückt ein Problem in den Mittelpunkt, das sich durch nahezu alle bisherigen Kapitel zieht.

Deutschland leidet weniger unter einer unmittelbaren institutionellen Demokratiekrise als unter einer zunehmenden **Vertrauens- und Repräsentationsfrage**.

Wenn Bürger den Eindruck gewinnen, politische Probleme würden nicht ausreichend gelöst, politische Entscheidungen seien nicht nachvollziehbar oder gesellschaftliche Interessen würden ungleich berücksichtigt, kann Distanz entstehen.

Diese Distanz ist zunächst demokratisch normal.

Demokratie benötigt Kritik.

Problematisch wird sie, wenn aus Kritik die grundsätzliche Überzeugung entsteht, politische Institutionen seien nicht mehr fähig oder willens, gesellschaftliche Interessen fair zu verarbeiten.

Dann kann aus politischer Unzufriedenheit institutionelles Misstrauen werden.

Was Deutschland aus dem europäischen Vergleich lernen kann

Der europäische Vergleich zeigt keine einzelne politische Lösung, die Deutschland übernehmen könnte.

Gerade die Unterschiedlichkeit der untersuchten Staaten spricht gegen einfache Übertragungen.

Frankreich zeigt die Grenzen politischer Zentralisierung.

Italien zeigt die erstaunliche Widerstandsfähigkeit demokratischer Institutionen trotz hoher Parteivolatilität.

Österreich verdeutlicht die langfristigen Auswirkungen rechtspopulistischer Konkurrenz auf das gesamte Parteiensystem.

Die Niederlande zeigen, wie eine liberale Konsensdemokratie durch Migration und Fragmentierung verändert wird.

Polen demonstriert sowohl institutionelle Erosion als auch demokratische Gegenmobilisierung.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Ungarn zeigt die Gefahren langfristiger Machtkonzentration.

Tschechien und die Slowakei verdeutlichen unterschiedliche Entwicklungspfade trotz gemeinsamer historischer Ausgangslage.

Skandinavien zeigt, dass Wohlfahrtsstaat und gesellschaftliches Vertrauen politische Konflikte nicht verhindern, ihre demokratische Verarbeitung jedoch erleichtern können.

Süd- und Südosteuropa machen schließlich deutlich, wie wirtschaftliche Krisen, staatliche Entwicklung und europäische Integration demokratische Systeme unterschiedlich beeinflussen.

Aus all diesen Fällen ergibt sich keine europäische Standardlösung.

Es ergibt sich jedoch ein gemeinsames Muster.

Demokratien bleiben besonders stabil, wenn sie **gesellschaftliche Veränderungen früh wahrnehmen, politische Repräsentation anpassen, staatliche Handlungsfähigkeit erhalten und institutionelle Machtbegrenzung schützen.**

Deutschland als verdichteter europäischer Transformationsfall

Deutschland vereint ungewöhnlich viele der im europäischen Vergleich sichtbaren Entwicklungen innerhalb eines einzigen politischen Systems.

Es besitzt westeuropäische demokratische Kontinuität und osteuropäische Transformationserfahrung.

Es ist Einwanderungsland und alternde Gesellschaft.

Es verfügt über eine starke industrielle Basis und steht gleichzeitig vor tiefgreifender wirtschaftlicher Transformation.

Es besitzt einen leistungsfähigen Sozialstaat und wachsende Verteilungskonflikte.

Es ist föderal organisiert und zugleich zentraler Akteur europäischer Politik.

Sein Parteiensystem ist stabiler als das Frankreichs oder Italiens, aber deutlich fragmentierter als noch vor wenigen Jahrzehnten.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Es besitzt starke demokratische Institutionen und erlebt gleichzeitig wachsende Zweifel an politischer Steuerungsfähigkeit.

Gerade diese Gleichzeitigkeit macht Deutschland zu einem besonders verdichteten europäischen Transformationsfall.

Deutschland befindet sich nicht außerhalb der europäischen Transformation, sondern in ihrem Zentrum. Seine besondere Stärke liegt in einer vergleichsweise widerstandsfähigen institutionellen Ordnung. Seine zentrale Herausforderung besteht darin, diese institutionelle Stabilität mit neuer gesellschaftlicher Integrations- und politischer Steuerungsfähigkeit zu verbinden.

Der europäische Vergleich führt damit zu einer entscheidenden Schlussfolgerung. Deutschlands demokratische Zukunft hängt nicht davon ab, gesellschaftliche Veränderungen aufzuhalten oder frühere politische Verhältnisse wiederherzustellen. Die Gesellschaft der klassischen Volksparteien, stabilen Milieus, eindeutigen wirtschaftlichen Entwicklungspfade und vergleichsweise klaren politischen Konfliktlinien wird nicht zurückkehren.

Die entscheidende Aufgabe besteht deshalb darin, **unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen neue Formen politischer Integration zu entwickeln**. Parteien müssen heterogenere Interessen repräsentieren, staatliche Institutionen müssen komplexere Transformationsprozesse steuern, Kommunen müssen gesellschaftlichen Wandel praktisch bewältigen und demokratische Politik muss Konflikte offen benennen, ohne ihre Kompromissfähigkeit zu verlieren.

Damit schließt sich der Bogen dieses europäischen Vergleichs: **Die entscheidende Trennlinie verläuft nicht zwischen Gesellschaften mit und ohne Transformation. Alle europäischen Demokratien befinden sich im Wandel. Sie verläuft zwischen politischen Systemen, denen es gelingt, diesen Wandel innerhalb demokratischer Institutionen zu verarbeiten, und solchen, in denen ungelöste Transformationskonflikte zunehmend die Institutionen selbst verändern. Deutschland verfügt für den ersten Weg über starke Voraussetzungen – aber nicht über eine Garantie.**

Kapitel 101 – Gemeinsame und unterschiedliche europäische Transformationspfade

Der Vergleich der europäischen Demokratien zeigt ein zunächst widersprüchlich erscheinendes Bild. Nahezu alle untersuchten Staaten stehen unter dem Einfluss ähnlicher

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

gesellschaftlicher, wirtschaftlicher, demografischer und technologischer Veränderungen. Gleichzeitig unterscheiden sich ihre politischen Entwicklungspfade erheblich. Migration verändert gesellschaftliche Zusammensetzung und politische Konfliktlinien, Bevölkerungen altern, traditionelle industrielle Strukturen geraten unter Anpassungsdruck, Digitalisierung verändert Öffentlichkeit und politische Kommunikation, langfristige Parteibindungen werden schwächer und nationale politische Systeme stehen unter dem Einfluss europäischer und globaler Verflechtungen. Dennoch entstehen daraus weder identische Parteiensysteme noch vergleichbare Regierungsformen oder gleichartige Gefährdungen demokratischer Institutionen.

Damit bestätigt der europäische Vergleich eine zentrale Annahme dieser Studie: Gesellschaftliche Transformation erzeugt keine politisch vorbestimmten Ergebnisse. Zwischen struktureller Veränderung und politischer Wirkung liegen Wahrnehmung, gesellschaftliche Konfliktverarbeitung, Parteienwettbewerb, institutionelle Strukturen und politische Entscheidungen. Dieselbe Herausforderung kann deshalb in einem Staat zu einer programmatischen Anpassung etablierter Parteien, in einem anderen zum Aufstieg einer neuen Protestpartei und in einem dritten zu einem Konflikt über die institutionellen Grundlagen der Demokratie führen.

Europa ist deshalb weder ein einheitlicher politischer Transformationsraum noch eine bloße Ansammlung nationaler Sonderfälle. Es bildet vielmehr ein gemeinsames Wirkungsgefüge, innerhalb dessen ähnliche Transformationskräfte auf unterschiedliche historische und institutionelle Voraussetzungen treffen.

Europäische Transformation folgt keinem gemeinsamen politischen Endpunkt. Gemeinsame strukturelle Veränderungen erzeugen unterschiedliche politische Folgen, weil Gesellschaften sie durch verschiedene historische Erfahrungen, institutionelle Ordnungen, Parteiensysteme und politische Konfliktkulturen verarbeiten.

Gemeinsame Kräfte – unterschiedliche politische Wirkungen

Die bisherigen Länderanalysen zeigen zunächst eine bemerkenswerte Gemeinsamkeit der grundlegenden Veränderungsprozesse. Demografischer Wandel betrifft nahezu alle europäischen Gesellschaften. Migration und kulturelle Pluralisierung verändern gesellschaftliche Zusammensetzung. Wirtschaftliche Globalisierung und technologische Entwicklung stellen traditionelle Produktions- und Beschäftigungsstrukturen infrage. Urbanisierung verstärkt Unterschiede zwischen prosperierenden Zentren und peripheren Regionen. Digitalisierung verändert politische Öffentlichkeit, während klassische Medien ihre frühere Bündelungsfunktion teilweise verlieren.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Auch die gesellschaftlichen Voraussetzungen politischer Repräsentation verändern sich europaweit. Traditionelle soziale Milieus verlieren an Geschlossenheit. Gewerkschaften, Kirchen, Verbände und andere gesellschaftliche Großorganisationen besitzen nicht mehr überall dieselbe Bindungskraft wie im 20. Jahrhundert. Individuelle Lebensentwürfe werden vielfältiger und politische Identitäten beweglicher.

Damit verändern sich zugleich die Parteiensysteme.

Die klassischen Volks-, Mitte- und sozialdemokratischen Parteien können gesellschaftliche Interessen nicht mehr in derselben Weise bündeln wie in der Nachkriegsordnung. Frankreich zeigt eine besonders weitreichende Auflösung traditioneller Parteienstrukturen. Italien hat wiederholt grundlegende Neuordnungen seines Parteiensystems erlebt. In den Niederlanden ist Fragmentierung nahezu zum Normalzustand geworden. Österreich zeigt die dauerhafte Etablierung rechtspopulistischer Konkurrenz. In Skandinavien wurden migrationskritische Parteien Teil der parlamentarischen Normalität. Deutschland erlebt ebenfalls eine zunehmende Fragmentierung.

Diese Gemeinsamkeiten bedeuten jedoch nicht, dass Europa auf ein einheitliches Parteiensystem zuläuft.

Vielmehr entsteht eine gemeinsame **Transformation politischer Repräsentation**, deren nationale Ergebnisse unterschiedlich bleiben.

Der Verlust der alten politischen Integrationsordnung

Ein besonders grundlegender europäischer Transformationsprozess liegt in der Schwächung jener gesellschaftlichen Strukturen, die politische Konflikte früher langfristig organisierten.

Arbeiterbewegung, konfessionelle Milieus, bäuerliche Interessenorganisationen und bürgerliche Sozialmilieus ermöglichten über Jahrzehnte relativ stabile politische Zugehörigkeiten. Parteien waren nicht nur Wahlorganisationen. Sie waren Bestandteile umfassender gesellschaftlicher Netzwerke.

Diese Verbindung wird schwächer.

Damit verschwindet politische Integration nicht, aber sie verändert ihre Form.

Wähler entscheiden kurzfristiger, themenbezogener und häufiger zwischen unterschiedlichen Parteien. Neue politische Konflikte können schneller entstehen und bestehende Parteien unter Anpassungsdruck setzen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Das Ergebnis ist ein grundlegender Wandel:

Politische Stabilität entsteht weniger durch dauerhafte Parteibindung und stärker durch die Fähigkeit wechselnder politischer Akteure, immer wieder neue gesellschaftliche Mehrheiten und Koalitionen herzustellen.

Damit steigt die Bedeutung politischer Vermittlungsfähigkeit.

Parteien müssen gesellschaftliche Unterschiede nicht mehr nur repräsentieren. Sie müssen unter Bedingungen größerer Fragmentierung politische Handlungsfähigkeit organisieren.

Migration als gemeinsamer Konflikt mit unterschiedlichen nationalen Bedeutungen

Kaum ein Politikfeld verdeutlicht die Verbindung gemeinsamer europäischer Entwicklung und nationaler Unterschiedlichkeit stärker als Migration.

Frankreich verbindet Migration mit republikanischem Integrationsverständnis, Laizität und Problemen sozialräumlicher Segregation. Die Niederlande diskutieren Migration teilweise im Verhältnis zu einer liberalen gesellschaftlichen Identität. Dänemark verbindet einen starken Wohlfahrtsstaat mit restriktiver Migrationspolitik. Schweden korrigierte nach hoher Zuwanderung Teile seines früheren migrationspolitischen Ansatzes. Österreich erlebt migrationskritische Parteienkonkurrenz bereits seit Jahrzehnten.

Polen und Ungarn wiederum zeigen, dass Migration auch dort erhebliche politische Mobilisierung erzeugen kann, wo die tatsächliche außereuropäische Zuwanderung zunächst wesentlich geringer war. Dort verband sich das Thema besonders stark mit nationaler Souveränität und kultureller Selbstbestimmung.

Deutschland steht zwischen mehreren dieser Entwicklungsmuster. Als großes Einwanderungsland muss es humanitäre Verantwortung, Arbeitskräftebedarf, Integrationsfähigkeit, kommunale Belastungen und gesellschaftliche Akzeptanz miteinander verbinden.

Der europäische Vergleich widerlegt damit einfache quantitative Erklärungen.

Nicht die Zahl zugewanderter Menschen allein bestimmt politische Reaktionen.

Entscheidend ist die Kombination aus tatsächlicher Migration, staatlicher Steuerung, Integrationsleistung, gesellschaftlicher Erfahrung und politischer Interpretation.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Demografie als stille gemeinsame Transformation

Während Migration hohe politische Aufmerksamkeit erzeugt, verändert der demografische Wandel Europa wesentlich langsamer, aber möglicherweise tiefgreifender.

Nahezu alle europäischen Gesellschaften altern.

In Teilen Mittel-, Ost- und Südosteuropas verbindet sich niedrige Geburtenrate zusätzlich mit erheblicher Abwanderung.

Dadurch entstehen unterschiedliche demografische Belastungsmuster.

Westeuropäische Staaten können Teile ihres Arbeitskräftebedarfs durch Migration ausgleichen, müssen dafür jedoch größere Integrationsleistungen erbringen. Staaten mit hoher Abwanderung verlieren dagegen teilweise gerade jene jüngeren und qualifizierten Bevölkerungsgruppen, die für wirtschaftliche Entwicklung und soziale Sicherung besonders wichtig wären.

Damit entsteht ein gesamteuropäischer Zusammenhang.

Migration innerhalb Europas kann demografische Probleme einzelner Staaten lindern und gleichzeitig jene anderer Regionen verschärfen.

Demografische Transformation ist deshalb keine ausschließlich nationale Frage.

Sie verändert langfristig das wirtschaftliche und politische Kräfteverhältnis innerhalb Europas.

Wirtschaftliche Transformation und unterschiedliche Verwundbarkeiten

Auch wirtschaftlicher Strukturwandel wirkt europaweit, trifft jedoch auf sehr unterschiedliche Wirtschaftsmodelle.

Deutschland, Tschechien und die Slowakei sind stark industriell geprägt und besonders von der Transformation industrieller Produktion betroffen. Italien verbindet industrielle Stärke einzelner Regionen mit erheblichen territorialen Ungleichgewichten. Südeuropäische Staaten besitzen andere sektorale Strukturen und haben teilweise noch die langfristigen Folgen der Finanz- und Staatsschuldenkrise zu bewältigen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Skandinavische Staaten verbinden technologische Modernisierung mit leistungsfähigen Wohlfahrtsstaaten. Norwegen besitzt zusätzlich eine besondere Abhängigkeit von fossilen Energieexporten bei gleichzeitig ambitionierter Klimapolitik.

Damit existiert keine einheitliche europäische Transformationsökonomie.

Die ökologische und technologische Modernisierung erzeugt Gewinner und Verlierer zwischen Staaten, innerhalb von Staaten und zwischen unterschiedlichen Wirtschaftssektoren.

Politisch entscheidend ist deshalb weniger, ob Transformation stattfindet.

Entscheidend ist, **wie ihre Kosten, Risiken und Chancen verteilt werden.**

Wo wirtschaftlicher Wandel mit neuen Zukunftsperspektiven verbunden wird, kann Transformation gesellschaftliche Zustimmung gewinnen.

Wo dagegen der Eindruck entsteht, bestehende Sicherheit werde aufgegeben, ohne dass eine erkennbare neue Ordnung entsteht, wächst politischer Widerstand.

Die räumliche Dimension der europäischen Transformation

Nahezu alle Länderanalysen haben eine weitere Gemeinsamkeit sichtbar gemacht: die zunehmende politische Bedeutung räumlicher Unterschiede.

Metropolregionen sind häufig jünger, internationaler, wirtschaftlich dynamischer und gesellschaftlich vielfältiger. Ländliche Räume und kleinere Städte besitzen andere Wirtschaftsstrukturen, demografische Entwicklungen und gesellschaftliche Erfahrungen.

Frankreich zeigt die politische Spannung zwischen Paris und peripheren Regionen. Die Niederlande erleben Konflikte zwischen urbanen Zentren und landwirtschaftlich geprägten Gebieten. Polen und Ungarn weisen deutliche Unterschiede zwischen großen Städten und ländlicheren Regionen auf. Deutschland besitzt neben dem Ost-West-Gegensatz ebenfalls erhebliche Unterschiede zwischen prosperierenden Metropolen und strukturschwächeren Räumen.

Damit entsteht eine neue politische Geografie.

Traditionelle Klassenkonflikte verschwinden nicht, werden jedoch zunehmend durch räumliche Konflikte überlagert.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Wohnort beeinflusst Zugang zu Arbeitsplätzen, Infrastruktur, Bildung, öffentlichem Verkehr, medizinischer Versorgung und kulturellen Angeboten.

Dadurch kann Region selbst zu einer politischen Erfahrungskategorie werden.

Wenn Menschen den Eindruck gewinnen, ihre Region verliere dauerhaft wirtschaftliche und politische Bedeutung, kann daraus gesellschaftliche Entfremdung entstehen.

Regionalpolitik wird damit zu einem Bestandteil demokratischer Stabilität.

Populismus als gemeinsame Reaktion auf unterschiedliche Konflikte

Populistische Parteien haben sich in zahlreichen europäischen Staaten etabliert.

Ihre konkrete ideologische Ausrichtung unterscheidet sich jedoch erheblich.

Rechtspopulistische Parteien verbinden häufig Migration, nationale Identität, Sicherheit und Souveränität. Linkspopulistische Bewegungen mobilisieren stärker über soziale Ungleichheit, wirtschaftliche Eliten und Kritik an Austerität. Andere Bewegungen verbinden unterschiedliche Elemente miteinander.

Gemeinsam ist häufig eine politische Konfliktlogik, in der gesellschaftliche Komplexität auf einen Gegensatz zwischen Bevölkerung und politischem Establishment reduziert wird.

Der Erfolg populistischer Parteien verweist deshalb auf Repräsentationsprobleme.

Sie können Themen sichtbar machen, die von etablierten Parteien unterschätzt wurden.

Damit besitzen sie innerhalb demokratischer Konkurrenz potenziell eine Korrekturfunktion.

Problematisch wird populistische Politik dort, wo aus Kritik an politischen Eliten eine grundsätzliche Delegitimierung pluralistischer Institutionen entsteht.

Der europäische Vergleich zeigt genau diese Unterschiede.

In Skandinavien, Österreich oder den Niederlanden wurden populistische beziehungsweise migrationskritische Kräfte auf unterschiedliche Weise in parlamentarische Konkurrenz einbezogen, ohne dass daraus zwangsläufig eine grundlegende Veränderung demokratischer Institutionen entstand.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Ungarn zeigt dagegen, wie eine langfristig dominante politische Kraft institutionelle Regeln selbst verändern kann.

Damit ist nicht der Populismus als solcher der entscheidende Trennfaktor.

Entscheidend ist sein Verhältnis zur institutionellen Machtbegrenzung.

Rechtsverschiebung ist nicht gleich demokratische Erosion

Dieser Unterschied gehört zu den wichtigsten Ergebnissen des europäischen Vergleichs.

Politische Gesellschaften können sich in einzelnen Fragen nach rechts bewegen, ohne ihre demokratische Ordnung aufzugeben.

Restriktivere Migrationspolitik, stärkere Betonung nationaler Identität, höhere Bedeutung innerer Sicherheit oder konservativere gesellschaftspolitische Positionen sind zunächst Bestandteile legitimer demokratischer Konkurrenz.

Demokratische Erosion beginnt auf einer anderen Ebene.

Sie entsteht, wenn politische Mehrheiten versuchen, Gerichte dauerhaft zu kontrollieren, Medienpluralismus strukturell einzuschränken, Wahlregeln einseitig zu verändern oder staatliche Ressourcen zur langfristigen Absicherung eigener Macht einzusetzen.

Diese analytische Trennung ist entscheidend.

Ohne sie würden politische Richtungswechsel vorschnell als Demokratiegefährdung interpretiert.

Gleichzeitig würden tatsächliche institutionelle Veränderungen unterschätzt, wenn Demokratie ausschließlich an der Existenz von Wahlen gemessen würde.

Die entscheidende Grenze verläuft nicht zwischen linker und rechter Politik, sondern zwischen politischem Richtungswechsel innerhalb demokratischer Regeln und der Veränderung dieser Regeln zugunsten dauerhafter politischer Macht.

Institutionen als Übersetzer gesellschaftlicher Transformation

Die unterschiedlichen europäischen Entwicklungspfade lassen sich deshalb wesentlich durch institutionelle Strukturen erklären.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Frankreich besitzt einen starken Zentralstaat und ein präsidentiell geprägtes Regierungssystem. Deutschland verteilt politische Macht föderal und verfügt über zahlreiche institutionelle Vetopunkte. Die Niederlande und skandinavische Staaten sind stärker von parlamentarischer Koalitions- und Konsenskultur geprägt. Italien verbindet häufige Regierungswechsel mit bemerkenswerter institutioneller Kontinuität.

Diese Unterschiede verändern die politische Wirkung gesellschaftlicher Konflikte.

Ein stark zentralisiertes System kann Entscheidungen schneller treffen, konzentriert jedoch zugleich politische Verantwortung.

Ein föderales System verteilt Macht und ermöglicht regionale Differenzierung, kann aber politische Entscheidungen verlangsamen.

Konsenssysteme integrieren unterschiedliche Interessen, können jedoch Verantwortlichkeiten unübersichtlicher machen.

Keines dieser Modelle ist grundsätzlich überlegen.

Jede institutionelle Ordnung besitzt eigene Stärken und eigene Verwundbarkeiten.

Entscheidend ist ihre Anpassungsfähigkeit unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen.

Historische Erfahrung als politischer Deutungsrahmen

Auch Geschichte wirkt weiterhin auf gegenwärtige Politik.

Polens starke Sensibilität gegenüber nationaler Souveränität lässt sich ohne die Erfahrungen von Teilungen, Besatzung und sowjetischer Dominanz kaum verstehen. Ungarns politische Identität wird ebenfalls durch historische Erfahrungen nationaler Fremdbestimmung geprägt.

Deutschland interpretiert nationale Macht aufgrund seiner Geschichte anders als viele seiner Nachbarn. Frankreich besitzt wiederum eine starke republikanische und zentralstaatliche Tradition. Staaten des ehemaligen Jugoslawiens tragen Erfahrungen von Krieg, ethnischen Konflikt und Staatszerfall.

Geschichte bestimmt politische Entwicklung nicht.

Sie beeinflusst jedoch, wie aktuelle Ereignisse interpretiert werden.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Dieselbe europäische Entscheidung kann deshalb in unterschiedlichen Staaten völlig unterschiedliche historische Bedeutungen erhalten.

Europäische Politik muss diese unterschiedlichen Erinnerungshorizonte berücksichtigen, wenn gemeinsame Entscheidungen gesellschaftliche Legitimität erhalten sollen.

Europäische Integration zwischen Schutz und Kontrollverlust

Auch die Europäische Union besitzt eine doppelte Wirkung innerhalb des Transformationsprozesses.

Für viele Staaten Mittel-, Ost- und Südeuropas war europäische Integration ein entscheidender Modernisierungs- und Stabilitätsfaktor.

Binnenmarkt, Freizügigkeit, Investitionen, Förderprogramme und gemeinsame Rechtsstandards haben erhebliche wirtschaftliche und institutionelle Entwicklung ermöglicht.

Gleichzeitig begrenzt europäische Integration nationale Handlungsspielräume.

Je stärker politische Kompetenzen geteilt werden, desto schwieriger kann demokratische Verantwortungszuweisung werden.

Bürger wählen nationale Regierungen, während zahlreiche Entscheidungen innerhalb komplexer europäischer Verhandlungsstrukturen entstehen.

Daraus kann ein Wahrnehmungsproblem entstehen:

Europa erhöht reale gemeinsame Handlungsfähigkeit und kann gleichzeitig subjektiv als Verlust nationaler Kontrolle erlebt werden.

Diese Spannung gehört zu den grundlegenden europäischen Transformationskonflikten.

Unterschiedliche Pfade demokratischer Verarbeitung

Aus dem bisherigen Vergleich lassen sich keine starren Länderkategorien ableiten. Dafür sind politische Systeme zu dynamisch und nationale Entwicklungen zu vielschichtig. Dennoch werden unterschiedliche Formen demokratischer Verarbeitung sichtbar.

Einige Staaten verarbeiten Transformation vor allem durch **Parteienfragmentierung und neue Koalitionen**.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Andere reagieren stärker durch **programmatische Verschiebungen etablierter Parteien**.

Wieder andere erleben **starke populistische Mobilisierung**, ohne dass demokratische Institutionen grundsätzlich verändert werden.

In einzelnen Fällen geht gesellschaftliche Polarisierung dagegen in **institutionelle Transformation** über.

Diese Pfade können sich verändern.

Ein Staat kann von einem Entwicklungsmuster in ein anderes wechseln.

Gerade deshalb wäre es falsch, Länder dauerhaft als stabil oder instabil zu klassifizieren.

Demokratische Stabilität ist kein unveränderlicher Zustand.

Sie ist das Ergebnis fortlaufender politischer Verarbeitung.

Keine einfache Ost-West-Trennung

Der europäische Vergleich widerlegt zugleich eine vereinfachte Gegenüberstellung zwischen stabilen westlichen und gefährdeten östlichen Demokratien.

Ungarn zeigt erhebliche institutionelle Veränderungen, doch Polen demonstrierte zugleich demokratische Gegenmobilisierung und Machtwechsel. Tschechien weist trotz populistischer Parteienkonkurrenz eine vergleichsweise hohe institutionelle Stabilität auf.

Gleichzeitig erleben Frankreich, Italien, die Niederlande und andere westeuropäische Staaten erhebliche Parteienfragmentierung, populistische Mobilisierung und gesellschaftliche Polarisierung.

Die Unterschiede innerhalb Ost- und Westeuropas sind deshalb teilweise ebenso groß wie zwischen beiden Regionen.

Historische Transformationserfahrungen bleiben relevant.

Sie erklären jedoch nicht allein die Gegenwart.

Europa entwickelt sich zunehmend entlang mehrerer gleichzeitig wirkender Konfliktlinien: wirtschaftlich, kulturell, regional, demografisch, geopolitisch und institutionell.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Demokratische Resilienz als Anpassungsfähigkeit

Aus dem europäischen Vergleich ergibt sich schließlich ein erweitertes Verständnis demokratischer Resilienz.

Resiliente Demokratien sind nicht jene Gesellschaften, in denen wenig Konflikt besteht.

Sie sind auch nicht jene Systeme, in denen traditionelle Parteien dauerhaft an der Macht bleiben.

Demokratische Resilienz zeigt sich vielmehr darin, ob ein politisches System Veränderungen aufnehmen kann, ohne seine grundlegenden demokratischen Regeln zu verlieren.

Dazu gehören mehrere miteinander verbundene Fähigkeiten:

gesellschaftliche Probleme frühzeitig wahrzunehmen, neue Interessen politisch zu repräsentieren, Regierungswechsel zu ermöglichen, unabhängige Institutionen zu erhalten, staatliche Handlungsfähigkeit zu sichern und gesellschaftliche Konflikte innerhalb eines gemeinsamen demokratischen Rahmens auszutragen.

Damit verbindet demokratische Resilienz **Stabilität und Veränderungsfähigkeit**.

Eine Demokratie, die sich nicht verändern kann, wird langfristig ebenso verwundbar wie eine Demokratie, deren Institutionen jeder politischen Mehrheit ohne ausreichende Begrenzung zur Verfügung stehen.

Demokratische Stabilität bedeutet nicht institutionelle Unbeweglichkeit. Sie entsteht aus der Fähigkeit, politische Veränderungen zu ermöglichen, ohne die Regeln fairer Konkurrenz, rechtsstaatlicher Begrenzung und pluralistischer Repräsentation aufzugeben.

Der europäische Vergleich führt damit die bisherigen Analysen zusammen. Migration, demografischer Wandel, wirtschaftliche Transformation, regionale Ungleichheit, Digitalisierung und kulturelle Pluralisierung bilden gemeinsame strukturelle Kräfte. Ihre politische Wirkung entsteht jedoch erst durch das Zusammenspiel mit gesellschaftlicher Wahrnehmung, Parteienwettbewerb, historischen Erfahrungen und institutionellen Strukturen.

Europa besitzt deshalb **gemeinsame Transformationsbedingungen, aber unterschiedliche Transformationspfade**.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Gerade darin liegt die entscheidende Erkenntnis dieses Teils der Studie. Die Zukunft europäischer Demokratien entscheidet sich nicht daran, ob gesellschaftlicher Wandel stattfindet – dieser Wandel ist längst Realität. Sie entscheidet sich daran, ob demokratische Systeme ihre politischen Vermittlungs- und Steuerungsstrukturen schnell genug an veränderte gesellschaftliche Bedingungen anpassen können.

Damit wird zugleich der Übergang zur nächsten analytischen Ebene vorbereitet: **Wenn vergleichbare Transformationskräfte unter unterschiedlichen institutionellen Bedingungen so verschiedene politische Ergebnisse hervorbringen, muss genauer untersucht werden, welche Mechanismen zwischen gesellschaftlicher Veränderung, politischer Wahrnehmung, Repräsentation, staatlicher Steuerungsfähigkeit und demokratischer Stabilität vermitteln.**

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Kapitel 102 – Politische Institutionen in einer veränderten Gesellschaft

Politische Institutionen gehören zu den stabilsten Elementen demokratischer Ordnungen. Verfassungen, Parlamente, Regierungen, Parteien, Verwaltungen, Gerichte, föderale Strukturen und kommunale Selbstverwaltung verändern sich gewöhnlich wesentlich langsamer als die Gesellschaften, in denen sie wirken. Gerade diese Beständigkeit ist eine ihrer wichtigsten Funktionen. Demokratie benötigt Regeln und Verfahren, die nicht mit jeder politischen Stimmung oder gesellschaftlichen Veränderung neu ausgehandelt werden müssen.

Doch institutionelle Stabilität kann unter Bedingungen tiefgreifender gesellschaftlicher Transformation zu einem Spannungsverhältnis führen. Gesellschaften verändern sich schneller als ihre politischen Organisationsformen. Arbeitswelten werden flexibler, Lebensentwürfe vielfältiger, traditionelle Milieus schwächer, Migration verändert gesellschaftliche Zusammensetzung, Digitalisierung beschleunigt Kommunikation und wirtschaftliche sowie geopolitische Entwicklungen erhöhen den politischen Entscheidungsdruck. Gleichzeitig bleiben viele institutionelle Verfahren, Zuständigkeiten und Entscheidungsstrukturen weitgehend bestehen.

Damit entsteht eine zentrale Herausforderung moderner Demokratien: Institutionen müssen stabil genug sein, um demokratische Kontinuität zu gewährleisten, und gleichzeitig

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

anpassungsfähig genug, um eine veränderte Gesellschaft wirksam zu repräsentieren und zu steuern.

Demokratische Institutionen müssen zwei scheinbar gegensätzliche Anforderungen miteinander verbinden: Sie müssen dauerhaft genug sein, um politische Macht zu begrenzen, und flexibel genug, um gesellschaftlichen Wandel aufzunehmen. Institutionelle Stabilität ohne Anpassungsfähigkeit kann ebenso problematisch werden wie Veränderung ohne institutionelle Begrenzung.

Die wachsende Geschwindigkeit gesellschaftlicher Veränderung

Die institutionellen Ordnungen vieler europäischer Demokratien entstanden unter gesellschaftlichen Bedingungen, die sich inzwischen erheblich verändert haben. Die Nachkriegsdemokratien waren stärker durch stabile Erwerbsbiografien, relativ klar abgegrenzte soziale Milieus, langfristige Parteibindungen und national organisierte politische Öffentlichkeiten geprägt.

Politische Institutionen konnten sich auf vergleichsweise dauerhafte gesellschaftliche Strukturen beziehen.

Diese Voraussetzungen werden schwächer.

Gesellschaftliche Interessen differenzieren sich stärker aus. Politische Konflikte entstehen gleichzeitig entlang wirtschaftlicher, kultureller, regionaler, ökologischer und identitätspolitischer Linien. Menschen können in unterschiedlichen Politikfeldern Positionen vertreten, die sich nicht mehr eindeutig in ein traditionelles Links-Rechts-Schema einordnen lassen.

Gleichzeitig erhöht Digitalisierung die Geschwindigkeit gesellschaftlicher Kommunikation. Politische Ereignisse können innerhalb weniger Stunden enorme Aufmerksamkeit erzeugen. Erwartungen an politische Reaktionen entstehen nahezu unmittelbar.

Institutionelle Entscheidungsprozesse funktionieren dagegen weiterhin nach anderen Zeitlogiken.

Gesetze müssen vorbereitet, Zuständigkeiten geklärt, Interessen angehört, parlamentarische Verfahren durchgeführt und rechtliche Folgen geprüft werden.

Damit entsteht eine wachsende Differenz zwischen **gesellschaftlicher Kommunikationsgeschwindigkeit und institutioneller Entscheidungsgeschwindigkeit**.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Diese Differenz wird häufig als politisches Versagen interpretiert, obwohl sie teilweise aus der demokratischen Ordnung selbst entsteht.

Demokratische Langsamkeit als Schutz und Belastung

Demokratische Verfahren sind bewusst nicht vollständig auf Geschwindigkeit ausgerichtet.

Parlamentarische Beratung, Opposition, föderale Beteiligung, gerichtliche Kontrolle und öffentliche Diskussion verlangsamen politische Entscheidungen.

Diese Langsamkeit besitzt eine Schutzfunktion.

Sie verhindert, dass kurzfristige Mehrheiten politische Ordnungen beliebig verändern können. Sie ermöglicht Korrektur, zwingt zu Begründungen und begrenzt Macht.

Unter Krisenbedingungen kann dieselbe Struktur jedoch als Handlungshemmnis erscheinen.

Pandemien, Energiekrisen, Migration, militärische Konflikte, technologische Umbrüche oder wirtschaftliche Schocks erzeugen Erwartungen schneller politischer Reaktion.

Damit entsteht ein strukturelles demokratisches Dilemma:

Je größer der gesellschaftliche Veränderungsdruck, desto stärker wird schnelle politische Handlungsfähigkeit erwartet. Je schneller politische Entscheidungen getroffen werden, desto größer kann jedoch die Gefahr werden, demokratische Beteiligung, Kontrolle und sorgfältige Folgenabschätzung zu verkürzen.

Moderne Demokratien müssen deshalb nicht einfach schneller werden.

Sie müssen lernen, unterschiedliche Entscheidungsgeschwindigkeiten institutionell miteinander zu verbinden.

Parlamente zwischen Repräsentation und Entscheidungsdruck

Parlamente bilden das Zentrum repräsentativer Demokratie. Ihre Aufgabe besteht nicht nur darin, Gesetze zu beschließen. Sie sollen gesellschaftliche Interessen sichtbar machen, politische Alternativen formulieren, Regierungshandeln kontrollieren und öffentliche Konflikte in institutionelle Verfahren überführen.

Gerade diese Repräsentationsfunktion wird unter Bedingungen gesellschaftlicher Fragmentierung schwieriger.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Wenn traditionelle soziale Milieus schwächer werden und politische Einstellungen stärker wechseln, können Abgeordnete und Parteien nicht mehr auf dieselben stabilen gesellschaftlichen Bindungen zurückgreifen.

Gleichzeitig steigt die Komplexität politischer Entscheidungen.

Klimapolitik berührt Energie, Industrie, Verkehr, soziale Verteilung und internationale Wettbewerbsfähigkeit. Migration betrifft Außenpolitik, Grenzschutz, Asylrecht, Arbeitsmarkt, Kommunen, Schulen, Wohnungsmarkt und Integration. Digitalisierung verbindet Wirtschaftspolitik, Datenschutz, Sicherheit, Bildung und demokratische Öffentlichkeit.

Politische Entscheidungen überschreiten damit zunehmend traditionelle Ressortgrenzen.

Parlamente müssen folglich komplexere Wirkungszusammenhänge verarbeiten, während öffentliche Kommunikation häufig stärkere Vereinfachung verlangt.

Die Herausforderung besteht darin, **Komplexität politisch verständlich zu machen, ohne sie sachlich zu verfälschen.**

Parteien als Verbindung zwischen Gesellschaft und Institutionen

Parteien besitzen innerhalb dieser Entwicklung eine Schlüsselstellung.

Sie stehen zwischen Gesellschaft und Staat.

Ihre klassische Aufgabe besteht darin, gesellschaftliche Interessen aufzunehmen, zu politischen Programmen zu bündeln, Personal auszuwählen und politische Mehrheiten zu organisieren.

Die Transformation der Parteiensysteme zeigt jedoch, dass diese Vermittlungsfunktion schwieriger geworden ist.

Parteien verfügen über weniger dauerhafte gesellschaftliche Bindungen. Mitgliedschaften sind geringer als in früheren Jahrzehnten, traditionelle Vorfeldorganisationen verlieren teilweise an Bedeutung und politische Mobilisierung findet zunehmend außerhalb klassischer Parteistrukturen statt.

Gleichzeitig müssen Parteien immer heterogenere gesellschaftliche Interessen zusammenführen.

Dadurch entsteht eine paradoxe Entwicklung.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Gerade weil Gesellschaften fragmentierter werden, benötigen Demokratien stärkere politische Integrationsleistungen. Gleichzeitig werden jene Organisationen schwächer, die diese Integrationsleistung traditionell erbracht haben.

Das Problem moderner Parteien besteht deshalb nicht nur darin, Wahlen zu gewinnen.

Sie müssen neue Formen gesellschaftlicher Verbindung entwickeln.

Regierungen zwischen politischer Führung und komplexer Koordination

Auch Regierungen stehen unter veränderten Bedingungen.

Moderne politische Probleme überschreiten zunehmend die Zuständigkeit einzelner Ministerien und staatlicher Ebenen. Entscheidungen müssen zwischen Ressorts, Bund, Ländern, Kommunen, europäischen Institutionen und teilweise internationalen Organisationen koordiniert werden.

Dadurch wächst der Abstimmungsbedarf.

Gleichzeitig erwartet die Öffentlichkeit klare politische Verantwortlichkeit.

Dieser Gegensatz ist strukturell schwer aufzulösen.

Je komplexer politische Entscheidungen tatsächlich entstehen, desto schwieriger wird es, eine einzelne Institution oder Person eindeutig verantwortlich zu machen.

Politische Kommunikation versucht deshalb häufig, komplexe Entscheidungsprozesse stärker zu personalisieren.

Regierungschefs werden zu zentralen politischen Symbolfiguren.

Diese Personalisierung kann Orientierung schaffen, birgt jedoch die Gefahr, Erwartungen an individuelle politische Steuerungsfähigkeit zu erzeugen, die institutionell kaum erfüllbar sind.

Demokratische Führung besteht deshalb zunehmend darin, **Koordination sichtbar zu organisieren und gleichzeitig politische Verantwortung nachvollziehbar zu machen.**

Verwaltung als unterschätzte demokratische Institution

Für Bürger zeigt sich staatliche Handlungsfähigkeit häufig weniger im Parlament als in der Verwaltung.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Ob ein Pass beantragt, eine Baugenehmigung erteilt, eine Schule ausgestattet, eine Sozialleistung ausgezahlt oder ein Unternehmen gegründet werden kann, prägt die konkrete Wahrnehmung des Staates.

Damit besitzt Verwaltungsfähigkeit unmittelbare demokratische Bedeutung.

Ein Staat kann politisch ambitionierte Programme beschließen und dennoch Vertrauen verlieren, wenn deren praktische Umsetzung nicht funktioniert.

Gerade Deutschland zeigt dieses Problem besonders deutlich. Föderale Zuständigkeiten, unterschiedliche Verwaltungsstrukturen, Personalmangel und teilweise langsame Digitalisierung können politische Umsetzung erschweren.

Dabei sollte Bürokratie nicht grundsätzlich als Gegenbegriff zu politischer Handlungsfähigkeit verstanden werden.

Rechtsstaatliche Verwaltung benötigt Verfahren.

Dokumentation, Gleichbehandlung, Rechtsschutz und nachvollziehbare Entscheidungen sind wesentliche Bestandteile demokratischer Staatlichkeit.

Das Problem entsteht nicht durch Regeln an sich.

Es entsteht dort, wo Regeln ihre ursprüngliche Schutzfunktion verlieren und durch unnötige Komplexität politische und gesellschaftliche Handlungsfähigkeit behindern.

Verwaltungsmodernisierung muss deshalb **Effizienz und Rechtsstaatlichkeit gleichzeitig** erhalten.

Föderalismus und die Verteilung politischer Verantwortung

Die veränderte Gesellschaft stellt auch föderale Systeme vor neue Herausforderungen.

Föderalismus ermöglicht regionale Differenzierung und verteilt politische Macht. Er schafft zusätzliche demokratische Beteiligungs- und Kontrollmöglichkeiten.

Gleichzeitig überschreiten viele moderne Probleme regionale Grenzen.

Migration, Energieversorgung, Digitalisierung, Verkehrsinfrastruktur, Klimapolitik und wirtschaftliche Transformation erfordern häufig Koordination über mehrere staatliche Ebenen hinweg.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Dadurch kann Verantwortung unübersichtlich werden.

Bund, Länder und Kommunen können jeweils auf begrenzte eigene Zuständigkeiten verweisen.

Für Bürger bleibt jedoch häufig nur der Eindruck, dass „der Staat“ ein Problem nicht löst.

Damit entsteht eine Differenz zwischen institutionell geteilter Verantwortung und gesellschaftlich wahrgenommener Gesamtverantwortung.

Föderale Demokratie benötigt deshalb nicht zwingend weniger Zuständigkeitsteilung.

Sie benötigt **klarere Verantwortungszuweisung und bessere Koordination.**

Kommunen als demokratische Erfahrungsräume

Die kommunale Ebene gewinnt unter Transformationsbedingungen besondere Bedeutung.

Gesellschaftlicher Wandel wird lokal konkret.

Wohnungsmangel, Migration, Schulentwicklung, Verkehr, demografische Alterung, wirtschaftlicher Strukturwandel und soziale Integration zeigen sich unmittelbar in Städten und Gemeinden.

Hier begegnen Bürger staatlichen Institutionen im Alltag.

Kommunale Politik besitzt deshalb eine demokratische Funktion, die weit über lokale Verwaltungsaufgaben hinausgeht.

Wenn Menschen erleben, dass Probleme vor Ort erkannt, diskutiert und bearbeitet werden, kann politische Selbstwirksamkeit entstehen.

Umgekehrt kann dauerhaft wahrgenommene kommunale Überforderung gesellschaftliche Distanz zum politischen System verstärken.

Kommunen benötigen deshalb ausreichende finanzielle und administrative Handlungsmöglichkeiten.

Werden ihnen zusätzliche Aufgaben übertragen, ohne entsprechende Ressourcen bereitzustellen, entsteht eine strukturelle Überforderung, deren politische Folgen häufig nicht

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

der übertragenden staatlichen Ebene, sondern dem gesamten politischen System zugerechnet werden.

Gerichte und unabhängige Institutionen unter politischem Druck

Mit wachsender gesellschaftlicher Polarisierung steigt zugleich die politische Bedeutung unabhängiger Institutionen.

Gerichte, Rechnungshöfe, Zentralbanken, Wahlbehörden und andere Kontrollinstitutionen begrenzen politische Macht.

Gerade deshalb können sie in polarisierten Gesellschaften selbst zum Gegenstand politischer Konflikte werden.

Entscheidungen von Verfassungsgerichten werden dann nicht mehr ausschließlich juristisch bewertet, sondern als politische Siege oder Niederlagen interpretiert.

Dies ist teilweise unvermeidbar, weil Gerichte über politisch bedeutsame Fragen entscheiden.

Problematisch wird die Entwicklung jedoch, wenn unabhängige Institutionen grundsätzlich nur noch danach beurteilt werden, ob ihre Entscheidungen der eigenen politischen Position entsprechen.

Die Erfahrungen Ungarns und Polens zeigen, welche Bedeutung institutionelle Unabhängigkeit für demokratische Stabilität besitzt.

Eine Demokratie benötigt Mehrheitsentscheidungen.

Sie benötigt jedoch ebenso Institutionen, die nicht vollständig von wechselnden Mehrheiten abhängig sind.

Gerade unter Bedingungen gesellschaftlicher Polarisierung steigt deshalb die Bedeutung institutioneller Machtbegrenzung.

Institutionen in der digitalen Öffentlichkeit

Eine weitere grundlegende Veränderung betrifft das Verhältnis zwischen politischen Institutionen und Öffentlichkeit.

Traditionell wurde politische Kommunikation stark durch Parteien, Parlamente, Presse, Rundfunk und andere institutionalisierte Vermittler strukturiert.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Digitale Plattformen haben diese Ordnung verändert.

Politische Kommunikation kann heute unmittelbar erfolgen. Politiker, Aktivisten, Organisationen und Bürger erreichen große Öffentlichkeiten ohne klassische journalistische Vermittlung.

Dies erweitert politische Beteiligungsmöglichkeiten.

Gleichzeitig entstehen fragmentierte Öffentlichkeiten.

Unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen können völlig unterschiedliche Informationsräume nutzen.

Institutionelle Politik trifft damit auf eine Öffentlichkeit, in der gemeinsame Tatsachen- und Interpretationsgrundlagen weniger selbstverständlich sind.

Dies verändert politische Legitimation.

Eine parlamentarische Entscheidung kann formal korrekt getroffen worden sein und dennoch gesellschaftlich kaum akzeptiert werden, wenn große Gruppen ihre Voraussetzungen nicht nachvollziehen oder grundsätzlich andere Informationsquellen verwenden.

Institutionelle Legitimität benötigt deshalb zunehmend kommunikative Vermittlung.

Beteiligung zwischen Repräsentation und direkter Mitwirkung

Gesellschaftlicher Wandel verändert zugleich die Erwartungen an politische Beteiligung.

Viele Bürger wollen nicht ausschließlich alle vier oder fünf Jahre an Wahlen teilnehmen.

Bürgerforen, lokale Beteiligungsverfahren, Petitionen und digitale Beteiligungsformen gewinnen an Bedeutung.

Diese Entwicklung kann repräsentative Demokratie ergänzen.

Sie kann gesellschaftliches Wissen in politische Entscheidungen einbringen und politische Selbstwirksamkeit stärken.

Beteiligung besitzt jedoch Grenzen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Nicht jede politische Entscheidung kann dauerhaft durch direkte Beteiligungsverfahren getroffen werden. Teilnehmer solcher Verfahren bilden außerdem nicht automatisch die gesamte Gesellschaft repräsentativ ab.

Die entscheidende Aufgabe besteht deshalb nicht darin, repräsentative Demokratie durch direkte Beteiligung zu ersetzen.

Vielmehr müssen unterschiedliche Beteiligungsformen sinnvoll miteinander verbunden werden.

Repräsentation, Beteiligung und politische Verantwortung dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Institutionelle Reform zwischen Anpassung und Aktionismus

Wenn gesellschaftliche Unzufriedenheit wächst, entsteht schnell die Forderung nach institutionellen Reformen.

Wahlrecht, Parlamente, Verwaltung, Föderalismus oder Beteiligungsverfahren werden dann als mögliche Ansatzpunkte betrachtet.

Reformen können notwendig sein.

Doch institutionelle Veränderung allein löst keine gesellschaftlichen Konflikte.

Ein anderes Wahlrecht beseitigt keine wirtschaftliche Unsicherheit. Neue Beteiligungsformen lösen nicht automatisch Integrationsprobleme. Verwaltungsreformen ersetzen keine politischen Prioritäten.

Institutionelle Reformen sollten deshalb dort ansetzen, wo tatsächlich strukturelle Funktionsprobleme bestehen.

Ständige Veränderung politischer Institutionen kann selbst Unsicherheit erzeugen.

Demokratische Anpassungsfähigkeit bedeutet nicht institutionellen Aktionismus.

Sie bedeutet die Fähigkeit, **notwendige Veränderungen vorzunehmen und zugleich bewährte institutionelle Schutzmechanismen zu erhalten.**

Vom stabilen Staat zum lernfähigen Staat

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die gesellschaftliche Transformation verlangt schließlich ein erweitertes Verständnis staatlicher Stabilität.

Traditionell wurde ein stabiler Staat vor allem durch verlässliche Institutionen, klare Zuständigkeiten und dauerhafte Verfahren charakterisiert.

Diese Eigenschaften bleiben notwendig.

Unter Bedingungen beschleunigten Wandels reicht Stabilität jedoch nicht mehr aus.

Staatliche Institutionen müssen aus Erfahrungen lernen, politische Maßnahmen evaluieren und Fehler korrigieren können.

Damit gewinnt das Konzept des lernfähigen Staates an Bedeutung.

Ein lernfähiger Staat betrachtet politische Korrektur nicht automatisch als Schwäche.

Er erkennt an, dass komplexe gesellschaftliche Probleme nicht immer vollständig vorhersehbar sind.

Politik muss deshalb stärker zwischen Zielsetzung, Umsetzung, Beobachtung und Korrektur unterscheiden.

Es entsteht ein institutioneller Lernkreislauf:

gesellschaftliche Veränderung → politische Wahrnehmung → Entscheidung → Umsetzung → Beobachtung der Wirkungen → Korrektur → neue Entscheidung.

Je besser dieser Kreislauf funktioniert, desto eher können Institutionen gesellschaftliche Veränderungen verarbeiten, bevor ungelöste Probleme zu dauerhaften Vertrauenskrisen werden.

Institutionelle Stabilität durch Veränderungsfähigkeit

Der europäische Vergleich hat gezeigt, dass demokratische Institutionen auf Transformationsdruck sehr unterschiedlich reagieren.

Einige Systeme integrieren neue politische Kräfte und verändern Koalitionen oder Programme, ohne ihre institutionellen Grundlagen anzutasten.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Andere geraten in Prozesse, in denen politische Mehrheiten beginnen, die Bedingungen zukünftiger politischer Konkurrenz selbst zu verändern.

Damit wird eine entscheidende Unterscheidung sichtbar.

Institutionelle Anpassung und institutionelle Erosion sind nicht dasselbe.

Demokratische Institutionen müssen verändert werden können.

Aber Veränderungen müssen die Offenheit zukünftiger politischer Konkurrenz erhalten.

Eine demokratische Reform stärkt langfristig die Fähigkeit unterschiedlicher politischer Mehrheiten, innerhalb gemeinsamer Regeln zu handeln.

Institutionelle Erosion dagegen verändert Regeln so, dass bestehende Machtverhältnisse dauerhaft abgesichert werden.

Die Zukunft demokratischer Institutionen entscheidet sich nicht zwischen Stabilität und Veränderung. Demokratische Stabilität wird zunehmend davon abhängen, ob Institutionen sich verändern können, ohne ihre Funktion als Begrenzung politischer Macht, Garant fairer Konkurrenz und Rahmen gesellschaftlicher Konfliktverarbeitung zu verlieren.

Die veränderte Gesellschaft verlangt deshalb keinen völlig neuen demokratischen Staat. Sie verlangt eine Weiterentwicklung seiner politischen Vermittlungs- und Steuerungsfähigkeit. Parlamente müssen gesellschaftliche Vielfalt repräsentieren, Parteien neue Integrationsleistungen entwickeln, Regierungen komplexe Politik koordinieren, Verwaltungen Entscheidungen wirksam umsetzen, Kommunen gesellschaftlichen Wandel praktisch bewältigen und unabhängige Institutionen demokratische Macht weiterhin begrenzen.

Damit verschiebt sich die zentrale Frage von der bloßen **Stabilität politischer Institutionen zu ihrer Anpassungs- und Lernfähigkeit**. Gerade darin liegt eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass gesellschaftliche Transformation nicht in dauerhafte politische Entfremdung übergeht, sondern innerhalb der demokratischen Ordnung verarbeitet werden kann.

Kapitel 103 – Repräsentation und institutionelle Responsivität

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Demokratische Repräsentation beruht auf einem grundlegenden Versprechen: Bürger müssen politische Entscheidungen nicht selbst täglich treffen, sollen aber darauf vertrauen können, dass ihre Interessen, Erfahrungen und Konflikte innerhalb des politischen Systems wahrgenommen, abgewogen und in Entscheidungen übersetzt werden. Repräsentation bedeutet deshalb wesentlich mehr als die regelmäßige Durchführung von Wahlen. Sie bezeichnet die dauerhafte Verbindung zwischen Gesellschaft und politischen Institutionen.

Unter den Bedingungen gesellschaftlicher Transformation wird diese Verbindung schwieriger. Traditionelle soziale Milieus verlieren an Geschlossenheit, langfristige Parteibindungen werden schwächer und politische Interessen differenzieren sich aus. Gleichzeitig beschleunigen digitale Öffentlichkeit und soziale Medien gesellschaftliche Kommunikation und erhöhen die Erwartung unmittelbarer politischer Reaktion. Bürger vergleichen politische Entscheidungen stärker mit ihren persönlichen Erfahrungen und erwarten nachvollziehbare Antworten auf Probleme, die sie in ihrem Alltag wahrnehmen.

Damit rückt neben der formalen Repräsentation die **institutionelle Responsivität** in den Mittelpunkt. Politische Institutionen müssen gesellschaftliche Veränderungen erkennen, relevante Interessen aufnehmen, unterschiedliche Ansprüche gegeneinander abwägen und sichtbar auf veränderte Problemlagen reagieren. Responsivität bedeutet dabei nicht, jede gesellschaftliche Forderung unmittelbar zu erfüllen. Eine demokratische Ordnung muss gerade auch widersprüchliche Interessen vermitteln, langfristige Folgen berücksichtigen und Minderheitenrechte schützen.

Die zentrale Herausforderung besteht deshalb darin, gesellschaftliche Erwartungen ernst zu nehmen, ohne demokratische Politik auf kurzfristige Stimmungslagen zu reduzieren.

Repräsentation schafft demokratische Legitimität nicht allein dadurch, dass Bürger Vertreter wählen können. Sie entsteht dauerhaft erst dann, wenn gesellschaftliche Interessen innerhalb politischer Institutionen erkennbar wahrgenommen, verarbeitet und in nachvollziehbare politische Entscheidungen übersetzt werden.

Die Veränderung gesellschaftlicher Repräsentationsstrukturen

Die repräsentativen Demokratien Europas entstanden unter gesellschaftlichen Bedingungen, in denen politische Interessen stärker durch relativ stabile soziale Gruppen strukturiert waren. Arbeiter, Unternehmer, Landwirte, konfessionelle Milieus, Beamte oder bestimmte Berufsgruppen verfügten über Parteien, Verbände, Gewerkschaften und gesellschaftliche Organisationen, die ihre Interessen bündelten.

Zwischen Individuum und Staat existierte damit eine dichte institutionelle Vermittlungsstruktur.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Diese Ordnung ist nicht verschwunden, aber sie verliert an Geschlossenheit.

Lebensläufe werden vielfältiger, berufliche Zugehörigkeiten wechseln häufiger und gesellschaftliche Identitäten überschneiden sich. Ein Mensch kann gleichzeitig Arbeitnehmer, Immobilieneigentümer, Pendler, Elternteil, Gewerkschaftsmitglied und ökologisch orientierter Wähler sein. Seine politischen Interessen müssen deshalb keineswegs in allen Politikfeldern derselben ideologischen Richtung entsprechen.

Damit wird Repräsentation komplexer.

Parteien können nicht mehr davon ausgehen, dass bestimmte gesellschaftliche Gruppen dauerhaft bestimmte politische Positionen vertreten.

Die Gesellschaft wird politisch beweglicher.

Dies erhöht demokratische Wahlmöglichkeiten, erschwert jedoch langfristige politische Integration.

Von der Milieurepräsentation zur Interessenvielfalt

Der Rückgang traditioneller Milieus bedeutet nicht, dass gesellschaftliche Interessen verschwinden.

Sie organisieren sich lediglich anders.

Temporäre Bewegungen, Bürgerinitiativen, digitale Netzwerke, Berufsverbände, Nichtregierungsorganisationen und themenspezifische Protestbewegungen gewinnen an Bedeutung.

Politische Mobilisierung kann dadurch schneller erfolgen.

Eine konkrete Entscheidung kann innerhalb kurzer Zeit erhebliche gesellschaftliche Aufmerksamkeit erzeugen, ohne dass zuvor eine dauerhafte politische Organisation bestanden hat.

Damit verändert sich auch die Zeitstruktur politischer Repräsentation.

Traditionelle Organisationen bündelten Interessen über längere Zeiträume. Neue Mobilisierungsformen können wesentlich kurzfristiger entstehen und ebenso schnell wieder verschwinden.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Politische Institutionen müssen deshalb zwischen dauerhaften gesellschaftlichen Interessen und kurzfristigen Mobilisierungswellen unterscheiden.

Gerade darin liegt eine neue Schwierigkeit demokratischer Responsivität.

Hohe öffentliche Aufmerksamkeit bedeutet nicht automatisch, dass eine Position gesellschaftlich mehrheitsfähig oder langfristig relevant ist.

Umgekehrt können gesellschaftliche Probleme politisch bedeutsam sein, obwohl sie nur geringe mediale Aufmerksamkeit erhalten.

Wahlen als Grundlage, aber nicht als vollständige Repräsentation

Freie und faire Wahlen bleiben die zentrale Grundlage demokratischer Repräsentation.

Sie ermöglichen Bürgern, politische Mehrheiten zu verändern und Regierungen abzulösen.

Doch Wahlen finden nur in bestimmten zeitlichen Abständen statt.

Gesellschaftliche Veränderungen verlaufen kontinuierlich.

Zwischen zwei Wahlterminen können wirtschaftliche Krisen, Kriege, Migrationsbewegungen, technologische Entwicklungen oder gesellschaftliche Konflikte entstehen, die bei der vorherigen Wahl kaum eine Rolle spielten.

Demokratische Repräsentation kann deshalb nicht darauf reduziert werden, dass eine Regierung einmal eine parlamentarische Mehrheit erhalten hat.

Regierungen und Parlamente müssen während der gesamten Legislaturperiode gesellschaftliche Entwicklungen beobachten.

Gleichzeitig darf Responsivität nicht bedeuten, dass politische Entscheidungen ständig an aktuellen Umfragen ausgerichtet werden.

Eine Regierung besitzt gerade deshalb ein zeitlich begrenztes Mandat, damit sie auch Entscheidungen treffen kann, deren Wirkung erst langfristig sichtbar wird.

Demokratische Politik bewegt sich deshalb permanent zwischen **Mandat und Reaktion, Kontinuität und Anpassung, Führung und gesellschaftlicher Rückkopplung.**

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Parteien als zentrale Vermittlungsinstitutionen

Trotz aller Veränderungen bleiben Parteien die wichtigsten Organisationen politischer Repräsentation.

Sie bündeln unterschiedliche Interessen, entwickeln politische Programme, stellen Kandidaten auf und organisieren parlamentarische Mehrheiten.

Gerade ihre Bündelfunktion ist für komplexe Gesellschaften unverzichtbar.

Eine Demokratie kann nicht jede einzelne gesellschaftliche Forderung unmittelbar in staatliches Handeln übersetzen.

Politik erfordert Prioritäten.

Parteien müssen deshalb aus einer Vielzahl gesellschaftlicher Interessen politische Gesamtangebote entwickeln.

Die Schwächung traditioneller Parteibindungen erschwert diese Aufgabe.

Wenn Parteien gesellschaftlich weniger tief verankert sind, besteht die Gefahr, dass politische Kommunikation stärker innerhalb professioneller politischer und medialer Milieus stattfindet.

Dann kann eine Repräsentationsdistanz entstehen.

Parteien diskutieren weiterhin gesellschaftliche Probleme, nehmen ihre Bedeutung jedoch möglicherweise anders wahr als Teile der Bevölkerung.

Dies bedeutet nicht zwangsläufig, dass politische Eliten gesellschaftliche Interessen bewusst ignorieren.

Oft entstehen Wahrnehmungsunterschiede durch unterschiedliche Lebenswelten, Informationsquellen und institutionelle Perspektiven.

Gerade deshalb benötigen Parteien dauerhafte gesellschaftliche Rückkopplung.

Responsivität ist nicht die Erfüllung jeder Forderung

Eine der wichtigsten begrifflichen Unterscheidungen betrifft das Verhältnis zwischen Responsivität und unmittelbarer Zustimmung.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Politische Institutionen sind nicht responsiv, wenn sie jede gesellschaftliche Forderung übernehmen.

Eine solche Politik wäre kaum handlungsfähig.

Gesellschaftliche Interessen widersprechen sich.

Steuerzahler wünschen möglicherweise geringere Belastungen, während gleichzeitig bessere Infrastruktur und höhere Sozialleistungen gefordert werden. Unternehmen benötigen Planungssicherheit und wettbewerbsfähige Energiepreise, während ökologische Ziele tiefgreifende wirtschaftliche Veränderungen verlangen. Kommunen benötigen Ressourcen für Integration, während nationale Politik gleichzeitig Haushaltsbegrenzungen einhalten muss.

Politische Entscheidungen müssen solche Zielkonflikte sichtbar machen.

Responsivität bedeutet deshalb zunächst, dass Interessen **wahrgenommen und ernsthaft verarbeitet** werden.

Eine Regierung kann eine Forderung ablehnen und dennoch responsiv handeln, wenn sie nachvollziehbar erklärt, warum andere Interessen oder langfristige Folgen schwerer wiegen.

Problematisch wird es dort, wo gesellschaftliche Erfahrungen dauerhaft den Eindruck erzeugen, politische Institutionen nähmen bestimmte Probleme überhaupt nicht wahr.

Die Wahrnehmungslücke zwischen Gesellschaft und Politik

Damit entsteht eine der wichtigsten möglichen Störungen demokratischer Repräsentation: die Wahrnehmungslücke.

Sie entsteht, wenn gesellschaftliche Gruppen überzeugt sind, ihre Erfahrungen würden innerhalb des politischen Systems nicht angemessen berücksichtigt.

Dabei muss diese Wahrnehmung nicht vollständig mit der tatsächlichen Politik übereinstimmen.

Politische Institutionen können sich intensiv mit einem Problem beschäftigen, während Bürger dennoch den Eindruck mangelnder Reaktion gewinnen.

Umgekehrt kann Politik gesellschaftliche Unzufriedenheit tatsächlich unterschätzen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Entscheidend ist deshalb das Zusammenspiel von tatsächlicher Responsivität und wahrgenommener Responsivität.

Eine mögliche Entwicklung lautet:

gesellschaftliches Problem → unzureichende oder nicht erkennbare politische Reaktion → Wahrnehmung mangelnder Repräsentation → Vertrauensverlust → politische Protestmobilisierung → stärkere Distanz zu etablierten Institutionen.

Wird dieser Kreislauf nicht unterbrochen, kann aus einem einzelnen Sachkonflikt ein umfassenderes Repräsentationsproblem entstehen.

Populismus als Symptom von Repräsentationslücken

Der Erfolg populistischer Parteien ist deshalb auch als Hinweis auf mögliche Repräsentationsdefizite zu verstehen.

Populistische Akteure behaupten typischerweise, etablierte Parteien hätten den Kontakt zur Bevölkerung verloren und würden Interessen politischer, wirtschaftlicher oder kultureller Eliten vertreten.

Diese Behauptung kann übertrieben, strategisch zugespitzt oder sachlich falsch sein.

Ihre politische Wirksamkeit setzt jedoch häufig voraus, dass sie an bereits vorhandene gesellschaftliche Erfahrungen anschließen kann.

Populistische Mobilisierung sollte deshalb nicht ausschließlich als Ursache politischer Polarisierung betrachtet werden.

Sie kann zugleich Symptom einer bereits bestehenden Repräsentationsdistanz sein.

Demokratische Parteien stehen damit vor einer schwierigen Aufgabe.

Sie dürfen populistische Vereinfachungen nicht übernehmen, müssen aber die gesellschaftlichen Probleme ernst nehmen, auf denen deren Mobilisierung beruht.

Wer Problemwahrnehmungen pauschal delegitimiert, kann die Repräsentationslücke vergrößern.

Wer dagegen jede populistische Interpretation übernimmt, stärkt möglicherweise deren politische Deutungsrahmen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Demokratische Responsivität benötigt deshalb die Fähigkeit, **berechtigte Problemerkahrungen von vereinfachenden oder demokratiegefährdenden Schlussfolgerungen zu unterscheiden.**

Ungleiche politische Sichtbarkeit

Nicht alle gesellschaftlichen Gruppen besitzen dieselben Möglichkeiten, politische Aufmerksamkeit zu erzeugen.

Gut organisierte Interessen verfügen häufig über Verbände, finanzielle Ressourcen, Fachwissen und direkten Zugang zu politischen Entscheidungsprozessen.

Andere Gruppen besitzen diese Möglichkeiten kaum.

Menschen mit niedrigen Einkommen, prekärer Beschäftigung oder geringer politischer Beteiligung können gesellschaftlich stark von politischen Entscheidungen betroffen sein, ohne entsprechend starken institutionellen Einfluss zu besitzen.

Auch regionale Unterschiede spielen eine Rolle.

Metropolitane Räume verfügen häufig über größere mediale Aufmerksamkeit, stärkere institutionelle Netzwerke und höhere politische Sichtbarkeit als kleinere Städte oder ländliche Regionen.

Damit kann eine Repräsentationsasymmetrie entstehen.

Demokratische Gleichheit bedeutet zwar nicht, dass jede gesellschaftliche Gruppe identischen politischen Einfluss besitzt.

Sie verlangt jedoch, dass politische Institutionen auch jene Interessen wahrnehmen, die sich nicht selbst besonders wirkungsvoll organisieren können.

Repräsentation ist deshalb immer auch eine Frage politischer Aufmerksamkeit.

Digitale Öffentlichkeit und die neue Responsivitätsfalle

Digitale Medien haben die Möglichkeiten gesellschaftlicher Rückmeldung erheblich erweitert.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Politiker können unmittelbarer mit Bürgern kommunizieren. Gesellschaftliche Probleme können schneller sichtbar werden. Missstände, die früher nur lokal bekannt gewesen wären, können innerhalb kurzer Zeit nationale Aufmerksamkeit erhalten.

Dies erhöht grundsätzlich politische Responsivität.

Gleichzeitig entsteht eine neue Gefahr.

Digitale Aufmerksamkeit ist nicht gleich gesellschaftliche Repräsentativität.

Algorithmen verstärken häufig besonders emotionale, konfliktorientierte oder ungewöhnliche Inhalte. Kleine, hochaktive Gruppen können dadurch eine gesellschaftliche Bedeutung suggerieren, die ihrer tatsächlichen Größe nicht entspricht.

Politische Institutionen stehen damit vor einer neuen Responsivitätsfalle.

Reagieren sie auf jede digitale Empörungswelle unmittelbar, können kurzfristige Aufmerksamkeitsdynamiken politische Prioritäten verzerren.

Ignorieren sie digitale Debatten grundsätzlich, können sie reale gesellschaftliche Veränderungen übersehen.

Institutionelle Responsivität benötigt deshalb zunehmend die Fähigkeit, **Aufmerksamkeit, Repräsentativität und tatsächliche gesellschaftliche Problemlage voneinander zu unterscheiden.**

Repräsentation zwischen Stadt, Region und Staat

Die bisherigen europäischen Analysen haben gezeigt, dass politische Konflikte zunehmend räumliche Dimensionen besitzen.

Großstädte, ländliche Räume, ehemalige Industrieregionen und wirtschaftlich prosperierende Zentren entwickeln teilweise unterschiedliche politische Präferenzen.

Damit verändert sich die Frage politischer Repräsentation.

Ein nationales Parlament repräsentiert nicht nur unterschiedliche soziale Gruppen, sondern zunehmend auch unterschiedliche regionale Transformationserfahrungen.

Deutschland zeigt dies besonders deutlich.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Der Ost-West-Unterschied bleibt relevant, erklärt jedoch längst nicht alle regionalen Differenzen. Auch innerhalb West- und Ostdeutschlands bestehen erhebliche Unterschiede zwischen wachsenden Städten, industriellen Zentren, ländlichen Regionen und demografisch schrumpfenden Räumen.

Politische Responsivität muss deshalb territoriale Unterschiedlichkeit berücksichtigen.

Einheitliche nationale Politik kann unter sehr unterschiedlichen regionalen Bedingungen völlig unterschiedliche Wirkungen entfalten.

Föderale und kommunale Institutionen besitzen gerade deshalb eine wichtige Repräsentationsfunktion.

Beteiligung als Ergänzung repräsentativer Demokratie

Neue Beteiligungsformen können helfen, gesellschaftliche Rückkopplung zu verbessern.

Bürgerforen, Anhörungen, lokale Beteiligungsverfahren und andere konsultative Formate ermöglichen politischen Institutionen, Erfahrungen aufzunehmen, die über klassische Parteien- und Verbandsstrukturen möglicherweise weniger sichtbar werden.

Solche Verfahren können besonders bei langfristigen oder komplexen Fragen hilfreich sein.

Ihre Bedeutung sollte jedoch realistisch eingeordnet werden.

Beteiligungsverfahren ersetzen keine demokratischen Wahlen und keine parlamentarische Verantwortung.

Sie besitzen häufig keine vollständige gesellschaftliche Repräsentativität und können politische Zielkonflikte nicht auflösen.

Ihre Stärke liegt vielmehr darin, die Informationsbasis politischer Entscheidungen zu erweitern.

Damit können sie einen institutionellen Rückkopplungskanal zwischen Gesellschaft und Politik schaffen.

Entscheidend ist allerdings, dass Beteiligung tatsächliche Wirkungsmöglichkeiten besitzt.

Wenn Bürger regelmäßig beteiligt werden, ihre Beiträge jedoch erkennbar ohne Einfluss bleiben, kann Beteiligung sogar zusätzlichen Vertrauensverlust erzeugen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Politische Kommunikation als Bestandteil von Responsivität

Institutionelle Responsivität besitzt schließlich eine kommunikative Dimension.

Politik muss nicht nur handeln.

Sie muss erklären, **was sie wahrgenommen hat, welche Interessen miteinander konkurrieren, warum eine bestimmte Entscheidung getroffen wurde und welche Folgen erwartet werden.**

Gerade in komplexen politischen Systemen wird diese Vermittlungsleistung wichtiger.

Viele politische Entscheidungen entstehen durch Kompromisse.

Kompromisse lassen sich jedoch schwieriger kommunizieren als eindeutige Forderungen.

Dadurch entsteht ein struktureller Vorteil für politische Akteure, die einfache Lösungen versprechen.

Demokratische Politik darf darauf nicht ausschließlich mit ebenfalls vereinfachter Kommunikation reagieren.

Sie muss vielmehr lernen, Komplexität verständlich zu machen.

Dazu gehört auch, Grenzen politischer Steuerungsfähigkeit offen zu benennen.

Nicht jedes Problem kann kurzfristig gelöst werden.

Eine nachvollziehbare Erklärung begrenzter Handlungsmöglichkeiten kann langfristig glaubwürdiger sein als wiederholte politische Versprechen, deren Umsetzung ausbleibt.

Responsivität und politische Führung

Responsivität darf gleichzeitig nicht mit politischer Passivität verwechselt werden.

Demokratische Führung bedeutet auch, gesellschaftlichen Mehrheiten zu widersprechen, wenn langfristige Folgen, Grundrechte oder Minderheitenschutz dies erforderlich machen.

Politische Institutionen besitzen gerade deshalb eine eigenständige Verantwortung.

Sie sollen gesellschaftliche Interessen aufnehmen, aber nicht lediglich spiegeln.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Damit entsteht ein grundlegendes Verhältnis:

Gesellschaft artikuliert Interessen – Institutionen nehmen sie auf – Politik wägt sie ab – Entscheidungen werden getroffen – gesellschaftliche Wirkungen werden beobachtet – politische Entscheidungen werden gegebenenfalls korrigiert.

Dieser Rückkopplungsprozess verbindet Repräsentation und Responsivität.

Er verhindert sowohl eine vollständig entkoppelte politische Elite als auch eine Politik permanenter unmittelbarer Stimmungsreaktion.

Repräsentationsfähigkeit als Voraussetzung demokratischer Stabilität

Die langfristige Stabilität demokratischer Institutionen hängt deshalb wesentlich davon ab, ob Bürger das Gefühl behalten, innerhalb des politischen Systems grundsätzlich Gehör finden zu können.

Dabei müssen sie politische Entscheidungen nicht gutheißen.

Demokratie setzt gerade voraus, dass Menschen Niederlagen akzeptieren können.

Diese Akzeptanz wird jedoch schwieriger, wenn politische Gruppen überzeugt sind, ihre Interessen könnten unabhängig von Wahlergebnissen grundsätzlich keinen Einfluss mehr gewinnen.

Repräsentationsfähigkeit bedeutet deshalb auch die Offenheit zukünftiger politischer Veränderung.

Menschen müssen darauf vertrauen können, dass politische Mehrheiten wechseln, neue Parteien entstehen, bestehende Parteien ihre Positionen verändern und gesellschaftliche Interessen langfristig politischen Einfluss gewinnen können.

Wo diese Offenheit verloren geht, wird demokratische Konkurrenz zunehmend als bedeutungslos wahrgenommen.

Damit verbindet sich institutionelle Responsivität unmittelbar mit demokratischer Legitimität.

Eine Demokratie bleibt nicht deshalb stabil, weil alle gesellschaftlichen Gruppen mit ihren Entscheidungen zufrieden sind. Sie bleibt stabil, wenn Bürger trotz politischer Niederlagen darauf vertrauen können, dass ihre Interessen gehört werden, politische

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Mehrheiten veränderbar bleiben und institutionelle Verfahren grundsätzlich offen für gesellschaftliche Korrektur sind.

Die zentrale Herausforderung einer veränderten Gesellschaft besteht deshalb nicht darin, vollständige politische Übereinstimmung herzustellen. Eine pluralistische Gesellschaft wird dauerhaft von unterschiedlichen Interessen, Wertvorstellungen und Zukunftserwartungen geprägt bleiben. Politische Institutionen müssen diese Unterschiede weder beseitigen noch künstlich harmonisieren.

Ihre Aufgabe besteht darin, **gesellschaftliche Konflikte sichtbar zu machen, unterschiedliche Interessen fair zu berücksichtigen, politische Entscheidungen nachvollziehbar zu begründen und ihre Wirkungen fortlaufend zu überprüfen.** Genau darin liegt institutionelle Responsivität.

Damit wird zugleich deutlich, dass die Krise politischer Repräsentation nicht allein durch neue Parteien, zusätzliche Beteiligungsformate oder institutionelle Reformen gelöst werden kann. Entscheidend ist die Qualität des gesamten Rückkopplungsprozesses zwischen Gesellschaft und politischem System. **Wo dieser Prozess funktioniert, können selbst tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen demokratisch verarbeitet werden. Wo er dauerhaft gestört ist, können aus einzelnen politischen Konflikten Repräsentationskrisen entstehen, die schließlich das Vertrauen in die demokratische Ordnung insgesamt erfassen.**

Kapitel 104 – Parteien zwischen gesellschaftlicher Vermittlung und staatlicher Verantwortung

Politische Parteien nehmen in repräsentativen Demokratien eine besondere Zwischenstellung ein. Sie sind weder ausschließlich gesellschaftliche Organisationen noch staatliche Institutionen. Sie entstehen aus gesellschaftlichen Interessen, Wertvorstellungen und Konflikten, wirken jedoch zugleich unmittelbar an der Bildung staatlicher Entscheidungen mit. Sie formulieren politische Programme, organisieren gesellschaftliche Unterstützung, stellen Kandidaten für Wahlen auf, bilden parlamentarische Fraktionen, tragen Regierungen und übernehmen Verantwortung für staatliches Handeln.

Gerade diese Doppelstellung macht Parteien für demokratische Systeme unverzichtbar. Gesellschaftliche Interessen treten nicht bereits als fertige politische Programme auf. Sie sind vielfältig, teilweise widersprüchlich und verändern sich. Parteien müssen sie aufnehmen, gewichten, miteinander verbinden und daraus politische Angebote entwickeln, die mehrheitsfähig und zugleich praktisch regierungsfähig sind.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Unter Bedingungen gesellschaftlicher Transformation wird diese Aufgabe schwieriger. Traditionelle Milieus verlieren an Bindungskraft, gesellschaftliche Interessen differenzieren sich stärker aus, politische Kommunikation beschleunigt sich und neue Konfliktlinien entstehen. Gleichzeitig müssen Parteien nach einer Regierungsübernahme Entscheidungen unter rechtlichen, finanziellen, europäischen und internationalen Bedingungen treffen, die ihre ursprünglichen politischen Handlungsspielräume begrenzen können.

Damit entsteht ein strukturelles Spannungsverhältnis: Je stärker Parteien gesellschaftliche Erwartungen mobilisieren, desto größer kann nach einer Regierungsübernahme die Differenz zwischen politischem Versprechen und staatlich realisierbarer Politik werden.

Parteien müssen in modernen Demokratien zwei unterschiedliche Logiken miteinander verbinden: Sie sollen gesellschaftliche Interessen aufnehmen und politische Alternativen anbieten, müssen zugleich aber staatliche Verantwortung übernehmen, Zielkonflikte ausgleichen und Entscheidungen unter realen institutionellen und wirtschaftlichen Begrenzungen treffen. Gerade zwischen diesen beiden Funktionen entscheidet sich zunehmend ihre politische Glaubwürdigkeit.

Parteien als gesellschaftliche Vermittlungsorganisationen

Die historische Stärke europäischer Parteien beruhte wesentlich auf ihrer gesellschaftlichen Verankerung. Sozialdemokratische Parteien waren eng mit Gewerkschaften und Arbeitermilieus verbunden, christdemokratische Parteien mit konfessionellen und bürgerlichen Milieus, liberale Parteien mit bestimmten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gruppen und agrarische Parteien mit ländlichen Interessen.

Parteien waren dadurch weit mehr als Wahlorganisationen.

Sie verfügten über lokale Strukturen, Mitgliederorganisationen, Jugendverbände, Bildungswerke und vielfältige Verbindungen zu gesellschaftlichen Institutionen. Politische Kommunikation verlief nicht ausschließlich über Medien, sondern über dauerhafte soziale Netzwerke.

Diese Strukturen ermöglichten einen kontinuierlichen Austausch zwischen gesellschaftlicher Erfahrung und politischer Organisation.

Mit der Auflösung traditioneller Milieus wird diese Vermittlungsstruktur schwächer.

Parteien müssen heute wesentlich heterogenere gesellschaftliche Gruppen erreichen. Gleichzeitig konkurrieren sie mit sozialen Bewegungen, Bürgerinitiativen, digitalen Netzwerken und anderen Formen politischer Mobilisierung.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die gesellschaftliche Vermittlungsfunktion verschwindet deshalb nicht.

Sie wird schwieriger und zugleich wichtiger.

Vom gesellschaftlichen Milieu zur wechselnden Wählerkoalition

Die klassische Volkspartei konnte auf relativ stabile gesellschaftliche Bündnisse zurückgreifen. Moderne Parteien müssen solche Bündnisse zunehmend bei jeder Wahl neu herstellen.

Wähler können ihre Entscheidung kurzfristiger treffen und zwischen Wahlen ihre politische Orientierung verändern. Unterschiedliche Politikfelder können außerdem unterschiedliche parteipolitische Präferenzen erzeugen.

Damit werden Parteien stärker zu Organisatoren temporärer gesellschaftlicher Koalitionen.

Dies verändert ihre strategische Orientierung.

Umfragen, Zielgruppenanalysen, digitale Kommunikation und professionelle Kampagnen gewinnen an Bedeutung.

Diese Professionalisierung ist grundsätzlich nachvollziehbar. Parteien müssen wissen, welche gesellschaftlichen Veränderungen stattfinden.

Problematisch wird sie dort, wo gesellschaftliche Verbindung durch reine Kommunikationsbeobachtung ersetzt wird.

Eine Partei kann sehr genau wissen, welche Themen in Umfragen wichtig sind, ohne die dahinterliegenden gesellschaftlichen Erfahrungen tatsächlich zu verstehen.

Politische Vermittlung benötigt deshalb mehr als Daten.

Sie benötigt dauerhafte gesellschaftliche Präsenz.

Die neue Vielfalt politischer Konfliktlinien

Die Aufgabe der Parteien wird zusätzlich dadurch erschwert, dass gesellschaftliche Konflikte nicht mehr eindeutig entlang einer einzigen Links-Rechts-Achse verlaufen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Wirtschaftliche Verteilung, Migration, Klima, nationale Identität, europäische Integration, gesellschaftliche Liberalität, innere Sicherheit und geopolitische Orientierung bilden unterschiedliche politische Konfliktdimensionen.

Diese können sich miteinander verbinden, müssen es aber nicht.

Ein Wähler kann sozialstaatlich orientiert und migrationspolitisch restriktiv sein. Ein anderer kann wirtschaftsliberal und gesellschaftspolitisch progressiv denken. Ein weiterer kann ökologische Transformation unterstützen, gleichzeitig aber deren konkrete wirtschaftliche Kosten ablehnen.

Damit entstehen politische Kombinationen, die traditionelle Parteiprofile unter Druck setzen.

Parteien müssen entscheiden, welche Konfliktlinien sie miteinander verbinden und welche gesellschaftlichen Gruppen sie ansprechen wollen.

Gerade Volksparteien stehen deshalb vor einem besonderen Integrationsproblem.

Je breiter ihre gesellschaftliche Basis sein soll, desto größer werden mögliche innere programmatische Spannungen.

Parteien müssen Konflikte nicht nur abbilden, sondern ordnen

Demokratische Repräsentation bedeutet nicht, jede gesellschaftliche Position unverändert in das Parlament zu übertragen.

Parteien besitzen eine eigenständige Ordnungsfunktion.

Sie müssen Interessen auswählen, Prioritäten setzen und politische Zielkonflikte bearbeiten.

Gerade darin unterscheidet sich demokratische Politik von einer bloßen Sammlung gesellschaftlicher Forderungen.

Wenn Bürger gleichzeitig niedrigere Steuern, höhere Sozialleistungen, bessere Infrastruktur und ausgeglichene Haushalte wünschen, kann eine Partei diese Forderungen nicht einfach nebeneinanderstellen.

Sie muss entscheiden, welche Prioritäten sie setzt.

Dasselbe gilt für Migration, Klimapolitik, Sicherheit oder wirtschaftliche Transformation.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Parteien müssen aus gesellschaftlicher Vielfalt **politisch entscheidbare Alternativen** entwickeln.

Diese Fähigkeit gehört zu ihren wichtigsten demokratischen Funktionen.

Wo sie verloren geht, können Wahlprogramme zu Sammlungen möglichst konfliktfreier Versprechen werden.

Die eigentlichen Zielkonflikte erscheinen dann erst nach der Wahl.

Der Übergang von der Opposition zur Regierung

Besonders sichtbar wird die Doppelrolle politischer Parteien beim Übergang von der Opposition zur Regierungsverantwortung.

Oppositionsparteien können politische Probleme stärker aus der Perspektive gesellschaftlicher Forderungen formulieren.

Regierungsparteien müssen dagegen konkrete Entscheidungen treffen.

Sie sind an Haushalte, Verfassungen, bestehende Gesetze, internationale Verpflichtungen, Verwaltungsfähigkeit und politische Koalitionen gebunden.

Dadurch verändert sich ihre politische Rolle.

Aus einer Forderung muss ein Gesetz werden.

Aus einem politischen Ziel muss eine finanzierbare Maßnahme entstehen.

Aus einer gesellschaftlichen Erwartung muss eine administrativ umsetzbare Entscheidung werden.

Dieser Übergang ist ein wesentlicher Bestandteil demokratischer Verantwortung.

Gleichzeitig kann er zu einem Glaubwürdigkeitsproblem führen.

Je größer die Differenz zwischen oppositioneller Forderung und späterer Regierungspraxis, desto leichter entsteht der Eindruck, Parteien würden ihre Positionen nach einer Wahl aufgeben.

Koalitionen und die Veränderung politischer Verantwortung

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Mit der Fragmentierung europäischer Parteiensysteme gewinnt dieses Problem zusätzlich an Bedeutung.

Einzelne Parteien erreichen seltener parlamentarische Mehrheiten.

Regierungen entstehen zunehmend durch Koalitionen.

Damit müssen Parteien bereits vor der eigentlichen Regierungsarbeit Kompromisse eingehen.

Aus mehreren Wahlprogrammen entsteht ein gemeinsames Regierungsprogramm.

Keine beteiligte Partei kann ihre ursprünglichen Forderungen vollständig umsetzen.

Koalitionen sind deshalb einerseits Ausdruck demokratischer Integration.

Unterschiedliche gesellschaftliche Interessen werden zu einer gemeinsamen Regierungspolitik verbunden.

Andererseits erschweren sie politische Verantwortungszuweisung.

Parteien können gegenüber ihren Anhängern erklären, bestimmte Wahlversprechen seien am Koalitionspartner gescheitert.

Dadurch kann eine problematische Verantwortungsdiffusion entstehen.

Alle Parteien regieren gemeinsam, aber jede Partei versucht zugleich, Verantwortung für unpopuläre Entscheidungen teilweise den anderen zuzuschreiben.

Je häufiger dies geschieht, desto schwieriger wird für Bürger die Frage, welchen politischen Unterschied ihre Wahlentscheidung tatsächlich bewirkt.

Der Kompromiss als demokratische Leistung und kommunikatives Problem

Damit wird der politische Kompromiss zu einer zentralen Herausforderung moderner Parteien.

Demokratie benötigt Kompromisse.

In pluralistischen Gesellschaften können unterschiedliche Interessen nicht dauerhaft vollständig durchgesetzt werden.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Gleichzeitig wird der Kompromiss politisch häufig als Schwäche dargestellt.

Digitale Kommunikation verstärkt diese Tendenz. Klare Forderungen und eindeutige Positionen lassen sich leichter vermitteln als komplexe Vereinbarungen.

Populistische Parteien können daraus einen strategischen Vorteil gewinnen.

Sie können etablierte Parteien dafür kritisieren, ihre ursprünglichen Positionen aufzugeben, während sie selbst möglicherweise noch nicht unter vergleichbarem Regierungsdruck stehen.

Parteien müssen deshalb stärker erklären, warum Kompromisse entstehen.

Ein politischer Kompromiss sollte nicht als zufällige Verwässerung unterschiedlicher Programme erscheinen.

Er muss als Ergebnis demokratischer Interessenabwägung nachvollziehbar werden.

Regierungsfähigkeit als eigenständige politische Kompetenz

Wahlerfolg und Regierungsfähigkeit sind nicht identisch.

Eine Partei kann gesellschaftliche Unzufriedenheit sehr erfolgreich mobilisieren und dennoch Schwierigkeiten haben, daraus langfristige staatliche Politik zu entwickeln.

Regierungsfähigkeit verlangt andere Kompetenzen als politische Mobilisierung.

Sie erfordert Personal, Fachwissen, Koordinationsfähigkeit, institutionelles Verständnis, Kompromissfähigkeit und die Bereitschaft, Verantwortung für unbeabsichtigte Folgen eigener Entscheidungen zu übernehmen.

Die europäischen Erfahrungen mit neuen und populistischen Parteien zeigen unterschiedliche Entwicklungen.

Einige Parteien verändern sich durch Regierungsbeteiligung, professionalisieren ihre Strukturen und passen politische Forderungen an institutionelle Realitäten an.

Andere geraten in interne Konflikte oder verlieren Unterstützung, weil die Erwartungen ihrer Anhänger nicht erfüllt werden können.

Wieder andere versuchen, institutionelle Begrenzungen selbst als Hindernis darzustellen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Damit wird Regierungsbeteiligung zu einem wichtigen demokratischen Test.

Sie zeigt, ob eine Partei bereit ist, politische Macht innerhalb bestehender demokratischer Regeln auszuüben und ihre Entscheidungen gegenüber der gesamten Gesellschaft zu verantworten.

Staatliche Verantwortung verändert politische Perspektiven

Regierungsparteien vertreten nicht mehr ausschließlich ihre eigenen Wähler.

Sie übernehmen Verantwortung für den gesamten Staat.

Dieser Unterschied ist grundlegend.

Eine Partei kann bestimmte gesellschaftliche Gruppen besonders stark repräsentieren. Als Regierungspartei muss sie jedoch auch die Rechte und Interessen jener berücksichtigen, die sie nicht gewählt haben.

Demokratische Regierungsverantwortung verlangt deshalb eine Erweiterung politischer Perspektive.

Dies gilt besonders in stark polarisierten Gesellschaften.

Wenn Wahlsiege als vollständige politische Ermächtigung interpretiert werden, kann Mehrheitsdemokratie in Konflikt mit pluralistischer Demokratie geraten.

Eine demokratische Mehrheit besitzt das Recht zu regieren.

Sie besitzt jedoch nicht das Recht, politische Minderheiten dauerhaft von fairer zukünftiger Konkurrenz auszuschließen.

Hier verläuft die Grenze zwischen legitimer politischer Richtungsentscheidung und institutioneller Machtkonzentration.

Parteien und staatliche Institutionen müssen unterscheidbar bleiben

Gerade langfristige Regierungsbeteiligung kann zu einer weiteren Gefahr führen.

Partei und Staat können sich zunehmend miteinander verbinden.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Regierungsparteien verfügen notwendigerweise über erheblichen Einfluss auf staatliche Entscheidungen und politische Personalbesetzungen.

Demokratisch problematisch wird dies dort, wo staatliche Institutionen zunehmend als Instrument parteipolitischer Macht verstanden werden.

Verwaltung, öffentliche Unternehmen, Medien oder andere staatliche Ressourcen dürfen nicht dauerhaft einer einzelnen Partei zugeordnet werden.

Die Erfahrungen verschiedener europäischer Staaten zeigen, wie wichtig diese Grenze ist.

Demokratische Regierungsparteien müssen deshalb akzeptieren, dass staatliche Institutionen ihnen nur zeitweise zur politischen Gestaltung anvertraut sind.

Sie besitzen den Staat nicht.

Diese Unterscheidung gehört zu den grundlegenden Voraussetzungen demokratischen Machtwechsels.

Opposition als Bestandteil staatlicher Verantwortung

Auch Oppositionsparteien tragen demokratische Verantwortung.

Ihre Aufgabe besteht darin, Regierungspolitik zu kontrollieren, Alternativen anzubieten und gesellschaftliche Interessen zu repräsentieren.

Opposition darf grundsätzlich scharf und konfliktreich sein.

Sie verliert jedoch ihre demokratische Funktion, wenn politische Konkurrenz ausschließlich als Delegitimierung des gesamten institutionellen Systems betrieben wird.

Damit besitzt auch Opposition eine doppelte Rolle.

Sie muss Regierungshandeln infrage stellen und gleichzeitig die Legitimität demokratischer Verfahren anerkennen.

Dies bedeutet nicht, dass institutionelle Kritik unzulässig wäre.

Demokratische Institutionen können und müssen reformiert werden.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Der Unterschied liegt darin, ob Kritik auf Verbesserung demokratischer Verfahren oder auf deren grundsätzliche Delegitimierung zielt.

Die Versuchung permanenter Mobilisierung

Moderne Parteien befinden sich zunehmend in einem Zustand permanenter Wahlkampfkommunikation.

Soziale Medien, kontinuierliche Umfragen und schnelle öffentliche Reaktionen führen dazu, dass politische Akteure auch zwischen Wahlen ständig um Aufmerksamkeit konkurrieren.

Dies kann die gesellschaftliche Responsivität erhöhen.

Es kann jedoch zugleich staatliche Verantwortung erschweren.

Regierungspolitik benötigt teilweise langfristige Entscheidungen, deren positive Wirkungen erst Jahre später sichtbar werden.

Permanente Mobilisierung erzeugt dagegen Anreize für kurzfristige politische Erfolge.

Damit entsteht ein Spannungsverhältnis zwischen **Wahlzyklus und Transformationszyklus**.

Viele zentrale Herausforderungen – Demografie, Bildung, Infrastruktur, Verteidigung, Digitalisierung, Klimapolitik oder wirtschaftlicher Strukturwandel – entwickeln sich über Jahrzehnte.

Politische Mehrheiten werden dagegen in wesentlich kürzeren Abständen gewählt.

Parteien müssen deshalb lernen, langfristige politische Strategien unter Bedingungen kurzfristiger demokratischer Konkurrenz zu organisieren.

Parteien als Lernorganisationen

Die gesellschaftliche Transformation verlangt schließlich eine Veränderung des Selbstverständnisses politischer Parteien.

Parteien können nicht mehr ausschließlich davon ausgehen, einmal entwickelte politische Programme über lange Zeiträume fortzuschreiben.

Sie müssen gesellschaftliche Veränderungen kontinuierlich beobachten und ihre politischen Konzepte überprüfen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Dies bedeutet nicht programmatische Beliebigkeit.

Parteien benötigen erkennbare Grundwerte und politische Orientierung.

Ohne solche Kontinuität verlieren sie ihre Identität.

Gleichzeitig müssen sie bereit sein, politische Instrumente zu verändern, wenn gesellschaftliche Bedingungen sich verändern oder bisherige Maßnahmen nicht funktionieren.

Damit entsteht ein ähnlicher Lernkreislauf wie bei staatlichen Institutionen:

gesellschaftliche Wahrnehmung → politische Programmbildung → Wahlentscheidung → Regierungsverantwortung → Umsetzung → gesellschaftliche Wirkung → politische Rückkopplung → programmatische Anpassung.

Parteien, die diesen Kreislauf unterbrechen, riskieren langfristig ihre gesellschaftliche Verbindung.

Zwischen Anpassung und politischer Beliebigkeit

Allerdings besitzt politische Anpassungsfähigkeit eine Grenze.

Wenn Parteien ihre Positionen ausschließlich nach aktuellen Umfragen verändern, verlieren sie programmatische Glaubwürdigkeit.

Wähler müssen erkennen können, wofür eine Partei grundsätzlich steht.

Damit entsteht erneut ein Spannungsverhältnis.

Zu geringe Anpassung kann gesellschaftliche Entfremdung erzeugen.

Zu starke Anpassung kann politische Identität zerstören.

Erfolgreiche demokratische Parteien benötigen deshalb **programmatische Stabilität in ihren Grundwerten und Anpassungsfähigkeit in ihren politischen Instrumenten.**

Diese Unterscheidung ist für die Transformation moderner Parteiensysteme zentral.

Grundwerte können langfristig bestehen bleiben, während konkrete politische Lösungen verändert werden müssen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die neue Integrationsaufgabe der Parteien

Die Krise der traditionellen Volksparteien bedeutet nicht, dass gesellschaftliche Integration politisch weniger wichtig geworden wäre.

Das Gegenteil ist der Fall.

Je fragmentierter Gesellschaften werden, desto größer wird der Bedarf an Institutionen, die unterschiedliche Interessen miteinander verbinden.

Wenn einzelne Parteien diese Funktion nicht mehr in derselben Breite übernehmen können, verlagert sich Integration teilweise auf das gesamte Parteiensystem.

Mehrere Parteien repräsentieren unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen und müssen anschließend parlamentarische Mehrheiten bilden.

Damit entsteht eine zweistufige Integrationsstruktur:

gesellschaftliche Interessen → unterschiedliche Parteien → parlamentarischer und koalitionsärer Kompromiss → staatliche Entscheidung.

Dieses System kann gesellschaftliche Vielfalt besser abbilden.

Es kann jedoch auch langsamer, komplexer und schwerer verständlich werden.

Die zentrale Herausforderung moderner Parteiendemokratie besteht deshalb darin, Fragmentierung und Handlungsfähigkeit miteinander zu verbinden.

Glaubwürdigkeit zwischen Versprechen, Entscheidung und Ergebnis

Am Ende entscheidet sich das Verhältnis zwischen gesellschaftlicher Vermittlung und staatlicher Verantwortung wesentlich an politischer Glaubwürdigkeit.

Glaubwürdigkeit bedeutet nicht, jedes Wahlversprechen vollständig umzusetzen.

In pluralistischen Demokratien wäre dies häufig unmöglich.

Glaubwürdigkeit entsteht vielmehr, wenn Parteien nachvollziehbar erklären, welche Ziele sie verfolgen, welche Kompromisse notwendig wurden, welche Grenzen bestehen und welche Ergebnisse tatsächlich erreicht wurden.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Damit verändert sich auch die Bedeutung politischer Verantwortung.

Parteien müssen nicht nur für ihre Absichten Verantwortung übernehmen.

Sie müssen sich an den Wirkungen ihrer Politik messen lassen.

Eine lernfähige Partei muss deshalb auch Fehler anerkennen und Entscheidungen korrigieren können.

Gerade darin kann langfristig Vertrauen entstehen.

Politische Unfehlbarkeit ist in komplexen Gesellschaften unrealistisch.

Nachvollziehbare Verantwortungsübernahme ist dagegen eine demokratische Erwartung.

Die Zukunft demokratischer Parteien hängt davon ab, ob sie ihre doppelte Funktion wieder überzeugend miteinander verbinden können: gesellschaftliche Interessen aufzunehmen, ohne ihnen lediglich nachzulaufen, und staatliche Verantwortung zu übernehmen, ohne sich von gesellschaftlichen Erfahrungen zu entfernen.

Parteien bleiben damit trotz aller Veränderungen zentrale Institutionen demokratischer Transformation. Sie stehen an jener Stelle, an der gesellschaftliche Wahrnehmungen in politische Programme, politische Programme in Mehrheiten und Mehrheiten schließlich in staatliche Entscheidungen übersetzt werden. Gerade deshalb werden Funktionsprobleme politischer Parteien schnell zu Funktionsproblemen des gesamten demokratischen Systems.

Die entscheidende Herausforderung besteht nicht darin, die Parteienlandschaft des 20. Jahrhunderts wiederherzustellen. **Moderne Gesellschaften benötigen keine Rückkehr zu alten Milieus, sondern neue Formen politischer Vermittlung.** Parteien müssen gesellschaftlich offen genug sein, um veränderte Interessen wahrzunehmen, programmatisch klar genug, um Orientierung zu bieten, kompromissfähig genug, um Mehrheiten zu organisieren, und institutionell verantwortlich genug, um staatliche Macht innerhalb demokratischer Begrenzungen auszuüben.

Damit wird sichtbar, dass die Transformation des Parteiensystems nicht lediglich eine Veränderung politischer Konkurrenz darstellt. **Sie verändert den zentralen Übersetzungsmechanismus zwischen Gesellschaft und Staat. Ob dieser Mechanismus auch unter Bedingungen wachsender gesellschaftlicher Vielfalt, beschleunigter Kommunikation und zunehmender politischer Fragmentierung funktioniert, gehört zu den entscheidenden Fragen demokratischer Steuerungsfähigkeit.**

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Kapitel 105 – Parlamente unter Bedingungen politischer Fragmentierung

Parlamente bilden das institutionelle Zentrum repräsentativer Demokratien. In ihnen werden gesellschaftliche Konflikte politisch sichtbar, unterschiedliche Interessen in organisierte Konkurrenz überführt, Regierungen gebildet und kontrolliert, Gesetze beschlossen und öffentliche Entscheidungen legitimiert. Ihre Bedeutung wächst gerade dann, wenn Gesellschaften heterogener werden und traditionelle politische Bindungen an Stabilität verlieren. Je weniger gesellschaftlicher Konsens vorausgesetzt werden kann, desto wichtiger werden Institutionen, in denen unterschiedliche Interessen friedlich miteinander konkurrieren und schließlich zu verbindlichen Entscheidungen zusammengeführt werden können.

Die gesellschaftliche und parteipolitische Fragmentierung verändert jedoch die Bedingungen parlamentarischer Arbeit. Wo früher wenige große Parteien einen erheblichen Teil der Wählerschaft repräsentierten, sind heute häufig mehr Parteien im Parlament vertreten. Regierungsmehrheiten müssen aus komplexeren Koalitionen gebildet werden, politische Konfliktlinien überlagern sich und parlamentarische Mehrheiten können in unterschiedlichen Politikfeldern unterschiedliche gesellschaftliche Interessen miteinander verbinden müssen.

Fragmentierung ist dabei zunächst kein Zeichen demokratischer Schwäche. Sie kann Ausdruck einer differenzierteren gesellschaftlichen Repräsentation sein. Wenn neue Interessen, politische Konflikte oder gesellschaftliche Gruppen parlamentarische Vertretung erhalten, erweitert sich die politische Sichtbarkeit gesellschaftlicher Vielfalt. Problematisch wird Fragmentierung erst dann, wenn aus größerer Repräsentationsvielfalt eine dauerhafte Schwächung politischer Entscheidungs- und Kompromissfähigkeit entsteht.

Damit verschiebt sich die zentrale Frage: Nicht die Zahl der Parteien entscheidet über die Funktionsfähigkeit eines Parlaments, sondern seine Fähigkeit, gesellschaftliche Vielfalt in demokratische Entscheidungen zu übersetzen.

Politische Fragmentierung ist nicht das Gegenteil parlamentarischer Demokratie. Sie kann Ausdruck erfolgreicher gesellschaftlicher Repräsentation sein. Zur demokratischen Belastung wird sie dort, wo Parlamente unterschiedliche Interessen zwar sichtbar machen, aber nicht mehr in tragfähige Mehrheiten, Kompromisse und politische Entscheidungen überführen können.

Von der gesellschaftlichen Fragmentierung zur parlamentarischen Vielfalt

Die Veränderung europäischer Parlamente beginnt außerhalb ihrer institutionellen Mauern. Gesellschaftliche Milieus verlieren an Geschlossenheit, politische Identitäten werden beweglicher und neue Konfliktlinien entstehen. Migration, Klima, soziale Verteilung,

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

nationale Identität, europäische Integration, Digitalisierung, Sicherheit und geopolitische Orientierung lassen sich nicht mehr ohne Weiteres auf eine einzige Links-Rechts-Achse reduzieren.

Parteien reagieren auf diese Entwicklung durch programmatische Anpassung, während gleichzeitig neue Parteien entstehen oder bisher kleinere politische Kräfte an Bedeutung gewinnen. Dadurch wird gesellschaftliche Fragmentierung in parlamentarische Fragmentierung übersetzt.

Diese Entwicklung ist in zahlreichen europäischen Staaten sichtbar. Die Niederlande verfügen über ein stark fragmentiertes Parteiensystem. Italien hat wiederholt neue politische Kräfte hervorgebracht. Frankreichs traditionelle Parteienordnung wurde weitgehend neu strukturiert. In Deutschland hat sich die Zahl relevanter politischer Kräfte gegenüber der klassischen Nachkriegsordnung deutlich erhöht. Auch in Skandinavien sind Mehrparteienkonstellationen und komplexe parlamentarische Mehrheitsbildungen längst Normalität.

Parlamente spiegeln damit eine gesellschaftliche Realität wider, die selbst vielfältiger geworden ist.

Eine Rückkehr zu wenigen großen Parteien würde deshalb nicht automatisch bessere demokratische Repräsentation bedeuten.

Die eigentliche Herausforderung besteht darin, unter Bedingungen größerer Vielfalt weiterhin politische Handlungsfähigkeit zu organisieren.

Repräsentation und Entscheidungsfähigkeit

Parlamente erfüllen zwei Funktionen, die unter Fragmentierungsbedingungen stärker miteinander in Spannung geraten können.

Sie sollen gesellschaftliche Vielfalt repräsentieren.

Gleichzeitig müssen sie verbindliche Entscheidungen ermöglichen.

Je stärker unterschiedliche gesellschaftliche Interessen parlamentarisch vertreten sind, desto größer kann der notwendige Abstimmungs- und Kompromissbedarf werden.

Diese Spannung gehört grundsätzlich zur Demokratie.

Ein Parlament, das gesellschaftliche Unterschiede vollständig ignoriert, könnte möglicherweise schneller entscheiden, würde aber seine Repräsentationsfunktion schwächen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Ein Parlament, das jede gesellschaftliche Differenz vollständig abbildet, ohne daraus Mehrheiten bilden zu können, würde dagegen seine Entscheidungsfunktion verlieren.

Demokratische Funktionsfähigkeit entsteht deshalb zwischen beiden Polen.

Parlamentarische Systeme müssen gesellschaftliche Vielfalt zulassen und gleichzeitig Verfahren besitzen, durch die aus dieser Vielfalt politische Entscheidungen entstehen.

Damit wird Mehrheitsbildung selbst zu einer zentralen demokratischen Integrationsleistung.

Koalitionen als parlamentarische Integrationsmechanismen

Mit zunehmender Parteienfragmentierung werden Koalitionen wichtiger.

Sie sind häufig nicht bloß technische Vereinbarungen zur Bildung einer Regierung. Sie übernehmen einen Teil jener gesellschaftlichen Integrationsfunktion, die früher stärker innerhalb großer Volksparteien stattfand.

Unterschiedliche Parteien repräsentieren unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen, politische Prioritäten und Wertvorstellungen. In Koalitionsverhandlungen müssen diese Unterschiede zu einem gemeinsamen Regierungsprogramm verbunden werden.

Damit verschiebt sich politische Integration:

gesellschaftliche Vielfalt → Parteienvielfalt → parlamentarische Verhandlung → Koalitionsbildung → gemeinsame Regierungspolitik.

Dieser Prozess kann demokratisch produktiv sein.

Er zwingt unterschiedliche politische Kräfte dazu, Prioritäten zu setzen und Kompromisse zu entwickeln.

Gleichzeitig entstehen neue Probleme.

Je größer die programmatische Distanz zwischen Koalitionspartnern ist, desto schwieriger wird gemeinsame politische Führung. Umfangreiche Koalitionsverträge können versuchen, Konflikte bereits zu Beginn einer Legislaturperiode möglichst detailliert zu regeln. Dadurch kann jedoch die spätere Anpassungsfähigkeit der Regierung eingeschränkt werden, wenn unerwartete Krisen oder gesellschaftliche Veränderungen auftreten.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Koalitionen benötigen deshalb nicht nur programmatische Vereinbarungen, sondern eine belastbare politische Konfliktkultur.

Der Kompromiss unter wachsendem öffentlichen Druck

Parlamentarische Demokratie beruht wesentlich auf Kompromissfähigkeit.

In fragmentierten Parteiensystemen steigt ihre Bedeutung.

Gleichzeitig wird der Kompromiss öffentlich schwieriger zu vermitteln.

Parteien müssen sich voneinander unterscheiden, um Wähler zu mobilisieren. Nach der Wahl müssen sie jedoch möglicherweise mit genau jenen Parteien zusammenarbeiten, gegen deren Positionen sie zuvor Wahlkampf geführt haben.

Dadurch entsteht ein strukturelles Kommunikationsproblem.

Vor der Wahl wird Differenz betont.

Nach der Wahl wird Annäherung erforderlich.

Wähler können diese Veränderung als Aufgabe politischer Positionen interpretieren.

Populistische Akteure können Kompromisse zusätzlich als Beweis dafür darstellen, dass etablierte Parteien letztlich austauschbar seien.

Damit entsteht ein gefährlicher Mechanismus: Je stärker Parteien ihre Unterschiede im Wahlkampf zuspitzen, desto schwieriger kann anschließend die parlamentarische Zusammenarbeit werden.

Demokratische Konkurrenz benötigt deshalb politische Differenz, darf aber den zukünftigen Kompromiss nicht grundsätzlich delegitimieren.

Opposition als notwendiger Bestandteil parlamentarischer Ordnung

Fragmentierung verändert nicht nur Regierungsbildung, sondern auch die Rolle der Opposition.

Opposition ist keine institutionelle Störung.

Sie gehört zum Kern parlamentarischer Demokratie.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Sie kontrolliert Regierungshandeln, formuliert Alternativen und ermöglicht gesellschaftlichen Gruppen, die nicht Teil der Regierungsmehrheit sind, politische Repräsentation.

Gerade unter Bedingungen wachsender Polarisierung gewinnt diese Funktion an Bedeutung.

Eine demokratische Ordnung muss politischen Konflikt institutionalisieren.

Menschen müssen erleben können, dass grundlegende Kritik an der Regierung innerhalb des parlamentarischen Systems möglich ist.

Problematisch wird es jedoch, wenn Opposition und Regierung einander nicht mehr als legitime politische Konkurrenten anerkennen.

Dann verändert sich parlamentarischer Konflikt.

Aus dem Streit über politische Entscheidungen wird ein Streit über die Legitimität der jeweils anderen Seite.

Damit steigt das Risiko, dass parlamentarische Verfahren nicht mehr als gemeinsamer demokratischer Rahmen verstanden werden, sondern ausschließlich als Instrument politischer Macht.

Parlamentarische Polarisierung und die Grenzen politischer Zuspitzung

Politische Polarisierung ist nicht grundsätzlich demokratiefeindlich.

Parlamente benötigen erkennbare Alternativen.

Wenn alle Parteien dieselben Positionen vertreten würden, verlöre demokratische Wahl einen Teil ihrer Bedeutung.

Problematisch wird Polarisierung dort, wo politische Gegner nicht mehr als legitime Vertreter anderer gesellschaftlicher Interessen betrachtet werden.

Dann verändert sich die Sprache parlamentarischer Auseinandersetzung.

Kompromiss wird als Verrat verstanden, institutionelle Verfahren werden grundsätzlich verdächtigt und politische Niederlagen erscheinen nicht mehr als vorübergehendes Ergebnis demokratischer Konkurrenz.

Eine solche Entwicklung kann sich selbst verstärken:

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

politische Polarisierung → stärkere sprachliche Abgrenzung → geringere Kompromissbereitschaft → institutionelle Blockaden → gesellschaftliche Wahrnehmung politischer Handlungsunfähigkeit → weitere Polarisierung.

Parlamentarische Kultur ist deshalb keine bloße Frage politischer Umgangsformen.

Sie besitzt unmittelbare Bedeutung für die Funktionsfähigkeit demokratischer Institutionen.

Ausschluss, Abgrenzung und parlamentarische Mehrheitsbildung

Besonders schwierig wird parlamentarische Fragmentierung, wenn einzelne Parteien von möglichen Koalitionen ausgeschlossen werden.

Eine solche Abgrenzung kann demokratisch legitim sein, wenn grundlegende Zweifel an der Verfassungstreue, Rechtsstaatlichkeit oder pluralistischen Orientierung einer politischen Kraft bestehen.

Gleichzeitig besitzt sie strukturelle Folgen für parlamentarische Mehrheitsbildung.

Je größer eine ausgegrenzte Partei wird, desto kleiner wird der verbleibende Bereich möglicher Regierungsmehrheiten.

Dadurch können Koalitionen notwendig werden, deren Parteien programmatisch weit auseinanderliegen.

Dies kann wiederum den Eindruck verstärken, etablierte Parteien würden trotz erheblicher politischer Unterschiede gemeinsam regieren, während eine relevante Wählergruppe dauerhaft außerhalb möglicher Regierungsbildung bleibt.

Damit entsteht ein komplexes demokratisches Spannungsverhältnis.

Eine Demokratie darf ihre institutionellen Grundlagen nicht aus kurzfristigen Mehrheitsüberlegungen relativieren.

Sie muss gleichzeitig verhindern, dass politische Abgrenzung selbst zu einer dauerhaften Repräsentations- und Legitimationskrise beiträgt.

Für dieses Problem existiert keine allgemeine europäische Lösung. Österreich, Schweden, die Niederlande, Italien und Deutschland haben unterschiedliche Strategien entwickelt.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Entscheidend bleibt, dass politische Entscheidungen nicht allein taktisch, sondern anhand demokratischer und institutioneller Maßstäbe begründet werden.

Das Parlament zwischen Regierung und Öffentlichkeit

In parlamentarischen Regierungssystemen besteht eine weitere strukturelle Herausforderung.

Die Regierungsmehrheit kontrolliert nicht nur die Regierung, sondern trägt sie.

Dadurch kann die klassische Kontrollfunktion des Parlaments teilweise in den Hintergrund treten.

Regierungsfractionen besitzen einen starken Anreiz, die eigene Regierung politisch zu stabilisieren. Die öffentliche Kontrolle wird dadurch stärker von Oppositionsfractionen, Ausschüssen, Medien und unabhängigen Institutionen übernommen.

Mit zunehmender Koalitionskomplexität kann sich dieses Problem verstärken.

Wichtige politische Entscheidungen werden häufig bereits zwischen Parteiführungen, Ministerien und Koalitionsgruppen ausgehandelt, bevor sie das Parlament erreichen.

Das Parlament droht dann in der öffentlichen Wahrnehmung zum Ort nachträglicher Bestätigung bereits getroffener Entscheidungen zu werden.

Dies wäre problematisch.

Parlamentarische Beratung besitzt eine eigenständige demokratische Funktion.

Sie macht politische Alternativen sichtbar und zwingt Regierungspolitik zu öffentlicher Begründung.

Gerade in komplexen Koalitionssystemen sollte das Parlament deshalb nicht an Bedeutung verlieren, sondern als öffentlicher Raum politischer Abwägung gestärkt werden.

Komplexität, Fachwissen und parlamentarische Kontrolle

Gleichzeitig werden die Gegenstände parlamentarischer Entscheidungen immer komplexer.

Finanzmärkte, künstliche Intelligenz, Energieversorgung, internationale Handelsbeziehungen, militärische Sicherheit oder europäische Regulierung erfordern hoch spezialisiertes Fachwissen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Damit steigt die Abhängigkeit von Ministerialverwaltungen, wissenschaftlicher Expertise und externen Sachverständigen.

Dies ist grundsätzlich unvermeidbar.

Kein Parlament kann sämtliche technische Einzelheiten moderner Politik selbst entwickeln.

Die demokratische Herausforderung besteht jedoch darin, dass politische Entscheidungskompetenz nicht vollständig in Experten- und Verwaltungsstrukturen verlagert wird.

Experten können erklären, welche Folgen bestimmte Entscheidungen wahrscheinlich besitzen.

Sie können aber nicht entscheiden, welche gesellschaftlichen Ziele politisch priorisiert werden sollen.

Diese Entscheidung bleibt demokratisch.

Parlamente müssen deshalb ausreichend eigene fachliche Kapazitäten besitzen, um Regierung und Verwaltung wirksam kontrollieren und unterschiedliche Expertisen bewerten zu können.

Beschleunigte Öffentlichkeit und parlamentarische Zeit

Auch Parlamente stehen zunehmend unter dem Druck digital beschleunigter Öffentlichkeit.

Gesellschaftliche Debatten können innerhalb weniger Stunden entstehen.

Parlamentarische Verfahren benötigen dagegen Zeit.

Gesetzentwürfe müssen beraten, Ausschüsse beteiligt, Sachverständige gehört und mögliche Folgen geprüft werden.

Diese institutionelle Langsamkeit kann öffentlich als mangelnde Reaktion erscheinen.

Doch gerade bei komplexen Entscheidungen besitzt sie eine Schutzfunktion.

Das Problem liegt deshalb nicht allein in der Geschwindigkeit parlamentarischer Verfahren.

Es liegt häufig darin, dass ihre Funktion gesellschaftlich kaum sichtbar wird.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Wenn politische Beratung lediglich als Verzögerung wahrgenommen wird, verliert ein wesentliches Element demokratischer Qualität seine Legitimität.

Parlamente müssen deshalb besser vermitteln, warum demokratische Entscheidungen Zeit benötigen und welche Funktion Beratung, Anhörung und Opposition erfüllen.

Fragmentierung und langfristige Politik

Besonders schwierig wird parlamentarische Fragmentierung bei politischen Herausforderungen, deren Zeithorizont weit über eine Legislaturperiode hinausreicht.

Demografischer Wandel, Infrastruktur, Bildung, Verteidigung, Energieversorgung und wirtschaftliche Transformation benötigen häufig jahrzehntelange Strategien.

Wechselnde parlamentarische Mehrheiten können jedoch politische Prioritäten verändern.

Demokratischer Machtwechsel muss diese Möglichkeit grundsätzlich offenhalten.

Gleichzeitig kann dauerhafte politische Richtungsänderung langfristige Planung erschweren.

Damit entsteht ein weiteres Spannungsverhältnis zwischen demokratischer Alternanz und strategischer Kontinuität.

Eine mögliche Antwort liegt in breiteren parlamentarischen Verständigungen über grundlegende langfristige Ziele, ohne politische Alternativen vollständig aufzuheben.

Nicht jede Frage eignet sich dafür.

Doch bei grundlegenden staatlichen Infrastruktur- oder Sicherheitsfragen kann ein Mindestmaß parteiübergreifender Kontinuität die langfristige Steuerungsfähigkeit erhöhen.

Parlamente als Orte gesellschaftlicher Konfliktverarbeitung

Die Bedeutung des Parlaments erschöpft sich deshalb nicht im Beschluss von Gesetzen.

Seine vielleicht wichtigste Funktion liegt darin, gesellschaftliche Konflikte in geregelte politische Verfahren zu überführen.

Unterschiedliche Interessen können sichtbar werden, ohne dass gesellschaftliche Einheit vorausgesetzt werden muss.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Opposition darf widersprechen.

Regierung darf entscheiden.

Minderheiten dürfen versuchen, zukünftige Mehrheiten zu gewinnen.

Gerade darin liegt eine zentrale demokratische Leistung.

Parlamente verwandeln gesellschaftlichen Konflikt in **institutionalisierte Konkurrenz**.

Diese Funktion wird umso wichtiger, je fragmentierter Gesellschaften werden.

Wenn Menschen erleben, dass ihre politischen Positionen parlamentarisch vertreten und öffentlich diskutiert werden können, müssen politische Niederlagen nicht als gesellschaftlicher Ausschluss verstanden werden.

Damit besitzt parlamentarische Repräsentation eine integrative Wirkung, selbst wenn kein politischer Konsens entsteht.

Vom Mehrheitsparlament zum Integrationsparlament

Die gesellschaftliche Transformation verändert damit langfristig das Selbstverständnis parlamentarischer Demokratie.

In weniger fragmentierten Parteiensystemen konnte parlamentarische Stabilität stärker durch relativ klare Regierungs- und Oppositionslager entstehen.

In pluralisierten Gesellschaften wird das Parlament zunehmend zu einem Ort komplexer Mehrheitsbildung.

Seine Aufgabe besteht nicht mehr nur darin, bestehende gesellschaftliche Mehrheiten politisch abzubilden.

Es muss Mehrheiten zunehmend **durch politische Vermittlung erst herstellen**.

Damit gewinnt die Integrationsfunktion des Parlaments an Bedeutung.

Parlamentarische Leistungsfähigkeit lässt sich deshalb nicht ausschließlich daran messen, wie schnell Gesetze verabschiedet werden.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Ebenso wichtig ist, ob Entscheidungen gesellschaftlich nachvollziehbar entstehen, politische Alternativen sichtbar bleiben und unterschiedliche Interessen in einem gemeinsamen demokratischen Verfahren verarbeitet werden.

Je fragmentierter eine Gesellschaft wird, desto wichtiger wird das Parlament als gemeinsamer politischer Raum. Seine Aufgabe besteht nicht darin, gesellschaftliche Unterschiede zu beseitigen, sondern darin, aus diesen Unterschieden handlungsfähige Mehrheiten entstehen zu lassen, ohne Minderheiten von zukünftiger politischer Einflussnahme auszuschließen.

Politische Fragmentierung stellt Parlamente damit vor erhebliche Herausforderungen, bedeutet aber nicht zwangsläufig ihre Schwächung. Sie kann vielmehr ihre ursprüngliche demokratische Funktion erneut sichtbar machen. Parlamente sind gerade deshalb notwendig, weil moderne Gesellschaften keine homogenen politischen Gemeinschaften bilden. Sie schaffen einen institutionellen Raum, in dem unterschiedliche Interessen miteinander konkurrieren können, ohne dass der gesellschaftliche Konflikt selbst die politische Ordnung zerstört.

Die entscheidende Frage lautet deshalb nicht, ob die parlamentarische Vielfalt wieder reduziert werden kann. **Sie lautet, ob Parlamente ihre Verfahren, Arbeitsweisen und politische Kultur so weiterentwickeln können, dass aus größerer Repräsentationsvielfalt weiterhin verbindliche politische Entscheidungen entstehen.** Gelingt diese Übersetzung, kann Fragmentierung demokratische Repräsentation erweitern. Misslingt sie dauerhaft, kann dieselbe Fragmentierung den Eindruck politischer Blockade verstärken und damit jene Kräfte stärken, die parlamentarische Aushandlung grundsätzlich als Zeichen staatlicher Schwäche darstellen.

Gerade darin liegt die institutionelle Herausforderung der kommenden Jahre: **Parlamente müssen zugleich vielfältiger, konfliktfähiger und entscheidungsfähiger werden. Ihre demokratische Stärke wird nicht daran zu messen sein, wie wenig Streit in ihnen stattfindet, sondern daran, ob sie gesellschaftlichen Streit in politische Entscheidungen überführen können, ohne die Offenheit zukünftiger demokratischer Konkurrenz zu verlieren.**

Kapitel 106 – Regieren in Mehrparteienkoalitionen

Die zunehmende Fragmentierung europäischer Parteiensysteme verändert nicht nur Parlamente und Wahlkämpfe. Sie verändert unmittelbar die Bedingungen des Regierens. Wo einzelne große Parteien oder zwei relativ geschlossene politische Lager früher häufiger stabile

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Mehrheiten bilden konnten, entstehen Regierungsmehrheiten heute zunehmend durch die Zusammenarbeit mehrerer Parteien mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Wählergruppen, programmatischen Traditionen und politischen Prioritäten.

Mehrparteienkoalitionen sind dabei weder eine Ausnahme noch grundsätzlich ein Zeichen politischer Instabilität. In zahlreichen europäischen Demokratien gehören sie seit Langem zur parlamentarischen Normalität. Sie können unterschiedliche gesellschaftliche Interessen in staatliche Entscheidungen integrieren und verhindern, dass eine einzelne politische Kraft weitreichende Macht ohne ausreichende politische Gegenkräfte ausübt. Gerade in pluralisierten Gesellschaften können Koalitionen deshalb eine wichtige demokratische Integrationsfunktion übernehmen.

Gleichzeitig erhöhen sie die Anforderungen an politische Steuerung erheblich. Mehr Parteien bedeuten mehr Akteure, mehr programmatische Unterschiede, mehr innerparteiliche Rückkopplungen und mehr mögliche Konfliktpunkte. Politische Entscheidungen müssen nicht nur zwischen Regierung und Opposition, gesellschaftlichen Interessen und staatlichen Institutionen ausgehandelt werden, sondern zunächst innerhalb der Regierung selbst.

Damit verändert sich die Logik des Regierens. Politische Führung besteht weniger darin, ein geschlossenes Programm einer einzelnen Partei durchzusetzen. Sie besteht zunehmend darin, unterschiedliche politische Programme so miteinander zu verbinden, dass eine gemeinsame Regierung dauerhaft handlungsfähig bleibt.

Mehrparteienkoalitionen sind eine institutionelle Antwort auf gesellschaftliche und parteipolitische Vielfalt. Ihre demokratische Stärke liegt in der Integration unterschiedlicher Interessen; ihre strukturelle Schwäche entsteht dort, wo die permanente Abstimmung zwischen den Koalitionspartnern gemeinsame politische Führung und erkennbare Verantwortlichkeit verdrängt.

Koalitionsregierungen als Folge gesellschaftlicher Pluralisierung

Die zunehmende Bedeutung von Mehrparteienkoalitionen beginnt mit der Veränderung gesellschaftlicher Repräsentation. Wenn traditionelle Volksparteien geringere Stimmenanteile erreichen und neue Parteien dauerhaft parlamentarische Bedeutung gewinnen, werden absolute oder nahezu alleinige Regierungsmehrheiten seltener.

Damit verschiebt sich ein Teil gesellschaftlicher Integration in die Regierungsbildung.

Unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen wählen unterschiedliche Parteien. Diese Parteien müssen anschließend entscheiden, ob ihre politischen Unterschiede groß genug sind, um

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Opposition zu rechtfertigen, oder ob ausreichende Gemeinsamkeiten für eine Regierungsbildung bestehen.

Koalitionsverhandlungen werden dadurch zu einem wichtigen Bestandteil demokratischer Mehrheitsbildung.

Sie übersetzen Wahlergebnisse in politische Handlungsfähigkeit.

Diese Übersetzung ist notwendigerweise mit Kompromissen verbunden. Keine Partei kann erwarten, ihr vollständiges Wahlprogramm umzusetzen, wenn sie nur einen Teil der parlamentarischen Mehrheit stellt.

Die demokratische Legitimität einer Koalition entsteht deshalb nicht dadurch, dass jedes Wahlversprechen aller beteiligten Parteien verwirklicht wird. Sie entsteht dadurch, dass aus unterschiedlichen demokratisch legitimierten Programmen ein gemeinsames Regierungsprogramm entwickelt wird.

Die Verschiebung politischer Integration

Damit setzt sich eine Entwicklung fort, die bereits bei der Transformation der Volksparteien sichtbar geworden ist.

Früher fand ein erheblicher Teil politischer Interessenvermittlung innerhalb großer Parteien statt. Unterschiedliche gesellschaftliche Flügel mussten bereits vor einer Wahl gemeinsame Positionen entwickeln.

Mit der Fragmentierung verlagert sich ein Teil dieses Prozesses zwischen die Parteien.

Aus einer innerparteilichen wird teilweise eine zwischenparteiliche Integrationsleistung.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass gesellschaftliche Konflikte verschwinden.

Sie treten lediglich an einer anderen Stelle des politischen Systems auf.

Was früher auf Parteitage, in Parteigremien oder zwischen innerparteilichen Flügeln ausgehandelt wurde, kann heute zwischen Koalitionspartnern verhandelt werden.

Damit wird Regierungsbildung selbst stärker zum Ort gesellschaftlicher Konfliktverarbeitung.

Diese Entwicklung kann demokratisch produktiv sein, erhöht aber zugleich die öffentliche Sichtbarkeit politischer Differenzen innerhalb einer Regierung.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Der Koalitionsvertrag zwischen Orientierung und Selbstbindung

Mehrparteienkoalitionen versuchen häufig, ihre Zusammenarbeit durch umfangreiche Koalitionsverträge abzusichern.

Dies ist nachvollziehbar.

Je größer die programmatischen Unterschiede zwischen den beteiligten Parteien sind, desto stärker besteht das Bedürfnis, politische Ziele, Zuständigkeiten und Verfahren im Voraus festzulegen.

Koalitionsverträge schaffen Verlässlichkeit.

Sie ermöglichen Parteien, gegenüber ihren Mitgliedern und Wählern sichtbar zu machen, welche eigenen Forderungen in die gemeinsame Regierungspolitik eingeflossen sind.

Gleichzeitig können sehr detaillierte Vereinbarungen die spätere politische Anpassungsfähigkeit begrenzen.

Keine Regierung kann zu Beginn einer Legislaturperiode alle zukünftigen Entwicklungen vorhersehen.

Wirtschaftliche Krisen, internationale Konflikte, Migrationsbewegungen, technologische Veränderungen oder gesellschaftliche Ereignisse können politische Prioritäten grundlegend verändern.

Eine Regierung, die ihren Koalitionsvertrag als nahezu unveränderbares Programm versteht, kann deshalb Schwierigkeiten bekommen, auf neue Bedingungen zu reagieren.

Mehrparteienkoalitionen benötigen neben programmatischer Festlegung immer auch **institutionalisierte Anpassungsfähigkeit**.

Regieren bedeutet permanente Koordination

Die eigentliche Herausforderung beginnt nach der Regierungsbildung.

Ministerien werden gewöhnlich von unterschiedlichen Parteien geführt. Entscheidungen eines Ressorts besitzen jedoch häufig Auswirkungen auf andere Politikbereiche.

Klimapolitik betrifft Wirtschaft, Verkehr, Finanzen und soziale Verteilung. Migration betrifft Innenpolitik, Außenpolitik, Arbeit, Bildung, Wohnungsbau und Kommunen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Verteidigungspolitik hat Auswirkungen auf Haushalt, Industrie und europäische Zusammenarbeit.

Damit können Ressortkonflikte zugleich Parteikonflikte werden.

Eine fachliche Meinungsverschiedenheit zwischen Ministerien erhält dann schnell eine zusätzliche parteipolitische Dimension.

Koalitionsregierungen benötigen deshalb starke Koordinationsmechanismen.

Regierungschef, Kabinett, Koalitionsausschüsse, Fraktionsführungen und Parteispitzen bilden ein komplexes Entscheidungsnetzwerk.

Je besser diese Ebenen miteinander verbunden sind, desto eher können Konflikte intern gelöst werden.

Versagt die interne Koordination, werden Regierungsstreitigkeiten öffentlich ausgetragen.

Dann kann der Eindruck entstehen, die Regierung beschäftige sich stärker mit sich selbst als mit den Problemen des Landes.

Öffentlicher Streit und demokratische Transparenz

Dabei ist öffentlicher Streit innerhalb einer Koalition nicht grundsätzlich problematisch.

Parteien bleiben auch während einer Regierungsbeteiligung eigenständige politische Organisationen.

Sie müssen gegenüber ihren Wählern erkennbar bleiben.

Vollständige politische Geschlossenheit wäre deshalb weder realistisch noch unbedingt demokratisch wünschenswert.

Die entscheidende Frage lautet, wie Konflikte ausgetragen werden.

Sachliche Unterschiede können öffentlich benannt werden, solange anschließend ein nachvollziehbarer Entscheidungsprozess stattfindet.

Problematisch wird es, wenn Koalitionspartner bereits vereinbarte Entscheidungen permanent öffentlich infrage stellen oder politische Konflikte hauptsächlich zur eigenen Profilierung nutzen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Dann entsteht eine paradoxe Situation.

Die Parteien versuchen, ihre eigene Identität innerhalb der Koalition zu schützen, schwächen dadurch aber möglicherweise die gemeinsame Regierung, von deren Erfolg auch ihre eigene politische Glaubwürdigkeit abhängt.

Koalitionsfähigkeit verlangt deshalb eine Balance zwischen **Eigenständigkeit und gemeinsamer Verantwortung**.

Profilierung und das Koalitionsdilemma

Jede Regierungspartei steht vor einem strategischen Problem.

Sie muss gemeinsam regieren und gleichzeitig bei der nächsten Wahl wieder als eigenständige Partei antreten.

Je erfolgreicher die gemeinsame Regierung erscheint, desto schwieriger kann es für kleinere Koalitionspartner werden, eigene politische Erfolge sichtbar zu machen.

Je stärker sie dagegen ihre Unterschiede zur Regierung betonen, desto mehr können sie den Eindruck gemeinsamer Handlungsunfähigkeit verstärken.

Daraus entsteht das Koalitionsdilemma:

Gemeinsamer Regierungserfolg verlangt Zusammenarbeit – zukünftiger Wahlerfolg verlangt politische Unterscheidbarkeit.

Dieses Spannungsverhältnis lässt sich nicht vollständig auflösen.

Es kann jedoch politisch bearbeitet werden.

Koalitionspartner müssen ihre unterschiedlichen Schwerpunkte sichtbar halten, ohne jede Differenz in einen grundlegenden Regierungskonflikt zu verwandeln.

Gerade kleinere Parteien benötigen deshalb erkennbare politische Verantwortungsbereiche, in denen ihre Beiträge zur gemeinsamen Politik sichtbar werden können.

Die Schwierigkeit politischer Verantwortungszuweisung

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Mehrparteienkoalitionen erschweren zugleich die demokratische Verantwortlichkeit.

In einem politischen System mit einer klaren Regierungsmehrheit kann relativ eindeutig beurteilt werden, welche politische Kraft für Regierungshandeln verantwortlich ist.

In einer Koalition verteilt sich diese Verantwortung.

Unpopuläre Entscheidungen können dem Koalitionspartner zugeschrieben werden.

Nicht umgesetzte Wahlversprechen können mit fehlender Zustimmung anderer Regierungsparteien erklärt werden.

Dadurch kann eine problematische Struktur entstehen:

Erfolge werden parteipolitisch beansprucht, während Verantwortung für Misserfolge verteilt wird.

Für Bürger wird es schwieriger zu erkennen, welche Partei welche Entscheidung tatsächlich geprägt hat.

Dies kann langfristig die demokratische Verantwortungsbeziehung zwischen Wahl und Regierung schwächen.

Koalitionen benötigen deshalb nicht nur interne Entscheidungsverfahren.

Sie benötigen eine politische Kultur gemeinsamer Verantwortungsübernahme.

Wer eine Regierungsentscheidung mitträgt, muss sie grundsätzlich auch gegenüber der Öffentlichkeit vertreten.

Kompromiss und die Wahrnehmung gebrochener Wahlversprechen

Besonders schwierig ist die Vermittlung von Koalitionskompromissen.

Parteien treten mit unterschiedlichen Wahlprogrammen an. Nach der Wahl müssen sie einen Teil ihrer Forderungen zurückstellen.

Aus Sicht parlamentarischer Demokratie ist dies normal.

Aus Sicht einzelner Wähler kann jedoch der Eindruck entstehen, politische Versprechen würden nach der Wahl aufgegeben.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Dieses Problem verschärft sich, wenn Parteien im Wahlkampf maximale Forderungen formulieren, obwohl bereits absehbar ist, dass sie nur innerhalb einer Koalition regieren können.

Je größer die Differenz zwischen Wahlkampfrhetorik und realistischer Koalitionspolitik ist, desto größer wird später das Glaubwürdigkeitsproblem.

Parteien müssen deshalb bereits vor Wahlen deutlicher zwischen politischen Zielen und unverhandelbaren Grundpositionen unterscheiden.

Demokratische Glaubwürdigkeit verlangt nicht die vollständige Umsetzung jedes Programmpunktes.

Sie verlangt aber Transparenz darüber, welche Kompromisse eingegangen wurden und warum.

Koalitionen unter Krisenbedingungen

Die Belastbarkeit von Mehrparteienkoalitionen zeigt sich besonders in Krisen.

Unter normalen Bedingungen können politische Konflikte über längere Zeiträume verhandelt werden.

Krisen verlangen häufig schnelle Entscheidungen.

Dann müssen Parteien mit unterschiedlichen politischen Prioritäten innerhalb kurzer Zeit gemeinsame Positionen entwickeln.

Die europäische Politik der vergangenen Jahre hat mehrfach gezeigt, wie stark solche Situationen Regierungen verändern können.

Pandemie, Energiekrise, Inflation, Krieg und geopolitische Unsicherheit haben politische Prioritäten teilweise innerhalb weniger Monate verschoben.

Koalitionsvereinbarungen, die unter völlig anderen Voraussetzungen geschlossen wurden, mussten angepasst werden.

Damit wird deutlich, dass erfolgreiche Koalitionsführung nicht nur auf inhaltlicher Übereinstimmung beruht.

Mindestens ebenso wichtig ist **gegenseitiges institutionelles Vertrauen**.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Koalitionspartner müssen darauf vertrauen können, dass Vereinbarungen eingehalten, Konflikte fair ausgehandelt und notwendige Anpassungen nicht einseitig zur parteipolitischen Profilierung genutzt werden.

Politische Führung in einer Koalitionsregierung

Mehrparteienkoalitionen verändern auch die Rolle des Regierungschefs.

Politische Führung kann weniger durch einfache hierarchische Anweisung erfolgen.

Sie besteht stärker in Koordination.

Ein Regierungschef muss unterschiedliche Parteien, Ministerien und politische Interessen zu gemeinsamen Entscheidungen führen.

Dies verlangt Moderation, Prioritätensetzung und die Fähigkeit, Konflikte rechtzeitig zu erkennen.

Zu geringe Führung kann den Eindruck einer auseinanderfallenden Regierung erzeugen.

Zu starke Dominanz kann wiederum Widerstand der Koalitionspartner hervorrufen.

Damit unterscheidet sich koalitionäre Führung von einer rein hierarchischen Vorstellung politischer Macht.

Sie ist stärker **verhandelnde Führung**.

Gerade unter Bedingungen politischer Fragmentierung wird diese Fähigkeit zu einer zentralen Kompetenz demokratischen Regierens.

Mehrparteienkoalitionen und langfristige Transformation

Besonders anspruchsvoll wird Koalitionsregieren bei langfristigen Transformationsaufgaben.

Demografie, Infrastruktur, Bildung, Verteidigung, Digitalisierung, Energie und wirtschaftlicher Strukturwandel lassen sich nicht innerhalb einer einzigen Legislaturperiode vollständig bearbeiten.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Gleichzeitig können Koalitionspartner unterschiedliche Vorstellungen über Geschwindigkeit, Finanzierung und soziale Verteilung solcher Veränderungen besitzen.

Damit steigt die Gefahr kurzfristiger Kompromisse, die zwar einen aktuellen Konflikt innerhalb der Regierung lösen, aber keine langfristige politische Orientierung schaffen.

Transformationspolitik benötigt deshalb mehr als einzelne Koalitionskompromisse.

Sie benötigt eine gemeinsame Vorstellung davon, welches langfristige Ziel verfolgt wird.

Parteien können über Instrumente streiten.

Wenn jedoch bereits die grundlegende Richtung innerhalb einer Regierung dauerhaft ungeklärt bleibt, wird strategische Steuerung schwierig.

Eine handlungsfähige Koalition benötigt deshalb einen **gemeinsamen politischen Kern**, der über die bloße Addition einzelner Parteiprogramme hinausgeht.

Breite Koalitionen und die politische Mitte

Mit zunehmender Fragmentierung können Koalitionen entstehen, die Parteien aus unterschiedlichen Bereichen des politischen Spektrums miteinander verbinden.

Solche Bündnisse können demokratische Stabilität sichern.

Sie können zugleich jedoch die politische Konkurrenz verändern.

Wenn große Teile der politischen Mitte gemeinsam regieren, können oppositionelle Parteien an den politischen Rändern leichter behaupten, zwischen den etablierten Parteien bestünden keine wirklichen Unterschiede mehr.

Damit kann eine breite Koalition unbeabsichtigt die politische Polarisierung außerhalb der Regierung verstärken.

Dies bedeutet nicht, dass breite Koalitionen vermieden werden sollten.

Manchmal sind sie die einzige stabile parlamentarische Mehrheitsoption.

Ihre politische Kommunikation muss jedoch deutlich machen, dass Kooperation nicht Gleichheit bedeutet.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Parteien können gemeinsam regieren und trotzdem unterschiedliche politische Vorstellungen besitzen.

Der demokratische Kompromiss darf nicht als Auflösung politischer Alternativen erscheinen.

Koalitionsbildung und demokratische Repräsentation

Eine weitere Herausforderung entsteht durch die Differenz zwischen Wahlergebnis und Regierungsbildung.

Wähler entscheiden über die Stärke von Parteien.

Sie entscheiden in parlamentarischen Systemen jedoch häufig nicht unmittelbar über die konkrete Regierungskoalition.

Nach einer Wahl können unterschiedliche parlamentarische Mehrheiten rechnerisch möglich sein.

Koalitionsverhandlungen bestimmen dann, welche dieser Möglichkeiten tatsächlich umgesetzt wird.

Dies gehört zur Logik parlamentarischer Demokratie.

Gleichzeitig kann eine Distanz zwischen Wahlentscheidung und Regierungsergebnis entstehen.

Je fragmentierter ein Parteiensystem wird, desto größer kann die Zahl möglicher Koalitionen werden.

Parteien sollten deshalb vor Wahlen möglichst klar kommunizieren, welche politischen Bündnisse sie grundsätzlich anstreben oder ausschließen.

Vollständige Festlegungen sind nicht immer möglich.

Doch demokratische Transparenz verlangt, dass Regierungsbildung für Wähler nicht vollständig unvorhersehbar wird.

Der europäische Vergleich unterschiedlicher Koalitionskulturen

Die bisherigen Länderanalysen zeigen, dass Mehrparteienregierungen sehr unterschiedlich funktionieren können.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die Niederlande und skandinavische Staaten besitzen lange Traditionen koalitionärer und teilweise auch minderheitlicher Regierungsformen. Politische Verhandlung ist dort stärker institutionell eingeübt.

Deutschland verfügt ebenfalls über eine lange Koalitionstradition, musste sich jedoch zunehmend von Zweierkoalitionen zu komplexeren Mehrparteienkonstellationen bewegen.

Italien zeigt wiederum, dass häufige Regierungswechsel nicht zwangsläufig einen Zusammenbruch staatlicher Institutionen bedeuten.

Frankreich verdeutlicht aus einer anderen institutionellen Perspektive, dass selbst ein stark präsidentiell geprägtes System erhebliche Probleme bekommt, wenn parlamentarische Mehrheiten fragmentieren.

Der Vergleich zeigt damit: Die Zahl der Regierungsparteien allein erklärt politische Stabilität nicht.

Entscheidend sind politische Kultur, institutionelle Regeln, Koalitionserfahrung und die Fähigkeit der beteiligten Parteien, Konflikte innerhalb gemeinsamer Verfahren auszutragen.

Von der Koalitionsbildung zur Koalitionssteuerung

Die zentrale Herausforderung moderner Mehrparteienregierungen liegt deshalb zunehmend nicht in ihrer Bildung, sondern in ihrer dauerhaften Steuerung.

Ein Koalitionsvertrag kann politische Zusammenarbeit beginnen.

Er kann sie nicht ersetzen.

Regierungen benötigen Mechanismen zur Konfliktlösung, regelmäßige strategische Abstimmung und klare Entscheidungsverfahren.

Dabei sollte nicht jeder politische Unterschied sofort auf die Ebene der Parteivorsitzenden oder Koalitionsspitzen eskalieren.

Eine funktionierende Regierung muss Konflikte auf der jeweils zuständigen Ebene bearbeiten können.

Andernfalls entsteht eine permanente politische Krisenwahrnehmung.

Koalitionssteuerung ist deshalb auch institutionelles Konfliktmanagement.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Sie entscheidet darüber, ob politische Unterschiedlichkeit produktiv verarbeitet wird oder sich zu dauerhafter Blockade entwickelt.

Mehrparteienregierungen als neue demokratische Normalität

Die zunehmende gesellschaftliche Differenzierung spricht dafür, dass komplexere Koalitionsregierungen in vielen europäischen Demokratien eher häufiger als seltener werden.

Die Vorstellung, politische Stabilität könne langfristig vor allem durch die Wiederherstellung weniger großer Parteien erreicht werden, erscheint deshalb wenig realistisch.

Demokratische Systeme müssen lernen, unter Bedingungen größerer Parteienvielfalt zuverlässig zu regieren.

Dies verlangt Veränderungen sowohl in der politischen Kultur als auch in der öffentlichen Erwartung.

Koalitionen sind keine politischen Notlösungen.

Sie sind institutionelle Verfahren zur Herstellung von Mehrheiten in pluralistischen Gesellschaften.

Ihre Qualität entscheidet sich nicht daran, ob Konflikte auftreten.

Konflikte sind unvermeidbar.

Entscheidend ist, ob sie so verarbeitet werden, dass gemeinsame Entscheidungen weiterhin möglich bleiben.

Die Regierungsfähigkeit fragmentierter Demokratien wird zunehmend davon abhängen, ob Mehrparteienkoalitionen politische Unterschiedlichkeit in gemeinsame Handlungsfähigkeit übersetzen können. Koalitionen scheitern nicht daran, dass ihre Parteien unterschiedliche Interessen vertreten. Sie geraten dort in Schwierigkeiten, wo die Pflege parteipolitischer Unterschiede wichtiger wird als die gemeinsame Verantwortung für staatliches Handeln.

Regieren in Mehrparteienkoalitionen wird damit zu einer zentralen institutionellen Fähigkeit moderner Demokratien. Gesellschaftliche Vielfalt wird zunächst in ein vielfältigeres Parteiensystem übersetzt und anschließend innerhalb der Regierung erneut zusammengeführt. Koalitionsregierungen stehen deshalb an einer entscheidenden Schnittstelle zwischen Repräsentation und Steuerung.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Ihre Aufgabe besteht nicht darin, politische Unterschiede unsichtbar zu machen. Sie müssen aus diesen Unterschieden **eine gemeinsame, erkennbare und korrigierbare Regierungspolitik entwickeln**. Dafür benötigen sie programmatische Orientierung, institutionelles Vertrauen, klare Verantwortungsstrukturen und die Fähigkeit, Kompromisse gegenüber der Gesellschaft als demokratische Entscheidungen zu erklären.

Damit zeigt sich erneut ein Grundmuster der gesellschaftlichen Transformation: **Je vielfältiger demokratische Repräsentation wird, desto größer werden die Anforderungen an politische Integration**. Die Zukunft parlamentarischer Regierungsfähigkeit wird deshalb weniger davon abhängen, ob gesellschaftliche Fragmentierung rückgängig gemacht werden kann, sondern davon, ob demokratische Institutionen lernen, aus dieser Fragmentierung dauerhaft handlungsfähige politische Mehrheiten zu bilden.

Kapitel 107 – Politische Kompromisse und ihre gesellschaftliche Vermittlung

Politische Kompromisse gehören zu den grundlegenden Funktionsbedingungen demokratischer Gesellschaften. Wo unterschiedliche Interessen, Wertvorstellungen und politische Ziele aufeinandertreffen, können Entscheidungen dauerhaft weder durch vollständige Übereinstimmung noch durch die uneingeschränkte Durchsetzung einer einzelnen Position entstehen. Demokratie organisiert deshalb nicht die Aufhebung gesellschaftlicher Konflikte, sondern Verfahren, in denen diese Konflikte ausgetragen, Interessen gegeneinander abgewogen und schließlich verbindliche Entscheidungen getroffen werden.

Mit der zunehmenden gesellschaftlichen und parteipolitischen Fragmentierung wächst die Bedeutung des Kompromisses. Mehr Parteien, vielfältigere gesellschaftliche Interessen, komplexere Koalitionen und stärkere Verflechtungen zwischen nationaler, europäischer und internationaler Politik führen dazu, dass politische Entscheidungen immer häufiger aus mehrstufigen Aushandlungsprozessen hervorgehen. Gleichzeitig scheint die gesellschaftliche Akzeptanz solcher Kompromisse schwieriger zu werden. Digitale Öffentlichkeit, personalisierte politische Kommunikation und zunehmende Polarisierung begünstigen klare Positionen, eindeutige Verantwortungszuschreibungen und zugespitzte politische Botschaften. Der demokratische Kompromiss dagegen ist häufig komplex, erklärungsbedürftig und für keine beteiligte Seite vollständig zufriedenstellend.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Damit entsteht ein grundlegendes Spannungsverhältnis moderner Demokratien: Je notwendiger politische Kompromisse aufgrund gesellschaftlicher Vielfalt werden, desto schwieriger kann ihre öffentliche Vermittlung werden.

Der politische Kompromiss ist keine Abweichung vom demokratischen Ideal, sondern eine seiner zentralen Voraussetzungen. Seine Legitimität entsteht jedoch nicht allein durch das Ergebnis einer Verhandlung. Sie hängt zunehmend davon ab, ob nachvollziehbar bleibt, welche Interessen miteinander konkurrierten, welche Abwägungen vorgenommen wurden und warum das gefundene Ergebnis politisch vertretbar ist.

Der Kompromiss als Grundprinzip pluralistischer Demokratie

Pluralistische Gesellschaften bestehen aus unterschiedlichen sozialen Gruppen, politischen Überzeugungen, wirtschaftlichen Interessen und kulturellen Wertvorstellungen. Diese Unterschiede lassen sich nicht dauerhaft auflösen. Demokratische Politik muss deshalb Entscheidungen treffen, obwohl kein vollständiger gesellschaftlicher Konsens besteht.

Der Kompromiss schafft hierfür einen institutionellen Mechanismus.

Er ermöglicht unterschiedlichen Akteuren, Teile ihrer politischen Ziele durchzusetzen, während sie zugleich akzeptieren, dass andere Interessen ebenfalls berücksichtigt werden. Damit unterscheidet sich der demokratische Kompromiss sowohl von vollständiger Übereinstimmung als auch von einseitiger Machtdurchsetzung.

Diese Funktion gewinnt in fragmentierten Parteiensystemen zusätzlich an Bedeutung. Wenn mehrere Parteien zur Bildung parlamentarischer Mehrheiten erforderlich sind, wird politische Aushandlung zu einem dauerhaften Bestandteil des Regierens. Gleiches gilt für föderale Systeme, in denen unterschiedliche staatliche Ebenen beteiligt sind, und für die Europäische Union, in der nationale Interessen in gemeinsame Entscheidungen überführt werden müssen.

Moderne Demokratie ist deshalb in erheblichem Maße **institutionalisierte Kompromissproduktion**.

Das bedeutet jedoch nicht, dass jeder Kompromiss automatisch demokratisch gut oder sachlich sinnvoll ist. Kompromisse müssen politische Probleme tatsächlich bearbeiten, rechtsstaatliche Grenzen respektieren und gegenüber der Gesellschaft verantwortet werden können.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Warum der Kompromiss gesellschaftlich schwieriger geworden ist

Die gesellschaftlichen Voraussetzungen politischer Kompromissbildung haben sich verändert. Traditionelle Großorganisationen konnten früher einen erheblichen Teil gesellschaftlicher Interessen bereits vor der eigentlichen parlamentarischen Entscheidung bündeln. Parteien, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Kirchen und andere Organisationen verfügten über vergleichsweise stabile gesellschaftliche Verbindungen.

Viele Konflikte wurden dadurch innerhalb dieser Organisationen vorverarbeitet.

Mit der Schwächung traditioneller Milieus und der zunehmenden Individualisierung werden Interessen vielfältiger und unmittelbarer artikuliert. Gleichzeitig ermöglicht digitale Kommunikation gesellschaftlichen Gruppen, ihre Forderungen ohne klassische Vermittlungsorganisationen öffentlich sichtbar zu machen.

Dadurch steigt die Zahl politischer Erwartungen, die unmittelbar an staatliche Institutionen gerichtet werden.

Gleichzeitig verändert sich die politische Kommunikation. Klare Forderungen lassen sich leichter mobilisieren als differenzierte Abwägungen. Wer eine eindeutige Position vertritt, kann leichter Zustimmung innerhalb einer bestimmten Gruppe erzeugen. Wer erklärt, dass mehrere legitime Interessen miteinander verbunden werden müssen, riskiert dagegen, als unentschlossen wahrgenommen zu werden.

Damit entsteht eine paradoxe Entwicklung:

Die gesellschaftliche Differenzierung erhöht den objektiven Bedarf an politischen Kompromissen, während die kommunikative Polarisierung ihre subjektive Akzeptanz erschwert.

Der Unterschied zwischen Kompromiss und Beliebigkeit

Eine der wichtigsten Voraussetzungen gesellschaftlicher Vermittlung besteht deshalb darin, politische Kompromisse von programmatischer Beliebigkeit zu unterscheiden.

Ein Kompromiss setzt zunächst unterschiedliche erkennbare Positionen voraus.

Wenn nicht mehr nachvollziehbar ist, welche Ziele die beteiligten Akteure ursprünglich verfolgt haben, kann auch das Ergebnis kaum als Kompromiss verstanden werden.

Politische Parteien benötigen deshalb klare Grundpositionen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Kompromissfähigkeit bedeutet nicht, auf politische Orientierung zu verzichten.

Sie bedeutet, anzuerkennen, dass die eigene Position innerhalb einer pluralistischen Gesellschaft nicht automatisch vollständig durchsetzbar ist.

Ein glaubwürdiger Kompromiss muss deshalb erkennen lassen, welche Elemente unterschiedlicher Positionen in die Entscheidung eingeflossen sind und welche Forderungen zurückgestellt wurden.

Fehlt diese Transparenz, kann der Eindruck entstehen, Parteien würden ihre Überzeugungen lediglich aus taktischen Gründen verändern.

Die gesellschaftliche Akzeptanz des Kompromisses hängt somit wesentlich davon ab, ob **politische Orientierung und politische Anpassungsfähigkeit gleichzeitig erkennbar bleiben.**

Wahlkampf, Erwartungsbildung und spätere Kompromissfähigkeit

Ein Teil der Schwierigkeiten entsteht bereits vor einer Regierungsbildung.

Wahlkämpfe schaffen politische Erwartungen.

Parteien versuchen, ihre eigenen Positionen möglichst deutlich von denen ihrer Konkurrenten abzugrenzen. Dies ist notwendig, damit Wähler zwischen politischen Alternativen entscheiden können.

Problematisch wird es, wenn politische Forderungen im Wahlkampf so absolut formuliert werden, dass spätere Kompromisse zwangsläufig als Wortbruch erscheinen.

In fragmentierten Parteiensystemen ist häufig bereits vor der Wahl absehbar, dass keine Partei allein regieren wird.

Trotzdem kann der Wahlkampf den Eindruck erzeugen, jedes einzelne Wahlversprechen werde nach einer Regierungsübernahme vollständig umgesetzt.

Damit wird ein zukünftiges Glaubwürdigkeitsproblem bereits kommunikativ vorbereitet.

Je größer die Differenz zwischen maximaler Wahlkampfforderung und realistischer Koalitionspolitik ist, desto schwieriger wird die spätere gesellschaftliche Vermittlung.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Demokratische Parteien müssen deshalb lernen, politische Ziele klar zu formulieren, ohne die strukturelle Notwendigkeit zukünftiger Aushandlung zu verschweigen.

Kompromisse müssen als Abwägungen sichtbar werden

Die gesellschaftliche Vermittlung politischer Kompromisse beginnt mit der Erklärung des zugrunde liegenden Konflikts.

Politische Kommunikation konzentriert sich häufig auf das Ergebnis.

Gerade dadurch bleibt jedoch unsichtbar, warum ein Kompromiss notwendig war.

Wenn Bürger lediglich erfahren, welche Entscheidung getroffen wurde, aber nicht, welche unterschiedlichen Interessen berücksichtigt werden mussten, kann das Ergebnis willkürlich erscheinen.

Eine nachvollziehbare demokratische Kommunikation müsste deshalb stärker den Entscheidungsweg sichtbar machen:

Welche Ziele standen miteinander in Konflikt?

Welche gesellschaftlichen Gruppen waren unterschiedlich betroffen?

Welche rechtlichen, finanziellen oder institutionellen Grenzen bestanden?

Welche Alternativen wurden geprüft?

Warum wurde eine bestimmte Lösung gewählt?

Damit verändert sich die politische Kommunikation von der bloßen Verkündung einer Entscheidung zur **Erklärung einer Abwägung**.

Gerade komplexe Transformationspolitik benötigt diese Form der Vermittlung.

Verteilungsfragen als besondere Herausforderung

Besonders schwierig werden Kompromisse, wenn gesellschaftliche Transformationsprozesse konkrete Kosten erzeugen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Klimapolitik, Energiepolitik, Rentenreformen, Verteidigungsausgaben, Migration, Infrastruktur oder Haushaltskonsolidierung berühren unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen auf unterschiedliche Weise.

In solchen Situationen reicht es nicht aus, lediglich das allgemeine politische Ziel zu erklären.

Entscheidend ist die Verteilung von Belastungen und Chancen.

Menschen beurteilen politische Entscheidungen nicht ausschließlich danach, ob sie ein abstraktes gesellschaftliches Ziel unterstützen.

Sie beurteilen zugleich, ob die konkrete Lastenverteilung als gerecht empfunden wird.

Damit wird Verteilungsgerechtigkeit zu einer zentralen Voraussetzung gesellschaftlicher Kompromissfähigkeit.

Ein Kompromiss kann sachlich plausibel sein und dennoch gesellschaftlich scheitern, wenn bestimmte Gruppen den Eindruck gewinnen, dauerhaft einen überproportionalen Anteil der Belastungen tragen zu müssen.

Politische Vermittlung muss deshalb nicht nur erklären, **warum Veränderung notwendig ist**, sondern auch, **warum ihre Lasten auf eine bestimmte Weise verteilt werden**.

Kompromiss und politische Identität

In polarisierten Gesellschaften werden politische Positionen zunehmend Teil persönlicher und gruppenbezogener Identität.

Dadurch verändert sich die Bedeutung politischer Zugeständnisse.

Wenn eine politische Forderung ausschließlich als sachliche Präferenz verstanden wird, kann ein Kompromiss vergleichsweise leicht akzeptiert werden.

Wenn dieselbe Forderung jedoch Bestandteil einer politischen Identität geworden ist, kann ein Zugeständnis als Niederlage der eigenen gesellschaftlichen Gruppe erlebt werden.

Dann wird aus einem Sachkonflikt ein Anerkennungskonflikt.

Diese Entwicklung erschwert Kompromisse erheblich.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Politische Akteure können sie zusätzlich verstärken, wenn sie jede Entscheidung als Sieg oder Niederlage gesellschaftlicher Lager darstellen.

Demokratische Vermittlung muss deshalb verhindern, dass politische Kompromisse dauerhaft als Nullsummenspiele erscheinen.

Nicht jede Berücksichtigung eines anderen Interesses bedeutet die Abwertung der eigenen Gruppe.

Diese Einsicht gehört zu den kulturellen Voraussetzungen pluralistischer Demokratie.

Digitale Öffentlichkeit und die Dramatisierung politischer Zugeständnisse

Digitale Kommunikationsräume verstärken diese Schwierigkeiten.

Politische Verhandlungen sind komplex, ihre Ergebnisse häufig mehrdeutig.

Digitale Kommunikation bevorzugt dagegen kurze, emotionale und konfliktorientierte Botschaften.

Aus einem umfangreichen politischen Kompromiss kann deshalb ein einzelnes Zugeständnis herausgelöst und als vollständige Niederlage einer Partei dargestellt werden.

Gleichzeitig können politische Akteure selbst solche Kommunikationsformen nutzen, um gegenüber ihren Anhängern zu zeigen, welche Forderungen sie angeblich gegen den Widerstand anderer durchgesetzt haben.

Damit wird der Kompromiss kommunikativ in einzelne Siege und Niederlagen zerlegt.

Die gemeinsame politische Entscheidung tritt in den Hintergrund.

Langfristig kann dadurch eine paradoxe Situation entstehen: Parteien schließen Kompromisse, müssen aber gleichzeitig gegenüber ihren jeweiligen Anhängern erklären, dass eigentlich vor allem die andere Seite nachgegeben habe.

Eine solche Kommunikationsstrategie kann kurzfristig parteipolitisch nützlich sein, schwächt jedoch langfristig die gesellschaftliche Anerkennung demokratischer Aushandlung.

Die Grenze des Kompromisses

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Eine demokratische Kompromisskultur bedeutet nicht, dass über jede Frage beliebig verhandelt werden kann.

Demokratie besitzt normative und institutionelle Grundlagen, die nicht einfach zur Disposition wechselnder Mehrheiten stehen dürfen.

Menschenwürde, politische Gleichheit, freie Wahlen, Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenrechte und die Möglichkeit zukünftiger demokratischer Konkurrenz bilden Grenzen legitimer Kompromissbildung.

Auch Parteien benötigen politische Kernpositionen, deren vollständige Aufgabe ihre Identität infrage stellen würde.

Damit gehört zur demokratischen Kompromissfähigkeit auch die Fähigkeit, zwischen **verhandelbaren politischen Interessen und nicht beliebig verhandelbaren demokratischen Grundlagen** zu unterscheiden.

Gerade diese Grenze verhindert, dass Kompromiss mit Prinzipienlosigkeit verwechselt wird.

Verantwortung für den gemeinsamen Kompromiss

Ein weiteres Problem entsteht, wenn Parteien zwar gemeinsam Entscheidungen treffen, anschließend aber nur jene Teile öffentlich vertreten, die ihrer eigenen Position entsprechen.

Damit zerfällt politische Verantwortung.

Koalitionspartner präsentieren Erfolge als eigene Leistung und Misserfolge als Folge der Forderungen anderer Parteien.

Diese Strategie kann kurzfristig der eigenen Profilierung dienen.

Langfristig schwächt sie jedoch die Glaubwürdigkeit gemeinsamer Regierungsentscheidungen.

Wer einem Kompromiss zustimmt, übernimmt Verantwortung für das Gesamtergebnis.

Dies bedeutet nicht, dass Parteien ihre ursprünglichen Unterschiede verschweigen müssen.

Sie können erklären, welche andere Lösung sie bevorzugt hätten.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Sie müssen jedoch zugleich begründen können, warum sie das tatsächlich erzielte Ergebnis für vertretbar halten.

Gerade darin liegt demokratische Verantwortung.

Der Kompromiss als gesellschaftlicher Lernprozess

Politische Kompromisse müssen zudem nicht endgültig sein.

Moderne Transformationsprozesse sind häufig mit Unsicherheit verbunden.

Nicht jede Wirkung politischer Entscheidungen lässt sich vollständig vorhersagen.

Deshalb sollte ein demokratischer Kompromiss auch korrigierbar sein.

Politik kann ein Ziel festlegen, Maßnahmen beschließen, deren Wirkungen beobachten und bei Bedarf Anpassungen vornehmen.

Damit wird der Kompromiss Teil eines politischen Lernprozesses.

Dies kann seine gesellschaftliche Akzeptanz erhöhen.

Wenn politische Entscheidungen als unumkehrbar dargestellt werden, steigt der Konfliktdruck.

Wenn dagegen nachvollziehbar ist, dass Wirkungen überprüft und Fehlentwicklungen korrigiert werden können, entsteht ein größerer Raum für gesellschaftliche Zustimmung trotz bestehender Unsicherheit.

Kompromissfähigkeit und Lernfähigkeit gehören deshalb eng zusammen.

Kompromissfähigkeit als demokratische Kultur

Institutionelle Verfahren allein reichen nicht aus, um politische Kompromisse dauerhaft zu ermöglichen.

Sie benötigen eine entsprechende demokratische Kultur.

Diese Kultur beruht auf der Anerkennung, dass politische Gegner legitime Interessen vertreten können.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Sie verlangt nicht, diese Interessen zu teilen.

Sie verlangt lediglich die Bereitschaft, sie als Bestandteil einer pluralistischen Gesellschaft anzuerkennen.

Wo politische Gegner grundsätzlich als illegitim, moralisch minderwertig oder als Feinde der Gesellschaft betrachtet werden, schrumpft der Raum möglicher Verständigung.

Kompromissfähigkeit setzt deshalb eine entscheidende demokratische Haltung voraus:

Die eigene politische Überzeugung kann richtig erscheinen, ohne dass daraus ein Anspruch auf vollständige politische Durchsetzung folgt.

Gerade diese Begrenzung unterscheidet demokratische Konkurrenz von politischen Ordnungen, in denen Macht als dauerhafter Besitz einer bestimmten Gruppe verstanden wird.

Gesellschaftliche Vermittlung als Bestandteil politischer Steuerungsfähigkeit

Damit wird deutlich, dass politische Steuerungsfähigkeit nicht mit staatlicher Entscheidung allein endet.

Eine Regierung kann formal handlungsfähig sein und Gesetze verabschieden.

Wenn sie jedoch nicht erklären kann, warum bestimmte Entscheidungen notwendig sind und wie unterschiedliche Interessen berücksichtigt wurden, kann ihre gesellschaftliche Legitimität trotzdem erodieren.

Politische Steuerung besitzt deshalb mindestens drei miteinander verbundene Ebenen:

Entscheidungsfähigkeit, Umsetzungsfähigkeit und Vermittlungsfähigkeit.

Fehlt Entscheidungsfähigkeit, entsteht Blockade.

Fehlt Umsetzungsfähigkeit, bleiben politische Beschlüsse wirkungslos.

Fehlt Vermittlungsfähigkeit, können selbst wirksame Entscheidungen gesellschaftlich als illegitim oder unverständlich wahrgenommen werden.

Gerade in fragmentierten Demokratien gewinnt die dritte Ebene an Bedeutung.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Vom ausgehandelten zum verstandenen Kompromiss

Die politische Herausforderung besteht deshalb nicht nur darin, Kompromisse herzustellen.

Sie besteht darin, sie gesellschaftlich verständlich zu machen.

Dies verlangt keine vollständige Zustimmung.

Menschen können eine politische Entscheidung ablehnen und dennoch nachvollziehen, warum sie zustande gekommen ist.

Genau diese Unterscheidung ist für demokratische Stabilität entscheidend.

Eine Demokratie benötigt nicht dauerhaft zufriedene Bürger.

Sie benötigt Bürger, die auch Entscheidungen, denen sie widersprechen, grundsätzlich als Ergebnis legitimer Verfahren akzeptieren können.

Dafür müssen Verfahren fair, politische Alternativen sichtbar und Entscheidungen begründet sein.

Ein demokratischer Kompromiss ist gesellschaftlich nicht erst dann erfolgreich, wenn alle Beteiligten mit ihm zufrieden sind. Er ist erfolgreich, wenn unterschiedliche Gruppen trotz verbleibender Ablehnung nachvollziehen können, wie die Entscheidung entstanden ist, welche Interessen berücksichtigt wurden und warum keine Seite ihre vollständige Position durchsetzen konnte.

Die wachsende gesellschaftliche Vielfalt macht politische Kompromisse nicht überflüssig, sondern notwendiger. Gerade deshalb wird ihre gesellschaftliche Vermittlung zu einer zentralen demokratischen Aufgabe. Parteien, Parlamente und Regierungen müssen nicht nur bessere Kompromisse entwickeln. Sie müssen den politischen Prozess, der zu ihnen führt, transparenter und verständlicher machen.

Dabei darf demokratische Politik weder in permanente Konsenssuche noch in dauerhafte Konfrontation verfallen. **Demokratie benötigt klare politische Alternativen und die Bereitschaft zum Kompromiss zugleich.** Ohne Alternativen verliert die Wahl an Bedeutung; ohne Kompromiss verliert eine pluralistische Gesellschaft ihre gemeinsame Entscheidungsfähigkeit.

Damit wird der politische Kompromiss zu einem zentralen Verbindungselement zwischen gesellschaftlicher Vielfalt und staatlicher Steuerungsfähigkeit. Je stärker politische Systeme

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

fragmentieren, desto weniger kann demokratische Stabilität auf dauerhafter Übereinstimmung beruhen. **Sie muss zunehmend aus der Fähigkeit entstehen, Unterschiedlichkeit auszuhalten, Interessen fair gegeneinander abzuwägen und gemeinsame Entscheidungen auch dort möglich zu machen, wo vollständiger Konsens weder erreichbar noch erforderlich ist.**

Kapitel 108 – Föderalismus und politische Koordination

Föderalismus gehört zu den grundlegenden Strukturprinzipien der deutschen Demokratie. Er verteilt politische Macht zwischen Bund und Ländern, schützt regionale Eigenständigkeit, schafft zusätzliche demokratische Entscheidungsräume und verhindert eine übermäßige Konzentration staatlicher Autorität. Zugleich ermöglicht er politische Differenzierung: Unterschiedliche regionale Voraussetzungen können durch unterschiedliche politische Lösungen berücksichtigt werden. Gerade in einer gesellschaftlich, wirtschaftlich und regional zunehmend differenzierten Gesellschaft besitzt diese Funktion erhebliche Bedeutung.

Unter den Bedingungen tiefgreifender Transformation tritt jedoch eine zweite Seite des Föderalismus stärker hervor. Viele zentrale Herausforderungen lassen sich nicht mehr eindeutig einer einzelnen staatlichen Ebene zuordnen. Migration, Bildung, Digitalisierung, Energieversorgung, Infrastruktur, wirtschaftlicher Strukturwandel, Klimaanpassung, innere Sicherheit und demografische Veränderungen erzeugen gleichzeitig Aufgaben für Bund, Länder und Kommunen. Hinzu kommt die europäische Ebene, die in zahlreichen Politikfeldern rechtliche und politische Rahmenbedingungen setzt.

Damit verändert sich die zentrale föderale Herausforderung. Es geht zunehmend weniger um die einfache Frage, welche staatliche Ebene formal zuständig ist. Entscheidend wird, ob mehrere Ebenen gleichzeitig so zusammenarbeiten können, dass aus geteilter Zuständigkeit gemeinsame politische Handlungsfähigkeit entsteht.

Föderalismus verbindet demokratische Machtbegrenzung und regionale Selbstbestimmung mit einem hohen Koordinationsbedarf. Seine Zukunftsfähigkeit entscheidet sich deshalb nicht daran, ob politische Zuständigkeiten vollständig zentralisiert oder vollständig getrennt werden, sondern daran, ob unterschiedliche staatliche Ebenen Verantwortung teilen können, ohne politische Handlungsfähigkeit und demokratische Verantwortungszuweisung zu verlieren.

Föderalismus zwischen Machtbegrenzung und gesellschaftlicher Vielfalt

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die föderale Ordnung Deutschlands ist historisch nicht lediglich als Verwaltungsstruktur zu verstehen. Sie ist Bestandteil der demokratischen Machtarchitektur. Nach den Erfahrungen zentralisierter autoritärer Herrschaft wurde politische Macht bewusst auf unterschiedliche Ebenen verteilt. Die Länder erhielten eigene Parlamente, Regierungen und weitreichende Zuständigkeiten, während ihre Mitwirkung an der Bundesgesetzgebung über den Bundesrat institutionell abgesichert wurde.

Diese Machtverteilung besitzt weiterhin eine wichtige demokratische Schutzfunktion.

Politische Mehrheiten auf Bundesebene verfügen nicht automatisch über sämtliche staatlichen Entscheidungsressourcen. Unterschiedliche Mehrheiten können gleichzeitig in Bund und Ländern bestehen. Dadurch entstehen zusätzliche Kontroll-, Beteiligungs- und Korrekturmöglichkeiten.

Föderalismus ermöglicht zugleich politische Nähe.

Regionale Unterschiede können stärker berücksichtigt werden, als dies in einem vollständig zentralisierten Staat möglich wäre. Wirtschaftliche Strukturen, demografische Entwicklungen, Siedlungsformen und gesellschaftliche Herausforderungen unterscheiden sich zwischen den Ländern teilweise erheblich. Eine Metropolregion besitzt andere Anforderungen als ein dünn besiedelter ländlicher Raum; eine industriell geprägte Region andere als ein stark dienstleistungsorientierter Wirtschaftsraum.

Gerade gesellschaftliche Transformation spricht deshalb nicht automatisch für Zentralisierung. Größere gesellschaftliche Vielfalt kann regionale politische Differenzierung sogar wichtiger machen.

Die Schwierigkeit beginnt dort, wo regionale Differenzierung auf Probleme trifft, die gleichzeitig überregionale Koordination verlangen.

Transformation überschreitet institutionelle Zuständigkeitsgrenzen

Viele zentrale politische Herausforderungen moderner Gesellschaften lassen sich nicht mehr sinnvoll innerhalb einzelner Ressort- oder Ebenengrenzen bearbeiten.

Migration ist hierfür ein besonders deutliches Beispiel. Europäische und nationale Institutionen gestalten wesentliche Teile des rechtlichen und migrationspolitischen Rahmens. Länder übernehmen Aufgaben bei Verwaltung, Bildung und Sicherheit. Kommunen organisieren Unterbringung, soziale Betreuung, Schulen, Kindertagesstätten und wesentliche Teile praktischer Integration.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Ähnliche Strukturen bestehen in anderen Politikfeldern.

Der Bund kann Ziele für Digitalisierung oder Infrastruktur formulieren, während wesentliche Umsetzungsaufgaben bei Ländern und Kommunen liegen. Klimapolitische Entscheidungen beeinflussen regionale Wirtschaftsstrukturen. Bildungsfragen liegen überwiegend in der Verantwortung der Länder, sind jedoch gleichzeitig von nationalen Arbeitsmarktentwicklungen und gesamtgesellschaftlichen Anforderungen geprägt.

Damit entsteht eine strukturelle Differenz zwischen **politischem Problemraum und institutionellem Zuständigkeitsraum**.

Gesellschaftliche Probleme orientieren sich nicht an staatlichen Kompetenzordnungen.

Politische Institutionen müssen deshalb über Zuständigkeitsgrenzen hinweg zusammenarbeiten.

Koordination wird damit von einer ergänzenden Verwaltungsaufgabe zu einer zentralen Voraussetzung staatlicher Steuerungsfähigkeit.

Kooperation und die Gefahr verflochtener Verantwortung

Deutschland hat auf diese Herausforderung über Jahrzehnte mit einer stark kooperativen Form des Föderalismus reagiert. Bund und Länder arbeiten in zahlreichen Bereichen zusammen, stimmen politische Programme ab und beteiligen sich gegenseitig an Entscheidungen.

Diese Kooperation besitzt erhebliche Vorteile.

Sie verhindert, dass politische Ebenen vollständig unabhängig voneinander handeln, obwohl ihre Entscheidungen gegenseitige Auswirkungen besitzen. Sie ermöglicht gemeinsame Standards und erleichtert die Koordination gesamtstaatlicher Aufgaben.

Doch gerade diese enge Verflechtung erzeugt ein demokratisches Problem.

Je mehr Akteure an einer Entscheidung beteiligt sind, desto schwieriger wird die Verantwortungszuweisung.

Bürger erleben ein politisches Ergebnis, können jedoch häufig kaum erkennen, welche staatliche Ebene dafür verantwortlich ist.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Bundespolitiker können auf die Zuständigkeit der Länder verweisen. Landesregierungen können fehlende Bundesmittel kritisieren. Kommunen können erklären, dass ihnen Aufgaben übertragen wurden, deren Finanzierung sie nicht selbst bestimmen können.

Institutionell können alle diese Aussagen teilweise zutreffen.

Gesellschaftlich entsteht jedoch der Eindruck eines Staates, in dem Verantwortung weitergereicht wird.

Damit kann aus föderaler Kooperation eine **Verantwortungsdiffusion** entstehen.

Der Bundesrat als Koordinations- und Vetoinstitution

Der Bundesrat verkörpert dieses Spannungsverhältnis besonders deutlich.

Er ermöglicht den Ländern, unmittelbar an wichtigen Entscheidungen des Bundes mitzuwirken. Damit schützt er föderale Interessen und verhindert eine einseitige Zentralisierung politischer Macht.

Gleichzeitig kann seine Beteiligung politische Entscheidungsprozesse verlangsamen.

Besonders sichtbar wird dies, wenn unterschiedliche parteipolitische Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat bestehen. Dann können föderale und parteipolitische Konflikte ineinandergreifen.

Eine Landesregierung kann eine bundespolitische Entscheidung nicht ausschließlich aus regionalen Interessen bewerten, sondern zugleich Teil einer gesamtparteilichen Strategie sein.

Dies gehört grundsätzlich zur demokratischen Politik.

Problematisch wird es jedoch, wenn für Bürger kaum noch erkennbar ist, ob ein Konflikt aus föderalen Sachinteressen oder parteipolitischer Konkurrenz entsteht.

Der Bundesrat zeigt damit exemplarisch die Doppelwirkung föderaler Vetostrukturen.

Sie schützen vor politischer Machtkonzentration und erzwingen Verhandlung.

Sie können aber auch Entscheidungsprozesse verlängern und politische Verantwortlichkeit schwerer verständlich machen.

Kommunen zwischen Umsetzung und begrenzter Gestaltungsmacht

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Besonders deutlich werden die Folgen föderaler Koordination auf kommunaler Ebene.

Städte und Gemeinden sind keine bloßen Ausführungsstellen staatlicher Politik. Sie besitzen eigene demokratische Legitimation und kommunale Selbstverwaltung.

Gleichzeitig müssen sie zahlreiche Entscheidungen praktisch umsetzen, deren rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen auf höheren Ebenen festgelegt werden.

Gerade gesellschaftliche Transformation wird lokal sichtbar.

Migration benötigt Unterbringung und Integration. Demografischer Wandel verändert Schulen, Pflege, Verkehr und medizinische Versorgung. Klimaanpassung betrifft Stadtplanung und Infrastruktur. Wirtschaftlicher Strukturwandel beeinflusst Gewerbeflächen, kommunale Einnahmen und Beschäftigung.

Damit entsteht ein grundlegendes Problem, wenn **Aufgabenverantwortung und Ressourcenverantwortung auseinanderfallen**.

Werden Kommunen mit zusätzlichen Aufgaben betraut, ohne entsprechende finanzielle, personelle oder administrative Möglichkeiten zu erhalten, entsteht Überforderung.

Diese Überforderung besitzt politische Folgen.

Bürger unterscheiden im Alltag selten präzise zwischen Bundes-, Landes- und kommunaler Verantwortung.

Wenn eine kommunale Leistung nicht funktioniert, wird häufig „der Staat“ insgesamt als nicht handlungsfähig wahrgenommen.

Die Leistungsfähigkeit der Kommunen wird deshalb zu einem wichtigen Bestandteil gesamtstaatlicher demokratischer Legitimität.

Einheitliche Lebensverhältnisse und regionale Differenzierung

Föderalismus steht zugleich vor einem grundlegenden Gleichheitsproblem.

Regionale Selbstständigkeit ermöglicht unterschiedliche politische Lösungen.

Doch wie groß dürfen diese Unterschiede werden?

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Diese Frage stellt sich besonders bei Bildung, Verwaltung, Digitalisierung, Infrastruktur und öffentlichen Dienstleistungen.

Vollständige Einheitlichkeit würde den Sinn föderaler Differenzierung teilweise aufheben.

Zu große Unterschiede können dagegen gesellschaftlich als Ungleichheit wahrgenommen werden.

Damit entsteht ein Spannungsverhältnis zwischen **regionaler Autonomie und gesamtstaatlicher Vergleichbarkeit**.

Eine zukunftsfähige föderale Ordnung muss deshalb nicht überall identische Lösungen hervorbringen.

Sie muss jedoch sicherstellen, dass grundlegende staatliche Leistungen unabhängig vom Wohnort verlässlich zugänglich bleiben.

Gerade in einer Gesellschaft mit zunehmenden regionalen Disparitäten besitzt dies demokratische Bedeutung.

Wenn der Wohnort dauerhaft über die Qualität zentraler staatlicher Leistungen entscheidet, können regionale Unterschiede zu politischen Entfremdungserfahrungen werden.

Bildung und Digitalisierung als Beispiele föderaler Koordinationsprobleme

Kaum ein Politikfeld macht die Spannungen des deutschen Föderalismus so sichtbar wie Bildung.

Die Zuständigkeit der Länder ermöglicht unterschiedliche pädagogische Konzepte und regionale Gestaltung.

Gleichzeitig leben Menschen heute wesentlich mobiler als früher. Familien ziehen zwischen Ländern um, Unternehmen rekrutieren bundesweit und Hochschulen vergleichen Bewerber aus unterschiedlichen Bildungssystemen.

Dadurch wächst der Bedarf an Vergleichbarkeit und gemeinsamen Standards.

Die Frage lautet deshalb nicht zwingend, ob Bildung zentralisiert werden sollte.

Entscheidend ist, welche Bereiche regionale Gestaltung benötigen und wo gemeinsame Standards gesellschaftlich sinnvoll sind.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Ähnliches gilt für Digitalisierung.

Digitale Systeme entfalten ihren größten Nutzen häufig gerade dann, wenn Daten und Verfahren über institutionelle Grenzen hinweg kompatibel sind. Unterschiedliche technische Lösungen können föderale Autonomie ausdrücken, zugleich aber erhebliche Ineffizienz erzeugen.

Hier zeigt sich ein allgemeines Prinzip:

Politische Dezentralisierung verlangt nicht zwingend technische Fragmentierung.

Föderale Eigenständigkeit kann erhalten bleiben, während gemeinsame digitale Infrastrukturen und Standards die staatliche Handlungsfähigkeit erhöhen.

Krisen als Belastungstest föderaler Systeme

Krisen verschärfen föderale Koordinationsprobleme.

Unter normalen Bedingungen kann politische Abstimmung Zeit beanspruchen.

In Krisensituationen steigen dagegen Erwartungen an schnelle und einheitliche Entscheidungen.

Dann geraten föderale Verfahren besonders stark unter öffentlichen Druck.

Gleichzeitig zeigen Krisen die Vorteile dezentraler Strukturen. Regionale Unterschiede können berücksichtigt, Maßnahmen angepasst und unterschiedliche Lösungswege erprobt werden.

Damit besitzt Föderalismus auch unter Krisenbedingungen keine eindeutig positive oder negative Wirkung.

Entscheidend ist die Qualität der Koordination.

Wenn unterschiedliche Entscheidungen nachvollziehbar aus unterschiedlichen regionalen Bedingungen entstehen, kann föderale Differenzierung sinnvoll sein.

Wenn Unterschiede dagegen lediglich aus mangelnder Abstimmung hervorgehen, entsteht der Eindruck staatlicher Unordnung.

Krisen verlangen deshalb keine automatische Zentralisierung.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Sie verlangen **vorab entwickelte Koordinationsmechanismen**, die im Bedarfsfall schnell aktiviert werden können.

Föderalismus als politisches Lernsystem

Gerade die Möglichkeit unterschiedlicher regionaler Lösungen kann zu einer besonderen Stärke föderaler Systeme werden.

Länder und Kommunen können politische Maßnahmen erproben, Erfahrungen sammeln und voneinander lernen.

Damit kann Föderalismus institutionelle Innovation ermöglichen.

Diese Funktion entsteht jedoch nicht automatisch.

Unterschiedliche Lösungen führen nur dann zu politischem Lernen, wenn ihre Wirkungen systematisch verglichen und erfolgreiche Ansätze übertragen werden.

Andernfalls bleibt Vielfalt bloße Unterschiedlichkeit.

Ein lernfähiger Föderalismus benötigt deshalb gemeinsame Informationsstrukturen, Evaluation und institutionalisierte Formen des Erfahrungsaustauschs.

Damit verändert sich die Bedeutung föderalen Wettbewerbs.

Nicht jede Region muss dauerhaft eine eigene Lösung entwickeln.

Der eigentliche Vorteil besteht darin, unterschiedliche Wege ausprobieren und erfolgreiche Modelle anschließend breiter nutzen zu können.

Föderalismus kann damit zu einem **dezentralen politischen Lernsystem** werden.

Europäische Integration erweitert die föderale Koordinationsstruktur

Die deutsche föderale Ordnung endet zudem längst nicht mehr an der nationalen Grenze.

Die Europäische Union bildet eine zusätzliche politische Ebene.

Europäische Entscheidungen wirken auf Bund, Länder und Kommunen. Gleichzeitig wirken deutsche Akteure auf europäische Entscheidungen zurück.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Damit entsteht faktisch eine mehrstufige politische Ordnung:

Europäische Union → Bund → Länder → Kommunen.

In vielen Politikfeldern verlaufen Entscheidungsprozesse allerdings nicht einfach von oben nach unten. Vielmehr bestehen wechselseitige Verhandlungen, Rückkopplungen und Mitwirkungsrechte.

Diese Mehrebenenordnung erhöht politische Leistungsfähigkeit, weil Probleme auf unterschiedlichen Ebenen bearbeitet werden können.

Sie erhöht zugleich die Komplexität demokratischer Verantwortungszuweisung.

Je länger politische Entscheidungsketten werden, desto schwieriger wird es für Bürger, politische Verantwortung zu erkennen.

Damit wird Transparenz selbst zu einer Voraussetzung funktionierender Mehrebenendemokratie.

Politische Institutionen müssen stärker erklären, **wer entscheidet, wer umsetzt, wer finanziert und wer für Ergebnisse verantwortlich ist.**

Von der Zuständigkeitsordnung zur Verantwortungskette

Die zentrale Reformfrage des Föderalismus liegt deshalb nicht ausschließlich in einer Neuverteilung von Kompetenzen.

Zuständigkeiten bleiben wichtig.

Doch eine moderne föderale Ordnung benötigt darüber hinaus nachvollziehbare Verantwortungsketten.

Für zentrale politische Aufgaben sollte möglichst klar sein, welche Ebene politische Ziele setzt, welche Ebene für Umsetzung verantwortlich ist und wie Finanzierung organisiert wird.

Dabei muss nicht jede Aufgabe ausschließlich einer einzigen Ebene übertragen werden.

Komplexe Probleme erfordern Kooperation.

Aber Kooperation sollte nicht bedeuten, dass Verantwortung unkenntlich wird.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Eine funktionierende föderale Verantwortungskette könnte deshalb nach einem einfachen Prinzip organisiert sein:

klare politische Zielverantwortung → definierte Umsetzungsverantwortung → gesicherte Ressourcen → überprüfbare Ergebnisse → institutionelle Rückkopplung.

Je besser diese Verbindung funktioniert, desto geringer wird die Gefahr, dass föderale Zusammenarbeit als gegenseitige Verantwortungsverlagerung wahrgenommen wird.

Koordination ohne Zentralisierung

Die entscheidende Herausforderung besteht damit darin, politische Koordination zu verbessern, ohne die Vorteile föderaler Machtverteilung aufzugeben.

Nicht jedes Koordinationsproblem verlangt eine Verlagerung von Kompetenzen auf den Bund.

Zentralisierung kann Entscheidungen vereinheitlichen, aber zugleich regionale Anpassungsfähigkeit und politische Vielfalt reduzieren.

Umgekehrt ist Dezentralisierung nicht automatisch bürgernäher oder effizienter.

Wenn kleinere staatliche Einheiten für komplexe Aufgaben nicht über ausreichende Ressourcen verfügen, kann formale Zuständigkeit praktische Handlungsunfähigkeit erzeugen.

Die geeignete staatliche Ebene hängt deshalb von der jeweiligen Aufgabe ab.

Subsidiarität sollte nicht bedeuten, Aufgaben grundsätzlich möglichst weit nach unten zu verlagern.

Sie sollte bedeuten, Aufgaben auf jener Ebene zu bearbeiten, auf der sie **wirksam, demokratisch verantwortlich und mit ausreichenden Ressourcen** erfüllt werden können.

Föderalismus als Bestandteil demokratischer Steuerungsfähigkeit

Damit wird deutlich, dass Föderalismus nicht nur eine Frage staatlicher Organisation ist.

Er beeinflusst unmittelbar demokratische Steuerungsfähigkeit.

Ein funktionierender Föderalismus verbindet Machtbegrenzung, regionale Vielfalt, politische Nähe und institutionelles Lernen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Ein schlecht koordinierter Föderalismus kann dagegen Verantwortungsdiffusion, langsame Entscheidungen und administrative Doppelstrukturen erzeugen.

Die entscheidende Frage lautet deshalb nicht, ob föderale Systeme grundsätzlich besser oder schlechter steuern als zentralisierte Staaten.

Entscheidend ist die Qualität ihrer Koordination.

Ein moderner Föderalismus muss nicht weniger föderal werden, um handlungsfähiger zu sein. Er muss klarer koordiniert, transparenter verantwortlich und institutionell lernfähiger werden. Politische Vielfalt und gemeinsame Handlungsfähigkeit sind keine Gegensätze, wenn Zuständigkeiten, Ressourcen und Verantwortung nachvollziehbar miteinander verbunden werden.

Für Deutschland besitzt diese Aufgabe besondere Bedeutung. Die föderale Ordnung gehört zu den stabilisierenden Grundlagen seiner Demokratie und sollte nicht allein unter dem Gesichtspunkt kurzfristiger Entscheidungsgeschwindigkeit beurteilt werden. Ihre Machtverteilung schützt politische Vielfalt und ermöglicht regionale Anpassung. Gleichzeitig kann diese Stärke unter Bedingungen gesellschaftlicher Transformation nur erhalten bleiben, wenn die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen leistungsfähiger wird.

Damit führt die Analyse zu einem über den Föderalismus hinausreichenden Ergebnis.

Moderne politische Steuerungsfähigkeit entsteht zunehmend nicht durch die Konzentration von Entscheidungsmacht an einer einzigen Stelle, sondern durch die Fähigkeit unterschiedlicher Institutionen, gemeinsam zu handeln. Die zentrale Herausforderung liegt deshalb weniger darin, immer neue Zuständigkeiten zu schaffen oder bestehende Kompetenzen ständig neu zu verteilen. Sie liegt darin, aus einer komplexen Mehrebenenordnung nachvollziehbare Verantwortung und verlässliche politische Handlungsfähigkeit entstehen zu lassen.

Gerade in einer Gesellschaft, deren Probleme wirtschaftlich, sozial, territorial und institutionell immer stärker miteinander verflochten sind, wird **Koordinationsfähigkeit selbst zu einer zentralen staatlichen Ressource**. Föderalismus kann dabei entweder als zusätzlicher Komplexitätsfaktor wirken oder zu einem leistungsfähigen Netzwerk demokratischer Problemlösung werden. Welche dieser beiden Möglichkeiten überwiegt, hängt entscheidend davon ab, ob politische Ebenen ihre Eigenständigkeit bewahren und zugleich lernen, Verantwortung dort gemeinsam zu tragen, wo gesellschaftliche Transformation institutionelle Grenzen längst überschritten hat.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Kapitel 109 – Kommunen als unmittelbarer demokratischer Erfahrungsraum

Kommunen bilden jene Ebene demokratischer Staatlichkeit, auf der politische Entscheidungen für einen großen Teil der Bevölkerung am unmittelbarsten erfahrbar werden. Während nationale und europäische Politik häufig über abstrakte Regelungen, gesamtwirtschaftliche Entwicklungen oder langfristige Strategien wahrgenommen wird, begegnen Bürger staatlicher Handlungsfähigkeit in Städten, Gemeinden und Kreisen im Alltag. Schulen und Kindertagesstätten, Straßen und öffentlicher Verkehr, Wohnungsbau, soziale Einrichtungen, Stadtentwicklung, Kultur, Sicherheit, Grünflächen, Verwaltungsleistungen und zahlreiche Integrationsaufgaben prägen die konkrete Wahrnehmung politischer Leistungsfähigkeit.

Gerade deshalb besitzen Kommunen eine demokratische Bedeutung, die weit über ihre formalen Zuständigkeiten hinausgeht. Für Bürger ist häufig weniger entscheidend, welche staatliche Ebene rechtlich für ein Problem verantwortlich ist, als die Frage, ob das Problem sichtbar bearbeitet wird. Funktioniert eine Schule nicht, fehlen Betreuungsplätze, verschlechtert sich die Verkehrsinfrastruktur oder wird eine Verwaltungsleistung nur mit erheblichen Verzögerungen erbracht, entsteht die Erfahrung staatlicher Leistungsfähigkeit oder staatlicher Überforderung unmittelbar vor Ort.

Gesellschaftliche Transformation verdichtet sich damit auf kommunaler Ebene. Demografischer Wandel, Migration, wirtschaftliche Umstrukturierung, Wohnungsmarktentwicklung, soziale Ungleichheit, Digitalisierung und ökologische Anpassung werden in nationalen Statistiken beschrieben, müssen aber lokal praktisch bewältigt werden. Kommunen sind deshalb nicht lediglich die unterste Verwaltungsebene eines politischen Systems. Sie sind ein zentraler Ort, an dem sich entscheidet, ob gesellschaftlicher Wandel als politisch gestaltbar erfahren wird.

Demokratie wird nicht ausschließlich durch Verfassungen, Parlamente und Wahlen legitimiert. Sie wird im Alltag daran gemessen, ob politische Institutionen im unmittelbaren Lebensumfeld sichtbar, erreichbar und handlungsfäh bleiben. Kommunen sind deshalb einer der wichtigsten Erfahrungsräume demokratischer Steuerungsfähigkeit.

Gesellschaftliche Transformation wird vor Ort konkret

Nahezu alle großen Transformationsprozesse moderner Gesellschaften besitzen eine kommunale Dimension. Ihre Ursachen liegen häufig außerhalb kommunaler Einflussmöglichkeiten, ihre konkreten Folgen treten jedoch in Städten und Gemeinden auf.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Migration wird national und europäisch geregelt, doch Unterbringung, Schulbesuch, Kinderbetreuung, soziale Beratung und ein erheblicher Teil praktischer Integration finden lokal statt. Demografischer Wandel wird in gesamtstaatlichen Bevölkerungsprognosen sichtbar, führt vor Ort jedoch zu veränderten Anforderungen an Pflege, medizinische Versorgung, Schulen, Wohnraum und Verkehr. Wirtschaftlicher Strukturwandel entsteht durch technologische Entwicklung und globale Märkte, verändert aber kommunale Beschäftigung, Gewerbesteuererinnahmen und Stadtentwicklung.

Ähnliches gilt für Klimawandel und Energietransformation. Nationale Klimaziele müssen sich in kommunaler Wärmeplanung, Verkehrspolitik, Gebäudemodernisierung, Hochwasserschutz oder Anpassung öffentlicher Räume konkretisieren.

Damit entsteht eine grundlegende Asymmetrie.

Kommunen sind häufig **Wirkungsorte von Entscheidungen, deren zentrale Ursachen und Rahmenbedingungen sie selbst nur begrenzt beeinflussen können.**

Gerade diese Stellung macht kommunale Handlungsfähigkeit zu einer zentralen Frage demokratischer Steuerung.

Die Kommune als Ort sichtbarer Staatlichkeit

Für viele Menschen ist der Staat keine abstrakte institutionelle Ordnung.

Er zeigt sich in konkreten Erfahrungen.

Wie lange dauert ein Termin im Bürgeramt? Ist die Schule in einem akzeptablen Zustand? Fährt der Bus zuverlässig? Ist der öffentliche Raum gepflegt? Gibt es ausreichende Betreuungsangebote? Funktionieren digitale Verwaltungsleistungen? Werden erkennbare Probleme in einem Stadtteil bearbeitet?

Solche Alltagserfahrungen erscheinen politisch möglicherweise weniger bedeutend als außenpolitische oder gesamtwirtschaftliche Entscheidungen. Für die Wahrnehmung staatlicher Leistungsfähigkeit können sie jedoch außerordentlich wichtig sein.

Eine Regierung kann auf nationaler Ebene wirtschaftliche Erfolge vorweisen, während Bürger gleichzeitig erleben, dass öffentliche Infrastruktur vor Ort schlechter wird.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Dann entsteht eine Wahrnehmungsdifferenz zwischen gesamtstaatlicher Leistungsbeschreibung und individueller Alltagserfahrung.

Politisches Vertrauen wird deshalb nicht allein durch große politische Entscheidungen geprägt.

Es entsteht kumulativ aus vielen kleinen Erfahrungen institutioneller Funktionsfähigkeit.

Die Kommune bildet einen der wichtigsten Orte dieser alltäglichen Vertrauensbildung.

Kommunale Selbstverwaltung und demokratische Selbstwirksamkeit

Die besondere Bedeutung der kommunalen Ebene liegt jedoch nicht nur in der Bereitstellung öffentlicher Leistungen.

Kommunen ermöglichen politische Selbstverwaltung.

Bürger können unmittelbar erleben, dass politische Entscheidungen ihr eigenes Lebensumfeld verändern. Kommunalpolitische Entscheidungen über Stadtentwicklung, Verkehr, Schulen, Kultur, Sport, öffentliche Räume oder soziale Infrastruktur besitzen einen konkreten räumlichen Bezug.

Dadurch kann demokratische Selbstwirksamkeit entstehen.

Politische Beteiligung bleibt nicht auf die Auswahl nationaler Parteien beschränkt. Menschen können sich in Vereinen, Initiativen, Parteien, Bezirksvertretungen, Ausschüssen, Bürgerforen oder anderen lokalen Strukturen engagieren.

Diese Nähe kann politische Verantwortung verständlicher machen.

Ein kommunales Projekt ist häufig konkreter nachvollziehbar als ein komplexes nationales Gesetz.

Gerade deshalb besitzt lokale Demokratie eine wichtige Bildungsfunktion.

Sie zeigt, dass politische Entscheidungen nicht abstrakt „vom Staat“ getroffen werden, sondern Ergebnis von Interessenabwägung, finanziellen Möglichkeiten, rechtlichen Grenzen und demokratischen Mehrheiten sind.

Die Diskrepanz zwischen Verantwortung und Handlungsmöglichkeiten

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die demokratische Stärke kommunaler Nähe kann jedoch zu einer besonderen Belastung werden.

Kommunalpolitiker und Verwaltungen werden unmittelbar mit gesellschaftlichen Erwartungen konfrontiert, verfügen aber nicht über vollständige politische Handlungsmöglichkeiten.

Viele kommunale Aufgaben werden durch Bundes- oder Landesrecht bestimmt. Gleichzeitig hängen kommunale Investitionsmöglichkeiten stark von finanziellen Rahmenbedingungen ab, die nur teilweise lokal beeinflusst werden können.

Dadurch kann eine problematische Verantwortungslücke entstehen.

Die Kommune wird gesellschaftlich für ein Problem verantwortlich gemacht, obwohl wesentliche Ursachen oder Ressourcen außerhalb ihres Einflussbereichs liegen.

Dies gilt besonders bei Migration, Sozialausgaben, Bildung, Pflege, Wohnungsmarkt oder größeren Infrastrukturfragen.

Für Bürger ist diese institutionelle Differenzierung häufig schwer nachvollziehbar.

Sie erleben lediglich, dass eine Leistung nicht ausreichend funktioniert.

Damit wird ein bereits im Föderalismus sichtbares Problem auf kommunaler Ebene besonders konkret:

Politische Verantwortung wird dort wahrgenommen, wo die Folgen sichtbar werden – nicht zwingend dort, wo die entscheidenden Kompetenzen liegen.

Finanzielle Handlungsfähigkeit als demokratische Voraussetzung

Kommunale Selbstverwaltung bleibt begrenzt, wenn ausreichende finanzielle Handlungsmöglichkeiten fehlen.

Eine Kommune, die einen großen Teil ihrer Mittel für Pflichtaufgaben aufwenden muss und kaum noch eigene Investitionsspielräume besitzt, kann formal selbstverwaltet sein, praktisch aber nur noch eingeschränkt politische Prioritäten setzen.

Damit entsteht eine Verbindung zwischen kommunaler Finanzstruktur und demokratischer Qualität.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Demokratische Wahlen gewinnen einen Teil ihrer Bedeutung daraus, dass unterschiedliche politische Mehrheiten unterschiedliche Entscheidungen treffen können.

Wenn finanzielle Zwänge diesen Gestaltungsspielraum nahezu vollständig aufheben, kann kommunale Politik in der Wahrnehmung der Bevölkerung an Bedeutung verlieren.

Besonders problematisch wird dies bei langfristig strukturschwachen Kommunen.

Wirtschaftliche Schwäche kann zu geringeren Einnahmen führen. Geringere Einnahmen begrenzen Investitionen. Unterlassene Investitionen verschlechtern Infrastruktur und Standortqualität. Dies kann wiederum wirtschaftliche und demografische Entwicklung beeinträchtigen.

Es entsteht ein Rückkopplungsprozess:

wirtschaftliche Schwäche → geringere kommunale Handlungsspielräume → Investitionsdefizite → sinkende Standortattraktivität → weitere wirtschaftliche und demografische Schwächung.

Kommunale Finanzpolitik ist deshalb nicht ausschließlich eine haushaltspolitische Frage. Sie besitzt langfristige Bedeutung für gesellschaftliche Zugehörigkeit und demokratisches Vertrauen.

Ungleiche Transformation innerhalb derselben Stadt

Gesellschaftliche Unterschiede verlaufen nicht nur zwischen Regionen und Kommunen.

Sie können sich innerhalb einzelner Städte erheblich verstärken.

Einige Stadtteile profitieren von wirtschaftlicher Entwicklung, steigenden Immobilienwerten und neuer Infrastruktur. Andere sind stärker von Arbeitslosigkeit, Armut, demografischem Wandel oder Integrationsproblemen betroffen.

Damit können innerhalb derselben Kommune sehr unterschiedliche gesellschaftliche Wirklichkeiten entstehen.

Menschen leben wenige Kilometer voneinander entfernt und erleben dennoch unterschiedliche Wohnbedingungen, Bildungsangebote, Sicherheitswahrnehmungen und wirtschaftliche Perspektiven.

Diese räumliche Konzentration gesellschaftlicher Probleme besitzt politische Bedeutung.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Wenn soziale Belastungen dauerhaft in bestimmten Quartieren konzentriert werden, können sich Benachteiligungen gegenseitig verstärken. Schulen müssen größere Integrations- und Unterstützungsleistungen erbringen, soziale Infrastruktur wird stärker beansprucht und öffentliche Räume können an Qualität verlieren.

Kommunale Politik benötigt deshalb eine kleinräumige Perspektive.

Gesamtstädtische Durchschnittswerte können erhebliche Unterschiede verdecken.

Demokratische Steuerungsfähigkeit beginnt vor Ort auch mit der Fähigkeit, solche Unterschiede frühzeitig wahrzunehmen.

Migration und Integration als kommunale Daueraufgabe

Besonders deutlich zeigt sich die Bedeutung der kommunalen Ebene bei Migration und Integration.

Nationale Politik entscheidet über rechtliche Rahmenbedingungen, Einreise, Asylverfahren und wesentliche Teile der Finanzierung.

Ob Integration im Alltag gelingt, entscheidet sich jedoch zu einem erheblichen Teil lokal.

Kinder besuchen kommunale Schulen und Kindertagesstätten. Erwachsene benötigen Zugang zu Sprache, Arbeit und Wohnraum. Begegnungen zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft finden in Nachbarschaften, Vereinen, Betrieben und öffentlichen Einrichtungen statt.

Kommunen sind damit Integrationsräume.

Ihre Möglichkeiten sind jedoch begrenzt.

Wenn Zuwanderung schneller erfolgt, als Wohnraum, Schulen, Betreuung oder Verwaltungskapazitäten erweitert werden können, entsteht objektiver Belastungsdruck.

Dieser Belastungsdruck darf weder dramatisiert noch ignoriert werden.

Eine erfolgreiche Integrationspolitik muss kommunale Aufnahmefähigkeit als reale politische Größe berücksichtigen.

Dabei geht es nicht um eine abstrakte Grenze gesellschaftlicher Offenheit.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Es geht um die praktische Frage, welche Ressourcen notwendig sind, damit Integration tatsächlich funktionieren kann.

Gerade hier zeigt sich erneut die Verbindung von **Schutz, Steuerung und Integration**.

Kommunalpolitik zwischen unmittelbarer Nähe und begrenzter Aufmerksamkeit

Kommunale Politik besitzt paradoxerweise große Alltagsrelevanz und gleichzeitig häufig geringe öffentliche Sichtbarkeit.

Nationale politische Konflikte dominieren Medien und digitale Kommunikation.

Kommunalpolitische Entscheidungen erhalten dagegen meist nur begrenzte Aufmerksamkeit.

Der Rückgang lokaler Medien kann diese Entwicklung zusätzlich verstärken.

Damit entsteht ein demokratisches Problem.

Wo lokale politische Entscheidungen kaum noch journalistisch begleitet werden, verlieren Bürger einen wichtigen Informationskanal über ihre unmittelbare politische Umgebung.

Kommunalpolitik wird dann entweder weniger wahrgenommen oder hauptsächlich dann sichtbar, wenn Konflikte eskalieren.

Eine funktionierende lokale Öffentlichkeit gehört deshalb zur demokratischen Infrastruktur einer Kommune.

Lokale Medien, kommunale Informationsangebote und transparente politische Verfahren ermöglichen Bürgern, Entscheidungen nachzuvollziehen.

Ohne solche Vermittlung kann selbst aktive Kommunalpolitik gesellschaftlich unsichtbar bleiben.

Beteiligung und die Nähe politischer Konflikte

Die kommunale Ebene bietet besonders gute Voraussetzungen für Bürgerbeteiligung.

Planungsprozesse, Stadtentwicklung, Verkehr oder Gestaltung öffentlicher Räume betreffen konkrete Lebensbereiche.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Bürger verfügen häufig über lokales Wissen, das für politische Entscheidungen wertvoll sein kann.

Beteiligung kann dadurch sowohl die Qualität von Entscheidungen als auch ihre gesellschaftliche Akzeptanz erhöhen.

Sie besitzt jedoch dieselben Grenzen wie andere demokratische Beteiligungsformen.

Besonders aktive Gruppen sind nicht automatisch repräsentativ für die gesamte Bevölkerung. Gut organisierte Interessen können Beteiligungsverfahren stärker prägen als Menschen, die weniger Zeit oder Ressourcen besitzen.

Kommunale Beteiligung darf deshalb parlamentarisch legitimierte Entscheidungen nicht ersetzen.

Ihre Stärke liegt in der Ergänzung repräsentativer Demokratie.

Entscheidend ist außerdem, Erwartungen realistisch zu gestalten.

Wenn Beteiligung angeboten wird, muss deutlich sein, worüber tatsächlich entschieden werden kann und welche rechtlichen oder finanziellen Grenzen bestehen.

Andernfalls kann Beteiligung statt Vertrauen zusätzliche Enttäuschung erzeugen.

Kommunalpolitik und politische Polarisierung

Gesamtgesellschaftliche Polarisierung erreicht zunehmend auch die kommunale Ebene.

Nationale Konflikte über Migration, Klima, Identität oder gesellschaftliche Werte werden in lokale politische Auseinandersetzungen übertragen.

Dies verändert den Charakter kommunaler Politik.

Traditionell besitzt sie einen vergleichsweise starken pragmatischen Anteil. Straßen müssen gebaut, Schulen betrieben und Haushalte beschlossen werden, unabhängig von ideologischen Grundsatzkonflikten.

Diese Sachorientierung kann eine demokratische Ressource darstellen.

Menschen unterschiedlicher politischer Überzeugungen müssen gemeinsam konkrete Probleme lösen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Gerade dadurch kann Kommunalpolitik gesellschaftliche Brücken schaffen.

Wenn jedoch nationale Polarisierung vollständig auf die lokale Ebene übertragen wird, kann diese pragmatische Integrationsfunktion geschwächt werden.

Kommunen sind deshalb nicht nur Orte, an denen gesellschaftliche Konflikte sichtbar werden.

Sie können auch Orte sein, an denen politische Zusammenarbeit trotz gesellschaftlicher Unterschiede praktisch erfahren wird.

Ehrenamt, Vereine und lokale Zivilgesellschaft

Der demokratische Erfahrungsraum Kommune reicht weit über Rathaus und Gemeinderat hinaus.

Vereine, freiwillige Feuerwehren, Wohlfahrtsorganisationen, Sportvereine, Kulturinitiativen, Nachbarschaftsprojekte und andere Formen ehrenamtlichen Engagements bilden lokale gesellschaftliche Netzwerke.

Diese Strukturen besitzen erhebliche demokratische Bedeutung.

Menschen lernen dort Kooperation, Verantwortung und gemeinsame Entscheidungsfindung.

Sie begegnen Personen außerhalb ihres unmittelbaren privaten Umfelds und können unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen miteinander verbinden.

Gerade in fragmentierten Gesellschaften sind solche Begegnungsräume wichtig.

Demokratische Stabilität entsteht nicht ausschließlich durch politische Institutionen.

Sie benötigt gesellschaftliche Beziehungen, in denen Vertrauen und Kooperation praktisch entstehen können.

Kommunale Politik sollte lokale Zivilgesellschaft deshalb nicht lediglich als freiwillige Ergänzung staatlicher Leistungen betrachten.

Sie ist Teil der sozialen Infrastruktur demokratischer Gemeinschaften.

Digitalisierung und die erreichbare Kommune

Digitalisierung bietet Kommunen erhebliche Möglichkeiten.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Verwaltungsleistungen können einfacher zugänglich, Informationen transparenter und Beteiligungsverfahren leichter organisiert werden.

Gerade für Menschen mit eingeschränkter Mobilität oder langen Wegen zu Verwaltungsstellen kann dies erhebliche Vorteile schaffen.

Digitale Verwaltung ist deshalb nicht nur eine Effizienzfrage.

Sie beeinflusst die Wahrnehmung staatlicher Zugänglichkeit.

Gleichzeitig darf Digitalisierung nicht zu neuer Distanz führen.

Nicht alle Bürger besitzen dieselben digitalen Fähigkeiten oder technischen Möglichkeiten.

Eine bürgernahe Kommune benötigt deshalb unterschiedliche Zugangswege.

Das Ziel sollte nicht die vollständig digitale, sondern die **möglichst erreichbare Verwaltung** sein.

Technologie ist dabei ein Instrument.

Entscheidend bleibt die Erfahrung, dass staatliche Institutionen verständlich, zuverlässig und zugänglich sind.

Kommunen als Frühwarnsystem gesellschaftlicher Transformation

Die unmittelbare Nähe zu gesellschaftlichen Entwicklungen gibt Kommunen noch eine weitere Funktion.

Sie können Veränderungen häufig früher erkennen als nationale Institutionen.

Steigende Wohnungsprobleme, Veränderungen in Schulen, demografische Verschiebungen, soziale Spannungen, wirtschaftliche Strukturprobleme oder neue Integrationsanforderungen werden lokal sichtbar, bevor sie sich vollständig in nationalen Statistiken niederschlagen.

Damit können Kommunen als gesellschaftliche Frühwarnsysteme wirken.

Voraussetzung ist jedoch, dass lokale Erfahrungen institutionell nach oben weitergegeben werden.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Föderale Politik benötigt deshalb nicht nur eine vertikale Umsetzungskette von Bund und Ländern zu den Kommunen.

Sie benötigt ebenso eine **Rückkopplungskette von den Kommunen zu Ländern und Bund.**

Lokale Erfahrung muss Bestandteil nationaler Politikentwicklung werden.

Damit würde kommunale Ebene nicht lediglich als Ort der Umsetzung, sondern stärker als Quelle politischen Wissens verstanden.

Die Kommune als lernendes politisches System

Kommunen besitzen zugleich besondere Möglichkeiten politischer Innovation.

Viele gesellschaftliche Probleme werden zunächst lokal bearbeitet.

Neue Mobilitätskonzepte, digitale Verwaltungsangebote, Integrationsprojekte, Quartiersentwicklung oder Beteiligungsverfahren können in einzelnen Städten und Gemeinden erprobt werden.

Erfolgreiche Modelle können anschließend auf andere Kommunen übertragen werden.

Damit entsteht ein dezentraler politischer Lernprozess.

Allerdings funktioniert dieser nur, wenn Erfahrungen systematisch ausgewertet und weitergegeben werden.

Kommunale Innovation sollte deshalb nicht aus einer Vielzahl voneinander isolierter Einzelprojekte bestehen.

Notwendig sind Netzwerke, in denen Kommunen voneinander lernen können.

Gerade hier kann föderale Vielfalt ihre Stärke entfalten.

Nicht jede Kommune muss dieselbe Lösung gleichzeitig entwickeln.

Unterschiedliche Ansätze können erprobt, verglichen und verbessert werden.

Lokale Handlungsfähigkeit als Grundlage demokratischen Vertrauens

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die kommunale Ebene macht schließlich sichtbar, dass demokratische Legitimität nicht allein aus politischen Verfahren entsteht.

Wahlen, Mehrheiten und Rechtsstaatlichkeit bleiben unverzichtbar.

Doch Bürger erwarten zugleich, dass demokratische Institutionen praktische Probleme bearbeiten können.

Diese Erwartung ist besonders dort stark, wo staatliche Institutionen unmittelbar sichtbar sind.

Eine dauerhaft überforderte Kommune kann deshalb gesamtstaatliche Vertrauensprobleme verstärken.

Umgekehrt kann eine funktionierende Kommune demokratische Stabilität fördern, selbst wenn auf nationaler Ebene erhebliche politische Konflikte bestehen.

Menschen können erleben, dass politische Zusammenarbeit funktioniert, Verwaltung erreichbar ist und konkrete Veränderungen möglich sind.

Damit wird kommunale Leistungsfähigkeit zu einer Form demokratischer Erfahrung.

Die Kommune ist der Ort, an dem demokratische Staatlichkeit vom institutionellen Prinzip zur Alltagserfahrung wird. Hier entscheidet sich für viele Menschen, ob politische Ordnung als fern und überfordert oder als erreichbar, lernfähig und handlungsfähig wahrgenommen wird.

Kommunen sollten deshalb innerhalb der Analyse demokratischer Steuerungsfähigkeit nicht als nachgeordnete Ebene betrachtet werden. Sie bilden vielmehr eine zentrale Schnittstelle zwischen gesellschaftlicher Transformation und staatlicher Praxis. Nahezu alle großen Veränderungsprozesse erreichen irgendwann den lokalen Raum und müssen dort in konkrete Politik übersetzt werden.

Gerade deshalb muss eine leistungsfähige Mehrebenendemokratie die Kommunen nicht nur mit Aufgaben, sondern auch mit ausreichenden Ressourcen, Informationen und Gestaltungsmöglichkeiten ausstatten. **Wer gesellschaftliche Transformation erfolgreich steuern will, muss ihre lokale Umsetzung von Beginn an mitdenken.**

Die langfristige Bedeutung reicht jedoch noch weiter. Kommunen sind nicht nur Verwaltungs- und Umsetzungsräume. Sie sind **politische Erfahrungs-, Beteiligungs-, Integrations- und Lernräume**. Hier begegnen Bürger dem Staat, hier werden gesellschaftliche Unterschiede unmittelbar sichtbar und hier können zugleich Formen gemeinsamer Problemlösung entstehen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Damit liegt ein wesentlicher Teil demokratischer Stabilität näher am Alltag der Menschen, als es die Konzentration auf nationale Politik häufig vermuten lässt. **Demokratische Steuerungsfähigkeit muss sich am Ende dort bewähren, wo gesellschaftlicher Wandel tatsächlich gelebt wird – in Städten, Gemeinden, Quartieren und Nachbarschaften.**

Kapitel 110 – Europäische Mehrebenenpolitik

Die politische Ordnung Europas lässt sich immer weniger als Nebeneinander souveräner Nationalstaaten verstehen, die gelegentlich miteinander kooperieren. In zahlreichen Politikfeldern entstehen Entscheidungen heute innerhalb eines komplexen Systems miteinander verbundener Ebenen. Europäische Institutionen, nationale Regierungen und Parlamente, Regionen, Länder und Kommunen wirken gleichzeitig an politischen Prozessen mit. Zuständigkeiten sind verteilt, Entscheidungen greifen ineinander und ihre Umsetzung erfolgt häufig auf einer anderen Ebene als ihre grundlegende politische Festlegung.

Diese europäische Mehrebenenpolitik ist keine zufällige institutionelle Komplizierung. Sie entstand, weil wirtschaftliche, gesellschaftliche, ökologische und sicherheitspolitische Herausforderungen zunehmend nationale Grenzen überschreiten. Binnenmarkt, Währungsordnung, Migration, Energieversorgung, Klimapolitik, Handel, Digitalisierung, Verteidigung und geopolitische Abhängigkeiten lassen sich von einzelnen europäischen Staaten immer weniger vollständig autonom gestalten. Gemeinsame europäische Handlungsfähigkeit kann deshalb nationale politische Handlungsmöglichkeiten erweitern.

Gleichzeitig entsteht ein demokratisches Spannungsverhältnis. Je stärker politische Entscheidungen zwischen mehreren Ebenen ausgehandelt werden, desto schwieriger kann für Bürger erkennbar werden, wer für eine Entscheidung verantwortlich ist. Nationale Regierungen wirken an europäischen Beschlüssen mit und können dieselben Beschlüsse später gegenüber ihrer eigenen Öffentlichkeit als äußere Vorgabe darstellen. Europäische Institutionen wiederum sind bei der Umsetzung häufig auf Mitgliedstaaten angewiesen. Regionen und Kommunen tragen schließlich konkrete Folgen von Entscheidungen, deren grundlegende Rahmenbedingungen an anderer Stelle entstanden sind.

Damit stellt sich die Frage europäischer Steuerungsfähigkeit nicht allein als Frage zusätzlicher Integration. Entscheidend ist, ob aus mehreren politischen Ebenen eine handlungsfähige und demokratisch nachvollziehbare Ordnung entstehen kann.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Europäische Mehrebenenpolitik erweitert politische Handlungsfähigkeit, indem sie nationale Ressourcen und Kompetenzen miteinander verbindet. Gleichzeitig kann sie demokratische Verantwortung verdünnen. Ihre Zukunftsfähigkeit entscheidet sich deshalb daran, ob gemeinsame europäische Entscheidungen wirksam getroffen werden können und zugleich nachvollziehbar bleibt, wer an ihnen beteiligt war, wer sie umsetzt und wer politische Verantwortung trägt.

Von nationaler Politik zur verflochtenen europäischen Entscheidungsordnung

Die europäische Integration hat die klassische Vorstellung politischer Souveränität grundlegend verändert. Nationale Staaten sind weiterhin zentrale demokratische Akteure. Sie verfügen über Verfassungen, Parlamente, Regierungen, Verwaltungen und eigene politische Öffentlichkeiten. Gleichzeitig haben sie sich in zahlreichen Bereichen bewusst an gemeinsame europäische Regeln und Institutionen gebunden.

Dadurch ist eine politische Ordnung entstanden, die weder einem klassischen Bundesstaat noch einer traditionellen internationalen Organisation vollständig entspricht.

Die Europäische Kommission entwickelt und überwacht wesentliche Teile gemeinsamer Politik. Das Europäische Parlament besitzt unmittelbar demokratische Legitimation durch europäische Wahlen. Die Regierungen der Mitgliedstaaten wirken im Rat der Europäischen Union an der Gesetzgebung mit, während der Europäische Rat grundlegende politische Richtungsentscheidungen prägt. Der Gerichtshof der Europäischen Union sichert die einheitliche Anwendung europäischen Rechts. In der Eurozone kommt mit der Europäischen Zentralbank eine Institution hinzu, deren Entscheidungen unmittelbare Auswirkungen auf Wirtschaft, Staatshaushalte und Gesellschaften besitzen.

Diese europäische Ebene ersetzt die Nationalstaaten nicht.

Sie verbindet sie.

Dadurch entsteht ein System geteilter politischer Autorität, in dem Entscheidungen häufig weder ausschließlich europäisch noch ausschließlich national sind.

Gerade diese Zwischenstruktur bildet die Grundlage europäischer Handlungsfähigkeit – und zugleich einen wesentlichen Teil ihrer demokratischen Komplexität.

Geteilte Souveränität als Erweiterung politischer Handlungsfähigkeit

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Europäische Integration wird in politischen Konflikten häufig als Gegensatz zwischen nationaler Souveränität und europäischer Macht dargestellt. Diese Gegenüberstellung greift jedoch zu kurz.

Formale nationale Entscheidungsfreiheit bedeutet nicht automatisch reale politische Handlungsfähigkeit.

Ein einzelner europäischer Staat kann gegenüber globalen Technologiekonzernen, internationalen Finanzmärkten, großen Wirtschaftsräumen oder geopolitischen Großmächten nur begrenzten Einfluss besitzen. Gemeinsame europäische Regulierung kann dagegen erheblich größere Wirkung entfalten.

Ähnliches gilt für Handel, Energieversorgung, Klimapolitik oder Teile der Sicherheitspolitik.

Souveränität verändert damit ihren Charakter.

Sie bedeutet nicht ausschließlich, Entscheidungen allein treffen zu können. Sie bedeutet zunehmend auch, **durch gemeinsame Entscheidungen überhaupt wirksam handeln zu können.**

Diese Verbindung bleibt politisch anspruchsvoll, weil gemeinsame Handlungsfähigkeit notwendigerweise voraussetzt, dass einzelne Staaten nicht in jeder Frage vollständig autonom entscheiden können.

Die zentrale europäische Frage lautet deshalb nicht, ob Souveränität erhalten oder aufgegeben wird.

Sie lautet, auf welcher Ebene politische Handlungsfähigkeit unter den Bedingungen gegenseitiger Abhängigkeit tatsächlich hergestellt werden kann.

Unterschiedliche Politikfelder benötigen unterschiedliche Ebenen

Eine funktionierende Mehrebenenordnung kann nicht nach dem Prinzip organisiert werden, möglichst viele Entscheidungen auf die europäische Ebene zu verlagern.

Ebenso wenig kann sie davon ausgehen, nationale Zuständigkeit sei grundsätzlich demokratisch überlegen.

Entscheidend ist die Art des politischen Problems.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Einige Aufgaben besitzen eindeutig grenzüberschreitende Wirkungen. Gemeinsame Handelsregeln oder der Binnenmarkt können kaum sinnvoll durch 27 voneinander unabhängige Regulierungsordnungen organisiert werden. Auch Klimapolitik, grenzüberschreitende Energieinfrastruktur oder gemeinsame Außengrenzen verlangen erhebliche europäische Koordination.

Andere Aufgaben benötigen dagegen regionale oder lokale Differenzierung.

Bildung, kommunale Infrastruktur, Stadtentwicklung oder Teile sozialer Dienstleistungen hängen stark von regionalen Voraussetzungen ab.

Damit gewinnt das Subsidiaritätsprinzip zentrale Bedeutung.

Es sollte jedoch nicht als einfache Forderung verstanden werden, politische Aufgaben grundsätzlich möglichst weit unten anzusiedeln.

Entscheidend ist vielmehr, **welche Ebene ein Problem wirksam bearbeiten kann und gleichzeitig demokratische Verantwortlichkeit gewährleistet.**

Europäische Mehrebenenpolitik benötigt deshalb eine funktionale Zuordnung politischer Aufgaben statt eines permanenten institutionellen Wettbewerbs um möglichst viele Kompetenzen.

Verhandlung als Grundmodus europäischer Politik

Europäische Politik ist in besonderem Maße Verhandlungspolitik.

Unterschiedliche Staaten besitzen unterschiedliche wirtschaftliche Strukturen, historische Erfahrungen, geografische Lagen und politische Interessen. Eine gemeinsame europäische Entscheidung muss diese Unterschiede berücksichtigen.

Dadurch entstehen häufig komplexe Kompromisse.

Was in nationalen politischen Debatten als unklare oder widersprüchliche europäische Politik erscheint, ist teilweise das Ergebnis der notwendigen Integration sehr unterschiedlicher Interessen.

Nord- und südeuropäische Staaten können unterschiedliche Vorstellungen von Haushalts- und Wirtschaftspolitik besitzen. Staaten an der östlichen Außengrenze bewerten sicherheitspolitische Risiken teilweise anders als weiter westlich gelegene Länder. Mittelmeeranrainer erleben Migration anders als Staaten ohne unmittelbare EU-Außengrenze.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Industriell geprägte Volkswirtschaften besitzen andere Interessen in der Klimapolitik als stärker dienstleistungsorientierte Ökonomien.

Europäische Kompromisse müssen solche Unterschiede verbinden.

Damit ähnelt europäische Politik zunehmend einer permanenten Koalitionsregierung zwischen Staaten und Institutionen.

Ihre Stärke liegt darin, gemeinsame Entscheidungen trotz unterschiedlicher Interessen zu ermöglichen.

Ihre Schwäche besteht darin, dass der daraus entstehende Kompromiss häufig keinem nationalen politischen Programm vollständig entspricht.

Das Problem der Verantwortungsdiffusion

Genau daraus entsteht eines der zentralen demokratischen Probleme europäischer Mehrebenenpolitik.

Politische Verantwortung wird schwerer zuzuordnen.

Nationale Regierungen sind an europäischen Entscheidungen beteiligt. Gleichzeitig können sie gegenüber ihrer nationalen Öffentlichkeit argumentieren, bestimmte Maßnahmen seien durch europäische Regeln vorgegeben.

Damit entsteht die Möglichkeit strategischer Verantwortungsverlagerung.

Politisch populäre europäische Entscheidungen können national als eigener Erfolg dargestellt werden.

Unpopuläre Entscheidungen können dagegen „Brüssel“ zugeschrieben werden.

Diese Kommunikationslogik erzeugt langfristig ein verzerrtes Bild europäischer Politik.

Die Europäische Union erscheint dann als eigenständige äußere Macht, obwohl nationale Regierungen an einem erheblichen Teil ihrer Entscheidungen unmittelbar beteiligt sind.

Es entsteht eine Verantwortungskette, die für Bürger nur schwer sichtbar ist:

nationale Interessen → europäische Verhandlung → gemeinsamer Kompromiss → nationale Umsetzung → gesellschaftliche Wirkung.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Wenn die einzelnen Schritte dieser Kette nicht nachvollziehbar sind, kann politische Verantwortung zwischen den Ebenen verschwinden.

Demokratische Legitimation in einer Mehrebenenordnung

Die Europäische Union verfügt über mehrere demokratische Legitimationswege.

Das Europäische Parlament wird direkt gewählt. Nationale Regierungen besitzen ihre Legitimation durch nationale demokratische Verfahren und wirken über Rat und Europäischen Rat an europäischen Entscheidungen mit. Nationale Parlamente kontrollieren wiederum ihre Regierungen und besitzen unterschiedliche Beteiligungsrechte in europäischen Angelegenheiten.

Damit besteht eine doppelte demokratische Legitimationsstruktur:

Bürger → Europäisches Parlament

und

Bürger → nationale Parlamente und Regierungen → europäische Entscheidungsorgane.

Diese Struktur besitzt grundsätzlich eine erhebliche demokratische Grundlage.

Das Problem liegt weniger in einem vollständigen Fehlen demokratischer Legitimation als in ihrer Komplexität.

Je komplizierter politische Entscheidungswege werden, desto schwieriger wird demokratische Kontrolle.

Institutionelle Legitimation und wahrgenommene Legitimität können deshalb auseinanderfallen.

Eine formal demokratisch legitimierte Entscheidung kann gesellschaftlich als fern oder technokratisch wahrgenommen werden, wenn ihr Entstehungsprozess kaum verständlich ist.

Damit wird Transparenz zu einem zentralen Bestandteil europäischer Demokratie.

Nationale Öffentlichkeiten und der fehlende gemeinsame politische Raum

Ein weiteres strukturelles Problem besteht darin, dass europäische Politik überwiegend innerhalb nationaler Öffentlichkeiten diskutiert wird.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Bürger wählen zwar ein gemeinsames Europäisches Parlament, verfolgen politische Debatten jedoch weiterhin vor allem über nationale Medien und Parteien.

Dadurch wird dieselbe europäische Entscheidung in unterschiedlichen Staaten völlig unterschiedlich interpretiert.

Eine wirtschaftspolitische Maßnahme kann in einem Land als notwendige Stabilitätspolitik gelten und in einem anderen als Einschränkung nationaler Entwicklungsmöglichkeiten. Migrationspolitische Entscheidungen können aus Sicht eines Außengrenzenstaates völlig anders erscheinen als aus der Perspektive eines nordeuropäischen Mitgliedstaates.

Europa besitzt deshalb gemeinsame Institutionen, aber nur begrenzt eine gemeinsame politische Öffentlichkeit.

Dies erschwert die Entstehung europäischer demokratischer Verantwortlichkeit.

Politische Konflikte werden häufig national erklärt, obwohl ihre Lösungen europäisch ausgehandelt werden.

Die weitere Entwicklung europäischer Demokratie hängt deshalb auch davon ab, ob grenzüberschreitende politische Debatten stärker entstehen können, ohne nationale Öffentlichkeiten ersetzen zu müssen.

Krisen als Motor und Belastungsprobe europäischer Koordination

Die europäische Integration hat sich wiederholt gerade unter Krisenbedingungen weiterentwickelt.

Finanz- und Staatsschuldenkrise, Flucht- und Migrationsbewegungen, Pandemie, Energiekrise und der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine haben gezeigt, dass europäische Staaten in zentralen Bereichen voneinander abhängig sind.

Krisen erzeugen häufig zunächst nationale Reaktionen.

Gleichzeitig wird schnell sichtbar, wo nationale Maßnahmen allein nicht ausreichen.

Dadurch entsteht zusätzlicher europäischer Koordinationsdruck.

Diese Dynamik kann Integration beschleunigen.

Sie besitzt jedoch eine problematische Seite.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Wenn neue europäische Instrumente überwiegend unter Zeitdruck und Krisenbedingungen entstehen, bleibt wenig Raum für gesellschaftliche Diskussion über langfristige institutionelle Folgen.

Damit kann eine Differenz zwischen funktionaler Integration und politischer Legitimation entstehen.

Europa wird handlungsfähiger, ohne dass seine Bürger die institutionelle Entwicklung im gleichen Maße nachvollziehen.

Langfristig benötigt europäische Integration deshalb mehr als erfolgreiche Krisenreaktion.

Sie benötigt eine verständliche politische Begründung ihrer dauerhaften Strukturen.

Migration, Sicherheit und Energie als Beispiele geteilter Verantwortung

Besonders deutlich zeigt sich die Notwendigkeit europäischer Mehrebenenpolitik in Politikfeldern, in denen nationale und europäische Zuständigkeiten unmittelbar ineinandergreifen.

Migration kann nicht allein kommunal oder national gesteuert werden, wenn gemeinsame Außengrenzen und Freizügigkeit bestehen. Gleichzeitig kann europäische Migrationspolitik ohne nationale Verwaltungen und kommunale Integrationsleistungen nicht funktionieren.

Sicherheitspolitik besitzt ebenfalls mehrere Ebenen. Nationale Streitkräfte bleiben zentral, während europäische Kooperation, NATO-Strukturen, gemeinsame Rüstungsprojekte und internationale Partnerschaften zunehmend miteinander verbunden sind.

Ähnliches gilt für Energiepolitik. Nationale Entscheidungen über Energiemix und Infrastruktur beeinflussen Nachbarstaaten, während europäische Märkte und Netze nationale Versorgungssicherheit mitbestimmen.

Diese Beispiele zeigen, dass politische Zuständigkeiten nicht beliebig voneinander getrennt werden können.

Moderne Steuerungsfähigkeit entsteht gerade durch die Verbindung unterschiedlicher Ebenen.

Die entscheidende Frage lautet deshalb, ob diese Verbindung geplant und transparent erfolgt oder erst dann improvisiert wird, wenn Krisen eine Zusammenarbeit erzwingen.

Die Kommunen am Ende europäischer Entscheidungsketten

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Europäische Politik wird häufig als Verhältnis zwischen Brüssel und nationalen Hauptstädten betrachtet.

Damit bleibt eine entscheidende Ebene unterbelichtet.

Viele europäische Entscheidungen erreichen schließlich die Kommunen.

Umweltstandards, Förderprogramme, Vergaberecht, Infrastrukturpolitik, Migration, Regionalentwicklung und zahlreiche wirtschaftliche Regelungen besitzen unmittelbare lokale Auswirkungen.

Kommunen werden dadurch zu einem wichtigen Bestandteil europäischer Mehrebenenpolitik.

Gleichzeitig verfügen sie nur über begrenzte Möglichkeiten, europäische Entscheidungen direkt zu beeinflussen.

Damit wiederholt sich ein bereits auf nationaler Ebene sichtbares Problem: Die Ebene, auf der politische Wirkungen konkret erfahren werden, ist nicht zwangsläufig jene Ebene, auf der die grundlegende Entscheidung getroffen wurde.

Eine funktionierende europäische Mehrebenenordnung benötigt deshalb stärkere Rückkopplungsmechanismen.

Lokale Erfahrungen müssen in nationale und europäische Entscheidungsprozesse zurückfließen.

Europa darf nicht ausschließlich von oben nach unten organisiert werden.

Es benötigt politische Informations- und Erfahrungskreisläufe in beide Richtungen.

Deutschland als zentraler Akteur der europäischen Mehrebenenpolitik

Deutschland besitzt innerhalb dieser Ordnung eine besondere Stellung.

Aufgrund seiner Bevölkerungsgröße, Wirtschaftskraft und geografischen Lage beeinflussen deutsche Entscheidungen andere europäische Staaten erheblich.

Gleichzeitig ist Deutschland selbst besonders stark in europäische Wirtschafts- und Entscheidungsstrukturen eingebunden.

Damit entsteht eine doppelte Verantwortung.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Deutschland muss nationale Interessen vertreten.

Es muss zugleich berücksichtigen, dass seine Entscheidungen Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit des gesamten europäischen Systems besitzen.

Dies erklärt einen Teil des deutschen europäischen Führungsdilemmas.

Zu geringe deutsche Initiative kann als mangelnde Verantwortungsübernahme interpretiert werden.

Zu starke deutsche Dominanz kann dagegen Widerstand hervorrufen und den Eindruck eines europäischen Machtungleichgewichts verstärken.

Deutsche Europapolitik muss deshalb in besonderem Maße kooperative Führung entwickeln.

Führung bedeutet in einer Mehrebenenordnung weniger die Fähigkeit, eigene Vorstellungen durchzusetzen, als die Fähigkeit, gemeinsame Handlungsfähigkeit zwischen unterschiedlichen Interessen herzustellen.

Vom Kompetenzstreit zur gemeinsamen Problemlösung

Die langfristige Funktionsfähigkeit europäischer Mehrebenenpolitik hängt wesentlich davon ab, ob politische Debatten über Zuständigkeiten stärker mit der Frage konkreter Problemlösungsfähigkeit verbunden werden.

Weder permanente Zentralisierung noch permanente Renationalisierung bieten eine allgemeine Antwort.

Einige Aufgaben benötigen mehr europäische Kooperation.

Andere können national oder regional besser gelöst werden.

Wieder andere verlangen eine dauerhafte Verbindung mehrerer Ebenen.

Die entscheidende institutionelle Frage lautet deshalb:

Welche Ebene setzt Ziele, welche entscheidet über Instrumente, welche finanziert, welche setzt um und wie werden Ergebnisse überprüft?

Eine klare Antwort auf diese Fragen könnte europäische Politik zugleich effizienter und demokratisch verständlicher machen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Damit würde Subsidiarität von einem abstrakten institutionellen Prinzip zu einer praktischen Steuerungsregel.

Europäische Mehrebenenpolitik als lernende Ordnung

Die Europäische Union besitzt schließlich eine Eigenschaft, die für ihre zukünftige Entwicklung entscheidend sein könnte: Sie ist keine abgeschlossene politische Ordnung.

Ihre Institutionen haben sich über Jahrzehnte schrittweise verändert.

Neue Krisen und Herausforderungen haben neue Formen der Zusammenarbeit hervorgebracht.

Diese Offenheit ermöglicht Anpassung.

Sie erzeugt zugleich permanente institutionelle Debatten.

Europa muss deshalb lernen, Veränderung nicht ausschließlich als Reaktion auf Krisen zu organisieren.

Eine lernfähige europäische Mehrebenenordnung müsste politische Maßnahmen systematischer evaluieren, regionale und nationale Erfahrungen miteinander vergleichen und erfolgreiche Lösungen schneller übertragen.

Damit könnte europäische Vielfalt zu einer politischen Ressource werden.

Unterschiedliche Staaten und Regionen können verschiedene Lösungen entwickeln.

Gemeinsame Institutionen ermöglichen anschließend, aus diesen Erfahrungen zu lernen.

Europa wäre dann nicht trotz seiner Vielfalt handlungsfähig, sondern teilweise gerade durch sie.

Die Stärke europäischer Mehrebenenpolitik liegt nicht darin, nationale, regionale und kommunale Politik zu ersetzen. Sie liegt darin, unterschiedliche Ebenen so miteinander zu verbinden, dass Probleme dort bearbeitet werden, wo politische Wirkung tatsächlich erzeugt werden kann. Ihre demokratische Schwäche beginnt dort, wo diese Verbindung Verantwortung unkenntlich macht.

Europäische Mehrebenenpolitik ist damit ein besonders deutliches Beispiel für die veränderten Bedingungen demokratischer Steuerungsfähigkeit. Gesellschaftliche

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Herausforderungen überschreiten politische Grenzen, während demokratische Legitimation weiterhin wesentlich innerhalb territorial organisierter politischer Gemeinschaften entsteht. Europa muss deshalb gemeinsame Handlungsfähigkeit schaffen, ohne nationale und regionale demokratische Zugehörigkeit aufzulösen.

Die entscheidende Aufgabe besteht nicht darin, aus der Europäischen Union entweder einen vollständig zentralisierten Staat oder wieder eine lose Kooperation weitgehend unabhängiger Nationalstaaten zu machen. **Die eigentliche Herausforderung liegt in der Weiterentwicklung einer politischen Ordnung geteilter Verantwortung.**

Eine solche Ordnung benötigt klare Zuständigkeiten, funktionierende Koordination, nachvollziehbare Verantwortung und Rückkopplung zwischen allen politischen Ebenen. Entscheidungen müssen dort getroffen werden, wo sie wirksam getroffen werden können, zugleich aber für Bürger politisch zurechenbar bleiben.

Damit führt die europäische Mehrebenenpolitik zu einer grundlegenden Erkenntnis der institutionellen Transformation: **Moderne politische Handlungsfähigkeit entsteht immer seltener durch autonome Entscheidung einzelner Institutionen. Sie entsteht zunehmend durch koordinierte Entscheidungen innerhalb komplexer Netzwerke politischer Verantwortung. Die demokratische Zukunft solcher Systeme wird davon abhängen, ob es gelingt, diese Komplexität nicht nur institutionell zu organisieren, sondern gesellschaftlich verständlich und politisch verantwortlich zu machen.**

Kapitel 111 – Nationale Demokratie und europäische Entscheidungsstrukturen

Die europäische Integration hat eine politische Ordnung hervorgebracht, in der nationale Demokratie und europäische Entscheidungsstrukturen dauerhaft miteinander verbunden sind. Politische Entscheidungen entstehen nicht mehr ausschließlich innerhalb nationaler Parlamente und Regierungen, sondern zunehmend in Verfahren, an denen europäische Institutionen und die Mitgliedstaaten gemeinsam beteiligt sind. Diese Entwicklung erweitert die politische Handlungsfähigkeit Europas, verändert jedoch zugleich die traditionellen Bedingungen demokratischer Legitimation und Verantwortlichkeit.

Darin liegt eines der grundlegenden Spannungsverhältnisse der europäischen Demokratie. Wahlen, Parteien, politische Öffentlichkeit und gesellschaftliche Zugehörigkeit sind weiterhin überwiegend national organisiert. Zahlreiche Entscheidungen, die den politischen und wirtschaftlichen Handlungsspielraum dieser nationalen Demokratien bestimmen, werden jedoch gemeinsam auf europäischer Ebene getroffen. Die politische Entscheidungsebene und

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

der gesellschaftliche Raum demokratischer Verantwortungszuweisung fallen dadurch teilweise auseinander.

Diese Entwicklung sollte weder als zwangsläufige Entmachtung nationaler Demokratie noch als bereits abgeschlossene Entwicklung hin zu einer vollständig europäischen Demokratie verstanden werden. Die Europäische Union bildet vielmehr eine politische Ordnung, in der mehrere demokratische Legitimationsquellen miteinander verbunden werden. Nationale Regierungen und Parlamente bleiben zentrale Akteure, während das direkt gewählte Europäische Parlament und weitere europäische Institutionen eigenständige Funktionen übernehmen.

Die entscheidende Frage lautet deshalb nicht, ob nationale oder europäische Demokratie Vorrang besitzen sollte. Entscheidend ist, ob beide Ebenen so miteinander verbunden werden können, dass gemeinsame europäische Handlungsfähigkeit entsteht, ohne demokratische Verantwortlichkeit und politische Selbstbestimmung für die Bürger unkenntlich werden zu lassen.

Das demokratische Grundproblem der europäischen Integration liegt nicht darin, dass nationale Demokratie und europäische Politik grundsätzlich unvereinbar wären. Es entsteht dort, wo Entscheidungen zunehmend gemeinsam getroffen werden, politische Verantwortung aber weiterhin überwiegend national wahrgenommen wird. Europäische Demokratie benötigt deshalb keine Auflösung nationaler Demokratien, sondern eine nachvollziehbare Verbindung ihrer unterschiedlichen Legitimations- und Verantwortungsstrukturen.

Nationale Demokratie bleibt der zentrale politische Bezugsraum

Trotz jahrzehntelanger europäischer Integration sind die Mitgliedstaaten weiterhin die wichtigsten Räume demokratischer Öffentlichkeit und politischer Zugehörigkeit. Parteien organisieren sich überwiegend national, nationale Parlamente bilden Regierungen, politische Medienöffentlichkeiten folgen weitgehend nationalen Strukturen und ein erheblicher Teil gesellschaftlicher Konflikte wird innerhalb nationaler politischer Systeme ausgetragen.

Auch politische Verantwortung wird von Bürgern vor allem national zugeschrieben.

Wirtschaftliche Entwicklung, Migration, soziale Sicherheit, Energiepreise oder innere Sicherheit werden häufig zunächst mit der jeweiligen nationalen Regierung verbunden, selbst wenn wesentliche Einflussfaktoren oder Entscheidungen europäischer oder internationaler Natur sind.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Diese nationale Orientierung ist nicht lediglich ein Überbleibsel einer früheren politischen Ordnung. Sie besitzt eine demokratische Funktion.

Demokratie benötigt politische Räume, in denen Menschen gesellschaftliche Konflikte miteinander austragen, politische Alternativen verstehen und Regierungen verantwortlich machen können. Gemeinsame Sprache, politische Geschichte, Institutionen und öffentliche Debatten erleichtern diese demokratische Kommunikation.

Die Europäische Union kann deshalb nicht einfach voraussetzen, dass sich nationale politische Gemeinschaften durch eine einheitliche europäische Öffentlichkeit ersetzen lassen.

Gleichzeitig reicht nationale Demokratie allein für zahlreiche politische Herausforderungen nicht mehr aus.

Damit entsteht die besondere europäische Aufgabe: **demokratische Zugehörigkeit bleibt überwiegend national, während politische Handlungsfähigkeit zunehmend europäisch ergänzt werden muss.**

Europäische Entscheidungen besitzen eine doppelte demokratische Legitimation

Die institutionelle Struktur der Europäischen Union versucht, dieses Spannungsverhältnis durch zwei miteinander verbundene Legitimationswege zu bearbeiten.

Auf der einen Seite stehen die Bürger unmittelbar als europäische Wähler. Sie wählen das Europäische Parlament und verleihen damit einer europäischen Institution direkte demokratische Legitimation.

Auf der anderen Seite wirken die Mitgliedstaaten an europäischen Entscheidungen mit. Ihre Regierungen sind aus nationalen demokratischen Verfahren hervorgegangen und vertreten ihre Staaten im Rat der Europäischen Union und im Europäischen Rat. Nationale Parlamente wiederum kontrollieren ihre Regierungen und wirken je nach nationaler Verfassungsordnung an europapolitischen Entscheidungen mit.

Europäische Demokratie besitzt damit eine doppelte Grundlage:

Bürger als europäische Wähler → Europäisches Parlament

und

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Bürger als nationale Wähler → nationale Parlamente und Regierungen → europäische Entscheidungsstrukturen.

Diese Konstruktion unterscheidet die Europäische Union sowohl von einem klassischen Bundesstaat als auch von einer gewöhnlichen internationalen Organisation.

Gerade darin liegt ihre institutionelle Besonderheit.

Europäische Legitimität entsteht nicht durch die Verdrängung nationaler Demokratie, sondern durch ihre Verbindung mit einer zusätzlichen europäischen demokratischen Ebene.

Das Problem liegt deshalb weniger in einem vollständigen Fehlen demokratischer Legitimation als in der Schwierigkeit, diese komplexe Legitimationsstruktur gesellschaftlich sichtbar und verständlich zu machen.

Wenn gemeinsame Entscheidungen nationale Verantwortung verändern

Besonders deutlich wird das Spannungsverhältnis dort, wo europäische Entscheidungen den Handlungsspielraum nationaler Regierungen begrenzen.

Gemeinsame Regeln besitzen nur dann politische Bedeutung, wenn sie auch für jene Mitgliedstaaten gelten, deren Regierungen oder parlamentarische Mehrheiten eine andere Lösung bevorzugen würden.

Genau darin liegt der Sinn gemeinsamer Rechtsordnung.

Der Binnenmarkt könnte nicht funktionieren, wenn jeder Mitgliedstaat gemeinsame Regeln jederzeit einseitig außer Kraft setzen könnte. Ähnliches gilt für zahlreiche Bereiche gemeinsamer Wirtschafts-, Umwelt-, Wettbewerbs- oder Handelspolitik.

Aus europäischer Perspektive entsteht dadurch gemeinsame Verlässlichkeit.

Aus nationaler Perspektive kann dieselbe Struktur jedoch als Einschränkung eigener Entscheidungsfreiheit erscheinen.

Damit verändert sich die Bedeutung demokratischer Mehrheit.

Eine nationale parlamentarische Mehrheit kann in bestimmten Bereichen nicht mehr jede politisch gewünschte Entscheidung treffen, weil der Staat zuvor gemeinsam mit anderen Mitgliedstaaten europäische Verpflichtungen eingegangen ist.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Dies ist nicht grundsätzlich undemokratisch. Auch nationale Verfassungen, internationale Verträge und rechtsstaatliche Bindungen begrenzen die unmittelbare Verfügungsmacht politischer Mehrheiten.

Die demokratische Qualität europäischer Bindung hängt jedoch wesentlich davon ab, **wie diese Regeln entstanden sind, wie sie verändert werden können und wie politische Verantwortung für sie organisiert wird.**

Nationale Parlamente zwischen Kompetenzverlust und neuer Kontrollfunktion

Die europäische Integration verändert dadurch die Rolle nationaler Parlamente.

Ein Teil politischer Rechtsetzung findet auf europäischer Ebene statt. Nationale Parlamente können deshalb nicht mehr in jedem Politikfeld ausschließlich selbst über den gesamten rechtlichen Rahmen entscheiden.

Dies kann als Verlust parlamentarischer Gestaltungsmacht erscheinen.

Gleichzeitig entsteht eine neue Aufgabe.

Nationale Parlamente müssen ihre Regierungen dort kontrollieren, wo diese an europäischen Entscheidungen mitwirken.

Damit verschiebt sich parlamentarische Einflussnahme teilweise zeitlich nach vorne.

Wenn ein europäischer Kompromiss bereits zwischen den Mitgliedstaaten und europäischen Institutionen ausgehandelt wurde, ist eine spätere nationale Debatte häufig nur noch begrenzt wirksam.

Demokratische Kontrolle muss deshalb stärker während der Entstehung europäischer Positionen stattfinden.

Nationale Parlamente benötigen frühzeitige Informationen darüber, welche Position ihre Regierung in europäischen Verhandlungen vertritt, welche Interessen miteinander konkurrieren und welche Kompromisse möglich sind.

Dadurch können sie von nachträglichen Beobachtern europäischer Politik zu aktiven Bestandteilen europäischer demokratischer Willensbildung werden.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die Alternative zwischen starkem Europäischem Parlament und starken nationalen Parlamenten greift deshalb zu kurz.

Eine demokratisch belastbare europäische Ordnung benötigt beides.

Verantwortungsverschiebung und das politische Bild von „Brüssel“

Eine der problematischsten Folgen komplexer Entscheidungsstrukturen entsteht dort, wo politische Verantwortung strategisch zwischen den Ebenen verschoben wird.

Nationale Regierungen sind an europäischen Entscheidungen beteiligt.

Trotzdem kann es innenpolitisch attraktiv sein, unpopuläre Entscheidungen als Vorgabe „aus Brüssel“ darzustellen.

Damit entsteht ein grundlegendes Vermittlungsproblem.

Bürger erhalten den Eindruck, europäische Entscheidungen würden außerhalb nationaler demokratischer Politik entstehen und anschließend von einer externen Institution auferlegt.

Tatsächlich sind nationale Regierungen häufig Teil des Entscheidungsprozesses gewesen.

Diese Diskrepanz kann europäische Legitimität langfristig beschädigen.

Sie ermöglicht nationalen politischen Akteuren, die Vorteile gemeinsamer Politik für sich zu beanspruchen und die Kosten derselben Politik der europäischen Ebene zuzuschreiben.

Dadurch entsteht eine asymmetrische Verantwortungsstruktur:

Erfolg wird nationalisiert – Verantwortung für Belastungen wird europäisiert.

Eine solche politische Kommunikation schwächt sowohl europäische als auch nationale Demokratie.

Denn Bürger können politische Entscheidungen nur dann demokratisch bewerten, wenn nachvollziehbar bleibt, wer welche Position vertreten und welchem Kompromiss zugestimmt hat.

Mehrheitsprinzip, nationale Interessen und europäische Solidarität

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Europäische Entscheidungsstrukturen müssen zudem politische Mehrheiten zwischen Staaten organisieren, deren gesellschaftliche Interessen teilweise erheblich voneinander abweichen.

Dabei entsteht ein besonderes demokratisches Problem.

In nationalen Demokratien können politische Minderheiten darauf vertrauen, bei zukünftigen Wahlen möglicherweise selbst zur Mehrheit zu werden. Europäische Konflikte verlaufen dagegen teilweise entlang dauerhafter geografischer, wirtschaftlicher oder historischer Unterschiede.

Ein Staat an der europäischen Außengrenze kann beispielsweise dauerhaft andere migrationspolitische Interessen besitzen als ein geografisch geschützter Mitgliedstaat. Ein hoch verschuldeter Staat kann wirtschaftspolitische Regeln anders bewerten als ein Land mit größeren fiskalischen Spielräumen. Unterschiedliche Energie- oder Wirtschaftsstrukturen können ebenfalls dauerhaft unterschiedliche Interessen erzeugen.

Europäische Mehrheitsentscheidungen benötigen deshalb mehr als mathematische Mehrheiten.

Sie benötigen ein Mindestmaß gegenseitiger Rücksichtnahme.

Wenn Staaten dauerhaft den Eindruck gewinnen, dass ihre zentralen Interessen systematisch übergangen werden, kann europäische Integration politisch an Legitimität verlieren.

Umgekehrt kann europäische Zusammenarbeit nicht funktionieren, wenn jeder Staat in jeder wesentlichen Frage ein faktisches Vetorecht beansprucht.

Europäische Demokratie bewegt sich deshalb zwischen **Mehrheitsfähigkeit und Konsensorientierung**.

Beides muss miteinander verbunden werden.

Rechtsstaatlichkeit als Voraussetzung gemeinsamer demokratischer Entscheidung

Diese Verbindung setzt voraus, dass die Mitgliedstaaten bestimmte demokratische und rechtsstaatliche Grundlagen teilen.

Europäische Integration beruht auf gegenseitigem Vertrauen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Gerichte erkennen Entscheidungen anderer Mitgliedstaaten an. Staaten öffnen ihre Märkte füreinander. Bürger können sich innerhalb der Union bewegen. Gemeinsame politische Entscheidungen werden in nationalen Verwaltungen umgesetzt.

Eine solche Ordnung kann langfristig nur funktionieren, wenn grundlegende rechtsstaatliche Standards in allen Mitgliedstaaten verlässlich bleiben.

Damit erhält die Europäische Union zwangsläufig eine demokratiepolitische Dimension.

Die Frage nach Rechtsstaatlichkeit innerhalb eines Mitgliedstaates ist nicht ausschließlich dessen innere Angelegenheit, wenn die Funktionsfähigkeit gemeinsamer europäischer Institutionen davon abhängt.

Gleichzeitig entsteht ein sensibles Spannungsverhältnis zur nationalen demokratischen Selbstbestimmung.

Europäische Institutionen müssen zwischen legitimer politischer Unterschiedlichkeit und Veränderungen unterscheiden, die gemeinsame rechtsstaatliche Grundlagen berühren.

Nicht jede Abweichung von politischen Mehrheitspositionen anderer Mitgliedstaaten ist ein Demokratieproblem.

Entscheidend ist, ob freie politische Konkurrenz, unabhängige Rechtsprechung, politische Gleichheit und institutionelle Machtbegrenzung erhalten bleiben.

Damit bestätigt sich eine bereits im europäischen Vergleich erkennbare Grenze: **Politische Richtungsunterschiede gehören zur Demokratie; die strukturelle Veränderung der Bedingungen fairer demokratischer Konkurrenz berührt ihre Grundlage.**

Europäische Wahlen und die Schwierigkeit gemeinsamer politischer Alternativen

Das Europäische Parlament stärkt die direkte demokratische Legitimation der Union. Dennoch unterscheiden sich Europawahlen weiterhin deutlich von nationalen Parlamentswahlen.

Wahlkämpfe werden überwiegend von nationalen Parteien geführt und häufig durch nationale politische Konflikte geprägt. Dieselben europäischen Parteienfamilien können zudem Parteien umfassen, die sich in einzelnen politischen Fragen erheblich unterscheiden.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Dadurch bleibt für Bürger teilweise unklar, welche konkrete europäische Regierungsrichtung aus ihrer Wahlentscheidung hervorgeht.

In nationalen parlamentarischen Systemen besteht häufig eine relativ unmittelbare Verbindung zwischen Wahlergebnis, parlamentarischer Mehrheit und Regierungsbildung.

Auf europäischer Ebene ist diese Verbindung komplexer.

Die Weiterentwicklung europäischer Demokratie hängt deshalb auch davon ab, ob politische Alternativen auf europäischer Ebene deutlicher sichtbar werden.

Dies bedeutet nicht, nationale Parteien durch ein vollständig europäisches Parteiensystem ersetzen zu müssen.

Notwendig ist jedoch eine stärkere Verbindung zwischen europäischen Wahlen, politischen Programmen und den daraus entstehenden institutionellen Entscheidungen.

Je besser Bürger erkennen können, **welche unterschiedlichen europäischen Politikrichtungen tatsächlich zur Wahl stehen**, desto stärker kann europäische Politik selbst Gegenstand demokratischer Verantwortungsentscheidung werden.

Die Verbindung nationaler und europäischer Öffentlichkeit

Institutionelle Reformen allein können dieses Problem nicht lösen.

Demokratie benötigt Öffentlichkeit.

Europäische Entscheidungen müssen gesellschaftlich diskutiert werden können, bevor sie abgeschlossen sind.

Bislang entsteht europäische Öffentlichkeit häufig erst in nationaler Übersetzung. Europäische Themen werden durch nationale Konfliktmuster interpretiert und unterschiedliche Regierungen erklären denselben europäischen Kompromiss gegenüber ihren Bevölkerungen auf unterschiedliche Weise.

Eine vollständig einheitliche europäische Öffentlichkeit ist weder kurzfristig realistisch noch zwingend erforderlich.

Entscheidender wäre eine stärkere **Verknüpfung nationaler Öffentlichkeiten**.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Bürger müssten besser erkennen können, welche Interessen andere europäische Gesellschaften vertreten und warum gemeinsame Entscheidungen bestimmte Kompromisse erfordern.

Dadurch könnte europäische Politik aus der Vorstellung einer anonymen institutionellen Ebene herausgelöst werden.

Europa würde stärker als politischer Verhandlungsraum unterschiedlicher demokratischer Gesellschaften sichtbar.

Gerade darin könnte eine eigenständige Form europäischer Öffentlichkeit entstehen: nicht durch die Auflösung nationaler Perspektiven, sondern durch ihre gegenseitige Wahrnehmbarkeit.

Nationale Demokratie und europäische Handlungsfähigkeit sind aufeinander angewiesen

Die häufige Gegenüberstellung von nationaler Demokratie und europäischer Integration erkennt schließlich ihre wachsende gegenseitige Abhängigkeit.

Eine Europäische Union ohne demokratisch stabile Mitgliedstaaten könnte selbst keine dauerhaft legitime demokratische Ordnung bilden.

Umgekehrt können nationale Demokratien zahlreiche zentrale Herausforderungen ohne europäische Zusammenarbeit nur noch begrenzt steuern.

Wirtschaftliche Verflechtung, globale Technologieunternehmen, Klimawandel, Migration, Sicherheit, Energieversorgung und geopolitische Konkurrenz überschreiten nationale Handlungsmöglichkeiten.

Damit entsteht eine doppelte Abhängigkeit:

Europa benötigt demokratisch handlungsfähige Nationalstaaten – und die Nationalstaaten benötigen europäische Handlungsfähigkeit.

Die demokratische Zukunft Europas liegt deshalb nicht in der Entscheidung für eine der beiden Ebenen.

Sie liegt in ihrer institutionellen Verbindung.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Nationale Parlamente, Regierungen und Öffentlichkeiten müssen stärker Bestandteil europäischer demokratischer Willensbildung werden, während europäische Institutionen ihre eigene demokratische Verantwortlichkeit und politische Verständlichkeit weiterentwickeln müssen.

Das Ziel kann keine vollständige institutionelle Einfachheit sein.

Eine politische Ordnung von mehr als zwei Dutzend unterschiedlichen demokratischen Gesellschaften wird notwendigerweise komplex bleiben.

Entscheidend ist, ob diese Komplexität demokratisch beherrschbar wird.

Nationale Demokratie und europäische Entscheidungsstrukturen bilden keinen dauerhaften Gegensatz. Sie sind zwei miteinander verbundene Ebenen einer politischen Ordnung, deren Legitimität davon abhängt, dass gemeinsame Handlungsfähigkeit nicht durch unklare Verantwortung erkaufte wird. Europa wird demokratisch stärker, wenn Bürger erkennen können, wie ihre nationale politische Entscheidung in europäische Willensbildung einfließt und wie europäische Entscheidungen auf nationale Politik zurückwirken.

Die zentrale institutionelle Herausforderung Europas liegt damit weniger in der fortgesetzten Übertragung oder Rückübertragung einzelner Kompetenzen als in der Qualität der Verbindung zwischen den Ebenen. Eine gemeinsame Entscheidung kann funktional sinnvoll und rechtlich korrekt sein und dennoch gesellschaftliche Legitimitätsprobleme erzeugen, wenn ihr politischer Entstehungsprozess kaum nachvollziehbar bleibt.

Europäische Demokratie benötigt deshalb **sichtbare Verantwortungsketten**. Nationale Regierungen müssen ihre Rolle in europäischen Verhandlungen offen vertreten, nationale Parlamente frühzeitig beteiligt werden, europäische politische Alternativen erkennbarer werden und gemeinsame Entscheidungen verständlich begründet werden. Gleichzeitig muss deutlich bleiben, welche Fragen bewusst national, regional oder kommunal entschieden werden.

Damit führt die Verbindung von nationaler Demokratie und europäischen Entscheidungsstrukturen zu einer grundlegenden Erkenntnis: **Demokratische Steuerungsfähigkeit im europäischen Transformationsraum wird künftig weder ausschließlich national noch ausschließlich europäisch entstehen. Sie wird davon abhängen, ob unterschiedliche demokratische Ebenen gemeinsam entscheiden können, ohne dass zwischen ihnen die politische Verantwortung verloren geht.**

Gerade darin liegt die nächste Entwicklungsaufgabe europäischer Demokratie. Nicht die Beseitigung ihrer Mehrebenenstruktur ist erforderlich, sondern ihre demokratische

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Vertiefung: mehr gemeinsame Handlungsfähigkeit dort, wo gemeinsame Probleme bestehen, mehr politische Eigenständigkeit dort, wo sie sinnvoll ist, und auf allen Ebenen eine klarere Verbindung von Entscheidung, Verantwortung und demokratischer Kontrolle.

Kapitel 112 – Institutionelle Komplexität und politische Verantwortungszuschreibung

Moderne Demokratien sind institutionell komplexe politische Ordnungen. Parlamente, Regierungen, Verwaltungen, Gerichte, unabhängige Institutionen, föderale Ebenen, Kommunen und europäische Organe teilen politische Zuständigkeiten, kontrollieren einander und wirken gemeinsam an Entscheidungen mit. Diese Verteilung politischer Macht ist kein organisatorischer Mangel, sondern eine wesentliche Voraussetzung demokratischer Ordnung. Sie verhindert Machtkonzentration, ermöglicht fachliche Spezialisierung, berücksichtigt regionale Unterschiede und schafft institutionelle Kontrollmechanismen.

Gerade diese demokratisch notwendige Komplexität erzeugt jedoch ein wachsendes Problem politischer Verantwortungszuschreibung. Je mehr Institutionen an einer Entscheidung beteiligt sind, desto schwieriger wird es für Bürger zu erkennen, wer eine politische Entwicklung tatsächlich beeinflussen konnte, wer eine Entscheidung getroffen hat und wer für ihre Umsetzung verantwortlich ist. Die institutionelle Realität politischer Entscheidungen und ihre gesellschaftliche Wahrnehmung können dadurch zunehmend auseinanderfallen.

Dieses Problem verschärft sich unter den Bedingungen gesellschaftlicher Transformation. Viele politische Herausforderungen überschreiten traditionelle Ressort-, Ebenen- und Staatsgrenzen. Migration, Energieversorgung, wirtschaftlicher Strukturwandel, Digitalisierung, Klimapolitik, Sicherheit, Bildung oder demografischer Wandel verlangen koordinierte Entscheidungen unterschiedlicher Institutionen. Politische Verantwortung wird dadurch objektiv geteilt. Demokratische Öffentlichkeit verlangt jedoch weiterhin verständliche Verantwortungszuschreibung.

Damit entsteht ein grundlegendes Spannungsverhältnis: Demokratie benötigt institutionelle Komplexität zur Begrenzung politischer Macht und zur Bearbeitung komplexer Probleme. Gleichzeitig benötigt sie erkennbare Verantwortung, damit Bürger politische Entscheidungen beurteilen und bei Wahlen darauf reagieren können.

Institutionelle Komplexität ist eine Stärke demokratischer Ordnungen, solange sie Macht begrenzt und unterschiedliche Interessen miteinander verbindet. Sie wird zum demokratischen Problem, wenn aus geteilter Verantwortung unerkennbare

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Verantwortung entsteht und Bürger nicht mehr nachvollziehen können, wer politische Entscheidungen getroffen, verhindert oder umgesetzt hat.

Komplexität als Bestandteil demokratischer Machtbegrenzung

Die Vorstellung eines Staates, in dem politische Verantwortung an einer einzigen Stelle konzentriert ist, besitzt zunächst eine gewisse intuitive Attraktivität. Entscheidungen wären leichter zuzuordnen, politische Führung sichtbarer und Verantwortlichkeit scheinbar eindeutiger.

Doch gerade demokratische Ordnungen sind bewusst anders organisiert.

Legislative, Exekutive und Rechtsprechung erfüllen unterschiedliche Funktionen. Parlamente kontrollieren Regierungen, Gerichte überprüfen staatliches Handeln und Verwaltungen setzen politische Entscheidungen innerhalb rechtlicher Regeln um. Föderale Systeme verteilen zusätzliche Macht auf unterschiedliche territoriale Ebenen. Unabhängige Institutionen schützen bestimmte Aufgaben vor unmittelbarer parteipolitischer Verfügung. Europäische Integration ergänzt weitere gemeinsame Entscheidungsstrukturen.

Diese institutionelle Differenzierung begrenzt politische Macht.

Sie verhindert, dass eine einzelne demokratische Mehrheit sämtliche staatlichen Institutionen unmittelbar kontrollieren kann.

Demokratische Entscheidungsfähigkeit wird dadurch bewusst mit Kontroll-, Beteiligungs- und Korrekturmechanismen verbunden.

Institutionelle Komplexität ist deshalb nicht grundsätzlich Ausdruck ineffizienter Staatlichkeit. Sie ist teilweise der institutionelle Preis demokratischer Machtbegrenzung.

Die entscheidende Frage lautet nicht, wie sämtliche Komplexität beseitigt werden kann. Sie lautet, wie eine komplexe demokratische Ordnung **verständlich und verantwortlich** bleiben kann.

Komplexe Probleme erzeugen geteilte Verantwortung

Neben der demokratischen Machtverteilung gibt es einen zweiten Grund für zunehmende institutionelle Komplexität: Die politischen Probleme selbst sind komplexer und stärker miteinander verflochten.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Migration lässt sich nicht ausschließlich als innenpolitische Aufgabe behandeln. Sie betrifft Außenpolitik, europäische Grenzpolitik, Arbeitsmarkt, Bildung, Wohnungsbau, soziale Sicherung und Kommunalpolitik.

Energiepolitik ist gleichzeitig Wirtschafts-, Klima-, Infrastruktur-, Sozial- und Sicherheitspolitik.

Digitalisierung betrifft Verwaltung, Wirtschaft, Bildung, Datenschutz, innere Sicherheit und europäische Regulierung.

Damit wird politische Steuerung zwangsläufig ressort- und ebenenübergreifend.

Es wäre institutionell kaum sinnvoll, sämtliche Entscheidungen solcher Politikfelder einer einzigen Behörde oder Regierungsebene zu übertragen.

Geteilte Verantwortung entspricht deshalb teilweise der tatsächlichen Struktur moderner Probleme.

Das demokratische Problem entsteht nicht durch diese Arbeitsteilung selbst.

Es entsteht, wenn **gemeinsame Problembearbeitung nicht mit nachvollziehbarer Verantwortung verbunden wird.**

Von geteilter Verantwortung zur Verantwortungsdiffusion

Geteilte Verantwortung kann unterschiedliche Formen annehmen.

Eine Institution setzt politische Ziele, eine andere entwickelt gesetzliche Regelungen, eine weitere finanziert Maßnahmen und eine vierte übernimmt die praktische Umsetzung.

Solange diese Rollen klar erkennbar sind, muss eine solche Arbeitsteilung demokratisch nicht problematisch sein.

Schwierig wird es, wenn Zuständigkeiten überlappen oder politische Akteure Verantwortung strategisch weiterreichen können.

Dann entsteht Verantwortungsdiffusion.

Der Bund verweist auf die Länder.

Die Länder verweisen auf den Bund.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Kommunen erklären, ihnen fehlten Ressourcen oder rechtliche Kompetenzen.

Nationale Regierungen verweisen auf europäische Vorgaben.

Europäische Institutionen wiederum verweisen darauf, dass Mitgliedstaaten an Entscheidungen beteiligt waren oder für deren Umsetzung verantwortlich sind.

Jede einzelne Erklärung kann institutionell nachvollziehbar sein.

In ihrer Gesamtheit können sie jedoch eine problematische gesellschaftliche Erfahrung erzeugen:

Alle sind beteiligt – aber niemand scheint verantwortlich zu sein.

Genau diese Wahrnehmung kann demokratisches Vertrauen beschädigen.

Die politische Zuschreibung folgt nicht immer der institutionellen Realität

Bürger analysieren politische Zuständigkeitsordnungen verständlicherweise nicht bei jeder politischen Bewertung im Detail.

Sie orientieren sich an sichtbaren politischen Akteuren.

Dadurch entsteht eine Differenz zwischen **formaler Zuständigkeit, tatsächlichem Einfluss und wahrgenommener Verantwortung**.

Eine Bundesregierung kann beispielsweise für Entwicklungen verantwortlich gemacht werden, deren Ursachen teilweise international oder europäisch sind. Eine Kommune kann für Probleme kritisiert werden, deren rechtliche Grundlagen auf Bundes- oder Landesebene festgelegt wurden. Umgekehrt können Regierungen versuchen, eigene Gestaltungsmöglichkeiten kleiner darzustellen, als sie tatsächlich sind.

Verantwortungszuschreibung ist deshalb nicht nur institutionell, sondern auch kommunikativ geprägt.

Politische Akteure konkurrieren darüber, wem Erfolge und Misserfolge zugerechnet werden.

Damit entsteht neben dem politischen Entscheidungsprozess ein zweiter Prozess:

die politische Interpretation von Verantwortung.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Gerade in polarisierten Öffentlichkeiten kann dieser Interpretationskampf wichtiger werden als die tatsächliche institutionelle Zuständigkeitsstruktur.

Verantwortungszuschreibung als Voraussetzung demokratischer Wahl

Dieses Problem berührt einen Kern repräsentativer Demokratie.

Wahlen sollen Bürgern nicht nur ermöglichen, politische Präferenzen auszudrücken. Sie sollen auch politische Verantwortung herstellen.

Regierungen können bestätigt oder abgewählt werden.

Damit dieser Mechanismus funktioniert, müssen Bürger zumindest grundsätzlich beurteilen können, welche politischen Akteure für welche Entscheidungen verantwortlich waren.

Wenn Verantwortung dauerhaft unklar bleibt, wird diese demokratische Rückkopplung geschwächt.

Die Kette

Wahl → politische Entscheidung → gesellschaftliche Wirkung → Bewertung → nächste Wahl

setzt voraus, dass zwischen Entscheidung und verantwortlichem Akteur eine erkennbare Verbindung besteht.

Institutionelle Komplexität kann diese Verbindung verlängern.

Sie darf sie jedoch nicht vollständig auflösen.

Demokratische Verantwortlichkeit bedeutet deshalb nicht, dass jede gesellschaftliche Entwicklung eindeutig einer einzelnen Regierung zugerechnet werden kann.

Sie bedeutet, dass politische Einflussmöglichkeiten und Entscheidungen ausreichend transparent bleiben, damit Bürger begründete politische Bewertungen vornehmen können.

Koalitionen und die Verteilung politischer Verantwortung

Mehrparteienkoalitionen verstärken diese Herausforderung.

Regierungspolitik entsteht aus dem Zusammenwirken unterschiedlicher Parteien.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Ein politisches Ergebnis entspricht deshalb häufig nicht vollständig dem ursprünglichen Programm einer einzelnen Regierungspartei.

Dies ist demokratisch normal.

Problematisch wird es, wenn Koalitionspartner Verantwortung nur selektiv übernehmen.

Erfolge werden als eigene politische Leistung dargestellt, während unpopuläre Kompromisse den jeweils anderen Parteien zugeschrieben werden.

Dadurch kann eine Regierung gleichzeitig gemeinsam entscheiden und kommunikativ auseinanderfallen.

Für Bürger wird dann kaum noch nachvollziehbar, welche Partei welchen Anteil an einer Entscheidung hatte.

Koalitionen benötigen deshalb neben gemeinsamer Entscheidungsfähigkeit eine **gemeinsame Verantwortungsfähigkeit**.

Parteien dürfen ihre Unterschiede sichtbar machen.

Wer jedoch einer Regierungsentscheidung zustimmt, muss erklären können, warum das Gesamtergebnis trotz eigener Zugeständnisse politisch vertretbar war.

Föderalismus und die vertikale Verantwortungskette

Im föderalen Staat kommt eine weitere Dimension hinzu.

Bund, Länder und Kommunen besitzen unterschiedliche Kompetenzen, sind jedoch in zahlreichen Politikfeldern voneinander abhängig.

Gerade hier entsteht häufig eine Trennung zwischen Entscheidung, Finanzierung und Umsetzung.

Eine Ebene kann gesetzliche Anforderungen festlegen, während eine andere die praktische Umsetzung organisieren muss. Finanzierung kann wiederum zwischen mehreren Ebenen geteilt sein.

Solche Strukturen können sachlich sinnvoll sein.

Demokratisch problematisch werden sie, wenn Verantwortung nicht mehr erkennbar ist.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Eine leistungsfähige föderale Ordnung benötigt deshalb nicht zwingend vollständig getrennte Zuständigkeiten.

Sie benötigt **nachvollziehbare Verantwortungsketten**.

Für Bürger sollte möglichst verständlich sein:

Wer hat das politische Ziel festgelegt?

Wer hat über die konkrete Maßnahme entschieden?

Wer finanziert sie?

Wer setzt sie um?

Wer kann korrigierend eingreifen, wenn sie nicht funktioniert?

Je klarer diese Fragen beantwortet werden können, desto eher lässt sich institutionelle Komplexität mit demokratischer Verantwortlichkeit verbinden.

Europäische Integration und die Verlängerung politischer Entscheidungsketten

Die europäische Mehrebenenpolitik verlängert diese Verantwortungsketten zusätzlich.

Nationale Regierungen wirken an europäischen Entscheidungen mit. Das Europäische Parlament ist beteiligt, die Europäische Kommission erfüllt zentrale Funktionen, europäisches Recht wird anschließend durch nationale und teilweise regionale oder kommunale Institutionen umgesetzt.

Dadurch können mehrere demokratisch legitimierte Ebenen an derselben Politik beteiligt sein.

Dies erweitert politische Handlungsfähigkeit.

Gleichzeitig entsteht ein besonders großes Potenzial strategischer Verantwortungsverschiebung.

Unpopuläre Entscheidungen können als europäische Vorgabe dargestellt werden, obwohl nationale Regierungen ihrer Entstehung zugestimmt haben.

Umgekehrt können europäische Institutionen auf nationale Umsetzungsdefizite verweisen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Damit entsteht eine politische Verantwortungskette, die für Bürger nur schwer zu rekonstruieren ist.

Gerade deshalb ist europäische Demokratie auf eine ehrlichere Kommunikation der nationalen Regierungen angewiesen.

Wer in europäischen Institutionen einem Kompromiss zustimmt, sollte diesen anschließend nicht so darstellen, als sei er ausschließlich von außen auferlegt worden.

Verwaltung, Politik und die Verantwortung für Umsetzung

Politische Verantwortlichkeit endet nicht mit dem Beschluss eines Gesetzes.

Entscheidend ist, ob politische Maßnahmen tatsächlich umgesetzt werden können.

Damit tritt die Verwaltung in den Mittelpunkt.

Politische Akteure können ambitionierte Programme beschließen, deren praktische Umsetzung jedoch an fehlendem Personal, komplexen Verfahren, unzureichender Digitalisierung oder widersprüchlichen gesetzlichen Vorgaben scheitert.

Für Bürger bleibt häufig unklar, ob ein Problem aus einer politischen Fehlentscheidung oder aus administrativen Umsetzungsproblemen entstanden ist.

Auch hier darf Verantwortung nicht einfach verschoben werden.

Politik trägt Verantwortung dafür, Gesetze so zu gestalten, dass sie administrativ umsetzbar sind.

Verwaltung trägt Verantwortung für rechtsstaatliche und effiziente Umsetzung innerhalb der vorhandenen Möglichkeiten.

Eine lernfähige politische Ordnung muss deshalb zwischen **politischem Ziel, gesetzlichem Instrument und administrativer Umsetzung** unterscheiden können.

Nur dann lässt sich erkennen, an welcher Stelle einer politischen Wirkungskette Korrekturen erforderlich sind.

Unabhängige Institutionen und die Grenze unmittelbarer Mehrheitsverantwortung

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Nicht jede staatliche Entscheidung soll unmittelbar einer politischen Mehrheit untergeordnet sein.

Gerichte, Zentralbanken, Rechnungshöfe, Datenschutzaufsicht oder andere unabhängige Institutionen besitzen gerade deshalb besondere Funktionen, weil bestimmte Entscheidungen nicht vollständig von kurzfristigen parteipolitischen Interessen abhängig sein sollen.

Diese Unabhängigkeit kann jedoch gesellschaftlich schwer verständlich werden.

Wenn unabhängige Institutionen politische Entscheidungen begrenzen oder korrigieren, kann der Eindruck entstehen, demokratisch gewählte Regierungen würden von nicht gewählten Akteuren daran gehindert, ihren politischen Auftrag umzusetzen.

Hier zeigt sich erneut, dass demokratische Legitimation mehr umfasst als unmittelbare Mehrheitsentscheidung.

Demokratie besteht zugleich aus Mehrheitsprinzip, Rechtsstaatlichkeit und institutioneller Machtbegrenzung.

Unabhängige Institutionen müssen deshalb ihre Rolle besonders nachvollziehbar begründen.

Ihre Legitimität beruht nicht auf parteipolitischem Mandat, sondern auf **rechtlich begrenzten Zuständigkeiten, institutioneller Unabhängigkeit und nachvollziehbaren Verfahren.**

Mediale Vereinfachung komplexer Verantwortung

Die öffentliche Vermittlung institutioneller Komplexität steht zusätzlich unter den Bedingungen beschleunigter Medienkommunikation.

Komplexe Verantwortungsstrukturen lassen sich schwer in kurze politische Botschaften übersetzen.

Öffentliche Kommunikation neigt deshalb zur Personalisierung.

Regierungschefs, Minister oder Parteivorsitzende werden zu Symbolfiguren politischer Entwicklungen, obwohl Entscheidungen tatsächlich durch komplexe institutionelle Prozesse entstanden sind.

Personalisierung erleichtert politische Orientierung.

Sie kann jedoch Verantwortung verzerren.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Umgekehrt darf institutionelle Komplexität nicht als Ausrede dienen, politische Verantwortung grundsätzlich abzulehnen.

Die demokratische Herausforderung liegt deshalb zwischen zwei falschen Vereinfachungen:

Nicht alles ist die Entscheidung einer einzelnen politischen Führungsperson – aber komplexe Institutionen bedeuten auch nicht, dass niemand Verantwortung trägt.

Demokratische Öffentlichkeit benötigt die Fähigkeit, zwischen diesen beiden Extremen zu unterscheiden.

Populistische Vereinfachung und die Suche nach eindeutiger Verantwortlichkeit

Gerade die Schwierigkeit institutioneller Verantwortungszuschreibung schafft einen Resonanzraum für populistische Politik.

Populistische Narrative reduzieren komplexe Entscheidungsstrukturen häufig auf wenige eindeutig benannte Akteure: Regierung, Elite, Bürokratie, Medien oder europäische Institutionen.

Diese Vereinfachung besitzt kommunikative Stärke.

Sie beantwortet eine reale gesellschaftliche Frage – wer trägt Verantwortung? – mit einer möglichst eindeutigen Zuschreibung.

Das Problem liegt darin, dass moderne politische Wirklichkeit häufig nicht so eindeutig strukturiert ist.

Demokratische Politik darf darauf jedoch nicht ausschließlich mit dem Hinweis reagieren, alles sei komplex.

Denn die gesellschaftliche Nachfrage nach verständlicher Verantwortlichkeit ist legitim.

Die demokratische Antwort auf populistische Vereinfachung kann deshalb nicht institutionelle Unverständlichkeit sein.

Sie muss **verständliche Komplexität** herstellen.

Von institutioneller Transparenz zu politischer Verantwortungsarchitektur

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die zentrale Aufgabe besteht damit nicht darin, alle politischen Entscheidungsprozesse zu vereinfachen.

Viele Probleme benötigen mehrere Institutionen und Ebenen.

Entscheidend ist vielmehr, ihre jeweiligen Rollen deutlicher zu strukturieren.

Eine demokratische Verantwortungsarchitektur müsste Entscheidungsketten möglichst transparent machen:

Problemdefinition → politische Zielentscheidung → gesetzliche Regelung → Finanzierung → administrative Umsetzung → gesellschaftliche Wirkung → Evaluation → politische Korrektur.

An jeder Stelle sollte erkennbar sein, welche Institution hauptsächlich verantwortlich ist und welche weiteren Akteure beteiligt sind.

Eine solche Ordnung würde Komplexität nicht beseitigen.

Sie würde sie strukturieren.

Gerade Digitalisierung könnte hierfür neue Möglichkeiten schaffen. Politische Verfahren, Zuständigkeiten, Finanzierungswege und Umsetzungsstände könnten transparenter dargestellt werden.

Doch Transparenz allein genügt nicht.

Information muss so aufbereitet werden, dass sie gesellschaftlich verständlich bleibt.

Demokratische Transparenz bedeutet deshalb nicht maximale Informationsmenge, sondern **nachvollziehbare politische Orientierung.**

Verantwortung benötigt auch die Möglichkeit zur Korrektur

Verantwortungszuschreibung besitzt schließlich nur dann demokratischen Wert, wenn aus ihr politische Konsequenzen entstehen können.

Es reicht nicht zu wissen, wer eine Entscheidung getroffen hat.

Demokratische Systeme müssen Fehler erkennen und korrigieren können.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Damit verbindet sich Verantwortlichkeit mit institutioneller Lernfähigkeit.

Ein funktionierender Rückkopplungsprozess lautet:

Entscheidung → Umsetzung → Wirkung → öffentliche und institutionelle Bewertung → Verantwortungsübernahme → Korrektur.

Wenn politische Akteure Fehler grundsätzlich abstreiten oder Verantwortung ausschließlich weiterreichen, wird dieser Lernprozess unterbrochen.

Gleichzeitig darf demokratische Fehlerkultur nicht dazu führen, dass jede unerwartete Entwicklung sofort als persönliches Versagen interpretiert wird.

Komplexe politische Entscheidungen werden immer mit Unsicherheit verbunden bleiben.

Verantwortung bedeutet deshalb nicht Fehlerlosigkeit.

Sie bedeutet, Entscheidungen zu begründen, ihre Wirkungen zu beobachten und bei erkennbaren Fehlentwicklungen Korrekturen vorzunehmen.

Institutionelle Komplexität verständlich machen

Moderne Demokratien stehen damit vor einer Aufgabe, die sich nicht durch eine einzige institutionelle Reform lösen lässt.

Gesellschaften werden komplex bleiben.

Politische Herausforderungen werden mehrere Ressorts, Ebenen und Institutionen gleichzeitig betreffen.

Europäische Integration wird zusätzliche Entscheidungsstrukturen erfordern.

Die demokratische Antwort kann deshalb nicht in einer Rückkehr zu einer vermeintlich einfachen politischen Ordnung bestehen.

Sie muss darin liegen, komplexe Staatlichkeit demokratisch verständlich zu organisieren.

Dafür müssen drei Dinge gleichzeitig gelingen:

Zuständigkeiten müssen hinreichend klar sein, Zusammenarbeit muss funktionieren und Verantwortung muss sichtbar bleiben.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Fehlt klare Zuständigkeit, entsteht institutionelle Unordnung.

Fehlt Zusammenarbeit, entstehen Blockaden.

Fehlt sichtbare Verantwortung, entsteht demokratische Distanz.

Die entscheidende Herausforderung moderner Demokratie besteht nicht darin, institutionelle Komplexität vollständig zu beseitigen. Sie besteht darin, Komplexität so zu organisieren, dass politische Macht weiterhin begrenzt, gemeinsame Problemlösung ermöglicht und Verantwortung dennoch erkennbar bleibt. Demokratische Steuerungsfähigkeit verlangt deshalb nicht nur funktionierende Institutionen, sondern nachvollziehbare Verantwortungsketten zwischen ihnen.

Damit wird politische Verantwortungszuschreibung zu einem zentralen Bindeglied zwischen institutioneller Leistungsfähigkeit und demokratischer Legitimität. Bürger müssen nicht jede Einzelheit komplexer Entscheidungsverfahren kennen. Sie müssen jedoch grundsätzlich erkennen können, welche Institution welche Handlungsmöglichkeiten besitzt, wer eine Entscheidung unterstützt oder verhindert hat und an welcher Stelle politische Korrektur möglich ist.

Gerade unter Bedingungen gesellschaftlicher Unsicherheit gewinnt diese Orientierung an Bedeutung. Wo institutionelle Strukturen undurchsichtig erscheinen, können tatsächliche Steuerungsprobleme und wahrgenommene politische Machtlosigkeit ineinander übergehen. Der Staat erscheint dann gleichzeitig mächtig und nicht verantwortlich: mächtig, weil er tief in gesellschaftliche Prozesse eingreift, und machtlos, weil bei Problemen keine Institution eindeutige Verantwortung übernimmt.

Die Weiterentwicklung demokratischer Steuerungsfähigkeit verlangt deshalb eine Verbindung von **institutioneller Differenzierung, koordinierter Problemlösung und politischer Zurechenbarkeit**. Nicht jede Entscheidung benötigt einen einzigen Verantwortlichen. Aber jede politische Entscheidung benötigt eine nachvollziehbare Verantwortungsstruktur.

Damit verschiebt sich die Reformperspektive entscheidend. **Die Frage lautet nicht mehr nur, welche Institution welche Kompetenz besitzt. Sie lautet ebenso, ob Bürger erkennen können, wie aus diesen Kompetenzen politische Entscheidungen entstehen, wer für ihre Umsetzung einsteht und wie Fehlentwicklungen korrigiert werden können.** Erst wenn diese Verbindung gelingt, kann institutionelle Komplexität ihre demokratische Stärke entfalten, ohne zugleich zu einer Quelle politischer Entfremdung zu werden.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Kapitel 113 – Legitimität politischer Entscheidungen

Politische Entscheidungen müssen in Demokratien mehr leisten, als rechtlich wirksam zu sein. Sie müssen innerhalb verfassungsmäßiger Verfahren zustande kommen, gesellschaftliche Interessen berücksichtigen, nachvollziehbar begründet werden und grundsätzlich korrigierbar bleiben. Gerade unter Bedingungen gesellschaftlicher Fragmentierung, komplexer Koalitionen, föderaler Zuständigkeitsverteilung und europäischer Mehrebenenpolitik wird deshalb die Legitimität politischer Entscheidungen zu einer zentralen Voraussetzung demokratischer Steuerungsfähigkeit.

Dabei darf Legitimität nicht mit Zustimmung verwechselt werden. Demokratische Politik muss Entscheidungen treffen, obwohl Interessen miteinander kollidieren und gesellschaftlicher Konsens häufig nicht erreichbar ist. Eine Steuerreform kann bestimmte Gruppen stärker belasten, eine Infrastrukturentscheidung regionale Konflikte erzeugen, migrationspolitische Maßnahmen können gegensätzliche Erwartungen hervorrufen und energiepolitische Veränderungen unterschiedliche wirtschaftliche Folgen besitzen. Dass Menschen solche Entscheidungen ablehnen, bedeutet noch nicht, dass sie deren demokratische Legitimität bestreiten.

Entscheidend ist vielmehr, ob politische Niederlagen innerhalb eines grundsätzlich anerkannten Verfahrens akzeptiert werden können. Eine stabile Demokratie benötigt deshalb nicht die dauerhafte Zustimmung aller Bürger zu allen Entscheidungen. Sie benötigt die Bereitschaft, auch unerwünschte Entscheidungen als vorläufig verbindlich anzuerkennen, solange sie rechtmäßig zustande gekommen sind, politische Opposition möglich bleibt und zukünftige demokratische Mehrheiten Veränderungen herbeiführen können.

Unter den Bedingungen gesellschaftlicher Transformation wird diese Bereitschaft anspruchsvoller. Politische Entscheidungen greifen tief in Lebensweisen, wirtschaftliche Strukturen und gesellschaftliche Verteilungsverhältnisse ein. Gleichzeitig erschweren komplexe institutionelle Entscheidungswege die Verantwortungszuschreibung. Legitimität entsteht deshalb zunehmend aus dem Zusammenspiel von demokratischem Verfahren, politischer Begründung, staatlicher Leistungsfähigkeit und gesellschaftlicher Fairnesswahrnehmung.

Demokratische Legitimität bedeutet nicht, dass alle Bürger eine politische Entscheidung für richtig halten. Sie bedeutet, dass politische Entscheidungen trotz fortbestehender Ablehnung als Ergebnis rechtmäßiger, offener und grundsätzlich korrigierbarer Verfahren anerkannt werden können. Die Stabilität einer Demokratie zeigt sich deshalb besonders darin, wie sie mit politischem Dissens umgeht.

Legitimität zwischen Verfahren, Inhalt und politischer Wirkung

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die Legitimität politischer Entscheidungen besitzt mehrere miteinander verbundene Dimensionen. Keine einzelne davon reicht dauerhaft aus.

Die erste Grundlage bildet das demokratische Verfahren. Entscheidungen müssen durch legitimierte Institutionen getroffen werden, Zuständigkeiten respektieren und rechtsstaatlichen Anforderungen entsprechen. Parlamente, Regierungen, Verwaltungen und Gerichte handeln innerhalb einer institutionellen Ordnung, deren Regeln nicht für jede einzelne Entscheidung neu ausgehandelt werden.

Diese Verfahrenslegitimität ist unverzichtbar. Sie verhindert, dass politische Entscheidungen ausschließlich danach beurteilt werden, ob ihr Ergebnis einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe gefällt.

Gleichzeitig kann eine ausschließlich formale Legitimation langfristig nicht genügen. Eine Regierung könnte argumentieren, jede parlamentarisch beschlossene Maßnahme sei bereits deshalb gesellschaftlich ausreichend legitimiert. In einer pluralistischen Demokratie wäre dies zu kurz gegriffen.

Bürger beurteilen auch, ob ihre Interessen überhaupt wahrgenommen wurden, ob unterschiedliche Positionen berücksichtigt wurden und ob politische Entscheidungen nachvollziehbar begründet sind. Damit tritt zur formalen Legitimation die Qualität des politischen Entscheidungsprozesses.

Schließlich besitzt Legitimität eine Wirkungsebene. Demokratische Institutionen werden auch daran gemessen, ob ihre Entscheidungen tatsächlich umsetzbar sind und erkennbare Probleme bearbeiten.

Legitimität entsteht damit aus einer Verbindung von **rechtmäßigem Verfahren, fairer Interessenverarbeitung, nachvollziehbarer Begründung und wahrnehmbarer Problemlösungsfähigkeit**.

Mehrheitsentscheidung und die Grenzen demokratischer Mehrheit

Das Mehrheitsprinzip gehört zu den zentralen Entscheidungsregeln demokratischer Systeme. Wo unterschiedliche politische Auffassungen bestehen und kein Konsens erreicht werden kann, müssen Mehrheiten entscheiden können.

Doch Demokratie ist mehr als Mehrheitsherrschaft.

Eine parlamentarische Mehrheit darf nicht sämtliche institutionellen Grenzen beseitigen, nur weil sie über ausreichend Stimmen verfügt. Grundrechte, politische Gleichheit, unabhängige

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Rechtsprechung und die Möglichkeit zukünftiger demokratischer Konkurrenz begrenzen auch demokratisch gewählte Mehrheiten.

Gerade hierin unterscheidet sich liberale Demokratie von einer rein plebiszitären Vorstellung politischer Herrschaft.

Die Mehrheit erhält das Recht, politische Entscheidungen zu treffen.

Sie erhält nicht das Recht, die politische Existenz der Minderheit dauerhaft zu entwerten.

Diese Begrenzung besitzt für politische Legitimität erhebliche Bedeutung. Bürger können eine politische Niederlage eher akzeptieren, wenn sie darauf vertrauen können, dass ihre Rechte erhalten bleiben und zukünftige Mehrheiten veränderbar sind.

Demokratische Legitimität beruht deshalb auf einem grundlegenden Versprechen:

Heute kann die andere Seite entscheiden – morgen kann die Mehrheit wechseln.

Wo dieses Versprechen unglaublich wird, verändert sich die Bedeutung politischer Niederlagen grundlegend.

Repräsentation, Beteiligung und die Erfahrung politischer Berücksichtigung

Politische Entscheidungen gewinnen zusätzliche Legitimität, wenn gesellschaftliche Interessen innerhalb des Entscheidungsprozesses sichtbar werden.

Dies bedeutet nicht, dass jede Forderung erfüllt werden muss.

Entscheidend ist die Erfahrung, dass Interessen überhaupt wahrgenommen und ernsthaft abgewogen wurden.

Hier schließt sich die Verbindung zur institutionellen Responsivität. Parlamente und Regierungen müssen gesellschaftliche Veränderungen erkennen, unterschiedliche Interessen aufnehmen und in politische Entscheidungen übersetzen.

Gerade bei weitreichenden Transformationsentscheidungen gewinnt diese Funktion an Bedeutung.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Wenn bestimmte gesellschaftliche Gruppen den Eindruck gewinnen, politische Veränderungen würden dauerhaft über ihre Lebensrealität hinweg entschieden, kann formale Verfahrenslegitimität gesellschaftlich an Wirkung verlieren.

Beteiligungsverfahren, Anhörungen, Verbände, Bürgerinitiativen und öffentliche Diskussionen können deshalb wichtige Ergänzungen repräsentativer Demokratie sein. Sie liefern Informationen, machen Betroffenheiten sichtbar und können Entscheidungsqualität verbessern.

Sie ersetzen jedoch nicht die Verantwortung gewählter Institutionen.

Beteiligung kann Legitimität unterstützen. Sie darf nicht dazu führen, dass besonders organisierte oder kommunikativ sichtbare Gruppen faktisch größere Entscheidungsmacht erhalten als weniger organisierte Teile der Bevölkerung.

Die demokratische Aufgabe besteht deshalb darin, **Beteiligung und Repräsentation miteinander zu verbinden**, ohne die politische Verantwortlichkeit aufzulösen.

Fairness wird besonders bei Belastungen entscheidend

Die Legitimität politischer Entscheidungen wird besonders dort geprüft, wo Politik gesellschaftliche Belastungen verteilt.

Transformation erzeugt Gewinner, Verlierer und unterschiedliche Anpassungskosten. Energiepolitik kann Haushalte und Unternehmen unterschiedlich belasten. Demografischer Wandel erzeugt Verteilungskonflikte zwischen Generationen. Strukturpolitik beeinflusst Regionen unterschiedlich. Migration kann gesellschaftlichen Nutzen erzeugen und gleichzeitig lokale Infrastruktur belasten. Haushaltsentscheidungen zwingen zur Priorisierung konkurrierender Aufgaben.

In solchen Situationen beurteilen Menschen nicht ausschließlich das politische Ziel.

Sie beurteilen die Verteilung von Kosten und Chancen.

Damit gewinnt wahrgenommene Fairness erhebliche Bedeutung.

Politische Entscheidungen müssen nicht alle Menschen gleich behandeln. Unterschiedliche Lebenssituationen können unterschiedliche politische Maßnahmen rechtfertigen. Entscheidend ist, ob Unterschiede nachvollziehbar begründet werden können.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Besonders problematisch wird es, wenn Menschen den Eindruck gewinnen, bestimmte gesellschaftliche Gruppen könnten Belastungen systematisch vermeiden, während andere dauerhaft Anpassungskosten tragen.

Dann kann aus einem politischen Sachkonflikt ein grundlegender Gerechtigkeitskonflikt entstehen.

Transformationspolitik benötigt deshalb nicht nur eine Vorstellung davon, **was verändert werden soll**, sondern ebenso davon, **wie Veränderung gesellschaftlich tragfähig organisiert werden kann**.

Begründung als Bestandteil demokratischer Legitimation

In komplexen Demokratien wird politische Begründung selbst zu einer institutionellen Leistung.

Eine Regierung kann nicht erwarten, dass gesellschaftliche Zustimmung allein aus ihrer demokratischen Wahl hervorgeht.

Je stärker Entscheidungen in den Alltag der Menschen eingreifen, desto größer wird der Bedarf an nachvollziehbarer Erklärung.

Dabei reicht politische Kommunikation nicht aus, die lediglich die Vorteile einer eigenen Entscheidung hervorhebt.

Eine glaubwürdige Begründung muss auch Zielkonflikte sichtbar machen.

Warum wurde diese Entscheidung getroffen?

Welche Alternativen bestanden?

Welche Interessen wurden berücksichtigt?

Welche Nachteile wurden bewusst in Kauf genommen?

Welche Unsicherheiten bestehen?

Unter welchen Bedingungen wäre eine Korrektur notwendig?

Eine solche Kommunikation kann politische Ablehnung nicht beseitigen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Sie kann jedoch die Qualität demokratischer Auseinandersetzung erhöhen.

Bürger werden dann nicht lediglich als Empfänger politischer Entscheidungen behandelt, sondern als politische Öffentlichkeit, gegenüber der staatliches Handeln begründungspflichtig bleibt.

Gerade darin liegt ein wesentlicher Unterschied zwischen demokratischer Führung und technokratischer Steuerung.

Wissenschaftliche Expertise und politische Verantwortung

Mit wachsender Komplexität politischer Probleme nimmt die Bedeutung wissenschaftlicher und fachlicher Expertise zu.

Regierungen benötigen Wissen über epidemiologische Entwicklungen, Klimafolgen, Energieversorgung, wirtschaftliche Zusammenhänge, technologische Risiken oder demografische Veränderungen.

Expertise kann politische Entscheidungen verbessern.

Sie kann politische Verantwortung jedoch nicht ersetzen.

Wissenschaft kann erklären, welche Folgen bestimmte Maßnahmen wahrscheinlich besitzen. Sie kann Unsicherheiten benennen und unterschiedliche Szenarien entwickeln.

Sie kann nicht entscheiden, welche gesellschaftlichen Ziele politisch priorisiert werden sollen und welche Verteilung von Risiken oder Belastungen demokratisch akzeptabel ist.

Diese Entscheidungen bleiben politisch.

Eine problematische Verschiebung entsteht deshalb, wenn politische Akteure Entscheidungen als wissenschaftlich alternativlos darstellen, obwohl tatsächlich normative oder verteilungspolitische Abwägungen enthalten sind.

Ebenso problematisch wäre die umgekehrte Entwicklung, wissenschaftliche Erkenntnisse allein deshalb abzulehnen, weil sie politisch unbequem sind.

Demokratische Legitimität verlangt eine klare Rollenverteilung:

Wissenschaft informiert – Politik entscheidet – demokratische Institutionen verantworten.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Wirksamkeit und das Versprechen politischer Handlungsfähigkeit

Legitimität besitzt zugleich eine leistungsbezogene Dimension.

Bürger erwarten nicht nur rechtmäßige Verfahren, sondern auch Ergebnisse.

Ein politisches System, das über lange Zeit keine Lösungen für erkennbare Probleme entwickelt, kann trotz formal intakter Institutionen Vertrauen verlieren.

Dabei entsteht eine schwierige Erwartung.

Demokratische Institutionen sollen komplexe Probleme lösen, können jedoch weder wirtschaftliche Entwicklungen vollständig kontrollieren noch internationale Konflikte, technologische Veränderungen oder gesellschaftliche Dynamiken beliebig steuern.

Politische Kommunikation darf deshalb staatliche Steuerungsfähigkeit weder unterschätzen noch übertreiben.

Wer Erwartungen erzeugt, die politische Institutionen strukturell nicht erfüllen können, produziert spätere Enttäuschung.

Legitimität benötigt deshalb **realistische Handlungsversprechen**.

Staatliche Handlungsfähigkeit zeigt sich nicht darin, jedes gesellschaftliche Problem vollständig beseitigen zu können. Sie zeigt sich darin, Probleme zu erkennen, Prioritäten zu setzen, nachvollziehbare Maßnahmen zu entwickeln, diese umzusetzen und ihre Wirkungen zu überprüfen.

Fehler, Korrektur und demokratische Lernfähigkeit

Politische Entscheidungen entstehen unter Unsicherheit.

Gerade in Transformationsprozessen können nicht alle Folgen vorausgesehen werden. Maßnahmen können unerwartete Nebenwirkungen besitzen, gesellschaftliche Rahmenbedingungen können sich verändern und ursprüngliche Annahmen können sich als falsch erweisen.

Eine Demokratie verliert deshalb nicht automatisch Legitimität, wenn politische Entscheidungen korrigiert werden müssen.

Im Gegenteil kann Korrekturfähigkeit eine ihrer wichtigsten Stärken darstellen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Problematisch wird es, wenn politische Akteure aus Angst vor Glaubwürdigkeitsverlust an erkennbar problematischen Entscheidungen festhalten.

Dann wird politische Konsequenz mit institutioneller Lernunfähigkeit verwechselt.

Eine demokratische Fehlerkultur benötigt einen anderen Zusammenhang:

Entscheidung → Umsetzung → Beobachtung → Bewertung → Korrektur.

Politische Legitimität entsteht dann nicht aus dem Anspruch auf Unfehlbarkeit, sondern aus der Bereitschaft zur Verantwortung.

Eine Regierung muss erklären können, warum sie eine Entscheidung getroffen hat und warum sie diese gegebenenfalls verändert.

Korrektur ist unter diesen Bedingungen kein Zeichen politischer Schwäche.

Sie kann Ausdruck funktionierender demokratischer Rückkopplung sein.

Vertrauen ohne Zustimmung

Damit wird deutlich, dass politisches Vertrauen und politische Zustimmung unterschiedliche Größen sind.

Menschen können einer Regierung widersprechen und dennoch darauf vertrauen, dass demokratische Verfahren funktionieren.

Sie können ein Gesetz ablehnen und trotzdem Gerichte, Parlamente und Wahlen als legitim anerkennen.

Gerade diese Trennung ist für pluralistische Gesellschaften entscheidend.

Eine Demokratie, deren Legitimität davon abhängt, dass Bürger mit jeder einzelnen Entscheidung zufrieden sind, wäre strukturell instabil.

Politisches Vertrauen muss deshalb stärker auf die **Fairness und Offenheit des Systems** als auf dauerhafte Zustimmung zu konkreten Ergebnissen bezogen sein.

Dies bedeutet zugleich, dass politische Institutionen Niederlagen gesellschaftlich erträglich machen müssen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Minderheiten müssen darauf vertrauen können, weiterhin gehört zu werden.

Opposition muss reale politische Handlungsmöglichkeiten besitzen.

Regierungswechsel müssen möglich bleiben.

Gerichte müssen unabhängig bleiben.

Nur dann kann politische Ablehnung innerhalb des demokratischen Systems verbleiben.

Legitimität unter Bedingungen von Polarisierung und Misstrauen

Besonders anspruchsvoll wird politische Legitimation, wenn gesellschaftliches Vertrauen bereits geschwächt ist.

Dann werden Entscheidungen nicht mehr ausschließlich anhand ihres Inhalts bewertet.

Bereits das Verfahren selbst kann unter Verdacht geraten.

Politische Gegner unterstellen einander illegitime Motive, unabhängige Institutionen werden als parteiisch interpretiert und Medienberichte ausschließlich nach politischer Zugehörigkeit bewertet.

Damit kann eine selbstverstärkende Entwicklung entstehen:

Misstrauen → negative Interpretation politischer Entscheidungen → geringere Akzeptanz institutioneller Verfahren → stärkere Polarisierung → weiteres Misstrauen.

Eine solche Dynamik lässt sich nicht allein durch bessere Kommunikation überwinden.

Sie verlangt verlässliche institutionelle Praxis.

Transparente Verfahren, nachvollziehbare Entscheidungen, konsequente Rechtsanwendung und sichtbare Korrekturfähigkeit müssen über längere Zeit Erfahrungen erzeugen, die Vertrauen stabilisieren können.

Legitimität kann kommunikativ unterstützt werden.

Sie muss jedoch institutionell verdient werden.

Mehrebenenpolitik und die Herausforderung sichtbarer Legitimation

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Föderalismus und europäische Integration erschweren die Legitimitätsbildung zusätzlich, weil politische Entscheidungen häufig aus mehreren Legitimationsketten hervorgehen.

Eine europäische Regel kann durch europäische Institutionen und nationale Regierungen gemeinsam beschlossen, anschließend national rechtlich konkretisiert und kommunal umgesetzt werden.

Für Bürger wird dadurch schwerer erkennbar, an welcher Stelle politische Einflussnahme möglich war.

Damit verbindet sich Legitimität unmittelbar mit Verantwortungszuschreibung.

Je komplexer die Entscheidungskette, desto wichtiger wird ihre Transparenz.

Eine demokratische Mehrebenenordnung muss deshalb nicht nur erklären, **was** entschieden wurde.

Sie muss erklären, **wo**, **durch wen** und **mit welcher Beteiligung** die Entscheidung zustande gekommen ist.

Nur dann kann politische Verantwortung auch unter Bedingungen geteilter Zuständigkeit demokratisch bewertet werden.

Die Offenheit zukünftiger Entscheidung als Kern demokratischer Legitimität

Die tiefste Grundlage demokratischer Legitimität liegt schließlich in der Offenheit politischer Zukunft.

Demokratische Entscheidungen sind verbindlich, aber grundsätzlich nicht endgültig.

Gesetze können verändert, Regierungen abgewählt und politische Prioritäten neu gesetzt werden.

Gerade diese Korrigierbarkeit ermöglicht es Bürgern, Entscheidungen zu akzeptieren, denen sie aktuell widersprechen.

Sie wissen, dass politische Niederlage nicht dauerhaften Ausschluss bedeutet.

Damit entsteht ein grundlegender Unterschied zwischen demokratischer und autoritärer Politik.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Autoritäre Systeme versuchen politische Entscheidungen häufig zu verstetigen, indem sie politische Konkurrenz begrenzen.

Demokratische Systeme legitimieren Entscheidungen gerade dadurch, dass zukünftige Veränderung möglich bleibt.

Die wichtigste Grenze demokratischer Mehrheitsmacht liegt deshalb dort, wo eine gegenwärtige Mehrheit versucht, die Möglichkeit zukünftiger anderer Mehrheiten strukturell einzuschränken.

Die Legitimität demokratischer Entscheidungen beruht nicht auf ihrer Unfehlbarkeit und nicht auf vollständiger gesellschaftlicher Zustimmung. Sie entsteht aus rechtmäßigen Verfahren, fairer Interessenabwägung, nachvollziehbarer Begründung, verantwortlicher Umsetzung und der dauerhaften Möglichkeit demokratischer Korrektur.

Damit verbindet die Legitimitätsfrage nahezu alle bisherigen institutionellen Ebenen der Untersuchung. Parteien müssen gesellschaftliche Interessen aufnehmen, Parlamente unterschiedliche Positionen verarbeiten, Koalitionen Kompromisse bilden, Regierungen Entscheidungen treffen, Verwaltungen sie umsetzen, Gerichte ihre rechtlichen Grenzen sichern und föderale sowie europäische Institutionen geteilte Verantwortung organisieren. Die demokratische Qualität entsteht nicht an einer einzigen Stelle dieses Prozesses, sondern aus dem Zusammenspiel der gesamten Entscheidungskette.

Unter Bedingungen gesellschaftlicher Transformation wird deshalb eine rein formale Vorstellung politischer Legitimation zunehmend unzureichend. Demokratische Wahl bleibt die unverzichtbare Grundlage politischer Herrschaft. Sie erteilt jedoch keinen Blankoscheck für die gesamte Legislaturperiode. Legitimität muss durch institutionelle Responsivität, nachvollziehbare Abwägung, funktionierende Umsetzung und politische Verantwortungsübernahme fortlaufend stabilisiert werden.

Gerade darin liegt eine zentrale Verbindung zwischen demokratischer Legitimität und Steuerungsfähigkeit. **Ein politisches System muss entscheiden können, ohne jede Entscheidung von vollständigem gesellschaftlichem Konsens abhängig zu machen. Es muss zugleich erklären, begrenzen und korrigieren können, damit Entscheidungsfähigkeit nicht in gesellschaftliche Entfremdung umschlägt.**

Die demokratische Herausforderung besteht damit weder in permanenter Zustimmung noch in möglichst konfliktfreier Politik. Sie besteht darin, **verbindliche Entscheidungen unter Bedingungen dauerhaften gesellschaftlichen Dissenses zu ermöglichen und gleichzeitig das Vertrauen aufrechtzuerhalten, dass politische Macht begrenzt, Verantwortung zurechenbar und politische Zukunft offen bleibt.**

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Kapitel 114 – Repräsentationsdefizite und institutionelle Anpassung

Demokratische Repräsentation beruht auf einem grundlegenden Versprechen: Gesellschaftliche Interessen, Erfahrungen und Konflikte sollen innerhalb politischer Institutionen wahrgenommen, gebündelt und in verbindliche Entscheidungen übersetzt werden können. Dieses Versprechen bedeutet nicht, dass jede gesellschaftliche Forderung erfüllt werden muss. Es bedeutet jedoch, dass Bürger grundsätzlich darauf vertrauen können, mit ihren Interessen innerhalb der demokratischen Ordnung politisch sichtbar zu werden und Einfluss auf zukünftige Entscheidungen nehmen zu können.

Unter Bedingungen tiefgreifender gesellschaftlicher Transformation wird diese Verbindung schwieriger. Traditionelle soziale Milieus verlieren an Geschlossenheit, Erwerbsbiografien werden vielfältiger, Migration verändert gesellschaftliche Zusammensetzung, regionale Entwicklungen driften auseinander und politische Konflikte lassen sich immer weniger entlang einer einzigen Links-Rechts-Achse ordnen. Gleichzeitig entstehen durch digitale Kommunikation neue Formen politischer Mobilisierung, während traditionelle Vermittlungsorganisationen wie Volksparteien, Verbände und teilweise auch lokale Medien an Bindungskraft verlieren.

Repräsentationsdefizite entstehen deshalb nicht zwangsläufig daraus, dass demokratische Institutionen keine Repräsentation mehr ermöglichen. Häufig entsteht vielmehr eine wachsende Differenz zwischen den gesellschaftlichen Strukturen, für die bestehende Vermittlungsmechanismen entwickelt wurden, und einer Gesellschaft, deren Interessen, Identitäten und Konfliktlagen sich verändert haben.

Institutionelle Anpassung wird damit zu einer demokratischen Daueraufgabe. Sie darf jedoch nicht mit permanenter institutioneller Neuerfindung verwechselt werden. Demokratische Institutionen benötigen Stabilität, gerade weil sie politische Macht begrenzen und verlässliche Verfahren garantieren sollen. Die entscheidende Herausforderung besteht deshalb darin, Repräsentation an gesellschaftlichen Wandel anzupassen, ohne jene institutionelle Stabilität zu beschädigen, auf der demokratische Legitimität beruht.

Repräsentationsdefizite entstehen nicht erst dann, wenn gesellschaftliche Gruppen vollständig von politischer Beteiligung ausgeschlossen sind. Sie können bereits dort entstehen, wo Bürger formal repräsentiert bleiben, ihre Erfahrungen und Konflikte innerhalb politischer Entscheidungsprozesse jedoch dauerhaft nicht ausreichend wiedererkennen. Demokratische Anpassungsfähigkeit entscheidet sich deshalb an der

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Fähigkeit, neue gesellschaftliche Wirklichkeiten institutionell aufzunehmen, ohne die Stabilität demokratischer Verfahren preiszugeben.

Von stabilen Milieus zu vielfältigen Repräsentationsansprüchen

Die repräsentativen Institutionen europäischer Demokratien entwickelten sich über lange Zeit in Gesellschaften, deren politische Konfliktlinien vergleichsweise stabil organisiert waren. Soziale Herkunft, Beruf, Religion, regionale Zugehörigkeit und Klassenlage beeinflussten politische Bindungen stark. Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Wirtschaftsverbände und andere Großorganisationen verbanden gesellschaftliche Gruppen mit dem politischen System.

Diese Strukturen ermöglichten nicht nur Mobilisierung. Sie reduzierten gesellschaftliche Komplexität.

Nicht jede individuelle Forderung musste unmittelbar an staatliche Institutionen gerichtet werden. Interessen wurden innerhalb gesellschaftlicher Organisationen gebündelt, priorisiert und teilweise bereits miteinander ausgeglichen, bevor sie den parlamentarischen Entscheidungsprozess erreichten.

Mit der Individualisierung moderner Gesellschaften verändert sich diese Struktur.

Menschen können wirtschaftspolitisch eine Position vertreten, gesellschaftspolitisch eine andere und bei Fragen von Migration, Klima oder europäischer Integration wiederum anderen politischen Orientierungen folgen. Politische Identitäten werden dadurch mehrdimensional.

Gleichzeitig haben traditionelle Zugehörigkeiten ihre frühere Bindungswirkung teilweise verloren.

Damit steigt die Zahl möglicher politischer Konfliktkombinationen.

Das Problem demokratischer Repräsentation liegt deshalb nicht ausschließlich darin, mehr gesellschaftliche Gruppen sichtbar zu machen. Es besteht zunehmend darin, eine Gesellschaft politisch zu repräsentieren, deren Interessen sich **nicht mehr dauerhaft zu wenigen stabilen politischen Großgruppen zusammenfassen lassen.**

Repräsentationsdefizite besitzen unterschiedliche Ursachen

Der Begriff des Repräsentationsdefizits darf deshalb nicht zu einer pauschalen Diagnose werden.

Nicht jede politische Unzufriedenheit beweist mangelnde Repräsentation.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Wer bei einer Wahl verliert oder dessen politische Forderung keine Mehrheit findet, ist dadurch nicht automatisch politisch ausgeschlossen.

Demokratische Repräsentation garantiert politische Beteiligung und Wettbewerb, nicht die Durchsetzung jeder Position.

Ein tatsächliches Repräsentationsproblem entsteht stärker dort, wo gesellschaftliche Erfahrungen über längere Zeit keinen angemessenen Zugang zu politischen Entscheidungsprozessen finden.

Dabei können unterschiedliche Defizite zusammenwirken.

Ein **soziales Repräsentationsdefizit** kann entstehen, wenn bestimmte Lebenslagen in Parteien, Parlamenten oder öffentlichen Debatten nur schwach präsent sind.

Ein **territoriales Repräsentationsdefizit** kann entstehen, wenn Regionen oder ländliche Räume den Eindruck gewinnen, politische Entscheidungen würden überwiegend aus der Perspektive großer urbaner Zentren getroffen.

Ein **thematisches Repräsentationsdefizit** entsteht, wenn neue gesellschaftliche Probleme innerhalb traditioneller politischer Konfliktstrukturen zunächst keinen angemessenen Platz finden.

Hinzu kommt ein mögliches **Wahrnehmungsdefizit**: Institutionen können gesellschaftliche Interessen tatsächlich berücksichtigen, ohne dass dies für die betroffenen Gruppen sichtbar wird.

Diese Unterschiede sind wichtig.

Denn institutionelle Reformen können nur dann sinnvoll sein, wenn zunächst geklärt wird, welches Repräsentationsproblem tatsächlich besteht.

Politische Sichtbarkeit ist ungleich verteilt

Moderne Öffentlichkeit erzeugt zudem erhebliche Unterschiede politischer Sichtbarkeit.

Nicht jede gesellschaftliche Gruppe verfügt über dieselben Möglichkeiten, ihre Interessen zu organisieren.

Unternehmen, Verbände und professionelle Organisationen können politische Expertise bereitstellen, Kontakte aufbauen und dauerhaft an politischen Prozessen teilnehmen. Bürger

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

mit höherer Bildung und größeren zeitlichen oder finanziellen Ressourcen beteiligen sich häufig leichter an politischen Verfahren.

Andere Gruppen verfügen über geringere organisatorische Möglichkeiten.

Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, sozial belasteten Lebenssituationen oder mit geringer politischer Einbindung können gesellschaftlich stark von politischen Entscheidungen betroffen sein und gleichzeitig politisch vergleichsweise wenig sichtbar bleiben.

Digitale Kommunikation löst dieses Problem nicht automatisch.

Sie senkt zwar Zugangshürden und ermöglicht neue Mobilisierung. Gleichzeitig belohnt sie häufig besonders konfliktstarke, emotionalisierte oder gut vernetzte Positionen.

Damit entsteht eine neue Herausforderung:

politische Aufmerksamkeit ist nicht identisch mit gesellschaftlicher Repräsentativität.

Eine demokratische Institution darf deshalb weder ausschließlich auf traditionelle organisierte Interessen noch ausschließlich auf digitale Aufmerksamkeit reagieren.

Sie muss aktiv zwischen gesellschaftlicher Sichtbarkeit und gesellschaftlicher Bedeutung unterscheiden.

Regionale Unterschiede als Repräsentationsfrage

Besondere Bedeutung gewinnt diese Herausforderung durch die zunehmende räumliche Differenzierung gesellschaftlicher Entwicklung.

Wirtschaftlich dynamische Metropolregionen, industriell geprägte Transformationsräume, ländliche Gebiete und strukturschwächere Regionen erleben gesellschaftlichen Wandel unterschiedlich.

Dadurch können unterschiedliche politische Wirklichkeiten innerhalb desselben Staates entstehen.

In Deutschland wird dies teilweise durch Ost-West-Unterschiede sichtbar, reicht aber deutlich darüber hinaus. Auch zwischen wachsenden und schrumpfenden Regionen, zwischen Großstädten und ländlichen Räumen oder zwischen wirtschaftlich erfolgreichen und strukturell belasteten Kommunen entstehen unterschiedliche politische Erfahrungen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Wenn nationale Politik solche Unterschiede überwiegend durch gesamtstaatliche Durchschnittswerte betrachtet, können regionale Erfahrungen unsichtbar werden.

Dann entsteht politische Distanz nicht unbedingt deshalb, weil staatliche Institutionen eine Region bewusst vernachlässigen.

Sie kann daraus entstehen, dass deren spezifische Wirklichkeit innerhalb nationaler Politik kaum erkennbar wird.

Föderalismus, kommunale Selbstverwaltung und regionale parlamentarische Repräsentation besitzen deshalb eine wichtige demokratische Integrationsfunktion.

Sie ermöglichen, gesellschaftliche Transformation territorial differenziert wahrzunehmen.

Neue Parteien als Ausdruck veränderter Repräsentation

Die Transformation europäischer Parteiensysteme zeigt, dass demokratische Systeme auf Repräsentationsdefizite reagieren können.

Neue Parteien entstehen häufig dort, wo bestehende Parteien bestimmte Konflikte nicht ausreichend aufnehmen oder gesellschaftliche Gruppen keine überzeugende politische Vertretung mehr erkennen.

Der Aufstieg grüner Parteien war historisch eng mit neuen ökologischen und gesellschaftlichen Konflikten verbunden. Rechtspopulistische Parteien mobilisieren unter anderem Konflikte um Migration, nationale Identität, kulturellen Wandel und politische Repräsentation. Neue linke oder systemkritische Bewegungen entstanden teilweise aus sozialen und wirtschaftlichen Konflikten.

Damit besitzen Veränderungen des Parteiensystems eine demokratische Anpassungsfunktion.

Sie ermöglichen neuen Konflikten parlamentarische Sichtbarkeit.

Dies bedeutet nicht, dass jede neue Partei demokratisch unproblematisch ist oder ihre politischen Diagnosen zutreffen.

Es bedeutet lediglich, dass offene Parteiensysteme gesellschaftliche Veränderungen aufnehmen können.

Die entscheidende demokratische Grenze bleibt auch hier die Anerkennung pluralistischer Konkurrenz.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Eine Partei kann bestehende Institutionen radikal kritisieren und dennoch Teil demokratischer Repräsentation sein.

Problematisch wird es dort, wo sie anderen politischen Kräften grundsätzlich die Legitimität abspricht oder versucht, die Offenheit zukünftiger Konkurrenz einzuschränken.

Institutionelle Anpassung darf Repräsentation nicht mit unmittelbarer Umsetzung verwechseln

Eine naheliegende Reaktion auf wahrgenommene Repräsentationsdefizite besteht in der Forderung nach mehr direkter Beteiligung.

Bürgerforen, Bürgerräte, Petitionen, digitale Beteiligungsplattformen und konsultative Verfahren können wertvolle Ergänzungen repräsentativer Demokratie darstellen.

Sie können Erfahrungen sichtbar machen, Wissen erschließen und gesellschaftliche Gruppen in politische Diskussionen einbeziehen.

Doch auch diese Verfahren besitzen Grenzen.

Teilnehmer müssen ausgewählt oder mobilisiert werden. Beteiligungsintensität ist gesellschaftlich ungleich verteilt. Komplexe politische Entscheidungen benötigen häufig langfristige Verantwortung, die kurzfristige Beteiligungsformate nicht übernehmen können.

Vor allem darf Repräsentation nicht mit unmittelbarer Umsetzung gesellschaftlicher Forderungen verwechselt werden.

Politische Institutionen müssen unterschiedliche Interessen miteinander abwägen.

Responsivität bedeutet deshalb nicht:

Forderung → unmittelbare politische Umsetzung.

Sie bedeutet vielmehr:

gesellschaftliche Erfahrung → politische Wahrnehmung → öffentliche Abwägung → demokratische Entscheidung → Rückmeldung und mögliche Korrektur.

Gerade diese Zwischenstufen unterscheiden demokratische Repräsentation von bloßer Reaktion auf öffentlichen Druck.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Parteien und Parlamente bleiben zentrale Anpassungsinstitutionen

Die wachsende Bedeutung neuer Beteiligungsformen macht Parteien und Parlamente nicht überflüssig.

Im Gegenteil: Je vielfältiger gesellschaftliche Interessen werden, desto wichtiger wird die Aufgabe ihrer Bündelung.

Parteien müssen unterschiedliche gesellschaftliche Forderungen zu politischen Programmen verbinden. Parlamente müssen aus konkurrierenden Programmen verbindliche Entscheidungen entwickeln.

Die Krise traditioneller Parteibindungen sollte deshalb nicht vorschnell als Krise des Prinzips politischer Parteien interpretiert werden.

Das eigentliche Problem liegt darin, ob Parteien ihre gesellschaftliche Vermittlungsfunktion unter veränderten Bedingungen erneuern können.

Dazu benötigen sie gesellschaftliche Präsenz.

Professionelle politische Kommunikation, Meinungsforschung und digitale Daten können unmittelbaren Kontakt zu gesellschaftlichen Erfahrungen nicht vollständig ersetzen.

Parteien, deren Mitglieder, Funktionsträger und politische Netzwerke sich überwiegend innerhalb ähnlicher sozialer Milieus bewegen, können gesellschaftliche Veränderungen systematisch unterschätzen.

Institutionelle Anpassung beginnt deshalb nicht ausschließlich bei Wahlrecht oder Verfassung.

Sie beginnt auch innerhalb der politischen Organisationen selbst.

Repräsentation verlangt institutionelle Rückkopplung

Die entscheidende Anpassungsfähigkeit demokratischer Institutionen liegt in funktionierenden Rückkopplungsprozessen.

Gesellschaftliche Interessen verändern sich.

Politische Institutionen nehmen diese Veränderungen wahr.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Parteien passen Programme an.

Wahlen verändern parlamentarische Kräfteverhältnisse.

Regierungen treffen Entscheidungen.

Gesellschaftliche Wirkungen erzeugen wiederum neue Erfahrungen und politische Bewertungen.

Damit entsteht ein demokratischer Kreislauf:

gesellschaftliche Veränderung → politische Artikulation → institutionelle Repräsentation → Entscheidung → Umsetzung → gesellschaftliche Erfahrung → politische Rückkopplung.

Repräsentationsdefizite entstehen häufig dort, wo einzelne Verbindungen dieses Kreislaufs schwach werden.

Wenn gesellschaftliche Artikulation nicht in politische Institutionen gelangt, entsteht Wahrnehmungsdistanz.

Wenn politische Repräsentation nicht zu nachvollziehbaren Entscheidungen führt, entsteht Handlungsdistanz.

Wenn gesellschaftliche Wirkungen nicht zurück in politische Lernprozesse gelangen, entsteht institutionelle Lernschwäche.

Institutionelle Anpassung muss deshalb weniger als einmalige Reform und stärker als **dauerhafte Sicherung demokratischer Rückkopplung** verstanden werden.

Stabilität und Anpassung dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden

Jede institutionelle Reform besitzt jedoch Risiken.

Demokratische Institutionen gewinnen Vertrauen auch durch Verlässlichkeit. Wahlrecht, parlamentarische Verfahren, Gewaltenteilung und rechtsstaatliche Regeln dürfen nicht permanent verändert werden, sobald politische Unzufriedenheit entsteht.

Gerade politische Akteure können Reformforderungen strategisch nutzen, um institutionelle Regeln zu ihren eigenen Gunsten zu verändern.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Deshalb muss zwischen demokratischer Anpassung und opportunistischer institutioneller Veränderung unterschieden werden.

Eine demokratische Reform verbessert die Offenheit politischer Repräsentation und erhält faire zukünftige Konkurrenz.

Eine problematische institutionelle Veränderung versucht dagegen, bestehende Machtverhältnisse dauerhaft abzusichern.

Die entscheidende Prüffrage lautet deshalb:

Erweitert eine Reform die Möglichkeiten gesellschaftlicher Repräsentation und zukünftiger politischer Korrektur – oder reduziert sie diese zugunsten gegenwärtiger Mehrheiten?

Damit wird institutionelle Selbstbegrenzung selbst zu einer Voraussetzung demokratischer Anpassungsfähigkeit.

Von der Repräsentationskrise zur lernfähigen Demokratie

Repräsentationsdefizite müssen nicht zwangsläufig zu demokratischer Erosion führen.

Sie können auch Veränderungsdruck erzeugen.

Neue Parteien können entstehen, bestehende Parteien können ihre Programme verändern, Parlamente können neue Themen aufnehmen und Beteiligungsverfahren können ergänzt werden. Föderale und kommunale Institutionen können regionale Unterschiede sichtbarer machen.

Gerade darin liegt eine besondere Stärke demokratischer Systeme.

Sie können gesellschaftliche Kritik institutionell aufnehmen.

Eine autoritäre Ordnung kann politische Unzufriedenheit unterdrücken.

Eine Demokratie kann sie in politische Konkurrenz übersetzen.

Die entscheidende Frage lautet deshalb nicht, ob gesellschaftliche Unzufriedenheit existiert.

Sie lautet, ob das politische System ausreichend offen bleibt, damit aus Unzufriedenheit demokratische Veränderung entstehen kann.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Diese Offenheit setzt voraus, dass politische Institutionen Kritik weder automatisch als Angriff auf die Demokratie interpretieren noch jede Kritik unreflektiert übernehmen.

Demokratische Lernfähigkeit liegt zwischen beiden Reaktionen.

Sie nimmt gesellschaftliche Signale ernst, prüft ihre Ursachen und verändert Institutionen dort, wo tatsächliche Repräsentationsprobleme erkennbar werden.

Repräsentation als dauerhafte politische Integrationsleistung

Damit verändert sich das Verständnis demokratischer Repräsentation grundlegend.

In relativ stabilen gesellschaftlichen Milieus konnte Repräsentation stärker über dauerhafte organisatorische Bindungen funktionieren.

In pluralisierten Gesellschaften muss sie kontinuierlich neu hergestellt werden.

Parteien müssen wechselnde Wählerkoalitionen bilden.

Parlamente müssen vielfältigere Konflikte integrieren.

Regierungen müssen Entscheidungen unter Bedingungen größerer gesellschaftlicher Heterogenität vermitteln.

Kommunen müssen unterschiedliche lokale Erfahrungen aufnehmen.

Europäische Institutionen müssen nationale Interessen mit gemeinsamer Handlungsfähigkeit verbinden.

Repräsentation wird damit weniger zu einem stabilen Zustand und stärker zu einem **fortlaufenden politischen Übersetzungsprozess**.

Demokratische Repräsentation ist unter Bedingungen gesellschaftlicher Transformation keine einmal hergestellte Verbindung zwischen Bürgern und Institutionen. Sie muss fortlaufend erneuert werden. Institutionelle Anpassungsfähigkeit bedeutet deshalb, neue Interessen und Konflikte aufnehmen zu können, ohne die Regeln fairer Konkurrenz, politischer Gleichheit und rechtsstaatlicher Machtbegrenzung zu destabilisieren.

Repräsentationsdefizite sind damit weder bloße Wahrnehmungsprobleme noch automatisch Beweise institutionellen Versagens. Sie können aus gesellschaftlicher Veränderung, ungleicher politischer Sichtbarkeit, territorialen Unterschieden, schwächer werdenden

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Vermittlungsorganisationen oder tatsächlicher institutioneller Distanz entstehen. Gerade deshalb müssen ihre Ursachen differenziert untersucht werden.

Die demokratische Antwort kann nicht darin bestehen, jeder gesellschaftlichen Unzufriedenheit unmittelbar eine institutionelle Reform folgen zu lassen. Ebenso wenig genügt es jedoch, auf bestehende demokratische Verfahren zu verweisen, wenn relevante Teile der Gesellschaft dauerhaft den Eindruck verlieren, innerhalb dieser Verfahren politisch wahrgenommen zu werden.

Entscheidend wird deshalb die Verbindung von **institutioneller Stabilität und institutioneller Lernfähigkeit**. Demokratische Ordnungen müssen verlässlich genug bleiben, um politische Macht zu begrenzen, und offen genug sein, um gesellschaftliche Veränderungen aufzunehmen.

Damit zeigt sich erneut ein grundlegendes Muster dieser Untersuchung: **Die langfristige Stabilität demokratischer Institutionen hängt nicht davon ab, gesellschaftliche Veränderung von ihnen fernzuhalten. Sie hängt davon ab, ob sie Veränderung aufnehmen können, ohne ihre eigenen demokratischen Grundlagen preiszugeben.** Repräsentationsfähigkeit wird damit zu einer der zentralen Anpassungsleistungen moderner Demokratie – und zu einer wesentlichen Voraussetzung dafür, dass gesellschaftliche Transformation innerhalb demokratischer Institutionen verarbeitet werden kann.

Kapitel 115 – Demokratische Stabilität unter Bedingungen dauerhafter Transformation

Demokratische Stabilität wurde lange vor allem mit der Dauerhaftigkeit politischer Institutionen verbunden. Verfassungen, Parlamente, Parteien, Regierungen, Gerichte und Verwaltungen sollten verlässliche politische Ordnungen schaffen, innerhalb derer gesellschaftliche Konflikte ausgetragen werden konnten. Stabilität bedeutete dabei nicht politische Bewegungslosigkeit, sondern die Erwartung, dass politische Veränderungen innerhalb eines grundsätzlich beständigen institutionellen Rahmens stattfinden.

Unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts verändert sich diese Vorstellung. Gesellschaftlicher Wandel erscheint immer weniger als zeitlich begrenzte Übergangsphase zwischen zwei stabilen Zuständen. Demografischer Wandel, Migration, technologische Entwicklung, Digitalisierung, wirtschaftliche Umstrukturierung, ökologische Transformation, geopolitische Verschiebungen und kulturelle Pluralisierung wirken gleichzeitig und mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten auf demokratische Gesellschaften ein. Neue Veränderungen beginnen, bevor frühere vollständig verarbeitet worden sind.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Damit wird Transformation selbst zu einer dauerhaften Bedingung politischer Ordnung.

Demokratische Stabilität kann deshalb nicht mehr ausschließlich darin bestehen, bestehende Institutionen möglichst unverändert zu bewahren. Eine politische Ordnung kann formal stabil bleiben und gleichzeitig gesellschaftlich an Bindungskraft verlieren, wenn ihre Institutionen veränderte Interessen, Konflikte und Erwartungen nicht mehr ausreichend aufnehmen. Umgekehrt kann eine Demokratie erhebliche Veränderungen ihres Parteiensystems, ihrer Regierungskonstellationen und ihrer politischen Programme erleben und dennoch institutionell stabil bleiben.

Die zentrale Frage lautet deshalb nicht mehr, wie Demokratie trotz gesellschaftlicher Veränderung zu einem früheren Gleichgewicht zurückkehren kann. Sie lautet, **wie demokratische Stabilität innerhalb dauerhafter Veränderung immer wieder neu hergestellt werden kann.**

Demokratische Stabilität bedeutet unter Bedingungen dauerhafter Transformation nicht institutionelle Unveränderlichkeit. Sie bezeichnet die Fähigkeit einer politischen Ordnung, gesellschaftliche Veränderungen aufzunehmen, politische Konflikte innerhalb demokratischer Verfahren zu verarbeiten und institutionelle Anpassungen zu ermöglichen, ohne die Grundlagen fairer Konkurrenz, rechtsstaatlicher Machtbegrenzung und politischer Gleichheit preiszugeben.

Von der stabilen Ordnung zur stabilen Veränderungsfähigkeit

Die Vorstellung gesellschaftlicher Stabilität war lange eng mit relativ dauerhaften sozialen Strukturen verbunden. Berufliche Milieus, regionale Bindungen, religiöse Zugehörigkeiten, Familienformen, Parteien und gesellschaftliche Organisationen erzeugten vergleichsweise stabile politische Orientierungen. Politische Veränderungen fanden statt, wurden jedoch innerhalb langfristiger gesellschaftlicher Strukturen verarbeitet.

Diese Voraussetzungen haben sich verändert.

Erwerbsbiografien werden vielfältiger, gesellschaftliche Milieus verlieren an Geschlossenheit und politische Identitäten werden beweglicher. Migration verändert gesellschaftliche Zusammensetzung, während Digitalisierung Kommunikations- und Mobilisierungsprozesse beschleunigt. Gleichzeitig verändern wirtschaftliche und technologische Entwicklungen Beschäftigung, Qualifikationsanforderungen und regionale Entwicklungsperspektiven.

Politische Stabilität kann unter diesen Bedingungen nicht mehr hauptsächlich aus der Dauerhaftigkeit gesellschaftlicher Bindungen entstehen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Sie muss stärker institutionell hergestellt werden.

Damit verändert sich der Charakter demokratischer Stabilität.

Nicht die Stabilität einzelner Parteien, Koalitionen oder politischer Mehrheiten ist entscheidend.

Entscheidend ist die Stabilität jener Verfahren, durch die politische Veränderung verarbeitet werden kann.

Regierungen dürfen wechseln.

Parteien dürfen entstehen und verschwinden.

Politische Prioritäten dürfen sich verändern.

Gesetze dürfen korrigiert werden.

Gerade diese Veränderbarkeit kann Ausdruck institutioneller Stabilität sein.

Eine demokratische Ordnung ist deshalb nicht stabil, weil sich wenig verändert. Sie ist stabil, wenn **Veränderung möglich bleibt, ohne dass politische Konkurrenz selbst zerstört wird.**

Mehrere Transformationen wirken gleichzeitig

Die besondere Herausforderung moderner Demokratien liegt darin, dass gesellschaftliche Veränderungen nicht nacheinander auftreten.

Sie überlagern sich.

Demografischer Wandel verändert Arbeitsmarkt und Sozialstaat, während gleichzeitig Digitalisierung Berufsbilder verändert. Migration beeinflusst Bevölkerungsstruktur und gesellschaftliche Vielfalt, während Wohnungsmarkt und kommunale Infrastruktur bereits unter anderen Belastungen stehen. Klimapolitische Transformation verändert industrielle Strukturen, während geopolitische Konflikte Energieversorgung und internationale Handelsbeziehungen beeinflussen.

Dadurch entstehen Wechselwirkungen.

Eine politische Maßnahme in einem Bereich kann neue Probleme in einem anderen erzeugen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die Transformation des Energiesystems kann wirtschaftliche Anpassungskosten verursachen. Wirtschaftlicher Strukturwandel kann regionale Ungleichheiten verstärken. Regionale Ungleichheiten können politische Entfremdung fördern. Politische Entfremdung kann wiederum die gesellschaftliche Akzeptanz weiterer Transformationsmaßnahmen verringern.

Es entsteht eine Rückkopplung:

gesellschaftliche Transformation → politische Anpassungsentscheidung → unterschiedliche gesellschaftliche Wirkungen → neue Verteilungs- und Anerkennungskonflikte → veränderte politische Mehrheiten → neue Anpassungsentscheidung.

Demokratische Politik kann diese Dynamik nicht vollständig beenden.

Sie muss lernen, innerhalb dieser Dynamik handlungsfähig zu bleiben.

Stabilität benötigt gesellschaftliche Integrationsfähigkeit

Institutionelle Stabilität allein reicht dafür nicht aus.

Eine Verfassung kann unverändert bestehen, während gesellschaftliche Gruppen zunehmend das Vertrauen in politische Institutionen verlieren.

Demokratische Stabilität besitzt deshalb eine gesellschaftliche Dimension.

Menschen müssen trotz unterschiedlicher Interessen und Identitäten eine gemeinsame politische Ordnung akzeptieren können.

Dies verlangt keinen kulturellen oder politischen Konsens.

Pluralistische Demokratie lebt gerade davon, dass Menschen unterschiedliche Vorstellungen vom guten Leben, von sozialer Gerechtigkeit, wirtschaftlicher Ordnung oder gesellschaftlicher Veränderung besitzen.

Notwendig ist jedoch ein Mindestmaß gemeinsamer politischer Zugehörigkeit.

Politische Gegner müssen als legitime Teilnehmer derselben demokratischen Ordnung anerkannt bleiben.

Gesellschaftliche Transformation wird deshalb besonders problematisch, wenn politische Konflikte von Sachfragen zu grundlegenden Zugehörigkeitskonflikten werden.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Dann geht es nicht mehr ausschließlich um die Frage, welche Politik richtig ist.

Es geht zunehmend darum, **wer überhaupt als legitimer Teil der politischen Gemeinschaft betrachtet wird.**

Demokratische Stabilität verlangt deshalb gesellschaftliche Integrationsfähigkeit, ohne gesellschaftliche Unterschiedlichkeit aufheben zu wollen.

Politische Konflikte sind nicht das Gegenteil demokratischer Stabilität

Eine stabile Demokratie ist nicht konfliktfrei.

Im Gegenteil kann die offene Austragung gesellschaftlicher Konflikte ihre Stabilität erhöhen.

Wenn unterschiedliche Interessen parlamentarisch sichtbar werden, neue Parteien entstehen oder politische Mehrheiten wechseln, zeigt dies zunächst, dass gesellschaftliche Veränderung innerhalb demokratischer Institutionen Ausdruck finden kann.

Problematisch wird nicht die Intensität eines Konflikts allein.

Entscheidend ist seine Form.

Ein harter politischer Streit über Migration, Steuerpolitik, Energie, Sozialstaat oder europäische Integration kann vollständig innerhalb demokratischer Regeln stattfinden.

Eine andere Qualität entsteht, wenn politische Gegner grundsätzlich delegitimiert, Wahlergebnisse ohne belastbare Grundlage bestritten oder unabhängige Institutionen ausschließlich nach ihrem Nutzen für die eigene politische Seite bewertet werden.

Die zentrale Trennlinie lautet deshalb nicht:

Konflikt oder Konsens.

Sie lautet:

institutionalisierter Konflikt oder systemzerstörender Konflikt.

Demokratische Stabilität benötigt die Fähigkeit, erhebliche politische Unterschiede auszuhalten.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Gerade dadurch verhindert sie, dass gesellschaftliche Konflikte außerhalb demokratischer Verfahren ausgetragen werden müssen.

Vertrauen wird unter dauerhafter Veränderung neu begründet

Auch politisches Vertrauen verändert unter Transformationsbedingungen seinen Charakter.

In stabileren gesellschaftlichen Ordnungen konnte Vertrauen stärker auf langfristigen Parteibindungen, gesellschaftlichen Milieus oder institutionellen Traditionen beruhen.

Wenn diese Bindungen schwächer werden, muss Vertrauen stärker durch politische Erfahrung entstehen.

Bürger beobachten, ob staatliche Institutionen Probleme wahrnehmen, Entscheidungen treffen, Maßnahmen umsetzen und Fehler korrigieren können.

Damit wird Vertrauen leistungs- und verfahrensbezogener.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass politische Institutionen jedes Problem lösen müssen.

Eine solche Erwartung wäre unrealistisch.

Entscheidend ist vielmehr, ob Bürger den Eindruck besitzen, dass politische Institutionen grundsätzlich lern- und handlungsfähig bleiben.

Ein Staat kann Vertrauen verlieren, wenn er wiederholt große politische Versprechen formuliert, deren praktische Umsetzung erkennbar nicht gelingt.

Ebenso kann Vertrauen beschädigt werden, wenn politische Probleme lange bestritten werden und Institutionen erst unter massivem Druck reagieren.

Demokratische Stabilität verlangt deshalb eine realistische Verbindung von **politischem Anspruch und tatsächlicher Steuerungsfähigkeit**.

Anpassungsfähigkeit darf nicht in permanente politische Unruhe übergehen

Die Forderung nach institutioneller Anpassungsfähigkeit besitzt allerdings eine Grenze.

Eine Demokratie kann nicht jede gesellschaftliche Veränderung mit einer grundlegenden Reform ihrer Institutionen beantworten.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Verfassungen, Wahlordnungen, parlamentarische Verfahren und rechtsstaatliche Institutionen benötigen Kontinuität.

Ihre Stabilität schafft Erwartungen und begrenzt politische Macht.

Würden institutionelle Regeln permanent an aktuelle politische Mehrheiten oder kurzfristige gesellschaftliche Stimmungen angepasst, könnte gerade dies demokratische Stabilität gefährden.

Deshalb muss zwischen **politischer Anpassung innerhalb stabiler Regeln** und **Anpassung der Regeln selbst** unterschieden werden.

Die meisten gesellschaftlichen Veränderungen sollten zunächst durch politische Entscheidungen, Programme und administrative Lernprozesse verarbeitet werden.

Institutionelle Reformen werden dort notwendig, wo bestehende Strukturen dauerhaft nicht mehr in der Lage sind, gesellschaftliche Interessen aufzunehmen oder politische Probleme wirksam zu bearbeiten.

Je grundlegender die institutionelle Veränderung, desto höher sollten deshalb die Anforderungen an Begründung, gesellschaftliche Diskussion und übergreifende Zustimmung sein.

Eine lernfähige Demokratie verändert nicht ständig ihre Grundlagen.

Sie besitzt vielmehr Institutionen, die **innerhalb verlässlicher Grundlagen Veränderung ermöglichen**.

Steuerungsfähigkeit und demokratische Begrenzung müssen verbunden bleiben

Transformationsdruck kann den Wunsch nach schneller politischer Entscheidung verstärken.

Komplexe parlamentarische Verfahren, föderale Abstimmungen, gerichtliche Kontrolle oder europäische Verhandlungen erscheinen dann leicht als Hindernisse effektiver Politik.

Gerade in Krisensituationen wächst die Attraktivität einer Vorstellung politischer Führung, die Entscheidungen schneller und mit weniger institutionellen Begrenzungen treffen kann.

Doch Geschwindigkeit ist nicht mit Steuerungsfähigkeit identisch.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Eine schnell getroffene Entscheidung kann schlecht vorbereitet, administrativ nicht umsetzbar oder gesellschaftlich nicht tragfähig sein.

Demokratische Verfahren verlangsamen Entscheidungen teilweise bewusst, weil unterschiedliche Interessen berücksichtigt und Macht kontrolliert werden sollen.

Gleichzeitig darf institutionelle Begrenzung nicht in dauerhafte Entscheidungsunfähigkeit übergehen.

Die demokratische Herausforderung besteht deshalb in einer doppelten Anforderung:

Handlungsfähigkeit ohne Machtentgrenzung – Machtbegrenzung ohne strukturelle Handlungsunfähigkeit.

Genau in dieser Balance entscheidet sich die Qualität demokratischer Steuerung unter Transformationsbedingungen.

Krisen dürfen nicht zum dauerhaften Regierungsmodus werden

Dauerhafte Transformation bedeutet nicht, dass Demokratie dauerhaft im Ausnahmezustand regieren sollte.

Moderne Gesellschaften erleben eine zunehmende Folge von Krisen und als Krisen wahrgenommenen Entwicklungen. Finanzkrisen, Pandemie, Krieg, Energieversorgung, Migration, Klimawandel oder wirtschaftliche Strukturprobleme erzeugen erheblichen politischen Zeitdruck.

Krisen können außergewöhnliche Maßnahmen notwendig machen.

Problematisch wird es jedoch, wenn außergewöhnliche Entscheidungsformen zum normalen Regierungsmodus werden.

Eine Demokratie benötigt Zeit für parlamentarische Beratung, gesellschaftliche Diskussion und institutionelle Kontrolle.

Wenn politische Entscheidungen dauerhaft mit dem Hinweis auf Alternativlosigkeit oder außergewöhnliche Dringlichkeit begründet werden, kann demokratische Beteiligung an Bedeutung verlieren.

Die zentrale Aufgabe besteht deshalb darin, aus Krisenerfahrungen dauerhafte institutionelle Lernprozesse zu entwickeln.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Nach einer Krise muss gefragt werden, welche Strukturen gefehlt haben, welche Verfahren funktioniert haben und welche Vorsorge notwendig ist.

Krisenmanagement sollte damit in institutionelle Lernfähigkeit übergehen.

Demokratische Resilienz bedeutet mehr als Widerstandsfähigkeit

In diesem Zusammenhang gewinnt der Begriff demokratischer Resilienz Bedeutung.

Resilienz darf jedoch nicht lediglich als Fähigkeit verstanden werden, äußere oder innere Belastungen auszuhalten und anschließend zum früheren Zustand zurückzukehren.

Unter Bedingungen dauerhafter Transformation existiert dieser frühere Zustand häufig nicht mehr.

Demokratische Resilienz muss deshalb adaptiv verstanden werden.

Eine resiliente Demokratie kann Belastungen aufnehmen, aus ihnen lernen und ihre politischen Instrumente verändern, ohne ihre demokratischen Grundlagen aufzugeben.

Damit besteht Resilienz aus mehreren miteinander verbundenen Fähigkeiten:

Institutionen müssen Konflikte verarbeiten können.

Politische Systeme müssen handlungsfähig bleiben.

Gesellschaften müssen unterschiedliche Interessen integrieren können.

Fehlentscheidungen müssen korrigierbar sein.

Und demokratische Konkurrenz muss offen bleiben.

Resilienz bedeutet damit nicht Rückkehr zum Ausgangspunkt.

Sie bedeutet **Stabilität durch kontrollierte Anpassung**.

Frühwarnfähigkeit wird zu einer demokratischen Ressource

Dauerhafte Transformation erhöht zugleich die Bedeutung frühzeitiger politischer Wahrnehmung.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Viele politische Krisen entstehen nicht plötzlich.

Demografische Veränderungen, regionale Strukturprobleme, Integrationsdefizite, Infrastrukturverschleiß oder Vertrauensverluste entwickeln sich über längere Zeit.

Politische Systeme reagieren jedoch häufig erst dann intensiv, wenn Probleme bereits erhebliche öffentliche Aufmerksamkeit erreicht haben.

Dann steigt der Zeitdruck und politische Handlungsspielräume werden kleiner.

Eine lernfähige Demokratie benötigt deshalb institutionelle Frühwarnfähigkeit.

Kommunen können lokale Entwicklungen früh erkennen. Verwaltungen verfügen über Umsetzungswissen. Wissenschaft kann langfristige Trends analysieren. Zivilgesellschaft und Verbände können gesellschaftliche Veränderungen sichtbar machen. Parlamente und Parteien müssen diese Informationen politisch verarbeiten.

Entscheidend ist die Verbindung dieser Wissensquellen.

Frühwarnfähigkeit entsteht nicht aus einer einzelnen Institution.

Sie entsteht aus funktionierenden Informations- und Rückkopplungsstrukturen zwischen Gesellschaft und Staat.

Damit wird politische Wahrnehmungsfähigkeit selbst zu einem Bestandteil demokratischer Stabilität.

Demokratische Stabilität benötigt offene Zukunft

Die tiefste Voraussetzung demokratischer Stabilität liegt schließlich in der Offenheit politischer Zukunft.

Gesellschaftliche Transformation erzeugt Unsicherheit.

Menschen wissen nicht immer, wie sich Arbeitswelt, Technologie, Migration, internationale Ordnung oder soziale Sicherung entwickeln werden.

Politische Systeme können diese Unsicherheit nicht vollständig beseitigen.

Sie können jedoch institutionell garantieren, dass zukünftige gesellschaftliche Veränderungen weiterhin politisch verarbeitet werden können.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Gerade darin liegt ein grundlegender Vorteil demokratischer Ordnung.

Demokratie muss nicht behaupten, eine endgültige gesellschaftliche Lösung gefunden zu haben.

Sie organisiert die Möglichkeit zukünftiger Korrektur.

Regierungen können wechseln.

Politische Programme können verändert werden.

Gesetze können angepasst werden.

Neue gesellschaftliche Interessen können Parteien und Parlamente verändern.

Demokratische Stabilität entsteht deshalb paradoxerweise aus institutionalisierter Veränderbarkeit.

Autoritäre Systeme suchen Stabilität häufig durch Begrenzung politischer Alternativen.

Demokratische Systeme können Stabilität gerade dadurch erzeugen, dass Alternativen offen bleiben.

Unter Bedingungen dauerhafter Transformation ist eine Demokratie nicht deshalb stabil, weil sie gesellschaftliche Veränderungen verhindert oder politische Konflikte reduziert. Sie ist stabil, wenn sie Veränderung und Konflikt innerhalb einer offenen institutionellen Ordnung verarbeiten kann, in der Macht begrenzt, Verantwortung zurechenbar und politische Korrektur dauerhaft möglich bleibt.

Damit verändert sich der Maßstab demokratischer Stabilität grundlegend. Die entscheidende Frage lautet nicht, ob Parteiensysteme, Koalitionen, gesellschaftliche Milieus oder politische Mehrheiten dauerhaft bestehen bleiben. Gerade diese Strukturen können sich erheblich verändern.

Stabil bleiben müssen vielmehr die demokratischen Voraussetzungen, unter denen Veränderung stattfindet: freie politische Konkurrenz, politische Gleichheit, rechtsstaatliche Begrenzung, unabhängige Kontrolle, institutionelle Verantwortlichkeit und die Möglichkeit zukünftiger Machtwechsel.

Die bisherigen Analysen zeigen dabei einen gemeinsamen Zusammenhang. Repräsentationsfähigkeit, Responsivität, parlamentarische Mehrheitsbildung, Koalitionsfähigkeit, politische Kompromisse, föderale und europäische Koordination,

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

kommunale Handlungsfähigkeit, nachvollziehbare Verantwortungszuschreibung und gesellschaftlich tragfähige Legitimation sind keine voneinander getrennten institutionellen Einzelprobleme. Sie bilden gemeinsam die Infrastruktur einer Demokratie, die unter dauerhaften Transformationsbedingungen handlungsfähig bleiben muss.

Demokratische Stabilität lässt sich deshalb zunehmend als **dynamisches Gleichgewicht zwischen Kontinuität und Veränderung** verstehen. Zu wenig Anpassung kann gesellschaftliche Distanz und Repräsentationsdefizite verstärken. Zu viel institutionelle Veränderung kann Verlässlichkeit und Machtbegrenzung schwächen. Zu wenig Entscheidungsfähigkeit kann Vertrauen in staatliche Handlungsfähigkeit beschädigen. Zu starke Konzentration von Entscheidungsgewalt kann demokratische Kontrolle gefährden.

Die zentrale Aufgabe moderner Demokratie besteht darin, diese Spannungen nicht endgültig aufzulösen, sondern dauerhaft politisch zu bearbeiten.

Demokratische Stabilität im 21. Jahrhundert wird deshalb immer weniger die Stabilität eines bestimmten gesellschaftlichen oder politischen Zustands sein. Sie wird die Stabilität eines offenen politischen Prozesses sein müssen – eines Prozesses, der Veränderung ermöglicht, Konflikte institutionalisiert, aus Fehlern lernt und dennoch jene demokratischen Regeln bewahrt, die garantieren, dass auch die nächste Veränderung noch demokratisch entschieden werden kann.

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Kapitel 116 – Zusammenführung der empirischen Befunde

Die bisherigen Untersuchungen haben gesellschaftliche und politische Transformation aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet. Analysiert wurden langfristige Veränderungen gesellschaftlicher Strukturen, die Entwicklung politischer Konfliktlinien, Veränderungen von Parteien und Parteiensystemen, Migration und Integration, demografischer Wandel, wirtschaftliche und regionale Disparitäten sowie unterschiedliche europäische Transformationspfade. Hinzu kamen die institutionellen Mechanismen, durch die gesellschaftliche Veränderungen in politische Entscheidungen übersetzt werden: Repräsentation, Parteien, Parlamente, Koalitionen, Kompromissbildung, Föderalismus, Kommunen, europäische Mehrebenenpolitik, Verantwortungszuschreibung und politische Legitimation.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

In der Zusammenführung dieser Befunde entsteht kein einfaches Ursache-Wirkungs-Modell. Die empirischen Entwicklungen zeigen vielmehr ein miteinander verbundenes Transformationsgefüge. Ähnliche strukturelle Veränderungen können in unterschiedlichen Gesellschaften sehr verschiedene politische Folgen hervorbringen. Wirtschaftliche Unsicherheit führt nicht zwangsläufig zu Populismus, Migration nicht automatisch zu einer Rechtsverschiebung, gesellschaftliche Fragmentierung nicht notwendig zu demokratischer Instabilität und eine starke rechtspopulistische Partei nicht zwangsläufig zu institutioneller Erosion.

Zwischen gesellschaftlicher Veränderung und politischem Ergebnis liegen Vermittlungsprozesse.

Entscheidend ist, wie Veränderungen wahrgenommen werden, welche politischen Konflikte aus ihnen entstehen, wie Parteien sie interpretieren, ob staatliche Institutionen handlungsfähig erscheinen und ob demokratische Verfahren gesellschaftlich als legitim anerkannt bleiben.

Damit verschiebt sich die zentrale analytische Perspektive. Nicht einzelne Transformationsfaktoren erklären politische Entwicklung, sondern ihr Zusammenspiel mit politischen Vermittlungs- und Steuerungsmechanismen.

Die empirischen Befunde zeigen keinen zwangsläufigen Weg von gesellschaftlicher Transformation zu politischer Instabilität. Entscheidend ist die politische Verarbeitung des Wandels. Ähnliche strukturelle Veränderungen können demokratisch integriert, politisch polarisiert oder institutionell destabilisierend verarbeitet werden. Zwischen gesellschaftlicher Veränderung und demokratischem Ergebnis liegt die Steuerungs- und Vermittlungsfähigkeit des politischen Systems.

Gesellschaftliche Transformation bildet den gemeinsamen Ausgangspunkt

Über die untersuchten europäischen Gesellschaften hinweg zeigen sich zunächst erhebliche gemeinsame Veränderungen. Bevölkerungen altern, traditionelle Erwerbsstrukturen verändern sich, Migration erhöht gesellschaftliche Vielfalt, Digitalisierung verändert Kommunikation und Arbeitswelt, wirtschaftliche Globalisierung und technologische Entwicklung erzeugen Anpassungsdruck, während ökologische Transformation zusätzliche Verteilungs- und Strukturfragen hervorbringt.

Diese Entwicklungen treffen jedoch nicht auf homogene Gesellschaften.

Historische Erfahrungen, Wirtschaftsstrukturen, Sozialstaaten, territoriale Unterschiede und politische Institutionen unterscheiden sich erheblich.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Frankreich verbindet einen stark zentralisierten Staat mit ausgeprägten territorialen und gesellschaftlichen Spannungen. Italien zeigt seit Jahrzehnten hohe parteipolitische Volatilität bei gleichzeitig bemerkenswerter institutioneller Kontinuität. Österreich demonstriert die langfristige Institutionalisierung rechtspopulistischer Konkurrenz. Die Niederlande zeigen, dass Wohlstand und konsensorientierte Institutionen gesellschaftliche Polarisierung nicht verhindern. Polen verdeutlicht gleichzeitig Möglichkeiten demokratischer Erosion und demokratischer Gegenmobilisierung. Ungarn zeigt, wie schrittweise institutionelle Veränderungen langfristig die Bedingungen politischer Konkurrenz verschieben können. Tschechien und die Slowakei verdeutlichen, dass selbst nahezu gemeinsame historische Ausgangspunkte unterschiedliche politische Entwicklungspfade hervorbringen. Die skandinavischen Demokratien wiederum zeigen, dass erhebliche gesellschaftliche und parteipolitische Veränderungen innerhalb stabiler demokratischer Institutionen verarbeitet werden können.

Damit bestätigt sich eine grundlegende Erkenntnis:

Strukturelle Transformation erzeugt politischen Veränderungsdruck, bestimmt aber nicht dessen politisches Ergebnis.

Die politische Wirkung entsteht erst durch gesellschaftliche Wahrnehmung und institutionelle Verarbeitung.

Die Transformation politischer Repräsentation bildet eine zentrale Verbindungslinie

Besonders deutlich zeigt sich über die untersuchten Fälle hinweg die Veränderung politischer Repräsentation.

Die Parteiensysteme des 20. Jahrhunderts beruhten wesentlich auf relativ stabilen gesellschaftlichen Milieus. Klassenlage, Religion, Beruf, Region und gesellschaftliche Organisation erzeugten dauerhafte politische Bindungen.

Diese Strukturen sind schwächer geworden.

Damit verschwinden politische Interessen nicht.

Sie werden vielfältiger und beweglicher.

Wähler können wirtschaftspolitisch, gesellschaftspolitisch, migrationspolitisch und europapolitisch unterschiedliche Präferenzen miteinander verbinden. Dadurch werden politische Konfliktlinien mehrdimensional.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die Krise traditioneller Volks- und Mitteparteien erscheint vor diesem Hintergrund weniger als isoliertes Organisationsproblem einzelner Parteien.

Sie ist Ausdruck einer veränderten gesellschaftlichen Struktur.

Gleichzeitig entstehen neue Parteien und politische Bewegungen, die bislang schwächer repräsentierte Konflikte aufnehmen.

Damit verändert sich die politische Integrationslogik.

Früher konnten große Parteien unterschiedliche Interessen teilweise innerhalb ihrer eigenen Organisation miteinander ausgleichen.

Heute findet ein größerer Teil dieser Integration erst nach der Wahl zwischen mehreren Parteien statt.

Die empirischen Befunde zeigen damit einen strukturellen Übergang:

von innerparteilicher gesellschaftlicher Integration zu stärker parlamentarischer und koalitionärer politischer Integration.

Dieser Wandel erhöht die Anforderungen an Parlamente, Koalitionen und politische Kompromissbildung erheblich.

Migration wirkt politisch über Wahrnehmung, Steuerung und Integration

Die europäischen Vergleiche zeigen besonders deutlich, dass Migration nicht durch eine einzelne Kennzahl politisch erklärt werden kann.

Die Größe der Zuwanderung ist relevant.

Sie erklärt jedoch weder automatisch politische Einstellungen noch Wahlergebnisse.

Entscheidend ist das Zusammenspiel mehrerer Faktoren:

tatsächliche Migration, staatliche Steuerungsfähigkeit, kommunale Aufnahmefähigkeit, gesellschaftliche Integration, öffentliche Wahrnehmung und politische Interpretation.

In Gesellschaften, in denen Migration als kontrolliert und Integration als grundsätzlich funktionsfähig wahrgenommen wird, können erhebliche Zuwanderungsbewegungen politisch

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

anders verarbeitet werden als dort, wo Kontrollverlust oder dauerhafte Überforderung wahrgenommen werden.

Gleichzeitig können politische Akteure tatsächliche Probleme verstärken, dramatisieren oder relativieren.

Damit entsteht eine Rückkopplung zwischen Realität und Wahrnehmung.

Migration wird deshalb zu einem besonders deutlichen Beispiel dafür, dass politische Transformation weder ausschließlich materiell noch ausschließlich kommunikativ erklärt werden kann.

Beide Ebenen wirken zusammen.

Die empirische Analyse bestätigt damit die Notwendigkeit, **Schutz, Steuerung und Integration** nicht als Gegensätze, sondern als miteinander verbundene Voraussetzungen gesellschaftlich tragfähiger Migrationspolitik zu betrachten.

Wirtschaftliche und territoriale Ungleichheit besitzt politische Wirkung

Ein weiterer gemeinsamer Befund betrifft die räumliche Dimension gesellschaftlicher Transformation.

Politische Unterschiede verlaufen zunehmend nicht nur zwischen sozialen Klassen oder traditionellen politischen Milieus, sondern zwischen Regionen und Raumtypen.

Metropolregionen, wirtschaftlich dynamische Zentren, industrielle Transformationsräume, ländliche Regionen und strukturschwächere Gebiete erleben gesellschaftlichen Wandel unterschiedlich.

Dabei ist nicht allein das aktuelle Einkommensniveau entscheidend.

Politisch relevant ist insbesondere die Erwartung zukünftiger Entwicklung.

Eine Region kann wirtschaftlich noch vergleichsweise stabil sein und dennoch politischen Zukunftspessimismus entwickeln, wenn industrielle Arbeitsplätze gefährdet erscheinen, junge Menschen abwandern oder öffentliche Infrastruktur zurückgeht.

Damit wird die **wahrgenommene Entwicklungsperspektive** zu einer wichtigen politischen Größe.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Regionalpolitik besitzt deshalb eine demokratische Dimension.

Wo wirtschaftliche Distanz langfristig in gesellschaftliche Distanz übergeht, kann daraus politische Entfremdung entstehen.

Dies gilt innerhalb einzelner Staaten ebenso wie zwischen europäischen Regionen.

Die deutsche Ost-West-Differenz bildet dabei einen wichtigen, aber keineswegs einzigen Ausdruck territorial unterschiedlicher Transformationserfahrungen.

Populismus und Rechtsverschiebung sind Symptome unterschiedlicher Transformationskonflikte

Der europäische Vergleich zeigt zugleich, dass der Aufstieg populistischer und insbesondere rechtspopulistischer Parteien nicht auf eine einzelne Ursache reduziert werden kann.

Migration spielt in vielen Fällen eine wichtige Rolle.

Doch sie verbindet sich mit Fragen staatlicher Kontrolle, kultureller Zugehörigkeit, wirtschaftlicher Unsicherheit, regionaler Entwicklung, europäischer Integration und politischer Repräsentation.

Populistische Mobilisierung besitzt deshalb häufig eine bündelnde Funktion.

Unterschiedliche gesellschaftliche Unzufriedenheiten werden in einer gemeinsamen politischen Erzählung miteinander verbunden.

Die Gegenüberstellung von „Volk“ und „Elite“ reduziert komplexe politische Ursachen auf eine verständliche Konfliktstruktur.

Gerade darin liegt ihre Mobilisierungskraft.

Die empirischen Befunde zeigen jedoch ebenfalls, dass rechtspopulistischer Erfolg nicht mit demokratischer Erosion gleichgesetzt werden darf.

Österreich, die Niederlande und skandinavische Staaten zeigen unterschiedliche Formen dauerhafter oder zeitweise starker rechtspopulistischer Konkurrenz innerhalb stabiler demokratischer Institutionen.

Ungarn zeigt dagegen eine andere Entwicklung, bei der politische Mehrheiten genutzt wurden, um institutionelle Rahmenbedingungen langfristig zu verändern.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Damit bestätigt sich die bereits entwickelte analytische Grenze:

Politische Rechtsverschiebung ist nicht identisch mit demokratischer Erosion.

Entscheidend ist, ob politische Veränderungen innerhalb offener demokratischer Konkurrenz stattfinden oder ob die Bedingungen zukünftiger Konkurrenz selbst verändert werden.

Institutionen übersetzen gesellschaftlichen Wandel in politische Ergebnisse

Der vielleicht wichtigste gemeinsame Befund der Länder- und Institutionenanalysen liegt in der Bedeutung politischer Vermittlungsstrukturen.

Gesellschaftliche Transformation wirkt nicht unmittelbar auf demokratische Stabilität.

Dazwischen liegen Parteien, Parlamente, Regierungen, Verwaltungen, Gerichte, föderale Ebenen, Kommunen und europäische Institutionen.

Diese Institutionen wirken wie politische Übersetzungsmechanismen.

Sie nehmen gesellschaftliche Interessen auf, strukturieren Konflikte, bilden Mehrheiten, treffen Entscheidungen und setzen sie um.

Damit lässt sich der grundlegende Transformationsprozess als institutionelle Wirkungskette darstellen:

gesellschaftliche Veränderung → gesellschaftliche Wahrnehmung → politische Artikulation → institutionelle Repräsentation → politische Entscheidung → administrative Umsetzung → gesellschaftliche Wirkung → politische Rückkopplung.

An jeder Stelle dieser Kette können Störungen entstehen.

Probleme können gesellschaftlich unterschätzt werden.

Interessen können unzureichend repräsentiert sein.

Parlamente können Schwierigkeiten bei der Mehrheitsbildung entwickeln.

Koalitionen können sich in internen Konflikten blockieren.

Verwaltungen können mit der Umsetzung überfordert sein.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Zuständigkeiten können unklar bleiben.

Politische Entscheidungen können gesellschaftlich schlecht vermittelt werden.

Damit wird demokratische Steuerungsfähigkeit nicht durch eine einzelne Institution bestimmt.

Sie entsteht aus der Funktionsfähigkeit der gesamten Verbindung zwischen Gesellschaft und Staat.

Handlungsfähigkeit und Legitimität können nicht getrennt werden

Die institutionellen Analysen zeigen zugleich, dass staatliche Handlungsfähigkeit und demokratische Legitimität keine voneinander unabhängigen Größen sind.

Ein Staat kann Entscheidungen schnell treffen und dennoch gesellschaftliche Legitimität verlieren, wenn Interessen systematisch ausgeschlossen oder institutionelle Grenzen missachtet werden.

Umgekehrt kann ein politisches System über umfassende Beteiligungs- und Kontrollverfahren verfügen und dennoch Vertrauen verlieren, wenn es dauerhaft keine Entscheidungen trifft oder beschlossene Maßnahmen nicht umsetzen kann.

Demokratische Steuerungsfähigkeit entsteht deshalb aus einer Balance.

Politische Institutionen müssen ausreichend offen sein, um unterschiedliche Interessen aufzunehmen.

Sie müssen gleichzeitig ausreichend entscheidungsfähig sein, um verbindliche Politik zu entwickeln.

Und sie müssen über administrative Kapazitäten verfügen, um Entscheidungen tatsächlich umzusetzen.

Damit verdichten sich drei bereits entwickelte Dimensionen:

Repräsentationsfähigkeit – Entscheidungsfähigkeit – Umsetzungsfähigkeit.

Hinzu kommt eine vierte:

Vermittlungsfähigkeit.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Politische Entscheidungen müssen gesellschaftlich nachvollziehbar bleiben.

Diese vier Fähigkeiten bilden gemeinsam eine zentrale Grundlage demokratischer Steuerungsfähigkeit.

Komplexität erhöht den Koordinationsbedarf

Die empirischen Befunde zeigen weiterhin, dass politische Steuerung zunehmend nicht durch einzelne Institutionen erfolgen kann.

Föderalismus, kommunale Selbstverwaltung und europäische Integration verteilen politische Verantwortung auf mehrere Ebenen.

Gleichzeitig überschreiten gesellschaftliche Probleme traditionelle Zuständigkeitsgrenzen.

Damit wird Koordinationsfähigkeit selbst zu einer politischen Ressource.

Die entscheidende Alternative lautet nicht mehr ausschließlich Zentralisierung oder Dezentralisierung.

Entscheidend ist, ob unterschiedliche Ebenen gemeinsam handeln können.

Dabei entsteht jedoch ein neues demokratisches Problem.

Je mehr Institutionen an einer Entscheidung beteiligt sind, desto schwieriger wird Verantwortungszuschreibung.

Die Analysen des Föderalismus, der Kommunen und europäischer Mehrebenenpolitik zeigen deshalb dieselbe strukturelle Herausforderung:

Koordination darf nicht in Verantwortungsdiffusion übergehen.

Eine moderne demokratische Ordnung benötigt geteilte Zuständigkeiten, aber nachvollziehbare Verantwortungsketten.

Bürger müssen nicht sämtliche institutionellen Einzelheiten kennen.

Sie müssen jedoch grundsätzlich erkennen können, welche Ebene entscheidet, welche finanziert, welche umsetzt und welche politische Korrektur vornehmen kann.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die Kommune verbindet institutionelle Politik mit gesellschaftlicher Erfahrung

Eine besondere Stellung nimmt dabei die kommunale Ebene ein.

Viele gesellschaftliche Transformationsprozesse werden dort konkret erfahrbar.

Migration wird in Schulen, Wohnquartieren und sozialen Einrichtungen sichtbar. Demografischer Wandel verändert lokale Infrastruktur. Wirtschaftlicher Strukturwandel beeinflusst Beschäftigung und kommunale Finanzen. Klimapolitik wird durch Verkehr, Wärmeplanung oder Stadtentwicklung konkret.

Kommunen besitzen damit eine doppelte Funktion.

Sie sind Umsetzungsorte staatlicher Politik.

Gleichzeitig sind sie demokratische Erfahrungsräume.

Für Bürger zeigt sich staatliche Leistungsfähigkeit häufig nicht zuerst in institutionellen Strukturen, sondern in der konkreten Qualität öffentlicher Leistungen.

Damit kann eine Diskrepanz entstehen: Eine Kommune wird für Entwicklungen verantwortlich gemacht, deren wesentliche Ursachen oder finanzielle Rahmenbedingungen auf anderen politischen Ebenen liegen.

Gerade deshalb bildet die kommunale Ebene einen besonders sensiblen Punkt innerhalb der gesamten Steuerungskette.

Wenn Aufgaben, Ressourcen und Verantwortung dauerhaft auseinanderfallen, können lokale Überforderung und gesamtstaatlicher Vertrauensverlust miteinander verbunden werden.

Deutschland zeigt eine besondere Verbindung europäischer Transformationsmuster

Der deutsche Untersuchungsfall bestätigt viele der europäischen Entwicklungslinien, besitzt jedoch zugleich spezifische Merkmale.

Deutschland erlebt wie andere europäische Demokratien die Schwächung traditioneller Parteibindungen, zunehmende Fragmentierung, migrationspolitische Konflikte, demografischen Wandel und wirtschaftlichen Anpassungsdruck.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Gleichzeitig besitzt Deutschland eine vergleichsweise starke institutionelle Ordnung.

Föderalismus, Verfassungsgerichtsbarkeit, parlamentarische Demokratie, kommunale Selbstverwaltung und gesellschaftliche Organisationen erzeugen erhebliche institutionelle Stabilität.

Hinzu kommt jedoch die besondere Verbindung westdeutscher demokratischer Kontinuität mit ostdeutschen Transformationserfahrungen seit 1989/90.

Damit existieren innerhalb desselben Staates unterschiedliche historische Erfahrungshorizonte.

Deutschland ist deshalb weder ein europäischer Sonderfall noch lediglich ein durchschnittlicher europäischer Fall.

Es verbindet allgemeine europäische Transformationsprozesse mit spezifischen historischen, föderalen, wirtschaftlichen und regionalen Strukturen.

Gerade diese Kombination macht Deutschland zu einem besonders aufschlussreichen Untersuchungsraum für die Frage, wie institutionelle Stabilität unter Bedingungen zunehmender gesellschaftlicher Veränderung erhalten werden kann.

Demokratische Erosion entsteht nicht automatisch aus gesellschaftlicher Krise

Der Vergleich der europäischen Fälle erlaubt schließlich eine wichtige Abgrenzung.

Gesellschaftliche Polarisierung, politische Fragmentierung, Regierungsinstabilität oder populistische Mobilisierung sind nicht automatisch demokratische Erosion.

Demokratische Systeme können erhebliche politische Konflikte verkraften.

Entscheidend ist, ob zentrale institutionelle Bedingungen erhalten bleiben:

freie und faire Wahlen, offene politische Konkurrenz, unabhängige Gerichte, pluralistische Öffentlichkeit, Minderheitenrechte und die Möglichkeit zukünftiger Machtwechsel.

Damit zeigt sich ein wesentlicher Unterschied zwischen politischer Instabilität und institutioneller Instabilität.

Regierungen können häufig wechseln, während demokratische Institutionen stabil bleiben.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Parteien können verschwinden und neue Parteien entstehen, ohne dass Demokratie gefährdet wird.

Selbst tiefgreifende politische Richtungswechsel gehören zur demokratischen Normalität.

Demokratische Erosion beginnt dort, wo politische Akteure versuchen, die Offenheit zukünftiger Konkurrenz strukturell zu begrenzen.

Gerade deshalb ist die Unterscheidung zwischen **Transformation innerhalb der Demokratie und Transformation der Demokratie selbst** analytisch unverzichtbar.

Die empirischen Befunde verdichten sich zu einem gemeinsamen Wirkungszusammenhang

In der Gesamtschau entsteht damit ein mehrstufiger Zusammenhang.

Gesellschaftliche Transformation erzeugt zunächst Veränderungen von Lebensbedingungen, Interessen und Erwartungen.

Diese Veränderungen werden gesellschaftlich wahrgenommen und politisch interpretiert.

Parteien und Bewegungen übersetzen sie in politische Konflikte.

Wahlen verändern parlamentarische Kräfteverhältnisse.

Parlamente und Koalitionen übersetzen politische Vielfalt in Entscheidungen.

Föderale, europäische und kommunale Institutionen koordinieren unterschiedliche Zuständigkeiten.

Verwaltungen setzen Entscheidungen um.

Die gesellschaftlichen Wirkungen dieser Politik erzeugen wiederum neue Erfahrungen und politische Bewertungen.

Damit entsteht kein linearer Prozess, sondern ein Rückkopplungssystem:

Strukturelle Transformation → gesellschaftliche Erfahrung → politische Wahrnehmung → Repräsentation und Mobilisierung → institutionelle Entscheidung → Umsetzung → gesellschaftliche Wirkung → Vertrauen oder Misstrauen → veränderte politische Orientierung → neue institutionelle Entscheidung.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die politische Entwicklung einer Demokratie hängt wesentlich davon ab, ob dieser Kreislauf lernfähig bleibt.

Wenn gesellschaftliche Veränderungen früh wahrgenommen, Interessen repräsentiert, Entscheidungen getroffen, Maßnahmen umgesetzt und Fehler korrigiert werden können, kann Transformation innerhalb demokratischer Institutionen verarbeitet werden.

Wenn dagegen Wahrnehmungs-, Repräsentations-, Entscheidungs- und Umsetzungsdefizite dauerhaft zusammenwirken, können sich negative Rückkopplungen verstärken.

Der zentrale empirische Befund dieser Untersuchung lautet deshalb: Gesellschaftliche Transformation destabilisiert Demokratie nicht zwangsläufig. Demokratische Risiken entstehen vor allem dort, wo gesellschaftlicher Wandel dauerhaft schneller verläuft als die Wahrnehmungs-, Repräsentations-, Entscheidungs-, Umsetzungs- und Lernfähigkeit politischer Institutionen.

Damit lässt sich die Vielzahl der untersuchten Entwicklungen auf einen gemeinsamen analytischen Zusammenhang zurückführen. Migration, demografischer Wandel, wirtschaftliche Umstrukturierung, regionale Ungleichheit, Parteiensystemwandel, Populismus, institutionelle Fragmentierung und europäische Mehrebenenpolitik sind keine voneinander unabhängigen Einzelphänomene. Sie wirken innerhalb eines gemeinsamen gesellschaftlich-politischen Transformationsprozesses.

Die empirischen Befunde sprechen zugleich gegen deterministische Erklärungen. Weder wirtschaftliche Krise noch Migration, kultureller Wandel, Digitalisierung oder demografische Veränderung besitzen eine zwangsläufige politische Wirkung. Ihre Folgen werden durch gesellschaftliche Wahrnehmung, politische Interpretation und institutionelle Verarbeitung vermittelt.

Damit wird die Qualität demokratischer Rückkopplung zum entscheidenden Verbindungselement. Eine leistungsfähige Demokratie muss gesellschaftliche Veränderungen erkennen, unterschiedliche Interessen politisch sichtbar machen, verbindliche Entscheidungen ermöglichen, diese administrativ umsetzen und ihre tatsächlichen Wirkungen wieder in den politischen Prozess zurückführen.

Aus der empirischen Untersuchung entsteht damit ein umfassenderer Begriff demokratischer Steuerungsfähigkeit. Sie besteht nicht allein in der Fähigkeit des Staates, Entscheidungen zu treffen. **Sie bezeichnet die Fähigkeit einer demokratischen Ordnung, gesellschaftliche Veränderung fortlaufend wahrzunehmen, politisch zu repräsentieren, institutionell zu verarbeiten, praktisch zu gestalten und aufgrund ihrer Wirkungen wieder zu korrigieren.**

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die Zusammenführung der empirischen Befunde bildet damit zugleich den Übergang von der Beschreibung einzelner Transformationsprozesse zu ihrer systematischen Erklärung. Die entscheidende Frage lautet nun nicht mehr nur, **welche Veränderungen stattgefunden haben**, sondern **durch welche Mechanismen gesellschaftliche Transformation in politische Stabilität, Anpassung, Polarisierung oder institutionelle Erosion übersetzt wird**.

Kapitel 117 – Gesellschaftliche Transformation und politische Repräsentation

Die Zusammenführung der empirischen Befunde hat gezeigt, dass gesellschaftliche Transformation nicht unmittelbar in politische Stabilität oder Instabilität übersetzt wird. Zwischen struktureller Veränderung und politischem Ergebnis liegen Wahrnehmung, Interessenbildung, politische Mobilisierung und institutionelle Verarbeitung. Innerhalb dieses Zusammenhangs besitzt politische Repräsentation eine Schlüsselstellung. Sie bildet jene Verbindung, über die gesellschaftliche Erfahrungen in das politische System gelangen und dort zu Konflikten, Programmen, Mehrheiten und Entscheidungen werden können.

Damit verändert sich zugleich die Perspektive auf die gegenwärtigen Repräsentationsprobleme europäischer Demokratien. Die entscheidende Entwicklung besteht nicht darin, dass gesellschaftliche Interessen verschwinden oder Bürger grundsätzlich kein politisches Interesse mehr besitzen. Vielmehr verändert sich die gesellschaftliche Struktur, innerhalb derer Interessen entstehen und organisiert werden. Traditionelle Milieus verlieren an Geschlossenheit, Lebensläufe differenzieren sich, regionale Entwicklungen verlaufen auseinander, Migration erhöht gesellschaftliche Vielfalt und neue kulturelle, ökologische und identitätspolitische Konflikte ergänzen klassische wirtschaftliche Verteilungskonflikte.

Politische Repräsentation muss deshalb eine Gesellschaft abbilden und politisch integrieren, deren Konfliktstruktur komplexer geworden ist. Die Parteien und Institutionen, die diese Aufgabe übernehmen, stehen vor einem grundlegenden Anpassungsproblem: Sie müssen gesellschaftliche Vielfalt sichtbar machen und gleichzeitig aus dieser Vielfalt handlungsfähige politische Mehrheiten entwickeln.

Repräsentation ist damit nicht lediglich eine Frage politischer Abbildung. Sie ist eine **politische Übersetzungs- und Integrationsleistung**.

Gesellschaftliche Transformation wird für demokratische Systeme besonders dort politisch relevant, wo sich gesellschaftliche Erfahrungen schneller verändern als ihre politischen Repräsentationsformen. Repräsentationsprobleme entstehen deshalb nicht

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

allein aus mangelnder Beteiligung, sondern aus einer wachsenden Distanz zwischen veränderten gesellschaftlichen Wirklichkeiten und den politischen Strukturen, durch die diese Wirklichkeiten wahrgenommen, gebündelt und in Entscheidungen übersetzt werden.

Die gesellschaftlichen Grundlagen politischer Repräsentation verändern sich

Repräsentative Demokratie war niemals eine unmittelbare Abbildung sämtlicher gesellschaftlicher Interessen. Zwischen Individuum und Staat existierten gesellschaftliche Vermittlungsstrukturen, die politische Orientierung und Interessenbündelung ermöglichten.

Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Wirtschaftsverbände, Vereine und andere Organisationen verbanden soziale Lebenswelten mit politischer Repräsentation. Beruf, Religion, soziale Lage und regionale Herkunft beeinflussten politische Zugehörigkeit über lange Zeit relativ stark.

Dadurch entstanden politische Großmilieus.

Sie erleichterten Repräsentation, weil gesellschaftliche Interessen in vergleichsweise stabilen organisatorischen Strukturen gebündelt werden konnten.

Diese Voraussetzungen haben sich verändert.

Individualisierung, Bildungsexpansion, veränderte Erwerbsstrukturen, gesellschaftliche Mobilität, Migration und kulturelle Pluralisierung haben traditionelle Milieugrenzen durchlässiger gemacht. Menschen verfügen zunehmend über mehrere gesellschaftliche Zugehörigkeiten gleichzeitig.

Ein Arbeitnehmer kann wirtschaftspolitisch sozialstaatliche Positionen vertreten, gesellschaftspolitisch konservativ orientiert sein, europäische Integration unterstützen und gleichzeitig eine restriktivere Migrationspolitik bevorzugen.

Solche Kombinationen lassen sich nur begrenzt in traditionelle politische Lager einordnen.

Damit entsteht keine Gesellschaft ohne politische Interessen.

Es entsteht eine Gesellschaft mit **komplexeren Interessenprofilen**.

Diese Entwicklung bildet eine wesentliche Grundlage der Transformation europäischer Parteiensysteme.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Von dauerhaften Parteibindungen zu beweglicher politischer Repräsentation

Wenn gesellschaftliche Milieus schwächer werden, verlieren auch langfristige Parteibindungen an Stabilität.

Wähler entscheiden häufiger zwischen unterschiedlichen Parteien und können ihre politische Präferenz von Wahl zu Wahl verändern. Neue Themen können traditionelle politische Bindungen überlagern.

Damit verändert sich die Funktion politischer Parteien.

Früher konnten große Parteien ihre gesellschaftliche Integrationskraft teilweise aus stabilen Milieus beziehen.

Heute müssen sie gesellschaftliche Bündnisse wesentlich stärker aktiv herstellen.

Die politische Herausforderung besteht damit zunehmend darin, **wechselnde Wählerkoalitionen** zu bilden.

Dies verändert auch politische Programmatik.

Parteien müssen unterschiedliche gesellschaftliche Interessen miteinander verbinden, ohne ihre politische Identität vollständig zu verlieren.

Dabei entsteht ein strukturelles Spannungsverhältnis.

Je breiter eine Partei unterschiedliche Gruppen ansprechen möchte, desto größer wird das Risiko programmatischer Unschärfe.

Je stärker sie sich dagegen auf ein klar definiertes gesellschaftliches Segment konzentriert, desto schwieriger kann es werden, breite politische Mehrheiten zu bilden.

Die Krise traditioneller Volksparteien ist deshalb nicht lediglich eine Folge schlechter politischer Kommunikation oder einzelner strategischer Entscheidungen.

Sie verweist auf eine tiefere Veränderung der gesellschaftlichen Voraussetzungen politischer Integration.

Neue Konfliktlinien überlagern die klassische Links-Rechts-Ordnung

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die gesellschaftliche Transformation verändert zugleich die Struktur politischer Konflikte.

Wirtschaftliche Verteilungsfragen bleiben bedeutend. Einkommen, Vermögen, Arbeitsmarkt, soziale Sicherung und Steuerpolitik bilden weiterhin zentrale politische Konfliktfelder.

Hinzu kommen jedoch weitere Dimensionen.

Migration und Integration, nationale Identität, europäische Integration, ökologische Transformation, gesellschaftliche Werte, Sicherheit und kulturelle Zugehörigkeit haben an politischer Bedeutung gewonnen.

Dadurch entstehen Konfliktkombinationen, die nicht vollständig entlang einer einzigen Links-Rechts-Achse verlaufen.

Diese Mehrdimensionalität erklärt einen Teil der wachsenden Fragmentierung europäischer Parteiensysteme.

Unterschiedliche Parteien können unterschiedliche Konfliktdimensionen politisieren.

Grüne Parteien mobilisieren beispielsweise stark entlang ökologischer und gesellschaftspolitischer Fragen. Rechtspopulistische Parteien verbinden Migration, nationale Identität und Kritik politischer Eliten. Liberale Parteien betonen wirtschaftliche oder gesellschaftliche Freiheitsfragen. Sozialdemokratische und konservative Parteien versuchen häufig, mehrere dieser Konfliktdimensionen gleichzeitig zu integrieren.

Damit wird politische Repräsentation komplexer.

Das Parteiensystem muss eine Gesellschaft abbilden, deren Konfliktstruktur nicht mehr entlang einer dominierenden Achse organisiert ist.

Nicht jede gesellschaftliche Erfahrung wird gleich schnell politisch sichtbar

Gesellschaftliche Transformation erzeugt jedoch nicht automatisch politische Repräsentation.

Zwischen einer gesellschaftlichen Veränderung und ihrer politischen Artikulation kann erhebliche Zeit liegen.

Manche Gruppen verfügen über starke Organisationen, professionelle Interessenvertretung und direkten Zugang zu politischen Institutionen.

Andere gesellschaftliche Erfahrungen bleiben lange politisch diffus.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Regionale Abstiegsängste, Anerkennungsprobleme, kulturelle Unsicherheit oder alltägliche Überforderung können gesellschaftlich verbreitet sein, ohne zunächst eine klare politische Organisationsform zu besitzen.

Erst wenn Parteien, Bewegungen oder politische Akteure solche Erfahrungen in eine gemeinsame Interpretation übersetzen, können daraus politische Konflikte entstehen.

Damit erhält politische Sprache erhebliche Bedeutung.

Sie beschreibt gesellschaftliche Realität nicht lediglich.

Sie strukturiert sie.

Aus unterschiedlichen individuellen Erfahrungen kann durch politische Interpretation ein gemeinsamer gesellschaftlicher Konflikt entstehen.

Gerade populistische Mobilisierung zeigt diese Übersetzungsleistung besonders deutlich. Unterschiedliche Erfahrungen von Unsicherheit, Kontrollverlust oder mangelnder Repräsentation werden zu einer gemeinsamen politischen Erzählung verbunden.

Damit wird sichtbar, warum politische Repräsentation niemals ausschließlich gesellschaftliche Realität abbildet.

Sie interpretiert und organisiert gesellschaftliche Realität politisch.

Die Wahrnehmungslücke zwischen gesellschaftlicher Erfahrung und politischer Politik

Ein besonderes Repräsentationsproblem entsteht, wenn gesellschaftliche Gruppen ihre Erfahrungen innerhalb politischer Debatten nicht wiedererkennen.

Dabei muss objektive Vernachlässigung nicht zwingend vorliegen.

Politische Institutionen können ein Problem bearbeiten, ohne dass diese Bearbeitung gesellschaftlich sichtbar wird.

Umgekehrt können politische Akteure Themen stark hervorheben, deren tatsächliche gesellschaftliche Bedeutung geringer ist als ihre öffentliche Aufmerksamkeit.

Damit entsteht eine mögliche Wahrnehmungslücke zwischen gesellschaftlicher Erfahrung und institutioneller Reaktion.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Diese Lücke kann sich verstärken:

gesellschaftliche Erfahrung → geringe wahrgenommene politische Reaktion → Gefühl mangelnder Repräsentation → Vertrauensverlust → Protestmobilisierung → stärkere Distanz zu etablierten Institutionen.

Gerade deshalb ist politische Kommunikation Bestandteil von Repräsentation.

Es genügt nicht, dass Institutionen gesellschaftliche Probleme intern bearbeiten.

Bürger müssen erkennen können, dass ihre Erfahrungen wahrgenommen wurden, welche Zielkonflikte bestehen und warum bestimmte Entscheidungen getroffen oder nicht getroffen werden.

Repräsentation besitzt damit eine kommunikative Dimension.

Region und Lebensraum gewinnen für politische Repräsentation an Bedeutung

Die empirischen Befunde haben zugleich gezeigt, dass gesellschaftliche Transformation räumlich unterschiedlich verläuft.

Metropolen, ländliche Räume, industrielle Regionen und strukturschwächere Gebiete erleben wirtschaftliche, demografische und kulturelle Veränderungen unterschiedlich.

Dadurch entstehen territoriale politische Konfliktmuster.

Diese Entwicklung ist in Deutschland ebenso sichtbar wie in Frankreich, Italien, Polen oder anderen europäischen Staaten.

Regionale Unterschiede sind dabei nicht ausschließlich ökonomisch.

Sie besitzen eine Erfahrungsdimension.

Menschen vergleichen die Entwicklung ihres unmittelbaren Lebensumfelds mit anderen Regionen und mit gesellschaftlichen Zukunftserwartungen.

Wenn Infrastruktur zurückgeht, junge Menschen abwandern oder wirtschaftliche Perspektiven unsicher erscheinen, kann eine Region gesellschaftlichen Bedeutungsverlust erleben, selbst wenn statistische Lebensbedingungen weiterhin vergleichsweise stabil sind.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Politische Repräsentation muss deshalb zunehmend auch territoriale Erfahrungen aufnehmen.

Föderale Strukturen, Kommunen und regionale politische Institutionen besitzen hier eine besondere Funktion.

Sie können gesellschaftliche Unterschiede sichtbar machen, die nationale Durchschnittswerte verdecken.

Migration verändert sowohl die Gesellschaft als auch ihre Repräsentationskonflikte

Migration wirkt auf politische Repräsentation in mehrfacher Hinsicht.

Sie verändert zunächst die gesellschaftliche Zusammensetzung.

Neue Bevölkerungsgruppen entwickeln eigene soziale, wirtschaftliche und politische Interessen.

Gleichzeitig verändert Migration die Wahrnehmung bereits bestehender gesellschaftlicher Gruppen.

Fragen nach Integration, öffentlicher Infrastruktur, kultureller Zugehörigkeit und staatlicher Steuerungsfähigkeit gewinnen an Bedeutung.

Damit entstehen unterschiedliche Repräsentationsansprüche gleichzeitig.

Menschen mit Migrationsgeschichte erwarten politische Teilhabe und gesellschaftliche Anerkennung.

Andere gesellschaftliche Gruppen erwarten, dass staatliche Institutionen Migration kontrollieren, Integration organisieren und gemeinsame Regeln durchsetzen.

Eine demokratische Repräsentationsordnung darf diese Erwartungen nicht künstlich gegeneinander isolieren.

Ihre Aufgabe besteht darin, unterschiedliche Interessen innerhalb eines gemeinsamen politischen Rahmens zu verarbeiten.

Gerade daran zeigt sich die integrative Funktion demokratischer Politik.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Repräsentation bedeutet nicht, gesellschaftliche Gruppen dauerhaft in getrennte politische Identitäten aufzuteilen.

Sie muss Möglichkeiten schaffen, **gruppenübergreifende politische Interessen und gemeinsame demokratische Zugehörigkeit** zu entwickeln.

Digitale Öffentlichkeit verändert den Zugang zur politischen Repräsentation

Die Digitalisierung hat die Bedingungen politischer Artikulation tiefgreifend verändert.

Bürger benötigen nicht mehr zwingend Parteien, Verbände oder traditionelle Medien, um politische Positionen öffentlich sichtbar zu machen.

Soziale Netzwerke ermöglichen unmittelbare Mobilisierung und politische Kommunikation.

Dies erweitert politische Beteiligungsmöglichkeiten.

Gleichzeitig verändert es die Selektionsmechanismen politischer Aufmerksamkeit.

Emotionale, konfliktreiche oder stark vereinfachte Inhalte können größere Reichweite erzielen als komplexe politische Abwägungen.

Damit entsteht eine neue Form politischer Ungleichheit.

Nicht notwendigerweise die gesellschaftlich größten Gruppen erhalten die größte Aufmerksamkeit.

Besonders mobilisierungsfähige Gruppen können öffentliche Debatten dominieren.

Politische Institutionen stehen deshalb vor einer schwierigen Aufgabe.

Sie müssen digitale Öffentlichkeit ernst nehmen, ohne digitale Aufmerksamkeit mit gesellschaftlicher Repräsentativität gleichzusetzen.

Demokratische Responsivität benötigt deshalb die Fähigkeit, zwischen **Lautstärke, Reichweite, tatsächlicher Betroffenheit und gesellschaftlicher Repräsentativität** zu unterscheiden.

Fragmentierung verändert den Ort politischer Integration

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die zunehmende Vielfalt politischer Repräsentation verändert schließlich die institutionelle Verarbeitung gesellschaftlicher Interessen.

Wenn große Parteien weniger gesellschaftliche Gruppen gleichzeitig integrieren können, steigt die Zahl relevanter Parteien.

Dadurch verschiebt sich ein Teil politischer Integrationsleistung.

Der traditionelle Weg lautete häufig:

unterschiedliche gesellschaftliche Interessen → innerparteilicher Ausgleich → Parteiprogramm → parlamentarische Mehrheit → Regierung.

In fragmentierten Parteiensystemen entsteht häufiger:

unterschiedliche gesellschaftliche Interessen → mehrere Parteien → parlamentarische Konkurrenz → Koalitionsverhandlung → politischer Kompromiss → Regierung.

Die gesellschaftliche Integration verschwindet damit nicht.

Sie verlagert sich teilweise.

Koalitionen übernehmen einen Teil jener Integrationsleistung, die früher innerhalb großer Volksparteien stattfand.

Diese Verschiebung besitzt erhebliche Folgen.

Politische Kompromisse werden sichtbar.

Gleichzeitig erscheinen sie leichter als Abweichung von Wahlversprechen, weil Parteien zunächst getrennt um Stimmen konkurrieren und anschließend gemeinsam regieren müssen.

Damit verbindet sich die Transformation politischer Repräsentation unmittelbar mit den zuvor untersuchten Fragen von Koalitionsfähigkeit, Kompromissvermittlung und Verantwortungszuschreibung.

Repräsentation muss Interessen sichtbar machen und zugleich integrieren

Aus diesen Entwicklungen ergibt sich eine zentrale Doppelanforderung.

Eine moderne Demokratie muss gesellschaftliche Vielfalt politisch sichtbar machen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Sie darf neue Konflikte nicht unterdrücken, nur weil sie bestehende Parteiensysteme oder politische Routinen herausfordern.

Gleichzeitig darf Repräsentation nicht in eine dauerhafte politische Segmentierung der Gesellschaft übergehen.

Wenn jede gesellschaftliche Gruppe ausschließlich durch eine eigene politische Organisation vertreten wird und politische Identität zunehmend aus Abgrenzung gegenüber anderen Gruppen entsteht, wird gemeinsame Mehrheitsbildung schwieriger.

Repräsentation besitzt deshalb zwei Funktionen:

Differenz sichtbar machen und Differenz politisch integrieren.

Diese beiden Aufgaben können in Spannung zueinander geraten.

Zu geringe politische Differenzierung erzeugt Repräsentationsdefizite.

Zu starke Segmentierung kann gemeinsame Entscheidungsfähigkeit schwächen.

Demokratische Repräsentation muss zwischen beiden Risiken vermitteln.

Die Qualität politischer Repräsentation entscheidet sich nicht daran, ob jede gesellschaftliche Gruppe eine eigene politische Stimme erhält. Sie entscheidet sich daran, ob unterschiedliche gesellschaftliche Erfahrungen sichtbar werden und zugleich in einen gemeinsamen demokratischen Entscheidungsprozess eingebunden bleiben. Repräsentation muss gesellschaftliche Vielfalt ausdrücken, ohne politische Gemeinschaft in dauerhaft voneinander getrennte Teilöffentlichkeiten und Interessengruppen aufzulösen.

Damit zeigt sich politische Repräsentation als einer der zentralen Mechanismen, durch die gesellschaftliche Transformation in politische Entwicklung übersetzt wird. Sie verbindet gesellschaftliche Erfahrung mit Parteien, Wahlen, Parlamenten und Regierungen und entscheidet damit wesentlich darüber, ob Veränderungsdruck innerhalb demokratischer Institutionen verarbeitet werden kann.

Die empirischen Befunde sprechen dabei gegen die Vorstellung einer einfachen allgemeinen Repräsentationskrise. Vielmehr verändert sich die Form politischer Repräsentation. Langfristige Parteibindungen werden schwächer, während kurzfristigere und thematisch spezifischere Mobilisierung zunimmt. Neue Parteien entstehen, bestehende Parteien verändern ihre Programme und politische Integration verlagert sich teilweise von innerparteilichen Strukturen in parlamentarische und koalitionäre Verhandlungen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Diese Entwicklung erhöht die Anforderungen an demokratische Institutionen. **Je vielfältiger gesellschaftliche Interessen politisch repräsentiert werden, desto größer wird gleichzeitig die Notwendigkeit, aus dieser Vielfalt gemeinsame Entscheidungen entstehen zu lassen.**

Damit liegt die entscheidende demokratische Herausforderung nicht in der Wiederherstellung einer gesellschaftlichen Ordnung, in der wenige große Parteien dauerhaft stabile Milieus repräsentieren konnten. Diese gesellschaftlichen Voraussetzungen lassen sich nicht politisch zurückholen.

Die Aufgabe besteht vielmehr darin, eine neue Form demokratischer Integrationsfähigkeit zu entwickeln: offen genug, um veränderte gesellschaftliche Konflikte aufzunehmen, stabil genug, um politische Konkurrenz innerhalb gemeinsamer Regeln zu halten, und handlungsfähig genug, um aus fragmentierter Repräsentation verbindliche Entscheidungen entstehen zu lassen.

Gesellschaftliche Transformation verändert damit nicht nur, was politisch entschieden werden muss. Sie verändert zugleich, wer politische Interessen artikuliert, wie diese Interessen organisiert werden und auf welchem institutionellen Weg aus gesellschaftlicher Vielfalt demokratische Handlungsfähigkeit entsteht.

Kapitel 118 – Konfliktlinien und Parteiensystem als Rückkopplungssystem

Gesellschaftliche Konfliktlinien und Parteiensysteme stehen in einem wechselseitigen Verhältnis. Parteien reagieren auf gesellschaftliche Veränderungen, indem sie neue Themen aufnehmen, bestehende Positionen verändern und unterschiedliche gesellschaftliche Interessen miteinander verbinden. Gleichzeitig wirken Parteien auf die Wahrnehmung gesellschaftlicher Konflikte zurück. Sie entscheiden mit darüber, welche Probleme politische Aufmerksamkeit erhalten, wie diese interpretiert werden und welche gesellschaftlichen Gruppen sich in gemeinsamen politischen Lagern wiederfinden.

Das Parteiensystem ist deshalb nicht lediglich ein Spiegel gesellschaftlicher Strukturen. Es ist ein aktiver Bestandteil ihrer politischen Verarbeitung.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Diese Perspektive erweitert die bisherige Analyse politischer Repräsentation. Gesellschaftliche Transformation verändert Interessen, Erfahrungen und Erwartungen. Daraus entstehen jedoch nicht automatisch eindeutig definierte politische Konflikte. Erst durch gesellschaftliche Kommunikation, politische Mobilisierung und parteipolitische Interpretation werden unterschiedliche Erfahrungen zu politisch wirksamen Konfliktlinien verbunden.

Gleichzeitig bleiben diese Konfliktlinien nicht unverändert. Wahlergebnisse, Regierungsentscheidungen, politische Erfolge oder Misserfolge und gesellschaftliche Reaktionen beeinflussen wiederum die Parteien. Programme werden verändert, neue Parteien entstehen, bestehende Parteien verlieren an Bedeutung oder entwickeln neue politische Bündnisse.

Damit entsteht ein fortlaufender Rückkopplungsprozess zwischen gesellschaftlicher Entwicklung und politischem Wettbewerb.

Parteiensysteme bilden gesellschaftliche Konflikte nicht lediglich ab. Sie strukturieren, interpretieren und verändern sie. Gesellschaftliche Transformation wirkt auf Parteien, während Parteien durch Themenwahl, politische Sprache, Koalitionsstrategien und Regierungsentscheidungen auf gesellschaftliche Wahrnehmungen zurückwirken. Parteiensysteme sind deshalb zentrale Rückkopplungssysteme moderner Demokratien.

Gesellschaftliche Unterschiede werden erst durch politische Übersetzung zu Konfliktlinien

Nicht jede gesellschaftliche Differenz entwickelt automatisch politische Bedeutung.

Gesellschaften unterscheiden sich nach Einkommen, Bildung, Beruf, Alter, Religion, Herkunft, Region, Lebensstil und zahlreichen weiteren Merkmalen. Nur ein Teil dieser Unterschiede wird dauerhaft politisch organisiert.

Eine politische Konfliktlinie entsteht dort, wo gesellschaftliche Unterschiede mit unterschiedlichen Interessen oder Wertvorstellungen verbunden werden und politische Akteure diese Unterschiede dauerhaft mobilisieren können.

Historisch entstanden europäische Parteiensysteme beispielsweise entlang von Konflikten zwischen Arbeit und Kapital, Kirche und Staat, Stadt und Land oder Zentrum und Peripherie.

Diese Konflikte waren gesellschaftlich vorhanden.

Ihre politische Bedeutung entstand jedoch dadurch, dass Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Verbände und andere Organisationen sie institutionell stabilisierten.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Damit zeigt sich bereits ein grundlegender Mechanismus:

gesellschaftlicher Unterschied → gemeinsame Erfahrung → politische Interpretation → organisatorische Mobilisierung → dauerhafte Konfliktlinie.

Parteien stehen am Ende dieses Prozesses nicht lediglich als Empfänger gesellschaftlicher Interessen.

Sie wirken bereits an deren politischer Formierung mit.

Die traditionellen Konfliktlinien verlieren ihre alleinige Ordnungsfunktion

Die klassischen Konfliktlinien europäischer Parteiensysteme sind nicht verschwunden.

Wirtschaftliche Verteilung, soziale Sicherung, Arbeitsbedingungen und Eigentumsfragen besitzen weiterhin erhebliche politische Bedeutung.

Auch religiöse und regionale Unterschiede wirken in einzelnen Gesellschaften fort.

Ihre politische Dominanz hat jedoch abgenommen.

Neue oder stärker politisierte Konflikte sind hinzugekommen.

Migration und Integration, ökologische Transformation, europäische Integration, nationale Souveränität, kulturelle Werte, gesellschaftliche Liberalität und Sicherheit strukturieren politische Konkurrenz zunehmend mit.

Dadurch entsteht keine vollständige Ablösung alter Konflikte durch neue.

Vielmehr überlagern sich unterschiedliche Konfliktdimensionen.

Ein Wähler kann wirtschaftspolitisch stärker umverteilungsorientiert sein und gleichzeitig gesellschaftspolitisch konservative Positionen vertreten. Ein anderer kann wirtschaftspolitisch marktorientiert und gesellschaftspolitisch liberal sein. Wieder andere verbinden ökologische Prioritäten mit unterschiedlichen sozial- oder migrationspolitischen Vorstellungen.

Damit verliert die klassische Links-Rechts-Achse einen Teil ihrer früheren Ordnungsleistung.

Sie bleibt politisch relevant, kann aber die zunehmende Mehrdimensionalität gesellschaftlicher Konflikte nicht mehr vollständig abbilden.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Genau daraus entsteht ein wesentlicher Teil der gegenwärtigen Fragmentierung europäischer Parteiensysteme.

Parteien bündeln Konflikte und schaffen politische Lager

Die zentrale Leistung politischer Parteien besteht darin, unterschiedliche Konflikte miteinander zu verbinden.

Ein Parteiprogramm ist deshalb mehr als eine Sammlung einzelner Positionen.

Es bildet ein Angebot gesellschaftlicher Konfliktordnung.

Parteien verbinden wirtschaftliche, soziale, kulturelle und institutionelle Fragen zu einem politischen Gesamtbild.

Dadurch können Menschen mit unterschiedlichen Einzelinteressen Teil derselben politischen Wählerkoalition werden.

Gerade traditionelle Volksparteien waren über lange Zeit besonders erfolgreich darin, solche heterogenen Bündnisse herzustellen.

Mit der gesellschaftlichen Differenzierung wird diese Aufgabe schwieriger.

Je mehr Konfliktlinien gleichzeitig politisch relevant werden, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Interessen innerhalb einer Partei widersprechen.

Eine Partei kann beispielsweise versuchen, urbane akademische Wähler und traditionelle industrielle Beschäftigtengruppen gleichzeitig anzusprechen, obwohl beide bei bestimmten Fragen der ökologischen Transformation unterschiedliche Prioritäten besitzen.

Konservative Parteien können wirtschaftsliberale, sozialstaatliche und kulturell konservative Wähler miteinander verbinden müssen.

Parteien entscheiden deshalb ständig, welche Konflikte sie hervorheben und welche sie innerhalb ihrer eigenen Organisation abschwächen.

Das Parteiensystem entsteht aus der Summe dieser strategischen Integrationsentscheidungen.

Neue Parteien entstehen häufig aus nicht ausreichend integrierten Konflikten

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Wenn bestehende Parteien gesellschaftlich relevante Konflikte dauerhaft nicht aufnehmen, kann politischer Raum für neue Parteien entstehen.

Die europäische Parteienentwicklung liefert dafür zahlreiche Beispiele.

Grüne Parteien entstanden wesentlich aus ökologischen, friedenspolitischen und gesellschaftlichen Bewegungen, die innerhalb bestehender Parteiensysteme zunächst nur begrenzt repräsentiert wurden.

Rechtspopulistische Parteien konnten insbesondere dort wachsen, wo Migration, nationale Identität, kultureller Wandel und Kritik politischer Eliten zu starken Mobilisierungsthemen wurden.

Neue linke oder protestorientierte Parteien entstanden teilweise aus Kritik an wirtschaftlicher Ungleichheit, Austerität oder etablierten sozialdemokratischen Parteien.

Damit besitzen offene Parteiensysteme einen wichtigen Anpassungsmechanismus.

Gesellschaftliche Konflikte müssen nicht innerhalb bestehender Parteien verbleiben.

Neue politische Angebote können entstehen.

Dies erhöht die Repräsentationsfähigkeit demokratischer Systeme.

Gleichzeitig erhöht es die Fragmentierung.

Damit entsteht ein wiederkehrendes Spannungsverhältnis:

mehr Repräsentation kann größere politische Vielfalt erzeugen – größere politische Vielfalt erhöht wiederum den Bedarf an nachträglicher politischer Integration.

Der Erfolg neuer Parteien verändert auch die etablierten Parteien

Neue Parteien verändern das Parteiensystem nicht nur durch ihre eigenen Wahlergebnisse.

Ihr Erfolg wirkt auf die übrigen Parteien zurück.

Etablierte Parteien können Themen übernehmen, ihre politische Sprache verändern oder ihre programmatischen Positionen neu bestimmen.

Gerade die Entwicklung rechtspopulistischer Parteien zeigt diesen Mechanismus deutlich.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Wenn Migration, innere Sicherheit oder nationale Identität erhebliche Wählerbewegungen auslösen, reagieren häufig auch konservative, liberale oder sozialdemokratische Parteien.

Dabei bestehen unterschiedliche Strategien.

Parteien können Positionen teilweise übernehmen, sich bewusst abgrenzen oder versuchen, das betreffende Thema durch andere politische Prioritäten zu relativieren.

Unabhängig von der jeweiligen Strategie hat sich das Parteiensystem bereits verändert.

Ein zuvor randständiges Thema kann zu einem zentralen Gegenstand politischer Konkurrenz werden.

Damit wird deutlich:

Parteien konkurrieren nicht nur um unterschiedliche Antworten. Sie konkurrieren auch darum, welche Fragen überhaupt im Zentrum politischer Auseinandersetzung stehen.

Diese Fähigkeit zur Themenstrukturierung gehört zu den wichtigsten Rückwirkungen des Parteiensystems auf gesellschaftliche Konfliktwahrnehmung.

Wahlen liefern Rückmeldungen über gesellschaftliche Veränderungen

Wahlen bilden einen zentralen Mechanismus dieses Rückkopplungssystems.

Sie zeigen politischen Akteuren, welche Angebote gesellschaftliche Unterstützung erhalten.

Parteien interpretieren Wahlergebnisse und versuchen daraus strategische Konsequenzen abzuleiten.

Doch Wahlergebnisse besitzen keine eindeutige Bedeutung.

Eine Partei kann Stimmen aus sehr unterschiedlichen Gründen verlieren. Wirtschaftliche Unzufriedenheit, personelle Fragen, ein einzelnes dominierendes Thema, langfristige gesellschaftliche Verschiebungen oder taktisches Wahlverhalten können gleichzeitig wirken.

Die Interpretation von Wahlergebnissen wird deshalb selbst Bestandteil politischer Konkurrenz.

Parteien entscheiden, welche gesellschaftliche Botschaft sie aus einer Wahl herauslesen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Diese Interpretation beeinflusst wiederum zukünftige Programme und Strategien.

Damit entsteht eine Rückkopplung:

gesellschaftliche Veränderung → verändertes Wahlverhalten → parteipolitische Interpretation → programmatische Anpassung → verändertes politisches Angebot → neues Wahlverhalten.

Das Parteiensystem lernt damit grundsätzlich aus gesellschaftlichen Rückmeldungen.

Es kann diese Rückmeldungen jedoch auch falsch interpretieren.

Regierungspolitik verändert die Konflikte, auf die Parteien reagieren

Der Rückkopplungsprozess endet nicht mit Wahlen.

Parteien gelangen in Regierungen und treffen Entscheidungen.

Diese Entscheidungen verändern gesellschaftliche Bedingungen.

Sozialpolitische Reformen beeinflussen Verteilungsverhältnisse. Migrationspolitik verändert Steuerung und Integration. Wirtschaftspolitik beeinflusst Beschäftigung und Investitionen. Energie- und Klimapolitik erzeugt neue wirtschaftliche Anreize und Anpassungskosten.

Parteien reagieren damit nicht nur auf gesellschaftliche Wirklichkeit.

Sie produzieren durch staatliches Handeln selbst neue gesellschaftliche Wirkungen.

Diese Wirkungen werden anschließend politisch bewertet.

Damit entsteht ein umfassenderer Kreislauf:

gesellschaftlicher Konflikt → parteipolitische Mobilisierung → Wahlentscheidung → Regierungsbildung → politische Entscheidung → gesellschaftliche Wirkung → neue Konflikterfahrung → veränderte politische Mobilisierung.

Dieser Kreislauf erklärt, warum Parteiensysteme nicht statisch betrachtet werden können.

Politische Entscheidungen verändern die gesellschaftlichen Voraussetzungen zukünftiger politischer Konkurrenz.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Koalitionen verändern die Rückkopplung zwischen Wahl und Regierung

In fragmentierten Parteiensystemen wird dieser Zusammenhang komplizierter.

Wähler entscheiden zunächst über die Stärke einzelner Parteien.

Regierungsprogramme entstehen anschließend häufig durch Koalitionsverhandlungen.

Damit wird das politische Angebot nach der Wahl erneut verändert.

Keine Regierungspartei kann ihr vollständiges Programm umsetzen.

Dies erschwert die gesellschaftliche Rückmeldung.

Ein Wähler kann mit einem Regierungsergebnis unzufrieden sein, obwohl die von ihm gewählte Partei einen Teil ihrer Positionen durchgesetzt hat. Umgekehrt kann schwer erkennbar sein, welcher Koalitionspartner für welchen Kompromiss verantwortlich war.

Damit wird die Rückkopplung zwischen Wahlentscheidung und Regierungspolitik weniger unmittelbar.

Gerade deshalb gewinnen Verantwortungszuschreibung und Kompromissvermittlung an Bedeutung.

Je stärker politische Integration nach der Wahl stattfindet, desto wichtiger wird es, gesellschaftlich zu erklären, wie aus konkurrierenden Wahlprogrammen ein gemeinsames Regierungsprogramm entstanden ist.

Polarisierung kann Rückkopplungsprozesse verstärken

Parteiensysteme können gesellschaftliche Konflikte nicht nur integrieren.

Sie können sie auch verstärken.

Dies geschieht besonders dann, wenn politische Konkurrenz zunehmend über die Delegitimierung des Gegners organisiert wird.

Politische Unterschiede werden dann nicht mehr hauptsächlich als Konflikte über Sachfragen interpretiert, sondern als Konflikte zwischen gesellschaftlichen Gruppen oder Identitäten.

Dadurch können parteipolitische Bindungen emotionaler werden.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die Wahrnehmung gesellschaftlicher Wirklichkeit wird stärker durch politische Zugehörigkeit geprägt.

Es entsteht ein selbstverstärkender Prozess:

politische Polarisierung → stärkere Gruppenidentifikation → selektivere Wahrnehmung politischer Informationen → negativere Bewertung des politischen Gegners → stärkere Polarisierung.

Digitale Medien können diese Dynamik zusätzlich beschleunigen.

Das Parteiensystem reagiert dann nicht lediglich auf gesellschaftliche Polarisierung.

Es wird selbst zu einem ihrer Verstärker.

Diese Rückkopplung ist für demokratische Stabilität besonders relevant.

Populismus verändert die Logik des politischen Wettbewerbs

Populistische Parteien verdeutlichen diese Dynamik in besonderer Weise.

Ihre Bedeutung liegt nicht ausschließlich in ihren politischen Programmen.

Populistische Mobilisierung verändert häufig die Interpretation politischer Konkurrenz selbst.

Der Konflikt wird als Gegensatz zwischen einem vermeintlich einheitlichen Volk und einer politischen Elite dargestellt.

Dadurch können unterschiedliche gesellschaftliche Probleme in einer gemeinsamen Konflikterzählung verbunden werden.

Diese Logik wirkt auf andere Parteien zurück.

Sie müssen entscheiden, ob sie populistische Themen übernehmen, ihnen widersprechen oder eine andere politische Konfliktstruktur anbieten.

Damit verändert Populismus das gesamte Wettbewerbsfeld.

Demokratisch entscheidend bleibt dabei die Grenze zwischen legitimer Elitenkritik und dem Anspruch exklusiver Volksvertretung.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Kritik an Regierungen, Parteien oder Institutionen gehört zur Demokratie.

Problematisch wird populistische Politik dort, wo nur noch die eigene politische Gruppe als legitimer Ausdruck des Volkes gilt und politische Gegner grundsätzlich als illegitim dargestellt werden.

Dann verändert sich der Wettbewerb von einer Auseinandersetzung **innerhalb** demokratischer Ordnung zu einer Auseinandersetzung **über die Legitimität ihrer Teilnehmer**.

Ein lernfähiges Parteiensystem benötigt offene Rückkopplung

Die Fähigkeit eines Parteiensystems zur demokratischen Anpassung hängt deshalb davon ab, ob seine Rückkopplungsmechanismen offen bleiben.

Parteien müssen gesellschaftliche Veränderungen wahrnehmen können.

Neue politische Angebote müssen entstehen dürfen.

Wähler müssen Regierungen abwählen können.

Opposition muss politische Alternativen entwickeln können.

Koalitionen müssen veränderte Mehrheiten ermöglichen.

Und Regierungsentscheidungen müssen gesellschaftlich korrigierbar bleiben.

Ein funktionierendes Rückkopplungssystem lässt sich damit als fortlaufender Prozess verstehen:

gesellschaftliche Veränderung → Entstehung oder Veränderung politischer Konfliktlinien → parteipolitische Interpretation → politische Mobilisierung → Wahl → parlamentarische Kräfteverhältnisse → Regierungsbildung → politische Entscheidung → gesellschaftliche Wirkung → erneute Konfliktbildung.

Die demokratische Qualität dieses Systems liegt gerade darin, dass kein einzelner Akteur den Kreislauf dauerhaft kontrollieren kann.

Gesellschaftliche Veränderung kann neue politische Konkurrenz hervorbringen.

Politische Konkurrenz kann bestehende Machtverhältnisse verändern.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Neue Mehrheiten können wiederum politische Entscheidungen korrigieren.

Die entscheidende Grenze liegt zwischen Verstärkung und Integration

Damit wird das Parteiensystem zu einem zentralen Vermittlungsraum gesellschaftlicher Transformation.

Es kann gesellschaftliche Konflikte sichtbar machen und dadurch demokratische Repräsentation verbessern.

Es kann Konflikte zugleich zuspitzen und gesellschaftliche Polarisierung verstärken.

Beide Funktionen sind nicht vollständig voneinander zu trennen.

Politischer Wettbewerb benötigt Unterschiede.

Eine Demokratie, in der Parteien keinerlei erkennbare Alternativen anbieten, kann ebenfalls Repräsentationsprobleme erzeugen.

Die entscheidende Frage lautet deshalb nicht, ob Parteien Konflikte verstärken dürfen.

Sie lautet, ob Konfliktverstärkung weiterhin in demokratische Integrationsprozesse zurückgeführt werden kann.

Parteien müssen Unterschiede deutlich machen können.

Nach Wahlen müssen aus diesen Unterschieden dennoch Parlamente, Mehrheiten, Koalitionen und verbindliche Entscheidungen entstehen.

Genau darin liegt die zentrale Integrationsleistung des Parteiensystems.

Ein demokratisches Parteiensystem ist weder bloßer Spiegel gesellschaftlicher Konflikte noch deren neutraler Vermittler. Es ist Teil eines fortlaufenden Rückkopplungsprozesses, in dem gesellschaftliche Veränderungen politische Angebote hervorbringen und politische Angebote wiederum gesellschaftliche Wahrnehmungen, Konflikte und zukünftige Mehrheiten verändern. Seine demokratische Qualität entscheidet sich daran, ob dieser Kreislauf offen, korrigierbar und integrationsfähig bleibt.

Damit lässt sich die Transformation europäischer Parteiensysteme präziser einordnen. Die Schwächung traditioneller Volksparteien, das Entstehen neuer Parteien, die zunehmende

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Fragmentierung und die Verschiebung politischer Konfliktlinien sind nicht voneinander getrennte Entwicklungen. Sie sind unterschiedliche Erscheinungsformen eines veränderten Rückkopplungsverhältnisses zwischen Gesellschaft und Politik.

Die entscheidende Herausforderung besteht nicht darin, diese Veränderungen rückgängig zu machen. Ein Parteiensystem kann gesellschaftliche Strukturen, die nicht mehr existieren, nicht dauerhaft politisch konservieren. Versucht es dies dennoch, wachsen Repräsentationslücken und politische Räume für neue Akteure.

Gleichzeitig darf Anpassung nicht mit permanentem Nachlaufen hinter kurzfristigen Stimmungen verwechselt werden. Parteien müssen gesellschaftliche Veränderungen wahrnehmen, sie aber zugleich politisch ordnen, unterschiedliche Interessen miteinander verbinden und langfristige politische Verantwortung übernehmen.

Damit besitzt das Parteiensystem eine doppelte Aufgabe: **Es muss gesellschaftlichen Wandel politisch sichtbar machen und gleichzeitig verhindern, dass jede gesellschaftliche Differenz zu einer dauerhaft unüberwindbaren politischen Trennlinie wird.**

In dieser Fähigkeit liegt ein wesentlicher Teil demokratischer Stabilität unter Transformationsbedingungen. Wo Rückkopplung funktioniert, können neue Konflikte Parteien verändern, Wahlen Mehrheiten korrigieren und Regierungsentscheidungen wiederum gesellschaftliche Entwicklungen beeinflussen. Wo Rückkopplung blockiert wird, können Repräsentationsdefizite, Protest und politische Entfremdung wachsen. Wo sie dagegen ausschließlich verstärkend wirkt, können Polarisierung und politische Lagerbildung gesellschaftliche Integration schwächen.

Das Parteiensystem ist deshalb nicht nur eine institutionelle Struktur demokratischer Konkurrenz. Es ist einer der zentralen Mechanismen, durch die eine Gesellschaft sich politisch selbst beobachtet, Konflikte interpretiert, Entscheidungen korrigiert und auf ihre eigene Transformation reagiert.

Kapitel 119 – Vertrauen und Legitimität im Transformationsprozess

Gesellschaftliche Transformation verändert nicht nur politische Interessen, Konfliktlinien und Parteiensysteme. Sie verändert zugleich die Bedingungen, unter denen Bürger politischen Institutionen vertrauen und politische Entscheidungen als legitim anerkennen. Je schneller sich gesellschaftliche, wirtschaftliche und technologische Rahmenbedingungen verändern,

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

desto häufiger müssen politische Institutionen Entscheidungen unter Unsicherheit treffen, bestehende Regelungen anpassen und unterschiedliche Belastungen zwischen gesellschaftlichen Gruppen verteilen. Damit steigt zugleich die Wahrscheinlichkeit politischer Konflikte.

Vertrauen wird unter diesen Bedingungen zu einer zentralen Ressource demokratischer Steuerungsfähigkeit. Ein politisches System kann nicht jede einzelne Entscheidung auf vollständige gesellschaftliche Zustimmung stützen. Demokratie benötigt deshalb die Bereitschaft der Bürger, auch Entscheidungen zu akzeptieren, die ihren eigenen Interessen oder politischen Überzeugungen widersprechen. Diese Bereitschaft entsteht wesentlich aus dem Vertrauen darauf, dass politische Verfahren grundsätzlich fair bleiben, Institutionen ihre Zuständigkeiten nicht missbrauchen, unterschiedliche Interessen berücksichtigt werden und zukünftige politische Korrektur möglich bleibt.

Legitimität und Vertrauen sind dabei eng miteinander verbunden, aber nicht identisch. Legitimität bezeichnet die Anerkennung politischer Herrschaft und demokratischer Entscheidungsverfahren als grundsätzlich berechtigt. Vertrauen beschreibt stärker die Erwartung, dass politische Institutionen und Akteure innerhalb dieser Ordnung verlässlich, kompetent und regelgebunden handeln werden. Bürger können einer konkreten Regierung misstrauen und dennoch die demokratische Ordnung als legitim anerkennen. Umgekehrt kann eine Regierung zeitweise hohe Zustimmung besitzen, ohne dass daraus automatisch eine dauerhaft stabile demokratische Legitimation entsteht.

Gerade diese Unterscheidung ist für die Analyse gesellschaftlicher Transformation entscheidend. Demokratien müssen politische Unzufriedenheit, Regierungswechsel und gesellschaftliche Konflikte verkraften können, ohne dass jede politische Enttäuschung unmittelbar in eine Ablehnung demokratischer Institutionen übergeht.

Demokratische Stabilität verlangt kein dauerhaft hohes Vertrauen in jede Regierung und keine Zustimmung zu jeder politischen Entscheidung. Entscheidend ist ein grundlegendes Vertrauen darauf, dass politische Macht begrenzt bleibt, Verfahren fair sind, Interessen grundsätzlich gehört werden können und politische Fehlentwicklungen innerhalb der demokratischen Ordnung korrigierbar bleiben.

Vertrauen entsteht aus langfristiger politischer Erfahrung

Politisches Vertrauen lässt sich nicht allein durch Kommunikation erzeugen. Es entsteht wesentlich aus Erfahrungen mit politischen Institutionen.

Bürger beobachten, ob politische Versprechen eingehalten werden, ob Verwaltungen funktionieren, ob staatliche Regeln nachvollziehbar angewendet werden, ob politische

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Entscheidungen umgesetzt werden und ob Verantwortliche auf erkennbare Fehlentwicklungen reagieren.

Damit besitzt Vertrauen eine kumulative Struktur.

Einzelne politische Fehler müssen demokratisches Vertrauen nicht dauerhaft beschädigen. Wenn Institutionen Fehler offenlegen, Verantwortung übernehmen und Korrekturen vornehmen, können gerade solche Prozesse Vertrauen in die Lernfähigkeit demokratischer Ordnung stärken.

Problematischer wird eine dauerhafte Wiederholung negativer Erfahrungen.

Wenn angekündigte Reformen regelmäßig nicht umgesetzt werden, Infrastrukturprobleme über lange Zeit ungelöst bleiben, Verwaltungsverfahren als unnötig kompliziert erlebt werden oder politische Verantwortlichkeit unklar bleibt, können einzelne Erfahrungen zu einem allgemeinen Urteil über staatliche Handlungsfähigkeit zusammenwachsen.

Aus konkreter Unzufriedenheit kann dann institutionelles Misstrauen entstehen.

Damit besitzt Vertrauen eine Rückkopplungsstruktur:

politische Erwartung → institutionelle Entscheidung → Umsetzung → gesellschaftliche Erfahrung → Bewertung → zukünftige Vertrauens Erwartung.

Jede neue politische Entscheidung wird damit teilweise durch frühere Erfahrungen interpretiert.

Transformationsprozesse erhöhen die Anforderungen an Vertrauen

In Phasen tiefgreifender Veränderung gewinnt Vertrauen besondere Bedeutung, weil politische Entscheidungen häufiger unter Unsicherheit getroffen werden müssen.

Demografischer Wandel verlangt langfristige Anpassungen sozialer Sicherungssysteme. Wirtschaftliche Transformation kann bestehende Beschäftigungsstrukturen verändern. Klimapolitik erzeugt Investitions- und Verteilungsfragen. Migration verlangt gleichzeitig Steuerung, Integration und kommunale Anpassung. Digitalisierung und künstliche Intelligenz verändern Arbeitswelt, Öffentlichkeit und staatliche Regulierung.

Bei solchen Entwicklungen sind zukünftige Wirkungen nicht vollständig vorhersehbar.

Politische Institutionen müssen dennoch handeln.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Damit verändert sich die Grundlage politischer Akzeptanz.

Bürger können nicht immer anhand bereits sichtbarer Ergebnisse beurteilen, ob eine Entscheidung erfolgreich sein wird. Sie müssen teilweise darauf vertrauen, dass Institutionen Informationen sorgfältig prüfen, unterschiedliche Interessen berücksichtigen und bereit sind, Entscheidungen bei neuen Erkenntnissen zu korrigieren.

Je größer die Unsicherheit einer Transformation, desto wichtiger wird deshalb **Vertrauen in Verfahren und institutionelle Lernfähigkeit**.

Politik verliert dieses Vertrauen besonders dann, wenn Unsicherheit zunächst geleugnet und später offensichtlich wird.

Glaubwürdigkeit entsteht nicht aus dem Versprechen vollständiger Kontrolle, sondern aus einem realistischen Umgang mit den Grenzen politischer Steuerung.

Legitimität entsteht nicht allein aus Wahlergebnissen

Freie und faire Wahlen bilden die unverzichtbare Grundlage demokratischer Legitimation. Sie bestimmen politische Mehrheiten, ermöglichen Regierungswechsel und geben Bürgern die Möglichkeit, politische Entscheidungen zu bewerten.

Doch demokratische Legitimität endet nicht am Wahltag.

Zwischen Wahlen treffen Regierungen und Parlamente zahlreiche Entscheidungen, die nicht unmittelbar Gegenstand der vorherigen Wahlentscheidung waren. Krisen können neue politische Fragen hervorbringen. Koalitionen müssen Kompromisse entwickeln. Internationale und europäische Entwicklungen können politische Handlungsspielräume verändern.

Damit benötigt demokratische Legitimität eine fortlaufende institutionelle Grundlage.

Politische Entscheidungen müssen rechtmäßig zustande kommen.

Parlamente müssen ihre Kontrollfunktion wahrnehmen.

Opposition muss politische Alternativen vertreten können.

Gerichte müssen unabhängig bleiben.

Medien und Öffentlichkeit müssen Entscheidungen kritisch begleiten können.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Und zukünftige Wahlen müssen reale politische Veränderungen ermöglichen.

Demokratische Legitimität entsteht deshalb aus einer Verbindung von **Wahl, Verfahren, Machtbegrenzung und Korrigierbarkeit**.

Eine parlamentarische Mehrheit besitzt das Recht zu regieren.

Sie besitzt jedoch nicht das Recht, die Bedingungen zukünftiger politischer Konkurrenz zu ihren eigenen Gunsten dauerhaft zu verändern.

Leistungsfähigkeit und Fairness prägen die gesellschaftliche Legitimitätswahrnehmung

Neben Verfahren spielt die wahrgenommene Leistungsfähigkeit politischer Institutionen eine wichtige Rolle.

Bürger erwarten, dass ein demokratischer Staat grundlegende öffentliche Aufgaben erfüllen kann. Sicherheit, Infrastruktur, Bildung, soziale Sicherung, Verwaltung und wirtschaftliche Rahmenbedingungen bilden wesentliche Bereiche staatlicher Leistungswahrnehmung.

Dabei geht es nicht um die unrealistische Erwartung, Politik müsse jedes gesellschaftliche Problem lösen.

Entscheidend ist vielmehr die Erfahrung, dass Institutionen Probleme erkennen und grundsätzlich handlungsfähig bleiben.

Ebenso wichtig ist die Wahrnehmung gesellschaftlicher Fairness.

Transformationsprozesse verteilen Kosten und Chancen unterschiedlich. Regionen, Generationen, Berufsgruppen und Einkommensgruppen können unterschiedlich betroffen sein.

Menschen beurteilen deshalb nicht nur, ob eine politische Maßnahme insgesamt sinnvoll erscheint.

Sie beurteilen auch, **wer ihre Kosten trägt und wer von ihren Vorteilen profitiert**.

Wenn der Eindruck entsteht, politische Belastungen würden dauerhaft einseitig verteilt oder bestimmte gesellschaftliche Gruppen könnten sich ihnen systematisch entziehen, kann dies Legitimität beschädigen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Damit verbindet sich staatliche Leistungsfähigkeit unmittelbar mit Verteilungsgerechtigkeit.

Repräsentation und Vertrauen beeinflussen sich gegenseitig

Die Analyse politischer Repräsentation hat gezeigt, dass Bürger nicht erwarten können, dass jede eigene Position politisch durchgesetzt wird.

Sie erwarten jedoch, dass ihre Interessen grundsätzlich wahrgenommen werden.

Diese Erfahrung besitzt erhebliche Bedeutung für politisches Vertrauen.

Wer wiederholt den Eindruck gewinnt, die eigene gesellschaftliche Erfahrung komme in politischen Debatten überhaupt nicht vor, kann Distanz zu politischen Institutionen entwickeln.

Dabei ist wiederum zwischen tatsächlicher und wahrgenommener Repräsentation zu unterscheiden.

Politische Institutionen können Interessen berücksichtigen, ohne dies ausreichend sichtbar zu machen.

Umgekehrt können politische Akteure behaupten, bestimmte Gruppen würden grundsätzlich ignoriert, obwohl deren Interessen in politischen Entscheidungen durchaus berücksichtigt werden.

Damit entsteht eine Verbindung zwischen Repräsentation, Kommunikation und Vertrauen.

Eine mögliche negative Rückkopplung lautet:

gesellschaftliche Veränderung → Wahrnehmung unzureichender Repräsentation → Vertrauensverlust → politische Distanz oder Protestmobilisierung → stärkere Polarisierung → noch negativere Wahrnehmung politischer Institutionen.

Gerade deshalb muss demokratische Politik gesellschaftliche Kritik ernst nehmen, ohne jede Kritik automatisch als objektiven Beweis institutionellen Versagens zu behandeln.

Verantwortungsdiffusion kann Vertrauen schwächen

Die zunehmende institutionelle Komplexität moderner Demokratien erschwert zusätzlich die Bildung politischen Vertrauens.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Viele Entscheidungen entstehen heute durch das Zusammenwirken mehrerer Institutionen und politischer Ebenen.

Bund, Länder, Kommunen und Europäische Union können gleichzeitig an einem Politikfeld beteiligt sein. Innerhalb von Koalitionsregierungen teilen mehrere Parteien politische Verantwortung. Verwaltungen und unabhängige Institutionen übernehmen weitere Aufgaben.

Diese Struktur besitzt demokratische Vorteile.

Sie verteilt Macht und ermöglicht fachliche sowie territoriale Differenzierung.

Doch sie erschwert Verantwortungszuschreibung.

Wenn Bürger nicht mehr erkennen können, wer für eine politische Entscheidung verantwortlich ist, wird auch politische Bewertung schwieriger.

Besonders problematisch ist strategische Verantwortungsverschiebung.

Regierungen können Erfolge für sich beanspruchen und Belastungen anderen politischen Ebenen zuschreiben. Koalitionspartner können gemeinsame Entscheidungen nach außen gegenseitig relativieren. Nationale Regierungen können europäische Entscheidungen als äußeren Zwang darstellen, obwohl sie selbst an ihnen beteiligt waren.

Dadurch kann der Eindruck entstehen, Politik entziehe sich systematisch der Verantwortung.

Vertrauen benötigt deshalb keine vollständige institutionelle Vereinfachung.

Es benötigt **erkennbare Verantwortung innerhalb unvermeidbarer Komplexität**.

Politische Kommunikation kann Vertrauen stärken, aber nicht ersetzen

Unter Transformationsbedingungen steigt die Bedeutung politischer Kommunikation.

Komplexe Entscheidungen benötigen Erklärung.

Doch Kommunikation besitzt klare Grenzen.

Sie kann schlechte Politik nicht dauerhaft in gute Politik verwandeln.

Wenn politische Entscheidungen nicht funktionieren oder erkennbare Probleme ignoriert werden, kann auch professionelle Kommunikation Vertrauen nicht stabilisieren.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Problematisch wird politische Kommunikation insbesondere dann, wenn sie gesellschaftliche Erfahrungen lediglich korrigieren möchte, anstatt sie zunächst ernst zu nehmen.

Menschen unterscheiden häufig sehr genau zwischen der Erklärung eines Zielkonflikts und dem Versuch, ihre Wahrnehmung als falsch abzuwerten.

Glaubwürdige demokratische Kommunikation muss deshalb auch Schwierigkeiten und Grenzen benennen.

Sie sollte erklären, welche Ziele verfolgt werden, welche Alternativen bestanden, welche Belastungen entstehen können und unter welchen Bedingungen eine Entscheidung überprüft wird.

Damit wird Kommunikation Teil demokratischer Verantwortlichkeit.

Nicht der Anspruch politischer Unfehlbarkeit schafft Vertrauen.

Die nachvollziehbare Verbindung von **Entscheidung, Begründung und Verantwortung** kann Vertrauen stabilisieren.

Misstrauen besitzt auch eine demokratische Funktion

Vertrauen darf allerdings nicht mit unkritischer Zustimmung verwechselt werden.

Demokratische Systeme benötigen institutionalisierte Formen des Misstrauens.

Opposition kontrolliert Regierung.

Parlamente kontrollieren Exekutive.

Gerichte überprüfen staatliches Handeln.

Medien recherchieren politische Fehlentwicklungen.

Rechnungshöfe kontrollieren öffentliche Mittel.

Bürger können Regierungen abwählen.

Diese Mechanismen beruhen gerade darauf, dass politische Macht nicht allein auf Vertrauen gestellt wird.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Demokratie organisiert deshalb eine produktive Verbindung von Vertrauen und Misstrauen.

Bürger müssen der politischen Ordnung ausreichend vertrauen, um ihre Verfahren anzuerkennen.

Gleichzeitig dürfen sie politische Akteure kritisch kontrollieren.

Problematisch wird Misstrauen dort, wo es vollständig entgrenzt wird.

Wenn grundsätzlich jede Institution als manipuliert, jede Wahl als verdächtig, jedes Gericht als parteipolitisch gesteuert und jede unabhängige Information als Teil einer Verschwörung interpretiert wird, verliert demokratische Kontrolle ihre gemeinsame Tatsachengrundlage.

Kritisches Misstrauen stärkt Demokratie.

Totalisiertes Misstrauen kann ihre Funktionsfähigkeit zerstören.

Polarisierung kann aus politischem Misstrauen institutionelles Misstrauen machen

Diese Grenze wird besonders unter Bedingungen starker Polarisierung relevant.

Politische Gegner können einander hart kritisieren, ohne demokratische Legitimität grundsätzlich infrage zu stellen.

Problematisch wird es, wenn Vertrauen ausschließlich von politischer Zugehörigkeit abhängt.

Dann wird eine Institution nicht mehr danach beurteilt, ob sie regelgebunden handelt, sondern danach, ob ihre Entscheidung der eigenen politischen Seite nutzt.

Gerichte gelten dann nur noch als unabhängig, wenn sie gewünschte Urteile fällen. Wahlen gelten nur noch als fair, wenn das eigene Lager gewinnt. Medien gelten nur noch als glaubwürdig, wenn sie die eigene politische Interpretation bestätigen.

Dadurch verschiebt sich der Maßstab institutioneller Legitimität.

Nicht mehr Verfahren und Regeln entscheiden über Anerkennung, sondern politische Zugehörigkeit.

Es kann ein gefährlicher Rückkopplungsprozess entstehen:

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

politische Polarisierung → selektives institutionelles Vertrauen → Delegitimierung unerwünschter Entscheidungen → stärkere politische Lagerbildung → weiterer Vertrauensverlust.

Demokratische Stabilität hängt deshalb wesentlich davon ab, ob institutionelles Vertrauen zumindest teilweise von parteipolitischer Identifikation unabhängig bleibt.

Korrekturfähigkeit ist eine zentrale Quelle moderner Legitimität

Unter Bedingungen dauerhafter Transformation können politische Institutionen nicht jede Entwicklung zuverlässig vorhersehen.

Fehlentscheidungen werden deshalb unvermeidbar bleiben.

Die entscheidende Frage lautet nicht, ob Fehler vollständig verhindert werden können.

Sie lautet, wie politische Systeme mit ihnen umgehen.

Eine Demokratie besitzt gegenüber geschlossenen politischen Systemen einen entscheidenden Vorteil: Sie kann institutionalisierte Korrektur ermöglichen.

Opposition kann Alternativen formulieren.

Wahlen können Mehrheiten verändern.

Gerichte können rechtswidrige Entscheidungen begrenzen.

Wissenschaft und Öffentlichkeit können neue Erkenntnisse bereitstellen.

Verwaltungen können Umsetzungserfahrungen zurückmelden.

Damit entsteht ein demokratischer Lernprozess:

Entscheidung → Umsetzung → gesellschaftliche Wirkung → Beobachtung und Kritik → politische Bewertung → Korrektur.

Wenn dieser Prozess sichtbar funktioniert, kann selbst eine Fehlentscheidung langfristig institutionelles Vertrauen stärken.

Nicht weil der Fehler bedeutungslos wäre.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Sondern weil die politische Ordnung ihre Fähigkeit zur Selbstkorrektur demonstriert.

Vertrauen muss unter Transformationsbedingungen immer wieder erneuert werden

Die bisherigen Befunde führen damit zu einem dynamischen Verständnis politischen Vertrauens.

Vertrauen ist kein dauerhafter gesellschaftlicher Vorrat, den Demokratien einmal erwerben und anschließend verbrauchen können.

Es wird durch politische Erfahrung fortlaufend aufgebaut, bestätigt, beschädigt und erneuert.

Gesellschaftliche Transformation erhöht die Geschwindigkeit dieses Prozesses.

Je häufiger politische Institutionen tiefgreifende Entscheidungen treffen müssen, desto häufiger werden ihre Kompetenz, Fairness und Verantwortungsfähigkeit gesellschaftlich bewertet.

Damit verändert sich auch demokratische Legitimität.

Sie beruht weiterhin auf stabilen verfassungsrechtlichen Grundlagen.

Ihre gesellschaftliche Anerkennung muss jedoch fortlaufend durch politische Praxis bestätigt werden.

Die zentrale Herausforderung besteht deshalb darin, kurzfristige politische Enttäuschung nicht in langfristige institutionelle Entfremdung übergehen zu lassen.

Dies gelingt vor allem dort, wo Bürger trotz Ablehnung einzelner Entscheidungen weiterhin darauf vertrauen können, dass politische Verfahren offen bleiben und zukünftige Korrektur möglich ist.

Vertrauen und Legitimität bilden unter Bedingungen dauerhafter Transformation keine unveränderlichen Grundlagen demokratischer Ordnung. Sie entstehen fortlaufend aus der Erfahrung, dass politische Institutionen gesellschaftliche Veränderungen wahrnehmen, Interessen fair verarbeiten, Entscheidungen nachvollziehbar treffen, Verantwortung übernehmen und Fehlentwicklungen korrigieren können.

Damit schließt sich der Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Transformation, politischer Repräsentation und institutioneller Steuerungsfähigkeit weiter.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Gesellschaftliche Veränderungen erzeugen neue Interessen und Konflikte. Parteien übersetzen diese in politischen Wettbewerb. Wahlen und Koalitionen erzeugen politische Mehrheiten. Institutionen treffen und verwirklichen Entscheidungen. Die gesellschaftlichen Wirkungen dieser Entscheidungen verändern wiederum Wahrnehmungen, Interessen und politisches Vertrauen.

Vertrauen steht damit nicht außerhalb des politischen Transformationsprozesses.

Es ist selbst Bestandteil seiner Rückkopplung.

Ein funktionierender Kreislauf kann Vertrauen stabilisieren:

gesellschaftliche Veränderung → politische Wahrnehmung → Repräsentation → nachvollziehbare Entscheidung → funktionierende Umsetzung → gesellschaftliche Erfahrung → Vertrauen und erneuerte demokratische Legitimation.

Ein gestörter Kreislauf kann dagegen eine negative Dynamik erzeugen:

gesellschaftliche Veränderung → unzureichende Wahrnehmung oder Repräsentation → widersprüchliche oder nicht umgesetzte Entscheidungen → enttäuschte Erwartungen → Vertrauensverlust → stärkere politische Polarisierung → erschwerte Entscheidungsfähigkeit → weiterer Vertrauensverlust.

Damit wird sichtbar, warum demokratische Steuerungsfähigkeit und demokratische Legitimität nicht voneinander getrennt betrachtet werden können. Ein politisches System benötigt Legitimität, um schwierige Entscheidungen durchsetzen zu können. Gleichzeitig benötigt es erkennbare Steuerungsfähigkeit, um Legitimität langfristig zu erhalten.

Die entscheidende Herausforderung moderner Demokratien liegt deshalb nicht darin, gesellschaftliches Vertrauen gegen Veränderung zu schützen. Sie liegt darin, Vertrauen innerhalb dauerhafter Veränderung immer wieder neu zu begründen – durch offene politische Konkurrenz, nachvollziehbare Verantwortung, faire Verfahren, realistische Handlungsfähigkeit und die sichtbare Fähigkeit demokratischer Institutionen, aus ihren eigenen Entscheidungen zu lernen.

Kapitel 120 – Das Zusammenspiel gesellschaftlicher und institutioneller Veränderungen

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Gesellschaftliche und institutionelle Veränderungen verlaufen nicht unabhängig voneinander. Gesellschaften verändern die politischen Institutionen, durch die sie repräsentiert und regiert werden. Gleichzeitig prägen politische Institutionen die Bedingungen, unter denen gesellschaftlicher Wandel stattfindet. Sie verteilen Ressourcen, setzen rechtliche Rahmenbedingungen, strukturieren politische Konflikte und entscheiden darüber, welche Veränderungen gefördert, begrenzt oder sozial abgefedert werden. Damit entsteht ein wechselseitiges Verhältnis, das für das Verständnis demokratischer Transformation von zentraler Bedeutung ist.

Die bisherigen empirischen Befunde zeigen, dass weder gesellschaftlicher Wandel allein noch institutionelle Strukturen allein politische Entwicklungen erklären können. Demografische Veränderungen, Migration, wirtschaftlicher Strukturwandel, Digitalisierung, kulturelle Pluralisierung und regionale Ungleichheiten erzeugen neue gesellschaftliche Interessen und Konflikte. Ob daraus politische Polarisierung, neue Parteien, veränderte Regierungskoalitionen oder institutionelle Reformen entstehen, hängt jedoch davon ab, wie diese Veränderungen politisch wahrgenommen und verarbeitet werden.

Umgekehrt bleiben institutionelle Entscheidungen nicht auf den politischen Raum begrenzt. Sozial-, Wirtschafts-, Bildungs-, Migrations-, Infrastruktur- oder Energiepolitik verändern gesellschaftliche Lebensbedingungen. Sie beeinflussen Verteilung, Mobilität, Teilhabe, regionale Entwicklung und gesellschaftliche Zukunftserwartungen. Die daraus entstehenden Erfahrungen wirken wiederum auf politische Einstellungen und zukünftige Wahlentscheidungen zurück.

Gesellschaftliche und institutionelle Transformation bilden deshalb keinen linearen Ursache-Wirkungs-Zusammenhang. Sie bilden einen fortlaufenden Rückkopplungsprozess.

Demokratische Transformation entsteht aus der Wechselwirkung zwischen gesellschaftlicher Veränderung und institutioneller Reaktion. Gesellschaftlicher Wandel verändert politische Erwartungen und Konflikte; politische Institutionen reagieren darauf mit Entscheidungen, die wiederum gesellschaftliche Wirklichkeit verändern. Die Stabilität demokratischer Ordnung hängt wesentlich davon ab, ob dieser Rückkopplungsprozess offen, lernfähig und korrigierbar bleibt.

Gesellschaftlicher Wandel erzeugt politischen Anpassungsdruck

Gesellschaftliche Transformation beginnt häufig außerhalb politischer Institutionen.

Technologische Innovation verändert Produktionsweisen und Kommunikation. Unternehmen verändern Standorte und Beschäftigungsstrukturen. Menschen ziehen zwischen Regionen und Staaten. Geburtenraten verändern langfristig die Altersstruktur. Neue Lebensformen

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

entstehen. Internationale Konflikte beeinflussen Migration, Energieversorgung und wirtschaftliche Beziehungen.

Politik kontrolliert diese Entwicklungen nur teilweise.

Sie muss jedoch auf ihre Folgen reagieren.

Damit entsteht politischer Anpassungsdruck.

Ein alternder Bevölkerungsaufbau verändert die Finanzierung sozialer Sicherungssysteme und den Arbeitskräftebedarf. Migration verlangt rechtliche Steuerung und gesellschaftliche Integration. Wirtschaftlicher Strukturwandel erzeugt Anforderungen an Bildung, Qualifikation und regionale Entwicklung. Digitalisierung verändert Datenschutz, Öffentlichkeit, Verwaltung und Arbeitswelt. Ökologische Transformation verlangt Veränderungen von Energieversorgung, Infrastruktur und Produktion.

Die zentrale politische Herausforderung besteht dabei nicht lediglich darin, einzelne Probleme zu lösen.

Politische Institutionen müssen erkennen, **wann gesellschaftliche Veränderungen so weit fortgeschritten sind, dass bestehende politische Regelungen nicht mehr ausreichend funktionieren.**

Institutionelle Anpassung beginnt deshalb mit politischer Wahrnehmungsfähigkeit.

Institutionen filtern gesellschaftliche Veränderung

Gesellschaftliche Veränderungen gelangen jedoch nicht unmittelbar in politische Entscheidungen.

Sie durchlaufen institutionelle Filter.

Parteien entscheiden, welche Entwicklungen sie politisch aufgreifen. Medien beeinflussen öffentliche Aufmerksamkeit. Verbände organisieren Interessen. Wahlen verändern politische Mehrheiten. Parlamente strukturieren Konflikte. Koalitionen entscheiden über politische Prioritäten. Verwaltungen prüfen Umsetzbarkeit. Gerichte setzen rechtliche Grenzen.

Dadurch wird gesellschaftlicher Wandel politisch selektiert und übersetzt.

Nicht jedes gesellschaftliche Problem erhält gleichzeitig politische Priorität.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Das ist unvermeidbar.

Politische Systeme verfügen nur über begrenzte Aufmerksamkeit, finanzielle Ressourcen und administrative Kapazitäten.

Die entscheidende Frage lautet deshalb, nach welchen Mechanismen politische Prioritäten entstehen.

Probleme mit hoher medialer Sichtbarkeit können schneller politische Aufmerksamkeit erhalten als langfristige Entwicklungen. Akute Krisen können strukturelle Reformen verdrängen. Gut organisierte Interessen können leichter Zugang zu politischen Institutionen finden als gesellschaftliche Gruppen mit geringer Organisationsfähigkeit.

Damit können Wahrnehmungslücken entstehen.

Eine demokratische Ordnung benötigt deshalb unterschiedliche Zugänge gesellschaftlicher Rückmeldung: Wahlen, Parteien, Verbände, Kommunen, Wissenschaft, Medien, Zivilgesellschaft und öffentliche Beteiligung.

Ihre Vielfalt reduziert das Risiko, dass gesellschaftliche Veränderung ausschließlich durch einen einzigen politischen Wahrnehmungskanal gefiltert wird.

Politische Entscheidungen verändern gesellschaftliche Wirklichkeit

Institutionen reagieren nicht nur auf gesellschaftliche Transformation.

Sie greifen aktiv in sie ein.

Politische Entscheidungen verändern wirtschaftliche Anreize, soziale Sicherung, Bildungswege, Infrastruktur, Migrationsbedingungen und gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten.

Damit beeinflusst Politik die Geschwindigkeit und Richtung gesellschaftlicher Veränderung.

Diese Wirkung ist jedoch selten vollständig kontrollierbar.

Politische Maßnahmen können unbeabsichtigte Nebenwirkungen erzeugen. Eine wirtschaftspolitische Förderung kann bestimmte Regionen stärken und andere weniger erreichen. Sozialpolitische Regelungen können neue Anreizstrukturen schaffen. Wohnungsmarktregulierungen können unterschiedliche Auswirkungen auf Mieter,

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Eigentümer und Investitionen besitzen. Energiepolitische Maßnahmen können ökologische Ziele fördern und gleichzeitig wirtschaftliche Anpassungskosten verursachen.

Politische Steuerung bedeutet deshalb nicht vollständige gesellschaftliche Kontrolle.

Sie bedeutet die Fähigkeit, Entwicklungen **innerhalb begrenzter Handlungsmöglichkeiten gezielt zu beeinflussen und auf ihre tatsächlichen Wirkungen zu reagieren.**

Gerade darin liegt die Bedeutung institutioneller Lernfähigkeit.

Unterschiedliche Geschwindigkeiten erzeugen politische Spannungen

Ein wesentlicher Teil moderner Transformationsprobleme entsteht aus unterschiedlichen Veränderungsgeschwindigkeiten.

Technologische Entwicklungen können innerhalb weniger Jahre ganze Wirtschaftsbereiche verändern.

Demografische Entwicklungen vollziehen sich über Jahrzehnte.

Gesetzgebungsverfahren benötigen Monate oder Jahre.

Infrastrukturentscheidungen wirken häufig über Generationen.

Gesellschaftliche Einstellungen können sich wiederum schneller oder langsamer verändern als rechtliche Regelungen.

Damit existieren mehrere politische Zeitordnungen gleichzeitig.

Besonders problematisch wird dies, wenn gesellschaftliche Veränderungen schneller verlaufen als institutionelle Anpassung.

Dann können bestehende Regeln zunehmend als unzureichend erscheinen.

Doch auch die umgekehrte Konstellation ist möglich.

Politische Institutionen können Veränderungen beschließen, deren gesellschaftliche Voraussetzungen noch nicht ausreichend entwickelt sind.

Dann entsteht eine Differenz zwischen politischem Veränderungstempo und gesellschaftlicher Anpassungsfähigkeit.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die zentrale Herausforderung lautet deshalb nicht grundsätzlich, Transformation zu beschleunigen oder zu verlangsamen.

Sie besteht darin, **unterschiedliche Transformationsgeschwindigkeiten miteinander zu koordinieren.**

Eine handlungsfähige Demokratie benötigt dafür sowohl langfristige politische Orientierung als auch Möglichkeiten kurzfristiger Korrektur.

Institutionelle Stabilität und gesellschaftliche Anpassung müssen verbunden werden

Demokratische Institutionen besitzen bewusst eine größere Stabilität als viele gesellschaftliche Prozesse.

Verfassungen, Gewaltenteilung, Wahlverfahren und rechtsstaatliche Garantien sollen nicht bei jeder gesellschaftlichen Veränderung neu verhandelt werden.

Diese institutionelle Trägheit besitzt eine demokratische Schutzfunktion.

Sie verhindert, dass kurzfristige Mehrheiten grundlegende Regeln beliebig verändern können.

Gleichzeitig dürfen stabile Institutionen nicht mit unveränderlicher Politik verwechselt werden.

Innerhalb stabiler demokratischer Regeln müssen erhebliche politische Anpassungen möglich bleiben.

Genau diese Verbindung bildet eine zentrale Stärke demokratischer Ordnung:

stabile Regeln ermöglichen veränderbare Politik.

Problematisch wird es, wenn beide Ebenen miteinander verwechselt werden.

Politische Akteure können notwendige politische Reformen blockieren, indem sie jede Veränderung als Angriff auf institutionelle Stabilität darstellen.

Umgekehrt können politische Mehrheiten versuchen, grundlegende institutionelle Regeln mit dem Argument notwendiger Modernisierung zu verändern.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die entscheidende Grenze liegt deshalb zwischen **politischer Anpassung innerhalb demokratischer Institutionen** und einer **Veränderung demokratischer Institutionen zugunsten gegenwärtiger Machtinteressen**.

Gesellschaftliche und institutionelle Rückkopplungen können stabilisieren oder destabilisieren

Das Zusammenspiel gesellschaftlicher und institutioneller Veränderung kann unterschiedliche Entwicklungsrichtungen annehmen.

Ein positiver Rückkopplungsprozess entsteht, wenn gesellschaftliche Veränderungen früh wahrgenommen werden, politische Institutionen angemessen reagieren und gesellschaftliche Wirkungen anschließend ausgewertet werden.

Der Prozess lautet dann:

gesellschaftliche Veränderung → politische Wahrnehmung → institutionelle Reaktion → Umsetzung → gesellschaftliche Wirkung → Evaluation → politische Korrektur.

Dadurch entsteht institutionelles Lernen.

Ein negativer Kreislauf kann dagegen entstehen, wenn gesellschaftliche Veränderungen lange nicht wahrgenommen oder politisch nicht verarbeitet werden.

Dann kann folgende Dynamik entstehen:

gesellschaftliche Veränderung → unzureichende politische Reaktion → wachsende gesellschaftliche Unzufriedenheit → Vertrauensverlust → stärkere politische Polarisierung → erschwerte Mehrheitsbildung → geringere staatliche Handlungsfähigkeit → weiterer Vertrauensverlust.

Gerade diese Rückkopplungen erklären, warum ähnliche strukturelle Herausforderungen in verschiedenen Staaten unterschiedliche politische Folgen hervorbringen können.

Entscheidend ist nicht allein die Stärke des ursprünglichen gesellschaftlichen Problems.

Entscheidend ist die Qualität seiner institutionellen Verarbeitung.

Institutioneller Wandel kann demokratische Anpassung oder demokratische Erosion bedeuten

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Gesellschaftlicher Veränderungsdruck kann schließlich Forderungen nach institutionellen Reformen hervorbringen.

Solche Reformen gehören grundsätzlich zur demokratischen Entwicklung.

Wahlrechte können angepasst, parlamentarische Verfahren modernisiert, Zuständigkeiten neu geordnet oder Beteiligungsmöglichkeiten erweitert werden.

Institutioneller Wandel ist deshalb nicht mit demokratischer Instabilität gleichzusetzen.

Entscheidend ist seine Richtung.

Demokratische Anpassung verbessert die Fähigkeit politischer Institutionen, gesellschaftliche Veränderungen aufzunehmen, ohne die Offenheit politischer Konkurrenz einzuschränken.

Demokratische Erosion verändert Institutionen dagegen so, dass politische Macht weniger wirksam begrenzt oder zukünftige Konkurrenz strukturell erschwert wird.

Damit entsteht ein grundlegendes Unterscheidungskriterium:

Erhöht institutioneller Wandel die Lern-, Repräsentations- und Korrekturfähigkeit der demokratischen Ordnung – oder erhöht er die dauerhafte Machtkontrolle gegenwärtiger politischer Akteure?

Diese Frage ist wichtiger als die bloße Feststellung, dass Institutionen verändert werden.

Eine Demokratie muss institutionell anpassungsfähig sein.

Sie muss gleichzeitig verhindern, dass Anpassungsdruck zur Legitimation von Machtentgrenzung verwendet wird.

Demokratische Steuerungsfähigkeit entsteht aus dem gesamten Rückkopplungssystem

Aus der bisherigen Analyse ergibt sich damit ein umfassenderes Verständnis politischer Steuerungsfähigkeit.

Sie kann nicht auf Regierungsentscheidungen reduziert werden.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Eine Regierung kann nur dann dauerhaft handlungsfähig sein, wenn gesellschaftliche Veränderungen rechtzeitig wahrgenommen, politische Interessen repräsentiert, parlamentarische Mehrheiten gebildet, Entscheidungen legitimiert und administrative Umsetzungsmöglichkeiten vorhanden sind.

Ebenso müssen die gesellschaftlichen Folgen politischer Entscheidungen wieder in den politischen Prozess zurückkehren können.

Damit entsteht eine zusammenhängende Steuerungskette:

gesellschaftliche Wirklichkeit → Wahrnehmung → politische Artikulation → Repräsentation → parlamentarische Verarbeitung → Regierungsentscheidung → administrative Umsetzung → gesellschaftliche Wirkung → Evaluation → politische Rückkopplung.

Diese Kette verbindet die bisher untersuchten Ebenen.

Parteien organisieren Repräsentation.

Parlamente organisieren politische Konkurrenz und Mehrheitsbildung.

Koalitionen verbinden fragmentierte politische Interessen.

Regierungen entwickeln politische Entscheidungen.

Verwaltungen übersetzen Entscheidungen in praktische Wirklichkeit.

Föderale, kommunale und europäische Institutionen verteilen und koordinieren Verantwortung.

Gerichte begrenzen staatliche Macht.

Medien, Wissenschaft und Öffentlichkeit beobachten politische Wirkungen.

Wahlen ermöglichen politische Korrektur.

Demokratische Steuerungsfähigkeit entsteht damit nicht in einer einzelnen Institution.

Sie ist eine **Systemleistung**.

Das Zusammenspiel gesellschaftlicher und institutioneller Veränderungen bildet einen fortlaufenden demokratischen Rückkopplungsprozess. Gesellschaften verändern

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter

Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

politische Institutionen, politische Institutionen verändern gesellschaftliche Bedingungen, und die daraus entstehenden Erfahrungen wirken erneut auf politische Interessen, Vertrauen und Mehrheiten zurück. Demokratische Stabilität entsteht dort, wo dieser Kreislauf offen bleibt und politische Korrektur ermöglicht; demokratische Risiken wachsen dort, wo Rückkopplungen blockiert, Verantwortung entzogen oder institutionelle Veränderungen zur dauerhaften Sicherung politischer Macht genutzt werden.

Damit verdichten sich die bisherigen empirischen und institutionellen Befunde zu einem gemeinsamen Transformationsverständnis. Gesellschaft und Staat können analytisch unterschieden, aber nicht unabhängig voneinander erklärt werden. Gesellschaftliche Konflikte verändern Parteien und Mehrheiten; politische Mehrheiten verändern staatliche Entscheidungen; staatliche Entscheidungen verändern gesellschaftliche Lebensbedingungen; gesellschaftliche Erfahrungen verändern wiederum politische Konflikte und zukünftige Mehrheiten.

Transformation besitzt deshalb keinen eindeutigen Ausgangspunkt und keinen endgültigen Endzustand.

Sie verläuft zirkulär.

Gerade daraus ergibt sich eine wichtige Konsequenz für die Bewertung demokratischer Stabilität. Eine Demokratie kann nicht dadurch stabilisiert werden, dass gesellschaftliche Veränderung möglichst weitgehend verhindert wird. Ebenso wenig kann politische Steuerung darin bestehen, gesellschaftliche Entwicklungen vollständig kontrollieren zu wollen. Beides wäre unter den Bedingungen moderner, offener und international verflochtener Gesellschaften unrealistisch.

Die zentrale demokratische Fähigkeit besteht vielmehr darin, **gesellschaftliche Veränderung frühzeitig wahrzunehmen, politische Konflikte institutionell aufzunehmen, Entscheidungen unter Unsicherheit zu treffen, ihre Wirkungen zu beobachten und notwendige Korrekturen vorzunehmen.**

Damit wird Lernfähigkeit zum verbindenden Prinzip zwischen gesellschaftlicher Dynamik und institutioneller Stabilität.

Institutionen müssen stabil genug sein, um Macht zu begrenzen und politische Verlässlichkeit zu gewährleisten. Sie müssen zugleich offen genug bleiben, um neue gesellschaftliche Interessen aufzunehmen und veränderte politische Mehrheiten wirksam werden zu lassen.

Gesellschaftliche Transformation und institutionelle Stabilität bilden deshalb keinen Gegensatz. Richtig verstanden bedingen sie einander.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die langfristige Stabilität demokratischer Ordnung hängt gerade davon ab, dass ihre Institutionen gesellschaftliche Veränderung zulassen, aufnehmen und verarbeiten können, ohne dabei jene Regeln zu verändern, die politische Offenheit und zukünftige Korrektur garantieren. Demokratie stabilisiert sich unter Bedingungen dauerhafter Transformation nicht durch Stillstand, sondern durch institutionalisierte Lern- und Anpassungsfähigkeit.

Kapitel 121 – Ein Modell demokratischer Transformation

Die bisherigen empirischen und institutionellen Analysen ermöglichen es, die untersuchten Entwicklungen nun in einem gemeinsamen Modell zusammenzuführen. Dieses Modell soll gesellschaftliche Transformation nicht auf eine einzelne Ursache reduzieren und ebenso wenig einen zwangsläufigen politischen Entwicklungspfad behaupten. Seine Aufgabe besteht vielmehr darin, jene Mechanismen sichtbar zu machen, durch die strukturelle Veränderungen gesellschaftlich erfahren, politisch interpretiert, institutionell verarbeitet und schließlich wieder in gesellschaftliche Wirklichkeit zurückübersetzt werden.

Die vergleichende Untersuchung hat gezeigt, dass weder Migration noch wirtschaftlicher Strukturwandel, demografische Veränderung, Digitalisierung, regionale Ungleichheit oder kulturelle Pluralisierung für sich genommen bestimmte politische Ergebnisse erzeugen. Dieselben oder ähnliche Veränderungen können in unterschiedlichen Demokratien zu sehr verschiedenen Entwicklungen führen. Sie können bestehende Parteien verändern, neue Parteien hervorbringen, Regierungskoalitionen verschieben, politische Reformen auslösen, gesellschaftliche Polarisierung verstärken oder unter bestimmten Bedingungen institutionelle Erosionsprozesse begünstigen.

Zwischen strukturellem Wandel und politischem Ergebnis liegt deshalb ein komplexer Vermittlungsprozess. Gesellschaftliche Veränderungen müssen zunächst erfahren und wahrgenommen werden. Diese Wahrnehmungen werden politisch interpretiert, durch Parteien und andere Akteure gebündelt, innerhalb demokratischer Institutionen verarbeitet und schließlich in politische Entscheidungen übersetzt. Deren Umsetzung erzeugt wiederum gesellschaftliche Wirkungen, die neue Erfahrungen, Erwartungen und politische Reaktionen hervorbringen.

Demokratische Transformation ist damit kein linearer Prozess. Sie bildet ein **dynamisches Rückkopplungssystem zwischen Gesellschaft, politischer Repräsentation, staatlichen Institutionen und gesellschaftlicher Wirkung.**

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Das Modell demokratischer Transformation geht davon aus, dass struktureller gesellschaftlicher Wandel nicht unmittelbar politische Stabilität oder Instabilität erzeugt. Entscheidend ist eine mehrstufige Verarbeitungskette aus gesellschaftlicher Erfahrung, politischer Wahrnehmung, Repräsentation, institutioneller Entscheidung, staatlicher Umsetzung und gesellschaftlicher Rückkopplung. Demokratische Stabilität hängt wesentlich davon ab, ob dieser Kreislauf offen, responsiv, handlungsfähig und korrigierbar bleibt.

Die Grundstruktur des Transformationsmodells

Aus den bisherigen Befunden lässt sich ein grundlegender Zusammenhang ableiten:

strukturelle Transformation → gesellschaftliche Erfahrung → politische Wahrnehmung und Interpretation → Repräsentation und Mobilisierung → institutionelle Verarbeitung → politische Entscheidung → administrative Umsetzung → gesellschaftliche Wirkung → Vertrauen, Bewertung und neue politische Orientierung → erneute Rückkopplung.

Diese Abfolge ist nicht als starre zeitliche Reihenfolge zu verstehen. In der politischen Realität wirken mehrere Ebenen gleichzeitig aufeinander ein. Gesellschaftliche Veränderungen können bereits politisch interpretiert werden, bevor ihre langfristigen Wirkungen vollständig sichtbar sind. Regierungen können versuchen, erwartete Entwicklungen präventiv zu beeinflussen. Medien und Parteien können Wahrnehmungen verändern, während gesellschaftliche Prozesse noch andauern.

Das Modell beschreibt deshalb keine lineare Kausalkette, sondern die grundlegenden Funktionen eines politischen Verarbeitungssystems.

Am Ausgangspunkt stehen strukturelle Veränderungen. Dazu gehören demografische Entwicklungen, Migration, wirtschaftliche und technologische Transformation, Veränderungen der Arbeitswelt, regionale Verschiebungen, ökologische Herausforderungen, internationale Abhängigkeiten und kulturelle Pluralisierung. Diese Entwicklungen verändern Lebensbedingungen und gesellschaftliche Erwartungen.

Doch strukturelle Veränderung wird erst dann unmittelbar politisch relevant, wenn sie gesellschaftlich erfahren und interpretiert wird.

Damit tritt zwischen objektive Entwicklung und politische Reaktion eine entscheidende Vermittlungsebene: **gesellschaftliche Wahrnehmung**.

Zwischen Realität und Politik liegt die gesellschaftliche Wahrnehmung

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Menschen reagieren nicht unmittelbar auf statistische Entwicklungen oder abstrakte Strukturveränderungen.

Sie reagieren auf ihre Erfahrungen und auf die Interpretation dieser Erfahrungen.

Wirtschaftlicher Strukturwandel kann für einen Teil der Bevölkerung neue berufliche Chancen eröffnen und für einen anderen Teil Statusunsicherheit erzeugen. Migration kann in einer Kommune als erfolgreich bewältigte gesellschaftliche Veränderung erfahren werden und in einer anderen als Belastung von Wohnungsmarkt, Schulen oder Verwaltung. Klimapolitische Transformation kann als notwendige Modernisierung oder als wirtschaftliche Bedrohung wahrgenommen werden.

Diese Wahrnehmungen entstehen nicht unabhängig von öffentlicher Kommunikation.

Medien, Parteien, gesellschaftliche Organisationen, soziale Netzwerke und persönliche Erfahrungen beeinflussen gemeinsam, welche Entwicklungen politisch relevant erscheinen.

Damit entsteht eine zentrale Differenz:

gesellschaftliche Realität und politische Wahrnehmung sind miteinander verbunden, aber nicht identisch.

Politische Systeme müssen deshalb beide Ebenen ernst nehmen.

Eine Politik, die ausschließlich auf Wahrnehmungen reagiert und tatsächliche Entwicklungen ignoriert, kann populistische oder kurzfristige Fehlsteuerung begünstigen.

Eine Politik, die ausschließlich auf statistische Realität verweist und gesellschaftliche Wahrnehmungen als irrational behandelt, kann Repräsentations- und Vertrauensprobleme verstärken.

Demokratische Steuerungsfähigkeit benötigt deshalb die Fähigkeit, **empirische Wirklichkeit und gesellschaftliche Erfahrung miteinander zu verbinden.**

Politische Repräsentation bildet die zentrale Übersetzungsstelle

Gesellschaftliche Wahrnehmungen müssen anschließend politisch artikuliert und gebündelt werden.

Hier übernehmen Parteien, gesellschaftliche Organisationen, Medien, Bewegungen und politische Öffentlichkeit eine zentrale Funktion.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Sie entscheiden mit darüber, welche Erfahrungen zu politischen Konflikten werden.

Eine Vielzahl individueller Unsicherheiten kann als wirtschaftlicher Verteilungskonflikt, kultureller Identitätskonflikt, regionaler Benachteiligungskonflikt oder Kritik staatlicher Steuerungsfähigkeit interpretiert werden.

Damit besitzt politische Repräsentation eine doppelte Funktion.

Sie nimmt gesellschaftliche Interessen auf.

Sie strukturiert sie zugleich.

Parteien sind deshalb nicht lediglich Spiegel gesellschaftlicher Konflikte. Wie Kapitel 118 gezeigt hat, bilden sie selbst einen Teil des Rückkopplungssystems. Sie wählen Themen aus, verbinden Konflikte miteinander und bieten politische Deutungen und Lösungen an.

Neue gesellschaftliche Konflikte können bestehende Parteien verändern oder neue Parteien hervorbringen. Deren Erfolg verändert wiederum die Strategien der übrigen Parteien.

Damit entsteht eine dynamische Verbindung zwischen gesellschaftlicher Transformation und Parteiensystem.

Repräsentation entscheidet wesentlich darüber, ob gesellschaftliche Veränderung innerhalb demokratischer Konkurrenz sichtbar wird oder sich außerhalb etablierter politischer Strukturen als Entfremdung und Protest verdichtet.

Institutionelle Verarbeitung entscheidet über politische Handlungsfähigkeit

Politische Repräsentation allein erzeugt noch keine staatliche Entscheidung.

Gesellschaftliche Interessen müssen durch Parlamente, Koalitionen, Regierungen, föderale Strukturen und europäische Entscheidungsprozesse verarbeitet werden.

Gerade hier zeigt sich die Bedeutung institutioneller Architektur.

Fragmentierte Parteiensysteme können gesellschaftliche Vielfalt besser sichtbar machen, erhöhen jedoch den Bedarf an parlamentarischer und koalitionärer Integration. Föderale Systeme können regionale Unterschiede berücksichtigen, benötigen aber intensive Koordination. Europäische Mehrebenenpolitik kann gemeinsame Handlungsfähigkeit herstellen, verlängert jedoch Verantwortungsketten.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Institutionelle Komplexität besitzt deshalb eine doppelte Wirkung.

Sie kann politische Macht begrenzen und unterschiedliche Interessen integrieren.

Sie kann gleichzeitig Entscheidungsprozesse verlangsamen und Verantwortungszuschreibung erschweren.

Die entscheidende Variable ist nicht die bloße Zahl beteiligter Institutionen.

Sie ist deren **Koordinationsfähigkeit**.

Ein demokratisches System bleibt unter komplexen Bedingungen handlungsfähig, wenn unterschiedliche Institutionen gemeinsam Entscheidungen entwickeln können und gleichzeitig nachvollziehbar bleibt, wer für welche Teile des Entscheidungsprozesses verantwortlich ist.

Umsetzung bildet die Verbindung zwischen politischer Entscheidung und gesellschaftlicher Wirklichkeit

Eine zentrale Erkenntnis der bisherigen Untersuchung liegt darin, politische Steuerungsfähigkeit nicht mit Entscheidungsfähigkeit gleichzusetzen.

Eine politische Entscheidung entfaltet erst dann gesellschaftliche Wirkung, wenn sie umgesetzt wird.

Damit gewinnt die administrative Ebene zentrale Bedeutung.

Verwaltungen, Länder, Kommunen und öffentliche Einrichtungen übersetzen politische Entscheidungen in gesellschaftliche Realität.

Gerade hier können erhebliche Unterschiede zwischen politischem Anspruch und tatsächlicher Wirkung entstehen.

Gesetze können administrativ zu komplex sein.

Finanzielle Ressourcen können fehlen.

Zuständigkeiten können unklar bleiben.

Kommunen können zusätzliche Aufgaben erhalten, ohne entsprechende Kapazitäten zu besitzen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Digitale oder technische Voraussetzungen können unzureichend entwickelt sein.

Damit entsteht eine mögliche **Umsetzungslücke** zwischen politischer Entscheidung und gesellschaftlicher Erfahrung.

Diese Lücke besitzt erhebliche politische Bedeutung.

Bürger erleben staatliches Handeln nicht hauptsächlich durch Gesetzestexte oder Koalitionsvereinbarungen.

Sie erleben es durch konkrete Wirkungen.

Deshalb muss demokratische Steuerungsfähigkeit mindestens drei Ebenen verbinden:

Entscheidungsfähigkeit – Umsetzungsfähigkeit – Wirkungsfähigkeit.

Gesellschaftliche Wirkung erzeugt politische Rückkopplung

Politische Entscheidungen verändern gesellschaftliche Wirklichkeit.

Diese Veränderungen erzeugen neue Erfahrungen.

Damit beginnt der politische Kreislauf erneut.

Eine Reform kann erfolgreich sein und gesellschaftliches Vertrauen stärken.

Sie kann unerwartete Nebenwirkungen erzeugen und neue Konflikte hervorbringen.

Sie kann bestimmte Regionen oder Gruppen stärker belasten als andere.

Oder ihre Wirkungen können gesellschaftlich anders wahrgenommen werden, als politische Entscheidungsträger erwartet haben.

Diese Erfahrungen gelangen über Öffentlichkeit, Wahlen, Parteien, Kommunen, Verbände und gesellschaftliche Organisationen zurück in das politische System.

Damit entsteht die zentrale Rückkopplung des Modells:

politische Entscheidung → gesellschaftliche Wirkung → gesellschaftliche Bewertung → politische Rückmeldung → institutionelle Korrektur oder Bestätigung.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Ein demokratisches System ist lernfähig, wenn dieser Rückkopplungsprozess funktioniert.

Es muss Fehlentwicklungen erkennen und Entscheidungen korrigieren können.

Korrektur darf dabei nicht ausschließlich als Regierungswechsel verstanden werden.

Sie kann innerhalb laufender Politik stattfinden: Gesetze können angepasst, Programme verändert, administrative Verfahren verbessert oder Ressourcen neu verteilt werden.

Demokratische Lernfähigkeit besteht gerade darin, politische Entscheidungen nicht als endgültig zu betrachten.

Vertrauen und Legitimität wirken als Verstärker innerhalb des Modells

Vertrauen nimmt innerhalb dieses Transformationsmodells eine besondere Stellung ein.

Es ist sowohl Ergebnis als auch Voraussetzung politischer Prozesse.

Wenn Institutionen gesellschaftliche Probleme wahrnehmen, nachvollziehbare Entscheidungen treffen und diese wirksam umsetzen, kann Vertrauen entstehen oder stabilisiert werden.

Dieses Vertrauen erleichtert wiederum zukünftige politische Entscheidungen.

Bürger sind eher bereit, Belastungen oder Unsicherheiten zu akzeptieren, wenn sie davon ausgehen, dass Institutionen grundsätzlich kompetent, fair und korrigierbar handeln.

Umgekehrt kann wiederholte negative Erfahrung Vertrauen schwächen.

Dann werden selbst sachlich begründete Entscheidungen skeptischer interpretiert.

Damit entsteht eine mögliche positive Rückkopplung:

wahrgenommene Responsivität → nachvollziehbare Entscheidung → funktionierende Umsetzung → Vertrauen → größere gesellschaftliche Akzeptanz zukünftiger Entscheidungen → höhere politische Handlungsfähigkeit.

Ebenso kann ein negativer Kreislauf entstehen:

unzureichende Wahrnehmung → Repräsentationsdefizit → geringe Entscheidungs- oder Umsetzungsfähigkeit → enttäuschte Erwartungen → Vertrauensverlust →

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

stärkere Polarisierung → schwierigere Mehrheitsbildung → weitere Verringerung politischer Handlungsfähigkeit.

Vertrauen ist damit kein äußerer Zusatz des Modells.

Es beeinflusst die Funktionsfähigkeit des gesamten Rückkopplungssystems.

Das Modell erklärt unterschiedliche demokratische Transformationspfade

Die Stärke dieses Ansatzes liegt darin, unterschiedliche empirische Entwicklungen innerhalb eines gemeinsamen Rahmens erklären zu können, ohne sie gleichzusetzen.

In stabilen Transformationspfaden werden gesellschaftliche Veränderungen politisch sichtbar, neue Konflikte in Parteien und Parlamente aufgenommen, Entscheidungen getroffen und institutionelle Anpassungen innerhalb demokratischer Regeln vorgenommen.

Parteien können an Bedeutung verlieren und neue Parteien entstehen.

Regierungen können wechseln.

Politische Richtungen können sich deutlich verändern.

Die demokratische Ordnung bleibt dennoch stabil, solange Konkurrenz offen und institutionelle Korrektur möglich bleibt.

Ein problematischer Transformationspfad entsteht dagegen, wenn mehrere Störungen des Rückkopplungssystems zusammenkommen.

Gesellschaftliche Veränderungen werden lange nicht wahrgenommen.

Repräsentationsdefizite verstärken sich.

Parteien verlieren Bindungskraft.

Polarisierung nimmt zu.

Koalitions- oder Regierungsbildung wird schwieriger.

Staatliche Umsetzung bleibt hinter politischen Erwartungen zurück.

Vertrauen sinkt.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Unter diesen Bedingungen können politische Akteure erfolgreich werden, die nicht nur andere politische Entscheidungen verlangen, sondern institutionelle Begrenzungen selbst infrage stellen.

Damit kann aus einer Krise politischer Steuerungsfähigkeit eine Krise demokratischer Institutionen entstehen.

Der Übergang ist jedoch nicht zwangsläufig.

Gerade dies bestätigen die europäischen Vergleichsfälle.

Demokratische Erosion beginnt mit der Veränderung des Rückkopplungssystems

Das Modell erlaubt zugleich eine präzisere Bestimmung demokratischer Erosion.

Nicht jede politische Polarisierung, nicht jeder populistische Wahlerfolg und nicht jede institutionelle Reform bedeutet demokratische Erosion.

Entscheidend ist, ob die Offenheit des politischen Rückkopplungssystems erhalten bleibt.

Eine demokratische Regierung darf politische Prioritäten verändern.

Sie darf Institutionen reformieren.

Sie darf gesellschaftliche Konflikte anders interpretieren als ihre Vorgänger.

Die Grenze wird dort überschritten, wo politische Macht versucht, zukünftige Rückkopplung strukturell zu begrenzen.

Wenn Wahlregeln zugunsten dauerhaft regierender Mehrheiten verändert, Medienpluralismus systematisch eingeschränkt, unabhängige Gerichte politisch kontrolliert oder oppositionelle Handlungsmöglichkeiten dauerhaft reduziert werden, verändert sich der Charakter des Systems.

Dann lautet der Kreislauf nicht mehr:

gesellschaftliche Veränderung → politische Konkurrenz → Wahl → Entscheidung → Wirkung → mögliche Korrektur.

Stattdessen entsteht die Gefahr:

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

politischer Wahlerfolg → institutionelle Machtkonzentration → Verringerung zukünftiger Konkurrenz → erleichterter weiterer Machterhalt → weitere institutionelle Konzentration.

Damit wird demokratische Rückkopplung schrittweise durch politische Selbstverstärkung ersetzt.

Genau hierin liegt der entscheidende Unterschied zwischen demokratischer Transformation und demokratischer Erosion.

Das Modell verbindet Stabilität, Anpassung und demokratische Offenheit

Aus der gesamten Untersuchung lassen sich damit drei zentrale Anforderungen an demokratische Transformationsfähigkeit ableiten.

Erstens benötigt Demokratie **institutionelle Stabilität**. Grundrechte, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, freie Wahlen und politische Gleichheit dürfen nicht von kurzfristigen Mehrheiten abhängig sein.

Zweitens benötigt sie **politische Anpassungsfähigkeit**. Gesellschaftliche Veränderungen müssen neue politische Antworten, Parteien, Mehrheiten und Reformen hervorbringen können.

Drittens benötigt sie **institutionelle Lernfähigkeit**. Politische Entscheidungen müssen anhand ihrer gesellschaftlichen Wirkungen überprüft und korrigiert werden können.

Diese drei Dimensionen stehen nicht im Widerspruch.

Sie bilden gemeinsam demokratische Transformationsfähigkeit.

Stabilität ohne Anpassung kann institutionelle Erstarrung erzeugen.

Anpassung ohne Stabilität kann politische Verlässlichkeit und Machtbegrenzung gefährden.

Entscheidung ohne Lernen kann Fehlentwicklungen verstetigen.

Das demokratische Transformationsmodell verbindet deshalb:

Stabilität der demokratischen Regeln – Anpassungsfähigkeit politischer Entscheidungen – Lernfähigkeit institutioneller Prozesse.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Demokratische Transformationsfähigkeit entsteht dort, wo stabile demokratische Regeln mit politischer Anpassungsfähigkeit und institutioneller Lernfähigkeit verbunden werden. Demokratie bleibt nicht dadurch stabil, dass sie gesellschaftliche Veränderung verhindert, sondern dadurch, dass sie Veränderung aufnehmen, politisch verarbeiten und korrigieren kann, ohne die Offenheit zukünftiger politischer Konkurrenz zu verlieren.

Das daraus entstehende Modell lässt sich in seiner verdichteten Form als fortlaufender Kreislauf darstellen:

Strukturelle gesellschaftliche Transformation

- **gesellschaftliche Erfahrung und Wahrnehmung**
- **politische Interpretation und Konfliktbildung**
- **Repräsentation und Mobilisierung**
- **parlamentarische und institutionelle Verarbeitung**
- **politische Entscheidung**
- **administrative Umsetzung**
- **gesellschaftliche Wirkung**
- **Vertrauen, Legitimität und politische Bewertung**
- **demokratische Rückkopplung und Korrektur**
- **erneute gesellschaftliche und politische Transformation.**

Dieses Modell führt die empirischen Befunde der bisherigen Untersuchung zusammen, ohne die Unterschiede zwischen einzelnen Ländern und Transformationsprozessen einzuebnen. Es erklärt gerade, warum vergleichbare strukturelle Herausforderungen unterschiedliche politische Ergebnisse hervorbringen können. Nicht allein die Stärke des gesellschaftlichen Veränderungsdrucks entscheidet über den demokratischen Entwicklungspfad. Entscheidend ist die Qualität der politischen Verarbeitung zwischen den einzelnen Ebenen.

Damit lässt sich demokratische Stabilität als Eigenschaft eines funktionierenden Rückkopplungssystems verstehen. Solange gesellschaftliche Veränderungen politische Repräsentation erreichen können, politische Konkurrenz offen bleibt, Institutionen Entscheidungen treffen und umsetzen können und deren gesellschaftliche Wirkungen wiederum politische Korrektur ermöglichen, besitzt die Demokratie eine erhebliche Fähigkeit zur Selbstanpassung.

Die Gefahr beginnt dort, wo mehrere dieser Verbindungen gleichzeitig schwächer werden. Repräsentationsdefizite können Vertrauen beschädigen. Vertrauensverlust kann Polarisierung verstärken. Polarisierung kann Mehrheitsbildung und Kompromissfähigkeit erschweren. Sinkende Entscheidungsfähigkeit kann wiederum den Eindruck staatlicher Überforderung verstärken. Daraus können neue politische Mobilisierungen entstehen, die institutionelle Begrenzungen zunehmend selbst zum Gegenstand des Konflikts machen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Gerade deshalb ist demokratische Transformation weder ausschließlich gesellschaftlicher Wandel noch ausschließlich institutioneller Wandel. Sie entsteht aus der **fortlaufenden Wechselwirkung zwischen gesellschaftlicher Veränderung, politischer Repräsentation, staatlicher Steuerung und demokratischer Rückkopplung.**

Das Modell ermöglicht damit zugleich eine präzisere Bestimmung demokratischer Steuerungsfähigkeit: Sie ist nicht die Fähigkeit politischer Institutionen, gesellschaftliche Entwicklung vollständig zu kontrollieren. Eine solche Vorstellung wäre in offenen, pluralistischen und international verflochtenen Gesellschaften weder realistisch noch demokratisch wünschenswert.

Demokratische Steuerungsfähigkeit bezeichnet vielmehr die Fähigkeit eines politischen Systems, gesellschaftliche Veränderungen rechtzeitig wahrzunehmen, unterschiedliche Interessen zu repräsentieren, Konflikte innerhalb gemeinsamer Regeln zu verarbeiten, verbindliche Entscheidungen zu treffen und umzusetzen, deren gesellschaftliche Wirkungen zu beobachten und politische Korrektur zu ermöglichen.

Damit wird aus den bisherigen Einzelbefunden ein zusammenhängendes Erklärungsmodell. Gesellschaftliche Transformation ist der Ausgangspunkt, politische Repräsentation die zentrale Übersetzungsstelle, institutionelle Verarbeitung der Entscheidungsmechanismus, Umsetzung die Verbindung zur gesellschaftlichen Realität und demokratische Rückkopplung der Mechanismus politischer Lernfähigkeit.

Die langfristige Stabilität einer Demokratie entscheidet sich deshalb nicht daran, ob sie gesellschaftliche Transformation vermeiden kann. Sie entscheidet sich daran, ob ihr Rückkopplungssystem stark genug bleibt, um Veränderung immer wieder in demokratische Anpassung zu übersetzen, bevor aus ungelösten Transformationskonflikten eine Veränderung der demokratischen Ordnung selbst entsteht.

Kapitel 122 – Deutschland als besonderer oder typischer europäischer Fall?

Die Frage, ob Deutschland einen besonderen oder einen typischen europäischen Transformationsfall darstellt, lässt sich nach den bisherigen empirischen und institutionellen Analysen nicht durch eine eindeutige Zuordnung beantworten. Deutschland ist weder ein politischer Sonderfall außerhalb allgemeiner europäischer Entwicklungen noch lediglich ein durchschnittliches Beispiel jener Veränderungen, die nahezu alle europäischen Demokratien erfassen. Seine Entwicklung entsteht vielmehr aus einer spezifischen Verbindung

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

gemeinsamer europäischer Transformationskräfte mit besonderen historischen, institutionellen, wirtschaftlichen und territorialen Voraussetzungen.

Gerade diese Verbindung macht Deutschland für die vergleichende Untersuchung besonders aufschlussreich. Viele Entwicklungen, die in Deutschland als nationale Krisen oder Besonderheiten diskutiert werden, besitzen deutliche europäische Parallelen: die Schwächung traditioneller Volksparteien, zunehmende Wählervolatilität, die Fragmentierung des Parteiensystems, der Aufstieg einer starken Partei rechts der traditionellen konservativen Parteien, Konflikte um Migration und Integration, demografische Alterung, regionale Ungleichheiten, wirtschaftlicher Strukturwandel und wachsende Schwierigkeiten politischer Mehrheitsbildung.

Gleichzeitig unterscheiden sich die institutionellen und historischen Bedingungen ihrer Verarbeitung. Die deutsche Nachkriegsdemokratie besitzt eine besondere historische Sensibilität gegenüber Nationalismus, Rechtsextremismus und institutioneller Machtkonzentration. Der Föderalismus verteilt politische Macht stärker als in zentralistischeren europäischen Staaten. Die wirtschaftliche Struktur Deutschlands erzeugt spezifische Abhängigkeiten von industrieller Produktion und internationalen Märkten. Hinzu kommt die weiterhin politisch relevante Erfahrung der deutschen Teilung und der Transformation Ostdeutschlands nach 1989/90.

Deutschland ist deshalb zugleich **typischer europäischer Transformationsfall und spezifischer nationaler Erfahrungsraum**.

Deutschland ist weder europäischer Sonderweg noch europäischer Normalfall. Die grundlegenden Transformationskräfte sind weitgehend europäisch, ihre gesellschaftliche Wahrnehmung und institutionelle Verarbeitung werden jedoch durch besondere deutsche historische Erfahrungen, föderale Strukturen, wirtschaftliche Abhängigkeiten und regionale Transformationsbiografien geprägt.

Die grundlegenden Transformationskräfte sind europäisch

Der Vergleich der europäischen Demokratien zeigt zunächst, wie wenig die grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen ausschließlich Deutschland betreffen.

Die Alterung der Bevölkerung findet in unterschiedlichen Ausprägungen in nahezu allen europäischen Gesellschaften statt. Migration und Integration gehören ebenso zu den langfristigen Herausforderungen europäischer Staaten. Digitalisierung und technologischer Wandel verändern Arbeitsmärkte und politische Öffentlichkeit über nationale Grenzen hinweg. Die ökologische Transformation stellt industrielle und gesellschaftliche Strukturen in vielen Staaten vor Anpassungsprobleme.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Auch die Veränderungen politischer Repräsentation sind keineswegs auf Deutschland begrenzt.

Traditionelle Volks- und Mitteparteien haben in zahlreichen europäischen Staaten Teile ihrer früheren Bindungskraft verloren. In Frankreich wurde das traditionelle Parteiensystem besonders tiefgreifend verändert. Italien erlebt seit Jahrzehnten hohe parteipolitische Volatilität. Die Niederlande besitzen ein stark fragmentiertes Parteiensystem. Österreich kennt seit langer Zeit eine dauerhaft relevante rechtspopulistische Konkurrenz. Auch in Skandinavien haben sich frühere politische Lager verändert.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Transformation des deutschen Parteiensystems weniger außergewöhnlich.

Die langfristige Dominanz von CDU/CSU und SPD war selbst Teil einer europäischen Epoche großer gesellschaftlicher Integrationsparteien. Ihr relativer Bedeutungsverlust gehört zu einer breiteren europäischen Entwicklung, in der stabile politische Milieus schwächer und Wählerbindungen beweglicher werden.

Deutschland ist in dieser Hinsicht nicht Ausnahme, sondern Teil eines gemeinsamen europäischen Strukturwandels politischer Repräsentation.

Die historische Erfahrung verändert jedoch die politische Bedeutung des Wandels

Die Besonderheit Deutschlands liegt stärker in den historischen Interpretationsrahmen, innerhalb derer politische Entwicklungen bewertet werden.

Die nationalsozialistische Diktatur, der Zweite Weltkrieg und der Holocaust prägen die politische Kultur der Bundesrepublik bis heute. Die demokratische Nachkriegsordnung wurde ausdrücklich als Gegenentwurf zur Zerstörung der Weimarer Demokratie und zur nationalsozialistischen Herrschaft entwickelt.

Daraus entstanden institutionelle und politische Konsequenzen.

Grundrechte, Verfassungsgerichtsbarkeit, föderale Machtverteilung, parlamentarische Regierungsform und die besondere Bedeutung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gehören zu einer politischen Architektur, die Machtkonzentration begrenzen soll.

Auch politische Rechtsverschiebungen besitzen vor diesem Hintergrund in Deutschland eine andere historische Resonanz als in vielen anderen europäischen Staaten.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Dies bedeutet nicht, dass jede konservative, migrationskritische oder national orientierte Position mit demokratischer Gefährdung gleichgesetzt werden darf. Gerade eine wissenschaftliche Analyse muss zwischen demokratischem Konservatismus, Rechtspopulismus, Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus unterscheiden.

Die deutsche Geschichte verändert jedoch die gesellschaftliche Sensibilität gegenüber bestimmten politischen Entwicklungen.

Damit wird sichtbar, wie historische Erfahrung politische Transformation beeinflusst, ohne ihren Verlauf vollständig zu bestimmen.

Die doppelte deutsche Transformationserfahrung bleibt eine Besonderheit

Eine zweite Besonderheit Deutschlands liegt in der inneren Verbindung zweier unterschiedlicher demokratischer Erfahrungsgeschichten.

Westdeutschland entwickelte nach 1949 über mehrere Jahrzehnte eine stabile demokratische und marktwirtschaftliche Ordnung.

Ostdeutschland durchlief dagegen nach 1989/90 innerhalb kurzer Zeit einen umfassenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systemwechsel.

Damit existieren innerhalb desselben Staates unterschiedliche Transformationsbiografien.

Für viele Menschen in Ostdeutschland war die Zeit nach 1990 nicht lediglich eine institutionelle Demokratisierung. Sie bedeutete zugleich einen tiefgreifenden Wandel von Arbeitswelt, Eigentumsstrukturen, gesellschaftlichen Organisationen, beruflichen Biografien und regionalen Zukunftsperspektiven.

Diese Erfahrung besitzt Parallelen zu anderen postsozialistischen Gesellschaften Mittel- und Osteuropas.

Deutschland trägt damit einen Teil des europäischen Ost-West-Vergleichs innerhalb seiner eigenen Staatsgrenzen.

Gerade deshalb wäre es analytisch unzureichend, gegenwärtige Unterschiede ausschließlich anhand aktueller wirtschaftlicher Kennzahlen zu erklären.

Transformationserfahrungen besitzen eine biografische und kulturelle Langzeitwirkung.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Anerkennung, gesellschaftlicher Status und die Wahrnehmung politischer Repräsentation können auch dann unterschiedlich bleiben, wenn sich materielle Lebensbedingungen langfristig angenähert haben.

Gleichzeitig darf diese Perspektive nicht zu einer dauerhaften Vorstellung zweier homogener deutscher Gesellschaften führen. Unterschiede zwischen wachsenden und schrumpfenden Regionen, zwischen Städten und ländlichen Räumen oder zwischen wirtschaftlich dynamischen und strukturell belasteten Gebieten verlaufen längst auch innerhalb Ost- und Westdeutschlands.

Die deutsche Transformationsgeografie ist deshalb komplexer als eine reine Ost-West-Trennung.

Wirtschaftliche Stärke erzeugt eine besondere Transformationsverwundbarkeit

Deutschland gehört zu den wirtschaftlich leistungsfähigsten europäischen Staaten. Gerade seine wirtschaftliche Stärke erzeugt jedoch spezifische Transformationsrisiken.

Das deutsche Wirtschaftsmodell ist vergleichsweise stark durch industrielle Wertschöpfung, exportorientierte Unternehmen und international verflochtene Lieferketten geprägt.

Automobilindustrie, Maschinenbau, Chemie und weitere industrielle Bereiche besitzen nicht nur gesamtwirtschaftliche Bedeutung. Sie prägen ganze Regionen, Zuliefernetzwerke, kommunale Einnahmen und berufliche Identitäten.

Technologische Transformation, Dekarbonisierung, Veränderungen der Mobilität, Energiepreise, geopolitische Konflikte und veränderte globale Wettbewerbsbedingungen treffen Deutschland deshalb in besonderer Weise.

Die politische Herausforderung besteht nicht lediglich darin, neue Technologien einzuführen.

Sie betrifft den Übergang zwischen bestehenden wirtschaftlichen Strukturen und zukünftigen Wertschöpfungsmodellen.

Gerade hier verbindet sich wirtschaftliche Transformation mit gesellschaftlicher Stabilität.

Wenn Beschäftigte und Regionen den Eindruck gewinnen, dass bestehende wirtschaftliche Grundlagen verschwinden, bevor glaubwürdige neue Perspektiven entstehen, kann aus ökonomischer Unsicherheit politische Unsicherheit werden.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Deutschland teilt diesen Strukturwandel mit anderen europäischen Industrieregionen.

Sein Umfang und seine Bedeutung für das gesamte nationale Wirtschaftsmodell verleihen ihm jedoch besonderes Gewicht.

Der deutsche Föderalismus stabilisiert Demokratie und erschwert zugleich sichtbare Steuerung

Eine weitere deutsche Besonderheit liegt in der ausgeprägten föderalen Struktur.

Politische Macht ist zwischen Bund, Ländern und Kommunen verteilt. Der Bundesrat bindet die Länder unmittelbar in die Bundesgesetzgebung ein. Bildung, Verwaltung, Polizei und zahlreiche weitere Bereiche besitzen starke föderale Komponenten.

Diese Ordnung ist ein wesentliches Element demokratischer Machtbegrenzung.

Sie verhindert starke politische Zentralisierung, ermöglicht regionale Differenzierung und schafft zusätzliche demokratische Arenen.

Gleichzeitig erhöht sie den Koordinationsbedarf.

Viele Transformationsprobleme überschreiten institutionelle Zuständigkeitsgrenzen.

Migration, Digitalisierung, Infrastruktur, Bildung, Energiepolitik und demografischer Wandel verlangen häufig das Zusammenwirken mehrerer Ebenen.

Damit entsteht das bereits analysierte Problem der Verantwortungsdiffusion.

Bürger erwarten häufig Handlungsfähigkeit vom „Staat“, während politische Zuständigkeiten tatsächlich verteilt sind.

Die deutsche Herausforderung lautet deshalb nicht, Föderalismus grundsätzlich abzubauen.

Sie besteht darin, **föderale Machtbegrenzung mit besserer Koordination und klarerer Verantwortungszuschreibung zu verbinden.**

Gerade hierin zeigt Deutschland in besonders deutlicher Form ein allgemeines Problem moderner Mehrebenendemokratien.

Migration, Integration und staatliche Steuerungswahrnehmung verbinden deutsche und europäische Entwicklungen

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Auch die migrationspolitischen Konflikte Deutschlands lassen sich nur im europäischen Zusammenhang verstehen.

Deutschland ist Teil gemeinsamer europäischer Freizügigkeits-, Asyl- und Grenzregime. Fluchtbewegungen, Arbeitsmigration und demografischer Arbeitskräftebedarf überschreiten nationale Grenzen.

Gleichzeitig findet Integration überwiegend lokal statt.

Kommunen organisieren Wohnraum, Schulen, soziale Dienste und Teile der gesellschaftlichen Integration. Damit treffen europäische und nationale Entscheidungen auf kommunale Umsetzungskapazitäten.

Die politische Wirkung von Migration hängt deshalb auch in Deutschland nicht ausschließlich von Zuwanderungszahlen ab.

Entscheidend bleibt das Zusammenspiel von **Zuwanderung, Steuerungsfähigkeit, Integration, kommunaler Belastbarkeit und gesellschaftlicher Wahrnehmung.**

Genau hierin liegt eine deutliche Gemeinsamkeit mit anderen europäischen Fällen.

Besonders relevant wird die Frage, ob Bürger den Eindruck besitzen, dass politische Institutionen Migration gestalten oder lediglich auf Entwicklungen reagieren.

Damit wird Migration zu einem Test staatlicher Steuerungswahrnehmung.

Diese Wirkung reicht weit über das eigentliche Politikfeld hinaus.

Die AfD ist europäisch vergleichbar und zugleich in einen spezifisch deutschen Kontext eingebettet

Der Aufstieg der AfD gehört zu den sichtbarsten Veränderungen des deutschen Parteiensystems. Im europäischen Vergleich ist die Existenz einer starken Partei rechts der traditionellen konservativen Parteien jedoch keineswegs außergewöhnlich.

Österreich besitzt mit der FPÖ eine lange Geschichte rechtspopulistischer Konkurrenz. Frankreich hat mit dem Rassemblement National eine starke nationalpopulistische Partei. In den Niederlanden und mehreren skandinavischen Staaten haben migrationskritische oder rechtspopulistische Parteien erhebliche Wahlerfolge erzielt. Italien zeigt wiederum einen eigenen Entwicklungspfad rechter Parteien bis in die Regierungsverantwortung.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Der deutsche Fall unterscheidet sich deshalb weniger durch die bloße Existenz einer solchen Partei als durch den historischen und institutionellen Kontext ihrer Entwicklung.

Die nationalsozialistische Vergangenheit erhöht die gesellschaftliche und politische Sensibilität gegenüber nationalistischen, ethnisch ausgrenzenden und demokratiefeindlichen Positionen.

Gleichzeitig besitzt Deutschland andere Koalitionstraditionen und institutionelle Rahmenbedingungen als viele europäische Vergleichsländer.

Deshalb lassen sich weder Strategien politischer Ausgrenzung noch Strategien politischer Einbindung mechanisch aus anderen Staaten übertragen.

Der europäische Vergleich liefert Erfahrungen.

Er liefert keine einfache Handlungsanweisung.

Deutschlands Rolle in Europa verstärkt nationale Transformationskonflikte

Deutschland ist schließlich nicht nur Objekt europäischer Integration.

Es ist einer ihrer zentralen politischen und wirtschaftlichen Akteure.

Diese Stellung erzeugt zusätzliche Erwartungen.

Deutschland soll europäische Kompromisse ermöglichen, wirtschaftliche Stabilität unterstützen, außen- und sicherheitspolitische Verantwortung übernehmen und gleichzeitig nationale Interessen vertreten.

Daraus entsteht ein strukturelles Führungsdilemma.

Zu geringe deutsche Initiative kann als mangelnde Verantwortung interpretiert werden.

Zu starke deutsche Führung kann in anderen europäischen Staaten als Dominanz wahrgenommen werden.

Diese europäische Rolle wirkt wiederum auf die deutsche Innenpolitik zurück.

Entscheidungen über Finanzpolitik, Migration, Energie, Sicherheit oder europäische Integration werden zugleich national und europäisch bewertet.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Damit wird Deutschland besonders deutlich zu einem Beispiel dafür, dass nationale Demokratie und europäische Entscheidungsstrukturen nicht mehr voneinander getrennt betrachtet werden können.

Deutschland besitzt starke Institutionen, aber keine institutionelle Erfolgsgarantie

Der europäische Vergleich zeigt insgesamt eine erhebliche institutionelle Widerstandsfähigkeit der deutschen Demokratie.

Gewaltenteilung, Föderalismus, unabhängige Rechtsprechung, pluralistische Medien, parlamentarische Konkurrenz, kommunale Selbstverwaltung und eine vielfältige Zivilgesellschaft bilden starke demokratische Ressourcen.

Diese institutionelle Stabilität darf jedoch nicht mit gesellschaftlicher Stabilität gleichgesetzt werden.

Parteibindungen können schwächer werden.

Vertrauen kann sinken.

Regionale Unterschiede können politische Bedeutung gewinnen.

Koalitionsbildung kann schwieriger werden.

Staatliche Umsetzungskapazitäten können als unzureichend wahrgenommen werden.

Damit bestätigt der deutsche Fall eine zentrale Erkenntnis des Transformationsmodells:

Institutionelle Stabilität kann gesellschaftliche Transformationskonflikte begrenzen, aber nicht ersetzen.

Starke Institutionen verschaffen einer Demokratie Zeit und Korrekturmöglichkeiten.

Sie garantieren jedoch nicht, dass gesellschaftliche Veränderungen automatisch erfolgreich verarbeitet werden.

Gerade deshalb ist die Verbindung von institutioneller Widerstandsfähigkeit und gesellschaftlicher Responsivität entscheidend.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Der deutsche Fall zeigt die Verbindung von europäischer Normalität und nationaler Besonderheit

Die Ausgangsfrage lässt sich damit präziser beantworten.

Deutschland ist hinsichtlich der grundlegenden Transformationskräfte ein weitgehend typischer europäischer Fall.

Demografischer Wandel, Migration, Parteiensystemfragmentierung, Schwächung traditioneller politischer Bindungen, wirtschaftliche Transformation, territoriale Unterschiede und neue kulturelle Konfliktlinien finden sich in unterschiedlichen Formen in nahezu allen untersuchten europäischen Demokratien.

Besonders ist Deutschland dagegen hinsichtlich der Kombination seiner Ausgangsbedingungen.

Die historische Belastung des Nationalsozialismus, die demokratische Nachkriegstradition, die Teilung und Wiedervereinigung, die ostdeutsche Transformationserfahrung, der ausgeprägte Föderalismus, das industrielle Wirtschaftsmodell und die zentrale Rolle innerhalb der Europäischen Union erzeugen eine spezifische Konstellation.

Gerade diese Verbindung verhindert sowohl eine Sonderwegsthese als auch eine einfache Normalisierungsthese.

Deutschland ist ein typischer europäischer Transformationsfall unter besonderen nationalen Bedingungen. Die gesellschaftlichen Veränderungskräfte unterscheiden sich nicht grundsätzlich von denen anderer europäischer Demokratien. Besonders ist ihre Verbindung mit der deutschen Geschichte, der inneren Ost-West-Transformation, der föderalen Machtstruktur, dem industriellen Wirtschaftsmodell und der herausgehobenen europäischen Verantwortung.

Damit erhält Deutschland innerhalb des entwickelten Modells demokratischer Transformation eine besondere analytische Bedeutung. Der Fall zeigt, dass starke demokratische Institutionen erhebliche gesellschaftliche Veränderungen aufnehmen können, ohne dass daraus zwangsläufig institutionelle Instabilität entsteht. Gleichzeitig zeigt er, dass institutionelle Stärke allein Repräsentations-, Vertrauens- und Steuerungsprobleme nicht verhindert.

Die entscheidende Frage für Deutschland lautet deshalb nicht, ob es den gesellschaftlichen Zustand früherer Jahrzehnte wiederherstellen kann. Weder die früheren gesellschaftlichen Milieus noch das Parteiensystem der alten Bundesrepublik, die internationale Ordnung

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

früherer Jahrzehnte oder die bisherigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen lassen sich dauerhaft konservieren.

Die eigentliche Herausforderung besteht darin, demokratische Stabilität unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen neu zu erzeugen.

Dazu müssen gesellschaftliche Veränderungen rechtzeitig wahrgenommen, unterschiedliche Interessen repräsentiert, politische Konflikte innerhalb gemeinsamer demokratischer Regeln ausgetragen, handlungsfähige Mehrheiten gebildet und staatliche Entscheidungen wirksam umgesetzt werden. Gleichzeitig müssen Verantwortung erkennbar und politische Fehlentwicklungen korrigierbar bleiben.

Gerade hier verbindet sich der deutsche Fall mit der europäischen Entwicklung insgesamt. **Die zentrale Herausforderung ist nicht die Verhinderung von Transformation, sondern ihre demokratische Verarbeitung.**

Deutschland verfügt dafür über starke institutionelle Voraussetzungen, aber über keine Garantie des Erfolgs. Seine weitere Entwicklung wird wesentlich davon abhängen, ob es gelingt, institutionelle Stabilität mit gesellschaftlicher Integrationsfähigkeit, politische Vielfalt mit handlungsfähiger Mehrheitsbildung und wirtschaftliche Modernisierung mit glaubwürdigen gesellschaftlichen Zukunftsperspektiven zu verbinden.

Damit ist Deutschland weder Modell für ganz Europa noch Ausnahme von Europa. Es ist vielmehr ein besonders aussagekräftiger Teil desselben europäischen Transformationsraums.

Gerade deshalb liegt die Bedeutung des deutschen Falls nicht in seiner vermeintlichen Einzigartigkeit. Sie liegt darin, dass sich an ihm besonders deutlich beobachten lässt, wie gemeinsame europäische Transformationskräfte auf spezifische historische und institutionelle Bedingungen treffen – und wie aus diesem Zusammenspiel unterschiedliche Möglichkeiten demokratischer Anpassung, politischer Polarisierung und institutioneller Stabilisierung entstehen.

Kapitel 123 – Stabilität ohne Stillstand: Demokratie als anpassungsfähige Ordnung

Die bisherigen Analysen führen zu einem grundlegenden Verständnis demokratischer Stabilität, das sich deutlich von der Vorstellung politischer oder gesellschaftlicher Unveränderlichkeit unterscheidet. Moderne Demokratien bewegen sich nicht zwischen langen Phasen stabiler Normalität und einzelnen vorübergehenden Krisen. Demografischer Wandel,

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Migration, technologische Entwicklung, wirtschaftliche Umstrukturierung, ökologische Transformation, geopolitische Veränderungen, kulturelle Pluralisierung und die Digitalisierung politischer Öffentlichkeit wirken dauerhaft und teilweise gleichzeitig auf Gesellschaften und politische Institutionen ein.

Unter diesen Bedingungen kann demokratische Stabilität nicht darin bestehen, bestehende gesellschaftliche Strukturen möglichst unverändert zu bewahren. Gerade der Versuch, eine vergangene gesellschaftliche Ordnung politisch zu konservieren, kann neue Spannungen erzeugen, wenn Institutionen und politische Angebote zunehmend von gesellschaftlicher Wirklichkeit abweichen.

Demokratische Stabilität muss deshalb dynamisch verstanden werden. Stabil ist eine Demokratie nicht dann, wenn Parteien, Mehrheiten, Regierungen und politische Programme dauerhaft unverändert bleiben. Stabil ist sie, wenn solche Veränderungen stattfinden können, ohne dass die grundlegenden Regeln demokratischer Konkurrenz, politischer Gleichheit und rechtsstaatlicher Machtbegrenzung infrage gestellt werden.

Damit verschiebt sich der Maßstab demokratischer Stabilität von der **Beständigkeit politischer Zustände zur Beständigkeit demokratischer Verfahren unter veränderten Bedingungen**.

Demokratische Stabilität bedeutet nicht die Bewahrung eines bestimmten gesellschaftlichen oder politischen Zustands. Sie bedeutet die Fähigkeit einer politischen Ordnung, tiefgreifende Veränderungen zuzulassen, Konflikte institutionell zu verarbeiten und politische Korrekturen zu ermöglichen, während die grundlegenden Regeln demokratischer Konkurrenz, rechtsstaatlicher Machtbegrenzung und politischer Gleichheit stabil bleiben.

Die Demokratie muss Veränderung ermöglichen, um stabil bleiben zu können

Demokratische Ordnung enthält von Beginn an ein scheinbares Paradox. Sie benötigt stabile Institutionen und muss gleichzeitig politische Veränderung ermöglichen.

Verfassungen, Grundrechte, Gewaltenteilung, unabhängige Gerichte und faire Wahlverfahren sollen gerade nicht bei jedem politischen Mehrheitswechsel neu ausgehandelt werden. Sie schaffen einen verlässlichen Rahmen, innerhalb dessen politische Konflikte ausgetragen werden können.

Innerhalb dieses Rahmens muss jedoch erhebliche Veränderung möglich bleiben.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Regierungen müssen abgewählt werden können. Parteien können entstehen und verschwinden. Politische Prioritäten können sich verschieben. Gesetze können geändert und gesellschaftliche Reformen beschlossen werden.

Diese Verbindung bildet eine der zentralen Leistungen demokratischer Ordnung:

Stabilität der Regeln ermöglicht Veränderbarkeit der Politik.

Gerade darin unterscheidet sich demokratische Stabilität von politischer Erstarrung.

Ein System, das politische Veränderung verhindert, kann äußerlich stabil erscheinen. Langfristig kann es jedoch gesellschaftliche Spannungen ansammeln, weil Interessen und Konflikte keine ausreichenden institutionellen Ausdrucksmöglichkeiten erhalten.

Demokratische Veränderbarkeit besitzt deshalb selbst eine stabilisierende Funktion.

Wahlen ermöglichen Machtwechsel, bevor politische Konflikte außerhalb institutioneller Verfahren ausgetragen werden müssen. Neue Parteien können gesellschaftliche Interessen aufnehmen, bevor Repräsentationsdefizite dauerhaft werden. Parlamente und Koalitionen ermöglichen Kompromisse zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen.

Demokratie stabilisiert sich damit gerade dadurch, dass sie Veränderung institutionalisiert.

Anpassungsfähigkeit beginnt mit der Wahrnehmung gesellschaftlicher Veränderungen

Institutionelle Anpassung setzt voraus, dass politische Systeme gesellschaftliche Veränderungen frühzeitig erkennen.

Dies ist schwieriger, als es zunächst erscheint.

Gesellschaftliche Transformation entwickelt sich häufig schrittweise. Demografische Verschiebungen werden über Jahrzehnte sichtbar. Wirtschaftliche Strukturveränderungen können zunächst einzelne Branchen oder Regionen betreffen. Veränderungen politischer Einstellungen können lange unterhalb der Aufmerksamkeit nationaler Öffentlichkeit stattfinden.

Politische Systeme besitzen gleichzeitig eine starke Orientierung an kurzfristigen Entscheidungszyklen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Wahlen, Haushaltsjahre, Koalitionskonflikte und mediale Aufmerksamkeit begünstigen unmittelbare politische Probleme.

Dadurch entsteht eine mögliche Zeitdifferenz zwischen gesellschaftlicher Transformation und politischer Reaktion.

Wenn diese Differenz zu groß wird, können Anpassungsdefizite entstehen.

Ein lernfähiges demokratisches System benötigt deshalb institutionelle Frühwarnfähigkeit. Kommunen, Verwaltungen, Wissenschaft, Verbände, Zivilgesellschaft, Medien und Parteien verfügen jeweils über unterschiedliche Zugänge zu gesellschaftlichen Veränderungen.

Die Aufgabe demokratischer Politik besteht darin, diese Informationen miteinander zu verbinden.

Dabei geht es nicht darum, jede gesellschaftliche Entwicklung sofort in politische Intervention zu übersetzen. Demokratische Anpassungsfähigkeit verlangt vielmehr die Fähigkeit, zwischen kurzfristigen Schwankungen und langfristigen Strukturveränderungen zu unterscheiden.

Die zentrale Frage lautet deshalb nicht nur: **Was geschieht gerade?**

Sie lautet ebenso: **Welche Entwicklungen verändern langfristig die Voraussetzungen politischen Handelns?**

Anpassungsfähigkeit verlangt Entscheidungen unter Unsicherheit

Gesellschaftliche Transformation stellt Politik vor ein weiteres Problem: Entscheidungen müssen häufig getroffen werden, bevor alle zukünftigen Folgen bekannt sind.

Dies gilt für technologische Regulierung ebenso wie für Energiepolitik, Migration, soziale Sicherung oder wirtschaftliche Strukturpolitik.

Politische Institutionen können deshalb nicht darauf warten, bis vollständige Gewissheit besteht.

Gleichzeitig dürfen Entscheidungen unter Unsicherheit nicht als endgültige Wahrheiten behandelt werden.

Eine anpassungsfähige Demokratie benötigt deshalb eine andere Vorstellung politischer Entscheidungsfähigkeit.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Entscheidungen müssen verbindlich genug sein, um gesellschaftliche Wirkung zu erzeugen, und gleichzeitig überprüfbar genug bleiben, um bei veränderten Erkenntnissen angepasst werden zu können.

Damit entsteht ein lernorientierter Entscheidungsprozess:

Problemwahrnehmung → Entscheidung → Umsetzung → Beobachtung → Bewertung → Korrektur.

Korrektur ist dabei kein Zeichen institutioneller Schwäche.

Sie gehört zur demokratischen Anpassungsfähigkeit.

Problematisch wird vielmehr eine politische Kultur, in der jede Korrektur als Eingeständnis vollständigen Scheiterns interpretiert wird. Unter solchen Bedingungen entsteht ein Anreiz, erkennbare Fehler möglichst lange zu verteidigen.

Eine lernfähige Demokratie benötigt deshalb die gesellschaftliche und politische Akzeptanz, dass Entscheidungen unter Unsicherheit revidiert werden können.

Politische Anpassung benötigt institutionelle Kontinuität

Anpassungsfähigkeit bedeutet jedoch nicht permanente institutionelle Veränderung.

Gerade unter Transformationsdruck kann der Eindruck entstehen, bestehende politische Verfahren seien zu langsam oder zu kompliziert.

Die Versuchung wächst dann, institutionelle Begrenzungen als Hindernisse politischer Handlungsfähigkeit zu betrachten.

Doch viele dieser Begrenzungen besitzen eine demokratische Schutzfunktion.

Parlamentarische Beratung, föderale Beteiligung, gerichtliche Kontrolle und administrative Prüfung können Entscheidungen verlangsamen.

Sie reduzieren gleichzeitig das Risiko unkontrollierter Machtkonzentration und schlecht geprüfter Entscheidungen.

Die zentrale Herausforderung lautet deshalb:

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Wie kann demokratische Entscheidungsfähigkeit erhöht werden, ohne demokratische Machtbegrenzung zu schwächen?

Die Antwort kann nicht in permanenter Zentralisierung liegen.

Sie liegt stärker in besserer Koordination, klareren Zuständigkeiten, leistungsfähigeren Verwaltungen und transparenteren Entscheidungsverfahren.

Damit wird institutionelle Reform selbst zu einer Frage demokratischer Balance.

Reformen sollten nicht primär danach bewertet werden, ob sie politische Entscheidungen beschleunigen.

Entscheidend ist, ob sie gleichzeitig **Handlungsfähigkeit, Verantwortlichkeit und demokratische Kontrolle** verbessern.

Repräsentation muss beweglicher werden, ohne politische Integration zu verlieren

Die Transformation gesellschaftlicher Strukturen verändert auch die Voraussetzungen politischer Repräsentation.

Traditionelle Milieus werden schwächer. Interessen werden vielfältiger. Neue Konfliktlinien entstehen.

Damit muss sich auch das Parteiensystem verändern können.

Neue Parteien, veränderte Programme und neue Koalitionsformen sind deshalb nicht grundsätzlich Zeichen demokratischer Instabilität.

Sie können Ausdruck demokratischer Anpassungsfähigkeit sein.

Eine Gesellschaft, deren politische Konflikte sich verändern, benötigt ein Parteiensystem, das diese Veränderungen aufnehmen kann.

Gleichzeitig entsteht ein neues Integrationsproblem.

Je stärker sich gesellschaftliche Vielfalt in parteipolitischer Fragmentierung ausdrückt, desto schwieriger kann gemeinsame Mehrheitsbildung werden.

Damit verschiebt sich politische Integrationsleistung.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Ein Teil jener Konflikte, die früher innerhalb großer Volksparteien ausgehandelt wurden, wird heute stärker zwischen mehreren Parteien innerhalb von Parlamenten und Koalitionen verarbeitet.

Demokratische Anpassungsfähigkeit verlangt deshalb nicht weniger politischen Wettbewerb.

Sie verlangt leistungsfähigere Mechanismen, um aus vielfältiger Repräsentation gemeinsame Entscheidungen entstehen zu lassen.

Die zentrale Verbindung lautet:

offene Repräsentation → pluralistische Konkurrenz → institutionelle Integration → verbindliche Entscheidung.

Keine dieser Stufen kann dauerhaft durch eine andere ersetzt werden.

Staatliche Handlungsfähigkeit muss mit gesellschaftlicher Tragfähigkeit verbunden bleiben

Anpassungsfähigkeit besitzt neben der institutionellen auch eine gesellschaftliche Dimension.

Politische Reformen können formal beschlossen und administrativ umgesetzt werden und dennoch langfristig instabil bleiben, wenn große gesellschaftliche Gruppen ihre Folgen als dauerhaft unfair oder unverständlich wahrnehmen.

Dies bedeutet nicht, dass jede Reform allgemeine Zustimmung benötigt.

Transformationspolitik erzeugt zwangsläufig Konflikte.

Entscheidend ist vielmehr, ob gesellschaftliche Belastungen sichtbar gemacht, Interessen fair abgewogen und Anpassungszeiten berücksichtigt werden.

Gerade tiefgreifende Transformationen besitzen eine zeitliche Dimension.

Menschen, Unternehmen und Kommunen benötigen Möglichkeiten, sich auf neue Rahmenbedingungen einzustellen.

Eine Politik, die ausschließlich das langfristige Ziel betrachtet und Übergangskosten unterschätzt, kann gesellschaftlichen Widerstand verstärken.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Umgekehrt kann eine Politik, die jede kurzfristige Belastung vermeiden möchte, notwendige langfristige Anpassungen dauerhaft verschieben.

Demokratische Transformationspolitik muss deshalb zwischen **Veränderungsnotwendigkeit und Anpassungsfähigkeit** vermitteln.

Politische Geschwindigkeit wird damit selbst zu einer Steuerungsfrage.

Krisen dürfen Anpassungsfähigkeit nicht durch permanente Ausnahme ersetzen

Krisen stellen Demokratien vor besondere Herausforderungen.

Finanzkrisen, Pandemien, Kriege, Energiekrisen oder außergewöhnliche Migrationsbewegungen können schnelle politische Entscheidungen notwendig machen.

In solchen Situationen kann die Exekutive vorübergehend an Bedeutung gewinnen.

Das muss demokratische Stabilität nicht gefährden.

Entscheidend ist jedoch, dass Krisenpolitik nicht dauerhaft zur normalen Regierungsform wird.

Eine Demokratie, die gesellschaftliche Transformation permanent als Ausnahmezustand behandelt, verändert langfristig ihr institutionelles Gleichgewicht.

Parlamentarische Beratung, öffentliche Debatte und institutionelle Kontrolle können unter ständigem Zeitdruck an Bedeutung verlieren.

Deshalb gehört zur demokratischen Anpassungsfähigkeit auch die Fähigkeit, von kurzfristigem Krisenmanagement wieder in reguläre politische Verfahren zurückzukehren.

Noch wichtiger ist die institutionelle Auswertung von Krisenerfahrungen.

Nach einer Krise sollte nicht lediglich der frühere Zustand wiederhergestellt werden.

Die Frage muss lauten, welche institutionellen Schwächen sichtbar geworden sind und welche Strukturen verbessert werden müssen.

Krisenresilienz wird dadurch zu institutioneller Lernfähigkeit.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Demokratische Resilienz bedeutet mehr als Widerstandsfähigkeit

Der Begriff demokratischer Resilienz wird häufig als Fähigkeit verstanden, äußeren oder inneren Belastungen standzuhalten.

Unter Bedingungen dauerhafter Transformation reicht dieses Verständnis nicht aus.

Ein System kann Belastungen widerstehen und dennoch langfristig an Anpassungsfähigkeit verlieren.

Demokratische Resilienz muss deshalb adaptiv verstanden werden.

Sie bezeichnet die Fähigkeit, grundlegende demokratische Funktionen zu erhalten und gleichzeitig politische Strukturen an veränderte Bedingungen anzupassen.

Resilienz bedeutet damit nicht ausschließlich Rückkehr zum vorherigen Zustand.

Sie kann die Entwicklung eines neuen stabilen Zustands innerhalb unveränderter demokratischer Grundprinzipien bedeuten.

Parteien können sich verändern.

Koalitionsstrukturen können sich verändern.

Verwaltungen können reorganisiert werden.

Föderale Zusammenarbeit kann neue Formen annehmen.

Europäische Integration kann sich weiterentwickeln.

Entscheidend ist, dass die Offenheit demokratischer Konkurrenz erhalten bleibt.

Damit lautet die zentrale Formel:

Stabilität durch kontrollierte Anpassung – nicht Stabilität durch Verhinderung von Veränderung.

Die Offenheit der politischen Zukunft ist der Kern demokratischer Stabilität

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Am Ende führt die Frage nach demokratischer Anpassungsfähigkeit zu einem grundlegenden Prinzip.

Eine Demokratie bleibt stabil, solange ihre politische Zukunft offen bleibt.

Keine Regierung darf davon ausgehen können, dauerhaft an der Macht zu bleiben.

Keine Opposition darf strukturell von zukünftiger Regierungsverantwortung ausgeschlossen werden, sofern sie die demokratischen Regeln selbst anerkennt.

Keine gesellschaftliche Gruppe darf dauerhaft aus politischer Repräsentation ausgeschlossen sein.

Wahlen müssen reale politische Veränderungen ermöglichen.

Gerichte müssen unabhängig bleiben.

Öffentliche Kritik muss möglich sein.

Diese Offenheit besitzt eine tiefere Bedeutung als der regelmäßige Wahlakt.

Sie erzeugt die Erwartung, dass politische Niederlagen vorläufig bleiben.

Gerade deshalb können gesellschaftliche Gruppen Entscheidungen akzeptieren, die sie ablehnen.

Sie wissen, dass politische Mehrheiten veränderbar sind.

Diese Erwartung bildet einen der stärksten Stabilitätsmechanismen demokratischer Ordnung.

Demokratische Erosion beginnt deshalb besonders dort, wo politische Akteure versuchen, diese Offenheit einzuschränken.

Wenn institutionelle Regeln so verändert werden, dass zukünftige Konkurrenz strukturell erschwert wird, verwandelt sich demokratische Anpassung in politische Machtverfestigung.

Die anpassungsfähige Demokratie verändert politische Entscheidungen, institutionelle Verfahren und Formen gesellschaftlicher Repräsentation, wenn neue Bedingungen dies erforderlich machen. Unverändert bleiben müssen jedoch jene Grundlagen, die zukünftige Veränderung überhaupt ermöglichen: politische Gleichheit, freie Konkurrenz, Rechtsstaatlichkeit, unabhängige Kontrolle und die reale Möglichkeit demokratischen Machtwechsels.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Damit lässt sich demokratische Stabilität unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts als dynamisches Gleichgewicht verstehen.

Auf der einen Seite stehen institutionelle Kontinuität, Rechtsstaatlichkeit und verlässliche demokratische Regeln. Auf der anderen Seite stehen gesellschaftliche Veränderung, politische Innovation, wechselnde Mehrheiten und institutionelle Lernprozesse.

Zwischen beiden Ebenen vermittelt demokratische Steuerungsfähigkeit.

Sie muss gesellschaftliche Entwicklungen wahrnehmen, Interessen politisch repräsentieren, Konflikte institutionell verarbeiten, Entscheidungen ermöglichen, staatliche Umsetzung organisieren und gesellschaftliche Wirkungen zurück in den politischen Prozess führen.

Damit schließt sich der in den vorhergehenden Kapiteln entwickelte Transformationskreislauf:

gesellschaftliche Veränderung → politische Wahrnehmung → Repräsentation → institutionelle Verarbeitung → Entscheidung → Umsetzung → gesellschaftliche Wirkung → Bewertung → demokratische Korrektur → erneute Anpassung.

Eine stabile Demokratie ist deshalb kein System, das diesen Kreislauf möglichst selten durchläuft.

Im Gegenteil.

Ihre Stärke zeigt sich gerade darin, dass dieser Kreislauf dauerhaft funktionieren kann.

Parteien dürfen verlieren. Regierungen dürfen scheitern. politische Programme dürfen korrigiert werden. Institutionen dürfen reformiert werden. Gesellschaftliche Konflikte dürfen sichtbar werden.

Die Stabilität liegt nicht darin, solche Veränderungen zu verhindern.

Sie liegt darin, dass sie innerhalb einer politischen Ordnung stattfinden, deren grundlegende demokratische Regeln nicht mit jedem Konflikt erneut zur Disposition stehen.

Stabilität ohne Stillstand bedeutet deshalb, Veränderung nicht als Bedrohung demokratischer Ordnung zu begreifen, sondern als ihren Normalzustand. Die zukunftsfähige Demokratie ist nicht jene, die gesellschaftlichen Wandel aufhält, sondern jene, die ihn wahrnimmt, politisch verarbeitet, institutionell begrenzt, gesellschaftlich vermittelt und aus seinen Folgen lernen kann – während sie zugleich jene Regeln

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

schützt, die garantieren, dass auch die nächste Veränderung wieder demokratisch entschieden werden kann.

Kapitel 124 – Risiken einer dauerhaften politischen Fragmentierung

Politische Fragmentierung ist zunächst kein Zeichen demokratischer Schwäche. Wenn gesellschaftliche Lebenslagen vielfältiger werden, traditionelle Milieus an Bindungskraft verlieren und neue wirtschaftliche, kulturelle, ökologische und territoriale Konfliktlinien entstehen, kann ein vielfältigeres Parteiensystem gerade Ausdruck funktionierender demokratischer Repräsentation sein. Neue politische Interessen erhalten Zugang zu Parlamenten, etablierte Parteien geraten unter Anpassungsdruck und Wähler verfügen über zusätzliche politische Alternativen.

Die demokratische Bewertung politischer Fragmentierung darf deshalb nicht bei der Zahl der Parteien beginnen. Entscheidend ist, ob aus zunehmender Vielfalt weiterhin gemeinsame politische Entscheidungen entstehen können. Ein Parteiensystem kann stark fragmentiert und dennoch stabil sein, wenn Koalitionsbildung funktioniert, politische Kompromisse gesellschaftlich akzeptiert werden und Regierungswechsel innerhalb verlässlicher institutioneller Regeln stattfinden.

Problematisch wird Fragmentierung dort, wo sie sich dauerhaft mit Polarisierung, sinkendem Vertrauen, schwacher Kompromissfähigkeit und unklarer Verantwortungszuschreibung verbindet. Dann kann aus größerer Repräsentationsvielfalt eine zunehmende Schwierigkeit gemeinsamer politischer Willensbildung entstehen.

Das zentrale Risiko liegt deshalb nicht in politischer Vielfalt selbst, sondern in einer möglichen Entkopplung von **Repräsentationsfähigkeit und Integrationsfähigkeit**.

Politische Fragmentierung wird für eine Demokratie nicht dadurch problematisch, dass mehr Parteien und politische Interessen sichtbar werden. Sie wird problematisch, wenn gesellschaftliche Vielfalt zwar immer genauer repräsentiert, aber immer weniger erfolgreich in gemeinsame Mehrheiten, verbindliche Entscheidungen und zurechenbare politische Verantwortung übersetzt werden kann.

Fragmentierung verändert die politische Integrationsleistung

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die europäischen Parteiensysteme des 20. Jahrhunderts waren vielfach durch wenige große Parteien geprägt, die sehr unterschiedliche gesellschaftliche Interessen innerhalb ihrer eigenen Organisation miteinander verbanden. Volksparteien waren deshalb nicht lediglich Wahlorganisationen. Sie erfüllten eine erhebliche gesellschaftliche Integrationsfunktion.

Diese Struktur hat sich verändert.

Wenn traditionelle Milieus schwächer werden und politische Konfliktlinien vielfältiger verlaufen, wird es schwieriger, große und dauerhaft stabile Wählerkoalitionen innerhalb einzelner Parteien zusammenzuhalten. Neue Parteien können gesellschaftliche Interessen präziser vertreten, die innerhalb bestehender Parteien nur begrenzte Sichtbarkeit besaßen.

Damit verschwindet politische Integration jedoch nicht. Sie verlagert sich.

Was früher teilweise innerhalb großer Parteien ausgehandelt wurde, muss nun stärker zwischen mehreren Parteien innerhalb von Parlamenten und Koalitionen ausgehandelt werden.

Aus

gesellschaftliche Vielfalt → innerparteilicher Ausgleich → parlamentarische Mehrheit

wird zunehmend

gesellschaftliche Vielfalt → mehrere Parteien → parlamentarische Konkurrenz → Koalitionsverhandlung → politischer Kompromiss → Regierungsmehrheit.

Diese Verschiebung erhöht die Sichtbarkeit politischer Konflikte. Gleichzeitig erhöht sie die Anforderungen an parlamentarische und koalitionäre Vermittlung.

Fragmentierung bedeutet deshalb nicht das Ende politischer Integration.

Sie verändert ihren institutionellen Ort.

Mehr Repräsentation kann die Mehrheitsbildung erschweren

Das erste strukturelle Risiko dauerhafter Fragmentierung entsteht aus der wachsenden Schwierigkeit, stabile parlamentarische Mehrheiten zu bilden.

Je mehr relevante Parteien existieren, desto größer kann die Zahl möglicher Koalitionskombinationen werden. Gleichzeitig können politische Abstände zwischen

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

einzelnen Parteien so groß sein, dass ein erheblicher Teil dieser rechnerischen Möglichkeiten politisch ausscheidet.

Damit entsteht ein paradoxes Verhältnis.

Mathematisch nimmt die Zahl möglicher Koalitionen zu.

Politisch kann der tatsächlich nutzbare Koalitionsraum gleichzeitig kleiner werden.

Besonders deutlich wird dieses Problem, wenn Parteien existieren, mit denen andere Parteien aus programmatischen oder demokratiepolitischen Gründen keine Regierungskoalitionen eingehen wollen.

Dann können Wahlergebnisse entstehen, aus denen nur wenige politisch tragfähige Mehrheiten hervorgehen.

Dies ist nicht automatisch undemokratisch.

Parteien dürfen selbst entscheiden, mit welchen politischen Kräften sie koalieren.

Langfristig kann jedoch eine strukturelle Verengung des Koalitionsraums entstehen.

Regierungsbildung wird schwieriger, Koalitionen werden heterogener und politische Verhandlungen umfangreicher.

Die zentrale demokratische Herausforderung lautet deshalb, aus pluralistischer Repräsentation weiterhin **regierungsfähige Mehrheiten** entstehen zu lassen.

Dauerhafte Koalitionswänge können politische Alternativen verwischen

Fragmentierte Parteiensysteme können darüber hinaus die Wahrnehmbarkeit politischer Alternativen verändern.

Wenn mehrere Parteien regelmäßig gemeinsam regieren müssen, obwohl sie im Wahlkampf unterschiedliche politische Programme vertreten, entsteht ein Spannungsverhältnis zwischen Wahlkonkurrenz und Regierungskooperation.

Kompromisse gehören zur Demokratie.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Problematisch wird jedoch eine Situation, in der Bürger den Eindruck gewinnen, unterschiedliche Wahlergebnisse führten immer wieder zu sehr ähnlichen Regierungskonstellationen oder politischen Entscheidungen.

Dann kann die Wahrnehmung entstehen, politische Alternativen seien zwar auf dem Stimmzettel vorhanden, hätten aber nur begrenzten Einfluss auf tatsächliche Regierungsbildung.

Diese Wahrnehmung kann insbesondere Parteien stärken, die sich selbst außerhalb des etablierten politischen Systems positionieren.

Sie können argumentieren, die übrigen Parteien bildeten trotz programmatischer Unterschiede letztlich einen gemeinsamen politischen Block.

Damit kann eine paradoxe Rückkopplung entstehen:

Fragmentierung → breite oder ungewöhnliche Koalitionen → geringere Wahrnehmbarkeit politischer Alternativen → stärkere Anti-Establishment-Mobilisierung → weitere Fragmentierung.

Das bedeutet nicht, dass breite Koalitionen grundsätzlich problematisch wären.

Sie können in schwierigen parlamentarischen Situationen notwendig und politisch erfolgreich sein.

Langfristig benötigt Demokratie jedoch erkennbare Alternativen zwischen Regierung und Opposition.

Verantwortungszuschreibung wird schwieriger

Ein weiteres Risiko dauerhafter Fragmentierung betrifft politische Verantwortung.

In einer Einparteienregierung oder einer Koalition aus wenigen klar unterscheidbaren Partnern lässt sich politische Verantwortung vergleichsweise leicht zuordnen.

Mit zunehmender Zahl beteiligter Parteien wird diese Verbindung komplexer.

Regierungsparteien können erfolgreiche Entscheidungen jeweils für sich beanspruchen und unpopuläre Kompromisse den Koalitionspartnern zuschreiben.

Gleichzeitig können unterschiedliche Ministerien verschiedene politische Signale senden.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Für Bürger wird dann schwerer erkennbar, welche Partei welchen Teil einer Regierungsentscheidung tatsächlich verantwortet.

Dadurch kann die demokratische Rückkopplung zwischen Wahl und Regierung geschwächt werden.

Das in Kapitel 121 entwickelte Transformationsmodell setzt voraus, dass politische Erfahrungen in zukünftige Wahlentscheidungen übersetzt werden können.

Dafür muss jedoch zumindest annähernd erkennbar sein, welche politischen Akteure für Entscheidungen verantwortlich waren.

Wenn Verantwortung dauerhaft diffus bleibt, verliert die Wahl einen Teil ihrer Funktion als politischer Korrekturmechanismus.

Fragmentierte Demokratien benötigen deshalb besonders klare Formen gemeinsamer Regierungsverantwortung.

Koalitionspartner müssen politische Unterschiede sichtbar halten dürfen.

Sie müssen zugleich Verantwortung für gemeinsam beschlossene Entscheidungen übernehmen.

Fragmentierung kann kurzfristige Profilierung gegenüber langfristiger Problemlösung begünstigen

Mehrparteienkoalitionen erzeugen einen weiteren strukturellen Konflikt.

Jede Regierungspartei besitzt zwei unterschiedliche Interessen.

Sie benötigt eine funktionierende Regierung.

Gleichzeitig muss sie ihre eigene politische Identität gegenüber den Koalitionspartnern sichtbar halten, um bei der nächsten Wahl erfolgreich zu sein.

Damit entsteht das bereits erkennbare Koalitionsdilemma:

gemeinsamer Regierungserfolg verlangt Kooperation – zukünftiger Wahlerfolg verlangt politische Unterscheidbarkeit.

Dieses Spannungsverhältnis kann unter Bedingungen starker Fragmentierung zunehmen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Parteien können versuchen, innerhalb laufender Regierungsarbeit permanent eigene politische Erfolge hervorzuheben oder Kompromisse öffentlich zu relativieren.

Dadurch entsteht die Gefahr eines dauerhaften Wahlkampfmodus innerhalb der Regierung.

Langfristige Transformationsaufgaben werden dadurch schwieriger.

Demografischer Wandel, Infrastruktur, Bildung, Digitalisierung, wirtschaftliche Modernisierung oder Energiepolitik benötigen häufig Entscheidungen, deren Wirkungen weit über eine Wahlperiode hinausreichen.

Wenn Koalitionspartner politische Entscheidungen hauptsächlich danach bewerten, ob sie kurzfristig das eigene Profil stärken, kann strategische Regierungsfähigkeit geschwächt werden.

Dauerhafte Fragmentierung erhöht deshalb den Bedarf an institutionellen Mechanismen, die kurzfristige Parteienkonkurrenz und langfristige staatliche Verantwortung miteinander verbinden.

Fragmentierung kann in Polarisierung übergehen

Politische Fragmentierung und politische Polarisierung sind nicht dasselbe.

Ein Parteiensystem kann aus vielen Parteien bestehen, zwischen denen dennoch kooperative politische Beziehungen möglich bleiben.

Umgekehrt kann auch ein System mit wenigen Parteien stark polarisiert sein.

Demokratisch riskant wird insbesondere die Verbindung beider Entwicklungen.

Wenn mehrere politische Lager entstehen, die sich zunehmend nicht nur programmatisch, sondern gesellschaftlich und moralisch voneinander abgrenzen, kann Kompromissfähigkeit sinken.

Politische Gegner werden dann nicht mehr lediglich als Vertreter anderer Interessen betrachtet.

Sie werden als Bedrohung der eigenen gesellschaftlichen Ordnung wahrgenommen.

Dadurch verändert sich politische Konkurrenz.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Aus dem Streit über politische Entscheidungen kann ein Streit über die Legitimität politischer Akteure werden.

Die Folge kann ein selbstverstärkender Prozess sein:

Fragmentierung → stärkere politische Profilierung → Polarisierung → geringere Kooperationsfähigkeit → schwierigere Mehrheitsbildung → stärkere Konfliktorientierung → weitere Fragmentierung.

Dieser Prozess ist nicht zwangsläufig.

Er zeigt jedoch, warum demokratische politische Kultur unter fragmentierten Bedingungen an Bedeutung gewinnt.

Je vielfältiger das Parteiensystem wird, desto wichtiger wird die gemeinsame Anerkennung demokratischer Spielregeln.

Die Ränder können wachsen, wenn die Mitte nur noch als Koalitionsraum erscheint

Dauerhafte Fragmentierung verändert auch die strategische Position politischer Mitteparteien.

Wenn mehrere Mitteparteien regelmäßig miteinander koalieren müssen, kann zwischen ihnen ein wachsender Druck zur Zusammenarbeit entstehen.

Dies kann staatliche Stabilität sichern.

Gleichzeitig kann es den politischen Raum außerhalb dieser Koalitionen vergrößern.

Oppositionsparteien können sich dann als einzige grundsätzliche Alternative zu einem vermeintlich geschlossenen politischen Zentrum präsentieren.

Besonders erfolgreich kann diese Strategie werden, wenn Regierungsparteien ihre Unterschiede im Wahlkampf stark betonen, nach der Wahl jedoch wieder gemeinsam regieren.

Dadurch kann eine Wahrnehmung entstehen, die parlamentarische Mitte sei politisch austauschbar.

Eine solche Entwicklung wäre für demokratische Konkurrenz problematisch, weil sie die politische Mitte zwischen zwei widersprüchliche Erwartungen stellt.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Sie soll kompromissfähig genug sein, um Regierungen zu bilden.

Sie muss gleichzeitig unterscheidbar genug bleiben, um politische Alternativen anzubieten.

Die Antwort kann deshalb nicht in künstlicher Polarisierung zwischen demokratischen Mitteparteien liegen.

Sie liegt vielmehr in **klarer programmatischer Identität bei gleichzeitiger demokratischer Kooperationsfähigkeit**.

Parteien müssen erklären können, wofür sie eigenständig stehen und warum sie dennoch bestimmte Kompromisse eingehen.

Das eigentliche Risiko ist die Blockierung demokratischer Rückkopplung

Aus der Perspektive des Modells demokratischer Transformation lässt sich das grundlegende Risiko dauerhafter Fragmentierung noch präziser bestimmen.

Demokratische Stabilität beruht auf einem funktionierenden Rückkopplungssystem:

**gesellschaftliche Veränderung → politische Repräsentation → Wahl →
Mehrheitsbildung → Entscheidung → Umsetzung → gesellschaftliche Wirkung →
politische Bewertung → mögliche Korrektur.**

Fragmentierung kann zunächst die Repräsentationsstufe verbessern.

Mehr gesellschaftliche Interessen werden sichtbar.

Das Problem beginnt dort, wo die nachfolgenden Stufen zunehmend blockiert werden.

Wenn aus Repräsentation keine Mehrheiten entstehen, aus Mehrheiten keine kohärenten Entscheidungen, aus Entscheidungen keine klare Verantwortung und aus Verantwortung keine wirksame demokratische Korrektur, wird das Rückkopplungssystem schwächer.

Dann kann gerade eine hohe Repräsentationsvielfalt paradoxerweise mit sinkender politischer Steuerungsfähigkeit verbunden sein.

Damit wird deutlich, warum die Zahl der Parteien allein wenig über demokratische Stabilität aussagt.

Entscheidend ist das Verhältnis zwischen **Vielfalt und Integration**.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

**Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter
Transformationsdruck**

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Das zentrale Risiko dauerhafter politischer Fragmentierung besteht nicht in der Vielfalt politischer Interessen, sondern in einer möglichen Unterbrechung demokratischer Rückkopplung. Wenn gesellschaftliche Interessen immer differenzierter repräsentiert werden, daraus aber immer schwerer Mehrheiten, Entscheidungen, Verantwortung und politische Korrekturen entstehen, kann Repräsentationsgewinn in Steuerungsverlust übergehen.

Damit ergibt sich aus der Analyse keine Forderung nach einer Rückkehr zu früheren Parteiensystemen. Die gesellschaftlichen Voraussetzungen der großen Volksparteien des 20. Jahrhunderts können nicht politisch wiederhergestellt werden. Eine vielfältigere Gesellschaft wird wahrscheinlich auch langfristig vielfältigere Formen politischer Repräsentation hervorbringen.

Die zentrale Aufgabe besteht deshalb darin, die institutionellen Voraussetzungen fragmentierter Demokratie weiterzuentwickeln.

Parlamente müssen stärker zu Orten politischer Integration werden. Koalitionen benötigen verlässliche Verfahren der Konfliktlösung. Regierungsparteien müssen gemeinsame Verantwortung übernehmen, ohne ihre politische Identität aufzugeben. Opposition muss erkennbare Alternativen anbieten können, ohne demokratische Konkurrenten grundsätzlich zu delegitimieren. Zuständigkeiten und politische Verantwortung müssen für Bürger nachvollziehbar bleiben.

Vor allem aber benötigt eine fragmentierte Demokratie eine politische Kultur, in der Kompromiss nicht als Auflösung politischer Unterschiede verstanden wird.

Demokratische Parteien dürfen unterschiedliche gesellschaftliche Interessen vertreten und miteinander hart konkurrieren. Gerade diese Unterschiede schaffen politische Wahlmöglichkeiten.

Nach der Wahl müssen sie jedoch in der Lage bleiben, aus unterschiedlichen Interessen gemeinsame Entscheidungen entstehen zu lassen.

Damit verändert sich unter Bedingungen dauerhafter Fragmentierung die zentrale Integrationsleistung demokratischer Politik. Sie findet weniger selbstverständlich innerhalb weniger großer Parteien statt und stärker sichtbar zwischen mehreren politischen Akteuren.

Das erhöht die Anforderungen an parlamentarische Verfahren, Koalitionsbildung, politische Kommunikation und Verantwortungsübernahme.

Die Zukunft fragmentierter Demokratien entscheidet sich deshalb nicht daran, ob sie wieder weniger vielfältig werden. Sie entscheidet sich daran, ob sie institutionelle und

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter

Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

politische Formen entwickeln, die größere Vielfalt mit gemeinsamer Handlungsfähigkeit verbinden. Politische Fragmentierung wird erst dann zur demokratischen Gefahr, wenn aus pluralistischer Repräsentation dauerhafte politische Blockierung und aus legitimer Konkurrenz die Unfähigkeit zur gemeinsamen demokratischen Entscheidung entsteht.

Kapitel 125 – Möglichkeiten demokratischer Regeneration

Die bisherigen Analysen haben gezeigt, dass gesellschaftliche Transformation nicht zwangsläufig zu demokratischer Instabilität führt. Parteiensysteme können sich verändern, traditionelle politische Bindungen schwächer werden, neue Konfliktlinien entstehen und gesellschaftliche Polarisierung zunehmen, ohne dass dadurch die demokratische Ordnung selbst ihre Stabilität verlieren muss. Entscheidend ist vielmehr, ob demokratische Institutionen in der Lage bleiben, gesellschaftliche Veränderungen wahrzunehmen, politische Repräsentation anzupassen, verbindliche Entscheidungen zu treffen und aus deren gesellschaftlichen Wirkungen zu lernen.

Damit stellt sich am Ende der bisherigen Transformationsanalyse eine weiterführende Frage: Können Demokratien nicht nur Belastungen widerstehen, sondern sich aus Phasen sinkenden Vertrauens, schwächerer Repräsentation, politischer Fragmentierung und institutioneller Überforderung heraus erneuern?

Demokratische Regeneration bezeichnet dabei keine Rückkehr zu einem früheren politischen Zustand. Die gesellschaftlichen Milieus, Parteiensysteme, wirtschaftlichen Strukturen und medialen Öffentlichkeiten vergangener Jahrzehnte können nicht wiederhergestellt werden. Regeneration muss deshalb etwas anderes bedeuten: die Fähigkeit einer demokratischen Ordnung, unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen neue Formen politischer Integration, institutioneller Handlungsfähigkeit und gesellschaftlicher Legitimation zu entwickeln.

Demokratische Regeneration ist damit weder Restauration noch politischer Neubeginn. Sie ist **Erneuerung innerhalb institutioneller Kontinuität.**

Demokratische Regeneration bedeutet nicht die Wiederherstellung einer vergangenen politischen Ordnung. Sie bezeichnet die Fähigkeit einer Demokratie, aus Repräsentationsdefiziten, Vertrauensverlusten und institutionellen Anpassungsproblemen neue Formen politischer Integration und Steuerungsfähigkeit zu entwickeln, ohne die Grundlagen demokratischer Konkurrenz, politischer Gleichheit und rechtsstaatlicher Machtbegrenzung aufzugeben.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Regeneration beginnt mit der Wiederherstellung funktionierender demokratischer Rückkopplung

Das in den vorhergehenden Kapiteln entwickelte Transformationsmodell ermöglicht eine präzisere Bestimmung demokratischer Regeneration. Wenn demokratische Stabilität wesentlich auf einem funktionierenden Rückkopplungssystem zwischen Gesellschaft und politischen Institutionen beruht, muss Regeneration dort ansetzen, wo diese Rückkopplung gestört ist.

Gesellschaftliche Veränderungen müssen politisch wahrgenommen werden. Unterschiedliche Erfahrungen müssen Möglichkeiten politischer Artikulation besitzen. Parteien und Parlamente müssen daraus politische Alternativen entwickeln. Regierungen müssen Entscheidungen treffen können. Verwaltungen müssen diese Entscheidungen umsetzen. Ihre gesellschaftlichen Wirkungen müssen beobachtet werden und in zukünftige politische Entscheidungen zurückfließen.

Demokratische Regeneration bedeutet deshalb zunächst, unterbrochene oder geschwächte Verbindungen innerhalb dieses Kreislaufs wiederherzustellen.

Ein Repräsentationsproblem kann nicht ausschließlich durch bessere Kommunikation gelöst werden, wenn gesellschaftliche Interessen tatsächlich keinen ausreichenden politischen Zugang besitzen. Ein Vertrauensproblem kann nicht dauerhaft kommunikativ kompensiert werden, wenn staatliche Entscheidungen regelmäßig an ihrer Umsetzung scheitern. Eine Krise politischer Handlungsfähigkeit lässt sich wiederum nicht allein durch stärkere Exekutivmacht lösen, wenn ihre Ursache in unklaren Zuständigkeiten, mangelnder Koordination oder administrativer Überforderung liegt.

Regeneration verlangt deshalb eine genaue Unterscheidung zwischen den unterschiedlichen Störungen demokratischer Rückkopplung.

Die entscheidende Frage lautet nicht allgemein, warum Menschen unzufrieden sind. Sie lautet, **an welcher Stelle zwischen gesellschaftlicher Erfahrung und politischer Wirkung die demokratische Verarbeitung nicht mehr ausreichend funktioniert.**

Gerade darin unterscheidet sich institutionelle Regeneration von politischem Aktionismus. Nicht jede gesellschaftliche Unzufriedenheit verlangt neue Institutionen. Nicht jedes Umsetzungsproblem verlangt neue Gesetze. Nicht jede politische Polarisierung verlangt weniger politischen Wettbewerb.

Eine lernfähige Demokratie muss zunächst erkennen, welche Funktion tatsächlich geschwächt ist.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Politische Repräsentation muss erneuert werden, ohne gesellschaftliche Fragmentierung zu verstärken

Eine zentrale Voraussetzung demokratischer Regeneration liegt in der Erneuerung politischer Repräsentation. Die Schwächung traditioneller Milieus und langfristiger Parteibindungen bedeutet nicht, dass gesellschaftliche Interessen verschwunden wären. Sie werden vielfältiger, beweglicher und weniger dauerhaft an einzelne Organisationen gebunden.

Parteien müssen deshalb neue gesellschaftliche Verbindungen herstellen. Dies kann nicht allein durch Wahlkampfkommunikation oder digitale Mobilisierung gelingen. Politische Repräsentation benötigt dauerhafte gesellschaftliche Präsenz. Parteien müssen unterschiedliche Lebenswelten kennen, regionale Entwicklungen wahrnehmen und gesellschaftliche Erfahrungen aufnehmen, bevor diese ausschließlich in Protest oder politische Entfremdung übersetzt werden.

Dabei besteht eine besondere Herausforderung darin, neue Interessen aufzunehmen, ohne Gesellschaft dauerhaft in getrennte politische Gruppen zu zerlegen. Demokratische Repräsentation darf nicht darauf hinauslaufen, für jede gesellschaftliche Teilgruppe eine ausschließlich eigene politische Identität zu organisieren.

Regeneration benötigt deshalb **gruppenübergreifende politische Bündnisse**.

Parteien müssen unterschiedliche Interessen miteinander verbinden und gemeinsame politische Perspektiven entwickeln können. Gerade darin lag historisch eine wesentliche Integrationsleistung großer demokratischer Parteien. Diese Funktion bleibt notwendig, auch wenn ihre organisatorischen Formen sich verändern.

Das Ziel kann deshalb nicht die Wiederherstellung früherer Volksparteien sein. Entscheidend ist die Wiederherstellung ihrer demokratischen Integrationsleistung unter neuen gesellschaftlichen Bedingungen.

Auch Parlamente gewinnen dadurch an Bedeutung. Je weniger gesellschaftliche Integration innerhalb einzelner Parteien stattfindet, desto stärker muss sie zwischen Parteien organisiert werden. Parlamentarische Beratung, Koalitionsbildung und politischer Kompromiss werden damit zu zentralen Orten demokratischer Regeneration.

Handlungsfähigkeit und Vertrauen müssen gemeinsam wiederhergestellt werden

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Demokratische Regeneration benötigt neben Repräsentation auch erkennbare politische Handlungsfähigkeit. Bürger müssen erleben können, dass politische Institutionen nicht nur Probleme benennen und Ziele formulieren, sondern Entscheidungen tatsächlich umsetzen.

Dabei darf Handlungsfähigkeit nicht mit maximaler Geschwindigkeit verwechselt werden. Demokratische Verfahren benötigen Beratung, Kontrolle und rechtliche Prüfung. Gerade diese Begrenzungen unterscheiden demokratische Steuerung von autoritärer Entscheidungsmacht.

Das Problem entsteht dort, wo institutionelle Komplexität nicht mehr zu besseren Entscheidungen, sondern zu dauerhafter Verantwortungsdiffusion und Umsetzungsproblemen führt.

Regeneration verlangt deshalb keine pauschale Zentralisierung politischer Macht. Sie verlangt klarere Verantwortungsketten, bessere Koordination und ausreichende administrative Kapazitäten.

Bund, Länder, Kommunen und europäische Institutionen müssen dort zusammenarbeiten, wo gesellschaftliche Probleme mehrere Ebenen gleichzeitig betreffen. Gleichzeitig muss nachvollziehbar bleiben, wer politische Ziele formuliert, wer Entscheidungen trifft, wer Ressourcen bereitstellt und wer für die Umsetzung verantwortlich ist.

Besondere Bedeutung besitzt dabei die kommunale Ebene. Viele Bürger erfahren staatliche Handlungsfähigkeit unmittelbar in Schulen, Verwaltungen, Verkehrssystemen, sozialen Einrichtungen und öffentlichen Räumen. Wenn Kommunen dauerhaft Aufgaben übernehmen müssen, ohne über ausreichende finanzielle oder administrative Ressourcen zu verfügen, entsteht nicht lediglich ein kommunales Verwaltungsproblem. Es kann zu einem gesamtstaatlichen Vertrauensproblem werden.

Demokratische Regeneration muss deshalb dort sichtbar werden, wo Staatlichkeit praktisch erfahren wird.

Vertrauen entsteht nicht primär durch abstrakte institutionelle Reformen. Es entsteht durch wiederholte Erfahrung, dass demokratische Institutionen erreichbar, verantwortlich und grundsätzlich handlungsfähig bleiben.

Demokratische Regeneration benötigt eine neue politische Lernkultur

Keine demokratische Ordnung kann unter Bedingungen dauerhafter Transformation jede Entwicklung vorhersehen und jede politische Entscheidung beim ersten Versuch richtig

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

gestalten. Deshalb hängt Regeneration wesentlich davon ab, wie politische Systeme mit Fehlern und unerwarteten Wirkungen umgehen.

Eine politische Kultur, in der jede Korrektur als Niederlage interpretiert wird, erschwert institutionelles Lernen. Regierungen besitzen dann Anreize, erkennbare Probleme möglichst lange zu verteidigen. Opposition wiederum kann ein Interesse daran entwickeln, jede politische Anpassung als vollständiges Scheitern darzustellen.

Damit wird politische Korrektur selbst politisch kostspielig.

Eine regenerative Demokratie benötigt dagegen die institutionelle und gesellschaftliche Anerkennung eines anderen Zusammenhangs:

Entscheidung → Umsetzung → Beobachtung der Wirkungen → öffentliche Bewertung → Korrektur → erneute Entscheidung.

Diese Struktur bedeutet nicht Beliebigkeit. Politische Grundziele können stabil bleiben, während Instrumente verändert werden.

Gerade langfristige Transformationspolitik benötigt diese Unterscheidung. Energiepolitik, Digitalisierung, Migration, Bildung, demografische Anpassung oder wirtschaftliche Modernisierung lassen sich nicht durch eine einmalige politische Entscheidung abschließen. Sie benötigen fortlaufende Beobachtung und Anpassung.

Damit verändert sich auch die politische Bedeutung von Fehlern. Ein Fehler beschädigt demokratische Legitimität nicht zwangsläufig. Entscheidend ist, ob politische Institutionen ihn erkennen, Verantwortung übernehmen und korrigieren können.

Demokratische Regeneration entsteht deshalb nicht aus dem Versprechen politischer Unfehlbarkeit.

Sie entsteht aus **sichtbarer institutioneller Lernfähigkeit**.

Regeneration verlangt demokratische Konfliktfähigkeit und gemeinsame Grenzen

Demokratische Erneuerung darf nicht mit einer Reduzierung politischer Konflikte verwechselt werden. Gesellschaftliche Transformation erzeugt reale Interessengegensätze. Verteilungsfragen, Migration, kulturelle Werte, ökologische Transformation, europäische Integration und regionale Entwicklung werden auch künftig politisch umstritten bleiben.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Eine Demokratie regeneriert sich nicht dadurch, dass diese Konflikte aus der politischen Öffentlichkeit verschwinden.

Sie regeneriert sich, wenn Konflikte wieder innerhalb gemeinsamer demokratischer Regeln ausgetragen werden können.

Dafür müssen politische Alternativen erkennbar bleiben. Regierung und Opposition benötigen unterschiedliche politische Angebote. Parteien müssen gesellschaftliche Interessen deutlich vertreten können.

Gleichzeitig muss eine gemeinsame demokratische Grenze erhalten bleiben.

Politische Gegner dürfen kritisiert und abgewählt werden. Ihre grundsätzliche Legitimität als demokratische Konkurrenten darf jedoch nicht allein aufgrund politischer Unterschiede bestritten werden.

Diese Unterscheidung wird unter Bedingungen zunehmender Polarisierung besonders wichtig.

Wenn politische Konkurrenz zu einem Konflikt zwischen vermeintlich legitimen und grundsätzlich illegitimen gesellschaftlichen Gruppen wird, verliert Demokratie ihre integrative Funktion.

Regeneration verlangt deshalb eine politische Kultur, die **harten politischen Konflikt und demokratische Anerkennung des Gegners gleichzeitig ermöglicht**.

Die Grenze dieser Anerkennung liegt dort, wo politische Akteure selbst die Grundlagen demokratischer Konkurrenz, politische Gleichheit oder rechtsstaatliche Machtbegrenzung infrage stellen.

Demokratische Offenheit bedeutet nicht institutionelle Wehrlosigkeit.

Sie verlangt jedoch eine präzise Unterscheidung zwischen kontroverser demokratischer Politik und tatsächlicher Gefährdung demokratischer Grundregeln.

Regeneration entsteht aus der Offenheit politischer Korrektur

Die europäischen Vergleichsfälle zeigen, dass demokratische Entwicklung nicht zwangsläufig in eine Richtung verläuft. Politische Systeme können sich fragmentieren und anschließend neue Formen stabiler Mehrheitsbildung entwickeln. Parteien können erheblich an Unterstützung verlieren und sich programmatisch erneuern. Gesellschaftliche

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Protestbewegungen können neue politische Themen in bestehende Institutionen einbringen. Institutionelle Erosionsprozesse können politische Gegenmobilisierung auslösen.

Gerade darin liegt eine zentrale Stärke demokratischer Ordnung.

Demokratie besitzt institutionalisierte Möglichkeiten der Selbstkorrektur.

Wahlen können Regierungen ablösen. Parlamente können Gesetze verändern. Gerichte können rechtswidrige Entscheidungen begrenzen. Medien und Wissenschaft können Fehlentwicklungen sichtbar machen. Zivilgesellschaft kann gesellschaftliche Interessen mobilisieren. Neue Parteien können Repräsentationslücken schließen.

Diese Offenheit unterscheidet demokratische Regeneration grundlegend von autoritärer Stabilisierung.

Autoritäre Systeme können politische Ordnung durch Einschränkung von Konkurrenz stabilisieren. Demokratische Regeneration muss den entgegengesetzten Weg gehen.

Sie muss politische Konkurrenz funktionsfähig halten.

Regeneration bedeutet deshalb nicht, politische Unsicherheit vollständig zu beseitigen. Demokratische Wahlen enthalten immer Unsicherheit darüber, wer zukünftig regieren wird.

Gerade diese Unsicherheit ist Ausdruck politischer Freiheit.

Die entscheidende Stabilität liegt nicht im Fortbestand einer bestimmten Regierung oder Parteienkonstellation.

Sie liegt in der Sicherheit, **dass politische Veränderung weiterhin innerhalb demokratischer Regeln möglich bleibt.**

Demokratische Regeneration entsteht nicht durch die Wiederherstellung vergangener gesellschaftlicher Strukturen und nicht durch die Einschränkung politischer Konkurrenz. Sie entsteht dort, wo demokratische Rückkopplung wieder funktioniert: gesellschaftliche Erfahrungen werden wahrgenommen, Interessen repräsentiert, Konflikte institutionell verarbeitet, Entscheidungen umgesetzt, Verantwortung sichtbar übernommen und Fehlentwicklungen korrigiert.

Damit lässt sich demokratische Regeneration als Fortsetzung des in den vorhergehenden Kapiteln entwickelten Transformationsmodells verstehen. Gesellschaftliche Veränderung erzeugt neue Konflikte und Erwartungen. Diese können Repräsentationsprobleme,

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Vertrauensverluste und politische Fragmentierung hervorbringen. Solche Entwicklungen müssen jedoch nicht dauerhaft in institutionelle Schwächung übergehen.

Demokratische Systeme besitzen die Möglichkeit, auf ihre eigenen Funktionsprobleme zu reagieren.

Parteien können neue gesellschaftliche Bündnisse entwickeln. Parlamente können veränderte Mehrheiten integrieren. Koalitionen können neue Formen politischer Zusammenarbeit hervorbringen. Verwaltungen können modernisiert, föderale Koordination verbessert und kommunale Handlungsmöglichkeiten gestärkt werden. Politische Entscheidungen können systematischer evaluiert und korrigiert werden.

Entscheidend ist, dass diese Veränderungen nicht isoliert erfolgen. Eine Demokratie regeneriert sich nicht durch eine einzelne institutionelle Reform. Repräsentation, Entscheidungsfähigkeit, Umsetzung, Vermittlung, Verantwortung und politische Lernfähigkeit müssen miteinander verbunden werden.

Damit entsteht ein regenerativer Rückkopplungsprozess:

gesellschaftliche Erfahrung → politische Wahrnehmung → erneuerte Repräsentation → institutionelle Verarbeitung → nachvollziehbare Entscheidung → wirksame Umsetzung → gesellschaftliche Bewertung → politische Korrektur → erneuertes Vertrauen und veränderte politische Beteiligung.

Dieser Kreislauf kann demokratische Legitimität schrittweise wiederherstellen, ohne vollständige gesellschaftliche Zustimmung vorauszusetzen.

Die entscheidende Voraussetzung bleibt die Offenheit des Systems.

Politische Unzufriedenheit muss zu politischer Veränderung führen können. Neue Interessen müssen Zugang zur demokratischen Konkurrenz erhalten. Regierungen müssen abwählbar bleiben. Institutionelle Fehlentwicklungen müssen korrigierbar sein.

Damit besitzt demokratische Regeneration keine endgültige Form. Sie ist selbst ein fortlaufender Prozess.

Eine Demokratie ist nicht irgendwann vollständig regeneriert. Ebenso wenig erreicht sie einen Zustand dauerhafter politischer Sicherheit. Jede gesellschaftliche Generation, jede technologische Veränderung und jede neue wirtschaftliche oder geopolitische Herausforderung verändert erneut die Bedingungen demokratischer Politik.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Gerade deshalb liegt die eigentliche Stärke demokratischer Ordnung nicht in ihrer Fähigkeit, einen bestimmten gesellschaftlichen Zustand dauerhaft zu bewahren.

Sie liegt in ihrer Fähigkeit zur politischen Selbsterneuerung.

Demokratische Regeneration bedeutet damit letztlich, dass eine Gesellschaft ihre politischen Institutionen verändern kann, ohne ihre demokratische Ordnung aufzugeben; dass sie neue Konflikte aufnehmen kann, ohne gemeinsame Regeln zu verlieren; dass sie Fehler korrigieren kann, ohne politische Autorität grundsätzlich zu zerstören; und dass sie neue Mehrheiten ermöglichen kann, ohne politische Minderheiten aus der gemeinsamen demokratischen Zukunft auszuschließen.

Die langfristige Zukunft demokratischer Ordnung entscheidet sich deshalb nicht daran, ob Krisen, Fragmentierung, Vertrauensverluste oder Repräsentationsprobleme vollständig vermieden werden können. Entscheidend ist, ob Demokratien genügend institutionelle Offenheit, gesellschaftliche Integrationsfähigkeit und politische Lernfähigkeit bewahren, um aus solchen Belastungen heraus immer wieder neue demokratische Handlungsfähigkeit entstehen zu lassen.

Kapitel 126 – Entwicklungsszenarien für Deutschland

Die bisherigen Analysen zeigen Deutschland als einen demokratisch stabilen, zugleich aber tiefgreifend veränderten politischen und gesellschaftlichen Raum. Demografischer Wandel, Migration, wirtschaftliche und technologische Transformation, regionale Unterschiede, veränderte gesellschaftliche Milieus, ein fragmentierteres Parteiensystem und neue politische Konfliktlinien wirken gleichzeitig auf die politische Ordnung ein. Keine dieser Entwicklungen bestimmt für sich genommen die zukünftige Entwicklung Deutschlands. Entscheidend ist ihr Zusammenspiel und vor allem die Frage, wie politische Institutionen darauf reagieren.

Damit lässt sich die zukünftige Entwicklung Deutschlands weder als lineare Fortschreibung gegenwärtiger Trends noch als zwangsläufige Krisenentwicklung beschreiben. Politische Zukunft entsteht aus Entscheidungen, gesellschaftlichen Reaktionen und institutionellen Rückkopplungen. Szenarien können deshalb keine Prognosen sein. Sie beschreiben unterschiedliche Entwicklungspfade, die unter bestimmten Bedingungen wahrscheinlicher oder unwahrscheinlicher werden können.

Aus dem bisher entwickelten Modell demokratischer Transformation lassen sich für Deutschland vier grundlegende Entwicklungsmöglichkeiten ableiten. Sie reichen von einer

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

erfolgreichen demokratischen Anpassung über eine längerfristige fragmentierte Stabilität und eine zunehmende politische Blockierung bis zu einer möglichen institutionellen Polarisierung. Diese Szenarien sind nicht als voneinander vollständig getrennte Zustände zu verstehen. Deutschland kann sich zwischen ihnen bewegen, einzelne Elemente können gleichzeitig auftreten und politische Entscheidungen können Entwicklungspfade verändern.

Gerade darin liegt der analytische Nutzen der Szenarien. Sie zeigen nicht, **was geschehen wird**, sondern unter welchen Bedingungen unterschiedliche Entwicklungen entstehen können.

Die politische Zukunft Deutschlands ist weder durch seine gegenwärtige institutionelle Stabilität garantiert noch durch gesellschaftliche Fragmentierung vorbestimmt. Entscheidend ist, ob gesellschaftlicher Wandel weiterhin in politische Repräsentation, handlungsfähige Mehrheiten, wirksame staatliche Umsetzung und demokratische Korrektur übersetzt werden kann. Entwicklungsszenarien beschreiben deshalb keine vorherbestimmten Zukünfte, sondern unterschiedliche mögliche Zustände dieses demokratischen Rückkopplungssystems.

Szenario einer adaptiven demokratischen Stabilisierung

Das erste Szenario beschreibt eine Entwicklung, in der Deutschland seine institutionelle Stabilität mit wachsender politischer Anpassungsfähigkeit verbindet. Gesellschaftliche Transformation bleibt bestehen, wird aber zunehmend innerhalb demokratischer Institutionen verarbeitet.

Das Parteiensystem bleibt vielfältiger als in früheren Jahrzehnten. CDU/CSU und SPD erreichen nicht notwendigerweise ihre frühere gesellschaftliche Dominanz zurück, während Grüne, Linke, liberale, rechte oder neu entstehende politische Kräfte weiterhin unterschiedliche gesellschaftliche Interessen repräsentieren. Die politische Ordnung versucht jedoch nicht, diese Vielfalt rückgängig zu machen, sondern entwickelt leistungsfähigere Formen parlamentarischer und koalitionärer Integration.

Entscheidend wäre eine Veränderung politischer Regierungsfähigkeit. Koalitionen würden stärker als dauerhafte Integrationsmechanismen fragmentierter Gesellschaften verstanden. Parteien könnten ihre programmatischen Unterschiede erhalten und zugleich gemeinsame Regierungsverantwortung übernehmen. Konflikte innerhalb von Regierungen würden nicht verschwinden, aber institutionell besser bearbeitet und öffentlich nachvollziehbarer vermittelt.

Parallel dazu würde staatliche Steuerungsfähigkeit gestärkt. Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen würden klarer koordiniert, Verwaltungsverfahren vereinfacht und

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

digitale staatliche Infrastruktur ausgebaut. Kommunen erhielten ausreichende Handlungsmöglichkeiten, um gesellschaftliche Transformation dort praktisch zu bewältigen, wo sie für Bürger unmittelbar sichtbar wird.

Wirtschaftliche Transformation würde stärker mit regionalen Zukunftsperspektiven verbunden. Industriepolitische Anpassung, Energieversorgung, Digitalisierung, Infrastruktur, berufliche Qualifikation und Forschung würden nicht als voneinander getrennte Politikfelder behandelt, sondern als zusammenhängende Modernisierungsaufgabe.

Auch Migration würde stärker als langfristige Steuerungs- und Integrationsaufgabe behandelt. Schutzverpflichtungen, Kontrolle, Arbeitsmigration und gesellschaftliche Integration würden miteinander verbunden, während kommunale Belastungsgrenzen systematischer berücksichtigt würden.

Politische Entscheidungen würden häufiger evaluiert und korrigiert. Eine politische Lernkultur könnte entstehen, in der Anpassung nicht automatisch als Scheitern interpretiert wird.

Dadurch könnte ein positiver Rückkopplungsprozess entstehen:

gesellschaftliche Veränderung → erkennbare politische Reaktion → verbesserte Umsetzung → gesellschaftliche Wirkung → wachsende Wahrnehmung staatlicher Handlungsfähigkeit → stabileres Vertrauen → größere politische Kompromissfähigkeit.

Deutschland würde in diesem Szenario nicht konfliktfreier.

Es würde konfliktfähiger.

Demokratische Stabilität entstünde aus erfolgreicher Anpassung.

Szenario fragmentierter, aber weiterhin stabiler Demokratie

Ein zweites Szenario wäre weniger dynamisch, aber weiterhin demokratisch stabil.

Deutschland könnte dauerhaft ein stärker fragmentiertes Parteiensystem entwickeln, ohne dass daraus eine grundlegende institutionelle Krise entsteht.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Regierungsbildung würde schwieriger und Koalitionen könnten häufiger wechseln. Parteien würden stärker um einzelne gesellschaftliche Gruppen und Konfliktthemen konkurrieren. Wahlentscheidungen würden beweglicher und politische Mehrheiten weniger dauerhaft.

Eine solche Entwicklung wäre im europäischen Vergleich keineswegs außergewöhnlich.

Die Niederlande, Belgien, skandinavische Staaten und über lange Zeit auch Italien zeigen in unterschiedlichen Formen, dass komplexe Parteiensysteme mit stabilen demokratischen Institutionen vereinbar sein können.

Deutschland müsste sich in diesem Szenario an eine politische Kultur gewöhnen, in der Regierungsbildung länger dauert, Koalitionen heterogener werden und politische Kompromisse einen größeren Teil demokratischer Entscheidungsprozesse ausmachen.

Die frühere Erwartung, dass wenige große Parteien langfristig stabile politische Lager organisieren, würde endgültig an Bedeutung verlieren.

Politische Integration verlagerte sich stärker in Parlamente und Koalitionsverhandlungen.

Damit könnte eine neue Form demokratischer Normalität entstehen.

Das Risiko läge jedoch in einer schleichenden Verringerung politischer Steuerungsfähigkeit.

Wenn Koalitionen zunehmend nur noch minimale gemeinsame Programme vereinbaren, langfristige Reformen vermeiden und politische Verantwortung zwischen mehreren Partnern verteilen, könnte ein Zustand entstehen, in dem demokratische Institutionen stabil bleiben, politische Problemlösung aber langsamer wird.

Deutschland wäre dann keine instabile Demokratie.

Es könnte jedoch zu einer **stabilen Demokratie mit begrenzter Transformationsfähigkeit** werden.

Die zentrale Herausforderung dieses Szenarios läge deshalb darin, Fragmentierung nicht in dauerhafte politische Selbstblockierung übergehen zu lassen.

Szenario politischer Blockierung und wachsender Vertrauensverluste

Ein dritter Entwicklungspfad entsteht, wenn mehrere bereits erkennbare Probleme gleichzeitig verstärkt auftreten.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Gesellschaftliche Transformation würde weiter voranschreiten, während politische Institutionen zunehmend Schwierigkeiten hätten, darauf kohärent zu reagieren.

Das Parteiensystem könnte sich weiter fragmentieren. Koalitionsmöglichkeiten würden enger, Regierungsbildungen schwieriger und politische Kompromisse gesellschaftlich weniger akzeptiert.

Gleichzeitig könnten wirtschaftliche und demografische Belastungen zunehmen.

Regionen mit industriellem Strukturwandel könnten Zukunftsunsicherheit erleben. Kommunale Infrastruktur könnte unter finanziellen und personellen Belastungen leiden. Wohnungsmarkt, Bildung, Pflege und öffentliche Verwaltung könnten in einzelnen Regionen stärker unter Druck geraten.

Migration könnte weiterhin ein hoch polarisiertes Konfliktfeld bleiben, insbesondere wenn eine erkennbare Differenz zwischen politischen Steuerungsversprechen und kommunaler Umsetzungserfahrung bestehen bleibt.

Unter solchen Bedingungen könnte sich eine negative Rückkopplung entwickeln:

gesellschaftliche Belastung → steigende politische Erwartungen → begrenzte staatliche Umsetzung → enttäuschte Erwartungen → Vertrauensverlust → stärkere Protestwahl → größere Fragmentierung → schwierigere Regierungsbildung → geringere politische Handlungsfähigkeit → weiterer Vertrauensverlust.

Besonders problematisch wäre dabei nicht einzelne politische Unzufriedenheit.

Demokratische Systeme können erhebliche Unzufriedenheit verkraften.

Problematisch wäre eine Verallgemeinerung konkreter negativer Erfahrungen zu einem grundlegenden Urteil über politische Institutionen.

Aus Kritik an einzelnen Regierungen könnte die Überzeugung entstehen, „die Politik“ sei grundsätzlich nicht mehr handlungsfähig.

Aus Unzufriedenheit mit einzelnen Entscheidungen könnte ein allgemeines Misstrauen gegenüber Parteien, Parlamenten, Medien oder staatlichen Institutionen entstehen.

Damit würde eine Krise politischer Leistungswahrnehmung zunehmend zu einer Krise demokratischer Repräsentation.

Die Institutionen könnten formal weiterhin stabil bleiben.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Ihre gesellschaftliche Legitimitätsbasis würde jedoch schwächer.

Szenario institutioneller Polarisierung

Das vierte Szenario beschreibt keinen wahrscheinlichen oder zwangsläufigen Entwicklungspfad, sondern einen demokratischen Risikokorridor, der aus der europäischen Vergleichsanalyse berücksichtigt werden muss.

Politische Polarisierung könnte sich so weit verstärken, dass nicht mehr hauptsächlich politische Entscheidungen, sondern zunehmend die Legitimität politischer Institutionen selbst zum Gegenstand des Konflikts wird.

Voraussetzung dafür wäre wahrscheinlich eine Verbindung mehrerer Entwicklungen: längerfristiger Vertrauensverlust, starke gesellschaftliche Lagerbildung, wiederholte Wahrnehmung staatlicher Handlungsunfähigkeit, zunehmende Delegitimierung politischer Gegner und eine politische Mobilisierung, die institutionelle Begrenzungen als Hindernis eines vermeintlich eindeutigen Volkswillens interpretiert.

Dann könnte sich die politische Konfliktstruktur verändern.

Gerichte würden nicht mehr hauptsächlich nach ihrer rechtlichen Argumentation beurteilt, sondern danach, welchem politischen Lager ihre Entscheidungen nutzen. Medien würden überwiegend als parteipolitische Akteure wahrgenommen. Wahlresultate könnten stärker grundsätzlich infrage gestellt werden. Parlamentarische Kompromisse könnten als illegitime Absprachen politischer Eliten interpretiert werden.

In einem solchen Umfeld könnte auch der Druck wachsen, institutionelle Regeln zu verändern.

Entscheidend wäre dabei nicht, ob Reformen stattfinden. Demokratische Institutionen dürfen und müssen reformierbar sein.

Die Grenze läge dort, wo Reformen zukünftige politische Konkurrenz strukturell einschränken.

Das in Kapitel 121 entwickelte Transformationsmodell würde sich dann von einem offenen demokratischen Rückkopplungssystem in Richtung eines politischen Selbstverstärkungssystems verändern:

politischer Erfolg → institutionelle Veränderung → Verringerung politischer Konkurrenz → erleichterter Machterhalt → weitere institutionelle Veränderung.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Deutschland besitzt aufgrund seiner institutionellen Struktur erhebliche Schutzmechanismen gegen eine solche Entwicklung. Föderalismus, Bundesverfassungsgericht, pluralistische Parteienkonkurrenz, unabhängige Gerichte, Zivilgesellschaft und die Einbindung in die Europäische Union bilden mehrere voneinander unabhängige Begrenzungen politischer Macht.

Doch institutionelle Resilienz ist keine absolute Garantie.

Sie muss durch gesellschaftliche Akzeptanz demokratischer Verfahren getragen bleiben.

Die Szenarien werden durch politische Rückkopplungen miteinander verbunden

Die vier Szenarien dürfen nicht als voneinander getrennte Zukunftswelten verstanden werden. Entscheidend sind Übergänge.

Eine fragmentierte, aber stabile Demokratie kann durch institutionelles Lernen in Richtung adaptiver Stabilisierung gelangen.

Sie kann bei zunehmender Blockierung jedoch auch in einen Kreislauf sinkender Steuerungsfähigkeit und wachsenden Vertrauensverlusts geraten.

Ebenso kann eine Phase erheblicher politischer Polarisierung demokratische Gegenmobilisierung und institutionelle Regeneration auslösen.

Gerade der europäische Vergleich zeigt, dass politische Entwicklungen nicht ausschließlich in eine Richtung verlaufen.

Deshalb ist weniger entscheidend, welchem Szenario Deutschland zu einem bestimmten Zeitpunkt zugeordnet wird.

Wichtiger sind die Mechanismen, die Bewegungen zwischen den Szenarien auslösen.

Mehrere Faktoren besitzen dabei besondere Bedeutung: die Fähigkeit des Parteiensystems zur Mehrheitsbildung, die tatsächliche staatliche Umsetzungsfähigkeit, die Entwicklung regionaler Zukunftsperspektiven, die gesellschaftliche Verarbeitung von Migration, die wirtschaftliche Modernisierung, die Qualität politischer Verantwortungszuschreibung und die Offenheit demokratischer Korrektur.

Diese Faktoren wirken nicht isoliert.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Sie können sich gegenseitig verstärken.

Eine erfolgreiche wirtschaftliche Transformation kann kommunale Einnahmen stabilisieren, gesellschaftliche Zukunftserwartungen verbessern und politische Polarisierung reduzieren. Umgekehrt kann wirtschaftliche Unsicherheit regionale Abwanderung verstärken, kommunale Handlungsmöglichkeiten schwächen und politische Protestmobilisierung fördern.

Szenarien entstehen deshalb aus **Rückkopplungsketten**, nicht aus einzelnen Ursachen.

Entscheidend ist die Fähigkeit, Entwicklungspfade zu verändern

Der eigentliche Wert einer Szenarienanalyse liegt deshalb nicht in der Beschreibung möglicher Endzustände.

Er liegt in der Identifikation politischer Handlungsmöglichkeiten.

Wenn zukünftige Entwicklungen durch Rückkopplungsprozesse entstehen, können politische Entscheidungen diese Prozesse beeinflussen.

Eine negative Entwicklung muss nicht bis zu ihrem möglichen Endpunkt fortschreiten.

Sinkendes Vertrauen kann durch erkennbare Problemlösung und Verantwortungsübernahme wieder wachsen. Regionale Strukturprobleme können durch langfristige Investitionen und Infrastrukturpolitik verändert werden. Repräsentationsdefizite können neue Parteien oder programmatische Veränderungen bestehender Parteien hervorbringen. Koalitionsprobleme können institutionelle Lernprozesse auslösen. Verwaltungsprobleme können durch organisatorische Reformen reduziert werden.

Damit besitzt demokratische Politik auch unter tiefgreifender Transformation reale Gestaltungsmöglichkeiten.

Diese Möglichkeiten sind allerdings begrenzt.

Politik kann demografische Veränderungen nicht kurzfristig umkehren. Sie kann globale technologische Entwicklung nicht national kontrollieren. Sie kann internationale Konflikte oder globale Märkte nur teilweise beeinflussen.

Steuerungsfähigkeit bedeutet deshalb auch hier nicht vollständige Kontrolle.

Sie bedeutet die Fähigkeit, **Entwicklungspfade innerhalb bestehender struktureller Bedingungen zu beeinflussen**.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die entscheidende Zukunftsfrage für Deutschland lautet nicht, welches Szenario zwangsläufig eintreten wird. Entscheidend ist, ob das politische System frühzeitig erkennt, in welche Richtung sich seine gesellschaftlichen und institutionellen Rückkopplungen bewegen, und ob es genügend Lern- und Korrekturfähigkeit besitzt, problematische Entwicklungspfade zu verändern, bevor sie sich institutionell verfestigen.

Damit führt die Szenarienanalyse zu einer grundlegenden Schlussfolgerung.

Deutschland verfügt über erhebliche demokratische Ressourcen. Seine Institutionen sind stabil, politische Macht ist auf mehrere Ebenen verteilt, Regierungswechsel sind selbstverständlich, gesellschaftliche Organisationen vielfältig und demokratische Kontrollmechanismen tief institutionalisiert.

Gleichzeitig befindet sich Deutschland in einem Transformationsprozess, dessen zentrale Herausforderungen nicht kurzfristig verschwinden werden.

Demografische Alterung, wirtschaftliche Modernisierung, Migration und Integration, Digitalisierung, geopolitische Unsicherheit, regionale Unterschiede und die Veränderung politischer Repräsentation werden die kommenden Jahre und Jahrzehnte prägen.

Die entscheidende politische Frage lautet deshalb nicht, ob Deutschland zu einem früheren Zustand gesellschaftlicher und parteipolitischer Stabilität zurückkehren kann.

Dieser Zustand beruhte auf historischen Voraussetzungen, die sich verändert haben.

Die Frage lautet, ob unter neuen gesellschaftlichen Bedingungen eine **neue demokratische Stabilität** entstehen kann.

Diese Stabilität würde nicht durch wenige dauerhaft dominante Parteien, stabile gesellschaftliche Milieus oder geringe politische Konflikte gekennzeichnet sein. Sie würde stärker auf institutioneller Lernfähigkeit, pluralistischer Repräsentation, funktionierender Koalitionsbildung, leistungsfähiger Verwaltung, klarer Verantwortungszuschreibung und gesellschaftlicher Konfliktfähigkeit beruhen.

Damit verbindet sich das Zukunftsszenario Deutschlands unmittelbar mit dem in Kapitel 123 entwickelten Prinzip der **Stabilität ohne Stillstand**.

Die günstigste Entwicklung wäre nicht die Rückkehr zu einer vergangenen politischen Ordnung.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Sie wäre die Entwicklung einer Demokratie, die gesellschaftliche Veränderung als dauerhafte Bedingung akzeptiert und ihre Institutionen darauf ausrichtet.

Die ungünstigste Entwicklung wäre entsprechend nicht politische Veränderung an sich.

Sie wäre die schrittweise Blockierung jener Rückkopplungsmechanismen, durch die Veränderung demokratisch verarbeitet und korrigiert werden kann.

Deutschlands demokratische Zukunft bleibt deshalb offen. Gerade diese Offenheit ist kein Zeichen politischer Unsicherheit, sondern ein Grundmerkmal demokratischer Ordnung. Entscheidend wird sein, ob politische Institutionen, Parteien und Gesellschaft diese Offenheit nutzen, um aus unvermeidbarer Transformation immer wieder neue

politische Handlungsfähigkeit entstehen zu lassen – oder ob ungelöste Transformationskonflikte sich so weit verstärken, dass schließlich nicht mehr nur politische Entscheidungen, sondern die Funktionsfähigkeit der demokratischen Ordnung selbst zum Gegenstand des Konflikts wird.

Kapitel 127 – Entwicklungsszenarien für Europa

Die europäische Entwicklung lässt sich noch weniger als die deutsche auf einen einheitlichen zukünftigen Pfad reduzieren. Europa ist ein gemeinsamer Transformationsraum, aber kein politisch, gesellschaftlich oder institutionell homogener Raum. Demografischer Wandel, Migration, technologische Veränderung, wirtschaftliche Neuordnung, ökologische Transformation, geopolitische Unsicherheit und die Veränderung politischer Öffentlichkeit wirken auf nahezu alle europäischen Gesellschaften ein. Ihre Intensität, gesellschaftliche Wahrnehmung und politische Verarbeitung unterscheiden sich jedoch erheblich.

Gerade deshalb muss eine europäische Szenarienanalyse zwei Ebenen gleichzeitig berücksichtigen. Einerseits verändern sich die einzelnen nationalen Demokratien. Andererseits beeinflussen ihre Entwicklungen die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union und damit wiederum die politischen Handlungsmöglichkeiten ihrer Mitgliedstaaten. Nationale und europäische Transformation bilden ein miteinander verbundenes Rückkopplungssystem.

Die Zukunft Europas entscheidet sich deshalb nicht allein in Brüssel und ebenso wenig ausschließlich in den nationalen Hauptstädten. Sie entsteht aus dem Zusammenspiel nationaler Wahlen, Parteiensysteme und gesellschaftlicher Konflikte mit europäischen Institutionen, gemeinsamen Regeln, wirtschaftlichen Verflechtungen und geopolitischen

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Herausforderungen. Veränderungen innerhalb einzelner Mitgliedstaaten können europäische Entscheidungen blockieren oder beschleunigen. Umgekehrt können europäische Entscheidungen nationale Konflikte verstärken oder politische Handlungsspielräume erweitern.

Aus den bisherigen Vergleichsbefunden lassen sich vier grundlegende Entwicklungsszenarien ableiten: eine adaptive europäische Konsolidierung, eine dauerhaft differenzierte und fragmentierte Stabilität, eine zunehmende politische Blockierung sowie eine weitergehende Renationalisierung mit institutioneller Erosion gemeinsamer europäischer Handlungsfähigkeit. Diese Szenarien sind keine Prognosen. Sie beschreiben mögliche Entwicklungspfade und die Bedingungen, unter denen sich Europa zwischen ihnen bewegen kann.

Europas Zukunft wird weder durch einen zwangsläufigen Prozess immer engerer Integration noch durch einen unvermeidlichen Zerfall bestimmt. Sie entsteht aus der fortlaufenden Wechselwirkung nationaler Demokratien und europäischer Institutionen. Entscheidend ist, ob gesellschaftliche Vielfalt und nationale Interessen weiterhin in gemeinsame politische Handlungsfähigkeit übersetzt werden können, ohne demokratische Verantwortung und nationale politische Zugehörigkeit zu entwerten.

Adaptive Konsolidierung: gemeinsame Handlungsfähigkeit ohne Auflösung nationaler Demokratien

Das erste Szenario beschreibt eine Europäische Union, die aus den Krisen und Transformationskonflikten der vergangenen Jahrzehnte institutionelle Konsequenzen zieht, ohne sich zu einem vollständig zentralisierten politischen System zu entwickeln. Integration würde stärker dort stattfinden, wo grenzüberschreitende Probleme gemeinsame Handlungsfähigkeit tatsächlich erforderlich machen, während nationale, regionale und kommunale Gestaltungsspielräume in anderen Bereichen erhalten blieben.

Eine solche Entwicklung würde nicht auf der Vorstellung beruhen, europäische Integration müsse nationale Demokratie schrittweise ersetzen. Vielmehr würde die wechselseitige Abhängigkeit beider Ebenen institutionell klarer organisiert.

Sicherheit und Verteidigung, Energieversorgung, gemeinsame Außengrenzen, Teile der Migrationssteuerung, technologische Wettbewerbsfähigkeit, Infrastruktur und bestimmte wirtschaftliche Herausforderungen könnten stärker gemeinsam bearbeitet werden. Die Erfahrung geopolitischer Abhängigkeiten würde den politischen Druck erhöhen, europäische Ressourcen und Fähigkeiten enger zu koordinieren.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Gleichzeitig müsste demokratische Verantwortungszuschreibung verbessert werden. Nationale Regierungen könnten europäische Entscheidungen weniger leicht als äußeren Zwang darstellen, wenn ihre eigene Beteiligung an diesen Entscheidungen transparenter würde. Nationale Parlamente könnten früher in europäische Willensbildung einbezogen werden, während das Europäische Parlament dort an Bedeutung gewinnt, wo tatsächlich europäische politische Entscheidungen getroffen werden.

Die politische Logik dieses Szenarios wäre deshalb nicht Zentralisierung, sondern **koordinierte Handlungsfähigkeit**.

Europa würde akzeptieren, dass unterschiedliche Staaten unterschiedliche historische Erfahrungen, Parteiensysteme und gesellschaftliche Prioritäten besitzen. Gemeinsame Regeln müssten nicht überall identische Politik erzeugen.

Damit könnte eine differenzierte europäische Ordnung entstehen, die gemeinsame Handlungsfähigkeit mit nationaler demokratischer Eigenständigkeit verbindet.

Ein positiver Rückkopplungsprozess wäre möglich:

gemeinsames Problem → erkennbare europäische Lösung → nationale und europäische Umsetzung → wahrnehmbare politische Wirkung → höhere Legitimität gemeinsamer Handlung → größere Bereitschaft zu weiterer Kooperation dort, wo sie notwendig ist.

Europäische Integration würde dadurch stärker über erkennbare Problemlösungsfähigkeit legitimiert.

Differenzierte Stabilität: ein dauerhaft vielfältiges und konfliktreiches Europa

Ein zweites Szenario beschreibt keine weitergehende politische Konsolidierung, aber auch keine grundlegende Desintegration.

Europa könnte dauerhaft ein politisch stark differenzierter Raum bleiben, in dem sich nationale Parteiensysteme und politische Mehrheiten erheblich unterscheiden, während die grundlegenden europäischen Institutionen stabil bleiben.

In einigen Staaten könnten liberale oder sozialdemokratische Mehrheiten dominieren, in anderen konservative oder nationalkonservative Regierungen. Rechtspopulistische Parteien könnten in mehreren Ländern dauerhaft erhebliche politische Bedeutung besitzen. Regierungswechsel könnten zu deutlichen Veränderungen nationaler Europapolitik führen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die Europäische Union müsste dann mit größerer politischer Heterogenität umgehen.

Integration würde nicht mehr selbstverständlich als linearer Prozess verstanden. Unterschiedliche Gruppen von Mitgliedstaaten könnten in einzelnen Politikfeldern unterschiedlich eng zusammenarbeiten.

Damit könnte sich das bereits vorhandene Prinzip differenzierter Integration verstärken.

Nicht jeder Mitgliedstaat müsste in jedem Bereich denselben Integrationsgrad besitzen.

Eine solche Ordnung könnte institutionell stabil sein, wenn gemeinsame Grundregeln erhalten bleiben und unterschiedliche Integrationsgeschwindigkeiten nicht zu dauerhaft getrennten politischen Klassen von Mitgliedstaaten führen.

Europa würde dann stärker zu einer **variablen politischen Kooperationsordnung**.

Dieses Szenario könnte insbesondere dann tragfähig sein, wenn gesellschaftliche Unterschiede zwischen Mitgliedstaaten als dauerhafte Realität akzeptiert werden.

Die entscheidende Voraussetzung wäre jedoch, dass politische Differenz nicht in institutionelle Gegnerschaft übergeht.

Ein Mitgliedstaat kann andere migrationspolitische, wirtschaftspolitische oder gesellschaftspolitische Prioritäten verfolgen als ein anderer.

Problematisch wird die Differenz dort, wo gemeinsame rechtsstaatliche Grundlagen, faire politische Konkurrenz oder die Verbindlichkeit gemeinsam vereinbarter Regeln grundsätzlich infrage gestellt werden.

Die Stabilität eines differenzierten Europas würde deshalb weniger von politischer Einheitlichkeit als von **gemeinsamen institutionellen Mindestgrundlagen** abhängen.

Politische Blockierung: wenn nationale Fragmentierung europäische Handlungsfähigkeit schwächt

Ein drittes Szenario entsteht, wenn gesellschaftliche und parteipolitische Fragmentierung innerhalb der Mitgliedstaaten zunehmend auf die europäische Ebene übertragen wird.

Nationale Regierungen würden dann stärker unter innenpolitischem Druck stehen, europäische Kompromisse als politische Niederlagen darzustellen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Europäische Entscheidungen könnten schwieriger werden, weil Regierungen gleichzeitig europäische Problemlösung und nationale Profilierung betreiben müssen.

Damit würde sich auf europäischer Ebene ein ähnliches Problem entwickeln wie innerhalb fragmentierter Mehrparteienkoalitionen.

Gemeinsame Handlungsfähigkeit benötigt Kompromiss.

Nationale politische Konkurrenz belohnt jedoch häufig sichtbare Abgrenzung.

Diese Spannung kann zu einem europäischen Kooperationsdilemma führen:

Gemeinsame Problemlösung verlangt nationale Kompromissbereitschaft – innenpolitische Mobilisierung kann nationale Abgrenzung belohnen.

Besonders problematisch wäre diese Entwicklung bei Krisen, die schnelle gemeinsame Entscheidungen verlangen.

Migration, Sicherheit, Energieversorgung, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit oder geopolitische Konflikte könnten gemeinsame Antworten erforderlich machen, während nationale Regierungen gleichzeitig versuchen, politische Kosten möglichst auf andere Staaten oder europäische Institutionen zu übertragen.

Dadurch könnte europäische Verantwortungsdiffusion zunehmen.

Nationale Regierungen könnten Erfolge nationalisieren und Schwierigkeiten europäisieren.

Die Folge wäre ein negativer Rückkopplungsprozess:

europäisches Problem → schwierige gemeinsame Entscheidung → unklare Verantwortung → nationale Schuldzuweisung → sinkende europäische Legitimität → geringere Kompromissbereitschaft → schwierigere zukünftige Entscheidung.

Europa könnte dadurch institutionell bestehen bleiben, während seine tatsächliche Handlungsfähigkeit schrittweise abnimmt.

Das Ergebnis wäre keine Auflösung der Europäischen Union.

Es wäre eine **institutionell stabile, aber politisch zunehmend blockierte Union.**

Renationalisierung und institutionelle Erosion

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Das vierte Szenario beschreibt einen weitergehenden Risikopfad.

Wachsende gesellschaftliche Unsicherheit und politische Polarisierung könnten in mehreren Mitgliedstaaten gleichzeitig Parteien stärken, die nationale Souveränität zunehmend als Gegenmodell gemeinsamer europäischer Entscheidungsstrukturen verstehen.

Dabei müsste nicht zwangsläufig der formale Austritt weiterer Staaten aus der Europäischen Union im Mittelpunkt stehen.

Renationalisierung kann auch innerhalb bestehender europäischer Institutionen stattfinden.

Mitgliedstaaten könnten gemeinsame Entscheidungen zunehmend blockieren, europäische Regeln selektiv anwenden oder nationale politische Prioritäten systematisch über gemeinsam vereinbarte Verpflichtungen stellen.

Besonders weitreichend wäre diese Entwicklung, wenn sie sich mit demokratischer Erosion innerhalb einzelner Mitgliedstaaten verbindet.

Die Europäische Union beruht auf gegenseitigem institutionellem Vertrauen. Nationale Gerichte müssen darauf vertrauen können, dass rechtsstaatliche Standards in anderen Mitgliedstaaten eingehalten werden. Gemeinsame wirtschaftliche Regeln setzen verlässliche Institutionen voraus. Freizügigkeit und offene Grenzen benötigen Vertrauen in staatliche Verwaltung und Rechtsdurchsetzung.

Wenn diese Voraussetzungen schwächer werden, wird europäische Integration selbst schwieriger.

Damit besteht eine enge Verbindung zwischen nationaler demokratischer Stabilität und europäischer Handlungsfähigkeit.

Eine mögliche negative Entwicklung lautet:

nationale Polarisierung → institutionelle Erosion → Konflikt mit europäischen Regeln → stärkere nationale Mobilisierung gegen europäische Institutionen → weitere institutionelle Distanz → geringere gemeinsame Handlungsfähigkeit.

Europa könnte dadurch schrittweise in einen Zustand gelangen, in dem formale Institutionen fortbestehen, gemeinsame politische Steuerungsfähigkeit jedoch erheblich geschwächt wird.

Ein vollständiger Zerfall wäre auch dann keineswegs zwangsläufig.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Wahrscheinlicher wäre zunächst eine zunehmende politische Entkopplung innerhalb formal weiterbestehender Strukturen.

Geopolitischer Druck kann Integration und Renationalisierung gleichzeitig verstärken

Die europäischen Entwicklungsszenarien werden wesentlich durch das internationale Umfeld beeinflusst.

Europa befindet sich nicht in einem abgeschlossenen politischen Raum.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die strategische Konkurrenz zwischen den Vereinigten Staaten und China, technologische Abhängigkeiten, globale Handelskonflikte, Energieversorgung und internationale Migration verändern die Bedingungen europäischer Politik.

Diese Entwicklungen können widersprüchliche Wirkungen erzeugen.

Geopolitische Unsicherheit kann gemeinsame europäische Handlungsfähigkeit attraktiver machen. Einzelne europäische Staaten verfügen allein nur begrenzt über die wirtschaftlichen, militärischen und technologischen Ressourcen, um gegenüber großen globalen Machtzentren dauerhaft eigenständig handeln zu können.

Gleichzeitig können dieselben Unsicherheiten nationale Schutzbedürfnisse verstärken.

Damit entsteht erneut das bereits untersuchte europäische Paradox:

Je stärker globale Abhängigkeiten gemeinsame europäische Handlungsfähigkeit erforderlich machen, desto stärker kann gleichzeitig das gesellschaftliche Bedürfnis nach nationaler Kontrolle wachsen.

Die zukünftige Entwicklung Europas wird wesentlich davon abhängen, ob diese beiden Bedürfnisse politisch miteinander verbunden werden können.

Europäische Handlungsfähigkeit muss dann nicht als Auflösung nationaler Souveränität verstanden werden.

Sie kann als gemeinsame Ausübung von Souveränität dort interpretiert werden, wo nationale Handlungsmöglichkeiten allein faktisch nicht mehr ausreichen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die Entwicklung Europas hängt von der Stabilität seiner nationalen Demokratien ab

Die Szenarien zeigen zugleich eine Grenze jeder ausschließlich institutionellen Betrachtung der Europäischen Union.

Europa kann langfristig nicht demokratisch stabiler sein als seine Mitgliedstaaten.

Die Europäische Union besitzt eigene Institutionen und rechtliche Strukturen. Ihre demokratische und gesellschaftliche Grundlage bleibt jedoch wesentlich mit den nationalen Demokratien verbunden.

Parteien, politische Öffentlichkeit, gesellschaftliche Organisationen und politische Identifikation sind weiterhin stark national geprägt.

Wenn demokratische Rückkopplung innerhalb mehrerer Mitgliedstaaten dauerhaft geschwächt wird, kann dies deshalb unmittelbar auf die europäische Ebene wirken.

Umgekehrt kann die Europäische Union nationale Demokratien stabilisieren.

Gemeinsame Rechtsstandards, wirtschaftliche Verflechtung, europäische Gerichte, politische Kooperation und gegenseitige Beobachtung können institutionelle Erosionsprozesse begrenzen oder zumindest politisch sichtbar machen.

Damit entsteht eine wechselseitige Stabilitätsbeziehung:

stabile nationale Demokratien → handlungsfähigere europäische Kooperation → größere gemeinsame Problemlösungsfähigkeit → stärkere nationale Handlungsmöglichkeiten.

Die umgekehrte Dynamik ist ebenfalls möglich:

nationale demokratische Schwächung → europäische Blockierung → geringere gemeinsame Problemlösungsfähigkeit → stärkere nationale Unzufriedenheit → weitere politische Fragmentierung.

Europa bildet damit selbst ein demokratisches Rückkopplungssystem.

Entscheidend wird die Verbindung von Vielfalt und gemeinsamer Handlungsfähigkeit

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die Szenarien führen deshalb nicht zu der Frage, ob Europa künftig stärker national oder stärker europäisch organisiert sein sollte.

Diese Gegenüberstellung greift zu kurz.

Die europäische Realität wird auch langfristig durch mehrere politische Ebenen geprägt bleiben.

Nationale Demokratien werden zentrale Räume politischer Zugehörigkeit und Repräsentation bleiben. Gleichzeitig werden zahlreiche Probleme ohne gemeinsame europäische Entscheidungen nicht wirksam bearbeitet werden können.

Die eigentliche Herausforderung besteht deshalb darin, die politische Verbindung dieser Ebenen zu verbessern.

Europa benötigt keine vollständige gesellschaftliche Homogenität.

Es benötigt auch keine identischen Parteiensysteme oder politischen Mehrheiten.

Es benötigt jedoch ausreichend gemeinsame institutionelle Grundlagen, damit politische Unterschiedlichkeit innerhalb eines gemeinsamen Entscheidungsraums verarbeitet werden kann.

Dazu gehören Rechtsstaatlichkeit, demokratische Konkurrenz, Verlässlichkeit gemeinsamer Regeln und die Bereitschaft, politische Konflikte innerhalb vereinbarter Verfahren auszutragen.

Darüber hinaus benötigt Europa eine klarere politische Verantwortungsstruktur.

Bürger müssen erkennen können, welche Entscheidungen europäisch getroffen werden, welche Rolle ihre nationale Regierung dabei gespielt hat und welche Ebene für Umsetzung und Ergebnisse verantwortlich ist.

Damit verbindet sich europäische Handlungsfähigkeit unmittelbar mit demokratischer Verständlichkeit.

Die Zukunft Europas entscheidet sich nicht daran, ob nationale Unterschiede verschwinden. Sie entscheidet sich daran, ob diese Unterschiede innerhalb einer gemeinsamen politischen Ordnung verarbeitet werden können. Ein stabiles Europa benötigt deshalb weder vollständige Vereinheitlichung noch politische

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Renationalisierung, sondern eine belastbare Verbindung von nationaler demokratischer Zugehörigkeit, gemeinsamer europäischer Handlungsfähigkeit und nachvollziehbarer politischer Verantwortung.

Die vier Szenarien beschreiben damit unterschiedliche Zustände desselben europäischen Transformationssystems. Adaptive Konsolidierung entsteht, wenn gemeinsame

Herausforderungen zu institutionellem Lernen und besserer Koordination führen. Differenzierte Stabilität entsteht, wenn politische Vielfalt dauerhaft bestehen bleibt, aber innerhalb gemeinsamer Regeln verarbeitet werden kann. Blockierung entsteht, wenn nationale politische Fragmentierung die europäische Kompromissfähigkeit zunehmend schwächt. Renationalisierung und institutionelle Erosion werden möglich, wenn gemeinsame Regeln selbst zum Gegenstand dauerhafter politischer Ablehnung werden.

Zwischen diesen Entwicklungspfaden bestehen Übergänge.

Eine europäische Krise kann Blockierung verstärken, aber ebenso neue Integrationsschritte auslösen. Nationale Regierungswechsel können gemeinsame Politik erschweren oder neue Kompromisse ermöglichen. Institutionelle Konflikte können sich verfestigen oder demokratische Gegenmobilisierung hervorrufen.

Europa besitzt deshalb ebenso wenig wie Deutschland eine festgelegte politische Zukunft.

Gerade die Erfahrungen der europäischen Integration zeigen, dass Krisen wiederholt sowohl Desintegrationsdruck als auch neue Formen gemeinsamer Handlungsfähigkeit hervorgebracht haben.

Entscheidend ist deshalb nicht die Erwartung eines geradlinigen Integrationsprozesses.

Entscheidend ist die Fähigkeit zur politischen Anpassung.

Die europäische Ordnung muss Veränderungen aufnehmen können, ohne ihre gemeinsamen demokratischen Grundlagen zu verlieren. Sie muss nationale Unterschiede zulassen, ohne gemeinsame Entscheidungen unmöglich zu machen. Sie muss gemeinsame Handlungsmöglichkeiten entwickeln, ohne demokratische Verantwortung in institutioneller Komplexität verschwinden zu lassen.

Damit entspricht die europäische Zukunftsfrage dem Grundprinzip dieser Untersuchung:
Stabilität ohne Stillstand.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Europäische Stabilität wird nicht dadurch entstehen, dass bestehende institutionelle Strukturen unverändert bleiben. Sie wird auch nicht dadurch entstehen, dass immer mehr politische Kompetenzen zwangsläufig auf eine europäische Ebene übertragen werden.

Sie entsteht dort, wo politische Zuständigkeiten so weiterentwickelt werden, dass gesellschaftliche und geopolitische Veränderungen wirksam bearbeitet werden können und gleichzeitig demokratische Verantwortlichkeit erhalten bleibt.

Europas langfristige Stabilität wird deshalb davon abhängen, ob es gelingt, aus seiner politischen Vielfalt eine lernfähige Mehrebenenordnung zu entwickeln: eine Ordnung, in der nationale Demokratien ihre Eigenständigkeit und gesellschaftliche Verankerung bewahren, gemeinsame europäische Institutionen dort handlungsfähig werden, wo nationale Politik allein nicht ausreicht, und politische Veränderungen auf beiden Ebenen möglich bleiben, ohne die gemeinsame demokratische Grundlage infrage zu stellen.

Kapitel 128 – Grenzen der Untersuchung und weiterer Forschungsbedarf

Die vorliegende Untersuchung hat gesellschaftliche und politische Transformation als einen langfristigen, mehrdimensionalen und rückgekoppelten Prozess analysiert. Im Mittelpunkt stand nicht die Erklärung einzelner Wahlergebnisse, Regierungswechsel oder politischer Krisen, sondern die Frage, wie demografische, wirtschaftliche, technologische, kulturelle und territoriale Veränderungen auf politische Repräsentation, Parteiensysteme, staatliche Steuerungsfähigkeit, Vertrauen und demokratische Stabilität einwirken. Der europäische Vergleich und die vertiefte Betrachtung Deutschlands haben dabei gezeigt, dass ähnliche strukturelle Veränderungen sehr unterschiedliche politische Folgen hervorbringen können.

Gerade aus diesem breiten Untersuchungsansatz ergeben sich jedoch Grenzen. Eine Untersuchung, die gesellschaftliche Transformation über unterschiedliche Politikfelder, institutionelle Ebenen und nationale Kontexte hinweg betrachtet, kann nicht jede einzelne Entwicklung mit derselben empirischen Tiefe erfassen. Vergleichende Breite und fallbezogene Detailtiefe stehen notwendigerweise in einem Spannungsverhältnis. Hinzu kommt, dass der Untersuchungsgegenstand selbst nicht abgeschlossen ist. Die analysierten Gesellschaften befinden sich weiterhin in Veränderung, politische Mehrheiten wechseln, neue Technologien entstehen und internationale Rahmenbedingungen können sich innerhalb kurzer Zeit erheblich verschieben.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die Grenzen der Untersuchung sind deshalb nicht lediglich methodische Einschränkungen. Sie ergeben sich teilweise unmittelbar aus dem Charakter des Untersuchungsgegenstandes. Demokratische Transformation ist kein abgeschlossener Prozess, der nachträglich vollständig rekonstruiert werden könnte. Sie vollzieht sich fortlaufend.

Die Grenzen dieser Untersuchung liegen nicht allein in der verfügbaren empirischen Tiefe oder der Auswahl der Vergleichsfälle. Sie entstehen auch daraus, dass demokratische Transformation ein offener Prozess ist. Jede Analyse beschreibt deshalb einen historischen Entwicklungsstand, während sich die untersuchten gesellschaftlichen, politischen und institutionellen Zusammenhänge bereits weiter verändern.

Die Breite des Untersuchungsansatzes begrenzt die Tiefe einzelner Teilanalysen

Die Untersuchung verbindet mehrere analytische Ebenen. Gesellschaftliche Transformation wurde mit Veränderungen politischer Repräsentation, Parteiensystemen, Institutionen, staatlicher Umsetzung, Vertrauen und demokratischer Stabilität in Beziehung gesetzt. Gleichzeitig wurden Deutschland und verschiedene europäische Demokratien vergleichend betrachtet.

Diese Breite war notwendig, weil gerade die Wechselwirkungen zwischen unterschiedlichen Entwicklungen im Mittelpunkt der Untersuchung stehen. Demografischer Wandel lässt sich beispielsweise nicht vollständig von Arbeitsmarkt, Migration, Sozialstaat und regionaler Entwicklung trennen. Wirtschaftlicher Strukturwandel beeinflusst kommunale Handlungsmöglichkeiten und gesellschaftliche Zukunftserwartungen. Veränderungen des Parteiensystems wirken auf Koalitionsbildung und Regierungsfähigkeit zurück. Europäische Entscheidungen beeinflussen nationale Politik, während nationale Regierungswechsel wiederum europäische Entscheidungsprozesse verändern.

Eine isolierte Betrachtung einzelner Bereiche hätte diese Zusammenhänge nur unzureichend erfassen können.

Gleichzeitig bedeutet die Breite des Ansatzes, dass nicht jeder Teilbereich mit der Detailtiefe einer spezialisierten Einzelstudie untersucht werden konnte. Die Entwicklung einzelner Parteien, regionale Unterschiede innerhalb der untersuchten Staaten, konkrete kommunale Transformationsprozesse oder bestimmte Politikfelder könnten jeweils Gegenstand eigenständiger Untersuchungen sein.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die Studie beansprucht deshalb keine vollständige Erklärung aller nationalen oder regionalen Entwicklungen.

Ihr Schwerpunkt liegt auf der Identifikation übergreifender Transformationsmechanismen und ihrer institutionellen Verarbeitung.

Damit sollte auch das entwickelte Modell demokratischer Transformation verstanden werden: nicht als Ersatz für spezialisierte Erklärungsmodelle, sondern als analytischer Rahmen, innerhalb dessen unterschiedliche gesellschaftliche und politische Entwicklungen miteinander verbunden werden können.

Vergleichbarkeit besitzt notwendige Grenzen

Der europäische Vergleich hat gezeigt, wie wertvoll die Gegenüberstellung unterschiedlicher demokratischer Entwicklungspfade ist. Frankreich, Italien, Österreich, die Niederlande, Polen, Ungarn, Tschechien, die Slowakei, die skandinavischen Demokratien sowie Süd- und Südosteuropa besitzen unterschiedliche institutionelle Traditionen und historische Erfahrungen. Gerade diese Unterschiede ermöglichen es, zwischen allgemeinen Transformationskräften und nationalen Besonderheiten zu unterscheiden.

Gleichzeitig begrenzen sie die unmittelbare Vergleichbarkeit.

Begriffe wie Populismus, politische Polarisierung, institutionelle Stabilität oder Vertrauensverlust können in unterschiedlichen nationalen Kontexten verschiedene politische Bedeutungen besitzen. Parteiensysteme unterscheiden sich ebenso wie Wahlsysteme, Verfassungsordnungen, Medienstrukturen und politische Kulturen.

Auch ähnliche statistische Entwicklungen können gesellschaftlich unterschiedlich wahrgenommen werden.

Eine bestimmte Arbeitslosenquote kann in einer Gesellschaft mit langer Erfahrung wirtschaftlicher Unsicherheit anders wirken als in einer Gesellschaft, in der wirtschaftliche Stabilität über Jahrzehnte als selbstverständlich galt. Migration kann bei ähnlicher Größenordnung unterschiedliche politische Wirkungen entfalten, abhängig von regionaler Verteilung, kommunaler Aufnahmefähigkeit, Integrationsstrukturen und öffentlicher Debatte.

Vergleichende Forschung muss deshalb zwischen **formaler Vergleichbarkeit und gesellschaftlicher Bedeutung** unterscheiden.

Dies begrenzt einfache Rangordnungen europäischer Demokratien.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die Untersuchung hat deshalb bewusst darauf verzichtet, einen einheitlichen Transformationsindex zu konstruieren, der komplexe gesellschaftliche und institutionelle Entwicklungen in einer einzigen Kennzahl zusammenfasst. Eine solche Verdichtung könnte für bestimmte Forschungsfragen nützlich sein, würde aber zugleich Gefahr laufen, unterschiedliche politische Prozesse analytisch gleichzusetzen.

Weiterer Forschungsbedarf besteht daher insbesondere in der Entwicklung vergleichbarer Indikatoren, die nationale Besonderheiten nicht ausblenden.

Kausalität bleibt in komplexen Transformationsprozessen begrenzt eindeutig

Eine weitere Grenze betrifft die Bestimmung politischer Kausalität.

Gesellschaftliche Transformation entsteht selten aus einzelnen Ursachen. Demografische Entwicklung, Migration, wirtschaftliche Veränderungen, technologische Innovation, regionale Ungleichheiten und kulturelle Konflikte wirken gleichzeitig und beeinflussen sich gegenseitig.

Dasselbe gilt für politische Folgen.

Der Wahlerfolg einer Partei kann nicht ohne Weiteres einer einzelnen gesellschaftlichen Entwicklung zugeschrieben werden. Wirtschaftliche Unsicherheit, Migration, politische Kommunikation, regionale Erfahrungen, Kandidaten, Regierungszufriedenheit und kurzfristige Ereignisse können gleichzeitig Einfluss besitzen.

Hinzu kommen Rückkopplungen.

Parteien reagieren nicht lediglich auf gesellschaftliche Konflikte. Sie interpretieren und verändern diese Konflikte durch politische Sprache und Themenwahl. Regierungen reagieren auf gesellschaftliche Entwicklungen und verändern durch ihre Entscheidungen wiederum gesellschaftliche Bedingungen.

Dadurch entsteht keine einfache Kausalkette, sondern ein dynamisches Wirkungsgefüge.

Das entwickelte Transformationsmodell trägt dieser Schwierigkeit Rechnung, indem es gesellschaftliche Veränderung, Wahrnehmung, Repräsentation, institutionelle Verarbeitung, Umsetzung und gesellschaftliche Wirkung als miteinander verbundene Rückkopplungsstufen betrachtet.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Damit wird jedoch nicht behauptet, dass jede einzelne Verbindung empirisch bereits in gleicher Weise nachgewiesen werden könnte.

Gerade hier liegt ein zentraler weiterer Forschungsbedarf.

Die einzelnen Übergänge des Modells müssen stärker empirisch operationalisiert und langfristig überprüft werden.

Wahrnehmung und objektive Entwicklung müssen genauer miteinander verbunden werden

Eine der wichtigsten Erkenntnisse der Untersuchung besteht in der Unterscheidung zwischen gesellschaftlicher Realität und gesellschaftlicher Wahrnehmung.

Politische Reaktionen entstehen nicht unmittelbar aus statistischen Entwicklungen.

Menschen reagieren auf ihre Erfahrungen, Erwartungen und Interpretationen.

Deshalb können objektive Verbesserungen und subjektive Unsicherheit gleichzeitig auftreten. Umgekehrt können gesellschaftliche Probleme politisch lange unterschätzt werden, wenn sie zunächst nur bestimmte Regionen oder Gruppen betreffen.

Gerade für die Untersuchung politischen Vertrauens, von Migration, wirtschaftlicher Transformation und regionalen Ungleichheiten ist diese Unterscheidung zentral.

Der weitere Forschungsbedarf liegt deshalb in einer systematischeren Verbindung unterschiedlicher Datenebenen.

Makrodaten über Wirtschaft, Demografie, Migration oder öffentliche Finanzen sollten stärker mit regionalen Daten, Befragungen, qualitativen Untersuchungen und politischen Einstellungsdaten verbunden werden.

Besonders wichtig wären langfristige Untersuchungen derselben Regionen und gesellschaftlichen Gruppen.

Dadurch könnte genauer untersucht werden, wann strukturelle Veränderungen tatsächlich zu veränderten politischen Wahrnehmungen führen und unter welchen Bedingungen diese Wahrnehmungen in Wahlverhalten, Protest oder Vertrauensverlust übersetzt werden.

Die zentrale Forschungsfrage lautet dabei:

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Wann wird gesellschaftliche Veränderung zu politisch wirksamer Transformation?

Die Geschwindigkeit technologischer und geopolitischer Veränderungen schafft neue Unsicherheit

Eine besondere Grenze jeder gegenwärtigen Transformationsanalyse liegt in der Geschwindigkeit technologischer Veränderungen.

Digitale Plattformen haben politische Kommunikation bereits grundlegend verändert. Generative künstliche Intelligenz, automatisierte Informationsproduktion, personalisierte Kommunikationssysteme und synthetische audiovisuelle Inhalte können diese Entwicklung weiter beschleunigen.

Welche langfristigen Folgen daraus für politische Öffentlichkeit, Wissensordnung, Wahlkämpfe und demokratische Meinungsbildung entstehen, lässt sich gegenwärtig nur begrenzt bestimmen.

Ähnliches gilt für geopolitische Entwicklungen.

Europäische Sicherheitsordnung, internationale Handelsbeziehungen, Energieversorgung und globale technologische Konkurrenz befinden sich in erheblicher Bewegung. Veränderungen dieser Rahmenbedingungen können innerhalb kurzer Zeit nationale politische Prioritäten verschieben.

Damit entsteht ein methodisches Problem.

Langfristige gesellschaftliche Prozesse müssen unter Bedingungen kurzfristiger externer Schocks untersucht werden.

Weitere Forschung muss deshalb stärker zwischen struktureller Transformation und ereignisbedingter Beschleunigung unterscheiden.

Krisen können bestehende Entwicklungen verstärken, neue Entwicklungen auslösen oder bereits vorhandene Konfliktlinien politisch neu ordnen.

Gerade die Verbindung von langfristigen Strukturen und kurzfristigen Ereignissen bildet deshalb einen wichtigen zukünftigen Forschungsbereich.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Das Transformationsmodell benötigt langfristige empirische Prüfung

Das in dieser Untersuchung entwickelte Modell demokratischer Transformation verbindet die bisherigen Befunde in einer gemeinsamen analytischen Struktur:

strukturelle Transformation → gesellschaftliche Erfahrung → politische Wahrnehmung und Interpretation → Repräsentation und Mobilisierung → institutionelle Verarbeitung → politische Entscheidung → administrative Umsetzung → gesellschaftliche Wirkung → Vertrauen und politische Bewertung → demokratische Rückkopplung.

Dieses Modell besitzt zunächst heuristischen Charakter.

Sein wissenschaftlicher Nutzen liegt darin, unterschiedliche Forschungsebenen miteinander zu verbinden und mögliche Störungen demokratischer Verarbeitung systematisch sichtbar zu machen.

Für eine weitergehende empirische Prüfung müssen die einzelnen Modellstufen stärker operationalisiert werden.

Welche Indikatoren messen gesellschaftliche Repräsentationsfähigkeit?

Wie lässt sich institutionelle Responsivität von kurzfristiger politischer Reaktion unterscheiden?

Wie kann staatliche Umsetzungsfähigkeit vergleichend erfasst werden?

Wann führt geringe Problemlösungsfähigkeit tatsächlich zu Vertrauensverlust?

Unter welchen Bedingungen wird Vertrauensverlust zu Protestwahl, und wann führt er stattdessen zu politischem Rückzug?

Besonders relevant wäre die Untersuchung möglicher Schwellenwerte.

Transformationsprozesse verlaufen nicht notwendigerweise proportional. Gesellschaftliche Unzufriedenheit kann lange ohne grundlegende politische Veränderung bestehen und dann innerhalb kurzer Zeit erhebliche parteipolitische Verschiebungen auslösen.

Auch demokratische Erosion kann über längere Zeit schrittweise verlaufen, bevor institutionelle Veränderungen ihre Wirkung gegenseitig verstärken.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Weitere Forschung sollte deshalb stärker untersuchen, **wann aus gradueller Veränderung qualitative politische Transformation entsteht.**

Weiterer Forschungsbedarf liegt vor allem in der Verbindung der Ebenen

Die wichtigste Forschungsaufgabe ergibt sich schließlich aus dem zentralen Befund dieser Untersuchung selbst.

Demokratische Transformation kann nicht angemessen verstanden werden, wenn Gesellschaft, Parteien, Institutionen und staatliche Umsetzung getrennt voneinander untersucht werden.

Notwendig sind stärker integrierte Forschungsansätze.

Besonders aufschlussreich wären langfristige regionale Vergleichsuntersuchungen, die wirtschaftliche und demografische Entwicklung mit kommunaler Leistungsfähigkeit, politischem Vertrauen und Wahlverhalten verbinden. Dadurch ließe sich genauer untersuchen, warum vergleichbare strukturelle Veränderungen in unterschiedlichen Regionen unterschiedliche politische Wirkungen entfalten.

Ebenso notwendig ist eine systematischere Untersuchung politischer Verantwortung in Mehrebenensystemen. Deutschland und die Europäische Union zeigen besonders deutlich, dass politische Entscheidungen zunehmend durch mehrere institutionelle Ebenen entstehen. Welche Folgen diese Verantwortungsverteilung für Vertrauen, Wahlverhalten und demokratische Legitimität besitzt, ist bislang nur teilweise verstanden.

Auch Koalitionsdemokratien benötigen stärkere vergleichende Aufmerksamkeit. Wenn fragmentierte Parteiensysteme dauerhaft werden, verschiebt sich demokratische Integration zunehmend von Parteien zu Parlamenten und Koalitionen. Damit stellt sich die Frage, welche institutionellen und politischen Bedingungen komplexe Koalitionen langfristig handlungsfähig und gesellschaftlich nachvollziehbar machen.

Schließlich sollte demokratische Regeneration stärker als eigenständiger Forschungsgegenstand behandelt werden.

Demokratieforschung konzentriert sich häufig auf Stabilität oder Erosion. Weniger systematisch untersucht ist die Frage, unter welchen Bedingungen geschwächtes Vertrauen wieder wachsen, institutionelle Fehlentwicklungen korrigiert und fragmentierte Parteiensysteme neue Formen stabiler demokratischer Integration hervorbringen können.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Gerade der europäische Vergleich zeigt jedoch, dass demokratische Entwicklung nicht ausschließlich als Bewegung von Stabilität zu Erosion verstanden werden darf.

Demokratien besitzen Möglichkeiten der Selbstkorrektur.

Die Bedingungen dieser Selbstkorrektur gehören deshalb zu den zentralen Forschungsfragen zukünftiger Demokratieforschung.

Der wichtigste weitere Forschungsbedarf liegt nicht allein in der Sammlung zusätzlicher Daten über einzelne Transformationsprozesse. Er liegt in der systematischen Untersuchung ihrer Verbindungen: Wie werden strukturelle Veränderungen gesellschaftlich erfahren, politisch interpretiert, institutionell verarbeitet und praktisch umgesetzt – und unter welchen Bedingungen erzeugen die daraus entstehenden Rückkopplungen demokratische Anpassung, politische Polarisierung, institutionelle Erosion oder demokratische Regeneration?

Die Grenzen dieser Untersuchung relativieren damit nicht ihre zentralen Befunde. Sie bestimmen vielmehr deren Reichweite.

Die Untersuchung entwickelt keinen universellen Mechanismus, der aus bestimmten gesellschaftlichen Veränderungen zwangsläufig bestimmte politische Ergebnisse ableitet. Gerade die europäischen Vergleichsfälle widersprechen einer solchen Vorstellung.

Sie zeigen vielmehr, dass zwischen gesellschaftlicher Transformation und politischem Ergebnis ein komplexer demokratischer Verarbeitungsprozess liegt.

Dieser Prozess kann funktionieren, sich verzögern, teilweise blockiert werden oder institutionell verändert werden.

Das entwickelte Transformationsmodell bietet einen Rahmen, um diese unterschiedlichen Entwicklungen miteinander zu vergleichen. Seine weitere wissenschaftliche Tragfähigkeit wird jedoch davon abhängen, ob die einzelnen angenommenen Zusammenhänge in zukünftigen Untersuchungen empirisch geprüft, präzisiert und gegebenenfalls korrigiert werden.

Damit gilt für das Forschungsmodell selbst dasselbe Prinzip, das diese Untersuchung für demokratische Institutionen herausgearbeitet hat: **Lernfähigkeit setzt Korrigierbarkeit voraus.**

Wissenschaftliche Modelle gewinnen nicht dadurch an Bedeutung, dass sie gegen neue Erkenntnisse verteidigt werden. Sie gewinnen an Bedeutung, wenn sie überprüfbare Fragen

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

hervorbringen, unterschiedliche Befunde miteinander verbinden und durch neue empirische Erkenntnisse weiterentwickelt werden können.

Die vorliegende Untersuchung versteht sich deshalb nicht als Abschluss der Analyse demokratischer Transformation.

Sie schafft vielmehr einen Ausgangspunkt für eine weiterführende Forschung, die gesellschaftliche Veränderung, politische Repräsentation, institutionelle Handlungsfähigkeit und demokratische Stabilität noch systematischer miteinander verbindet.

Demokratische Transformation bleibt ein offener gesellschaftlicher Prozess und damit notwendig auch ein offener Forschungsgegenstand. Die wissenschaftliche Aufgabe besteht nicht darin, einen endgültigen Zustand demokratischer Entwicklung vorherzusagen, sondern jene Mechanismen besser zu verstehen, durch die Gesellschaften Veränderungen wahrnehmen, politisch verarbeiten und institutionell gestalten – und jene Bedingungen zu erkennen, unter denen aus gesellschaftlichem Wandel demokratische Anpassung statt demokratischer Erosion entstehen kann.

Kapitel 129 – Schlussbetrachtung: Demokratie im Zeitalter gesellschaftlicher Transformation

Die vorliegende Untersuchung ist von der Frage ausgegangen, wie tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen auf politische Repräsentation, Parteiensysteme, staatliche Steuerungsfähigkeit und demokratische Stabilität wirken. Im Verlauf der Analyse wurde deutlich, dass sich diese Frage nicht durch einzelne Ursachen oder lineare Entwicklungspfade beantworten lässt. Moderne Demokratien befinden sich in einem komplexen Transformationsprozess, in dem demografische Veränderungen, Migration, wirtschaftlicher und technologischer Strukturwandel, regionale Ungleichheiten, kulturelle Pluralisierung, veränderte Kommunikationsräume und geopolitische Verschiebungen gleichzeitig auf Gesellschaft und Politik einwirken.

Diese Entwicklungen verändern nicht nur einzelne Politikfelder. Sie verändern die gesellschaftlichen Voraussetzungen demokratischer Politik selbst. Traditionelle Milieus verlieren an Geschlossenheit, langfristige Parteibindungen werden schwächer,

gesellschaftliche Interessen differenzieren sich aus und politische Konfliktlinien überlagern sich. Gleichzeitig steigen die Erwartungen an staatliche Handlungsfähigkeit, während

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

politische Entscheidungen zunehmend innerhalb komplexer föderaler, europäischer und internationaler Strukturen getroffen werden.

Damit entsteht eine grundlegende Spannung moderner Demokratie: Gesellschaftliche Veränderung beschleunigt sich und wird vielfältiger, während demokratische Institutionen bewusst auf Kontinuität, Verfahren, Machtbegrenzung und Ausgleich angelegt sind.

Die zentrale Herausforderung besteht deshalb nicht darin, diese Spannung vollständig aufzulösen. Sie besteht darin, sie politisch produktiv zu gestalten.

Demokratie im Zeitalter gesellschaftlicher Transformation bedeutet nicht die Bewahrung eines unveränderlichen gesellschaftlichen Zustands. Ihre Stabilität entscheidet sich daran, ob sie tiefgreifenden Wandel wahrnehmen, unterschiedliche gesellschaftliche Interessen repräsentieren, Konflikte innerhalb gemeinsamer Regeln verarbeiten, verbindliche Entscheidungen treffen und aus deren Wirkungen lernen kann, ohne die Offenheit zukünftiger politischer Konkurrenz zu verlieren.

Gesellschaftliche Transformation ist zum Normalzustand demokratischer Politik geworden

Eine der grundlegenden Erkenntnisse dieser Untersuchung besteht darin, gesellschaftliche Transformation nicht als vorübergehende Phase zwischen zwei stabilen Zuständen zu betrachten.

Die Vorstellung einer politischen Normalität, die lediglich gelegentlich durch außergewöhnliche Krisen unterbrochen wird, beschreibt die Bedingungen moderner Demokratien zunehmend unzureichend.

Demografische Alterung entwickelt sich über Jahrzehnte. Migration verändert Gesellschaften langfristig. Digitalisierung und künstliche Intelligenz verändern Arbeitswelt, Öffentlichkeit und Wissensproduktion. Wirtschaftliche Globalisierung wird durch geopolitische Neuordnungen überlagert. Klimapolitische Transformation greift in Energieversorgung, Industrie, Mobilität und private Lebensführung ein. Regionale Unterschiede verändern sich durch Urbanisierung, Strukturwandel und Bevölkerungsbewegungen.

Diese Entwicklungen besitzen unterschiedliche Geschwindigkeiten und wirken dennoch gleichzeitig.

Politik reagiert damit nicht mehr auf einen einzelnen Transformationsprozess, der irgendwann abgeschlossen sein wird.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Sie muss mehrere Transformationen dauerhaft miteinander koordinieren.

Daraus folgt eine grundlegende Veränderung des Verständnisses politischer Stabilität.

Stabilität kann nicht mehr bedeuten, gesellschaftliche Strukturen möglichst lange unverändert zu erhalten. Eine politische Ordnung, die notwendige Anpassungen dauerhaft verhindert, kann gerade dadurch instabil werden.

Demokratische Stabilität muss deshalb als Fähigkeit verstanden werden, **Veränderung innerhalb stabiler demokratischer Regeln zu ermöglichen.**

Die Stabilität liegt im Verfahren, nicht im unveränderten Ergebnis.

Zwischen gesellschaftlicher Veränderung und politischem Ergebnis liegt demokratische Verarbeitung

Der europäische Vergleich hat gezeigt, dass ähnliche gesellschaftliche Entwicklungen keineswegs zu identischen politischen Ergebnissen führen.

Demografischer Wandel, Migration, wirtschaftliche Unsicherheit, Digitalisierung oder die Schwächung traditioneller Parteibindungen finden sich in zahlreichen europäischen Staaten. Dennoch unterscheiden sich Parteiensysteme, politische Polarisierung, Regierungsfähigkeit und institutionelle Stabilität teilweise erheblich.

Frankreich zeigt die Verbindung eines weiterhin starken Staates mit einer tiefgreifend veränderten Parteienlandschaft und gesellschaftlicher Fragmentierung. Italien verdeutlicht, dass hohe parteipolitische Volatilität mit institutioneller demokratischer Kontinuität vereinbar sein kann. Österreich zeigt die langfristige Institutionalisierung rechtspopulistischer Konkurrenz. Die Niederlande verdeutlichen, dass Wohlstand und konsensorientierte Institutionen politische Polarisierung nicht verhindern. Polen zeigt sowohl institutionelle Erosionsprozesse als auch die Möglichkeit demokratischer Gegenmobilisierung. Ungarn macht sichtbar, wie demokratisch errungene politische Macht zur schrittweisen Veränderung institutioneller Wettbewerbsbedingungen genutzt werden kann. Tschechien und die Slowakei zeigen, dass gemeinsame historische Ausgangsbedingungen unterschiedliche Entwicklungspfade hervorbringen können. Die skandinavischen Demokratien wiederum verdeutlichen, dass erhebliche gesellschaftliche und parteipolitische Veränderungen innerhalb stabiler demokratischer Institutionen verarbeitet werden können.

Aus diesen Unterschieden ergibt sich eine der wichtigsten Schlussfolgerungen der gesamten Untersuchung:

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Strukturelle Transformation erzeugt politischen Veränderungsdruck, bestimmt aber nicht dessen politisches Ergebnis.

Zwischen gesellschaftlicher Veränderung und demokratischem Ergebnis liegt ein politischer Verarbeitungsprozess.

Genau dieser Prozess entscheidet darüber, ob gesellschaftlicher Wandel zu demokratischer Anpassung, politischer Polarisierung, institutioneller Blockierung oder demokratischer Erosion führt.

Repräsentation bleibt die zentrale Verbindung zwischen Gesellschaft und politischer Ordnung

Die Veränderung politischer Repräsentation gehört zu den sichtbarsten Folgen gesellschaftlicher Transformation.

Die großen politischen Milieus des 20. Jahrhunderts verlieren an Bindungskraft. Parteien können immer weniger davon ausgehen, bestimmte gesellschaftliche Gruppen dauerhaft zu repräsentieren. Wählerbindungen werden beweglicher, politische Identitäten vielfältiger und gesellschaftliche Konflikte multidimensionaler.

Dies bedeutet jedoch nicht das Ende politischer Repräsentation.

Im Gegenteil.

Je vielfältiger Gesellschaften werden, desto wichtiger wird die Fähigkeit politischer Institutionen, unterschiedliche Interessen wahrzunehmen, zu bündeln und miteinander zu verbinden.

Die Krise traditioneller Volksparteien darf deshalb nicht ausschließlich als organisatorische Krise einzelner Parteien verstanden werden. Sie verweist auf eine tiefere Veränderung gesellschaftlicher Integrationsstrukturen.

Ein Teil jener politischen Vermittlung, die früher innerhalb großer Parteien stattfand, verlagert sich heute stärker zwischen Parteien.

Dadurch gewinnen Parlamente, Koalitionen und politische Kompromisse zusätzliche Integrationsfunktionen.

Die politische Herausforderung besteht deshalb nicht darin, das Parteiensystem früherer Jahrzehnte wiederherzustellen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Sie besteht darin, unter neuen gesellschaftlichen Bedingungen **neue Formen demokratischer Integrationsfähigkeit** zu entwickeln.

Politische Vielfalt darf sichtbar werden.

Sie muss jedoch weiterhin in gemeinsame Entscheidungen übersetzbar bleiben.

Demokratische Steuerungsfähigkeit ist eine Leistung des gesamten politischen Systems

Die Untersuchung hat zugleich gezeigt, dass politische Handlungsfähigkeit nicht auf Regierungsentscheidungen reduziert werden kann.

Eine Regierung kann ein politisches Ziel formulieren und ein Parlament ein Gesetz verabschieden, ohne dass daraus automatisch die beabsichtigte gesellschaftliche Wirkung entsteht.

Zwischen politischem Ziel und gesellschaftlichem Ergebnis liegen Verwaltung, Finanzierung, föderale Koordination, kommunale Umsetzung und gesellschaftliche Reaktionen.

Demokratische Steuerungsfähigkeit muss deshalb systemisch verstanden werden.

Sie umfasst die Fähigkeit,

gesellschaftliche Veränderungen wahrzunehmen, Interessen politisch zu repräsentieren, Konflikte institutionell zu verarbeiten, verbindliche Entscheidungen zu treffen, diese administrativ umzusetzen, ihre gesellschaftlichen Wirkungen zu beobachten und politische Korrekturen zu ermöglichen.

Damit wird deutlich, warum moderne Mehrebenendemokratien besondere Koordinationsanforderungen besitzen.

Deutschland zeigt dies innerhalb seiner föderalen Ordnung. Europa zeigt dieselbe Herausforderung auf einer zusätzlichen politischen Ebene.

Bund, Länder, Kommunen und europäische Institutionen besitzen unterschiedliche Kompetenzen und Ressourcen. Viele gesellschaftliche Probleme überschreiten jedoch diese Zuständigkeitsgrenzen.

Koordinationsfähigkeit wird deshalb selbst zu einer zentralen politischen Ressource.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Gleichzeitig darf Koordination nicht in Verantwortungsdiffusion übergehen.

Demokratische Handlungsfähigkeit benötigt nachvollziehbare Verantwortung.

Vertrauen entsteht aus der Erfahrung demokratischer Korrigierbarkeit

Politisches Vertrauen gehört zu den zentralen Verbindungselementen zwischen gesellschaftlicher Erfahrung und institutioneller Stabilität.

Doch demokratische Stabilität benötigt weder vollständiges Vertrauen in politische Eliten noch dauerhafte Zustimmung zu Regierungen.

Kritik und Misstrauen besitzen selbst demokratische Funktionen.

Entscheidend ist ein grundlegenderes Vertrauen: die Erwartung, dass politische Verfahren fair bleiben, Macht begrenzt ist, Interessen gehört werden können und Fehlentwicklungen korrigierbar bleiben.

Damit verändert sich auch die Bedeutung politischer Fehler.

Eine Demokratie muss nicht unfehlbar sein.

Sie muss lernfähig sein.

Politische Entscheidungen werden häufig unter Unsicherheit getroffen. Ihre Wirkungen können anders ausfallen als erwartet. Gesellschaftliche Bedingungen können sich verändern.

Deshalb gehört politische Korrektur zur demokratischen Steuerungsfähigkeit.

Der grundlegende Lernprozess lautet:

Wahrnehmung → Entscheidung → Umsetzung → gesellschaftliche Wirkung → Bewertung → Korrektur.

Wenn dieser Kreislauf funktioniert, kann auch eine fehlerhafte Entscheidung langfristig Teil demokratischen Lernens werden.

Wenn politische Institutionen dagegen erkennbare Fehlentwicklungen dauerhaft nicht korrigieren können oder wollen, kann Vertrauen erodieren.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Demokratische Legitimität entsteht deshalb nicht aus dem Versprechen vollständiger Kontrolle.

Sie entsteht aus der Verbindung von **Verantwortung und Korrigierbarkeit**.

Demokratische Stabilität verlangt Konfliktfähigkeit statt Konfliktvermeidung

Die Untersuchung hat an mehreren Stellen gezeigt, dass politische Konflikte nicht mit demokratischer Instabilität gleichgesetzt werden dürfen.

Migration, soziale Verteilung, nationale Identität, europäische Integration, ökologische Transformation oder wirtschaftliche Modernisierung erzeugen reale Interessengegensätze.

Eine demokratische Ordnung, die solche Konflikte lediglich kommunikativ überdecken wollte, würde gesellschaftliche Spannungen nicht beseitigen.

Sie würde ihre politische Repräsentation erschweren.

Demokratische Stabilität verlangt deshalb Konfliktfähigkeit.

Unterschiedliche Interessen müssen sichtbar sein dürfen. Parteien müssen politische Alternativen anbieten. Opposition muss Regierung kritisieren können. Gesellschaftliche Protestbewegungen müssen politische Entscheidungen infrage stellen dürfen.

Die demokratische Grenze verläuft nicht zwischen Konflikt und Konsens.

Sie verläuft zwischen **institutionalisiertem politischen Konflikt und der Delegitimierung demokratischer Konkurrenz selbst**.

Politischer Gegner und demokratischer Feind sind nicht dasselbe.

Eine pluralistische Demokratie bleibt darauf angewiesen, dass konkurrierende politische Lager trotz grundlegender Differenzen die gemeinsame institutionelle Ordnung anerkennen.

Gerade unter Bedingungen zunehmender Polarisierung wird diese Unterscheidung zu einer zentralen Voraussetzung demokratischer Stabilität.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Deutschland steht vor einer Transformation seiner demokratischen Normalität

Die vertiefte Untersuchung Deutschlands zeigt weder einen demokratischen Sonderweg noch eine einfache Wiederholung anderer europäischer Entwicklungen.

Deutschland ist ein typischer europäischer Transformationsfall unter besonderen nationalen Bedingungen.

Demografischer Wandel, Migration, wirtschaftliche Transformation, Parteiensystemfragmentierung und neue gesellschaftliche Konfliktlinien entsprechen breiteren europäischen Entwicklungen.

Besonders ist ihre Verbindung mit deutscher Geschichte, föderaler Struktur, industrieller Wirtschaftsordnung, europäischer Verantwortung und der fortwirkenden Erfahrung der deutschen Teilung und ostdeutschen Transformation.

Die zukünftige Stabilität Deutschlands wird deshalb wahrscheinlich nicht aus der Wiederherstellung früherer politischer Verhältnisse entstehen.

Die gesellschaftlichen Voraussetzungen des klassischen Volksparteiensystems können nicht einfach zurückkehren.

Deutschland benötigt eine neue demokratische Normalität.

Diese wird wahrscheinlich vielfältigere Parteiensysteme, komplexere Koalitionen, beweglichere politische Mehrheiten und stärkere gesellschaftliche Konflikte enthalten.

Entscheidend wird sein, ob diese größere politische Vielfalt mit institutioneller Handlungsfähigkeit verbunden werden kann.

Die zentrale deutsche Zukunftsfrage lautet deshalb nicht, ob Fragmentierung verhindert werden kann.

Sie lautet, ob **Fragmentierung demokratisch integriert werden kann.**

Europa bleibt gemeinsamer Transformationsraum ohne gemeinsamen Entwicklungspfad

Auch die europäische Zukunft bleibt offen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Die untersuchten Staaten zeigen, dass demokratische Transformation sehr unterschiedliche politische Ergebnisse hervorbringen kann.

Einige Demokratien können neue gesellschaftliche Konflikte innerhalb bestehender Institutionen integrieren. Andere erleben erhebliche Veränderungen ihrer Parteiensysteme. Wieder andere zeigen institutionelle Erosionsprozesse oder demokratische Gegenbewegungen.

Europa wird deshalb auch langfristig kein politisch homogener Raum werden.

Gerade daraus entsteht die zentrale Herausforderung europäischer Integration.

Gemeinsame Probleme benötigen gemeinsame Handlungsfähigkeit, während politische Legitimation und gesellschaftliche Zugehörigkeit weiterhin stark national geprägt bleiben.

Die Zukunft Europas entscheidet sich deshalb nicht zwischen vollständiger Nationalisierung und vollständiger Europäisierung.

Sie entscheidet sich daran, ob beide Ebenen institutionell miteinander verbunden werden können.

Europäische Handlungsfähigkeit muss nationale demokratische Zugehörigkeit ergänzen, nicht ersetzen.

Nationale Demokratie wiederum muss anerkennen, dass formale Souveränität ohne tatsächliche Handlungsmöglichkeiten politische Steuerungsfähigkeit nicht garantiert.

Damit wird Europa selbst zu einem großen demokratischen Transformationssystem.

Seine Stabilität hängt davon ab, ob nationale Vielfalt, gemeinsame Regeln und europäische Handlungsfähigkeit dauerhaft miteinander verbunden werden können.

Das Modell demokratischer Transformation verbindet die zentralen Befunde

Aus der gesamten Untersuchung lässt sich schließlich ein gemeinsamer Zusammenhang ableiten.

Gesellschaftliche Transformation verändert zunächst Lebensbedingungen, Erwartungen und Wahrnehmungen. Diese Veränderungen werden politisch interpretiert und erzeugen neue oder veränderte Konfliktlinien. Parteien, Bewegungen und gesellschaftliche Organisationen

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

übersetzen diese Konflikte in politische Mobilisierung. Wahlen verändern parlamentarische Kräfteverhältnisse. Parlamente und Koalitionen verarbeiten diese Mehrheiten zu politischen Entscheidungen. Verwaltungen und Kommunen setzen Entscheidungen praktisch um. Ihre gesellschaftlichen Wirkungen beeinflussen wiederum Vertrauen, politische Einstellungen und zukünftige Wahlentscheidungen.

Damit entsteht der zentrale demokratische Transformationskreislauf:

Strukturelle gesellschaftliche Transformation

- **gesellschaftliche Erfahrung und Wahrnehmung**
- **politische Interpretation und Konfliktbildung**
- **Repräsentation und Mobilisierung**
- **parlamentarische und institutionelle Verarbeitung**
- **politische Entscheidung**
- **administrative Umsetzung**
- **gesellschaftliche Wirkung**
- **Vertrauen, Legitimität und politische Bewertung**
- **demokratische Rückkopplung und Korrektur**
- **erneute gesellschaftliche und politische Transformation.**

Dieses Modell erklärt keine politische Entwicklung mechanisch.

Gerade darin liegt seine Funktion.

Es macht sichtbar, an welchen Stellen demokratische Verarbeitung funktionieren oder gestört werden kann.

Repräsentationsdefizite können entstehen, wenn gesellschaftliche Erfahrungen nicht ausreichend politisch aufgenommen werden.

Entscheidungsdefizite können entstehen, wenn Fragmentierung Mehrheitsbildung dauerhaft erschwert.

Umsetzungsdefizite entstehen, wenn politische Entscheidungen administrative oder finanzielle Kapazitäten überfordern.

Legitimitätsprobleme können entstehen, wenn Verantwortung unklar bleibt oder gesellschaftliche Belastungen als dauerhaft unfair wahrgenommen werden.

Demokratische Erosion beginnt schließlich dort, wo nicht mehr lediglich einzelne Entscheidungen oder Institutionen angepasst werden, sondern die Offenheit zukünftiger politischer Konkurrenz selbst eingeschränkt wird.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Damit erlaubt das Modell eine entscheidende Unterscheidung:

**Demokratische Transformation verändert Politik innerhalb einer offenen Ordnung.
Demokratische Erosion verändert die Ordnung so, dass zukünftige politische Veränderung weniger offen wird.**

Demokratische Regeneration bleibt möglich

Die Untersuchung endet deshalb nicht mit einer Krisendiagnose.

Gesellschaftliche Transformation erzeugt Risiken, aber keine demokratische Zwangsläufigkeit.

Parteien können sich erneuern.

Neue politische Kräfte können Repräsentationslücken schließen.

Parlamente können veränderte gesellschaftliche Konflikte aufnehmen.

Koalitionen können neue Formen politischer Integration entwickeln.

Verwaltungen können leistungsfähiger werden.

Föderale und europäische Koordination kann verbessert werden.

Kommunen können stärker als demokratische Erfahrungs- und Frühwarnräume genutzt werden.

Politische Entscheidungen können systematischer evaluiert und korrigiert werden.

Auch Vertrauensverluste müssen nicht dauerhaft sein.

Wenn Bürger erleben, dass politische Institutionen Probleme wahrnehmen, Verantwortung übernehmen, Entscheidungen umsetzen und Fehler korrigieren, können politische Erwartungen sich erneut verändern.

Damit besitzt Demokratie eine Fähigkeit, die für ihre langfristige Stabilität von zentraler Bedeutung ist:

Sie kann auf ihre eigenen Funktionsprobleme reagieren.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Demokratische Regeneration ist deshalb kein außergewöhnlicher Neubeginn.

Sie gehört zum demokratischen Transformationsprozess selbst.

Die entscheidende Stärke demokratischer Ordnung liegt nicht darin, gesellschaftliche Transformation zu verhindern oder politische Konflikte zum Verschwinden zu bringen. Sie liegt in ihrer Fähigkeit, Veränderung in Repräsentation, Konflikt in Entscheidung, Entscheidung in gesellschaftliche Wirkung und gesellschaftliche Erfahrung wiederum in politische Korrektur zu übersetzen. Demokratie ist dort stabil, wo dieser Kreislauf offen bleibt.

Damit schließt sich die Argumentation dieser Untersuchung.

Demokratie im Zeitalter gesellschaftlicher Transformation kann nicht mehr ausschließlich danach beurteilt werden, wie stabil ihre Parteien, Regierungen oder gesellschaftlichen Milieus sind. Diese Strukturen können sich erheblich verändern.

Entscheidend ist eine tiefere Form von Stabilität.

Politische Macht muss begrenzt bleiben.

Wahlen müssen reale Alternativen ermöglichen.

Opposition muss zukünftige Regierungsverantwortung übernehmen können.

Gerichte und rechtsstaatliche Institutionen müssen unabhängig bleiben.

Gesellschaftliche Interessen müssen Zugang zu politischer Repräsentation besitzen.

Staatliche Institutionen müssen ausreichend handlungsfähig sein, um demokratische Entscheidungen praktisch umzusetzen.

Und politische Entscheidungen müssen korrigierbar bleiben.

Daraus ergibt sich die grundlegende Verbindung von **Stabilität, Anpassungsfähigkeit und Offenheit.**

Stabilität schützt die Regeln.

Anpassungsfähigkeit verändert Politik.

Offenheit ermöglicht zukünftige Korrektur.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Keine dieser drei Voraussetzungen kann dauerhaft auf Kosten der anderen bestehen.

Eine Ordnung, die nur stabil ist, kann erstarren.

Eine Ordnung, die sich permanent verändert, ohne stabile Regeln zu besitzen, verliert Verlässlichkeit.

Eine Ordnung, die politische Veränderung zulässt, aber zukünftige Konkurrenz schrittweise einschränkt, verliert ihren demokratischen Charakter.

Die zukunftsfähige Demokratie muss deshalb gleichzeitig **stabil und veränderbar** sein.

Sie muss gesellschaftliche Konflikte zulassen und politische Integration ermöglichen.

Sie muss Entscheidungen treffen und Macht begrenzen.

Sie muss Führung ermöglichen und Korrektur offenhalten.

Sie muss nationale demokratische Zugehörigkeit bewahren und gleichzeitig dort gemeinsame europäische Handlungsfähigkeit organisieren, wo gesellschaftliche und geopolitische Herausforderungen nationale Möglichkeiten überschreiten.

Damit lässt sich die zentrale Erkenntnis der Untersuchung abschließend verdichten:

Demokratie ist im Zeitalter gesellschaftlicher Transformation keine Ordnung des Stillstands, sondern eine institutionalisierte Form politischer Veränderungsfähigkeit. Ihre langfristige Stabilität entsteht nicht daraus, dass Gesellschaft unverändert bleibt, sondern daraus, dass gesellschaftlicher Wandel innerhalb stabiler demokratischer Regeln wahrgenommen, repräsentiert, entschieden, umgesetzt und korrigiert werden kann.

Die Zukunft demokratischer Ordnung wird deshalb weder durch gesellschaftliche Transformation allein noch durch die Stärke bestehender Institutionen entschieden.

Sie entsteht aus ihrer Wechselwirkung.

Gesellschaften werden sich weiter verändern. Politische Konflikte werden sich verschieben. Parteien werden an Bedeutung gewinnen und verlieren. Regierungen werden wechseln. Neue Technologien werden politische Öffentlichkeit verändern. Wirtschaftliche Strukturen werden sich neu ordnen. Migration, Demografie und geopolitische Entwicklungen werden neue politische Herausforderungen erzeugen.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten

Europa-/Deutschland-Studie:

Wie verändert gesellschaftliche Transformation die demokratische Ordnung Europas und Deutschlands?

Band III

Keine demokratische Ordnung kann diese Entwicklungen vollständig kontrollieren.

Sie kann jedoch entscheiden, wie sie mit ihnen umgeht.

Darin liegt die eigentliche Bedeutung demokratischer Steuerungsfähigkeit.

Sie ist nicht die Fähigkeit, gesellschaftliche Zukunft vollständig vor auszuplanen. Sie ist die Fähigkeit, unter Bedingungen begrenzten Wissens und dauerhafter Veränderung handlungsfähig zu bleiben, Verantwortung zu übernehmen und aus den Folgen politischer Entscheidungen zu lernen.

Eine solche Demokratie benötigt keine konfliktfreie Gesellschaft.

Sie benötigt eine Gesellschaft, die Konflikte innerhalb gemeinsamer Regeln austragen kann.

Sie benötigt keine unfehlbaren Institutionen.

Sie benötigt Institutionen, die Fehler erkennen und korrigieren können.

Sie benötigt keine unveränderlichen politischen Mehrheiten.

Sie benötigt die Gewissheit, dass Mehrheiten sich verändern dürfen.

Und sie benötigt keine Rückkehr zu einer vermeintlich stabileren Vergangenheit.

Sie benötigt die Fähigkeit, unter neuen gesellschaftlichen Bedingungen immer wieder neue demokratische Stabilität hervorzubringen.

Die entscheidende Zukunftsfrage lautet deshalb nicht, ob gesellschaftliche Transformation beendet werden kann. Sie lautet, ob Demokratie selbst transformationsfähig bleibt. Solange politische Macht begrenzt, gesellschaftliche Vielfalt repräsentiert, Konflikt institutionell verarbeitet, Verantwortung zurechenbar und politische Zukunft offen bleibt, besitzt demokratische Ordnung die Fähigkeit, sich immer wieder zu erneuern. Gerade darin liegt ihre besondere Stärke: Demokratie bewahrt sich nicht dadurch, dass sie Veränderung verhindert – sie bewahrt sich dadurch, dass sie Veränderung demokratisch möglich macht.

Teil VI – Deutschland im europäischen Transformationsraum

Teil VII – Institutionen und demokratische Ordnung unter Transformationsdruck

Teil VIII – Deutschland und Europas demokratische Ordnung im Wandel

Autor: **Wolfram Zwick**, Hamm - Deutschland, 09/2026

© 2026 Wolfram Zwick. Alle Rechte vorbehalten